



# Monatsbericht Mai 2015

67. Jahrgang  
Nr. 5

Deutsche Bundesbank  
Wilhelm-Epstein-Straße 14  
60431 Frankfurt am Main

Postfach 10 06 02  
60006 Frankfurt am Main

Fernruf 069 9566-0  
Durchwahlnummer 069 9566- . . . .  
und anschließend die gewünschte  
Hausrufnummer wählen.

Telefax 069 9566-3077

Internet <http://www.bundesbank.de>

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.

ISSN 0012-0006 (Druckversion)  
ISSN 1861-5872 (Internetversion)

Abgeschlossen am:  
15. Mai 2015, 11.00 Uhr.

Ein jährlicher und ein wöchentlicher Veröffentlichungskalender für ausgewählte Statistiken der Deutschen Bundesbank liegen vor und können unter der nebenstehenden Internetadresse abgerufen werden. Die entsprechenden Daten werden ebenfalls im Internet publiziert.

Der Monatsbericht erscheint im Selbstverlag der Deutschen Bundesbank, Frankfurt am Main, und wird aufgrund von § 18 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank veröffentlicht. Er wird an Interessenten kostenlos abgegeben.



## **■ Inhalt**

<b>■ Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2015.....</b>	<b>5</b>
<b>Überblick.....</b>	<b>6</b>
<b>Internationales und europäisches Umfeld .....</b>	<b>11</b>
<i>Zum Einfluss von Sonderfaktoren auf das reale BIP-Wachstum in den USA im Winter 2015.....</i>	<i>15</i>
<i>Zur Produktivitätsentwicklung im Euro-Raum .....</i>	<i>23</i>
<b>Geldpolitik und Bankgeschäft .....</b>	<b>29</b>
<i>Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf .....</i>	<i>30</i>
<i>Zu Portfolioumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland .....</i>	<i>40</i>
<i>Warum sind kleinvolumige Unternehmenskredite in Deutschland höher verzinst als großvolumige? .....</i>	<i>44</i>
<b>Finanzmärkte.....</b>	<b>49</b>
<b>Konjunktur in Deutschland.....</b>	<b>58</b>
<i>Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise – erste Erfahrungen.....</i>	<i>66</i>
<b>Öffentliche Finanzen.....</b>	<b>71</b>
<i>Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet.....</i>	<i>73</i>

■ Statistischer Teil.....	1•
Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion.....	5•
Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion .....	8•
Konsolidierter Ausweis des Eurosystems.....	16•
Banken .....	20•
Mindestreserven .....	42•
Zinssätze.....	43•
Versicherungen und Pensionseinrichtungen.....	48•
Kapitalmarkt .....	50•
Finanzierungsrechnung .....	54•
Öffentliche Finanzen in Deutschland.....	58•
Konjunkturlage in Deutschland .....	65•
Außenwirtschaft .....	74•
■ Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank .....	83•

## Abkürzungen und Zeichen

- p** vorläufige Zahl
- r** berichtigte Zahl
- s** geschätzte Zahl
- ts** teilweise geschätzte Zahl
- ... Angabe fällt später an
- . Zahlenwert unbekannt, geheim zu halten oder nicht sinnvoll
- 0** weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen.

# Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2015

## Überblick

### Weltwirtschaft

Die Weltwirtschaft scheint relativ schwach in das laufende Jahr gestartet zu sein, nachdem die globale Konjunktur bereits im Schlussquartal 2014 an Fahrt verloren hatte. Nicht zuletzt in einigen wichtigen Schwellenländern hat die gesamtwirtschaftliche Dynamik im ersten Jahresviertel nachgelassen: In China hat sich das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) spürbar verlangsamt, in Russland und Brasilien ist das BIP im Vergleich zum Vorquartal vermutlich sogar geschrumpft. Darüber hinaus ist die Expansion der US-Wirtschaft nahezu zum Erliegen gekommen. Hier dürfte die Abschwächung aber durch das zeitweise strenge Winterwetter überzeichnet worden sein. Die Aufwärtsbewegung der britischen Wirtschaft hat sich ebenfalls verlangsamt. Vergleichsweise günstig hat der Euro-Raum abgeschnitten. Trotz der Schwäche in der Weltwirtschaft konnte hier das Tempo der konjunkturellen Erholung leicht erhöht werden.

Auch in der Vergangenheit hatten die Wachstumsraten der globalen Wirtschaftsleistung in vierteljährlicher Betrachtung mitunter stark geschwankt, ohne dass sich letztlich die konjunkturelle Grundtendenz geändert hätte. Die Verlangsamung der letzten Quartale ist insofern bemerkenswert, als vielfach zusätzliche konjunkturelle Impulse vor allem aufgrund des Ölpreistrückgangs erwartet worden waren. Es ist letztlich jedoch unsicher, inwieweit dieser Preistrückgang bezogen auf die Weltwirtschaft als Ganzes überhaupt stimulierend wirkt. Retardierende Einflüsse treten mittlerweile nicht nur in Öl exportierenden Ländern, wie etwa in Russland, offen zutage. Auch in den USA, die per saldo nach wie vor Rohöl einführen, hat die heimische Ölindustrie ihre Investitionstätigkeit kräftig eingeschränkt und damit das preisbereinigte BIP-Wachstum gebremst. Den größeren realen Einkommensspielraum haben die privaten Haushalte dort nicht vollumfänglich genutzt, sodass die Sparquote deutlich angezogen hat. Insgesamt spricht zurzeit wenig dafür, dass die

Weltwirtschaft im Begriff ist, ihr in der Grundtendenz moderates Expansionstempo zu ändern.

Das Geschehen an den Finanzmärkten wurde im bisherigen Jahresverlauf stark von der Geldpolitik sowie von größeren Portfolioumschichtungen beeinflusst. In der EWU beschloss der EZB-Rat Mitte Januar mehrheitlich, das Wertpapierankaufprogramm deutlich auszuweiten. Die Renditen an den Staatsanleihemärkten in der EWU gingen infolge der Erwartungen eines Quantitative Easing bereits im Vorfeld stark zurück und sanken nach dem Beginn der Käufe zunächst nochmals spürbar; zeitweilig rentierten Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit nur noch 0,04%. Die niedrigen Anleiherenditen stärkten auch die Aktienmärkte. Im Euro-Raum kam es bis in den April hinein zu kräftigen Kurssteigerungen; in der Spitze betrug das Plus beim EuroStoxx seit Jahresbeginn rund 23%. Hierzu beigetragen hat auch, dass sich die konjunkturellen Aussichten im Euro-Raum aufgehellt haben und dass der Euro an den Devisenmärkten in dieser Phase gegenüber US-Dollar, Pfund Sterling und Yen spürbare Kursverluste verzeichnet hat. Auch die Renditen von US-Treasuries haben zeitweilig nachgegeben. Bei dem Renditerückgang könnte eine Rolle gespielt haben, dass die Wachstumsdynamik in den USA schwächer als zuvor eingeschätzt wurde und die Marktteilnehmer nach der März-sitzung des Offenmarktausschusses der US-Notenbank von einer späteren Straffung der geldpolitischen Zügel ausgingen.

### Finanzmärkte

Zu einer massiven Gegenbewegung an den Finanzmärkten kam es allerdings seit Ende April, als sich bei einem Teil der Anleger offenbar die Meinung durchsetzte, die Renditen von Benchmark-Anleihen seien auf ein nicht nachhaltiges Niveau gefallen. Dies führte zu einer Neuausrichtung der internationalen Vermögensanlagen. In der Folge stiegen die Anleiherenditen weltweit deutlich an, und die Aktienmärkte in

vielen Volkswirtschaften tendierten von den hohen Ständen aus schwächer. Der Euro konnte einen Teil seiner Kurseinbußen wieder wettmachen. Die Unsicherheit unter den Anlegern über die weitere Kursentwicklung hat an den Finanzmärkten zuletzt teilweise deutlich zugenommen.

#### *Geldpolitik*

Der EZB-Rat beließ die Leitzinsen im Euro-Währungsgebiet im Berichtszeitraum auf dem Niveau, das sie nach der Zinssenkung vom 4. September 2014 erreicht hatten. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt damit weiterhin bei 0,05%, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität bei 0,30% beziehungsweise – 0,20%. Am 9. März 2015 hat das Eurosystem im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme: EAPP) mit dem zusätzlichen Ankauf von Anleihen begonnen, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Diese zusätzlichen Ankäufe bilden das neue Public Sector Purchase Programme (PSPP), welches als dritte und bedeutendere Komponente des EAPP die bereits früher begonnenen Ankaufprogramme für Asset Backed Securities (ABSPP) und gedeckte Schuldverschreibungen (CBPP3) ergänzt. Für die Monate März und April entspricht das Volumen der angekauften Wertpapiere im EAPP dem angekündigten monatlichen Umfang von rund 60 Mrd €. Am 19. März 2015 wurde außerdem das dritte von insgesamt acht gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) zugeteilt. Dabei wurden Kredite in einem Gesamtvolumen von 97,8 Mrd € beim Eurosystem aufgenommen.

#### *Monetäre Entwicklung im Euro-Raum*

Die bereits in den Vorquartalen zu beobachtende Erholung des breiten Geldmengenaggregats M3 hat in den Wintermonaten noch einmal an Dynamik gewonnen, die zunehmend durch die Buchkredite an den Privatsektor getragen wird. Die Erholung der Kreditvergabe im Euro-Raum erstreckte sich auch auf die Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen, die

im Berichtsquartal erneut erkennbar zulegten, nachdem sie im Vorquartal den ersten Nettowachstum seit Sommer 2011 verzeichnet hatten. Gestützt wird die Kreditnachfrage durch die außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen und die positive Grundtendenz der realwirtschaftlichen Aktivität im Euro-Raum. Zudem gaben die im Rahmen des Bank Lending Survey befragten Banken an, ihre Standards für Unternehmenskredite nochmals etwas gelockert zu haben. Trotz der Erholungstendenzen ist die monetäre Grunddynamik im Euro-Raum aber weiterhin sehr moderat.

In Deutschland vergaben die Banken im Berichtsquartal erneut mehr Kredite an den inländischen Nichtbankensektor. Dabei wurde das Wachstum der Buchkredite an den Privatsektor – wie schon in den Vorquartalen – vor allem von den Ausleihungen an private Haushalte getragen. Bestimmend hierfür war die nach wie vor rege Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten, die neben den nochmals leicht gesunkenen Finanzierungskosten auch durch die gute Einkommenssituation der Haushalte und die geringe Attraktivität alternativer Anlagemöglichkeiten bedingt sein dürfte. Neben den Buchkrediten an private Haushalte weiteten die Banken im Berichtsquartal überdies ihre Kreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen aus, wobei vor allem Kredite längerer Laufzeiten zulegten. Entscheidend hierfür dürften neben der noch einmal gesunkenen Verzinsung langfristiger Buchkredite vor allem die in der Grundtendenz positiven Konjunktur- und Geschäftserwartungen gewesen sein.

Der Ende 2014 in Gang gekommene wirtschaftliche Aufschwung in Deutschland hat sich nach dem Jahreswechsel fortgesetzt. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale BIP im ersten Vierteljahr 2015 saison- und kalenderbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal an. Das hohe Expansionstempo der Vorperiode von 0,7% konnte damit trotz lebhafter Binnennachfrage nicht gehalten werden: Die Delle in der globalen Konjunktur bremste die Ausfuhren, während die

#### *Kreditentwicklung in Deutschland*

#### *Deutsche Wirtschaft*

Einfuhren stark zulegten. Die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten sind weiter in etwa normal ausgelastet.

Die Inlandsnachfrage expandierte nach wie vor kräftig, und insbesondere der private Verbrauch schloss fast nahtlos an die hohe Dynamik der zweiten Jahreshälfte 2014 an. Zu den bereits seit längerem günstigen Rahmenbedingungen, zu denen am Arbeitsmarkt die steigende Beschäftigung, die rückläufige Arbeitslosigkeit und spürbar anziehende Verdienste zählen, kam als zusätzlicher Schub der Kaufkraftzuwachs hinzu, der mit dem drastischen Rückgang der Rohölpreise zum Jahresende 2014 verbunden war und der sich auch noch Anfang 2015 auswirkte. Überdies stützten verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen in der kurzen Frist die Konsumkonjunktur. Der Wohnungsbau legte ebenfalls weiter zu; neben der zwar etwas nachlassenden, aber weiterhin günstigen Auftragslage dürfte dabei das zu Jahresbeginn außergewöhnlich milde Winterwetter eine Rolle gespielt haben. Zudem stockten die Unternehmen erstmals seit fast einem Jahr wieder ihre Investitionen auf.

Die Auslandsgeschäfte der deutschen Unternehmen konnten hingegen im ersten Vierteljahr 2015 nicht an den Schwung der zweiten Jahreshälfte 2014 anknüpfen. Der Einfluss der zu Jahresbeginn eher verhaltenen Gangart der globalen Konjunktur überwog die stimulierenden Effekte der kräftigen Euro-Abwertung, deren Wirkung sich erwartungsgemäß erst mit Verzögerung zeigen wird. So hielten die Warenausfuhren preis- und saisonbereinigt gerade einmal das allerdings hohe Niveau des Vorquartals. Die Warenimporte sind hingegen im Berichtszeitraum in realer Rechnung deutlich gestiegen, nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte 2014 hinter der Endnachfrage zurückgeblieben waren.

#### *Arbeitsmarkt*

Die Aufwärtstendenz am Arbeitsmarkt setzte sich zu Jahresbeginn 2015 fort. So ging die Arbeitslosigkeit spürbar zurück. Allerdings wurde die Erwerbstätigkeit im ersten Jahresvier-

tel nur wenig ausgeweitet. Dahinter stand den ersten Schätzungen der Arbeitsverwaltung zufolge eine kräftige Abnahme der geringfügigen Beschäftigung, während umgekehrt ungebrochen neue sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen wurden. Die Einstellungspraxis der Unternehmen dürfte in den nächsten Monaten expansiv ausgerichtet bleiben. Darauf weist unter anderem der hohe Bestand an offenen Stellen hin.

Die bisherigen Abschlüsse der Lohnrunde 2015 sehen recht moderate Zuwächse der Tarifentgelte vor. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass die Sozialpartner in etlichen Fällen weitere Maßnahmen vereinbart haben, die, obwohl sie nicht in den Tarifentgelten enthalten sind, den Arbeitnehmern zugutekommen und für die Arbeitgeber mit Kosten verbunden sind. Die Dynamik der Tarifverdienste dürfte sich im Frühjahr zwar gegenüber der durch Sondereffekte gedrückten Rate im ersten Jahresviertel leicht erhöhen, aber auch dann nicht ganz an die Zuwächse des Jahres 2014 heranreichen. Die Effektivverdienste hingegen könnten im ersten Jahresviertel im Unterschied zu den Perioden zuvor etwas stärker gestiegen sein als die Tarifentgelte. Wesentlicher Grund für einen Umschwung in der Lohndrift war vermutlich die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015, durch den wohl die Verdienste in den unteren Lohnsegmenten etlicher Branchen spürbar angehoben wurden.

#### *Löhne*

Das Preisgeschehen wurde im ersten Vierteljahr 2015 noch stark von dem bis in den Januar anhaltenden kräftigen Rückgang der Rohölnotierungen geprägt. Im Einfuhrbereich fielen die Preise von Energie im Durchschnitt des ersten Quartals 2015 um fast ein Sechstel niedriger aus als im Herbst 2014. Auch der Gesamtindex für die Einfuhrpreise gab saisonbereinigt deutlich nach. Allerdings ergab sich ohne Energie gerechnet vor allem abwertungsbedingt ein spürbares Plus, mit einem besonders starken Preisanstieg bei importierten Konsumgütern. Auf der inländischen Absatzstufe gaben die industriellen Erzeugerpreise sowohl insgesamt als auch ohne

#### *Preise*

Energie gerechnet saisonbereinigt nochmals nach. Auf der Verbraucherstufe verringerten sich die Preise im Winter saisonbereinigt im Vergleich zum Vorquartal erneut, nachdem sie sich bereits im Herbst ermäßigt hatten. Maßgeblich für den Rückgang waren die bis Ende Januar stark gesunkenen Energiepreise. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung (VPI) ging weiter zurück auf 0,0%, und in harmonisierter Abgrenzung (HVPI) drehte er sogar leicht ins Negative (-0,2%). Dabei dürfte es sich aber um eine schnell vorübergehende Entwicklung gehandelt haben: Bereits im Quartalsverlauf kehrte sich die Preistendenz unter dem Einfluss der partiellen Erholung der Rohölnotierungen und der Abwertung des Euro wieder um. Im April setzte sich dieser Preisanstieg fort, und die Vorjahresraten von VPI und HVPI erhöhten sich auf +0,5% beziehungsweise +0,3%.

#### Ausblick

Die deutsche Wirtschaft wird in den kommenden Monaten wohl weiter expandieren. Die privaten Haushalte nutzen die sich erweiternden Ausgabenspielräume in zunehmendem Maß für Konsumzwecke. Die Verbrauchskonjunktur dürfte daher weiterhin das gesamtwirtschaftliche Wachstum stützen, auch wenn der Kaufkrafteffekt des kräftigen Ölpreyrückgangs seine Hauptwirkung vermutlich bereits entfaltet hat. Der breit angelegte Auftragsschub in der Bauwirtschaft zu Beginn dieses Jahres lässt erwarten, dass die Baukonjunktur verstärkt Fahrt aufnehmen könnte. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften eher verhalten zunehmen: Wenngleich die Produktionskapazitäten inzwischen gut ausgelastet sind, zögern die Unternehmen vor dem Hintergrund gemischter Signale aus dem externen Umfeld derzeit eher noch, umfangreich in Erweiterungen zu investieren. Insbesondere in der Industrie ist die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zwar intakt, dürfte aber angesichts der insgesamt enttäuschenden Auftragsentwicklung zu Jahresbeginn zunächst weiterhin schleppend verlaufen. Gleichwohl sollten sich im Umfeld einer sich festigenden Weltkonjunktur und eines vergleichsweise niedrigen Außen-

werts des Euro bald auch neue Exportchancen auf den Drittmärkten eröffnen.

Die deutschen Staatsfinanzen profitieren bereits seit einiger Zeit von sehr guten Rahmenbedingungen. Aus heutiger Sicht werden diese weiter anhalten, wobei Unsicherheiten insbesondere im internationalen Umfeld liegen. Bei einer weitgehend störungsfreien Entwicklung wäre für das laufende Jahr mit einem wenig veränderten Finanzierungsüberschuss von rund ½% des BIP zu rechnen. Günstige Konjunkturläufe und sinkende Zinsausgaben verdecken dabei eine eher expansiv ausgerichtete Finanzpolitik. Die Schuldenquote dürfte damit weiter deutlich sinken. Für das kommende Jahr ist derzeit eine Fortsetzung dieser Entwicklung zu erwarten.

#### Öffentliche Finanzen

Im aktualisierten deutschen Stabilitätsprogramm beschreibt die Bundesregierung im Grundsatz ein ähnliches Bild. So wird auch hier für das laufende und kommende Jahr eine expansive Ausrichtung der Staatsfinanzen ausgewiesen, das heißt, der um konjunkturelle Einflüsse und die Zinsausgaben bereinigte Saldo verschlechtert sich. Mit einem strukturellen Überschuss in der Größenordnung von ½% des BIP wird die diesbezügliche europäische Vorgabe eingehalten. Dabei erscheinen moderate strukturelle Überschüsse sowohl hinsichtlich der strukturellen als auch der konjunkturellen Rahmenbedingungen für Deutschland durchaus angemessen. Die Schuldenquote ist immer noch hoch und eine möglichst zügige Rückführung aufgrund der absehbaren demografischen Anpassungslasten ratsam. Auch ist ein Sicherheitsabstand zu den Obergrenzen der Haushaltsregeln und insbesondere zur Schuldenbremse des Bundes zu empfehlen, um für negative Überraschungen in schlechteren Zeiten Vorsorge zu treffen. Dies spricht ebenfalls für gewisse Überschüsse. Darüber hinaus legt die Erfahrung nahe, positive Überraschungen nicht vollständig zu verplanen, und dies gilt auch angesichts der Risiken hinsichtlich der internationalen Entwicklungen. Bisher wurden unerwartet günstige Entwicklungen insbesondere zur

Ausweitung der Ausgaben genutzt. Sollten künftig weitere Spielräume gesehen werden, scheinen nunmehr eher steuerliche Entlastungen erwägenswert, wie sie zuletzt zur Begrenzung der Kalten Progression angekündigt wurden.

Die im Krisenjahr 2009 beschlossene deutsche Schuldenbremse war eine gute Basis für die Haushaltskonsolidierung seit 2011. Die Schuldenbremse steht wichtigen Reformen oder Investitionen auch weiterhin nicht im Weg, sondern schafft vielmehr eine wesentliche Grundlage, indem sie tragfähige Staatsfinanzen absichert. Für die wirtschaftliche Entwicklung ist es gleichzeitig wichtig, eine leistungsstarke Infrastruktur bereitzustellen und konkreten staatlichen Investitionsbedarf zu decken. Dazu ist allerdings keine Verschlechterung der Finanz-

position erforderlich, und es wäre ein gravierender Rückschritt, wenn versucht würde, die Schuldenbremse beispielsweise durch Schattenhaushalte zu umgehen. Dies gilt umso mehr, als es sich wohl zum guten Teil ohnehin um Ersatzinvestitionen handelt. Zudem dürften im Bereich der Staatsinvestitionen noch erhebliche Effizienzreserven bestehen. Vorschläge zur Effizienzverbesserung, beispielsweise durch eine zentrale Bereitstellung von Expertise hinsichtlich Planung, Umsetzung und Kostenkontrolle bei Investitionsprojekten, sollten daher ernsthaft geprüft werden. Im Einzelfall kann überdies eine stärkere Beteiligung Privater erwogen werden, wenn damit klare Vorteile verbunden sind. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass Risiken tatsächlich auf den privaten Sektor übertragen und nicht auf Kosten des Staates begünstigte Kapitalanlageformen geschaffen werden.

## Internationales und europäisches Umfeld

### Weltwirtschaftliche Entwicklung

*Wohl schwacher  
Jahresauftakt  
2015*

Die Weltwirtschaft scheint relativ schwach in das laufende Jahr gestartet zu sein. Legt man die Daten zugrunde, die bei Abschluss dieses Berichts verfügbar waren, hatte die globale Konjunktur bereits im Schlussquartal 2014 an Fahrt verloren. Zum Jahresauftakt 2015 hat sich diese Verlangsamung fortgesetzt. Nicht zuletzt in einigen wichtigen Schwellenländern hat die gesamtwirtschaftliche Dynamik nachgelassen; das trifft insbesondere auf China zu. In Russland und Brasilien ist das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorquartal vermutlich sogar geschrumpft. Darüber hinaus ist die Expansion der US-Wirtschaft nahezu zum Erliegen gekommen. Dort könnte unter anderem das zeitweise strenge Winterwetter das Wachstum gebremst haben. Die Aufwärtsbewegung der britischen Wirtschaft hat sich ebenfalls verlangsamt. Ohne erste Angaben aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) lässt sich die Dynamik in Japan nur schwer bestimmen, zumal die gängigen monatlichen Indikatoren im Winter ausgesprochen volatil waren. Vergleichsweise günstig hat der Euro-Raum abgeschnitten. Ungeachtet der Schwäche in der Weltwirtschaft konnte hier das Tempo der konjunkturellen Erholung noch leicht erhöht werden.

*Bislang kein  
offensichtlicher  
Stimulus  
niedrigerer  
Ölpreise*

Auch in der Vergangenheit hatten die Wachstumsraten der globalen Wirtschaftsleistung in vierteljährlicher Betrachtung mitunter stark geschwankt, ohne dass sich letztlich die konjunkturelle Grundtendenz geändert hätte. Die Verlangsamung der letzten Quartale ist jedoch vor dem Hintergrund der weitverbreiteten Erwartung einer graduellen Tempoerhöhung auffällig. Derartige Hoffnungen hatten vor allem durch den kräftigen Ölpreistrückgang Auftrieb erhalten. Es ist aber unsicher, inwieweit dieser Preisrutsch auf die Weltwirtschaft als Ganzes stimulierend wirkt.<sup>1)</sup> Retardierende Einflüsse treten mittlerweile nicht nur in Öl exportierenden Län-

dern, wie etwa in Russland, offen zutage. Auch in den USA, die per saldo nach wie vor Rohöl einführen, hat die heimische Ölindustrie ihre Investitionstätigkeit kräftig eingeschränkt und damit das reale BIP-Wachstum gebremst. Den größeren realen Einkommensspielraum haben die privaten Haushalte dort nicht vollumfänglich genutzt, sodass die Sparquote deutlich angezogen hat und stimulierende Effekte sich bislang nicht wie oftmals erwartet manifestiert haben.

Die vielerorts beobachtete konjunkturelle Abschwächung spiegelt sich ebenfalls in der weltweiten Industrieproduktion wider. Den Daten des niederländischen Centraal Planbureau (CPB) zufolge hat die Erzeugung im Schnitt der Monate Januar und Februar nur verhalten gegenüber dem Schlussquartal 2014 zugelegt. Das Welthandelsvolumen ist im gleichen Zeitraum sogar erheblich gesunken. Dabei hat möglicherweise ein ausgedehnter Streik in den Häfen an der Pazifikküste der USA eine gewisse Rolle gespielt. Wenngleich der globale Einkaufsmanagerindex für den Dienstleistungsbereich eine deutliche Stimmungsaufhellung bis in den April reflektiert, zeigt sein Pendant für das verarbeitende Gewerbe keine Besserung an. Insgesamt spricht zurzeit wenig dafür, dass die Weltwirtschaft im Begriff ist, ihr in der Grundtendenz moderates Expansionstempo zu steigern.

*Globale  
Industrie ohne  
Schwung*

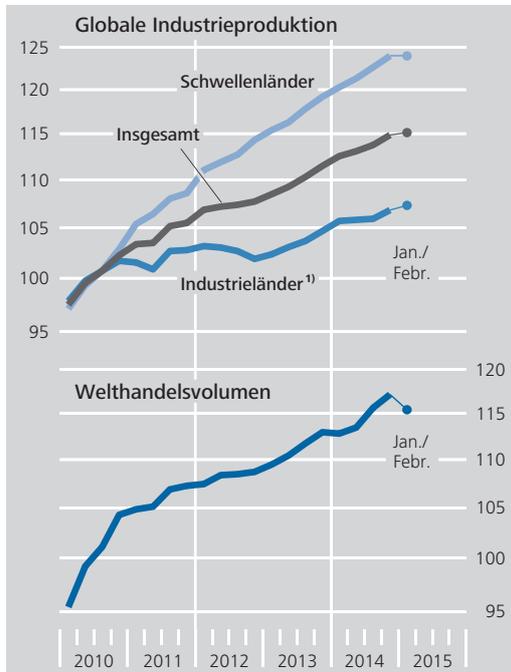
Nichtsdestoweniger hat der Internationale Währungsfonds (IWF) in seinem World Economic Outlook vom April an der Erwartung einer graduellen Besserung der Konjunktur festgehalten. Wie bereits in den Projektionen vom Januar rechnet der IWF mit einer Zunahme der weltweiten Wirtschaftsaktivität, aggregiert mithilfe von Kaufkraftparitäten, um 3,5% im laufenden Jahr. Die Vorausschätzung für 2016 wurde

*Wachstums-  
prognose des  
IWF unverändert*

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den möglichen realwirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreistrückgangs, Monatsbericht, Februar 2015, S. 13 ff.

## Globale Industrieproduktion und Welthandel

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Centraal Planbureau. <sup>1</sup> OECD-Raum ohne Chile, Israel, Mexiko, Polen, Südkorea, Tschechische Republik, Türkei und Ungarn, aber einschl. Zypern.  
 Deutsche Bundesbank

## Weltmarktpreise für Rohöl, Industrierohstoffe sowie Nahrungs- und Genussmittel

US-Dollar-Basis, 2010 = 100, Monatsdurchschnitte, log. Maßstab



Quellen: Thomson Reuters und HWWI. • Letzter Stand: Durchschnitt 1. bis 8. Mai bzw. 1. bis 14. Mai 2015 (Rohöl).  
 Deutsche Bundesbank

sogar geringfügig angehoben (+ 3,8%). Dahinter stehen mitunter deutliche, aber gegenläufige Korrekturen der Projektionen für einzelne Volkswirtschaften. Insbesondere die zuvor sehr optimistische Setzung für das Wachstum der US-Wirtschaft ist beträchtlich reduziert worden. Im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren wird aber immer noch von einer erheblichen Steigerung des Expansionstempos 2015 und 2016 ausgegangen. Andererseits hat der IWF seine Vorausschätzungen für Japan und den Euro-Raum in diesem Zeitraum spürbar angehoben. Unter den Schwellenländern werden nun vor allem die Perspektiven für Brasilien, Russland und andere Rohstoffe exportierende Volkswirtschaften nochmals ungünstiger beurteilt. Dem steht zwar eine kräftige Aufwärtskorrektur der projizierten Expansionsraten Indiens gegenüber. Allerdings ist sie nicht Ausdruck einer plötzlichen Aufhellung der Aussichten für die indische Wirtschaft. Stattdessen ist sie das Ergebnis einer umfassenden Revision der dortigen amtlichen Statistik, die zu einer entsprechenden Anhebung der Wachstumsraten vergangener Jahre geführt hat. Daher musste der IWF auch die Zunahme des realen BIP 2014 für die Gruppe der Schwellenländer auf 4,6% heraufsetzen, sodass er nun für 2015 mit einer weiteren spürbaren Verlangsamung in diesem Länderkreis rechnet, obwohl seine Vorausschätzung mit + 4,3% unverändert ist. Die vom IWF gesehene leichte Festigung der globalen Konjunktur im laufenden Jahr geht somit allein auf die Gruppe der Fortgeschrittenen Volkswirtschaften zurück.

Die schleppende Konjunktur im globalen Verarbeitenden Gewerbe dürfte ein wichtiger Grund für die fortgesetzte Verbilligung von Industrierohstoffen in den vergangenen Monaten gewesen sein. Dem entsprechenden HWWI-Index zufolge waren die Notierungen auf US-Dollar-Basis im April um 6% niedriger als drei Monate zuvor. Dabei war der Rückgang im Aggregat ganz wesentlich der Talfahrt der Preise für Eisenerz und Schrott geschuldet. Aber auch Nahrungs- und Genussmittel wurden deutlich günstiger. Zum Ende des Berichtszeitraums festigten sich die Preise für Industrieroh-

*Preise für Rohstoffe ohne Energie nochmals gesunken; Rohölpreis erholt*

stoffe und folgten damit den Rohölnotierungen, welche bereits im Januar Boden gefunden hatten. Der Kassapreis für die Sorte Brent hat seit Februar bei merklichen Ausschlägen um die Marke von 60 US-\$ je Fass geschwankt. Neben den Hinweisen auf scharfe Anpassungen in der nordamerikanischen Ölindustrie haben wohl zuletzt auch wieder militärische Auseinandersetzungen im Nahen Osten den Preis tendenziell gestützt. Bei Abschluss dieses Berichts mussten für ein Fass der Sorte Brent 67 US-\$ am Kassamarkt gezahlt werden. Für zukünftige Lieferungen wurden zwar nach wie vor Aufschläge fällig. Sie waren aber nicht mehr so hoch wie drei Monate zuvor.

*Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe der Industrieländer stabilisiert*

Mit dem Ölpreis hat auch die allgemeine Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe der Industrieländer ihre Talfahrt beendet. Nachdem die Gesamtrate für den Länderkreis von +1,7% im Juni 2014 auf null im Januar 2015 gefallen war, erholte sie sich bis März auf +0,2%. Der Vorjahresabstand der Preise für Energieträger hatte sich von +3,1% in -12,8% gekehrt, bevor er sich zuletzt auf -11,1% verkürzte. Dagegen schwankte die Kernrate, die sich auf den Warenkorb der Konsumenten ohne Energieträger und Nahrungsmittel bezieht, vergleichsweise wenig; im März war sie mit +1,2% nach wie vor merklich positiv.

## Ausgewählte Schwellenländer

*Konjunkturelle Dynamik in China zum Jahresauftakt recht niedrig*

In China hat sich im abgelaufenen Quartal das reale BIP-Wachstum binnen Jahresfrist etwas ermäßigt, und zwar von 7¼% auf 7%. Beim jüngsten Ergebnis ist jedoch zu berücksichtigen, dass es durch das gedrückte Niveau in der Vorjahresperiode positiv beeinflusst wird. Gegenüber dem vorangegangenen Quartal stieg die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung gerade einmal um 1¼%. Die für chinesische Verhältnisse recht langsame Gangart dürfte zum einen der Abkühlung auf dem Häusermarkt geschuldet sein, der aufgrund des vorherigen Booms ein erhebliches gesamtwirtschaftliches Gewicht besitzt. Darüber hinaus scheint der private Kon-

sum an Fahrt verloren zu haben. Auf eine binnenwirtschaftlich induzierte Konjunkturschwäche deuten auch die Warenimporte hin, die – selbst nach dem Herausrechnen von Preisrückgängen bei Rohstoffen – im ersten Quartal stark gefallen sind, während sich die Exporte als robuster erwiesen haben. Der Anstieg der Verbraucherpreise betrug im Winter 1,2% binnen Jahresfrist und hat damit erneut nachgelassen. Dies hat vereinzelt sogar Befürchtungen geschürt, es könne zu einer deflationären Entwicklung kommen. Ausschlaggebend für den niedrigen Preisauftrieb ist aber eine gedämpfte Teuerung bei Nahrungsmitteln und Energie. Hinzu kommt ein geringer Anstieg der Wohnkosten infolge der Abschwächung auf dem Immobilienmarkt.

In Indien besteht derzeit eine erhebliche Unsicherheit über die Stärke der gesamtwirtschaftlichen Dynamik und die Position im Konjunkturzyklus. Das indische Statistikamt hat vor Kurzem die Berechnungsmethode für das BIP angepasst und in diesem Zusammenhang die realen Wachstumsraten für den aktuellen Rand deutlich angehoben. Auf Grundlage der neuen Methodik wird etwa für das vergangene Fiskaljahr ein BIP-Zuwachs von 7½% ausgewiesen. Diese Ergebnisse sind unter anderem von der indischen Zentralbank infrage gestellt worden.<sup>2)</sup> In der Tat weisen viele Indikatoren auf ein langsames gesamtwirtschaftliches Expansions-tempo hin. So sind beispielsweise die realen Importe von Waren und Dienstleistungen im vergangenen Jahr zum zweiten Mal in Folge gesunken. Die am Verbraucherpreisindex gemessene Teuerungsrate belief sich im ersten Quartal 2015 auf 5,2% und war damit für indische Verhältnisse weiterhin recht niedrig. Gemäß einer kürzlich getroffenen Vereinbarung zwischen der Regierung und der Zentralbank stellt Preisstabilität ab sofort das Primärziel der indischen Geldpolitik dar. Dabei wird ab dem nächsten Fiskaljahr eine Inflationsrate von 4% angestrebt.

*Unklares statistisches Bild über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Indiens*

<sup>2</sup> Vgl.: Reserve Bank of India, Monetary Policy Report April 2015, insbesondere Box III.1, New Series of National Accounts, S. 22.

*Reales BIP in  
Brasilien zum  
Jahresbeginn  
wohl  
geschrumpft*

In Brasilien hat die Konjunktur im neuen Jahr offenbar deutlich nachgelassen. Gemäß den verfügbaren monatlichen Indikatoren, darunter die Industrieproduktion, dürfte das reale BIP saisonbereinigt sogar spürbar geschrumpft sein. Bereits im Frühjahr 2014 war die Wirtschaftsleistung des Landes merklich gesunken und hat sich seither nur leicht erholt. Zuletzt lag die gesamtwirtschaftliche Produktion 1% unter dem Höchststand von Anfang 2014. Die schwache Entwicklung der brasilianischen Wirtschaft ist vor allem auf Strukturprobleme zurückzuführen. Hinzu kommt eine straffe Geldpolitik, mit der die Zentralbank den starken Preisauftrieb einzudämmen versucht. Im ersten Quartal ist die Teuerung auf der Verbraucherstufe auf 7,7% geklettert. Dies ist die höchste Rate seit dem Jahr 2005.

*Russische Wirt-  
schaftsleistung  
im ersten  
Quartal deutlich  
rückläufig*

Die russische Wirtschaft ist wegen der internationalen Sanktionen und des Ölpreisverfalls einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Nachdem das reale BIP im Schlussquartal 2014 im Vorjahresvergleich noch leicht gewachsen war, ist es nach dem Jahreswechsel gemäß einer Regierungsschätzung um 2¼% geschrumpft. Den Indikatoren zufolge scheint vor allem der private Konsum eingebrochen zu sein. Ausschlaggebend dafür ist die stark gestiegene Inflation, die zu erheblichen Kaufkraftverlusten bei den privaten Haushalten geführt hat. Im ersten Jahresviertel fiel die Teuerung auf der Verbraucherstufe mit 16% doppelt so hoch aus wie im Jahr 2014. Der sehr kräftige Preisauftrieb geht in erster Linie auf die Abwertung des Rubel zurück. Außerdem hat das Importembargo für Lebensmittel aus westlichen Ländern eine Rolle gespielt, welches die Regierung als Reaktion auf die Verhängung von Wirtschafts-sanktionen verfügt hatte. Die geschwächte Binnennachfrage hat zusammen mit der Rubel-Abwertung dazu geführt, dass die russischen Importe erheblich zurückgegangen sind.

## USA

Die Expansion der US-Wirtschaft ist im zurückliegenden Winter einer ersten amtlichen Schätzung zufolge nahezu zum Erliegen gekommen, nachdem das saisonbereinigte reale BIP bereits im Herbst 2014 nur noch moderat gewachsen war. Vielfach wird das magere Ergebnis auf Sonderfaktoren zurückgeführt, vor allem auf den widrigen Einfluss außergewöhnlich strengen Winterwetters im Februar (siehe Erläuterungen auf S. 15 ff.). Zwar könnte die Witterung die gesamtwirtschaftliche Expansion merklich verlangsamt haben. Doch selbst ohne diesen Effekt wäre das reale BIP im ersten Quartal wohl lediglich verhalten gestiegen. Enttäuschend war insbesondere die Abschwächung des Wachstums des privaten Konsums im ersten Quartal, die in monatlicher Betrachtung bereits im Dezember 2014 eingesetzt hatte. Da die privaten Haushalte die Erweiterung ihres realen Einkommensspielraums, welche sich nicht zuletzt aus dem Ölpreisrückgang ergab, nur teilweise für Ausgabensteigerungen nutzten, zog ihre Sparquote deutlich an. Starke stimulierende Effekte billigerer Kraftstoffe sind bislang ausgeblieben. Stattdessen haben die Ölonternehmen durch die Einschränkung ihrer Investitionen die Expansion des BIP zurückgehalten. Auch im Frühjahr könnten die fortgesetzten Anpassungen in diesem Sektor auf gesamtwirtschaftlicher Ebene noch zu spüren sein. Gleichwohl deutet der solide Beschäftigungszuwachs im April eine intakte Aufwärtstendenz der amerikanischen Wirtschaft an. Die standardisierte Erwerbslosenquote war im gleichen Monat mit 5,4% um 0,3 Prozentpunkte niedriger als zum Jahresauftakt. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der erzielten Fortschritte auf dem Arbeitsmarkt passte die US-Notenbank im Berichtszeitraum ihren Ausblick für den Leitzins an. Während der Vorjahresabstand des gesamten Verbraucherpreisindex zeitweise leicht negativ wurde, zeigte die Kernrate, ermittelt unter Ausschluss von Energieträgern und Nahrungsmitteln aus dem Warenkorb, mit +1,8% im März weiterhin eine moderate Teuerung an.

*Gesamtwirt-  
schaftliche  
Aufwärts-  
bewegung ins  
Stocken geraten*

## Zum Einfluss von Sonderfaktoren auf das reale BIP-Wachstum in den USA im Winter 2015

Rechnet man die Expansion des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den USA im ersten Quartal 2015 gegenüber der Vorperiode auf ein Jahr hoch, ergibt sich laut der ersten amtlichen Schätzung lediglich eine Rate von + ¼%. Diese annähernde Stagnation der amerikanischen Wirtschaft haben Konjunkturbeobachter auf diverse Sonderfaktoren zurückgeführt. Konkret sind das außergewöhnlich strenge Winterwetter, der ausgedehnte Streik in den Häfen der Pazifikküste, die Aufwertung des US-Dollar und der Einbruch der Investitionen in der Ölindustrie genannt worden. Im Folgenden sollen Plausibilität beziehungsweise Ausmaß dieser Einflüsse geprüft werden.

Beeinträchtigungen der Wirtschaftsaktivität durch widrige Witterung schlagen sich in den amtlichen Angaben zum realen BIP in den USA nieder, wenn sie über das übliche saisonale Muster hinausgehen. Bereits in Verbindung mit den starken Schwankungen des gesamtwirtschaftlichen Wachstums in der ersten Jahreshälfte 2014 wurden derartige Wirkungen diskutiert und quantifiziert.<sup>1)</sup> Dabei zeigten die Schätzungen durchaus statistisch signifikante und ökonomisch bedeutsame Einflüsse auf. Legt man den damals bezifferten Zusammenhang zur Abweichung bevölkerungsgewichteter Indizes für die Zahl der Heiz- beziehungsweise Kühl-tage von ihrem langfristigen Durchschnitt zugrunde, dürfte das auf Jahresrate hochgerechnete Wachstum des realen BIP (gegenüber dem Vorquartal) im Winter 2015 um gut 1 Prozentpunkt gedämpft worden sein. Ausgehend von der mittleren Expansionsrate im laufenden Aufschwung (+ 2 ¼%) wäre der Witterungseinfluss also durchaus spürbar gewesen, aber keine hinreichende Erklärung für die beobachtete Verlangsamung insgesamt. Mit Blick auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum im laufenden Quartal impliziert die Schätzung nur

einen positiven Effekt in Höhe von knapp ½ Prozentpunkt (annualisiert), sofern sich das Wetter wieder normalisiert. Dahinter steht zum einen, dass der verzögerte Witterungseinfluss mit umgekehrtem Vorzeichen generell geringer ausfällt als der vorangegangene.<sup>2)</sup> Zum anderen ist die geschätzte Bremswirkung des Wetters im ersten Jahresviertel 2015 zum Teil selbst das Ergebnis einer Gegenbewegung nach einem positiven Effekt aus dem Schlussquartal 2014, die das Frühjahrsergebnis aber nicht mehr berührt.

Die Schätzung impliziert keinen Zusammenhang zwischen ungewöhnlicher Witterung und den Wachstumsbeiträgen der Lageränderungen oder des Außenhandels. Der erneut spürbar dämpfende Einfluss der Nettoexporte auf das reale BIP-Wachstum im ersten Quartal wird allerdings von einigen Beobachtern einem weiteren Sonderfaktor zugeschrieben, nämlich dem monatelangen Streik in den Häfen der amerikanischen Westküste, der erst im Februar beendet wurde. Ein derartiger Arbeitskampf mag zwar die Ein- und Ausfuhrströme von Waren gedrosselt haben. Ein möglicher Einfluss auf den Beitrag des Außenhandels zum BIP-Wachstum ist aber nicht unmittelbar einsehbar, da hierfür letztlich nur der Saldo zwischen Importen und Exporten maßgeblich ist.<sup>3)</sup> Monatliche Daten zu den preis- und

<sup>1</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Witterungseinfluss auf das reale BIP-Wachstum in den USA im ersten Halbjahr 2014, Monatsbericht, August 2014, S. 23 ff.

<sup>2</sup> Von Bedeutung hierfür ist wohl insbesondere, dass sich die dämpfende Wirkung widrigen Wetters auf die Wachstumsrate des privaten Dienstleistungskonsums (ohne Energie) im Folgequartal nicht umkehrt, sondern schlicht auszulaufen scheint.

<sup>3</sup> Bei einer prozentual identischen Einschränkung der realen Einfuhren und Ausfuhren steigt aufgrund des Niveauunterschieds zwischen diesen Größen (Handelsbilanzdefizit) das preisbereinigte BIP in den USA. Mittlere Auswirkungen auf andere Komponenten über die Unterbrechung von Lieferketten werden hier nicht betrachtet; entsprechende Hinweise liegen nicht vor.

**Ausgewählte Kontraktionsphasen  
 der realen Bruttoanlageinvestitionen  
 der Ölindustrie in den USA<sup>1)</sup>**

Zeitraum		BIP- Anteil 1)	Rück- gang 2)	Wachs- tums- beitrag 3)
Hochpunkt	Tiefpunkt			
4. Vj. 1981	2. Vj. 1983	1,96	- 44,8	- 0,88
1. Vj. 1985	3. Vj. 1986	0,78	- 59,0	- 0,46
1. Vj. 1991	2. Vj. 1992	0,36	- 34,5	- 0,12
3. Vj. 2001	2. Vj. 2002	0,41	- 36,1	- 0,15
4. Vj. 2008	3. Vj. 2009	0,95	- 41,3	- 0,39
4. Vj. 2014	1. Vj. 2015	0,98	- 14,9	- 0,15

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bureau of Economic Analysis. \* Approximatives Aggregat der realen gewerblichen Bauinvestitionen im Bereich der Öl- und Gasförderung sowie der realen gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen im Bereich Bergbau und Ölfelder. **1** Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominalen BIP im Hochpunkt in %. **2** Kumulierter Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen im Verlauf der Kontraktionsphase in %. **3** Approximativer Beitrag zur Veränderungsrate des realen BIP im Verlauf der Kontraktionsphase in Prozentpunkten.

Deutsche Bundesbank

saisonbereinigten Strömen im Warenhandel zeigen einen sprunghaften Anstieg der Importe im März an, jedoch nur eine vergleichsweise geringe Zunahme der Exporte. Rechnerisch erklärt dies das günstigere Abschneiden der Einfuhren im Quartalsvergleich und den entsprechenden gesamtwirtschaftlichen Bremseffekt.<sup>4)</sup> Vor allem die Importe aus China haben im März kräftig zugelegt. Mithin könnte die Entwicklung in den USA auch das Spiegelbild erratischer Bewegungen des chinesischen Außenhandels sein, die im Zusammenhang mit dem dortigen Neujahrsfest gesehen worden sind.<sup>5)</sup>

Bereits diese eher technischen Überlegungen verdeutlichen, dass der Anstieg der Importe im ersten Quartal wohl nicht maßgeblich auf die kräftige effektive Aufwertung des US-Dollar im Winterhalbjahr 2014/2015 zurückzuführen ist. Zwar besitzen starke, persistente Wechselkursverschiebungen durchaus das Potenzial, die internationalen Warenströme umzulenken. Damit aber die Endnachfrage entsprechend reagieren kann, müssen zunächst die Preise bis zu dieser Stufe angepasst werden. Wechselkursimpulse werden jedoch – in Abhängigkeit

insbesondere vom betrachteten Land und der jeweiligen Güterart – mitunter nur unvollständig und allmählich über verschiedene Ebenen weitergegeben.<sup>6)</sup> So sind die Einfuhrpreise für Konsumgüter in den USA in den vergangenen Monaten lediglich etwas reduziert worden.

Mit ins Bild zu nehmen ist, dass gerade ausgeprägte Importbewegungen auch mit einer Änderung der Lagerdynamik einhergehen können. So stand im Winter dem dämpfenden Einfluss des Außenhandels der positive Wachstumsbeitrag eines verstärkten Vorratsaufbaus gegenüber.<sup>7)</sup> Es ist möglich, dass sich im laufenden Quartal Gegenbewegungen bei diesen Verwendungskomponenten erneut in der Tendenz ausgleichen.

Darüber hinaus ist die hohe Volatilität der vierteljährlichen Wachstumsbeiträge des Außenhandels zu beachten. Noch im Sommer 2014 konnte ein nicht zu vernachlässigender Teil der gesamtwirtschaftlichen Expansion den Nettoexporten zugerechnet werden. Allerdings war im Zeitraum 2011 bis 2014 der durchschnittliche jährliche Wachstumsbeitrag des Außenhandels nahezu null.

<sup>4</sup> Da der Importanstieg im März größer ausfiel, als vom Statistikamt bei der ersten BIP-Schätzung für den Winter unterstellt worden war, könnte das BIP im Rahmen der zweiten Setzung noch nach unten korrigiert werden.

<sup>5</sup> Bereinigt um übliche saisonale Effekte waren laut chinesischer Statistik die nominalen Warenexporte in die USA im Februar sprunghaft nach oben gegangen, bevor sie im März weit unter das Niveau vom Januar fielen. Sofern es einen Zusammenhang zwischen den Außenhandelszahlen Chinas und der USA gibt, der um einen Monat verschoben ist, könnten die amerikanischen Einfuhren im April und auch im Schnitt des laufenden Quartals spürbar niedriger ausfallen als im Mittel der Wintermonate. Möglicherweise würde dann das gesamtwirtschaftliche Wachstum durch den Außenhandel per saldo gestützt.

<sup>6</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der japanischen Warenausfuhr nach der kräftigen Yen-Abwertung, Monatsbericht, Februar 2014, S. 16 ff.

<sup>7</sup> Rechnet man aus dem BIP sowohl den Außenbeitrag als auch die Vorratsänderungen heraus, erhält man die inländische Endnachfrage. Sie ist im vergangenen Winter gegenüber dem Vorquartal nur wenig stärker gewachsen als die gesamtwirtschaftliche Erzeugung (annualisiert + ¾%).

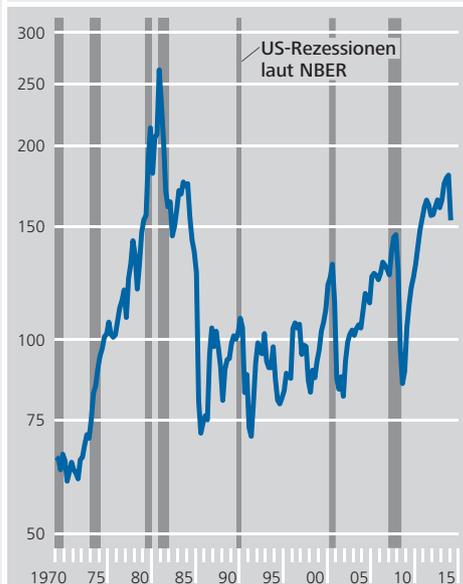
Aufgrund der in Relation zu wichtigen Handelspartnern günstigen Dynamik der Binnen- nachfrage in den USA wäre aber eher ein spürbar dämpfender Einfluss zu erwarten gewesen. Insofern ist gerade die Entwicklung der amerikanischen Importe in den vergangenen Jahren bemerkenswert schwach gewesen.<sup>8)</sup> Im Vergleich zu Wechselkursen erweisen sich Nachfrageniveaus in der Regel als bedeutsamere Determinante internationaler Warenströme. Die Ausfuhren der USA sind daher nicht zuletzt vor dem Hintergrund der globalen Konjunktur zu sehen.

Aber auch ohne das Volumen des Außenhandels unmittelbar zu berühren, kann die Aufwertung des US-Dollar Einfluss auf die amerikanische Wirtschaftsaktivität nehmen. Insbesondere kann sie die Profitabilität und mithin letztlich das Investitionsverhalten von Unternehmen verändern, die im Auslandsgeschäft tätig sind. Derartige Anpassungen dürften allerdings ebenfalls nur mit zeitlichen Verzögerungen vorgenommen werden. Die aktuelle Flaute der gewerblichen Ausgaben für Ausrüstungen scheint eher ein Reflex der sehr kräftigen Expansion im Sommerhalbjahr 2014 zu sein.

Hinzu kommen die jüngsten Korrekturen in der Ölindustrie infolge des Rückgangs der Rohölpreise. Zwar ist dieser Sektor aus gesamtwirtschaftlicher Perspektive klein. Innerhalb der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) wurden im vergangenen Jahr Ausgaben von 143 Mrd US-\$ für Bauten in der Öl- und Gasförderung verbucht. Rechnet man noch Ausrüstungsinvestitionen für den gesamten Bergbau in Höhe von 25 Mrd US-\$ hinzu, entsprach dies lediglich 1% der Wirtschaftsleistung. Allerdings sind nach Ausschaltung von Preiseffekten die Investitionen der Ölindustrie in der Vergangenheit zu verschiedenen Gelegenheiten sehr scharf eingeschränkt worden. Ein entsprechender, approximativer Index ist im Verlauf der ersten drei Quartale des Jahres 2009 um 41% gesunken. Im Sommer 1986

### Reale Bruttoanlageinvestitionen<sup>\*)</sup> der Ölindustrie in den USA

2009 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bureau of Economic Analysis. \*) Approximatives Aggregat der realen gewerblichen Bauinvestitionen im Bereich der Öl- und Gasförderung sowie der realen gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen im Bereich Bergbau und Ölfelder.

Deutsche Bundesbank

verbuchte er gegenüber seinem Stand vom Jahresauftakt 1985 sogar ein Minus von 59%. Trotz des an sich kleinen Gewichts wurde dadurch die Änderungsrate des realen BIP deutlich zurückgehalten. Im ersten Jahresviertel 2015 fiel die Kontraktion dieses Index mit –15% (nicht annualisiert) gegenüber dem Vorquartal im Vergleich zu den genannten historischen Episoden nicht ungewöhnlich scharf aus. Die auf Jahresrate hochgerechnete Expansion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung dürfte hierdurch um gut ½ Prozentpunkt reduziert worden sein. Angesichts der bis zuletzt weiterhin rückläufigen Bohraktivitäten könnte sich im Frühjahr nochmals ein ähnlich starker Effekt einstellen. Die historischen Erfahrungen zeigen aber auch, dass sich die Investitionen in den Quartalen nach Abschluss einer Kontraktion zum Teil wieder merklich erholt haben.

<sup>8</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zum Rückgang der Elastizität des Welthandels gegenüber der globalen Wirtschaftsleistung, Monatsbericht, Januar 2015, S. 27 ff.

Insgesamt ist die Bedeutung von Sonderfaktoren für die annähernde Stagnation der US-Wirtschaft im zurückliegenden Winter unterschiedlich zu bewerten. Die widrige Witterung dürfte zwar einen spürbaren, aber doch begrenzten Einfluss ausgeübt haben. Eine Gegenbewegung gleicher Größenordnung ist im laufenden Quartal nicht zu erwarten. Selbst wenn man den Wettereffekt nicht betrachtet, finden sich in den vergangenen Monaten keine Anzeichen für eine grundlegende Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Tempos, wie sie vielfach projiziert worden war. Die Anpassungen in der Ölindustrie im Zuge des kräftigen Rückgangs der Ölpreise und ihre gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen waren zu erwarten gewesen.<sup>9)</sup> Zugleich sind generell die stimulierenden Effekte der Ölverbilligung für die US-Wirtschaft weniger klar, als oftmals unterstellt worden ist.<sup>10)</sup>

Ähnlich wie bereits der Rückschlag zum Auftakt des vergangenen Jahres dürfte die Schwäche der US-Wirtschaft im Winter 2015 keinen zyklischen Abschwung einläuten. Nicht zuletzt die solide Entwicklung am Arbeitsmarkt im April spricht dafür, dass der zugrunde liegende moderate Expansionspfad des realen BIP intakt ist. Die annähernde Stagnation im Winter verdeutlicht aber erneut, dass aufgrund des niedrigeren Potenzialwachstums gewisse Sonderfaktoren oder die üblichen Ausschläge schwankungsanfälliger Verwendungskomponenten die Änderungsrate des BIP häufiger auf oder unter die Nulllinie drücken können als in der Vergangenheit.<sup>11)</sup>

<sup>9</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Internationales und europäisches Umfeld, Monatsbericht, Februar 2015, S. 19.

<sup>10</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den möglichen realwirtschaftlichen Auswirkungen des Ölpreistrückgangs, Monatsbericht, Februar 2015, S. 13 ff.

<sup>11</sup> Vgl.: Deutsche Bundesbank, Die US-Wirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung, Monatsbericht, April 2013, S. 15–39.

## Japan

*Konjunkturelle  
Erholung  
vermutlich  
fortgesetzt*

Wenngleich offizielle BIP-Zahlen bei Abschluss dieses Berichts noch nicht verfügbar waren, dürfte die japanische Wirtschaft zum Jahresauftakt ihrem zugrunde liegenden Erholungspfad weiter gefolgt sein. Nichtsdestoweniger ist fraglich, ob das recht deutliche Expansionstempo vom Schlussquartal 2014 gehalten werden konnte. Zu dieser Unsicherheit trägt eine ausgesprochen hohe Volatilität wichtiger Konjunkturindikatoren auf monatlicher Ebene bei. Vermutlich stand sie in Verbindung mit dem diesjährigen Termin des chinesischen Neujahrsfestes, das für wichtige Handelspartner Japans in Ostasien von großer Bedeutung ist. So war die japanische Industrieproduktion im Januar sprunghaft gestiegen, bevor sie in den Folgemonaten wieder nachgab; im ersten Quartal insgesamt ergab sich gleichwohl eine beträchtliche Steigerung gegenüber der Vorperiode. Einen ähnlichen Verlauf nahm dem Volumen nach auch die Warenausfuhr. Da die ent-

sprechenden realen Einfuhren im Winter aber ähnlich deutlich anzogen, dürfte der Außenhandel per saldo keinen derart spürbaren rechnerischen Beitrag zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum geleistet haben wie im Vorquartal. Zudem legen verschiedene Indikatoren eine eher verhaltenere Expansion des privaten Konsums nahe. Die Erwerbslosenquote verharrte im Schnitt der Wintermonate auf niedrigem Niveau (3,5%). Noch unterstützte der Einfluss der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes den heimischen Preisauftrieb. Ohne Energie und Nahrungsmittel (aber einschl. alkoholischer Getränke) gerechnet verteuerte sich der dem Verbraucherpreisindex zugrunde liegende Warenkorb im März 2015 – wie bereits im Dezember 2014 – um 2,1% binnen Jahresfrist.<sup>3)</sup>

<sup>3</sup> Gemäß der Schätzung der japanischen Notenbank sind davon 1,7 Prozentpunkte auf die Anhebung des Mehrwertsteuersatzes im April 2014 zurückzuführen. Im April 2015 dürfte sich dieser Einfluss auf nur noch 0,2 Prozentpunkte reduzieren. Vgl.: Bank of Japan, Monthly Report of Recent Economic and Financial Developments, April 2015, S. 18.

*Ausgeprägte  
Schwäche der  
Bauwirtschaft*

## Vereinigtes Königreich

Auch im Vereinigten Königreich hat sich die Expansion der Wirtschaftsleistung im Winter verlangsamt. Bereinigt um Preis- und übliche saisonale Effekte legte das BIP laut einer ersten Schätzung nur um ¼% gegenüber dem Vorquartal zu, in dem es noch um gut ½% gewachsen war. Das ist die niedrigste Änderungsrate seit Ende 2012. Dabei scheint sich gerade im Baugewerbe eine neuerliche Schwäche manifestiert zu haben. In diesem Sektor schrumpfte die reale Bruttowertschöpfung im ersten Jahresviertel um 1½%, nachdem sie bereits im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt um 2¼% nachgegeben hatte. Rein rechnerisch war für die Verlangsamung der gesamtwirtschaftlichen Erholung zwar wichtiger, dass sich das Wachstum des Outputs im Dienstleistungssektor auf ½% nahezu halbiert hat. Maßgeblich hierfür war allerdings wiederum eine annähernde Stagnation im Bereich der Finanz- und unternehmensnahen Dienstleistungen, auf den die Schwäche in der Bauwirtschaft ausgestrahlt haben könnte. Die Erzeugung des Produzierenden Gewerbes (ohne Bau) war im Winter geringfügig niedriger, insbesondere aufgrund einer beträchtlichen Einschränkung der Öl- und Gasförderung. Nichtsdestoweniger besserte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiterhin spürbar. Den nationalen Angaben zufolge fiel die standardisierte Erwerbslosenquote im ersten Quartal auf 5,5%, den tiefsten Stand seit Mitte 2008. Der Preisauftrieb auf der Konsumentenseite ließ im Verlauf der Wintermonate auch unter Ausschluss von Energieträgern und unverarbeiteten Nahrungsmitteln nach. So fiel die entsprechende Kernrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) von +1,2% im Dezember 2014 auf nur noch +0,8% drei Monate später. Ausschlaggebend war die Preisentwicklung bei gewerblichen Waren (ohne Energieträger) und verarbeiteten Nahrungsmitteln, wofür der verstärkte Wettbewerb im Einzelhandel neben der Aufwertung des Pfund Sterling bedeutsam gewesen sein dürfte.

## Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Mitgliedstaaten (EU-6)<sup>4</sup> insgesamt hat die konjunkturelle Erholung im ersten Jahresviertel nochmals Fahrt aufgenommen. Speziell in der Tschechischen Republik zog das reale BIP sprunghaft an. In anderen Ländern hat sich die gesamtwirtschaftliche Aufwärtsbewegung ebenfalls verstärkt. Die lebhaftere Konjunktur resultierte vor allem aus dem kräftigen Anstieg der Binnennachfrage. Dabei profitierte der private Konsum von der verbesserten Situation auf dem Arbeitsmarkt; die Erwerbslosenquote ging vielerorts weiter zurück. Ferner wurde die Kaufkraft der privaten Haushalte durch niedrigere Verbraucherpreise gestärkt. Der aggregierte HVPI lag im Durchschnitt des ersten Quartals um 0,8% unter seinem Stand vor Jahresfrist. Für den Rückgang waren die Preise von Energieträgern und unverarbeiteten Nahrungsmitteln ausschlaggebend; ohne diese Güter gerechnet betrug die Rate +0,6%. Aufgrund der gedämpften inflationären Grunddynamik haben die Zentralbanken in Polen, Rumänien und Ungarn in den letzten Monaten ihre Leitzinsen erneut gesenkt.

*Aufschwung  
weiter verstärkt*

## Gesamtwirtschaftliche Tendenzen in der EWU

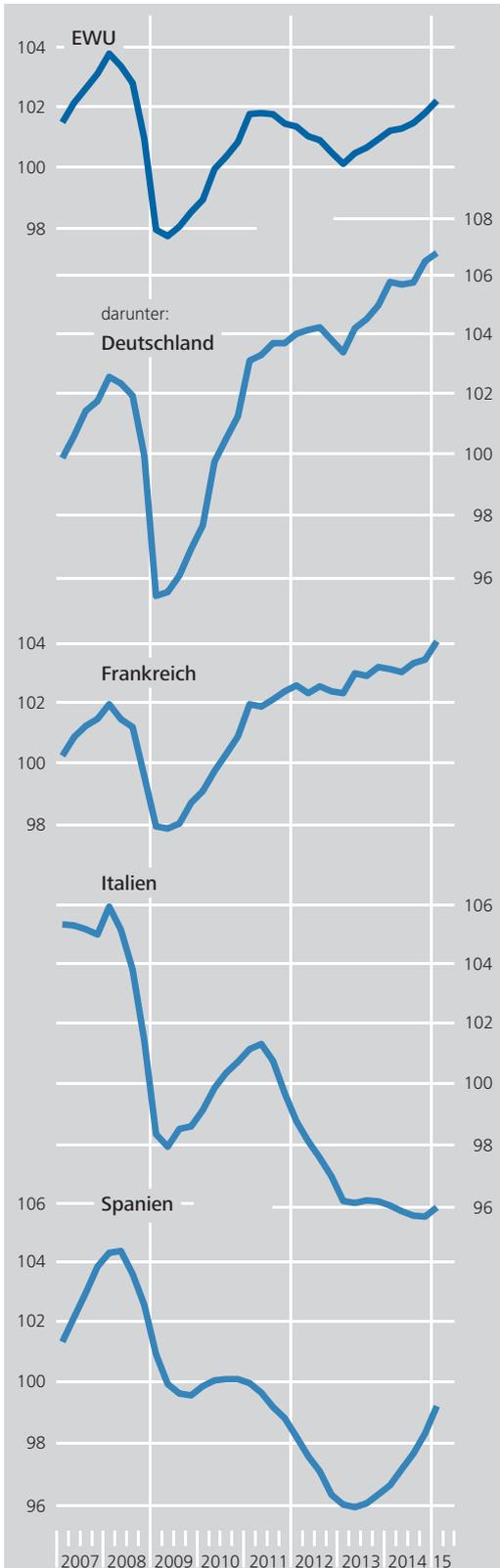
Trotz der Probleme in der Weltwirtschaft konnte im Euro-Raum das Tempo der konjunkturellen Erholung noch leicht erhöht werden. Die günstigeren Finanzierungsbedingungen, die Abwertung des Euro und der abgesenkte Rohölpreis scheinen ein Umfeld geschaffen zu haben, das für den Aufschwung in der EWU förderlich ist. Im Vergleich zur Vorperiode konnte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Winter 2015 gemäß der ersten offiziellen Schätzung saisonbereinigt um knapp ½% zulegen und war 1% höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

*Konjunkturelles  
Tempo leicht  
gestiegen*

<sup>4</sup> Der Länderkreis umfasst die seit dem Jahr 2004 der EU beigetretenen Staaten, sofern sie noch nicht zur EWU gehören, d. h. Polen, Tschechische Republik, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Kroatien.

### Gesamtwirtschaftliche Produktion im Euro-Raum

reales BIP, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: Eurostat.  
 Deutsche Bundesbank

Auf Länderebene betrachtet war das Wirtschaftswachstum im ersten Jahresviertel recht unterschiedlich: Von den 15 Volkswirtschaften, für die erste Angaben vorliegen, wiesen 11 positive Wachstumsraten des realen BIP gegenüber dem Vorquartal auf. Neben einer erneut kräftigen Ausweitung in Spanien und einer deutlichen Expansion in Frankreich stieg die Wirtschaftsleistung in Deutschland und Italien spürbar. Dabei erzielte Italien erstmals seit dem Sommer 2013 eine Zunahme seiner gesamtwirtschaftlichen Produktion. Auch in den Niederlanden, Belgien und Portugal konnte das reale BIP merklich gesteigert werden, und die Slowakei, Lettland und Zypern verbuchten teilweise sogar kräftige Anstiege. Dagegen erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in Österreich nur geringfügig. In Finnland setzte sich die leichte Kontraktion der gesamtwirtschaftlichen Erzeugung fort, während Estland und Litauen nach einer dynamischen Aufwärtsbewegung konjunkturelle Rückschläge verbuchten.

*Mitgliedsländer weitgehend auf Wachstumskurs, ...*

Die bereits Ende letzten Jahres eingesetzte Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation Griechenlands hat im ersten Quartal 2015 angehalten. Insbesondere die hohe Unsicherheit über den wirtschaftspolitischen Kurs des Landes seit dem Regierungswechsel im Januar hat zu der konjunkturellen Abschwächung beigetragen. Die recht optimistischen Erwartungen bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 2015 wurden bislang enttäuscht. So geht die EU-Kommission in ihrer Anfang Mai veröffentlichten Prognose nur noch von einem Wachstum von ½% im Jahr 2015 aus; das sind 2 Prozentpunkte weniger als in der Vorausschätzung vom Februar. Eine Beeinträchtigung der Dynamik in anderen Mitgliedsländern der EWU zeichnet sich zurzeit aber nicht ab.

*... aber in Griechenland Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten*

Die gesamtwirtschaftliche Expansion im Euro-Raum wurde entstehungsseitig nicht zuletzt von der Industrie getragen, deren Produktion im Schnitt des ersten Quartals um 1% über der Vorperiode lag. Hinter dem deutlichen Zuwachs stand zum einen eine kräftige Ausweitung der Energieerzeugung. Außerdem expandierte der

*Auch in der Industrie konjunkturelle Belebung*

Ausstoß von Vorleistungs- und Konsumgütern spürbar, während die Investitionsgüterherstellung etwas gesteigert wurde. Entsprechend erhöhte sich die Auslastung der Produktionskapazitäten im April 2015 im Vergleich zum Januar leicht und erreichte nun erstmals seit vier Jahren wieder ihren langfristigen Durchschnitt. Die Bauproduktion wuchs in den ersten beiden Monaten 2015 moderat und übertraf ihr Niveau vom Herbst 2014 um ½%. Bereits vorliegende Daten für März implizieren für das erste Quartal insgesamt eine merkliche Erhöhung in Deutschland, während in Frankreich die Flaute im Bau-sektor anhält.

*Spürbare  
 Impulse vom  
 privaten  
 Verbrauch*

Auf der Verwendungsseite des BIP hat die Belegung des privaten Verbrauchs, die Mitte 2014 eingesetzt hatte, im ersten Quartal dieses Jahres angehalten. Die realen Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeuge und Kraftstoffe) sind saisonbereinigt um 1% gegenüber der Vorperiode gewachsen. Darüber hinaus zog die Zahl der Kfz-Erstzulassungen mit einem Plus von 4¾% gegenüber den Herbstmonaten stark an. Auch wenn sie im Februar und März etwas an Schwung verloren hat, übertraf sie damit im Quartalschnitt ihren Vorjahresstand um 9%. Die zunehmende Kapazitätsauslastung der Unternehmen könnte zudem der Investitionstätigkeit neuen Auftrieb verliehen haben. Zu höheren Ausgaben der Unternehmen passen die stetige Steigerung der Ausbringung von Investitionsgütern sowie die günstigeren Finanzierungsbedingungen. Vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Schwäche sind nennenswerte Impulse aus dem Außenhandel mit Drittstaaten bislang ausgeblieben. So lagen die nominalen Wareneinfuhren im Mittel der ersten zwei Monate des Jahres saisonbereinigt um ¼% unter dem Schlussquartal 2014. Die wertmäßigen Wareneinfuhren reduzierten sich im gleichen Zeitraum spürbar (-½%).

*Weiterhin  
 expansive  
 Signale der  
 Umfrage-  
 indikatoren*

Laut den vorliegenden Kurzfristindikatoren hat sich der gesamtwirtschaftliche Aufschwung im Euro-Raum zum Frühjahrauftakt fortgesetzt. Allerdings sind die Vorzeichen speziell für die auftragsorientierte Industrie nicht mehr so

### Verbraucherumfrage der Europäischen Kommission für den Euro-Raum

Vierteljahresdurchschnitte, saisonbereinigt



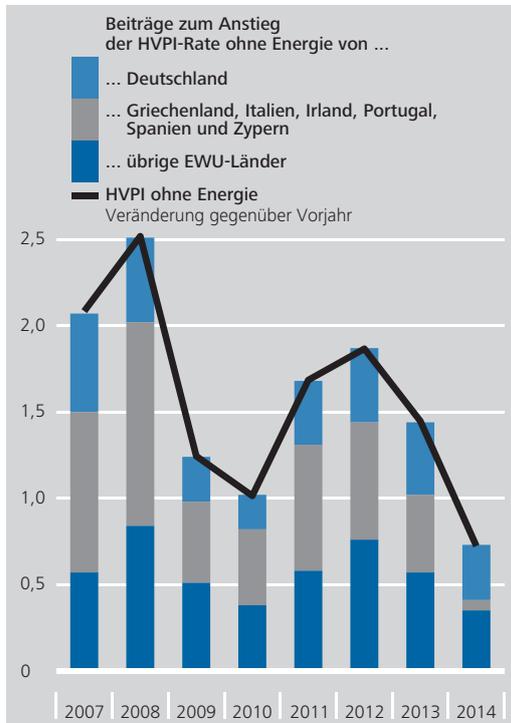
Quelle: Europäische Kommission (Business and Consumer Survey). Gewichteter Saldo der positiven und negativen Einschätzungen, jeweils in % der gegebenen Antworten. Gewichtung anhand der Anteile der einzelnen Länder an den realen privaten Konsumausgaben im Euro-Raum. **1** Mögliche Antworten: „Ja, auf alle Fälle“, „wahrscheinlich ja“ sowie „eher nicht“ und „auf keinen Fall“. **2** „Stärker als bisher steigen“, „etwa im gleichen Maße wie bisher steigen“ sowie „in etwa gleich bleiben“ und „sinken“. **3** „Ja, der Augenblick ist günstig“ und „nein, der Augenblick ist nicht günstig“.

Deutsche Bundesbank

günstig. Dort ist der Ordereingang im Januar/Februar im Vergleich zum vierten Quartal 2014 spürbar gesunken und signalisierte damit zuletzt eine verhaltenere Entwicklung. Ohne Großaufträge gerechnet fiel der Rückgang jedoch geringer aus. Der Einkaufsmanagerindex (PMI) zeigte hingegen im April wie schon in den Wintermonaten eine merkliche Ausweitung der Geschäftsaktivitäten an, insbesondere für den Dienstleistungssektor. Auch für das Verarbeitende Gewerbe lag dieser Index im expansiven Bereich. Dem Indikator der Europäischen Kommission zufolge war das Industrietrauen im April – trotz einer leichten Eintrübung gegenüber dem Vormonat – etwas höher als im ersten Quartal. Das Verbrauchervertrauen gab im April ebenfalls nach, signalisierte aber im Vergleich zum Schnitt des ersten Quartals eine merkliche Aufhellung. Insbesondere scheint die Bereitschaft der privaten Haushalte für größere Anschaffungen in den letzten Monaten zugenommen zu haben. Der entsprechende Indikator setzte seinen bereits seit längerem zu

### HVPI-Rate ohne Energie im Euro-Raum und Beiträge nach Ländergruppen

in % bzw. in %-Punkten



Deutsche Bundesbank

beobachtenden Anstieg im April fort. Dabei dürfte nicht zuletzt die mit dem gesunkenen Ölpreis und der niedrigeren Teuerungsrate verbundene Anhebung der Realeinkommen die Konsumbereitschaft beflügelt haben.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt hat sich im Berichtszeitraum weiter aufgehellt. Im März 2015 wie auch im ersten Quartal insgesamt belief sich die standardisierte Erwerbslosenquote (saisonbereinigt) auf 11,3%, verglichen mit noch 11,5% im Schlussquartal 2014. In fast allen Mitgliedsländern ist sie rückläufig. Zu den Ausnahmen gehören Frankreich und Italien. In Frankreich tendiert die Arbeitslosenquote seit Mitte 2014 wieder leicht nach oben und erreichte im Winter mit 10,6% einen neuen Höchststand. In Italien lag die Arbeitslosenquote im ersten Quartal zwar mit 12,8% um 0,2 Prozentpunkte unter dem Niveau des letzten Jahresviertels 2014. Im März 2015 stieg sie jedoch wieder auf 13,0% an.

*Graduelle  
 Besserung am  
 Arbeitsmarkt*

Im Euro-Raum insgesamt ging der Rückgang der Zahl der Arbeitslosen, der Mitte 2013 eingesetzt hatte, auch mit einem Stellenaufbau einher. Die Beschäftigungsdaten, die weniger zeitnah als die Angaben zur Arbeitslosigkeit verfügbar sind, zeigen für das vierte Quartal 2014 einen geringen Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen gegenüber der Vorperiode an und eine Erhöhung um gut ½% im Schnitt des vergangenen Jahres. Angesichts der recht verhaltenen Aufwärtsbewegung der gesamtwirtschaftlichen Produktion war der Beschäftigungsaufbau im Jahr 2014 somit vergleichsweise ausgeprägt. Ein großer Teil der Zunahme fand im Dienstleistungssektor statt, während die Beschäftigung in der Industrie nahezu stagnierte. Im Bausektor setzte sich der Stellenabbau fort. Diese sektoralen Verschiebungen könnten ein Grund sein für das relativ gedämpfte Produktivitätswachstum auf gesamtwirtschaftlicher Ebene (siehe Erläuterungen auf S. 23 ff.).

Die Verbraucherpreise im Euro-Raum haben im ersten Vierteljahr 2015 gegenüber dem Vorquartal zwar saisonbereinigt wegen der Energiekomponente nochmals um 0,3% nachgegeben. Im Verlauf des Quartals stiegen sie aber unter dem Einfluss der anziehenden Rohölnotierungen wieder an. Ohne Energie gerechnet verstärkte sich der Anstieg der Verbraucherpreise saisonbereinigt leicht auf 0,2%. Dabei waren bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen weiterhin verhaltene Preissteigerungen zu verzeichnen, während sich bei Industriewaren die Seitwärtsbewegung noch fortsetzte. Die inzwischen recht markante Euro-Abwertung dürfte sich hier erst in der zweiten Jahreshälfte spürbar bemerkbar machen. Der Vorjahresabstand des HVPI drehte erstmals seit dem Jahr 2009 wieder leicht ins Minus (auf -0,3%). Ohne Energie betrug er +0,6%, wie in den beiden Quartalen zuvor.

*Tiefpunkt der  
 HVPI-Rate wohl  
 erreicht*

Der Rückgang der HVPI-Rate ohne Energie wurde vor allem in den ehemaligen Krisenländern, die zuvor überproportional zu ihm beigetragen hatten, gestoppt. Entweder verlangsamte sich der Preisrückgang, oder die Preise

*Rate ohne  
 Energie zuletzt  
 in den ehemaligen  
 Krisenländern wieder  
 gestiegen*

## Zur Produktivitätsentwicklung im Euro-Raum

In der EWU ging die stetige, aber relativ flache gesamtwirtschaftliche Erholung der letzten Jahre mit einem leichten Anstieg der Beschäftigung einher. Im Schlussquartal 2014 lag die Zahl der Beschäftigten um 1% über ihrem Tiefstand vom Jahresauftakt 2013, während das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) sein Minimum um 1¾% übertraf. Da die Beschäftigung aufgrund des technischen Fortschritts und steigender Kapitalausstattung zumeist spürbar langsamer expandiert als das BIP, ist diese verhältnismäßig hohe Beschäftigungsintensität des Wirtschaftswachstums in den vergangenen zwei Jahren bemerkenswert. Spiegelbild dieser Entwicklung ist ein niedriges Produktivitätswachstum, das heißt ein eher geringer Anstieg der Wertschöpfung je Beschäftigten. Die recht schwache Produktivitätsentwicklung der letzten Jahre wirft die Frage auf, ob es sich um einen längerfristigen Trend oder nur um ein vorübergehendes Phänomen handelt.

Eine zyklische und damit temporäre Verlangsamung läge zum Beispiel im Fall einer Hortung von Arbeitskräften trotz schwacher Güternachfrage vor. Ebenso kann eine konjunkturelle Investitionsflaute die Aufwärtsbewegung der Kapitalintensität und mithin auch der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität bremsen. Dagegen läge eine trendmäßige Veränderung etwa dann vor, wenn stetiger technischer Fortschritt dauerhaft höhere Steigerungsraten der Arbeitsproduktivität nach sich zieht. Ähnlich könnte aber auch ein sektoraler Wandel die Entwicklung der Arbeitsproduktivität langfristig beeinflussen. So sinkt im Zuge einer Verlagerung von Beschäftigung in zumeist weniger kapitalintensive Dienstleistungsbereiche die Zuwachsrate der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, selbst wenn sie in den einzelnen Sektoren gleich bleibt. Auch können strukturelle Hemmnisse in den Arbeits- und Produktmärkten einen ungünstigen Rahmen für In-

vestitionen schaffen und somit eine Steigerung der Kapitalintensität und Arbeitsproduktivität dauerhaft behindern.

Der Zusammenhang zwischen Wirtschaftsleistung, Beschäftigung und Arbeitsproduktivität kann anhand der folgenden Identität veranschaulicht werden:

$$AP = BIP/E,$$

das heißt, die Arbeitsproduktivität (AP) misst die durchschnittliche Wirtschaftsleistung (BIP) je Beschäftigten (E). Alternativ wird aufgrund von konjunkturellen oder längerfristigen Veränderungen der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten vielfach der Output je geleisteter Arbeitsstunde (H) gemessen. Diese Stundenproduktivität ergibt sich als

$$AP_H = \frac{BIP}{H} = \frac{BIP}{E} \cdot \frac{H}{E}.$$

Die Veränderung des BIP kann entsprechend in die Änderungen der Anzahl der Beschäftigten, der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten und der durchschnittlichen Stundenproduktivität aufgeschlüsselt werden.

Die Entwicklung der Produktivität im Euro-Raum seit der Jahrtausendwende lässt sich in vier Phasen unterteilen: In den Jahren 2000 bis 2007 wuchs das reale BIP je Beschäftigten vergleichsweise stetig. Mit dem Einbruch der Wirtschaftsleistung infolge der globalen Finanzkrise 2008/2009 sank die so gemessene Produktivität zunächst weniger stark als das BIP und erreichte in der folgenden konjunkturellen Erholungsphase relativ zügig wieder ihren vorangegangenen Höchststand. In der zweiten wirtschaftlichen Schwächephase (der Staatsschuldenkrise 2011/2012) sank sie zwar nicht, seit dem Jahr 2011 hat der Output pro Kopf jedoch stagniert. Insgesamt stieg er im Zeitraum

## Beschäftigung im Euro-Raum insgesamt und in ausgewählten Mitgliedsländern

Position	Insgesamt	darunter:			
		Industrie	Marktdienstleistungen <sup>1)</sup>	Bau	Nichtmarktdienstleistungen <sup>2)</sup>
<b>Euro-Raum</b>					
Veränderung der Zahl der Beschäftigten (in Tsd. Personen)					
2000 bis 2007	11 429	- 1 462	9 375	1 426	2 685
2007 bis 2014	- 3 155	- 2 436	1 379	- 2 880	1 389
Anteil am Arbeitsvolumen (Stunden)					
2000	.	19,2	45,7	8,2	20,0
2007	.	16,9	48,3	8,9	20,1
2014	.	15,6	50,5	6,7	21,8
durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Stunden)					
2001 bis 2007	1,1	3,0	0,8	- 1,0	0,3
2008 bis 2014	0,6	1,3	0,1	1,1	0,5
<b>Deutschland</b>					
Veränderung der Zahl der Beschäftigten (in Tsd. Personen)					
2000 bis 2007	408	- 625	1 296	- 582	375
2007 bis 2014	2 327	189	1 259	135	763
Anteil am Arbeitsvolumen (Stunden)					
2000	.	21,8	44,8	8,2	21,6
2007	.	20,3	47,4	6,7	22,5
2014	.	20,1	47,3	6,8	23,1
durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Stunden)					
2001 bis 2007	1,5	3,4	1,3	- 0,4	0,2
2008 bis 2014	0,4	0,7	- 0,1	1,2	0,7
<b>Frankreich</b>					
Veränderung der Zahl der Beschäftigten (in Tsd. Personen)					
2000 bis 2007	1 371	- 377	1 115	338	384
2007 bis 2014	72	- 412	403	- 44	207
Anteil am Arbeitsvolumen (Stunden)					
2000	.	15,1	45,0	6,7	26,2
2007	.	12,8	47,1	7,8	26,3
2014	.	11,2	48,6	7,6	27,2
durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Stunden)					
2001 bis 2007	1,4	3,6	1,3	- 0,5	0,7
2008 bis 2014	0,4	1,2	0,4	- 2,3	0,8
<b>Italien</b>					
Veränderung der Zahl der Beschäftigten (in Tsd. Personen)					
2000 bis 2007	2 274	23	1 716	453	126
2007 bis 2014	- 952	- 683	290	- 405	- 87
Anteil am Arbeitsvolumen (Stunden)					
2000	.	21,5	48,9	6,8	15,6
2007	.	19,8	50,8	8,3	14,3
2014	.	17,4	54,4	6,5	15,3
durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Stunden)					
2001 bis 2007	0,1	1,0	- 0,1	- 1,3	0,5
2008 bis 2014	- 0,1	0,4	- 0,7	- 0,7	0,0
<b>Spanien</b>					
Veränderung der Zahl der Beschäftigten (in Tsd. Personen)					
2000 bis 2007	4 594	- 57	3 074	873	736
2007 bis 2014	- 3 109	- 759	- 625	- 1 754	176
Anteil am Arbeitsvolumen (Stunden)					
2000	.	18,7	45,6	12,0	16,3
2007	.	14,7	49,4	14,4	15,9
2014	.	13,3	55,1	6,0	20,0
durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Arbeitsproduktivität (Stunden)					
2001 bis 2007	0,4	2,7	- 0,3	- 3,2	1,0
2008 bis 2014	1,7	2,1	0,8	6,2	0,4

Quelle: Eurostat und eigene Berechnungen. 1 Handel, Transport, Gastgewerbe, Information und Kommunikation, Finanzdienstleister, unternehmensnahe Dienstleistungen, Kunst- und Kulturdienstleistungen. 2 Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Bildungswesen, Gesundheitswesen.

zwischen 2007 und 2014 um ¼% jährlich, im Vergleich zu ¾% pro Jahr zwischen 2000 und 2007.

Hinter dem aggregierten Bild für den Euro-Raum verbergen sich zum Teil divergente Entwicklungen in den vier größten Mitgliedsländern. So hatte die Arbeitsproduktivität in Deutschland und Frankreich zwischen 2000 und 2007 spürbar zugelegt, stagnierte jedoch seither in Deutschland und erhöhte sich in Frankreich nur noch wenig. In Spanien verhielt es sich genau umgekehrt. Hier wurden in den vergangenen Jahren erhebliche Produktivitätsgewinne verzeichnet.<sup>1)</sup> In Italien nahm die Erzeugung je Beschäftigten zwischen 2007 und 2014 dagegen sogar um knapp ¾% pro Jahr ab.<sup>2)</sup> Das Länderbild deckt sich jedoch insofern mit dem des Euro-Raums insgesamt, als der Produktivitätszuwachs während der konjunkturellen Aufhellung in den vergangenen zwei Jahren gering war.

Die Schwäche der Erzeugung je Beschäftigten geht zum Teil auf Trends in der Arbeitszeit zurück. So wurde zum einen die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten von 41,1 Stunden im Jahr 2007 auf 40,5 Stunden im Jahr 2014 heruntergefahren. Zum anderen hat sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten seit dem Jahr 2007 deutlich reduziert, während die Teilzeitbeschäftigung zugenommen hat. Der Anteil der Teilzeitbeschäftigung an der Beschäftigung zog vor der Krise (2000 bis 2007) um 3,6 Prozentpunkte und seit Krisenbeginn (2007 bis 2014) um nochmals 3,2 Prozentpunkte auf nunmehr 22,4% an. Einerseits kann dies als strukturelles Phänomen im Sinne einer verstärkten Präferenz für Teilzeitarbeit angesehen werden. Andererseits ist seit dem Jahr 2007 der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an der gesamten Beschäftigung spürbar stärker gestiegen als jener der freiwillig Teilzeitbeschäftigten, was auf zyklische Einflüsse hindeutet.<sup>3)</sup> Dafür spricht auch, dass der Anteil der unfreiwillig

Teilzeitbeschäftigten während der Krise am kräftigsten in Italien und in Spanien zugenommen hat und dort am höchsten ist.

Die Absenkung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Beschäftigten wirkt sich rein rechnerisch negativ auf den durchschnittlichen Output je Beschäftigten aus. So nahm die Stundenproduktivität in den Jahren 2007 bis 2014 um ¾% jährlich zu und damit etwas stärker als das reale BIP je Beschäftigten. Im Vergleich zum Vorkrisenzeitraum, in welchem der Zuwachs noch gut 1% betragen hatte, zeigt sich jedoch auch hier eine Verlangsamung, die mit dem Wiederanziehen der Konjunktur seit dem Jahr 2013 noch ausgeprägter geworden ist.

Die Abschwächung der Produktivitätsfortschritte je Arbeitsstunde betrifft nicht nur

---

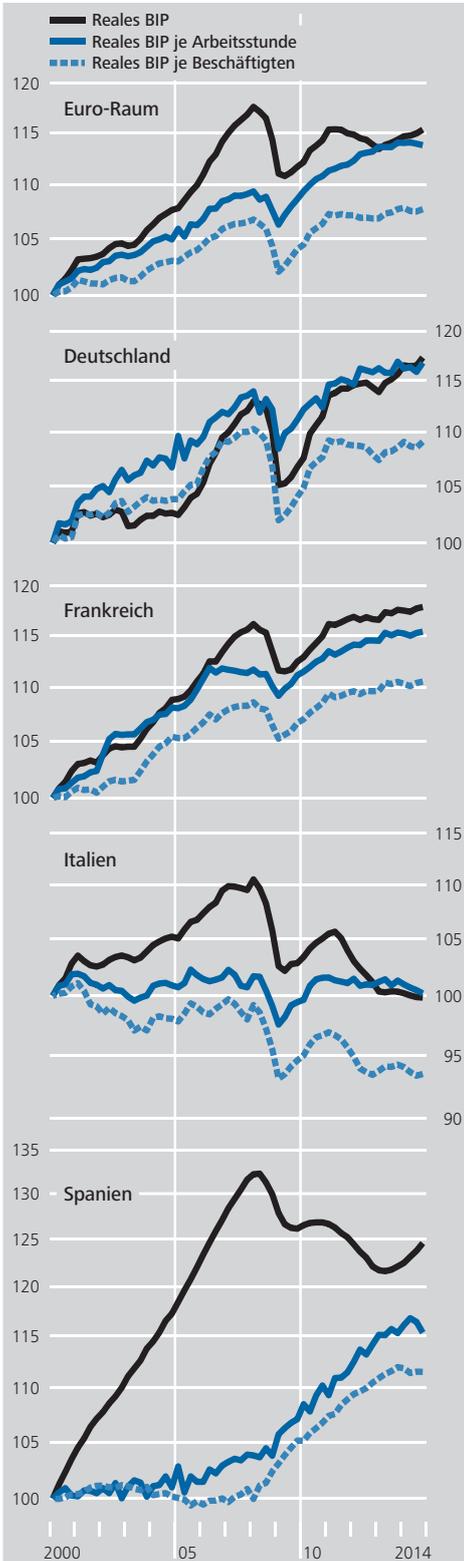
**1** Dies hängt zu einem großen Teil mit den starken Anpassungen im Baugewerbe zusammen. Hier ging die größte Zahl an Arbeitsplätzen verloren. Der deutlich antizyklische Verlauf der Arbeitsproduktivität, der lediglich in Spanien beobachtet wird, scheint jedoch vor allem darauf zurückzuführen zu sein, dass hier aufgrund der hohen Dualität des Arbeitsmarktes in Aufschwungphasen verstärkt temporär Beschäftigte eingestellt werden, die in einer Krise schnell entlassen werden können. Aus verschiedenen Gründen haben diese Beschäftigten eine eher geringe Produktivität. Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zu den Besonderheiten der Lohnstückkostenentwicklung in Spanien, Monatsbericht, Februar 2014, S. 21 ff.; sowie S. Bentolila, J. J. Dolado und J. F. Jimeno (2012), Reforming an insider-outsider labor market: the Spanish experience, IZA Journal of European Labor Studies, 1:4.

**2** Das schwache Produktivitätswachstum geht auf verschiedene strukturelle Aspekte zurück, die neben Arbeits-, Produkt- und Kapitalmärkten auch das Justizsystem und die öffentliche Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur betreffen. Italien verfügt zudem über eine ungewöhnlich große Anzahl kleiner Firmen, die sich trotz geringer Produktivität am Markt halten können, was auf Friktionen hindeutet, die eine effiziente Allokation von Ressourcen beeinträchtigen. Vgl.: OECD (2015), Economic Survey Italy; IWF (2014), Italy, Country Report No. 14/283.

**3** Der Anteil der unfreiwillig Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung erhöhte sich vor der Krise weniger stark als der Anteil der freiwillig Teilzeitbeschäftigten (+ 1,5 Prozentpunkte bzw. + 2,1 Prozentpunkte). Nach dem Jahr 2007 war ihr Anstieg dagegen höher als die Zunahme des Anteils der freiwillig Teilzeitbeschäftigten (+ 2,2 Prozentpunkte bzw. + 1,0 Prozentpunkte). Im vergangenen Jahr gaben 29% der Teilzeitbeschäftigten als Grund für die Teilzeitbeschäftigung an, keinen ganztägigen Arbeitsplatz gefunden zu haben.

### Gesamtwirtschaftliche Produktion und Arbeitsproduktivität im Euro-Raum

1. Vj. 2000 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle: EZB und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

den Euro-Raum, sondern auch andere entwickelte Volkswirtschaften.<sup>4)</sup> Zudem sanken die Produktivitätszuwächse tendenziell schon vor dem Jahr 2007.<sup>5)</sup> Eine mögliche Ursache für diese Entwicklung könnte der sektorale Strukturwandel sein, im Zuge dessen sich die Beschäftigung in Dienstleistungsbereichen verlagert.<sup>6)</sup> Hier steigt die Produktivität aufgrund der geringeren Kapitalintensität im Schnitt langsamer als in anderen Wirtschaftszweigen. Bei einem zunehmenden Gewicht des Dienstleistungssektors würde die gesamtwirtschaftliche Steigerungsrate der Produktivität sinken, selbst wenn sie innerhalb der einzelnen Sektoren gleich bliebe.

Trotz erheblicher Unterschiede zwischen den Ländern und Perioden kann der sektorale Wandel in allen untersuchten Mitgliedstaaten beobachtet werden. So wurden generell neue Stellen vor allem im Bereich der Dienstleistungen und darunter hauptsächlich in den Marktdienstleistungen geschaffen. Die Zahl der Beschäftigten insgesamt legte in der EWU in den Jahren 2000 bis 2007 um 11½ Millionen zu, bei den Marktdienstleistungen um 9½ Millionen. In der Industrie hingegen gingen Arbeitsplätze verloren. Nach dem Jahr 2007 belief sich das Minus dort auf 3¼ Millionen Arbeitsplätze, während im Bereich der Marktdienstleistungen die Stellenzahl um weitere 1½ Millionen zulegen konnte. Der Anteil der Beschäftigten im Dienstleistungssektor war in der EWU insgesamt ebenso wie in ihren vier größten Mitgliedsländern im Jahr 2014 spürbar höher.

4 Vgl. etwa: Bank of England, The UK productivity puzzle, Quarterly Bulletin 2014 Q2, S. 114 f.; Deutsche Bundesbank, Die US-Wirtschaft im aktuellen Konjunkturaufschwung, Monatsbericht, April 2013, S. 15–39; sowie Deutsche Bundesbank, Zur Produktivitätsschwäche in Großbritannien im Vergleich zu den USA, Monatsbericht, April 2013, S. 28 ff.

5 Vgl.: Dabla-Norris et al. (2015), The new normal: a sector-level perspective on productivity trends in advanced economies, IMF Staff discussion note 15/03.

6 Vgl.: S. Klinger und E. Weber, Seit der Großen Rezession: schwächerer Zusammenhang von Konjunktur und Beschäftigung, Wirtschaftsdienst 10/2014, S. 756–758.

her als im Jahr 2000. Zugleich ging die Stundenproduktivität in der Industrie zum Teil merklich steiler nach oben als in den Marktdienstleistungen.<sup>7)</sup> Die Differenz zwischen den Zuwachsraten ist zwar nach dem Jahr 2007 gesunken; der allgemein zu beobachtende kräftigere Produktivitätsanstieg in der kapitallastigeren Industrie hat sich jedoch auch in den vergangenen Jahren gezeigt.

Die trendmäßige Verlagerung der Beschäftigung in Dienstleistungsbereiche dürfte dennoch nur einen Teil der beobachteten Verlangsamung der Produktivitätsfortschritte erklären. So hat sich die sektorale Verlagerung nach dem Jahr 2007 eher abgeschwächt. Von größerer Bedeutung ist jedoch, dass die Produktivitätszuwachsrate auch innerhalb der Sektoren gesunken ist.<sup>8)</sup> Der Rückgang in der Zuwachsrate ist dabei in der Industrie besonders hoch und konzentriert sich zudem auf die konjunkturelle Erholungsphase. Das schwächere Produktivitätswachstum dürfte somit zwar zum Teil eine intersektorale Beschäftigungsverschiebung widerspiegeln, intrasektorale Produktivitätsänderungen spielen jedoch die größere Rolle.

Die Ursachen für die schwächere Produktivitätsentwicklung innerhalb der einzelnen Sektoren sind vielfältig. So war die Unsicherheit aufseiten der Unternehmen über die zukünftige Entwicklung des Euro-Raums in den vergangenen Jahren sehr hoch.<sup>9)</sup> Zudem wurden wachstumsfördernde Strukturereformen in den Mitgliedsländern zum Teil nur schleppend eingeleitet.<sup>10)</sup> Diese Punkte, zusammen mit der zyklischen Schwäche, haben die Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren gedämpft; die Kapitalintensität stieg allenfalls wenig. Des Weiteren fiel die konjunkturelle Erholung in einigen Mitgliedsländern zunächst schwächer aus als erwartet.<sup>11)</sup> Möglicherweise wurden dort Arbeitskräfte in Erwartung einer höheren Nachfragedynamik gehortet, die dann aber ausblieb.

Die Ursachen der zuletzt beobachteten Abflachung des Produktivitätswachstums sind bislang noch nicht vollständig geklärt.<sup>12)</sup> Es spricht aber Einiges dafür, dass die jüngste Stagnation der Arbeitsproduktivität nur zum Teil auf strukturelle Faktoren zurückgeht. Bei einem stärkeren Anziehen der Investitionskonjunktur sollte daher die Stundenproduktivität wieder stärker zulegen. Auch die unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung sollte an Bedeutung verlieren und das reale BIP je Beschäftigten wieder kräftiger steigen. Ein nachhaltig steilerer Wachstumspfad wird jedoch nur über eine verstärkte Investitions- und Innovationstätigkeit erreicht werden können. Diese würde nicht zuletzt durch konsequent fortgesetzte wachstumsfördernde Strukturereformen begünstigt.

---

**7** Der Schwerpunkt dieser Analyse liegt auf der Industrie und den Marktdienstleistungen; die Beschäftigung in der Bauwirtschaft folgt einem stark prozyklischen Muster. In den öffentlichen Dienstleistungen, darunter vor allem im Gesundheitswesen, wird seit längerer Zeit ein trendmäßiger Anstieg der Beschäftigung beobachtet. Die Produktivitätsmessung ist hier jedoch mit besonders großen Schwierigkeiten verbunden.

**8** Eine Ausnahme bildet hier Spanien, in dem die Zuwachsrate in den Marktdienstleistungen nach dem Jahr 2007 stärker angestiegen war als zuvor, ohne jedoch das Wachstumstempo in der Industrie zu erreichen.

**9** Der Economic Policy Uncertainty Indicator für Europa (verfügbar unter [www.PolicyUncertainty.com](http://www.PolicyUncertainty.com)) ist zwar gegenüber den Jahren 2011/2012, dem Höhepunkt der Staatsschuldenkrise, gesunken, sein Niveau ist jedoch nach wie vor deutlich höher als vor 2007. Vgl.: S. Baker, N. Bloom und S. J. Davis (2013), *Measuring Economic Policy Uncertainty*, Manuskript.

**10** Vgl. etwa: OECD (2015), *Going for Growth*.

**11** Z. B. lag die Europäische Kommission noch im Winter 2013 mit ihrer Prognose für das BIP-Wachstum im Euro-Raum im Jahr 2014 mit 1½% um ½ Prozentpunkt über dem später realisierten Wert. Für Frankreich beträgt der Abstand ¾ Prozentpunkte und für Italien 1¼ Prozentpunkte.

**12** Vgl. etwa: Bank of England, *The UK productivity puzzle*, Quarterly Bulletin 2014 Q2, S. 114 f.; Dabla-Norris et al. (2015), a. a. O.

stiegen sogar wieder leicht an. Allerdings schwächte sich der Preisanstieg in den nicht so stark von der Krise betroffenen Ländern zunächst noch weiter ab. Erst zuletzt zeigten sich auch hier Anzeichen einer Umkehr.

Im April 2015 stiegen die Verbraucherpreise im Euro-Raum saisonbereinigt weiter an. Im Ver-

gleich zum April 2014 waren die Preise gemäß Eurostat-Schnellschätzung im Durchschnitt unverändert. Einem ausgeprägt negativen Vorjahresabstand der Preise für Energie standen verhaltene Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln und Dienstleistungen gegenüber. Ohne Energie gerechnet vergrößerte sich der Vorjahresabstand des HVPI leicht auf 0,7%.

*Im April HVPI-Vorjahresrate nicht mehr negativ*

# Geldpolitik und Bankgeschäft

## Geldpolitik und Geldmarktentwicklung

*Leitzinsen unverändert auf historischem Tiefstand*

Der EZB-Rat beließ im Einklang mit seiner Forward Guidance im Berichtszeitraum die Leitzinsen im Euro-Währungsgebiet auf dem Niveau, das sie nach der Zinssenkung vom 4. September 2014 erreicht hatten und das aus Sicht des EZB-Rats die Untergrenze bildet. Der Hauptrefinanzierungssatz liegt damit weiterhin bei 0,05%, die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungs- und die Einlagefazilität bei 0,30% und – 0,20%.

*Beginn des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten im März 2015*

Am 9. März 2015 hat das Eurosystem im Rahmen des erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Expanded Asset Purchase Programme: EAPP) mit dem zusätzlichen Ankauf von Anleihen begonnen, die von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen begeben werden. Diese zusätzlichen Ankäufe bilden das neue Public Sector Purchase Programme (PSPP). Gleichzeitig setzte das Eurosystem die bereits im September 2014 beschlossenen Programme für den Ankauf von gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bond Purchase Programme 3: CBPP3) und Asset Backed Securities (ABSPP) innerhalb des EAPP zu unveränderten Bedingungen fort. Das monatliche Ankaufvolumen, welches ABSPP und CBPP3 einschließt, soll unter dem EAPP 60 Mrd € betragen, und es ist beabsichtigt, die monatlichen Käufe in diesem Umfang bis Ende September 2016 durchzuführen – in jedem Fall aber solange, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit dem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Der EZB-Rat stellte zudem auf seiner April-Sitzung klar, dass er sich gemäß seiner geldpolitischen Strategie auf Inflationstrends konzentriert und vorübergehende, unerwartete Ergebnisse der gemessenen Inflation nach oben und unten außer Acht lasse, sofern sie keine Auswir-

kungen auf die mittelfristigen Aussichten für die Preisstabilität haben.

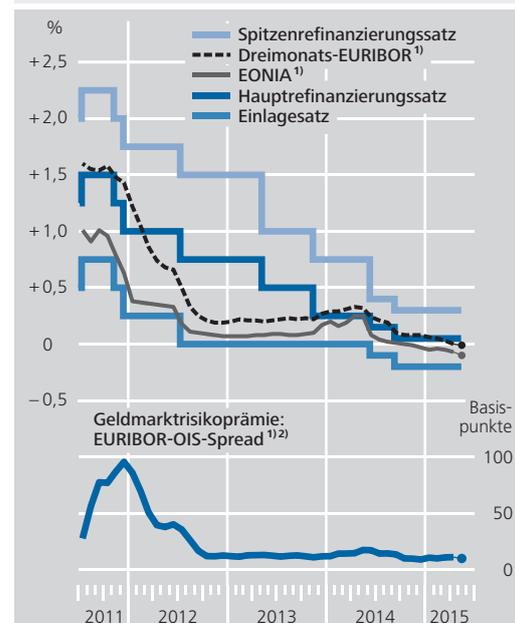
Bis zum 8. Mai lag das auf dem Sekundärmarkt erzielte Volumen im PSPP bei 108,7 Mrd €. Die bis dato auf dem Primär- und Sekundärmarkt angekauften Volumina in CBPP3 und ABSPP lagen insgesamt bei 78,0 Mrd € und 5,8 Mrd €. Die Ankäufe in diesen beiden Programmen hatten bereits im Herbst 2014 begonnen. Für die Monate März und April entspricht das Volumen der angekauften Wertpapiere im EAPP dem angekündigten monatlichen Umfang von rund 60 Mrd €.

*Bisher angekaufte Volumina im Einklang mit angekündigtem Umfang*

Am 19. März 2015 wurde das dritte von insgesamt acht gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG) zugeteilt. Dabei nahmen 143 Institute Kredite in einem Gesamtvolumen von 97,8 Mrd € beim Eurosystem auf,

*143 Banken leihen sich 97,8 Mrd € im dritten GLRG*

### Geldmarktzinsen im Euro-Raum



Quelle: EZB. 1 Monatsdurchschnitte. 2 Dreimonats-EURIBOR abzüglich Dreimonats-EONIA-Swapsatz. Der bislang verwendete Dreimonats-EUREPO wurde zum 1. Januar 2015 eingestellt. Siehe auch: Deutsche Bundesbank, Geldmarktrisikoprämien als Indikatoren für die Verfassung des Interbankenmarkts, Monatsbericht, August 2014, S. 31f. • Durchschnitt 1. bis 14. Mai 2015.

## Geldmarktsteuerung und Liquiditätsbedarf

In den zwei Reserveperioden vom 28. Januar 2015 bis zum 21. April 2015 verringerte sich der Liquiditätsbedarf aus autonomen Faktoren im Euro-Raum spürbar. Dies galt speziell für die Reserveperiode März/April 2015, in der die autonomen Faktoren bei durchschnittlich 465,2 Mrd € lagen und damit um 40,0 Mrd € niedriger als in der Reserveperiode Dezember 2014/Januar 2015 waren. Dazu trug vor allem der aggregierte Rückgang der übrigen autonomen Faktoren (inkl. Netto-Währungsreserven) um insgesamt 54,2 Mrd € bei. Hier sind insbesondere niedrigere in Euro denominated Nettoaktiva zu nennen. Dagegen stiegen Banknotenumlauf und Einlagen öffentlicher Haushalte beim Eurosystem um 10,4 Mrd € beziehungsweise 3,9 Mrd € per saldo an. Die Zunahme des Reserve-Solls erhöhte den rechnerischen Liquiditätsbedarf ebenfalls, und zwar mit 4,4 Mrd € spürbar stärker als in den drei vorausgegangenen Reserveperioden (+ 0,8 Mrd €); siehe unten stehende Tabelle.

Das ausstehende Tendervolumen bewegte sich insgesamt in einer weiten Spanne von 465 Mrd € bis 594 Mrd € (siehe Schaubild auf S. 32). Dabei fielen in den Betrachtungszeitraum zunächst die Endfälligkeiten der beiden Dreijahrestender an den Monatsenden Januar und Februar. Der entstehende Liquiditätseffekt wurde aber durch Substitution in die Haupt- und Dreimonatstender nahezu kompensiert, wodurch diese Geschäfte in der Folge deutlich anstiegen. Daneben stand im Mittelpunkt der Tenderrefinanzierung vor allem die Zuteilung des dritten gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäfts (GLRG). Hier wurden per 25. März 2015 97,8 Mrd € gutgeschrieben, wobei sich das ausstehende Tendervolumen an diesem Tag aufgrund von Umschichtungen aus dem Haupttender und Dreimonatstender netto nur um 73 Mrd € erhöhte. Für den Haupttender war jeweils vor dem Monatsultimo weiterhin eine höhere Nachfrage bei einer gestiegenen Anzahl der Bieter typisch (mit Ausnahme des Monats-

### Liquiditätsbestimmende Faktoren <sup>1)</sup>

Mrd €; Veränderungen der Tagesdurchschnitte der Reserveerfüllungsperioden zur Vorperiode

Position	2015	
	28. Januar bis 10. März	11. März bis 21. April
<b>I. Bereitstellung (+) bzw. Absorption (-) von Zentralbankguthaben durch Veränderungen der autonomen Faktoren</b>		
1. Banknotenumlauf (Zunahme: -)	+ 0,1	- 10,5
2. Einlagen öffentl. Haushalte beim Eurosystem (Zunahme: -)	+ 4,2	- 8,1
3. Netto-Währungsreserven <sup>1)</sup>	+ 12,8	+ 36,7
4. Sonstige Faktoren <sup>1)</sup>	+ 7,1	- 2,4
<b>Insgesamt</b>	<b>+ 24,2</b>	<b>+ 15,7</b>
<b>II. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems</b>		
1. Offenmarktgeschäfte		
a) Hauptrefinanzierungsgeschäfte	+ 23,6	- 23,7
b) Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	- 79,4	+ 11,1
c) Sonstige Geschäfte	+ 12,9	+ 59,8
2. Ständige Fazilitäten		
a) Spitzenrefinanzierungsfazilität	- 0,1	- 0,2
b) Einlagefazilität (Zunahme: -)	+ 7,8	- 26,2
<b>Insgesamt</b>	<b>- 35,2</b>	<b>+ 20,8</b>
<b>III. Veränderung der Guthaben der Kreditinstitute (I. + II.)</b>	<b>- 11,0</b>	<b>+ 36,5</b>
<b>IV. Veränderung des Mindestreservesolls (Zunahme: -)</b>	<b>- 1,4</b>	<b>- 3,0</b>

\* Zur längerfristigen Entwicklung und zum Beitrag der Deutschen Bundesbank vgl. S. 14\*/15\* im Statistischen Teil dieses Berichts.

<sup>1</sup> Einschl. liquiditätsneutraler Bewertungsanpassungen zum Quartalsende.

Deutsche Bundesbank

ultimos März, der von der Zuteilung des dritten GLRG überlagert war). Im Betrachtungszeitraum blieb das Volumen in den Dreimonatstendern trotz dieser Umschichtungen vergleichsweise hoch, sodass am Ende der Periode März/April 2015 hierüber rund 20% der gesamten Tenderrefinanzierung in Höhe von 514,1 Mrd € zur Verfügung gestellt wurden. Die vierjährigen GLRG hatten einen Anteil von 60% und die Haupttender entsprechend von 20%.

Zusätzliche Liquidität floss den Banken aus den Anfang März 2015 begonnenen Ankäufen im Rahmen des Public Sector Purchase Programme (PSPP) sowie den bereits im Oktober und November 2014 aufgenommenen Covered Bond Purchase Programme 3 (CBPP3) und Asset Backed Securities Purchase Programme (ABSPP) zu. Bis zum 8. Mai 2015 hatten diese einen bilanziellen Bestand von 108,7 Mrd € (PSPP), 77,9 Mrd € (CBPP3) beziehungsweise 5,8 Mrd € (ABSPP) erreicht. Gleichzeitig reduzierten sich im Betrachtungszeitraum bei den bereits beendeten Ankaufprogrammen die bilanziellen Wertpapierbestände durch Fälligkeiten und unter Berücksichtigung der vierteljährlichen Neubewertungen weiter (CBPP1 und CBPP2: Rückgänge um 1,8 Mrd € auf 25,7 Mrd € bzw. um 1,3 Mrd € auf 11,4 Mrd €, SMP: Rückgang um 4,8 Mrd € auf 139,4 Mrd €).

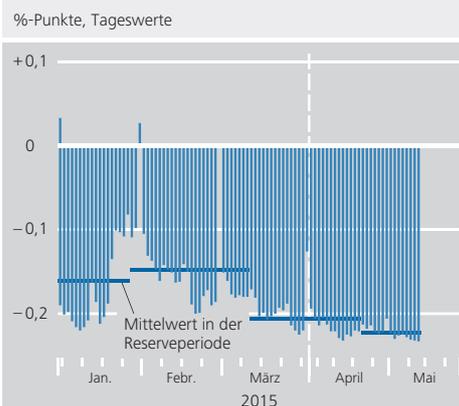
Die Überschussliquidität zeigt sich im Betrachtungszeitraum infolge der zwischen 444 Mrd € und 557 Mrd € schwankenden autonomen Faktoren sowie der Veränderungen bei der Tendernachfrage volatil (siehe oben stehendes Schaubild). Den niedrigsten Stand erreichte die Überschussliquidität am 9. März 2015 mit 139 Mrd €, den höchsten mit 274 Mrd € am 31. März 2015. Während die durchschnittliche Überschussliquidität in der Reserveperiode Januar/März 2015 mit 160 Mrd € niedriger war als die der Vorperiode (180 Mrd €), erhöhte sie sich in der vom dritten GLRG und vom PSPP geprägten Reserveperiode März/April 2015 deutlich auf 220 Mrd €. Der rasche Anstieg der Überschussliquidität ist unter anderem damit zu

### Notenbankzinsen, Geldmarktsätze und Überschussliquidität



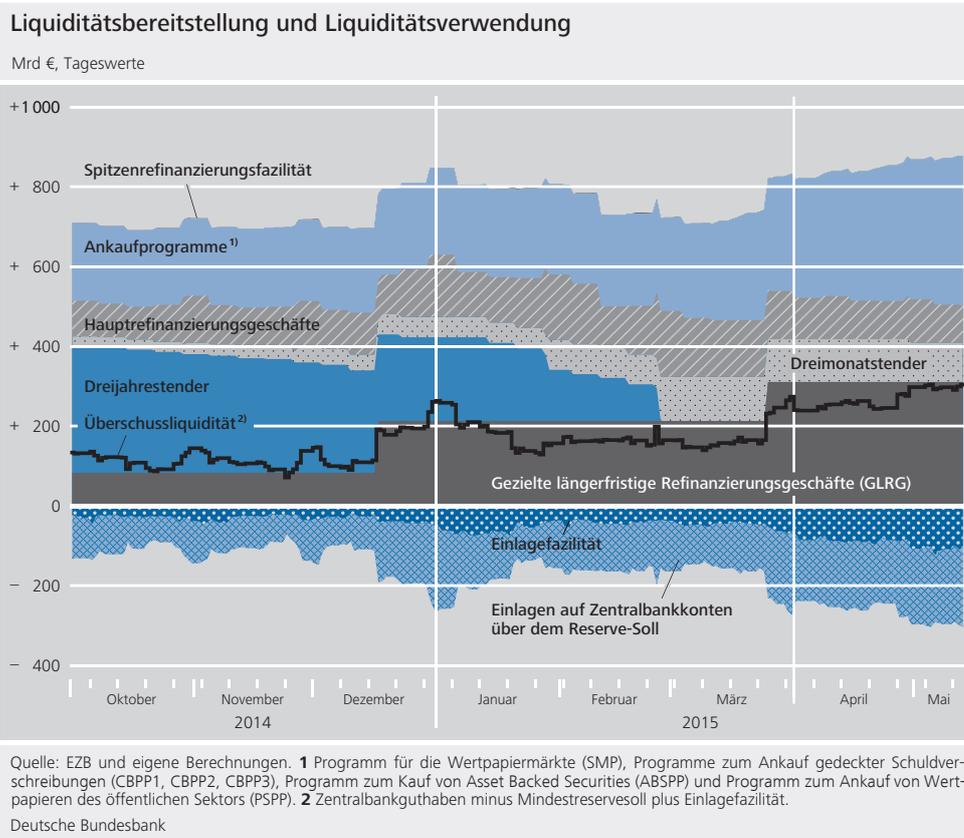
Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. <sup>1</sup> Zentralbankguthaben minus Mindestreservesoll plus Einlagefazilität. Deutsche Bundesbank

### Zinsabstand von Stoxx GC Pooling ON zum Hauptrefinanzierungssatz



Quellen: EZB, Eurex Repo und eigene Berechnungen. Deutsche Bundesbank

begründen, dass die Tendernachfrage trotz erheblicher Liquiditätszuführung durch die Ankaufprogramme kaum rückläufig war. Darüber hinaus trugen auch die im Vergleich zur Reserveperiode Januar/März 2015 durchschnittlich um 16 Mrd € gesunkenen autonomen Faktoren zu dem Anstieg der Überschussliquidität bei.



Die Tagesgeldsätze bewegten sich in den betrachteten zwei Reserveperioden – mit Ausnahme der Monatsultimos – zwischen dem Hauptrefinanzierungssatz und dem Einlagesatz. Dabei lag besichertes Tagesgeld (GC Pooling Overnight, ECB Basket) durchgängig unter EONIA (durchschnittlich um 8 Basispunkte, siehe Schaubilder auf S. 31), wobei sich der Abstand zwischen den Sätzen im Verlauf der beiden Perioden ausweitete. Nachdem in der Reserveperiode Januar/März der Abstand zwischen Hauptrefinanzierungssatz und STOXX GC Pooling Overnight bei durchschnittlich –15 Basispunkten lag, sank dieser in der darauffolgenden Periode vor dem Hintergrund der gestiegenen Überschussliquidität deutlich auf durchschnittlich –21 Basispunkte. EONIA wurde in der Reserveperiode März/April 2015 im Durchschnitt bei –0,06% (Vorperiode: –0,04%) festgestellt, während besichertes Tagesgeld einen Durchschnitt von –0,16% (Vorperiode: –0,10%) erreichte. Die zugrunde liegenden Umsätze am Markt für Tagesgeld nahmen innerhalb

des Betrachtungszeitraums weiter ab. Während die entsprechenden Umsätze bei GC Pooling (ECB Basket) im Periodenvergleich um 3,7 Mrd € merklich bis auf durchschnittlich 13,9 Mrd € in der Periode März/April sanken, erwiesen sich die EONIA-Umsätze auf ihrem allerdings sehr niedrigen Niveau als etwas stabiler und gaben um 1,5 Mrd € auf rund 26,0 Mrd € nach. Eine Ursache für die schwächeren Overnight GC Pooling- und EONIA-Umsätze war möglicherweise die angestiegene Überschussliquidität, die in Verbindung mit der Forward Guidance zu einer immer flacher werdenden Zinsstrukturkurve am Geldmarkt geführt hat. Die Reserveperiode April/Juni 2015 war in den ersten zwei Wochen aufgrund des kontinuierlichen Liquiditätszuflusses vor allem des PSPP und CBPP3 von einer weiter steigenden Überschussliquidität geprägt (304 Mrd € am 5. Mai). Dies führte unter anderem dazu, dass der übliche stärkere Anstieg der Tageszinsen am Monatsultimo – obwohl dieser im April wegen des Maifeiertages sogar vier-tägig war – ausgeblieben war.

was oberhalb der Umfrageerwartungen lag. Insgesamt beträgt das Volumen der ersten drei Tender dieser Art damit 310,4 Mrd €. Bis Juni 2016 werden noch fünf weitere GLRG zugeteilt, bei denen sich die Geschäftspartner wie beim jüngsten, dritten GLRG Mittel in bis zu dreifacher Höhe ihrer über eine Referenzgröße hinausgehenden anrechenbaren Netto-Kreditvergabe leihen können. Bei den im vergangenen Jahr abgewickelten ersten beiden GLRG konnten teilnehmende Banken Notenbankkredite in Höhe von bis zu 7% ihres zum Stichtag 30. April 2014 ausstehenden Kreditvolumens an den nichtfinanziellen Privatsektor (ohne Wohnungsbaukredite an private Haushalte) aufnehmen.

*Überschussliquidität weiterhin mit ansteigendem Trend*

Zwischen Anfang Februar und Ende März stieg die Überschussliquidität trotz der fortgesetzten Käufe im Rahmen der Ankaufprogramme nicht merklich an, da die zugeführte Liquidität durch Rückgänge in den Refinanzierungsgeschäften nahezu kompensiert wurde. Der sprunghafte Anstieg um rund 70 Mrd € Ende März ist insbesondere auf die Zuteilung des dritten GLRG zurückzuführen. Am aktuellen Rand liegt die Überschussliquidität mit etwa 300 Mrd € deutlich über dem Durchschnitt des Jahres 2014. Für die nächsten Monate ist ein weiterer Anstieg der Überschussliquidität im Zuge der EAPP-Ankäufe zu erwarten, wobei der zu erwartende leichte Rückgang der Liquiditätsnachfrage bei den regulären Refinanzierungsgeschäften den Anstieg etwas dämpfen könnte.

*Dreimonats-EURIBOR erstmals im negativen Bereich*

Die kurzfristigen Geldmarktsätze waren im Betrachtungszeitraum insgesamt weiter rückläufig. Während die Übernachtsätze (EONIA, STOXX GC Pooling ON) im Februar und März vor dem Hintergrund der überwiegend konstanten Liquiditätslage zunächst nicht weiter zurückgingen und höher notierten als in der ersten Januarhälfte, erreichten sie im Kontext der ab Ende März deutlich angestiegenen Überschussliquidität erneut Tiefstände. Der unbesicherte Interbanken-Geldmarktsatz EONIA notierte zwischenzeitlich bei  $-0,143\%$ , der besicherte STOXX GC Pooling ON ging bis auf  $-0,183\%$  zurück. Der Dreimonats-EURIBOR

setzte hingegen vor dem Hintergrund der zu erwartenden weiteren Zunahme der Überschussliquidität seinen negativen Trend der letzten Monate im gesamten Berichtszeitraum fort. Am aktuellen Rand notierte er auf einem Allzeittief von  $-0,009\%$  und erreichte somit erstmals ebenfalls ein negatives Niveau.

## Monetäre Entwicklung im Euro-Währungsgebiet

Die seit Winter 2014 zu beobachtende Erholung des breiten Geldmengenaggregats M3 hat im Berichtsquartal noch einmal an Dynamik gewonnen. Mit einer (annualisierten) Vorquartalsrate von knapp 6% ist die Geldmenge in den Wintermonaten so kräftig gewachsen wie zuletzt vor drei Jahren. Ursächlich für die weitere Belebung war vor allem die nochmals gestiegene Präferenz des geldhaltenden Sektors für hochliquide Anlagen bei weiter sinkenden Zinsen. Vonseiten der Gegenposten wird das M3-Wachstum zunehmend auch durch die Buchkredite an den Privatsektor getragen. Die Erholung der Kreditvergabe umfasste sowohl die Ausleihungen an private Haushalte als auch an nichtfinanzielle Unternehmen. Gestützt wird die Nachfrage nach Krediten durch die außerordentlich günstigen Finanzierungsbedingungen und die positive Grundtendenz der realwirtschaftlichen Aktivität.

*Geldmengenwachstum zunehmend durch Kreditvergabe getragen*

Die Ausweitung der Geldmenge M3, die bereits in den beiden Vorquartalen deutliche Zuwächse verzeichnet hatte, verstärkte sich im Winterquartal noch einmal. Die Zuflüsse betrafen weiterhin in erster Linie die täglich fälligen Einlagen, die von den weiter rückläufigen Zinsen für übrige Einlagen profitierten und insbesondere von privaten Haushalten und nichtfinanziellen Unternehmen verstärkt aufgebaut wurden. Entsprechend sank die Nachfrage dieser Sektoren nach kurzfristigen Termineinlagen im Berichtsquartal noch einmal deutlich. Auch finanzielle Unternehmen erhöhten wie schon im Vorquartal merklich ihre Sichteinlagenbestände und bauten andere in M3 enthaltene

*Deutliches M3-Wachstum weiterhin von Sichteinlagen getrieben*

### Konsolidierte Bilanz des MFI-Sektors der EWU \*)

Veränderung in Mrd €, saisonbereinigt

Aktiva	2015, 1. Vj.	2014, 4. Vj.	Passiva	2015, 1. Vj.	2014, 4. Vj.
Kredite an private Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	38,8	2,0	Einlagen von Zentralstaaten	16,8	8,8
Buchkredite	46,4	19,7	Geldmenge M3	148,4	119,4
Buchkredite, bereinigt 1)	55,4	30,1	davon Komponenten:		
Wertpapierkredite	- 7,7	- 17,7	Bargeld und täglich fällige Einlagen (M1)	213,0	144,2
Kredite an öffentliche Haushalte im Euro-Währungsgebiet	28,5	46,4	Übrige kurzfristige Bankeinlagen (M2-M1)	- 55,5	- 54,4
Buchkredite	21,5	12,7	Marktfähige Finanzinstrumente (M3-M2)	- 9,0	29,6
Wertpapierkredite	7,0	33,6	Geldkapital	- 67,7	- 97,3
Nettoforderungen gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	- 14,4	36,9	davon:		
andere Gegenposten von M3	35,7	- 64,8	Kapital und Rücklagen	22,2	3,1
			Sonstige längerfristige Verbindlichkeiten	- 89,9	- 100,4

\* Statistisch bedingte Veränderungen (z.B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. An den ausgewiesenen Daten wurden umfangreiche Revisionen vorgenommen, die in erster Linie mit der Umsetzung der neuen Verordnung über die Bilanz des Sektors der Monetären Finanzinstitute sowie mit Änderungen am statistischen Berichtsrahmen mehrerer nationaler Zentralbanken zusammenhängen. 1 Bereinigt um Kreditverkäufe und Kreditverbriefungen.

Deutsche Bundesbank

Einlagen ab, wenn auch in geringerem Maße als der nichtfinanzielle Privatsektor.

*Aufwärtsbewegung von Geldmengen- und Kreditwachstum setzte sich fort*

Vor diesem Hintergrund gewann der seit Anfang 2014 zu beobachtende Aufwärtstrend des Geldmengenwachstums im Berichtsquartal weiter an Schwung, und die Jahreswachstumsrate von M3 stieg merklich auf 4,6% zum Ende des Berichtsquartals. Bei den (um Kreditverkäufe und -verbriefungen bereinigten) Buchkrediten an den Privatsektor im Euro-Raum führte die fortgesetzte Erholung ebenfalls zu einem Anstieg der Jahresrate, die mit 0,8% den höchsten Stand seit März 2012 erreichte. Trotz dieser erkennbaren Erholungstendenzen ist das Wachstum des Buchkreditgeschäfts und damit die monetäre Grunddynamik im Euro-Raum weiterhin als sehr moderat zu bezeichnen.

*Fortgesetzte Erholung der Buchkredite nichtfinanzieller Unternehmen*

Die breit angelegte Erholung der Buchkredite umfasste auch die Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen, die im Berichtsquartal erneut erkennbar zulegen, nachdem sie im Vorquartal den ersten Nettozuwachs seit Sommer 2011 verzeichnet hatten (siehe Schaubild auf S. 35). Ausgeweitet wurden insbesondere die Ausleihungen mittlerer Laufzeit, während die langfristigen Ausleihungen im Berichtsquartal nur geringfügig zunahm. Zudem setzte sich der Aufwärtstrend bei den kurzfristigen Buchkrediten fort, wengleich Ausleihungen mit kur-

zen Laufzeiten per saldo noch einmal leichte Abflüsse verzeichneten. Vor dem Hintergrund der ausgeprägten zyklischen Eigenschaften dieses Laufzeitsegments ist hier im Zuge der konjunkturellen Erholung eine weitere Aufwärtsbewegung zu erwarten. Die Jahresrate der Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum insgesamt erholte sich in der Folge weiter und lag am Ende des Berichtsquartals bei - 0,3%.

Anzeichen für eine fortgesetzte Aufwärtstendenz der Ausleihungen an den nichtfinanziellen Unternehmenssektor lieferte auch die im ersten Quartal durchgeführte Umfrage im Kreditgeschäft (Bank Lending Survey: BLS). So beobachteten die befragten Institute im Euro-Raum bei den nichtfinanziellen Unternehmen noch einmal eine leichte Zunahme der Nachfrage nach Bankkrediten, nach einem spürbaren Anstieg bereits im Vorquartal. Gestützt wurde die Kreditnachfrage laut Bankangaben vor allem durch das niedrige allgemeine Zinsniveau. Zudem gaben die im Rahmen des BLS befragten Banken an, ihre Standards für Unternehmenskredite weiter moderat gelockert zu haben, und stellten eine weitere Lockerung im Zuge des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten in Aussicht. Damit setzte sich der seit Frühjahr 2014 beobachtete Trend zu einer expansiveren Ausgestaltung

*Auch BLS deutet auf allmähliche Stabilisierung bei nichtfinanziellen Unternehmen hin*

der Kreditvergaberichtlinien weiter fort. Als Gründe für die Lockerung führten die Banken neben ihrer guten Liquiditätsausstattung vor allem den hohen Wettbewerb im Firmenkundengeschäft an.

*Heterogene Entwicklung bei Unternehmenskrediten in den vier großen Euro-Raum-Ländern*

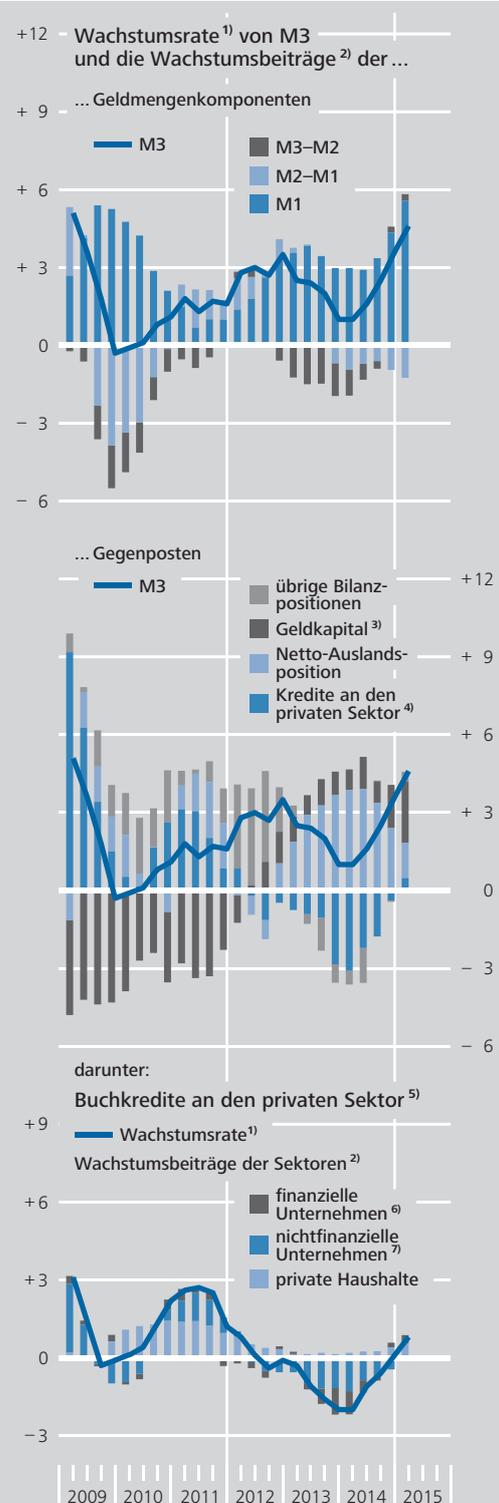
Wurde die Erholung der Buchkredite im Vorquartal noch von einer breiten Basis an Ländern getragen, war die Entwicklung im Berichtsquartal mit Blick auf die vier großen Länder des Euro-Raums heterogener (siehe Schaubild auf S. 36). Während in Frankreich die Quartalszuflüsse deutlich anstiegen und Spanien erkennbar rückläufige Nettotilgungen verzeichnete, verringerten sich die Zuflüsse bei den Ausleihungen der deutschen Banken an nichtfinanzielle Unternehmen im Euro-Raum, und in Italien waren sogar wieder verstärkte Nettotilgungen zu beobachten. Sowohl in Deutschland als auch in Italien dürfte die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten wie bereits in den Vorquartalen durch eine verstärkte Nutzung alternativer Finanzierungsquellen gedämpft worden sein. So war laut BLS-Angaben in Italien die gedämpfte Kreditnachfrage nichtfinanzieller Unternehmen unter anderem auf die verstärkte Begebung von Schuldverschreibungen größerer Unternehmen zurückzuführen, während insbesondere in Deutschland die Finanzierung aus Eigenmitteln im Vordergrund stand.

*Buchkredite an private Haushalte merklich gestiegen*

Auch bei den Buchkrediten an private Haushalte setzte sich die seit Sommer 2013 zu beobachtende Erholung fort. Mit einer Jahresrate von 1,1% zum Ende des Berichtsquartals ist das Wachstum dieses Aggregats aber nach wie vor als moderat zu bezeichnen. Wachstumsträger waren in einem Umfeld historisch niedriger Zinsen erneut die Wohnungsbaukredite, wengleich auch die Konsumentenkredite einen erkennbar positiven Beitrag leisteten. Ähnlich wie bei den Buchkrediten an nichtfinanzielle Unternehmen verbarg sich hinter dem Zuwachs im Euro-Raum-Aggregat eine relativ heterogene Entwicklung: Während die Wohnungsbaukredite insbesondere in Deutschland weiter deutlich zulegten, wurden in den Ländern der Peripherie nicht zuletzt vor dem Hintergrund

### Komponenten und Gegenposten der Geldmenge im Euro-Raum

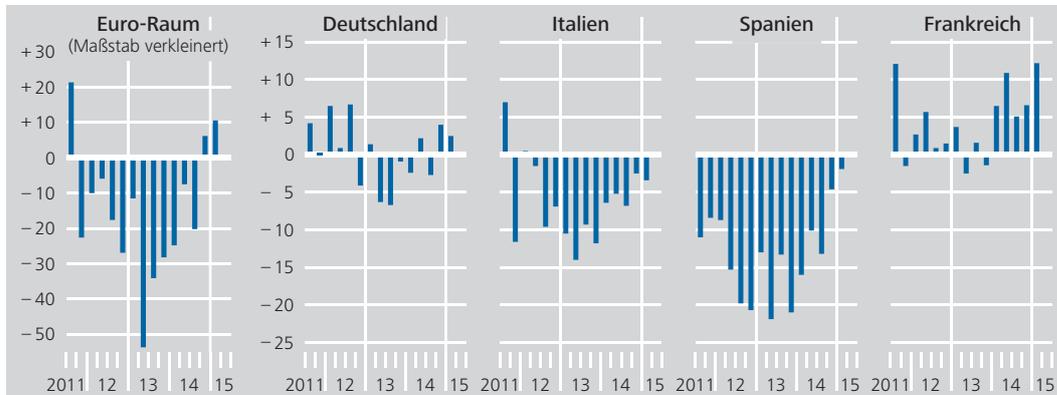
saisonbereinigt, Quartalsendstände



Quelle: EZB. **1** Veränderung gegenüber Vorjahr in %. **2** In Prozentpunkten. **3** Mit negativem Vorzeichen abgetragen, da eine Zunahme für sich betrachtet das M3-Wachstum dämpft. **4** Bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **5** Ab 1. Vj. 2010 bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen. **6** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **7** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften.

### Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen<sup>\*)</sup>

Mrd €; Dreimonatsveränderungen zum Quartalsende, saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen



Quelle: EZB und eigene Berechnungen. \* Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften. Mit der Umsetzung des ESVG 2010 in der monatlichen Bilanzstatistik der Banken werden Holdinggesellschaften nichtfinanzieller Unternehmensgruppen seit Dezember 2014 nicht mehr dem Sektor der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften, sondern dem Sektor der finanziellen Kapitalgesellschaften zugerechnet.

Deutsche Bundesbank

des weiterhin bestehenden Entschuldungsbedarfs der privaten Haushalte Wohnungsbaukredite abgebaut, wenngleich sich die Nettotilgungen erkennbar verlangsamten. Für den Euro-Raum als Ganzen berichteten auch die im BLS befragten Banken, dass die Nachfrage in diesem Kreditsegment erneut deutlich angestiegen sei, während die Standards für Wohnungsbaukredite an private Haushalte nahezu unverändert geblieben waren.

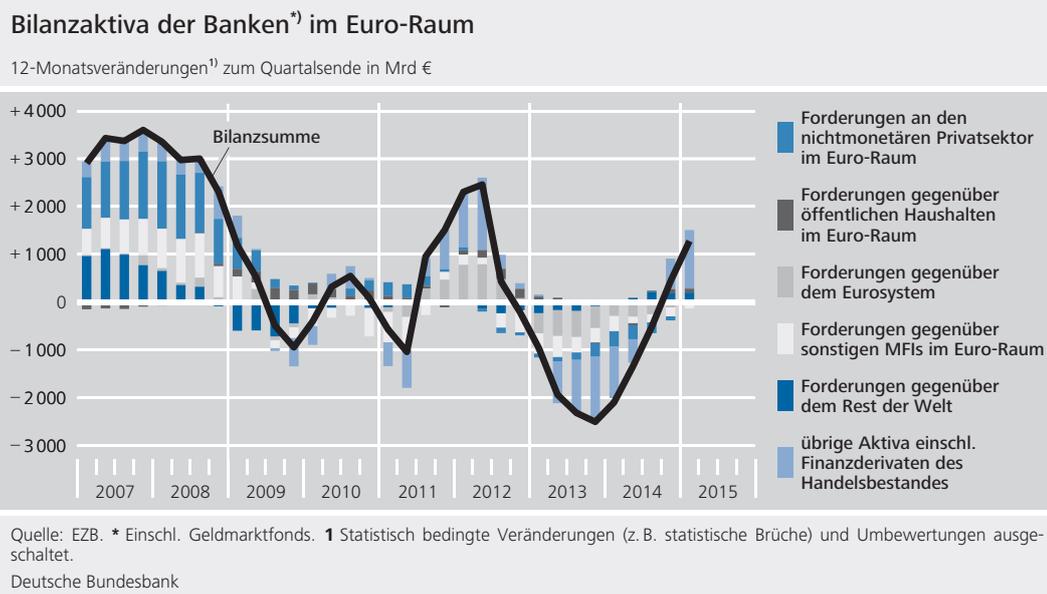
Bei den Konsumentenkrediten dürfte die in den letzten Quartalen zu beobachtende Aufwärtsbewegung die anhaltende Belebung des privaten Konsums im Euro-Raum widerspiegeln. Diese Einschätzung deckt sich mit den Meldungen der im BLS befragten Institute. Sie gaben an, dass im Konsumentenkreditgeschäft ein spürbar gesteigener Mittelbedarf mit einer geringfügigen Lockerung der Standards einhergegangen war. Begünstigt wurde die Nachfrage nach Konsumentenkrediten demnach durch ein gestiegenes Verbrauchervertrauen sowie das allgemein niedrige Zinsniveau.

*Geldkapital deutlich gesunken, bedingt durch langfristige Bankschuldverschreibungen*

Neben der Kreditvergabe an Nichtbanken wurde das Geldmengenwachstum im Berichtsquartal vor allem vom Abbau des Geldkapitals gestützt, welches nach Abflüssen in den Vorquartalen im Winterquartal erneut deutlich zurückging. Dies war in erster Linie auf fortgesetzt

deutliche Nettotilgungen bei den Bankschuldverschreibungen mit einer Laufzeit von über zwei Jahren sowie spürbaren Abzügen von Mitteln aus langfristigen Termineinlagen zurückzuführen, denen wiederum ein erkennbarer Aufbau von Kapital und Rücklagen gegenüberstand.

Der Abbau langfristiger Bankschuldverschreibungen in den Händen des geldhaltenden Sektors ist im Euro-Raum schon seit dem vierten Quartal 2011 zu beobachten. Während die Nettotilgungen zunächst vor allem auf eine schwache Nachfrage zurückgingen, hat sich die Refinanzierungssituation der Banken am Markt mittlerweile wieder deutlich verbessert. Darauf weisen auch die Angaben der am BLS teilnehmenden Banken hin, die im ersten Quartal wie schon in den Vorquartalen erneut Verbesserungen bei der Begebung von längerfristigen Bankschuldverschreibungen meldeten. Der fortgesetzte Abbau langfristiger Bankschuldverschreibungen trotz verbesserten Marktzugangs legt die Vermutung nahe, dass diese Refinanzierungsart für die Banken gegenüber alternativen Finanzierungsquellen an Attraktivität verloren hat. Zu denken ist hier insbesondere an den weiter wachsenden Einlagenbestand und die vom Eurosystem günstig zur Verfügung gestellte Liquidität. Hierzu passt, dass die am BLS beteiligten Banken – neben der Kreditvergabe



an Unternehmen – vor allem auch die Substitution alternativer Finanzierungsquellen als Verwendungszweck für die Liquidität nannten, die sie im Zuge des erweiterten Programms des Eurosystems zum Ankauf von Vermögenswerten erhalten.

*Netto-Auslandsposition erstmals seit 2012 mit Abflüssen*

Die Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors, in den vergangenen zwei Jahren der größte stützende Gegenposten zur Geldmenge M3, verzeichnete in den drei Monaten bis März trotz gesteigener Leistungsbilanzüberschüsse zum ersten Mal seit Mitte 2012 per saldo wieder Abflüsse. Dahinter dürften Netto-Kapitalexporte aus dem Wertpapierverkehr stehen, die vor allem aus der starken Nachfrage inländischer Anleger nach Wertpapieren resultierten, die außerhalb des Währungsraumes begeben wurden. Gleichzeitig setzten ausländische Investoren ihren seit Mitte 2014 anhaltenden Abbau von Schuldverschreibungen fort, die von im Euro-Raum ansässigen Nicht-MFIs begeben wurden. Dies dürfte auch im Zusammenhang mit den ausgeweiteten Wertpapierkäufen des Eurosystems stehen. Im Gegensatz hierzu weiteten gebietsfremde Anleger ihr Engagement am Aktienmarkt der EWU erneut spürbar aus.

*Bilanzaktiva der Banken erneut gestiegen*

Der Rückgang der Netto-Auslandsposition des MFI-Sektors ging allerdings nicht mit einer Verringerung der aggregierten Bilanzsumme ein-

her; vielmehr stiegen sowohl die Forderungen als auch die Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland recht deutlich. Der Mitte 2012 einsetzende Bilanzabbau im Bankensektor ist im vergangenen Jahr zum Stillstand gekommen und mittlerweile einer erkennbaren Bilanzausweitung gewichen: Die Bilanzaktiva der Banken im Euro-Raum nahmen im ersten Quartal 2015 erkennbar zu, wobei das Wachstum im Hinblick auf die einzelnen Bilanzpositionen breit angelegt war. Auf Jahressicht dominierte dabei die Ausweitung der Finanzderivate des Handelsbestandes (siehe oben stehendes Schaubild). Darüber hinaus waren auch Forderungen an das Ausland sowie an öffentliche Haushalte bedeutend. Betrachtet man nur das Winterquartal, erstreckte sich der Bilanzaufbau auf sämtliche Bilanzpositionen der Aktivseite. In den vier großen Ländern des Euro-Raums war die Entwicklung weiterhin zweigeteilt: Während Banken in Deutschland und Frankreich den im Euro-Raum-Aggregat beobachtbaren Bilanzaufbau maßgeblich stützten, setzte sich der Bilanzabbau bei Banken in Spanien und Italien in der 12-Monatsbetrachtung fort, wenngleich sein Tempo noch einmal deutlich abnahm und er fast zum Stillstand kam. In beiden Ländern wurden vor allem Finanzderivate sowie in Italien Anleihen von Euro-Raum-Staaten erworben; ferner verlangsamte sich der Rückgang der Forderungen an den Privatsektor spürbar.

## Einlagen- und Kreditgeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden

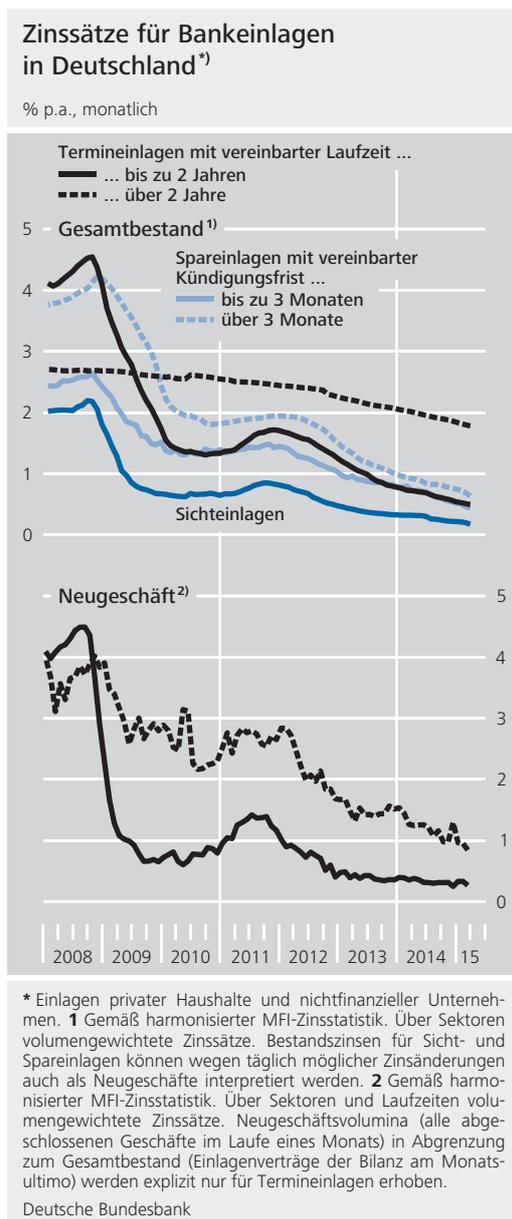
*Einlagengeschäft weiterhin durch Umschichtungen geprägt*

Das Einlagengeschäft deutscher Banken mit inländischen Kunden war auch im ersten Vierteljahr 2015 durch den Aufbau von Sichteinlagen geprägt. Während inländische Anleger ihre bei deutschen Banken gehaltenen täglich fälligen Einlagen noch deutlicher als in den Herbstmonaten erhöhten, bauten sie alle länger laufenden Bankeinlagen per saldo erneut spürbar ab. In dieser Entwicklung kommt die anhaltende Präferenz des geldhaltenden Sektors für hochliquide Anlageformen zum Ausdruck, die

durch das historisch niedrige Zinsniveau und die flache Zinsstruktur gefördert wird. Wie das unten stehende Schaubild zeigt, ist der Abstand zwischen den Zinssätzen für Einlagen mit längerer Laufzeit und Sichteinlagen in den letzten drei Jahren stetig gesunken. Bei den langfristigen Termineinlagen zeigt sich die rückläufige Zinsentwicklung im Neugeschäft, weil die Bestandszinsen wegen des hohen Anteils des Altgeschäfts nur träge reagieren.

Im Gegensatz zum Vorquartal wurde der aktuelle Zuwachs an Sichteinlagen im Berichtsquartal von allen geldhaltenden Sektoren getragen, wobei die größten Zuflüsse nach wie vor bei den privaten Haushalten zu verzeichnen waren. Da die privaten Haushalte gleichzeitig alle anderen Einlagearten (kurz- und langfristige Termin- und Spareinlagen) zum Teil merklich abbauten, gewann ihr Aufbau von Sichteinlagen im Berichtszeitraum nochmals spürbar an Schwung (siehe Schaubild auf S. 41).

*Aktueller Zuwachs der Sichteinlagen von allen Sektoren getragen*



Auch nichtfinanzielle Unternehmen zeigten im Berichtsquartal ein auffällig großes Interesse an täglich fälligen Bankeinlagen. Hintergrund für die spürbare Aufstockung der Sichteinlagen durch diesen Sektor dürfte neben der geringen Verzinsung längerfristiger Bankeinlagen die gegenwärtige Liquiditätsstärke der nichtfinanziellen Unternehmen sein, die durch ihre stabile Gewinnssituation bei weiterhin nur mäßigen, wenngleich leicht ansteigenden Investitionen bedingt ist. Ein Motiv für den Aufbau von Sichteinlagen könnte ferner darin liegen, dass die Unternehmen insgesamt beabsichtigen, anstehende Sachinvestitionen stärker aus eigenen Mitteln zu finanzieren.

*Einlagengeschäft mit finanziellen Unternehmen uneinheitlich*

Zugleich vermeldeten inländische Banken im Berichtsquartal erstmals seit vier Quartalen wieder ein per saldo positives Einlagengeschäft mit finanziellen Unternehmen. Dahinter standen jedoch unterschiedliche Entwicklungen bei den Versicherungen und Pensionseinrichtungen auf der einen sowie den sonstigen Finanzinstituten auf der anderen Seite. Während Letztere ihre Sichteinlagen im Berichtsquartal ebenfalls deut-

lich aufstockten, bauten Versicherungen und Pensionseinrichtungen, wie bereits seit mehreren Quartalen zu beobachten, Bankeinlagen über alle Laufzeiten (insbesondere aber die langfristigen Termineinlagen) unvermindert ab. Diese Gelder dürften zumindest teilweise auf der Suche nach höherer Rendite in risikoreichere Formen der Geldvermögensbildung investiert worden sein (siehe die Erläuterungen auf S. 40).

*Kreditgeschäft mit Nichtbanken mit deutlichem Auftrieb*

Auch das Kreditgeschäft der Banken mit dem heimischen Nichtbankensektor war im Berichtsquartal durch das historisch niedrige Zinsumfeld und die gute Einkommenssituation der Haushalte und Unternehmen in Deutschland geprägt. Anders als im Jahresendquartal 2014, in dem der Rückgang der Kredite an öffentliche Haushalte ein spürbares Gegengewicht zur insgesamt positiven Entwicklung der Kreditvergabe an private Nichtbanken dargestellt hatte, stieg im Berichtsquartal sowohl die Kreditvergabe an private als auch die an öffentliche Nichtbanken. Die MFIs in Deutschland erhöhten dabei einerseits ihre Bestände an Wertpapieren inländischer privater und öffentlicher Emittenten merklich und vergaben andererseits auch deutlich mehr Buchkredite an diese. Bei den in der nebenstehenden Tabelle ausgewiesenen Veränderungen der Buchkredite ist zu beachten, dass sich die bislang als vorläufig anzusehende Datenlage für die Monate Dezember bis Februar aufgrund der Neufassung der monatlichen Bilanzstatistik der Banken, insbesondere der Umsetzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010 zum Meldetermin Dezember 2014, rückwirkend noch einmal deutlich verändert hat.<sup>1)</sup>

*Positives Kreditgeschäft mit privaten Haushalten durch rege Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten sowie ...*

Der größte Teil der Buchkredite wurde dabei – wie schon in den Vorquartalen – an private Haushalte vergeben. Bestimmend hierfür war die nach wie vor rege Nachfrage nach privaten Wohnungsbaukrediten, die neben den nochmals leicht gesunkenen Finanzierungskosten auch durch die gute Einkommenssituation der Haushalte und die geringe Attraktivität alternativer Anlagemöglichkeiten bedingt sein dürfte. Auch die Ergebnisse des BLS sprechen dafür,

### Entwicklung der Kredite und Einlagen der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland<sup>\*)</sup>

Veränderungen in Mrd €, saisonbereinigt

Position	2014	2015
	4. Vj.	1. Vj.
<b>Einlagen von inländischen Nicht-MFIs<sup>1)</sup></b>		
täglich fällig	25,5	47,9
mit vereinbarter Laufzeit		
bis zu 2 Jahren	– 2,5	2,1
über 2 Jahre	– 14,9	– 9,7
mit vereinbarter Kündigungsfrist		
bis zu 3 Monaten	– 2,8	– 2,1
über 3 Monate	– 1,1	– 2,7
<b>Kredite</b>		
Kredite an inländische öffentliche Haushalte		
Buchkredite	– 3,6	11,4
Wertpapierkredite	– 5,3	2,3
Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen		
Buchkredite <sup>2)</sup>	9,4	14,1
darunter: an private Haushalte <sup>3)</sup>	6,3	9,0
an nichtfinanzielle Unternehmen <sup>4)</sup>	4,1	3,2
Wertpapierkredite	2,7	6,7

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen hier neben den Banken (einschl. Bausparkassen, ohne Bundesbank) auch die Geldmarktfonds. Quartalsendstände, statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **1** Unternehmen, Privatpersonen und öffentliche Haushalte ohne den Bund. **2** Bereinigt um Forderungsverkäufe und -verbriefungen. **3** Und Organisationen ohne Erwerbszweck. **4** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. Mit der Umsetzung des ESVG 2010 zum Meldetermin Dezember 2014 werden Holdinggesellschaften nichtfinanzieller Unternehmensgruppen nicht mehr dem Sektor „Nichtfinanzielle Unternehmen“ sondern dem Sektor „Finanzielle Unternehmen“ zugerechnet.

Deutsche Bundesbank

dass die Nachfrage privater Haushalte nach Wohnungsbaukrediten im ersten Quartal 2015 kräftig zulegte und die im Vorquartal geäußert

<sup>1</sup> Mit der Umsetzung des ESVG 2010 in der Bankbilanzstatistik werden Holdinggesellschaften nichtfinanzieller Unternehmensgruppen (wie z. B. Management-Holdinggesellschaften mit überwiegend finanziellem Anteilsbesitz) nicht mehr dem Sektor „Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ sondern dem Sektor „Finanzielle Kapitalgesellschaften“, Unterposition „Sonstige Finanzinstitute“, zugerechnet. Ferner werden einige Einrichtungen und Unternehmen, bei denen es sich um „Nichtmarktproduzenten“ handelt (wie z. B. Stadtwerke), die bislang als nichtfinanzielle Unternehmen ausgewiesen wurden, dem Sektor „öffentliche Haushalte“ (als untergeordnete Position „Extrahaushalte“) zugewiesen. Vgl. hierzu auch: Deutsche Bundesbank, Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse, Monatsbericht, Oktober 2014, S. 13 ff.

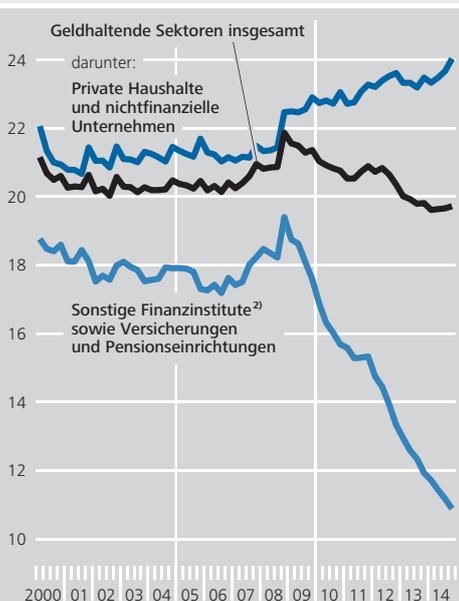
## Zu Portfoliumschichtungen in renditestärkere Anlageformen in Deutschland

Der EZB-Rat hat den Hauptrefinanzierungssatz im Laufe der Krise sukzessive auf den historischen Tiefstand von 0,05% gesenkt. Dies hatte unter anderem zur Folge, dass die Zinsen für Bankeinlagen und – mit zunehmender Nähe zur Nullzinsgrenze – auch die Abstände zwischen den Zinssätzen für Einlagen unterschiedlicher Laufzeiten zurückgegangen sind (vgl. Schaubild auf S. 38). Für sich genommen resultiert daraus der Anreiz, Mittel aus Bankeinlagen in renditestärkere Anlageformen umzuschichten. Tatsächlich zeigt das unten stehende Schaubild, dass der Anteil der Einlagen am Gesamtvermögen der geldhaltenden Sektoren<sup>1)</sup> in den letzten Jahren gesunken ist; allerdings wurde diese Entwicklung nicht von allen Sektoren mitgetragen.

Ein vom Aggregat abweichendes Anlageverhalten ist anhand der Daten der Bankenstatistik und der Finanzierungsrechnung<sup>2)</sup> vor allem für den nichtfinanziellen Privatsektor, also die privaten Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen, erkennbar. Deren Einlagenentwicklung ist seit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers von einem anhaltenden und ungewöhnlich kräftigen Aufbau von Sichteinlagen geprägt (vgl. Schaubild auf S. 41). Parallel dazu wurden andere Anlageformen, insbesondere kurzfristige Termin- und längerfristige Spareinlagen, zeitweise spürbar abgebaut. Hinter dieser Präferenz des nichtfinanziellen Privatsektors für möglichst liquide Anlageformen standen neben einer allgemeinen, durch die Finanzkrise bedingten Unsicherheit des ohnehin eher risikoaversen Sektors zuletzt vor allem auch die weiter rückläufigen Opportunitätskosten der Sichteinlagenhaltung, sowohl relativ zu anderen Anlageformen als auch zu risikoärmeren Wertpapieren wie zum Beispiel Bundesanleihen. Bei den nichtfinanziellen Unternehmen kommt hinzu, dass sie den Anteil der liquiden Mittel an ihrem Geldvermögen möglicherweise erhöht haben, um potenziell anstehende Sachinvestitionen stärker aus eigenen Mitteln finanzieren zu können.<sup>3)</sup>

### Anteil der Einlagen am gesamten sektoralen Geldvermögen in Deutschland

Um Transaktionen fortgeschriebene Bestände des Basisjahres 2000<sup>1)</sup>, in %



<sup>1</sup> Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen somit ausgeschaltet. <sup>2</sup> Einschl. Investmentfonds.

Deutsche Bundesbank

<sup>1</sup> Der Begriff der geldhaltenden Sektoren umfasst die privaten Haushalte, nichtfinanzielle und finanzielle Unternehmen (außer Monetäre Finanzinstitute) sowie den Staat. Auf eine gesonderte Darstellung des staatlichen Sektors wird im Folgenden verzichtet, da dessen Geldvermögensbildung sehr volatil und hinsichtlich des Volumens im Vergleich zu den anderen Sektoren eher gering ist.

<sup>2</sup> Betrachtet werden vierteljährliche Transaktionen. Da die Daten der Finanzierungsrechnung aktuell nur bis zum vierten Quartal 2014 vorliegen, endet der Beobachtungszeitraum mit Ablauf des Jahres 2014.

<sup>3</sup> Zur längerfristigen Bedeutung und Entwicklung der Innenfinanzierung von nichtfinanziellen Unternehmen in Deutschland vgl.: Deutsche Bundesbank, Die langfristige Entwicklung der Unternehmensfinanzierung in Deutschland – Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung, Monatsbericht, Januar 2012, S. 13 ff.

Der Blick auf die übrige Geldvermögensbildung des nichtfinanziellen Privatsektors bestätigt, dass Umschichtungen aus Einlagen heraus zugunsten renditestärkerer Anlageformen wie Wertpapiere aufgrund der Risikoaversion und Liquiditätspräferenz des Sektors in den letzten Jahren weitgehend ausblieben. Private Haushalte stockten vor allem ihre Ansprüche gegenüber (Lebens-)Versicherungen weiter auf; auch Anteile an Investmentfonds, die bei kleineren Anlagebeträgen eine stärkere Risikodiversifizierung ermöglichen als die direkte Wertpapierhaltung, wurden in deutlichem Umfang aufgebaut, während direkte Wertpapierengagements insgesamt zurückgeführt wurden. Nichtfinanzielle Unternehmen engagierten sich zunehmend in der Mittelbereitstellung gegenüber anderen nichtfinanziellen Unternehmen, etwa in Form von Anteilsrechten und (Handels-)Krediten; insgesamt gesehen spielten Investitionen in Wertpapiere für sie in den vergangenen Jahren jedoch keine wesentliche Rolle.

Im Gegensatz zum nichtfinanziellen Privatsektor bauten die finanziellen Unternehmen, also Versicherungen und Pensionseinrichtungen sowie sonstige Finanzinstitute (SFI)<sup>4</sup>, ihre Einlagen seit Ende 2009 per saldo spürbar ab (vgl. nebenstehendes Schaubild). Dies war zuvorderst auf den seit 2010 zunehmend kräftigen Abbau längerfristiger Termineinlagen durch Versicherungen zurückzuführen, dem kein entsprechender Aufbau anderer Einlagearten gegenüberstand. Auch die SFI verringerten seit Mitte 2012 per saldo ihre Einlagenbestände; anders als bei den Versicherungen wurden Sichteinlagen jedoch phasenweise zulasten länger laufender Einlagearten aufgestockt.

Stattdessen konzentrierten die durch professionelle Portfoliomanager geprägten finan-

<sup>4</sup> Einschl. Investmentfonds, jedoch ohne Monetäre Finanzinstitute und damit auch ohne Geldmarktfonds.

### Einlagen deutscher Banken<sup>1)</sup> nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigte 12-Monatsveränderungen<sup>1)</sup> zum Quartalsende  
 in Mrd €



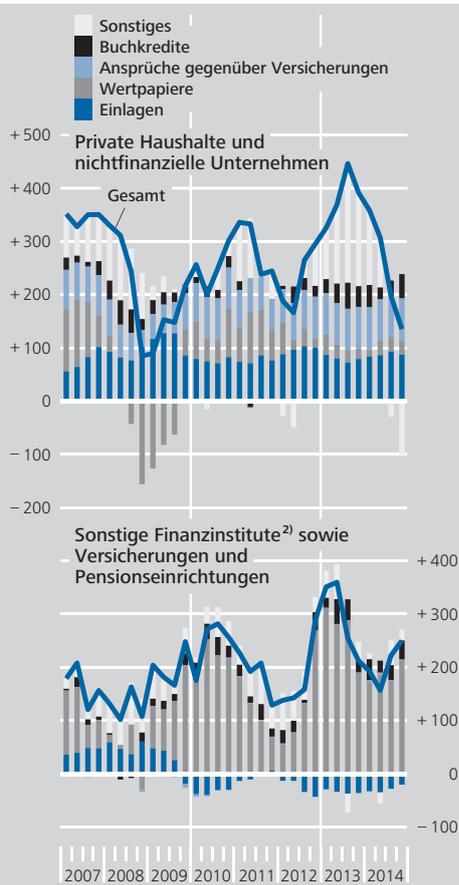
\* Einschl. Geldmarktfonds. **1** Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. **2** Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. **3** Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. **4** Mit der Umsetzung des ESVG 2010 zum Meldetermin Dezember 2014 werden Holdinggesellschaften nichtfinanzieller Unternehmensgruppen nicht mehr dem Sektor „Nichtfinanzielle Unternehmen“, sondern dem Sektor „Finanzielle Unternehmen“ zugerechnet.

ziellen Unternehmen ihre Anlagen auf Schuldverschreibungen und Investmentfondsanteile, auch im mitunter renditestärkeren Ausland. Darüber hinaus vergaben seit der Finanzkrise insbesondere die SFI verstärkt Buchkredite, vor allem an nichtfinanzielle Unternehmen. Die verstärkte Buch- und Wertpapierkreditvergabe der finanziellen Unternehmen an den nichtfinanziellen Privatsektor deutet auf eine steigende Bedeutung der Finanzintermediation durch Akteure außerhalb des regulären Bankensystems, also durch das Schattenbankensystem<sup>5)</sup>, hin. Insgesamt dürfte das Anlageverhalten des finanziellen Sektors stärker durch die Suche nach Rendite getrieben sein als das der anderen Sektoren. Die seit Anfang 2013 verfügbaren Angaben über Sektorzugehörigkeit und Sitzland der Schuldner deuten darauf hin, dass die mit dieser Suche verbundene Risikobereitschaft bei den Versicherungen in den letzten Jahren etwas geringer war als bei den SFI, was nicht zuletzt regulatorische Gründe haben dürfte.

Das unterschiedliche Anlageverhalten der finanziellen und nichtfinanziellen Sektoren ist unter anderem auch für die Interpretation der Einlagenentwicklung im Rahmen der monetären Analyse relevant. So deutet die Tatsache, dass das Geldmengenwachstum aktuell im Wesentlichen auf Zuflüsse der privaten Haushalte und nichtfinanziellen Unternehmen zurückzuführen ist, auf den ersten Blick auf einen entsprechenden Anstieg der monetären Grunddynamik hin. Denn die Geldhaltung des nichtfinanziellen Sektors steht grundsätzlich in enger Beziehung zu Konsum- und Investitionsausgaben und damit auch zur Entwicklung des Verbraucherpreisindex als die Geldhaltung des stärker an den Finanzmärkten orientierten finanziellen Sektors. Die genauere Analyse legt jedoch offen, dass ein entscheidender Teil des beobachteten Einlagenwachstums durch die hohe Liquiditätspräferenz und

### Geldvermögensbildung und ihre Komponenten

Summe der Werte des jeweils laufenden und der drei vorangegangenen Quartale<sup>1)</sup>, in Mrd €



<sup>1</sup> Statistisch bedingte Veränderungen (z. B. statistische Brüche) und Umbewertungen ausgeschaltet. <sup>2</sup> Einschl. Investmentfonds.

Deutsche Bundesbank

Risikoaversion des nichtfinanziellen Sektors vor dem Hintergrund des Niedrigzinsumfelds verursacht wurde. Soweit das Geldmengenwachstum auf diese Motive zurückzuführen ist, überzeichnet es die inflationswirksame monetäre Grunddynamik.

<sup>5</sup> Vgl. zur Definition und den Aktivitäten des Schattenbankensystems: Deutsche Bundesbank, Das Schattenbankensystem im Euro-Raum: Darstellung und geldpolitische Implikationen, Monatsbericht, März 2014, S. 15–35.

ten Erwartungen der Bankmanager noch übertraf. Ihrer Meinung nach war dies in erster Linie durch das niedrige allgemeine Zinsniveau bedingt. Laut MFI-Zinsstatistik sank der Zins für langfristige Wohnungsbaukredite im ersten Quartal spürbar auf 1,9% und erreichte damit einen neuen historischen Tiefstand seit Einführung der harmonisierten MFI-Zinsstatistik im Jahr 2003. Den BLS-Angaben zufolge wurde die Kreditnachfrage in diesem Segment zudem dadurch gestützt, dass die privaten Haushalte die Aussichten auf dem Wohnungsmarkt und die Entwicklung der Preise für Wohneigentum weiterhin positiv einschätzen. Ferner gingen auch vom Mittelbedarf der privaten Haushalte für Umfinanzierungen, Umschuldungen und Neuverhandlungen positive Impulse für das Neugeschäft mit Wohnungsbaukrediten aus. Gleichzeitig wurde die höhere Nachfrage nach Wohnungsbaukrediten im Berichtsquartal durch die Vergabepolitik der Banken begünstigt. So haben die am BLS teilnehmenden Banken ihre Standards für Wohnungsbaukredite im Schlussquartal zwar nicht angepasst, verringerten aber bei durchschnittlich riskanten Krediten ihre Margen leicht.

... durch gestiegene Anschaffungsneigung der Konsumenten getrieben

Darüber hinaus spiegelten sich in Deutschland die weiterhin guten Perspektiven für die Einkommens- und Geldvermögensentwicklung in einer deutlichen Zunahme der Konsumentenkredite wider. Entsprechend sahen sich die am BLS teilnehmenden Banken im ersten Quartal 2015 einer spürbar gestiegenen Nachfrage gegenüber. Nach Einschätzung der im Rahmen des BLS befragten Bankmanager beruhte dies auf einer gestiegenen Anschaffungsneigung der Konsumenten, einem robusten Verbrauchervertrauen sowie dem niedrigen allgemeinen Zinsniveau. Die Vergabepolitik im Konsumentenkreditgeschäft blieb laut BLS im Schlussquartal insgesamt unverändert. Die BLS-Banken verengten aber ihre Margen sowohl für durchschnittliche als auch für risikoreichere Kredite und begründeten dies mit dem derzeitigen erhöhten Wettbewerb zwischen den Banken. Insgesamt gesehen weist die Buchkreditvergabe an inländische private Haushalte in Deutschland aber

### Buchkredite deutscher Banken nach ausgewählten Sektoren

saisonbereinigt sowie bereinigt um Kreditverkäufe und -verbriefungen, Quartalsendstände



1 Veränderungsrate gegenüber Vorjahr. 2 Nichtmonetäre finanzielle Kapitalgesellschaften. 3 Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und Quasi-Kapitalgesellschaften. 4 Mit der Umsetzung des ESVG 2010 zum Meldetermin Dezember 2014 werden Holdinggesellschaften nichtfinanzieller Unternehmensgruppen nicht mehr dem Sektor „Nichtfinanzielle Unternehmen“, sondern dem Sektor „Finanzielle Unternehmen“ zugeordnet.

Deutsche Bundesbank

weiterhin eine sehr moderate Dynamik auf: Die 12-Monatsrate der Buchkredite an private Haushalte erhöhte sich nur leicht auf 1,8% Ende März von 1,6% im Vorquartal.

Neben den Buchkrediten an inländische private Haushalte weiteten deutsche Banken im Berichtsquartal auch ihre Buchkreditvergabe an nichtfinanzielle Unternehmen merklich aus. Dementsprechend trug die Kreditvergabe deutscher Banken zu der im gesamten Euro-Gebiet beobachteten Ausweitung des Kreditgeschäfts mit dem nichtfinanziellen Unternehmenssektor wie auch im Vorquartal positiv bei. Anders als im übrigen Euro-Gebiet mit der offenbar stärker ausgeprägten Präferenz der Unternehmen für mittelfristig laufende Kredite, erhöhten deutsche Unternehmen in jüngerer Zeit vorrangig ihre Nachfrage nach langfristigen Ausleihungen. Entscheidend hierfür waren, neben der gegenüber den kurz- und mittelfristigen Ausleihungen spürbar gesunkenen Verzinsung von langfristigen Buchkrediten, vermutlich auch die

Buchkredite an nichtfinanzielle Unternehmen erneut positiv, ...

## Warum sind kleinvolumige Unternehmenskredite in Deutschland höher verzinst als großvolumige?

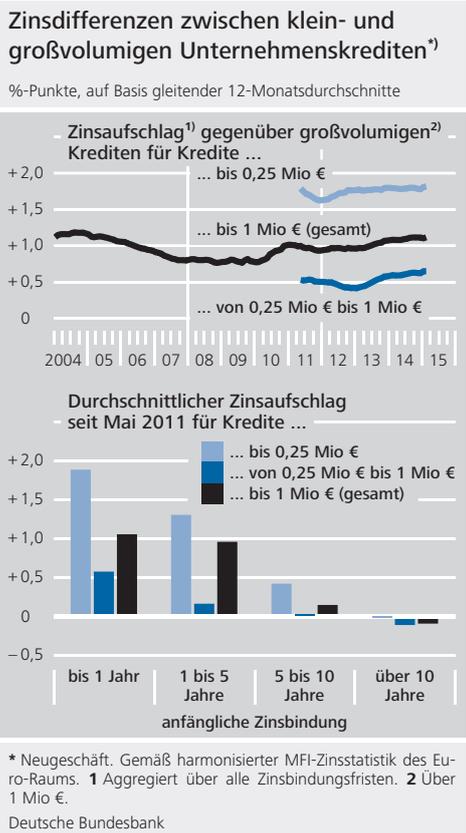
Bankkredite stellen für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) eine der wichtigsten Quellen der Fremdfinanzierung dar.<sup>1)</sup> Die seitens der Bank festgelegten Konditionen, zu denen sich KMU diese Mittel ausleihen, spielen aus volkswirtschaftlicher und geldpolitischer Perspektive daher eine bedeutende Rolle. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden die Kreditzinsen für KMU mit denjenigen für große Unternehmen verglichen. Weiterhin wird untersucht, in welchem Umfang Kostenfaktoren der Bank, die eng mit den (Risiko-) Eigenschaften des Kreditnehmers verbunden sind, die beobachtete Zinsdifferenz erklären können.<sup>2)</sup>

Informationen über die Bepreisung von Bankkrediten liefert die harmonisierte MFI-Zinsstatistik des Euro-Raums. Im Neugeschäft mit Unternehmen unterscheidet sie jedoch nicht nach der Größe des kreditnehmenden Unternehmens. Aus diesem Grund

dienen nachfolgend die kleinvolumigen Unternehmenskredite (bis 1 Mio €)<sup>3)</sup> als Approximation für Ausleihungen an KMU, während großvolumige Unternehmenskredite (über 1 Mio €) annahmegemäß eher von großen Unternehmen nachgefragt werden.<sup>4)</sup>

Die so approximierten Kreditzinsen für KMU liegen im Aggregat systematisch über denen für große Unternehmen (siehe unten stehendes Schaubild). Dieser Zinsaufschlag ist vor allem durch die Kreditkonditionen für Kleinstkredite getrieben und nimmt für alle betrachteten Größenklassen mit steigender Zinsbindungsfrist ab.

Die Determinanten dieser Differenz können prinzipiell in quantitative (z. B. Kreditrisiko) und qualitative (z. B. Verhandlungsmacht des Kreditnehmers) Faktoren unterteilt werden. Erstere lassen sich naturgemäß einfacher für eine empirische Betrachtung nutzen und umfassen die nach Kreditnehmergröße unterschiedlichen Aufwendungen



**1** Vgl.: Deutsche Bundesbank, Zur Bedeutung des Bankkredits als Finanzierungsinstrument für nichtfinanzielle Unternehmen im internationalen Vergleich, Monatsbericht, November 2014, S. 44–46.

**2** Konkret wird untersucht, inwieweit die Zinsdifferenz durch Unterschiede im Kreditrisiko sowie beim Kapitalzuschlag erklärt werden kann. Der verbleibende Teil der Zinsdifferenz, der den Einfluss der übrigen Faktoren abbildet, wird als Residualgröße bezeichnet. Letzten Endes beruht die Analyse damit auf einer Zinszerlegung für Kredite an KMU sowie an große Unternehmen. Vgl. zur Methodik der Zinszerlegung: Bank von England, Understanding the price of new lending to households, Quarterly Bulletin Q3 2010.

**3** Seit 2010 wird die kleinvolumige Kreditkategorie in Neugeschäftskreditvolumina bis 0,25 Mio € (kleinstvolumig) und 0,25 Mio € bis 1 Mio € (kleinvolumig) unterteilt.

**4** Eigene Auswertungen auf Grundlage der Bach-Datenbank zeigen, dass diese Einteilung plausibel ist. Sie zeigen aber auch, dass ein wesentlicher Unterschied zwischen kleinen und mittleren Unternehmen hinsichtlich des durchschnittlich von ihnen aufgenommenen Kreditvolumens besteht. So dürfte speziell für kleine Unternehmen die Volumenkatgorie bis 0,25 Mio € relevanter sein. Vgl. auch: EZB, Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen im Euro-Währungsgebiet zu Finanzmitteln – Hindernisse und mögliche Gegenmaßnahmen der Politik, Monatsbericht, Juli 2014.

seitens der Bank: Die Risikoprämie zur Deckung des erwarteten Kreditausfalls, den Kapitalzuschlag, der die Kosten für das regulatorisch vorzuhaltende Eigenkapital abbildet und die Fixkosten, die der Bank etwa für die Kreditwürdigkeitsprüfung des Kreditnehmers entstehen. Die Fixkosten tragen auch dann zur Zinsdifferenz bei, wenn ihre absolute Höhe für Kredite an KMU und an große Unternehmen identisch ist, da sie sich bei Ausleihungen an große Unternehmen auf einen höheren Kreditbetrag verteilen und somit pro Euro vergebener Kreditsumme geringer sind.

Die unternehmensgrößenabhängige Risikoprämie lässt sich als Produkt aus Ausfallwahrscheinlichkeit (Probability of Default: PD) und erwartetem Verlust bei einem Ausfall (Loss Given Default: LGD) approximieren.<sup>5)</sup> Der Kapitalzuschlag, der sich ebenfalls getrennt für KMU und große Unternehmen berechnen lässt, ergibt sich näherungsweise als Produkt der folgenden drei Faktoren: des Risikogewichts des Kredites, der Mindest-

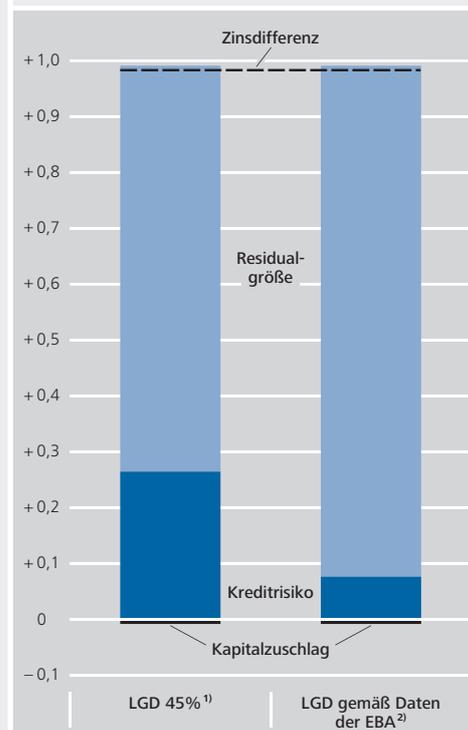
**5** Daten bezüglich PD und LGD getrennt nach KMU und großen Unternehmen werden von der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde EBA bereitgestellt. Vgl.: EBA Risk Dashboard, Aggregate Disclosure of EU Banks' Risk Parameters and Instructions, Annex Q3 2014; sowie Risk Parameters Disclosure of EU Banks, Annex Q1 2014. Im Hinblick auf diese Daten ist darauf hinzuweisen, dass sie auf Meldungen einer relativ geringen Anzahl von Banken beruhen und sich darüber hinaus nicht nur auf das Kreditneugeschäft, sondern auf das gesamte Kreditportfolio beziehen.

**6** Für das Risikogewicht von KMU-Krediten wird der regulatorische Standardwert von 75% angenommen. Für große Unternehmen wird dasjenige Risikogewicht, welches sich im Standardansatz gemäß den durchschnittlichen Ratings von Standard & Poor's für nicht-finanzielle Unternehmen, die im Deutschen Aktienindex DAX gelistet sind, ergibt, herangezogen. Die Mindestkapitalquote entspricht mit 8% demjenigen Wert, der sich gemäß Basel II und Basel III unter Vernachlässigung etwaiger Kapitalpuffer ergibt. Für die Eigenkapitalkosten wird pauschal ein Wert von 10% angenommen (vgl. zur Höhe der Eigenkapitalkosten: EBA, Risk Assessment of the European Banking System, June 2014).

**7** Der geringere Beitrag des Kreditrisikos zur Zinsdifferenz bei Verwendung der auf Meldungen von Banken beruhenden EBA-Daten zum LGD dürfte darauf hindeuten, dass die Besicherung von Krediten im Geschäft mit KMU relevanter ist als im Geschäft mit großen Unternehmen. Generell spielt die Besicherung im Unternehmensgeschäft in Deutschland eine bedeutende Rolle. So beträgt der Anteil des grundpfandrechtl. besicherten Kreditvolumens in diesem Segment etwa 20%.

### Beiträge von Kreditrisiko (zwei Berechnungsmethoden) und Kapitalzuschlag zur Zinsdifferenz zwischen klein- und großvolumigen Unternehmenskrediten<sup>\*)</sup>

%-Punkte, Durchschnittswerte seit 2009



\* Quellen: Harmonisierte MFI-Zinsstatistik des Euro-Raums, EBA Risk Dashboard und eigene Berechnungen. Berechnungen unter der Annahme, dass kleinvolumige Kredite an kleine und mittlere Unternehmen und großvolumige Kredite an große Unternehmen ausgereicht werden. **1** 45% ist der Standardwert der Capital Requirements Regulation für den Loss Given Default (LGD). **2** Auf Basis der von Banken an die EBA gemeldeten Werte.

Deutsche Bundesbank

kapitalquote und der kalkulatorisch für das regulatorisch vorzuhaltende Eigenkapital angesetzten Kosten.<sup>6)</sup> Die Fixkosten sind aufgrund der fehlenden Datenverfügbarkeit ebenso wie die qualitativen Faktoren Teil der Residualgröße.

Unter den hier getroffenen Annahmen ist der Kapitalzuschlag für beide Kreditarten im Aggregat fast identisch. Dies liegt am geringen Unterschied zwischen den Risikogewichten beider Kreditnehmerkategorien. Das Kreditrisiko kann dagegen die Zinsdifferenz teilweise erklären (siehe oben stehendes Schaubild).<sup>7)</sup> Sein Erklärungsbeitrag deutet trotz der geringen regulatorischen

Divergenz auf ein höheres Kreditrisiko im Kreditgeschäft mit KMU hin.

Allerdings spielen die in der Residualgröße zusammengefassten Faktoren die wichtigste Rolle. Deren große Bedeutung ist mit den Ergebnissen anderer Studien konsistent. Diese schreiben der größeren Verhandlungsmacht großer Unternehmen bei der Festsetzung der Kreditkonditionen seitens der Bank eine essenzielle Rolle zu.<sup>8)</sup> Sie resultiert zum Beispiel aus der stärkeren Diversifikation ihrer Finanzierungsquellen und ihrer somit implizit geringeren Abhängigkeit von der Bankfinanzierung. Darüber hinaus finden sich in der Literatur Belege dafür, dass insbesondere größere Banken versuchen, mittels attraktiver Kreditkonditionen neue Kunden zu akquirieren, die neben dem ursprünglichen Kreditgeschäft weitere Dienstleistungen der Bank in Anspruch nehmen könnten.<sup>9)</sup> Dazu zählen zum Beispiel die Begleitung bei der Begebung von Kapitalmarktinstrumenten oder Absicherungsgeschäfte, also Dienstleistungen, die ten-

denziell eher große Unternehmen nachfragen dürften. Neben dem möglichen zusätzlichen Einkommen fördern Erträge aus solchen Geschäften die Diversifikation der Einkommensquellen der Bank, da sie vor allem das Provisionseinkommen stärken.

<sup>8</sup> Vgl.: R. Elsas und J. P. Krahen (1998), Is relationship lending special? Evidence from credit file data in Germany, *Journal of Banking and Finance* 22, S. 1283–1316; sowie F. Hanser (2001), Die Struktur von Kreditbeziehungen, S. 132.

<sup>9</sup> Vgl.: L. Lepetit, E. Nys, P. Rous und A. Tarazi (2008), The expansion of services in European banking: Implications for loan pricing and interest margins, *Journal of Banking and Finance*, 32, S. 2325–2335.

in der Grundtendenz positiven Konjunktur- und Geschäftserwartungen, die das Interesse der Unternehmen an langfristigen Investitionsprojekten begünstigt haben dürften. Ihre kurz- und mittelfristigen Investitionen dürften die deutschen Unternehmen dagegen wie auch in den Quartalen zuvor stärker aus eigenen Mitteln und/oder alternativen Finanzierungsquellen – wie den Krediten im Konzernverbund, Handelskrediten sowie den zunehmend an Bedeutung gewinnenden Krediten über sogenannte Schattenbanken – finanziert haben.

Die Ergebnisse des BLS aus dem ersten Quartal 2015 stehen damit weitgehend im Einklang. Demnach zeigte sich die Kreditnachfrage der Unternehmen in den Wintermonaten per saldo unverändert gegenüber dem Vorquartal, in dem der Mittelbedarf nach Einschätzung der befragten Bankmanager insgesamt deutlich gestiegen war. Im Hinblick auf die Einflussfaktoren gaben die am BLS teilnehmenden Bankmanager an, dass vor allem die großen Innenfinanzierungs-

spielräume der Unternehmen, aber auch der rückläufige Mittelbedarf zur Finanzierung von Anlageinvestitionen, Lagerhaltung und Betriebsmitteln für sich genommen mindernd auf die Kreditnachfrage der Unternehmen gewirkt hätten. Gleichzeitig wurde die Nachfrage der Unternehmen nach Bankkrediten im Berichtsquartal laut BLS durch einen erhöhten Finanzierungsbedarf für Fusionen, Übernahmen und Unternehmensumstrukturierungen begünstigt. Ferner wurde sie durch die Kreditvergabepolitik der Banken gestützt: Zwar haben die befragten Institute im Unternehmenskreditgeschäft ihre Kreditstandards kaum verändert. Die Margen für durchschnittlich riskante Kredite verringerten sie dagegen per saldo leicht, und auch bei den Kreditnebenkosten und den Anforderungen an die Sicherheiten kamen sie ihren Kunden etwas entgegen.

Angesichts ihres sehr niedrigen Niveaus dürften auch von den Bankzinsen stützende Effekte auf die inländische Kreditvergabe an Unternehmen

... bedingt durch günstige Finanzierungsbedingungen

## Bankkonditionen in Deutschland

### Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen



### Kredite an private Haushalte



**1** Neugeschäft. Gemäß harmonisierter EWU-Zinsstatistik. **2** Gemäß Bank Lending Survey; für Kreditstandards: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich verschärfte“ und „leicht verschärfte“ und der Summe der Angaben „etwas gelockert“ und „deutlich gelockert“ in % der gegebenen Antworten, für Margen: Saldo aus der Summe der Angaben „deutlich ausgeweitet“ und „leicht ausgeweitet“ und der Summe der Angaben „etwas verengt“ und „deutlich verengt“ in % der gegebenen Antworten. **3** Erwartungen für das 2. Vj. 2015.

ausgegangen sein: Die Zinsen für kurzfristige Bankkredite sanken leicht und für langfristige spürbar. In der Niveaubetrachtung verlangten die meldenden Institute für kurzfristige Mittel an inländische nichtfinanzielle Unternehmen Ende März 2,7% für kleinvolumige beziehungsweise 1,5% für großvolumige Kredite. Die Zinsen für kleinvolumige und für großvolumige langfristige Ausleihungen an nichtfinanzielle Unternehmen lagen zuletzt bei 1,9% beziehungsweise 1,7% (zu den Gründen der unterschiedlichen Verzinsung der klein- und großvolumigen Kredite siehe Erläuterungen auf S. 44). Im historischen Vergleich, seit Einführung der harmonisierten MFI-Zinsstatistik im Jahr 2003, waren damit die Unternehmenskredite konkurrenzlos günstig.

*Kaum Verkäufe  
marktfähiger  
Aktiva im  
Rahmen des  
EAPP durch  
deutsche Banken  
beabsichtigt*

Der BLS enthielt im ersten Quartal zusätzlich Fragen zu den Refinanzierungsbedingungen der Banken, zu den Niveaus der Kreditstandards sowie zu den Auswirkungen des EAPP. Erneut berichteten die deutschen Banken vor dem Hin-

tergrund der Lage an den Finanzmärkten von einer im Vergleich zum Vorquartal leicht verbesserten Refinanzierungssituation. Gemessen am Mittelpunkt der Bandbreite, die durch die seit dem zweiten Quartal 2010 implementierten Richtlinien aufgespannt wird, sind die Standards sowohl im Firmenkundengeschäft als auch im Geschäft mit privaten Haushalten nach Einschätzung der befragten Banken derzeit vergleichsweise straff. Die Einschätzung der Niveaus, die vor einem Jahr abgegeben wurde, war allerdings insgesamt noch restriktiver. Das EAPP verbessert laut den Angaben der Banken zwar ihre Finanzierungsbedingungen, belastet aber auch stark ihre Ertragslage. Kaum eine deutsche Bank aus der Stichprobe beabsichtigt einen Verkauf marktfähiger Aktiva im Rahmen des Programms. Es wird aber mit höherer Liquidität aufgrund gestiegener Kundeneinlagen gerechnet, die unter anderem für die Kreditvergabe genutzt werden soll. Die Banken erwarten keinerlei Auswirkungen des Programms auf ihre Kreditstandards.

## ■ Finanzmärkte

### ■ Finanzmarktumfeld

*Finanzmärkte stark beeinflusst durch die Geldpolitik und Portfolioumschichtungen*

Das Geschehen an den Finanzmärkten war im bisherigen Verlauf des Jahres 2015 stark von der Geldpolitik sowie von größeren Portfolioumschichtungen beeinflusst. In der EWU beschloss der EZB-Rat Mitte Januar mehrheitlich, das Wertpapierankaufprogramm auszuweiten. An den Anleihemärkten in der EWU führten die Erwartungen auf das Quantitative Easing bereits im Vorfeld zu starken Renditerückgängen bei Staatsanleihen, die sich nach dem Beginn der Käufe zunächst fortgesetzt haben. Zeitweilig rentierten Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren mit nur noch 0,04%. Die niedrigen Anleiherenditen stärkten zeitweilig auch die Aktienmärkte. Im Euro-Raum kam es bis in den April hinein zu kräftigen Kurssteigerungen. Hierzu hat auch beigetragen, dass die Wachstumskräfte im Euro-Raum weiter an Schwung gewonnen haben und dass der Euro an den Devisenmärkten in dieser Phase gegenüber US-Dollar, Pfund Sterling und Yen spürbare Kursverluste verzeichnet hat. Auch die Renditen von US-Treasuries haben zeitweilig nachgegeben. Dabei könnte eine Rolle gespielt haben, dass die Wachstumsdynamik in den USA schwächer als zuvor eingeschätzt wird und die Marktteilnehmer nach der März Sitzung des Offenmarktausschusses der US-Notenbank von einer späteren Straffung der geldpolitischen Zügel ausgingen.

Zu einer massiven Gegenbewegung an den Finanzmärkten kam es allerdings seit Ende April, als sich bei den Anlegern die Meinung durchsetzte, die Renditen von Benchmark-Anleihen seien auf ein nicht nachhaltiges niedriges Niveau gefallen. Dies führte zu einer Neuausrichtung der internationalen Vermögensanlagen. In der Folge stiegen die Anleiherenditen weltweit deutlich an und die Aktienmärkte in vielen Volkswirtschaften verzeichneten Kursverluste. Auch der Euro konnte einen Teil seiner Kurseinbußen wieder wettmachen.

### ■ Wechselkurse

Nachdem der EZB-Rat im Januar den Beschluss über ein erweitertes Wertpapierankaufprogramm bekanntgegeben hatte, fiel der Euro-Dollar-Kurs im Vortagsvergleich um 4 Cent auf einen Wert von 1,12 US-\$. In der Folgezeit konnte sich der Euro zwar zunächst wieder etwas befestigen; in der ersten Märzhälfte geriet er aber erneut unter Abgabedruck. Belastet wurde der Euro zum einen durch den Beginn der Staatsanleihekäufe, der mit kräftigen Renditerückgängen von Staatsanleihen im Euro-Raum einherging. Zum anderen hatte die Veröffentlichung unerwartet günstiger Zahlen vom US-Arbeitsmarkt aus Sicht der Marktteilnehmer die Wahrscheinlichkeit für eine anstehende Zinswende in den USA erhöht und hierüber den US-Dollar gestützt. Mit einer Notierung von 1,06 US-\$ erreichte der Euro-Dollar-Kurs Mitte März den tiefsten Stand seit 12 Jahren.

In der zweiten Märzhälfte konnte der Euro-Dollar-Kurs zunächst einen Teil der zuvor verzeichneten Kursverluste wettmachen, als die Federal Reserve (Fed) in ihrer Erklärung zur Zinspolitik ihre Inflationserwartungen und die Erwartungen an das Tempo der geldpolitischen Straffung gesenkt hatte. Doch bereits Anfang April hat die Veröffentlichung des Sitzungsprotokolls der Fed Spekulationen auf eine baldige Leitzinserhöhung in den USA wieder verstärkt, woraufhin der Euro zur Monatsmitte erneut auf 1,06 US-\$ zurückfiel. Nach der Bekanntgabe günstiger Konjunkturdaten und unter dem Eindruck des kräftigen Renditeanstiegs im Euro-Raum hat sich der Euro zuletzt spürbar befestigt. Jenseits des Atlantiks fiel eine Reihe von Wirtschaftsdaten dagegen schwächer als erwartet aus, wodurch der Euro zusätzlich gestärkt wurde. Bei Abschluss dieses Berichts notierte der Euro bei 1,14 US-\$; er lag damit rund 6% niedriger als zum Jahresbeginn 2015.

*Euro mit Kursverlusten gegenüber dem US-Dollar, ...*

## Wechselkurs des Euro

Tageswerte; log. Maßstab



Quelle: EZB. **1** Kurs zu Beginn der Währungsunion am 4. Januar 1999. **2** Nach Berechnungen der EZB gegenüber den Währungen von 19 Ländern.  
 Deutsche Bundesbank

... dem Yen ...

Nachdem die japanische Regierung bei den Neuwahlen im Dezember 2014 bestätigt worden und die politische Unsicherheit als eine der Ursachen für die vorangegangenen starken Kursverluste weggefallen war, hat sich der Yen gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner zu Beginn des Jahres 2015 spürbar erholt. Dies galt auch im Verhältnis zum Euro. Im Januar hat der Beschluss des EZB-Rats über das erweiterte Wertpapierankaufprogramm auch den Euro-Yen-Kurs merklich belastet. Nach der Veröffentlichung unerwartet günstiger Wachstumszahlen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Euro-Währungsgebiet und eines schwächer als erwartet ausgefallenen Wach-

tums der japanischen Wirtschaft stabilisierte sich der Euro-Yen-Kurs in der zweiten Februarhälfte bei 135 Yen. Doch mit dem Beginn der Staatsanleihekäufe verlor der Euro in der ersten Märzhälfte erneut deutlich an Wert. Er bewegte sich in der Folgezeit ohne klar erkennbare Richtung in einem Band zwischen 127 Yen und 131 Yen. Zuletzt wertete der Euro gegenüber dem Yen allerdings wieder auf, nachdem die japanische Notenbank ihre Inflations- und Wachstumsprognose nach unten korrigiert hatte. Bei Abschluss dieses Berichts notierte der Euro bei 136 Yen; im Berichtszeitraum hat er damit rund 6½% an Wert verloren.

... und dem Pfund Sterling

Auch im Verhältnis zum Pfund Sterling wurde der Euro in den ersten Monaten des Jahres 2015 von den Beschlüssen für eine weitere umfangreiche geldpolitische Lockerung im Euro-Raum belastet. Mitte März konnte sich der Euro etwas erholen, nachdem die Bank von England vor den Belastungen der heimischen Wirtschaft durch die Pfund-Stärke und einer anhaltenden Niedriginflationsphase gewarnt sowie bestehende Erwartungen auf eine Zinserhöhung im Vereinigten Königreich gedämpft hatte. In der Folgezeit wurde das Pfund Sterling durch überraschend schwache Wachstumszahlen für die britische Wirtschaft im ersten Quartal 2015 belastet. Zudem drückte die Unsicherheit über den Ausgang der Wahlen zum britischen Unterhaus den Pfund-Kurs. Nach dem überraschend klaren Wahlergebnis, durch das sich die konservative Partei die absolute Mehrheit im Parlament sicherte, hat sich das britische Pfund zuletzt aber wieder erholt. Zum Ende der Berichtsperiode stand der Euro bei einem Kurs von 0,72 Pfund Sterling. Per saldo verzeichnete er damit seit Beginn des Jahres einen Kursverlust gegenüber dem britischen Pfund von 7%.

Besonders starke Kursverluste hatte der Euro im Berichtszeitraum gegenüber dem Schweizer Franken zu verzeichnen (-13½%), dessen Mindestkurs von 1,20 Franken pro Euro die Schweizerische Nationalbank am 15. Januar 2015 aufgab. Außerdem wertete der Euro gegenüber einigen asiatischen Währungen ver-

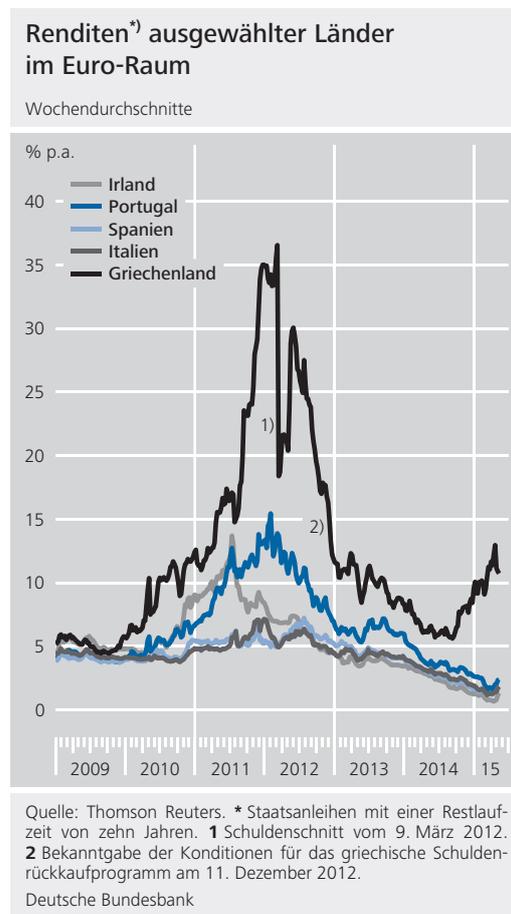
Spürbare Wertverluste des Euro in effektiver Rechnung

gleichsweise deutlich ab. Etwas günstiger entwickelte er sich jedoch gegenüber einigen nord- und mitteleuropäischen Währungen. Insgesamt hat der effektive Wechselkurs des Euro gegenüber 19 Handelspartnern seit Jahresbeginn per saldo 5½% an Wert verloren.<sup>1)</sup> Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von Anbietern des Euro-Raums hat sich durch die Euro-Abwertung verbessert; sie weicht derzeit nicht wesentlich von ihrem langfristigen Durchschnitt ab.

## Wertpapiermärkte und Wertpapierverkehr

*Europäischer Rentenmarkt unter dem Einfluss der Geldpolitik und von Portfolioumschichtungen*

Die Rentenmärkte des Euro-Raums standen zunächst weiter unter dem Einfluss des im September 2014 beschlossenen und im Januar 2015 erweiterten Programms zum Ankauf von Vermögenswerten. Seit März 2015 werden vom Eurosystem zusätzlich zu gedeckten Schuldverschreibungen (Covered Bonds) und mit Forderungstiteln besicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities) auch Anleihen von im Euro-Raum ansässigen Zentralstaaten, Emittenten mit Förderauftrag und europäischen Institutionen gekauft, wobei das monatliche Ankaufvolumen insgesamt 60 Mrd € beträgt und die zu erwerbenden Anleihen Mindestqualitätsanforderungen erfüllen müssen. Zudem müssen die Anleihen Restlaufzeiten zwischen zwei und 30 Jahren haben und beim Erwerb eine Mindestrendite in Höhe des Einlagensatzes aufweisen, der gegenwärtig bei minus 20 Basispunkten liegt. In diesem Marktumfeld haben die Renditen zehnjähriger Bundesanleihen im Berichtszeitraum zeitweilig um gut 45 Basispunkte auf ein neues Rekordtief von 0,04% nachgegeben. Neben dem erweiterten Ankaufprogramm haben aber auch der Zinsverbund mit den USA, wo die Zinsen zwischenzeitlich ebenfalls deutlich gesunken waren, und eine rückläufige Unsicherheit, wie sie sich in den impliziten Volatilitäten von Optionen auf Future-Kontrakte spiegelte, zu den Renditerückgängen von Bundesanleihen beigetragen. Ende April drehte jedoch der Abwärtstrend, und die Rendite von Bundesanleihen löste sich in meh-

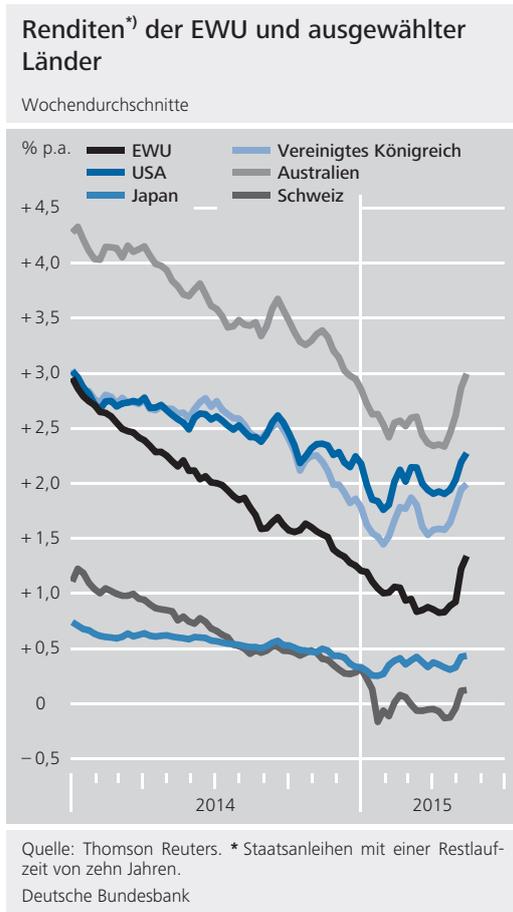


rerer Schüben vor dem Hintergrund größerer Portfolioumschichtungen von ihren Tiefständen. Zuletzt lag sie mit 70 Basispunkten 20 Basispunkte über den Werten von Ende 2014.

Die Renditen von Anleihen anderer EWU-Staaten haben sich im Großen und Ganzen im Einklang mit denjenigen von Bundesanleihen entwickelt. Bezogen auf die BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Anleihen der EWU-Staaten lag der Spread zuletzt bei 90 Basispunkten und damit 10 Basispunkte unter dem Niveau zum Jahreswechsel. In der Renditeentwicklung kommen vor allem die oben genannten geldpolitischen und globalen Faktoren zum Tragen. Länderspe-

*Renditedifferenzen zu Bundesanleihen mehrheitlich stabil*

**1** Gegenüber dem Rubel, der bei der Berechnung des effektiven Euro in diesem Länderkreis nicht berücksichtigt wird, hat der Euro im Berichtszeitraum über 20% an Wert verloren. Er notierte mit zuletzt 57 Rubel aber in etwa bei seinem Stand vor der Freigabe des Rubelkurses im November 2014. Die jüngste, breit angelegte Erholung des Rubel ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die Rohölpreise seit Jahresbeginn wieder gestiegen sind und der Konflikt mit der Ukraine sich nicht weiter verschärft hat.



zifische Einflüsse traten insgesamt etwas in den Hintergrund. Ausnahme hiervon sind allerdings die am Sekundärmarkt gehandelten griechischen Staatsanleihen. Diese verzeichneten im Berichtszeitraum deutliche Kursverluste. Hierin kommt die Befürchtung der Investoren zum Ausdruck, dass die neue griechische Regierung sich nicht an die mit den Gläubigerländern getroffenen Reformvereinbarungen halten und möglicherweise die Zahlungen von Zins- und Tilgungsleistungen einstellen könnte. Griechenland besitzt derzeit keinen Zugang zum Kapitalmarkt. Das von den Marktteilnehmern wahrgenommene Ausfallrisiko griechischer Staatsanleihen hat auf die Finanzierungsbedingungen anderer Peripherie-Länder – anders als zum Höhepunkt der EWU-Staatsschuldenkrise – allerdings kaum ausgestrahlt.

Am US-amerikanischen Anleihemarkt zogen die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen nach recht stark ausgeprägten Schwankungen im Ergebnis ebenfalls etwas an. Zwischenzeitlich

waren sie aber deutlich rückläufig. Ausschlaggebend hierfür war eine Reihe von zum Teil deutlich unter den Markterwartungen liegenden US-Konjunkturdaten. Der hierin angezeigte gedämpfte wirtschaftliche Schwung im ersten Quartal 2015 geht zwar nach Einschätzung vieler Marktteilnehmer primär auf temporäre Einflüsse zurück. Trotzdem sank in den Augen vieler Investoren die Wahrscheinlichkeit einer frühen geldpolitischen Zinswende in den USA, zumal die US-Notenbank im März verlauten ließ, dass sie die Leitzinsen „nicht ungeduldig“ strafen würde. Diese Ankündigung strahlte auf das weltweite Zinsgefüge aus. Ende April kam es aber auch am Anleihemarkt der USA – wie in der EWU und weiteren Währungsräumen – zu einer kräftigen Korrektur der hohen Bewertungsniveaus. Auch in Japan stiegen die Renditen zum Ende des Berichtszeitraums. Sie lösten sich aber kaum aus dem Korridor, in dem sie sich seit Ende 2014 bewegt hatten. Der japanische Rentenmarkt ist seit geraumer Zeit durch Verkäufe der japanischen Notenbank dominiert.

*Renditen auf internationalen Anleihemärkten zogen unter Schwankungen an*

Die deutsche Zinsstrukturkurve, die aus den Renditen von Bundeswertpapieren ermittelt wird, hat sich seit Ende Dezember 2014 versteilt und weist bis knapp in den vierjährigen Bereich negative Renditen auf. Zeitweilig waren die Renditen sogar bis über acht Jahre Restlaufzeit negativ gewesen. Der Renditeabstand von zehn- gegenüber zweijährigen Anleihen lag zuletzt bei 95 Basispunkten und damit 25 Basispunkte oberhalb des Niveaus von Beginn des Jahres (vgl. Schaubild auf S. 53). Renditerückgänge waren im Berichtszeitraum ausschließlich am kurzen Laufzeitende zu beobachten, während sich die Renditen im mittleren und langen Laufzeitsegment nach oben bewegten. In der Renditeentwicklung am kürzeren Laufzeitende kommt zum Ausdruck, dass die Marktteilnehmer für längere Zeit eine akkommodierende Geldpolitik erwarten.

*Zinsstrukturkurve aus Bundeswertpapieren*

Die marktbasiertere fünfjährige Termininflationssrate in fünf Jahren im Euro-Raum auf der Basis von Inflationsswaps ist über den gesamten Berichtszeitraum betrachtet – trotz eines vorüber-

*Termininflationssrate per saldo wenig verändert*

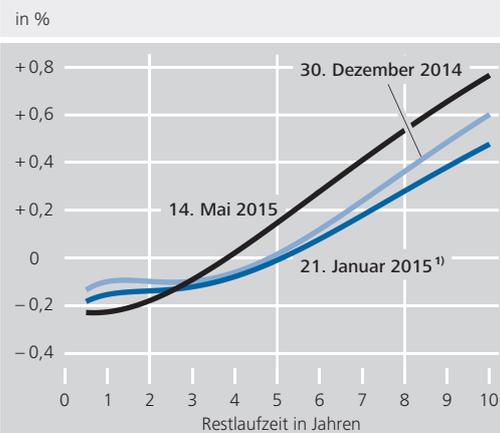
gehenden Rückgangs auf 1,5% – leicht gestiegen; zuletzt lag sie bei gut 1,8% und damit 10 Basispunkte über dem Stand von Ende 2014. Die Termininflation in den USA bewegte sich weitgehend im Gleichlauf dazu. Beigetragen zu dieser Entwicklung – nach dem kräftigen Rückgang im vergangenen Jahr – haben wohl in erster Linie globale Faktoren wie der Ölpreis, der gegenüber Ende Dezember wieder angezogen hat und dessen rapider Verfall zuvor Abwärtsdruck auf die ausgewiesenen Termininflationserwartungen ausgeübt hatte. Die verbesserten Konjunkturaussichten im Euro-Raum sowie die Abwertung des Euro haben sich im Berichtszeitraum überwiegend auf die Kassainflationserwartungen ausgewirkt; dabei ist die Erwartung für die nächsten fünf Jahre fast doppelt so stark gestiegen wie diejenige für die nächsten zehn Jahre, sodass die längerfristige Termininflation davon nur wenig beeinflusst wurde. Im Euro-Raum liegen die umfragebasierten Inflationserwartungen weiterhin über den marktbasierteren Break-even-Raten, was den Schluss nahelegt, dass eine negative Inflationsrisikoprämie in den marktbasierteren Indikatoren enthalten ist.

In dem gegenwärtigen Umfeld stark volatiler Anleiherenditen und vor dem Hintergrund des Wertpapierankaufprogramms sind die Veränderungen marktbasierter Inflationserwartungen im Euro-Raum besonders vorsichtig zu interpretieren. Zwar wird das Risiko von Verzerrungen dadurch gemildert, dass hier auf Inflationsswaps abgestellt wird; da aber zwischen dem Anleihe- und dem Swapmarkt Arbitragebeziehungen bestehen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass auch die auf Basis von Inflationsswaps abgeleiteten Indikatoren durch die Staatsanleihenkäufe beeinflusst werden.

Am Markt für europäische Unternehmensanleihen haben sich die bereits sehr günstigen Finanzierungsbedingungen für finanzielle Unternehmen weiter verbessert. BBB-Anleihen von Finanzunternehmen mit einer Restlaufzeit von sieben bis zehn Jahren rentierten zuletzt mit 2,8% gut 15 Basispunkte niedriger als Ende

Finanzierungsbedingungen von Unternehmen

### Zinsstruktur am deutschen Rentenmarkt<sup>\*)</sup>



\* Zinssätze für (hypothetische) Nullkuponanleihen (Svensson-Methode), basierend auf börsennotierten Bundeswertpapieren. **1** Stand am Tag vor der EZBR-Sitzung.  
 Deutsche Bundesbank

### Termininflation<sup>\*)</sup> im Euro-Raum und in den USA

Wochendurchschnitte



Quellen: Bloomberg, Thomson Reuters und eigene Berechnungen. \* Abgeleitet aus dem festen Zahlungsstrom von Inflationsswaps, der gegen die jährlichen realisierten Inflationserwartungen (HVPI ohne Tabakwaren für den Euro-Raum sowie CPI Urban Consumers für die USA) der nächsten fünf bzw. zehn Jahre getauscht wird. **1** Brent Blend (für Terminlieferung in einem Monat).

Deutsche Bundesbank

## Mittelanlage an den deutschen Wertpapiermärkten

Mrd €

Position	2014		2015
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
<b>Schuldverschreibungen</b>			
Inländer	4,1	12,3	52,2
Kreditinstitute	- 5,4	- 12,8	9,5
darunter:			
ausländische Schuldverschreibungen	5,0	7,4	2,3
Deutsche Bundesbank	- 2,3	- 1,6	12,5
Übrige Sektoren	11,7	26,7	30,2
darunter:			
inländische Schuldverschreibungen	- 14,5	7,5	- 3,2
Ausländer	14,0	- 10,2	0,0
<b>Aktien</b>			
Inländer	8,7	6,9	- 2,7
Kreditinstitute	7,2	4,8	10,5
darunter:			
inländische Aktien	5,7	4,7	11,8
Nichtbanken	1,5	2,1	- 13,2
darunter:			
inländische Aktien	- 0,4	- 5,8	- 17,8
Ausländer	- 4,4	2,8	6,2
<b>Investmentzertifikate</b>			
Anlage in Spezialfonds	20,9	31,3	45,9
Anlage in Publikumsfonds	2,7	- 1,5	9,6
darunter:			
Aktienfonds	- 0,6	- 4,4	3,0

Deutsche Bundesbank

Dezember 2014. Die entsprechenden Renditen realwirtschaftlicher Unternehmen stiegen hingegen um 20 Basispunkte. Damit sind die Unternehmensanleiherenditen, die zwischenzeitlich sogar neue historische Tiefstände erreichten, mehr als 2 Prozentpunkte niedriger als vor dem Ausbruch der Finanzkrise. Bei im Ergebnis gestiegenen sicheren Zinsen engten sich die Renditeaufschläge gegenüber laufzeitgleichen Bundesanleihen für finanzielle Unternehmen um etwa 35 Basispunkte ein, während sie sich für nicht-finanzielle Unternehmen im Ergebnis kaum veränderten. Die sehr geringen Renditeaufschläge, die deutlich unter ihren jeweiligen Fünfjahresdurchschnitten liegen, deuten auf eine relativ hohe Bewertung am Markt für Unternehmensanleihen hin. Hierzu dürfte wesentlich beigetragen haben, dass Anleger im derzeitigen Niedrigzinsumfeld auf der Suche nach Rendite verstärkt Unternehmensanleihen nachfragen.

Das Brutto-Emissionsvolumen am deutschen Rentenmarkt belief sich im ersten Quartal 2015

auf 405½ Mrd €; es lag somit deutlich über dem Wert des Vorquartals (330½ Mrd €). Nach Abzug der ebenfalls gestiegenen Tilgungen und unter Berücksichtigung der Eigenbestandsveränderungen der Emittenten wurden im Ergebnis 15 Mrd € emittiert. Weiterhin brachten ausländische Schuldner Papiere im Wert von 37 Mrd € am deutschen Markt unter. Das Mittelaufkommen am deutschen Rentenmarkt betrug im Berichtszeitraum somit im Ergebnis 52 Mrd €.

*Gestiegener Nettoabsatz am Rentenmarkt*

Die inländischen Kreditinstitute emittierten im ersten Quartal 2015 neue Anleihen für netto 10 Mrd €. Dabei wurden vor allem Schuldverschreibungen der Spezialkreditinstitute in Höhe von 18½ Mrd € begeben, in geringerem Umfang aber auch Hypothekendarlehenbriefe (3 Mrd €). Dem standen Nettotilgungen von flexibel gestaltbaren Sonstigen Bankschuldverschreibungen (11 Mrd €), aber auch von Öffentlichen Pfandbriefen (½ Mrd €) gegenüber.

*Gestiegene Kapitalmarktverschuldung der Kreditinstitute*

Inländische Unternehmen begaben im ersten Quartal 2015 Schuldverschreibungen für per saldo 10 Mrd €. Dabei handelte es sich im Ergebnis weit überwiegend um Titel mit Laufzeiten von über einem Jahr. Der Großteil der Emissionen ist im Ergebnis auf Sonstige Finanzinstitute zurückzuführen (6½ Mrd €); nicht-finanzielle Kapitalgesellschaften begaben Anleihen für netto 2½ Mrd €.

*Nettoemissionen von Unternehmensanleihen*

Die öffentliche Hand verminderte im ersten Quartal 2015 dagegen angesichts der günstigen Haushaltslage erneut ihre Kapitalmarktverschuldung, und zwar um netto 5 Mrd € (Vorquartal: 4 Mrd €). In diesen Zahlen sind auch die Emissionen von Abwicklungsanstalten deutscher Banken enthalten, die statistisch dem öffentlichen Sektor zuzurechnen sind. Der Bund selbst tilgte vor allem Bundesobligationen (9 Mrd €), in geringerem Umfang auch zweijährige Schatzanweisungen und unverzinsliche Bubills (1½ Mrd €). Dem standen Nettoemissionen von zehn- und 30-jährigen Anleihen in Höhe von 1½ Mrd € beziehungsweise 5 Mrd € gegenüber. Die Anleihen konnten dabei jeweils zu

*Verringerte Kapitalmarktverschuldung der öffentlichen Hand*

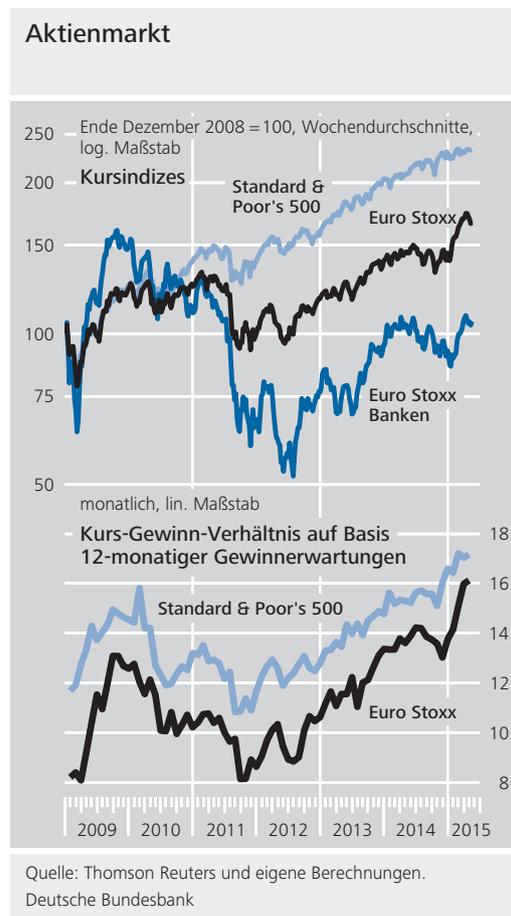
rekordtiefen Emissionsrenditen abgesetzt werden. Die Länder begaben im Berichtsquartal im Ergebnis eigene Anleihen für 3 Mrd €.

*Erwerb von  
 Schuldverschreibungen*

Als Erwerber am heimischen Anleihenmarkt traten im ersten Quartal 2015 ausschließlich inländische Käufer in Erscheinung. Sie nahmen Rentenwerte für 52 Mrd € in ihre Portfolios auf. Vor allem inländische Nichtbanken erwarben Schuldverschreibungen für 30 Mrd €; hier standen ausländische Titel im Fokus des Anlageinteresses. Die Bundesbank kaufte unter anderem im Rahmen des Wertpapierankaufprogramms Schuldverschreibungen für insgesamt 12 ½ Mrd €, und zwar – programmgemäß – zum überwiegenden Teil Bundesanleihen. Aber auch inländische Banken stockten ihre Bestände an zinstragenden Papieren auf. Ihre Nachfrage erstreckte sich dabei sowohl auf öffentliche als auch auf private in- und ausländische Adressen. Auf der Verkäuferseite öffentlicher Anleihen befanden sich somit ausschließlich ausländische Halter, die für 23 ½ Mrd € Schuldverschreibungen an inländische Geschäftspartner verkauften. Nahezu die gleiche Summe reinvestierten die gebietsfremden Investoren netto betrachtet wieder in Schuldverschreibungen privater gebietsansässiger Emittenten. Per saldo waren ausländische Anleger daher nur marginal am Marktgeschehen beteiligt.

*Aktienmärkte  
 weltweit im Plus*

Gestützt durch die expansive Geldpolitik kam es an den europäischen und japanischen Aktienmärkten seit Jahresbeginn per saldo zu kräftigen Kursgewinnen, während US-amerikanische Aktien lediglich ein leichtes Plus verzeichneten. Im Euro-Raum erhielten Dividentitel zu Beginn des Quartals Auftrieb, als die Marktteilnehmer ihre Erwartung festigten, dass der EZB-Rat ein breit angelegtes Programm zum Kauf von Staatsanleihen beschließen würde. Nach der Ankündigung des erweiterten Ankaufprogramms am 22. Januar 2015 gewannen europäische Aktien dann abermals deutlich an Wert. Zu den Kursgewinnen haben zeitweilig fallende Staatsanleiherenditen beigetragen, die über einen niedrigeren Diskontfaktor den Barwert zukünftiger Unternehmensgewinne er-



höhen und ein Aktienengagement attraktiver machen. Exportorientierten europäischen Unternehmen kam außerdem die Abwertung des Euro gegenüber wichtigen Handelspartnern zugute (vgl. S. 51). Nicht zuletzt spiegelten die internationalen Aktienmärkte auch eine weltweit uneinheitliche Konjunktorentwicklung wider. Sowohl die europäischen als auch die japanischen Aktienmärkte wurden durch überwiegend freundliche Konjunktursignale gestützt. In den USA bremsen hingegen relativ schwache Konjunkturmeldungen den Optimismus unter den Aktienmarktteilnehmern.

Trotz jüngster Kurseinbußen notierten europäische und japanische Aktien, gemessen an den marktbreiten Indizes Euro Stoxx und Nikkei, bei Abschluss des Berichts 16,5% beziehungsweise 12,1% höher als Ende Dezember. US-amerikanische Dividentitel (S&P 500) legten um 3,0% zu. Zugleich ging die Unsicherheit der Marktteilnehmer, gemessen an der impliziten Volatilität von Optionen, weltweit zurück. Der

*Deutliche  
 Kursgewinne  
 europäischer  
 Banken*

## Wichtige Posten der Zahlungsbilanz

Mrd €

Position	2014		2015
	1. Vj.	4. Vj.	1. Vj. p)
I. Leistungsbilanz	+ 49,5	+ 67,3	+ 60,4
1. Warenhandel <sup>1)</sup>	+ 53,3	+ 60,1	+ 59,6
2. Dienstleistungen <sup>2)</sup>	- 7,2	- 7,3	- 6,5
3. Primäreinkommen	+ 17,5	+ 24,8	+ 22,4
4. Sekundäreinkommen	- 14,1	- 10,4	- 15,2
II. Vermögensänderungsbilanz	+ 2,2	- 0,7	+ 0,3
III. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 60,0	+ 58,5	+ 53,0
1. Direktinvestition	+ 15,6	+ 22,4	+ 24,2
Inländische Anlagen im Ausland	+ 23,8	+ 16,5	+ 38,2
Ausländische Anlagen im Inland	+ 8,2	- 6,0	+ 13,9
2. Wertpapieranlagen	+ 34,9	+ 46,2	+ 49,0
Inländische Anlagen in Wertpapieren ausländischer Emittenten	+ 43,2	+ 35,5	+ 55,3
Aktien <sup>3)</sup>	+ 3,1	+ 3,3	+ 0,3
Investmentfondsanteile <sup>4)</sup>	+ 10,7	+ 6,1	+ 17,8
darunter:			
Geldmarktfondsanteile	+ 2,3	+ 1,5	- 1,6
langfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 24,0	+ 28,8	+ 31,0
darunter:			
denominiert in Euro <sup>6)</sup>	+ 23,6	+ 20,5	+ 20,0
kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	+ 5,4	- 2,7	+ 6,2
Ausländische Anlagen in Wertpapieren			
inländischer Emittenten	+ 8,3	- 10,7	+ 6,3
Aktien <sup>3)</sup>	- 5,6	+ 2,9	+ 1,9
Investmentfondsanteile	- 0,1	- 3,5	+ 4,4
langfristige Schuldverschreibungen <sup>5)</sup>	+ 6,9	+ 6,4	- 13,6
darunter: öffentliche Emittenten <sup>8)</sup>	+ 18,1	+ 7,8	- 18,7
kurzfristige Schuldverschreibungen <sup>7)</sup>	+ 7,1	- 16,7	+ 13,6
3. Finanzderivate <sup>9)</sup>	+ 5,2	+ 7,0	+ 11,6
4. Übriger Kapitalverkehr <sup>10)</sup>	+ 4,9	- 15,5	- 31,9
Monetäre			
Finanzinstitute <sup>11)</sup>	- 1,0	+ 31,2	- 66,4
Unternehmen und Privatpersonen <sup>12)</sup>	+ 17,2	- 24,8	+ 8,3
Staat	+ 6,0	+ 8,7	- 6,4
Bundesbank	- 17,4	- 30,5	+ 32,7
5. Währungsreserven <sup>13)</sup>	- 0,6	- 1,7	0,0
IV. Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen <sup>14)</sup>	+ 8,3	- 8,1	- 7,6

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Einschl. Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Genussscheine. 4 Einschl. reinvestierter Erträge. 5 Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. 6 Einschl. noch ausstehender DM-Auslandsanleihen. 7 Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit bis zu einem Jahr. 8 Einschl. Anleihen der früheren Bundesbahn, der früheren Bundespost und der früheren Treuhandanstalt. 9 Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften sowie Mitarbeiteraktienoptionen. 10 Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. 11 Ohne Bundesbank. 12 Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbzzweck. 13 Ohne Zuteilung von Sonderziehungsrechten und bewertungsbedingte Änderungen. 14 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungsbilanz abbildet.

Deutsche Bundesbank

VDax für sich genommen ist aber seit Ende März wieder deutlich gestiegen. Die verglichen mit den USA wesentlich bessere Kursentwicklung europäischer Aktien spiegelte sich auch im Bankensektor wider. Bankaktien verzeichneten in den USA nur leichte Kursgewinne (0,8%); in der EWU gewannen sie hingegen deutlich an Wert (17,3%). Zu den Kursgewinnen europäischer Bankwerte, die von den höheren Bewertungen ihrer Aktienbestände profitierten, haben Kreditinstitute aus den Peripherieländern wesentlich beigetragen. Vor dem Hintergrund, dass die Marktteilnehmer einen Ausfall Griechenlands als wahrscheinlicher einschätzten, mussten griechische Banken zwar erhebliche Kurseinbußen hinnehmen. Diese Kursverluste blieben aber ohne sichtbaren Effekt auf die Banken der übrigen Peripherieländer. Vor allem portugiesische und italienische Banktitel verzeichneten kräftige Kurszuwächse.

Das Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) auf der Grundlage 12-monatiger Gewinnerwartungen lag zuletzt für den Euro Stoxx und für den S&P 500 mit 16,0 sowie 17,2 deutlich beziehungsweise leicht über den jeweiligen Werten von Ende Dezember. Das gestiegene KGV, das beiderseits des Atlantiks über den jeweiligen Fünfjahresdurchschnitt liegt, deutet für sich genommen auf eine relativ hohe Bewertung an den Aktienmärkten hin. Bei der Beurteilung des Bewertungsniveaus müssen aber auch über die kurze Frist hinausgehende Gewinnerwartungen und die langfristig erwarteten Realzinsen berücksichtigt werden. Seit Jahresanfang haben die Analysten die mittelfristigen Gewinnwachstumserwartungen für den Euro Stoxx nur geringfügig angepasst, während die langfristigen Realzinsen, gemessen an zehnjährigen Bundesanleihen und Inflationserwartungen aus Umfragen (Consensus Forecast), etwas gesunken sind. Gemäß einem Dividendenbarwertmodell, das diese Variablen berücksichtigt, lag die Aktienrisikoprämie für den Euro Stoxx zuletzt bei 8,9% und damit etwas unterhalb des Niveaus von Ende Dezember. Dies deutet auf einen moderat gestiegenen Risikoappetit der Akteure am Aktienmarkt hin.

*Aktienrisikoprämie etwas gesunken*

*Mittelaufnahme  
am Aktienmarkt  
und Aktien-  
erwerb*

Die Emissionstätigkeit am heimischen Aktienmarkt war im ersten Vierteljahr 2015 recht verhalten. Inländische Unternehmen emittierten kaum neue Aktien. Der Umlauf ausländischer Aktien am deutschen Markt stieg um 3½ Mrd €. Erworben wurden Dividendenpapiere in erster Linie von heimischen Kreditinstituten (10½ Mrd €), die sich per saldo ausschließlich in inländischen Titeln engagierten (12 Mrd €). Ausländische Portfolioinvestoren kauften Aktien für 6 Mrd €. Hingegen trennten sich gebietsansässige Nichtbanken von Aktien in Höhe von 13 Mrd €, dabei wurden im Ergebnis ausschließlich inländische Werte veräußert.

*Absatz und  
Erwerb von  
Investment-  
zertifikaten*

Inländische Investmentgesellschaften verzeichneten im Berichtszeitraum einen Rekordmittelzufluss in Höhe von 55½ Mrd €, nach einem Aufkommen von 30 Mrd € in den vorangegangenen drei Monaten. Die neuen Mittel kamen vor allem den institutionellen Anlegern vorbehaltenen Spezialfonds zugute (46 Mrd €). Unter den Anlageklassen konnten vor allem Gemischte Wertpapierfonds (29½ Mrd €), aber auch Rentenfonds (11 Mrd €), Aktienfonds (5½ Mrd €) und Dachfonds (5 Mrd €) neue Anteile unterbringen. Am deutschen Markt vertriebene Fonds ausländischer Gesellschaften akquirierten im ersten Quartal 2015 im Ergebnis neue Mittel für 18 Mrd €. Auf der Erwerberseite dominierten die heimischen Nichtbanken, die Anteilsscheine für 63½ Mrd € in ihre Portfolios aufnahmen. Hierunter befanden sich im Ergebnis ausschließlich heimische Papiere. Auch heimische Kreditinstitute und ausländische Investoren erwarben Investmentfondsanteile, und zwar für 5½ Mrd € beziehungsweise 4½ Mrd €.

## ■ Direktinvestitionen

*Kapitalexporte  
im Bereich  
der Direkt-  
investitionen*

Ebenso wie im grenzüberschreitenden Wertpapierverkehr, der im ersten Quartal 2015 per saldo Mittelabflüsse im Umfang von 49 Mrd €

verzeichnete, ergaben sich auch im Bereich der Direktinvestitionen Netto-Kapitalexporte, und zwar in Höhe von 24 Mrd €.

Ausschlaggebend war die vergleichsweise hohe Mittelbereitstellung an verbundene Unternehmen im Ausland, die im ersten Quartal 2015 gut 38 Mrd € betrug. Gebietsansässige Eigner haben vor allem das Beteiligungskapital aufgestockt (12½ Mrd €), und im Ausland erzielte Gewinne wurden reinvestiert (11 Mrd €). Darüber hinaus flossen per saldo über die konzerninterne Kreditgewährung Mittel in Höhe von knapp 15 Mrd € in das Ausland. Knapp zwei Drittel der Direktinvestitionen aus Deutschland erfolgten im ersten Vierteljahr 2015 in Unternehmen in der EU; wichtige Zielländer waren dabei die Niederlande (knapp 8 Mrd €), Belgien (fast 5 Mrd €) und das Vereinigte Königreich (gut 3 Mrd €). Außerhalb der EU investierten heimische Unternehmen größere Beträge in den USA (gut 4 Mrd €) sowie mit jeweils rund 2 Mrd € in der Schweiz und in Hongkong. Die Aufschlüsselung der heimischen Direktinvestitionen nach Wirtschaftszweigen zeigt, dass Investitionen in Unternehmen des Dienstleistungssektors eine besondere Bedeutung hatten (rd. 88% der als Beteiligungskapital investierten Mittel).

Durch das Direktinvestitionsengagement gebietsfremder Anleger in Deutschland flossen hiesigen Unternehmen im ersten Quartal 2015 knapp 14 Mrd € zu. Ausländische Anleger stockten ihr Beteiligungskapital um 6 Mrd € auf; dies geschah überwiegend über reinvestierte Gewinne (4 Mrd €). Über den konzerninternen Kreditverkehr erhielten gebietsansässige Unternehmen per saldo rund 8 Mrd €, und zwar insbesondere über sogenannte Reverse Investments, bei denen ausländische (Finanzierungs-)Töchter ihren heimischen Mutterunternehmen Kredite gewähren.

*Heimische  
Direkt-  
investitionen  
im Ausland*

*Ausländische  
Direkt-  
investitionen  
in Deutschland*

## Konjunktur in Deutschland

### Gesamtwirtschaftliche Lage

Robustes  
 Wirtschaftswachstum ...

Der Ende 2014 in Gang gekommene wirtschaftliche Aufschwung hat sich nach dem Jahreswechsel fortgesetzt. Der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes zufolge stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Vierteljahr 2015 saison- und kalenderbereinigt um 0,3% gegenüber dem Vorquartal an. Das hohe Expansionstempo der Vorperiode von 0,7% konnte damit trotz lebhafter Binnenkonjunktur nicht gehalten werden. Die Delle in der globalen Konjunktur bremste die Ausfuhren, während die Einfuhren erheblich zulegten. Der Nutzungsgrad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten bewegte sich weiter im Bereich der Normalauslastung.

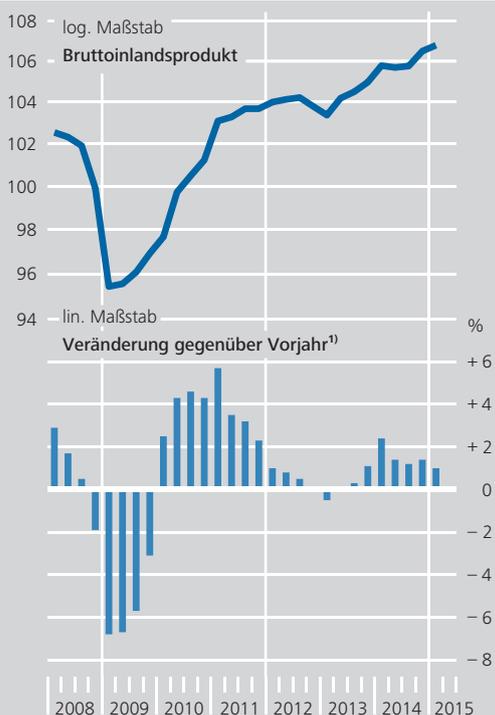
Die Inlandsnachfrage expandierte weiter kräftig. Der private Verbrauch schloss fast nahtlos

an die hohe Dynamik der zweiten Jahreshälfte 2014 an. Zu den bereits seit längerem günstigen Rahmenbedingungen, wie am Arbeitsmarkt die steigende Beschäftigung, die rückläufige Arbeitslosigkeit und spürbar anziehende Verdienste, kam als zusätzlicher Schub der Kaufkraftzuwachs, der mit dem drastischen Rückgang der Rohölpreise zum Jahresende 2014 verbunden war und der sich auch noch Anfang 2015 auswirkte. Überdies stützten verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen (die abschlagsfreie Rente mit 63, die zusätzliche Mütterrente und der neue allgemeine Mindestlohn) in der kurzen Frist die Konsumkonjunktur. Der Wohnungsbau setzte seine Aufwärtsbewegung ebenfalls fort. Neben der zwar etwas nachlassenden, aber weiterhin günstigen Auftragslage dürfte dabei das zu Jahresbeginn außergewöhnlich milde Winterwetter eine Rolle gespielt haben. Zudem stockten die Unternehmen erstmals seit fast einem Jahr wieder ihre Investitionen auf.

... getragen von kräftigen Impulsen aus der Binnenwirtschaft

#### Gesamtwirtschaftliche Produktion

2010 = 100, preis- und saisonbereinigt



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.  
 Deutsche Bundesbank

Die Auslandsgeschäfte der deutschen Unternehmen konnten hingegen im ersten Vierteljahr 2015 nicht an den Schwung der zweiten Jahreshälfte 2014 anknüpfen. Der Einfluss der zu Jahresbeginn eher verhaltenen Gangart der globalen Konjunktur überwog die stimulierenden Effekte der kräftigen Euro-Abwertung, deren Wirkung sich wohl erst mit Verzögerung zeigen wird. So hielten die Warenausfuhren preis- und saisonbereinigt gerade einmal das allerdings hohe Niveau des Vorquartals. Während die Ausfuhrfähigkeit in den Euro-Raum aufwärtsgerichtet blieb, dürften die Lieferungen in Drittstaaten das Volumen des Jahresschlussquartals 2014 nicht ganz erreicht haben. Gemäß den Regionalangaben, die lediglich bis Februar vorliegen, konnten deutsche Unternehmen einerseits ihre Warenlieferungen in die USA und in die Schweiz deutlich steigern und den Absatz auch in den mittel- und osteuropäischen Ländern etwas ausweiten. Andererseits mussten sie ein Minus vor allem im Asien-Geschäft hinnehmen. Der

Exporte hingegen verhalten

geringe Zuwachs bei den Verkäufen nach Japan und in die neuen Industriestaaten Asiens konnte den spürbaren Rückgang der Warenlieferungen nach China und in die süd- und ostasiatischen Schwellenländer nicht ausgleichen. Zudem ging der Absatz in den OPEC-Ländern leicht zurück. Verstärkt hat sich der Abwärtstrend der Exporte nach Russland; in den ersten beiden Monaten des Jahres unterschritt der Wert der Ausfuhren den Vorjahresstand um rund ein Drittel.

*Lediglich Exporte von Vorleistungsgütern im Plus*

Mit Blick auf die Exportpalette legten in den ersten beiden Monaten des Jahres lediglich die Lieferungen von Vorleistungsgütern preis- und saisonbereinigt gegenüber dem Durchschnitt des Jahreschlussquartals 2014 zu. Mehr verkauft wurden insbesondere Metalle und Metall-erzeugnisse, während der Absatz von chemischen Produkten nicht an das Volumen der Vorperiode heranreichte. Die Ausfuhren von Investitionsgütern hielten insgesamt etwa den Stand des Vorquartals. Sehr gut liefen die Geschäfte mit DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie elektrischen Ausrüstungen, während der Absatz von Kraftwagen und Kraftwagenteilen verhalten blieb und der Maschinenbau ein kräftiges Minus verzeichnete. Die Ausfuhren von Konsumgütern gaben etwas nach.

*Deutlicher Anstieg der Importe*

Die Warenimporte sind hingegen im Berichtszeitraum in realer Rechnung deutlich gestiegen, nachdem sie in der zweiten Jahreshälfte 2014 hinter der Endnachfrage zurückgeblieben waren. Saisonbereinigt ergab sich ein Plus von 2¾% gegenüber den Herbstmonaten. Dabei nahmen die Lieferungen aus Drittländern deutlich stärker zu als die Bezüge aus dem Euro-Raum. Vor allem Investitionsgüter wurden in den Monaten Januar und Februar verstärkt eingeführt. Dies galt sowohl für Kraftwagen und Kraftwagenteile als auch für DV-Geräte, elektronische und optische Erzeugnisse sowie elektrische Ausrüstungen. Zudem wurden nach halbjähriger Flaute wieder deutlich mehr Maschinen im Ausland erworben. Bei den Importen von Vorleistungsgütern setzte sich die moderate Aufwärtsbewegung fort. Die Einfuhr von

### Grundtendenzen im Außenhandel

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. <sup>1</sup> Bereinigt mit den Preisindizes für den Außenhandel.  
 Deutsche Bundesbank

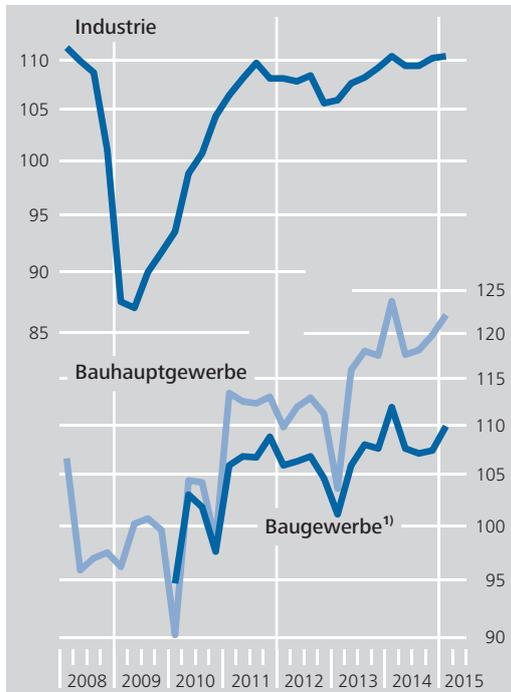
Konsumgütern blieb wie im zweiten Halbjahr 2014 verhalten, und das Volumen der Energieimporte bewegte sich etwa auf dem Niveau der Vorperiode.

Die Ausrüstungsinvestitionen haben im ersten Jahresviertel 2015 deutlich zugelegt, nachdem von ihnen in den drei Quartalen zuvor so gut wie keine Impulse ausgegangen waren. Die Unternehmen investierten vor allem verstärkt in ihren Fuhrpark; Gewerbetreibende meldeten deutlich mehr Pkw und Nutzkraftwagen an. Sie beschafften auch spürbar mehr Maschinen, sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Zusätzliche DV-Geräte, elektronische An-

*Kräftige Zunahme bei Ausrüstungen ...*

### Produktion in der Industrie und im Baugewerbe

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich, log. Maßstab



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. <sup>1</sup> Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe.  
 Deutsche Bundesbank

lagen und elektrische Ausrüstungen wurden vor allem aus dem Ausland bezogen, während die Käufe aus heimischer Produktion nicht über den Stand vom Herbst hinausgingen.

... und bei Bauten

Die Bauinvestitionen wurden in der Berichtsperiode ebenfalls kräftig ausgeweitet. Dabei dürfte die milde Witterung zu Beginn des Jahres eine Rolle gespielt haben. Folgt man den Angaben zu den Umsätzen des Bauhauptgewerbes in den ersten beiden Monaten des Jahres, so war der private Wohnungsbau äußerst schwungvoll, während der Wirtschaftsbau eher auf der Stelle trat. Aber auch die Umsätze bei den Bauvorhaben der Öffentlichen Hand legten merklich zu.

Privater Verbrauch weiter deutlich aufwärtsgerichtet

Der private Verbrauch setzte seine deutliche Aufwärtsbewegung nach der Jahreswende fort und bleibt damit eine wichtige Stütze der Konjunktur. Vor dem Hintergrund kräftig gestiegener Realeinkommen, die im vierten Quartal 2014 noch nicht vollständig absorbiert wor-

den waren und zu einem spürbaren Anstieg der Sparquote geführt hatten, weiteten die Privathaushalte ihre Käufe beim Einzelhandel nochmals merklich aus. Besonders gefragt waren im Berichtszeitraum neben Bekleidung und Schuhen vor allem Möbel und Einrichtungsgegenstände, was auch im Zusammenhang mit der vermehrten Fertigstellung von neuen Wohnungen gestanden haben dürfte. Dagegen war die Kauflaune mit Blick auf elektrische Haushaltsgeräte sowie Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik eher verhalten. Die privaten Haushalte dürften auch etwas mehr Kraftfahrzeuge erworben haben. Außerdem haben sie zu Jahresbeginn damit begonnen, angesichts der sehr niedrigen Preise ihre Heizöltanks aufzufüllen. Zudem erhöhten sie ihre Ausgaben für Leistungen des Gastgewerbes.

### ■ Sektorale Tendenzen

Die Industrieproduktion bewegte sich lediglich in verhaltenem Tempo aufwärts, was im Einklang mit dem eher schleppenden Auftragseingang steht. Die industrielle Erzeugung ist im ersten Vierteljahr 2015 saisonbereinigt nur um ¼% gegenüber dem Vorquartal gestiegen, in dem es nach der Produktionsabschwächung während des vergangenen Sommerhalbjahres ein Plus in Höhe von ¾% gegeben hatte. Die Vorleistungsgüterhersteller erhöhten ihren Ausstoß mit +¾% das zweite Quartal in Folge spürbar, während die Produzenten von Investitionsgütern in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres das Ergebnis aus dem Herbst 2014 im Durchschnitt nicht ganz halten konnten (-¼%). Vor allem die Erzeugung von Maschinen ging, nach einer kräftigen Aufwärtsbewegung im zweiten Halbjahr 2014, nach dem Jahreswechsel mit 1¾% recht kräftig zurück. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass es durch Großaufträge bedingte ausgeprägte Schwankungen im saisonbereinigten Verlauf gegeben hat. In der Automobilindustrie fiel die Produktion etwas geringer als im Vorquartal aus (-½%). Die Herstellung von Datenverarbei-

Industrieproduktion nur leicht gestiegen

tungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen erhöhte sich im Berichtszeitraum saisonbereinigt kräftig (+ 1½%), nachdem es im Vorquartal noch zu keinem nennenswerten Zuwachs gekommen war. Die ausgesprochen günstige Konsumkonjunktur zeigte sich auch nach dem Jahreswechsel in der Gebrauchsgüterherstellung, die das im Herbst stark um 2¾% erhöhte Niveau gut behauptet hat. Allerdings entfällt auf diese Warengruppe lediglich 2½% der gesamten Industrieproduktion. Die zu den Verbrauchsgüterherstellern gerechnete Nahrungsmittelerzeugung und die Pharmaproduktion verbuchten im ersten Quartal hingegen ein Minus. Aufgrund des höheren Gewichts dieser Branchen lag der Ausstoß der Konsumgüterindustrie insgesamt um ½% unter dem Vorquartalsstand.

*Auslastung  
nahezu  
unverändert*

Mit der Aufwärtsbewegung der Produktion im Winterhalbjahr 2014/2015 hat sich die Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie wieder leicht über das als langfristiger Mittelwert gemessene Normalmaß hinaus erhöht. Nach Angaben des ifo Instituts meldeten die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes im April saisonbereinigt erneut einen Nutzungsgrad von 84½% der betriebsüblichen Vollauslastung; der Durchschnitt im Zeitraum von 1995 bis 2014 liegt bei knapp 84%.

*Bauleistung  
auch witterungs-  
bedingt deutlich  
gestiegen*

Die Bauleistung erhöhte sich im ersten Vierteljahr auch infolge der milden Witterung zu Jahresbeginn saisonbereinigt kräftig um 2¼% gegenüber dem Vorquartal. Im Bauhauptgewerbe war der Witterungseffekt im Januar ausschlaggebend dafür, dass die Produktion im Berichtszeitraum das Niveau vom Herbst deutlich überstieg. Während die Hochbauleistungen im ersten Quartal deutlich zunahmen, gab es im Tiefbau nur ein kleines Plus. Die Tätigkeit im Ausbaugewerbe hat sich nach zwei Quartalen mit Einbußen wieder deutlich verbessert. Die Energieerzeugung wurde spürbar ausgeweitet (+ 1%).

Die Dienstleistungskonjunktur profitiert derzeit vom lebhaften privaten Konsum. Im Berichtszeitraum erhöhten sich die Umsätze der Einzelhändler und der Kfz-Händler erneut kräftig. Zudem zogen die Geschäfte im Großhandel an. Der Umsatz im Gastgewerbe stieg ebenfalls. Die in den Erhebungen des ifo Instituts befragten, mehrheitlich unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen schätzen ihre Lage seit mehreren Monaten recht günstig ein. Bei denjenigen Branchen, die wie der Leasing-Sektor einen besonders engen Bezug zur Industrie haben, ist ein Aufwärtstrend erkennbar. Mit Blick auf die Transportleistung inländischer Fahrzeuge auf mautpflichtigen Straßen, die sich im ersten Quartal saisonbereinigt um 1% gegenüber dem Vorquartal erhöhte, könnte dies wohl auch für den Güterverkehr gelten.

*Dienstleistungs-  
konjunktur vom  
Konsum gestützt*

## **Beschäftigung und Arbeitsmarkt**

Die Aufwärtstendenz am Arbeitsmarkt setzte sich zu Jahresbeginn 2015 fort. Die Arbeitslosigkeit ging spürbar zurück. Allerdings wurde die Erwerbstätigkeit insgesamt im ersten Jahresviertel nur wenig ausgeweitet. Dahinter stand den ersten Schätzungen der Arbeitsverwaltung zufolge eine kräftige Abnahme der geringfügigen Beschäftigung. Diese Stellen sind vom allgemeinen Mindestlohn besonders betroffen, da schätzungsweise nahezu die Hälfte der Minijobber zuvor Stundenlöhne unterhalb der jetzt gültigen Lohnuntergrenze erhielten. Vielfach dürften Minijobs in sozialversicherungspflichtige Stellen umgewandelt oder zu solchen zusammengefasst worden sein. Jedenfalls melden Branchen mit einem überdurchschnittlichen Anteil geringfügig Beschäftigter wie der Handel, der Logistikbereich und das Gastgewerbe seit Herbst 2014 verstärkt sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.

*Arbeitsmarkt mit  
weiterer Verbes-  
serung zu Jahres-  
beginn 2015,  
aber spürbarer  
Einfluss des  
allgemeinen  
Mindestlohns*

Die Erwerbstätigkeit erhöhte sich im ersten Vierteljahr 2015 saisonbereinigt lediglich um 21 000 Personen gegenüber dem Vorquartal (+ 0,0%), nach einer Steigerung um 0,2% im

## Arbeitsmarkt

saisonbereinigt, vierteljährlich



Quellen der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt und Bundesagentur für Arbeit. **1** Nicht saisonbereinigt. **2** Ohne Saisonstellen und ohne Stellen mit Arbeitsort im Ausland. **3** Ab Mai 2009 Arbeitslose ohne Personen, mit deren Vermittlung Dritte neu beauftragt wurden.

Deutsche Bundesbank

Herbst. Zurückzuführen ist die Verlangsamung des Beschäftigungsanstiegs überwiegend auf den bereits erwähnten starken Rückgang der geringfügigen Beschäftigung um 100 000 Stellen beziehungsweise 2% in den letzten drei Monaten bis Februar.

*Erwerbstätigkeit stabil bei starkem Rückgang ausschließ-lich geringfügig Beschäftigter ...*

Umgekehrt werden ungebrochen neue sozialversicherungspflichtige Stellen geschaffen. Im Durchschnitt der Monate Januar und Februar wurden in saisonbereinigter Rechnung insgesamt 127 000 zusätzliche Arbeitsplätze besetzt, eine Steigerung von 0,4% gegenüber dem Herbst. Im Dienstleistungsbereich fiel der Beschäftigungszuwachs besonders kräftig aus und war breit angelegt. Auch im Baugewerbe stieg die Zahl der Beschäftigten spürbar. Im Verarbeitenden Gewerbe gab es jedoch nur ein geringfügiges Plus.

*... und kräftiger Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze*

Die registrierte Arbeitslosigkeit verringerte sich im Winter in saisonbereinigter Rechnung deutlich um 48 000 Personen auf 2,82 Millionen Personen. Die entsprechende Quote ermäßigte sich um 0,1 Prozentpunkte auf 6,5%. Im Versicherungssystem fiel der Rückgang etwas stärker aus als in der Grundsicherung. Die eher friktionell und konjunkturell begründete Arbeitslosigkeit im Bereich des Versicherungssystems hat ihr Ende 2011 erzieltes Minimum nach dem zwischenzeitlichen Anstieg zwar bislang noch nicht wieder ganz erreicht. Gleichwohl dürfte die Zahl von 880 000 Arbeitslosen im Versicherungssystem – dies entspricht einer anteiligen Arbeitslosenquote von 2,0% – selbst in einer Phase der Hochkonjunktur nur noch wenig zu reduzieren sein. Im Grundsicherungssystem hat die Zahl der Betroffenen mit 1,93 Millionen den niedrigsten Stand seit dessen Einführung im Jahr 2005 erreicht. Allerdings geht der Abbau dieser wohl überwiegend strukturell bedingten Unterbeschäftigung nur sehr langsam voran. Im April 2015 verringerte sich die registrierte Arbeitslosigkeit weiter, jedoch in geringerem Umfang als in den Wintermonaten. Nach Zählung der Bundesagentur für Arbeit waren im April 2,79 Millionen Personen arbeitslos, was einer Quote von 6,4% entspricht.

*Registrierte Arbeitslosigkeit im Winter weiter gesunken*

Positive  
 Beschäftigungs-  
 aussichten

Die Einstellungspraxis der Unternehmen dürfte in den nächsten Monaten expansiv ausgerichtet bleiben. Das Beschäftigungsbarometer des ifo Instituts, das Auskunft über die kurzfristigen Personaldispositionen der Unternehmen gibt, ist auf dem hohen Stand der letzten Monate verblieben. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X), der Angaben zum Bestand und dem Zustrom gemeldeter ungeförderter offener Stellen verarbeitet, weist trotz seines bereits erreichten hohen Niveaus weiter eine leicht steigende Tendenz auf. Der sehr hohe Bestand an offenen Stellen könnte auch Ausdruck erschwerter Stellenbesetzungen infolge des vorzeitigen Ausscheidens erfahrener Fachkräfte sein, welche die abschlagsfreie Rente mit 63 in Anspruch nehmen und deren Zahl im ersten Quartal 2015 nochmals stark zugenommen haben könnte. Das IAB-Arbeitsmarktbarometer, das auf der Befragung der Leiter lokaler Arbeitsagenturen beruht, hat sich zuletzt wieder zurück in den neutralen Bereich bewegt. Damit dürfte sich der Rückgang der Arbeitslosenzahlen aus dem Winterhalbjahr vorerst wohl nicht weiter fortsetzen.

## ■ Löhne und Preise

Verhaltener  
 Anstieg der  
 Tarifverdienste  
 im ersten  
 Quartal 2015

Der Anstieg der Tarifverdienste fiel im ersten Quartal 2015 deutlich schwächer aus als in der Vorperiode. Dies gilt für die tariflichen Grundvergütungen (mit + 2,3% gegenüber Vorjahr, nach + 2,9%), aber in noch stärkerem Maß für die Tarifverdienste einschließlich der Einmalzahlungen und Nebenvereinbarungen (+ 2,1%, nach + 2,8%). Wesentliche Gründe dafür sind Nullmonate in einigen Branchen, ein negativer Basiseffekt aufgrund einer tariflichen Nachzahlung im Einzelhandel im Jahr zuvor sowie niedrige Stufenanhebungen aus Abschlüssen des Vorjahres. Im zweiten Vierteljahr 2015 dürfte sich die Dynamik der Tarifverdienste gemäß den vorliegenden Kontrakten zwar leicht erhöhen, aber auch dann nicht ganz an die Zuwächse des Jahres 2014 heranreichen.



Die Effektivverdienste könnten hingegen im ersten Jahresviertel im Unterschied zu den vorherigen Quartalen etwas stärker gestiegen sein als die Tarifentgelte. Wesentlicher Grund für einen Umschwung in der Lohndrift sollte die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns in Höhe von 8,50 € je Stunde zum 1. Januar 2015 gewesen sein, der wohl in etlichen Branchen zu spürbaren Anhebungen der Verdienste in den unteren Lohnsegmenten geführt hat.<sup>1)</sup>

Mindestlohn  
 dürfte Effektiv-  
 verdienste  
 erhöhen

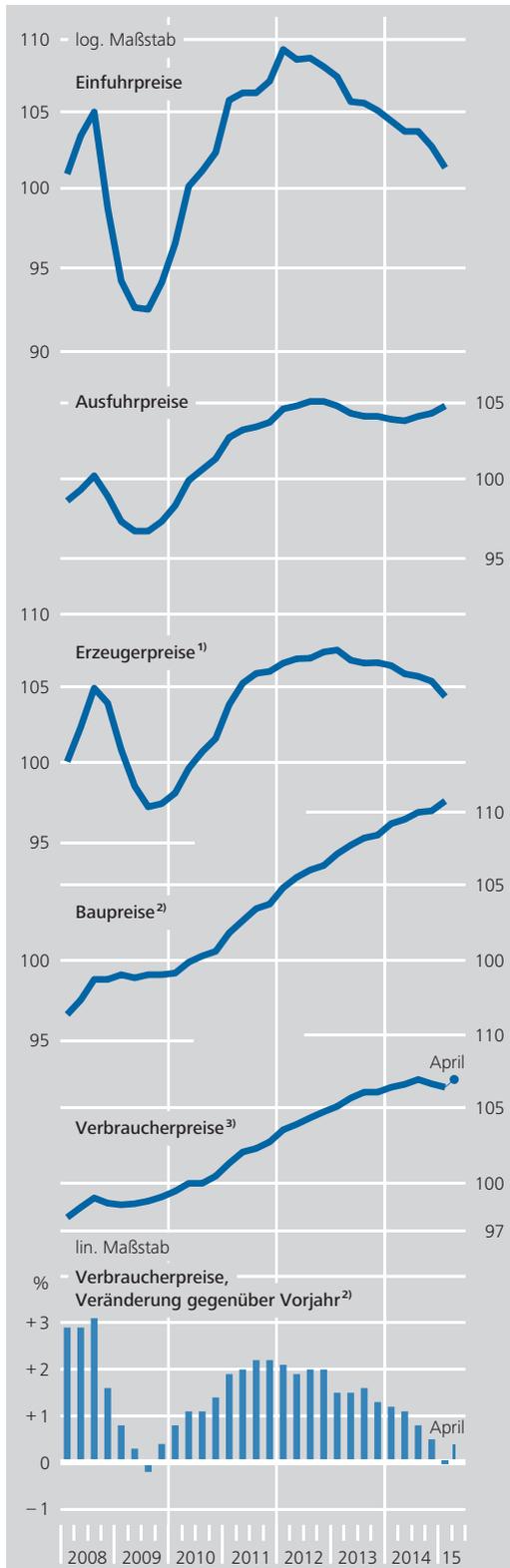
Die bisherigen Abschlüsse der Lohnrunde 2015 sehen recht moderate Zuwächse der Tarifentgelte vor. Dabei ist aber mit in den Blick zu nehmen, dass die Sozialpartner in etlichen Fällen weitere Maßnahmen vereinbart haben, die den Arbeitnehmern zugute kommen und für die Arbeitgeber mit Kosten verbunden sind. In der Metall- und Elektroindustrie sieht der neue Entgelt-Tarifvertrag bei einer Laufzeit von 15 Monaten für die ersten drei Monate eine Einmalzahlung von 150 € sowie ab April 2015 eine Anhebung der tariflichen Grundvergütungen um 3,4% vor. Hinzu kommen neue Vereinbarungen

Tarifrunde 2015  
 mit bislang eher  
 moderatem  
 Lohnplus

<sup>1</sup> Die Einführung des allgemeinen Mindestlohns hat kaum unmittelbare Auswirkung auf den Tarifverdienstindex der Bundesbank, da dieser sich auf die Entwicklung mittlerer Vergütungsgruppen („Eckentgelte“) bezieht, deren Stundenverdienste überwiegend über der Schwelle von 8,50 € liegen.

### Einfuhr-, Ausfuhr-, Erzeuger-, Bau- und Verbraucherpreise

2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. **1** Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz. **2** Nicht saisonbereinigt. **3** Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung.

Deutsche Bundesbank

bezüglich Qualifizierungs- und Altersteilzeitansprüchen der Arbeitnehmer. Für die Chemieindustrie wurde von den Tarifparteien eine Entgeltanhebung um 2,8% über eine Vertragsdauer von 17 Monaten vereinbart. Darüber hinaus werden die Einzahlungen in den branchenspezifischen Demografiefonds erheblich aufgestockt. Im Öffentlichen Dienst der Länder (ohne Hessen) einigten sich die Tarifpartner – bei zweijähriger Laufzeit – auf eine stufenweise Anhebung der tabellenwirksamen Leistungen um 2,1% rückwirkend zum März 2015 und um weitere 2,3% im März 2016, wobei in der zweiten Stufe die Verdienste der niedrigeren und mittleren Entgeltgruppen durch ein garantiertes Mindestzusatzeskommen von 75€ überproportional angehoben werden.<sup>2)</sup> Die ohnehin schon komprimierte Lohnstruktur im Öffentlichen Dienst wird damit weiter zusammengedrückt. Zusätzlich vereinbarten die Sozialpartner, die – sowohl von Arbeitnehmern als auch Arbeitgebern zu zahlenden – Beitragsätze zur Finanzierung der zusätzlichen Altersvorsorge spürbar anzuheben.

Das Preisgeschehen wurde im ersten Vierteljahr 2015 noch stark von dem bis in den Januar anhaltenden kräftigen Rückgang der Rohölnotierungen geprägt. Nicht nur die Einfuhrpreise, sondern auch die gewerblichen Erzeugerpreise und die Verbraucherpreise gaben gegenüber dem Stand vom Herbst saisonbereinigt nach. Die Folgen der Euro-Abwertung zeigten sich bisher vor allem bei den Einfuhrpreisen von Konsumgütern. In den Verbraucherpreisen wird sich dies in den kommenden Monaten niederschlagen.

*Preise unter dem Einfluss der gesunkenen Ölpreise und der Euro-Abwertung*

Im Einfuhrbereich sorgte der Verfall der Rohölnotierungen dafür, dass die Preise von Energie im Durchschnitt des ersten Quartals 2015 um fast ein Sechstel niedriger ausfielen als im Herbst 2014. Auch der Gesamtindex für die Einfuhrpreise gab saisonbereinigt deutlich um

*Einfuhrpreise ohne Energie deutlich aufwärtsgerichtet*

**2** Der Tarifabschluss wird üblicherweise auf die Landesbeamten (und damit auch auf die Kommunalbeamten) übertragen, allerdings bisweilen zu einem späteren Zeitpunkt und nicht in vollem Umfang.

1½% nach, obwohl sich ohne Energie gerechnet vor allem abwertungsbedingt ein spürbares Plus ergab. Binnen Jahresfrist verteuerten sich Einfuhren ohne Energie um 2,1%. Der Einfluss der Euro-Abwertung zeigte sich darin, dass die Preise für Einfuhren aus Drittländern um 3,6% anzogen, während sie bei Bezug aus Euro-Ländern nochmals leicht um 0,5% zurückgingen. Besonders stark fiel der Preisanstieg bei importierten Konsumgütern aus. Der Vorjahresabstand der Einfuhrpreise von Bekleidung erhöhte sich auf 5,2% (im März sogar auf 6,6%) und von Möbeln auf 3,4% (März: 4,3%). Solch starke Preissteigerungen schlugen sich aller Erfahrung nach recht zügig in den Einzelhandelspreisen nieder. Bei den industriellen Erzeugerpreisen überwog im Inlandsabsatz zu Jahresbeginn 2015 noch der Einfluss der günstigen Energie- und Rohstoffpreise. Sowohl insgesamt als auch ohne Energie gerechnet gaben die Preise gegenüber dem Vorquartal saisonbereinigt nochmals nach. Der (negative) Vorjahresabstand vergrößerte sich auf –2,0% beziehungsweise auf –0,5%. Hingegen konnten die inländischen Unternehmen im Auslandsabsatz in Euro gerechnet die Stückelöse spürbar steigern. Im Vorjahresvergleich erhöhten sich die Ausfuhrpreise um 0,8%. Bei einem Rückgang der Einfuhrpreise um 2,9% verbesserte sich das außenwirtschaftliche Tauschverhältnis damit erheblich.

*Anstieg der Baupreise verlangsamt*

Der Preisauftrieb bei den inländischen Bauleistungen schwächte sich im ersten Vierteljahr 2015 weiter ab, und die Vorjahresrate verringerte sich auf 1,5%. Zurückzuführen war dies auf Rohbauarbeiten, wogegen sich der Preisanstieg bei den Ausbauarbeiten leicht verstärkte. Der Preisanstieg auf dem Immobilienmarkt hat sich nach der Beruhigung im vergangenen Jahr zuletzt wieder verstärkt. Nach Angaben des Verbands deutscher Pfandbriefbanken (vdp) sind die Preise selbstgenutzten Wohneigentums im ersten Vierteljahr 2015 um 5,0% binnen Jahresfrist gestiegen, nach einer Erhöhung um 4,3% im vierten Quartal 2014.

Auf der Verbraucherstufe verringerten sich die Preise im Winter im Vergleich zum Vorquartal um saisonbereinigt 0,2%, nachdem sie bereits im Herbst um 0,3% nachgegeben hatten. Maßgeblich für den Rückgang waren die bis Ende Januar stark gesunkenen Energiepreise. Aber auch Nahrungsmittel trugen etwas zum Preisrückgang bei. Gewerbliche Waren (ohne Energie) verteuerten sich dagegen stärker als im Herbst 2014. Für Dienstleistungen mussten die Verbraucher ebenfalls mehr zahlen. Hier spielte die Einführung des Mindestlohns eine Rolle, die zur Vertuierung der Dienstleistungen bisher insgesamt rund 0,3 Prozentpunkte beigetragen haben dürfte, mit deutlich stärkeren Auswirkungen in einzelnen Teilbereichen (vgl. die Ausführungen auf S. 66 f.). Die Wohnungsmieten setzten ihren verhalten aufwärtsgerichteten Trend fort. Der Vorjahresabstand des Verbraucherpreisindex in nationaler Abgrenzung (VPI) verringerte sich weiter auf 0,0% und in harmonisierter Abgrenzung (HVPI) drehte er sogar leicht ins Negative (–0,2%). Dabei dürfte es sich aber um eine schnell vorübergehende Entwicklung gehandelt haben. Bereits im Quartalsverlauf kehrte sich die Preistendenz unter dem Einfluss der partiellen Erholung der Rohölnotierungen und der Abwertung des Euro wieder um. Im April setzte sich der Preisanstieg fort, und die Vorjahresrate des VPI erhöhte sich auf +0,5%, die des HVPI auf +0,3%.

*Disinflationsprozess auf Verbraucherstufe wohl beendet*

## Auftragslage und Perspektiven

Die deutsche Wirtschaft wird in den kommenden Monaten wohl weiter expandieren. Die privaten Haushalte nutzen die sich erweiternden Ausgabenspielräume in zunehmendem Maß für Konsumzwecke. Die Verbrauchskonjunktur dürfte daher weiterhin das gesamtwirtschaftliche Wachstum stützen, auch wenn der Kaufkrafteffekt des kräftigen Ölpreisrückgangs seine Hauptwirkung bereits entfaltet haben dürfte. Der breit angelegte Auftragsschub in der Bauwirtschaft zu Beginn dieses Jahres lässt erwarten, dass die Baukonjunktur verstärkt Fahrt auf-

*Weiter spürbares Wirtschaftswachstum*

## Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise – erste Erfahrungen

Am 1. Januar 2015 wurde in Deutschland ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Höhe von 8,50 € brutto je Stunde eingeführt. Zuvor waren bereits in mehreren Branchen tarifliche Mindestlöhne per Rechtsverordnung für allgemeinverbindlich erklärt worden. Der neue allgemeine Mindestlohn hatte in vielen Branchen einen kräftigen Anstieg der Stundenlöhne in den unteren Entgeltgruppen zur Folge. Ein derartiger Kostenschub beeinflusst aller Erfahrung nach die Preissetzung der Unternehmen.

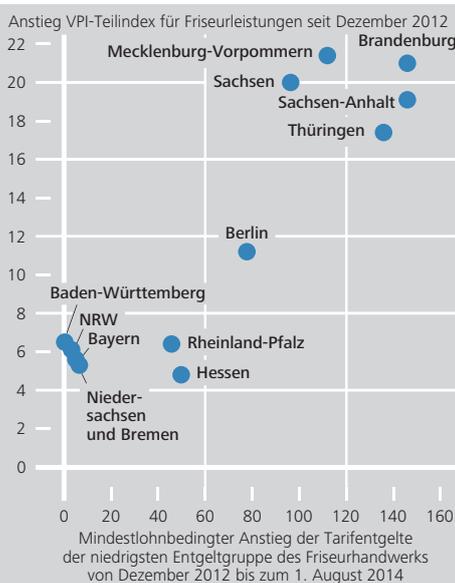
Allerdings dürfte es merkliche Unterschiede zwischen den Branchen gegeben haben. In den Bereichen, in denen bereits in den letzten Jahren zumeist höhere Branchenmindestlöhne festgelegt worden waren, wie beispielsweise in der Bauwirtschaft, waren keine Preiswirkungen zu erwarten, da hier der neue allgemeine Mindestlohn nicht

lohnsteigernd wirkte. In der Industrie spielen Niedriglöhne generell keine allzu große Rolle. Hingegen gibt es eine Reihe von Dienstleistungsbranchen, in denen gering entlohnte Tätigkeiten dominieren und in denen zudem die Arbeitskosten einen erheblichen Anteil an den Gesamtkosten ausmachen. Hier wurden teilweise sehr unterschiedliche Anpassungsstrategien gewählt, was Auswirkungen auf die Stärke und den Zeitpunkt des mindestlohnbedingten Preisimpulses hatte. Zudem spielen in einigen Branchen regulatorische Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle.

Im Friseurhandwerk wurde beispielsweise in Antizipation des allgemeinen Mindestlohns bereits zum 1. November 2013 ein allgemeinverbindlicher branchenspezifischer Mindestlohn in Höhe von 7,50 € je Stunde für Westdeutschland und von 6,50 € für Ostdeutschland eingeführt, der zum 1. August 2014 auf 8,00 € beziehungsweise 7,50 € angehoben wurde. Erst ab dem 1. August 2015 gilt in beiden Teilen Deutschlands der einheitliche Mindestlohn von 8,50 €. So wird von den im Mindestlohngesetz vorgesehenen Übergangsregelungen Gebrauch gemacht. Zuvor hatte der tarifliche Stundenlohn laut WSI-Tarifarchiv in den niedrigsten Entgeltgruppen in Westdeutschland zwischen 5 € und 8 € betragen, während er in Ostdeutschland in einigen Ländern nicht viel mehr als 3 € erreichte. Der Anstieg in der niedrigsten Entgeltgruppe stellt zwar ein Extrembeispiel dar, die Tarifentgelte erhöhten sich aber auch in den anderen Gruppen deutlich. Entsprechend verstärkte sich der Preisanstieg bei Friseurleistungen bereits vor Einführung des allgemeinen Mindestlohns spürbar, und die Preiserhöhungen fielen in Ostdeutschland analog zu den Lohnsteigerungen deutlich stärker aus als in Westdeutschland.

**Verbraucherpreise und mindestlohnbedingter Tariflohnanstieg der niedrigsten Entgeltgruppe des Friseurhandwerks**

in %, kumuliert



Quellen: Statistische Landesämter und eigene Berechnungen.  
 Deutsche Bundesbank

Seit Dezember 2012 sind die Preise für Friseurdienstleistungen in Deutschland um mehr als 8% angehoben worden, während in der Dekade zuvor die Preise nur um gut 1% pro Jahr gestiegen waren. In den ostdeutschen Bundesländern verteuerten sich Friseurdienstleistungen im Mittel um ein Sechstel, in den westdeutschen Bundesländern fiel die Verteuerung lediglich ein Drittel so stark aus.<sup>1)</sup> Die Preisimpulse verteilten sich dabei recht gleichmäßig über einen größeren Zeitraum. Dies dürfte vor allem daran liegen, dass im Friseurhandwerk kleine, inhabergeführte Betriebe vorherrschen, und Preisadjustierungen dementsprechend in einem hohen Maß dezentralisiert vorgenommen werden.

Im Taxigewerbe sind die Arbeitsentgelte hingegen recht abrupt zum 1. Januar 2015 von 6 € bis 6,50 € je Stunde in Westdeutschland<sup>2)</sup> und deutlich niedrigeren Beträgen in Ostdeutschland<sup>3)</sup> auf die 8,50 € des allgemeinen Mindestlohns angehoben worden. Dabei ist zu beachten, dass die Vergütung im Taxigewerbe bisher häufig über Umsatzbeteiligungen erfolgte und ein Stundenlohn nur typisierend angegeben werden kann. Der kräftig kostensteigernde Effekt des allgemeinen Mindestlohns kann aber als gesichert gelten und hat sich auch unmittelbar in den Verbraucherpreisen niedergeschlagen. Laut der amtlichen Verbraucherpreisstatistik sind Taxifahrten im Bundesdurchschnitt zu Jahres-

**1** Angaben für Ost- und Westdeutschland sind eigene Berechnungen basierend auf Angaben der Statistischen Landesämter. Die Teilindizes für die Bundesländer werden aggregiert mit den im Verbraucherpreisindex verwendeten Ländergewichten. Ostdeutschland: Brandenburg (2,6%), Mecklenburg-Vorpommern (1,6%), Sachsen (4,3%), Sachsen-Anhalt (2,4%) und Thüringen (2,3%). Westdeutschland: Baden-Württemberg (14%), Bayern (16%), Bremen (0,9%), Hessen (7,7%), Niedersachsen (9,6%), Nordrhein-Westfalen (22,8%), Rheinland-Pfalz (4,8%) und Saarland (1,2%). Schleswig-Holstein und Hamburg veröffentlichen keinen eigenen Verbraucherpreisindex.

**2** Angabe des „Deutschen Taxi- und Mietwagenverbandes e.V.“ (BZP).

**3** So errechnet der Landesverband der sächsischen Taxi- und Mietwagenunternehmen für Leipzig einen Bruttostundenlohn von 5,50 €.

### Tarifverdienste im Friseurhandwerk<sup>1)</sup>

2010 = 100, Grundvergütungen auf Stundenbasis, log. Maßstab

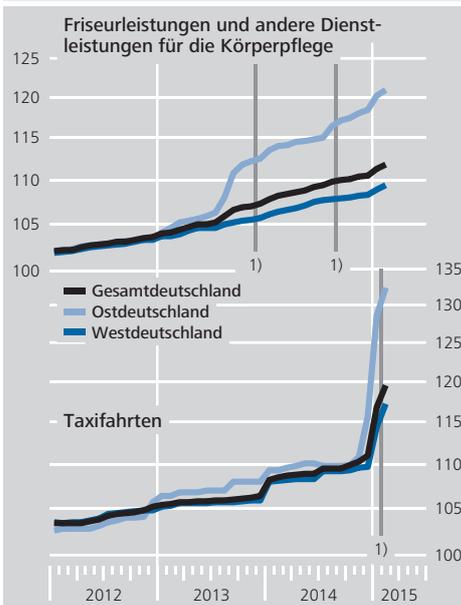


\* Für Ostdeutschland basiert das Tarifentgelt auf dem Mindestentgelt, für Westdeutschland auf dem Entgelt für eine eigenständig agierende Kraft. **1** Einführung bzw. Erhöhung des allgemeinverbindlichen Branchenmindestlohns.

Deutsche Bundesbank

### Verbraucherpreisindex für Friseurleistungen und Taxifahrten

2010 = 100, log. Maßstab



Quelle: VPI für Deutschland insgesamt: Statistisches Bundesamt. VPI-Gebiete: Eigene Berechnungen basierend auf Angaben der Statistischen Landesämter. **1** Einführung bzw. Erhöhung des allgemeinverbindlichen (Branchen-) Mindestlohns.

Deutsche Bundesbank

beginn 2015 schlagartig um 5,2% teurer geworden. Auch hier fielen die Anhebungen in Ostdeutschland mit gut einem Zehntel deutlich stärker aus als in Westdeutschland mit 4½%. Weitere spürbare Preisanhebungen gab es in den Folgemonaten. Insgesamt erhöhten sich die Preise seit Jahresbeginn um etwa 10%. Ein wesentlicher Grund für die

zeitlich konzentrierte Überwälzung des mindestlohnbedingten Kostenschubs auf die Preise dürfte die kommunale Genehmigungspflicht sein, der Taxitarife unterliegen.

Insgesamt zeigen sich also in einzelnen Dienstleistungsbereichen sehr deutliche Auswirkungen des Mindestlohns auf die Verbraucherpreise, die in den ostdeutschen Bundesländern spürbar stärker ausfallen als in Westdeutschland. Die Auswirkungen auf den Verbraucherpreisindex insgesamt dürften dennoch eng begrenzt bleiben. So dürfte insgesamt knapp ein Drittel der im Verbraucherpreisindex repräsentierten Dienstleistungen nennenswert vom Mindestlohn betroffen sein.<sup>4)</sup> In diesen Branchen war während der ersten Monate des Jahres 2015 ein leicht überdurchschnittlicher Preisanstieg gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen, der gut 0,1 Prozentpunkte zur VPI-Gesamtrate beigetragen hat. Der Preisanpassungsprozess ist aber wohl noch nicht abgeschlossen, insbeson-

dere in den Branchen, in denen die Übergangsfristen des Mindestlohngesetzes genutzt werden. Zudem könnte es auch im Einzelhandel sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe kleinere Preiseffekte gegeben haben, die hier nicht berücksichtigt sind, und es wird noch verzögerte Lohnsteigerungen geben, sodass der Gesamteffekt wohl etwas höher ausfallen wird.

---

4 Komponenten des VPI-Warenkorbs, die vom Mindestlohn besonders betroffen sein dürften (VPI-Gewicht): Chemische Reinigung, Waschen und Reparatur von Bekleidung (0,107%), Dienstleistungen für die Instandhaltung der Wohnungen (0,412%), Straßenreinigung (0,114%), Entgelte für die Gartenpflege (0,162%), Reparatur an Möbeln und Einrichtungsgegenständen (0,081%), Dienstleistungen von Haushaltshilfen (0,291%), Taxifahrten (0,122%), Kombinierte Personenbeförderungsdienstleistungen (1,06%), Möbeltransport (0,046%), Post- und Kurierdienstleistungen (0,235%), Verpflegungsdienstleistungen (3,423%), Beherbergungsdienstleistungen (1,044%), Friseurleistungen u. a. Dienstleistungen für die Körperpflege (0,995%), Dienstleistungen sozialer Einrichtungen (1,135%), Bestattungsleistungen (0,114%).

nehmen könnte. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften in eher verhaltenem Tempo zunehmen. Wenngleich die Produktionskapazitäten inzwischen gut ausgelastet sind, erscheint es den Unternehmen vor dem Hintergrund gemischter Signale aus dem externen Umfeld derzeit nicht angebracht, umfangreich in Erweiterungen zu investieren. Insbesondere in der Industrie ist die konjunkturelle Aufwärtsbewegung zwar intakt, dürfte aber angesichts der insgesamt enttäuschenden Auftragsentwicklung zu Jahresbeginn zunächst weiterhin eher schleppend verlaufen. Gleichwohl besteht die Erwartung, dass sich im Umfeld der Erholung des Euro-Raums und einer sich festigenden Weltkonjunktur nicht zuletzt vor dem Hintergrund des vergleichsweise niedrigen Außenwerts des Euro bald neue Exportchancen eröffnen.

In den Unternehmen hat sich das Geschäftsklima im vergangenen halben Jahr zwar spürbar verbessert, die Stimmung ist aber nicht unge- trübt. Gemäß der DIHK-Umfrage vom Jahres-

beginn 2015 verspüren gerade die Industrieunternehmen einen erhöhten Kostendruck, der sich auf das Geschäft innerhalb des Euro-Währungsgebiets auswirken könnte. Nach den Erhebungen des ifo Instituts im Verarbeitenden Gewerbe haben sich die kurzfristigen Exporterwartungen nach der Erholung in den Herbstmonaten trotz der kräftigen Euro-Abwertung seit dem Jahresbeginn nicht mehr verbessert. Die Beurteilungen bleiben damit wahrnehmbar hinter dem Optimismus zurück, der beispielsweise vor Jahresfrist zwischenzeitlich geherrscht hat. Dass vorsichtige Einschätzungen hinsichtlich der Stärke der zyklischen Belegungstendenz in der Industrie überwiegen, zeigt sich auch in den Geschäftserwartungen für die nächsten sechs Monate.

Die Industrie verbuchte in den ersten drei Monaten des Jahres 2015 saisonbereinigt 1½% weniger Bestellungen als im vorigen Herbst. Damit setzte sich die Aufwärtsbewegung, die zur Jahresmitte 2014 in Gang gekommen war, zu-

*Auftragslage in der Industrie zuletzt nicht gebessert; ...*

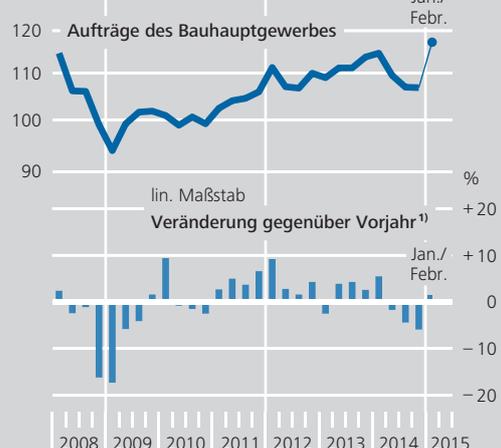
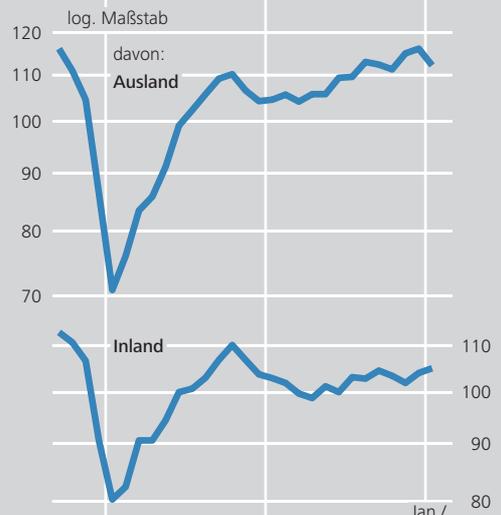
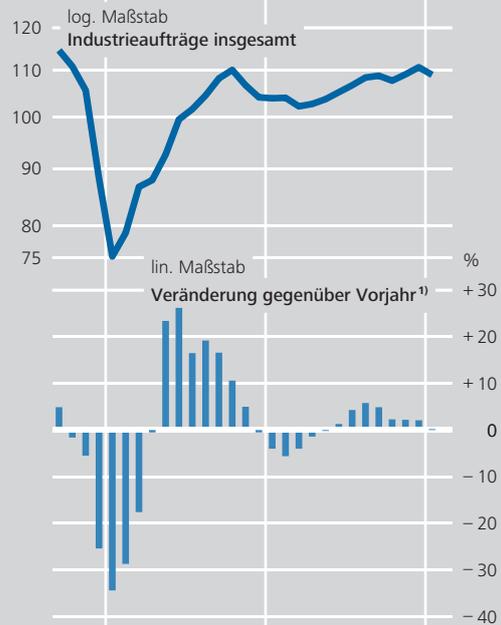
nächst nicht fort. Der Dämpfer ging vor allem von den Auslandsmärkten aus und war in allen wichtigen Industriezweigen zu spüren. Zum merklichen Minus hat teilweise beigetragen, dass im ersten Quartal recht wenige Großaufträge von ausländischen Kunden eingegangen sind, während es von Oktober bis Dezember 2014 ausgesprochen viele gewesen waren. Der im zweiten Halbjahr 2014 sehr kräftige Auftragszufluss aus Drittmärkten setzte sich in den ersten drei Monaten dieses Jahres nicht fort ( $-2\frac{3}{4}\%$ ). Die Orders aus dem Euro-Raum lagen sogar um  $4\frac{1}{4}\%$  unter dem Vorquartalsstand, der allerdings relativ hoch ausgefallen war. Die Bestellungen von inländischen Kunden überstiegen hingegen auch wegen eines Großauftrags im sonstigen Fahrzeugbau den Stand des Vorquartals saisonbereinigt um 1%.

... hiervon sowohl Vorleistungs- als auch Investitionsgüterhersteller betroffen

Die Bestellungen bei Vorleistungsgüterproduzenten sind im ersten Jahresviertel 2015 saisonbereinigt um  $1\frac{1}{2}\%$  gegenüber dem Vorquartal zurückgegangen. Bei den Herstellern von Investitionsgütern hat sich der Ordereingang mit  $-1\frac{3}{4}\%$  etwas stärker ermäßigt. Dabei erhielten die Hersteller von DV-Geräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen deutlich weniger neue Aufträge als im Durchschnitt der letzten drei Monate 2014. Bei den Bestellungen von Erzeugnissen der Automobilindustrie gab es im Vorquartalsvergleich ebenfalls ein merkliches Minus ( $-1\frac{1}{2}\%$ ). Vor dem Hintergrund des sprunghaften Anstiegs im Herbst ist die Auftragslage in diesem Industriezweig nach wie vor als außerordentlich günstig einzustufen. Im Maschinenbau sind die Nachfragebedingungen indessen weniger gut. Nach dem Rückgang der Bestellungen im letzten Vierteljahr 2014 gab es nach der Jahreswende eine weitere Ermäßigung ( $-1\frac{1}{4}\%$ ). Der Vorquartalszuwachs bei den Konsumgüterorders belief sich im Berichtszeitraum saisonbereinigt auf  $\frac{1}{4}\%$ , nachdem es bereits im Vorquartal ein deutliches Plus gegeben hatte. Im vergangenen halben Jahr wurden besonders Gebrauchsgüter vermehrt nachgefragt.

## Nachfrage nach Industriegütern und Bauleistungen

Volumen, 2010 = 100, saisonbereinigt, vierteljährlich



Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. 1 Nur kalenderbereinigt.  
 Deutsche Bundesbank

*Kräftige  
Belebung der  
Baunachfrage*

Die Baunachfrage hat sich mit Beginn des Jahres 2015 kräftig belebt. Den neuen Schwung verspürten alle Bausparten. Besonders deutlich ist er im Tiefbau ausgefallen, was vor allem daran lag, dass die öffentlichen Auftraggeber nicht mehr so zurückhaltend wie im zweiten Halbjahr 2014 gewesen sind. Außerdem gingen vermehrt Aufträge für Gewerbebauten bei den Bauunternehmen ein. Auch im Wohnungsbau nahm die Nachfrage zu. So lagen die veranschlagten Kosten genehmigter Wohneinheiten in neuen und bestehenden Gebäuden im Durchschnitt von Januar und Februar 2015 um 1% über dem Mittel des Vorquartals.

*Privater Ver-  
brauch bleibt  
kurzfristig  
primärer Kon-  
junkturmotor*

Die Voraussetzungen für einen spürbar expandierenden privaten Konsum sind weiterhin gegeben, wenngleich von Zuwächsen im Ausmaß des abgelaufenen Winterhalbjahrs in nächster Zeit wohl nicht mehr ausgegangen werden

kann. Die Kaufkraftgewinne, die sich durch den abrupten Verfall des Rohölpreises im Herbst 2014 ergeben haben, ermöglichen den Verbrauchern ein höheres Konsumniveau, an das sie sich recht schnell angepasst haben. Ähnliches gilt für die zusätzlichen Ausgabenspielräume, die sich als Folge der rentenpolitischen Maßnahmen ergaben. Aus der zunehmenden Beschäftigung und den Erhöhungen der Tarifentgelte, die angesichts der gegenwärtig sehr niedrigen Teuerung die realen Ausgabenspielräume spürbar erweitern, ergibt sich vor dem Hintergrund der ausgeprägten Konsumneigung gleichwohl weiteres Steigerungspotenzial. Hinzu kommen die einkommenserhöhenden Effekte des Mindestlohns, die sich vermutlich überdurchschnittlich bei Haushalten mit vergleichsweise hohen Konsumquoten niederschlagen.

## ■ Öffentliche Finanzen<sup>\*)</sup>

### ■ Staatlicher Gesamthaushalt

*2015 expansiver  
Haushaltskurs  
von günstigerer  
Konjunktur und  
sinkenden  
Zinsausgaben  
überdeckt*

Die deutschen Staatsfinanzen profitieren bereits seit einiger Zeit von sehr guten Rahmenbedingungen. Aus heutiger Sicht werden diese weiter anhalten, wobei Unsicherheiten insbesondere im internationalen Umfeld liegen. Bei einer weitgehend störungsfreien Entwicklung wäre für das laufende Jahr mit einem wenig veränderten Finanzierungsüberschuss von rund ½% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu rechnen (2014: 0,7% des BIP). Gleichwohl ist die Finanzpolitik grundsätzlich expansiv ausgerichtet, das heißt, der um Zinsen und konjunkturelle Einflüsse bereinigte Saldo dürfte sich spürbar verschlechtern. Dies wird aber dadurch verdeckt, dass die Konjunktur anzieht<sup>1)</sup> und die Zinsausgaben in Relation zum BIP weiter sinken. Letzteres folgt aus den sehr niedrigen Zinssätzen, reflektiert aber auch die rückläufige Schuldenquote.

*Einnahmen- und  
Ausgabenquote  
leicht rückläufig*

Die Einnahmenquote könnte leicht sinken. Die Finanzwirkungen verschiedener Änderungen der Sozialbeitragssätze<sup>2)</sup> und kleinerer Einkommensteuersenkungen gleichen sich in der Summe praktisch aus. Die Quote wird aber unter anderem durch die niedrigere Gewinnausschüttung der Bundesbank gedrückt. Die Ausgaben könnten ebenfalls etwas langsamer steigen als das BIP. Zum einen dürfte das BIP konjunkturbedingt verstärkt zulegen. Zum anderen stehen den deutlichen Zuwächsen in einigen Ausgabenbereichen (insbesondere Rente, Gesundheit, Pflege, Bildung, Forschung und Infrastruktur) die rückläufigen Zinsausgaben gegenüber.

*Fortgesetzter  
Rückgang der  
Schuldenquote*

Die Schuldenquote sank bis Ende vergangenen Jahres auf 74,7%, und für das laufende Jahr zeichnet sich ein weiterer deutlicher Rückgang ab. Verantwortlich dafür ist vor allem das Wachstum des nominalen BIP im Nenner der Quote. Hinzukommen dürften der positive

Finanzierungssaldo und ein weiterer Portfolioabbau der staatlichen Bad Banks.<sup>3)</sup>

Für das Jahr 2016 zeichnet sich derzeit eine ähnliche Entwicklung wie im laufenden Jahr ab: Während die Konjunktur und rückläufige Zinsausgaben die Staatshaushalte nochmals entlasten könnten, ist ein fortgesetzt expansiver Haushaltskurs zu erwarten. Bei wenig geänderter Finanzierungssaldo dürfte die Schuldenquote dann weiter sinken. Bezüglich der Abgabenbelastung sind bisher nur wenige Änderungen konkretisiert, und die Primärausgaben (d. h. die Ausgaben ohne Zinszahlungen) dürften weiter deutlich steigen. Wie bereits im laufenden Jahr gilt dies insbesondere für die Sozialausgaben. Bei der Rentenversicherung zeigen sich aktuell noch die selektiven Leistungsausweitungen. Im kommenden Jahr werden stärkere allgemeine Rentenerhöhungen zu Buche schlagen. Die Aufwendungen für Gesundheit dürften – ohne neue Kostendämpfungsmaßnahmen und angesichts der jüngsten Vorhaben

*Aus heutiger  
Sicht ähnliches  
Bild für 2016*

\* Der Abschnitt „Staatlicher Gesamthaushalt“ bezieht sich auf die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) und die Maastricht-Kennzahlen. Anschließend wird über die Haushalte der Gebietskörperschaften und Sozialversicherungszweige auf Basis der finanzstatistischen (prinzipiell haushaltsmäßigen) Abgrenzung berichtet.

1 Nach dem hier verwendeten Konjunkturbereinigungsansatz des Eurosystems ist der Konjunktüreinfluss auf das Niveau des Finanzierungssaldos der Jahre 2014 und 2015 nahe null, verbessert sich aber etwas im Vorjahresvergleich. Das Bereinigungsverfahren, das für die EU-Haushaltsüberwachung und bei der Haushaltsaufstellung auch für die Schuldenbremse des Bundes verwendet wird, weist dagegen für das Jahr 2014 eine deutlich negative Konjunkturlage aus. Die negative Output-Lücke schließt sich 2015 trotz des erwarteten deutlichen BIP-Zuwachses nur relativ langsam, da von einem recht hohen Potenzialwachstum ausgegangen wird.

2 Zu Jahresbeginn sanken der Rentenbeitragssatz und der durchschnittliche Zusatzbeitrag zur Krankenversicherung, während der Pflegebeitragssatz deutlich angehoben wurde.

3 Mit Blick auf die europäischen Hilfsmechanismen würden weitere Kredite an Griechenland aus dem aktuellen EFSF-Hilfsprogramm den deutschen Schuldenstand erhöhen. Etwaige neue Programme würden wohl über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) erfolgen. ESM-Kredite werden den Geberstaaten nicht schulden erhöhend zugerechnet, da der ESM statistisch als eigenständige europäische Institution gewertet wird. So würden nur weitere Kapitalzuführungen an den ESM im deutschen Staatskonto erfasst.

### Eckwerte des aktualisierten Stabilitätsprogramms der Bundesregierung <sup>1)</sup>

Position	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Wachstum des realen BIP (in %)						
Stabilitätsprogramm April 2015	1,6	1,5	1,6	1,3	1,3	1,3
Stabilitätsprogramm April 2014	1,8	2,0	1,4	1,4	1,4	–
Staatlicher Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2015	0,6	¼	0	¼	¼	½
Stabilitätsprogramm April 2014	0	0	0	½	½	–
Struktureller Finanzierungssaldo (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2015	1,1	¾	¼	½	½	½
Stabilitätsprogramm April 2014	½	½	½	½	½	–
Schuldenstand (in % des BIP)						
Stabilitätsprogramm April 2015	74,7	71½	68¾	66	63¾	61½
Stabilitätsprogramm April 2014	76	72½	70	67½	65	–

Quelle: Bundesministerium der Finanzen. \* Die Projektionen im Stabilitätsprogramm April 2014 basierten noch auf dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 1995, das im Sommer 2014 vom revidierten Standard ESGV 2010 abgelöst wurde. Der Finanzierungssaldo wurde von der Umstellung nur wenig beeinflusst. Der Schuldenstand wurde aber merklich nach oben revidiert, während die Schuldenquote aufgrund der stärkeren Aufwärtsrevision des BIP im Nenner deutlich niedriger ausfiel. In der Aktualisierung 2014 wurden für die Projektion auf ½% des BIP gerundete Werte ausgewiesen, in der Aktualisierung 2015 wurde auf ¼% des BIP gerundet.

Deutsche Bundesbank

insbesondere im Krankenhausbereich – weiter deutlich zulegen. Hinzu kommen Ausweitungen in anderen Bereichen, wie etwa beim Wohngeld. Daneben sind Mehrausgaben unter anderem in den Bereichen Bildung, Forschung und für die Infrastruktur vorgesehen.

*Stabilitätsprogramm sieht Einhaltung der EU-Vorgaben vor*

Die Bundesregierung hat im April ihr aktualisiertes Stabilitätsprogramm für den Zeitraum bis zum Jahr 2019 vorgelegt.<sup>4)</sup> Der gesamtstaatliche Überschuss soll sich zunächst bis 2016 zurückbilden, danach aber sukzessive wieder zunehmen. In den Jahren 2015 und 2016 wird auch hier eine expansive fiskalische Ausrichtung ausgewiesen, die teilweise von einer günstigen Konjunktorentwicklung und sinkenden Zinsausgaben überdeckt wird. Ungeachtet dessen werden die europäischen Budgetregeln mit einem Sicherheitsabstand eingehalten.<sup>5)</sup> Die Schuldenquote soll bis zum Jahr 2019 auf 61½% zurückgehen.

Die Ziele des deutschen Stabilitätsprogramms erscheinen mit den aktuellen Beschlüssen zur Haushalts- und Finanzplanung erreichbar, und angesichts der sehr günstigen Rahmenbedingungen, der immer noch hohen Schuldenquote und der absehbaren demografischen Anpassungslasten ist es durchaus empfehlenswert, die Minimalanforderungen des EU-Regelwerks überzuerfüllen. Ein Sicherheitsabstand zur nationalen Schuldenbremse des Bundes, mit dem für negative Überraschungen in schlechteren

*Staatsfinanzen in günstigem Umfeld solide aufstellen*

<sup>4</sup> Im Rahmen der europäischen Haushaltsüberwachung veröffentlichen die EU-Mitgliedstaaten jährlich im April Stabilitäts- oder Konvergenzprogramme. Die Bundesregierung legt dabei regelmäßig ihre gesamtwirtschaftliche Projektion vom Jahresanfang zugrunde; diese und (darauf aufbauend) die Steuerschätzung werden kurz darauf aktualisiert. Für die Fiskalprojektion im jüngsten Stabilitätsprogramm ergibt sich aus den diesbezüglichen Neueinschätzungen aber nur ein recht begrenzter Anpassungsbedarf (vgl. zur offiziellen Steuerschätzung S. 79 f.).

<sup>5</sup> Zwar erscheint die strukturelle Lage durch das für die EU-Haushaltsüberwachung angewendete Konjunkturbereinigerungsverfahren weiterhin überzeichnet, allerdings ergäbe sich auch mit dem ESZB-Verfahren noch ein Sicherheitsabstand.

## Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Euro-Gebiet

### **Staatliche Defizitquote 2014 gesunken, Schuldenquote jedoch weiter gestiegen**

Eurostat hat Ende April im Rahmen des europäischen Haushaltsüberwachungsverfahrens Angaben zu den staatlichen Defiziten und Schuldenständen der EU-Mitgliedsländer (Notifikation) veröffentlicht. Demnach sank das Defizit im Euro-Raum im vergangenen Jahr von 2,9% auf 2,4% des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Diese Verbesserung war auf gedämpfte Zinsausgaben, eine wieder aufwärtsgerichtete konjunkturelle Entwicklung und geringere Aufwendungen zur Bankenstützung zurückzuführen. Ohne diese Einflüsse hätte der fiskalische Kurs zu einer leicht steigenden Defizitquote geführt. Von finanzpolitischer Austerität kann somit im Euro-Raum im vergangenen Jahr nicht gesprochen werden. Die Schuldenquote stieg weiter von 93,2% auf 94,2%.<sup>1)</sup>

### **Ab 2015 soll auch die Schuldenquote wieder sinken**

Für das laufende Jahr erwartet die Europäische Kommission im Euro-Raum gemäß ihrer Frühjahrsprognose bei einem in etwa neutralen fiskalischen Kurs einen Defizitrückgang auf 2,0% des BIP. Die Entwicklung wird dabei von einem verstärkt positiven Konjunkturinfluss sowie einer weiter sinkenden Zinsausgabenquote bestimmt. Diese positiven Einflüsse setzen sich auch im Jahr 2016 fort, wobei sich dann trotz einer fiskalischen Lockerung eine Defizitquote von 1,7% ergibt. Dabei sind vor allem ab dem kommenden Jahr nicht alle in den nationalen Stabilitätsprogrammen vorgesehenen Maßnahmen berücksichtigt, weil diese zum Teil noch nicht hinreichend spezifiziert wurden. Für die Schuldenquote wird für das

Jahr 2015 erstmals seit 2007 ein – wenn gleich geringfügiger – Rückgang auf 94,0% erwartet. Maßgeblich ist dafür insbesondere das stärker wachsende BIP. Im Jahr 2016 soll die Schuldenquote dann deutlicher auf 92,5% sinken.

### **Sonderfall Griechenland**

Die Lage in Griechenland ist weiter besorgniserregend, und belastbare Prognosen sind derzeit kaum möglich.<sup>2)</sup> Die Aussichten hatten sich bis Ende 2014 merklich aufgehellt, denn nach einer harten Anpassungsphase hatte das Wachstum wieder Fuß gefasst. Die Lage der Staatsfinanzen hätte wohl ohne übermäßige zusätzliche fiskalische Maßnahmen stabilisiert werden können. Wegen der im Rahmen der Hilfsprogramme stark vergünstigten Zinskonditionen sind überdies die Finanzierungskosten des Staates trotz der sehr hohen Schuldenquote keineswegs unzumutbar. So lagen die Zinsausgaben im Jahr 2014 in Relation zum BIP unterhalb jener in Portugal, Italien und Irland. Durch den abrupten Kurswechsel der neuen griechischen Regierung wurde der Reform- und Stabilisierungskurs aber unterbrochen und teilweise umgekehrt. Die so erzeugte Unsicherheit beeinträchtigt die öffentlichen Finanzen indirekt durch den Rückschlag bei der wirtschaftlichen Aktivität, aber auch direkt durch die offenbar rückläufige Bereit-

<sup>1</sup> Die hier verwendeten Angaben der Europäischen Kommission zum Schuldenstand im Euro-Raum insgesamt enthalten – im Unterschied zu denjenigen im Rahmen der Notifikation – auch die Kreditvergaben zwischen Euro-Staaten. Ohne diese zwischenstaatlichen Kredite gerechnet ist die Schuldenquote 2014 in ähnlichem Ausmaß auf 91,9% gestiegen.

<sup>2</sup> Die Prognose der Europäischen Kommission für Griechenland ist nicht mit der für die anderen Euro-Länder vergleichbar. So sind aufgrund der politisch induzierten Unsicherheit die makroökonomische Grundlage und die Fiskalschätzung mit außerordentlich großer Unsicherheit behaftet.

schaft, Steuern zu zahlen. Darüber hinaus wurden zusätzliche Ausgaben beschlossen. Die Risikoprämien für griechische Staatsanleihen sind daraufhin stark angestiegen, und der im vergangenen Jahr in ersten Ansätzen wieder hergestellte Zugang zum Kapitalmarkt ging erneut verloren. Da aber das – zwischenzeitlich bis Ende Juni verlängerte – Hilfsprogramm unter den aktuellen Bedingungen nicht fortgesetzt werden kann, das heißt, keine Hilfskredite und Transfers mehr gezahlt werden, ist die Zahlungsfähigkeit Griechenlands akut bedroht.

Die bisher Hilfe leistenden europäischen Staaten und der Internationale Währungsfonds haben weitere Zahlungen bereits seit geraumer Zeit eingestellt, da die griechische Regierung die bestehenden Vereinbarungen nicht eingehalten hat und neue, kompromissfähige Vorschläge bislang schuldig blieb. Die Zahlungsfähigkeit ist derzeit nur gegeben, weil innerhalb Griechenlands die verbliebene Liquidität im Staatssektor mobilisiert wird und griechische Banken, die selbst vom Kapitalmarkt abgeschnitten sind, immer wieder fällig werdende Staatstitel (T-Bills) überrollen. Letzteres ist nur möglich, da die griechische Zentralbank Notfallliquidität gewährt, diese zudem angesichts anhaltender Einlagenabflüsse kontinuierlich ausweitet und somit kurzfristig die Zahlungsfähigkeit sowohl der griechischen Banken als auch des griechischen Staates sichert. Diese ist perspektivisch aber wohl jeweils nur dann gegeben, wenn zumindest vorübergehend weitere fiskalische Hilfszahlungen geleistet werden und wenn Griechenland durch wirtschafts- und finanzpolitische Reformen die Basis für tragfähige Staatsfinanzen schafft. Die Entscheidung über die Bereitstellung weiterer Finanzmittel, bei der es nicht zuletzt um die Umverteilung beträchtlicher Risiken geht und die entscheidend mit politischen Vereinbarungen zusammenhängt, sollte klar bei den finanzpolitisch Verantwortlichen,

das heißt bei den nationalen Regierungen und Parlamenten, liegen.

Eine nachhaltige Lösung ist dabei nicht ohne substanzielle Reformen und Maßnahmen in Griechenland möglich, zu denen sich die griechischen Regierungen in der Vergangenheit noch verpflichtet hatten. Nur so kann sichergestellt werden, dass Griechenland in absehbarer Zeit wieder einen eigenständigen Kapitalmarktzugang erreicht, die Hilfgelder lediglich eine Brückenfinanzierung bilden und sie später zurückgezahlt werden können. Auch deshalb sind finanzielle Hilfen an entsprechende Auflagen zu knüpfen. Dabei steht die derzeitige griechische Regierung in der Verantwortung, angemessene Vorschläge zu unterbreiten, getroffene Vereinbarungen umzusetzen und so das Ihre dazu beizutragen, eine Insolvenz des Staates mit starken Verwerfungen in Griechenland zu vermeiden. Im Hinblick auf etwaige künftige Vereinbarungen ist zu berücksichtigen, dass eine Lockerung der Bedingungen für die fiskalischen Ziele dazu führen würde, dass der Kapitalmarktzugang wohl später erreicht wird und die zusätzlichen Hilfen zur Staatsfinanzierung höher sein müssen. Ein Schuldenerlass der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und der bilateralen Kredite würde derzeit nicht zur Lösung der Liquiditätsprobleme des griechischen Staates beitragen, da die europäischen Hilfskredite nicht in den nächsten Jahren fällig werden und die mit ihnen verbundenen Zinsen besonders niedrig sowie zum großen Teil für zehn Jahre gestundet sind. Durch die Zinssenkungen, Stundungen und Laufzeitverlängerungen haben die anderen Hilfe leistenden Staaten letztlich bereits eine umfassende Schuldenerleichterung gewährt, auch wenn diese nicht als Schuldenerlass bezeichnet wird.<sup>3)</sup>

<sup>3</sup> Gegenüber den privaten Gläubigern kam es im Jahr 2012 zu einem Schuldenschnitt mit Laufzeitverlängerung und niedrigen Zinsen.

### **In Euro-Ländern mit deutlichen Haushaltsproblemen Konsolidierungsstillstand erwartet**

Gemäß der Kommissionsprognose sinkt die Defizitquote bis zum Jahr 2016 nicht nur im Euro-Raum insgesamt, sondern auch in der Mehrzahl der Länder. Es befinden sich aber immer noch (neben Griechenland<sup>4</sup>) sieben Euro-Mitgliedstaaten in einem Verfahren bei einem übermäßigen Defizit. Für Irland, Slowenien und Portugal läuft die Korrekturfrist in diesem Jahr ab. Während die beiden erstgenannten Länder nach der Kommissionsprognose fristgerecht eine Defizitquote knapp unter 3% erreichen werden, könnte Portugal dieses Ziel knapp verfehlen. Zypern dürfte das übermäßige Defizit 2016 fristgerecht korrigieren, während Spanien, dessen Korrekturfrist ebenfalls im Jahr 2016 endet, dies gemäß der Prognose recht deutlich verfehlen wird. Allerdings können insbesondere für das nächste Jahr noch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen getroffen werden, und die spanische Regierung strebt in ihren Planungen eine fristgerechte Korrektur an. Das Ende der Korrekturfrist für Frankreich liegt mit dem Jahr 2017 außerhalb des Prognosehorizonts der Europäischen Kommission.<sup>5</sup> Für kein Land im Defizitverfahren wird im Durchschnitt der Jahre 2015 und 2016 erwartet, dass es den staatlichen Finanzierungssaldo in struktureller, also um den Einfluss der Konjunktur und einmaliger Maßnahmen bereinigter Betrachtung, angemessen ambitioniert verbessert. Die Europäische Kommission geht im Gegenteil für Zypern, Portugal, Spanien und Slowenien sogar von einer strukturellen Verschlechterung aus, sofern keine zusätzlichen Maßnahmen ergriffen werden. Insgesamt ist für alle im Verfahren befindlichen Länder die prognostizierte Verringerung der Defizitquoten überwiegend auf die sich bessernde gesamtwirtschaftliche Lage und niedrigere Zinsen zurückzuführen. Dies ist nicht im Ein-

klang mit dem Ziel des Defizitverfahrens, spürbare Fortschritte hin zu soliden Staatsfinanzen zu erreichen.

Für Länder, die sich nicht im Defizitverfahren befinden, ist der Konsolidierungsprozess in der Regel ebenfalls noch nicht beendet. Nur drei dieser Länder (Deutschland, Luxemburg und die Niederlande) erfüllten die Mindestanforderung eines strukturell (annähernd) ausgeglichenen Haushalts bereits im Jahr 2014 und halten sie auch bis zum Ende des Projektionszeitraums ein. Die übrigen Länder sollten das strukturelle Defizit grundsätzlich jährlich um 0,5% des BIP verringern (wobei u. a. aufgrund der Konjunkturlage im Einzelfall eine höhere oder niedrigere Verbesserung gefordert werden kann). Keines der betroffenen Länder erfüllt im Durchschnitt der Jahre 2015 und 2016 die grundsätzliche Anforderung, und in vier Ländern verschlechtert sich das strukturelle Defizit sogar (Österreich, Estland, Finnland<sup>6</sup> und Lettland). Bei sehr hohen Schuldenquoten, wie etwa im Falle Italiens und Belgiens, ist die verzögerte Annäherung an das mittelfristige Haushaltsziel besonders kritisch.

Die Schuldenquoten waren seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise in fast allen Ländern über viele Jahre anhaltend und beträchtlich gestiegen. Dieser Trend soll sich spätestens ab dem Jahr 2016 umkehren. Nur für Finnland, Spanien und Frankreich

---

<sup>4</sup> Griechenland wird in den nachfolgenden Betrachtungen entlang der zentralen Indikatoren des Stabilitäts- und Wachstumspakts nicht berücksichtigt.

<sup>5</sup> Neben der Einhaltung des Defizitkriteriums müssen die Mitgliedstaaten die Schuldenquote, sofern sie über 60% liegt, zügig auf diesen Referenzwert zurückführen. Malta befindet sich in einem Defizitverfahren aufgrund der Verfehlung des Schuldenkriteriums. Die Korrekturfrist ist 2014 abgelaufen. Die Kommission empfiehlt dem Rat die Einstellung des Verfahrens.

<sup>6</sup> Die Kommission hat am 13. Mai 2015 einen Bericht gem. Art. 126.3 AEUV veröffentlicht, in dem sie zu dem Schluss gelangt, dass weder das Defizit- noch das Schuldenkriterium als erfüllt gelten können. Sie dürfte dem Rat empfehlen, gegen Finnland ein Defizitverfahren zu eröffnen.

### Prognose für die öffentlichen Finanzen der EWU-Länder

Land	Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission, Mai 2015						Frist für Korrektur des übermäßigen Defizits
	Haushaltssaldo in % des BIP			Staatsschulden in % des BIP			
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	
Belgien	-3,3	-2,6	-2,4	106,5	106,5	106,4	-
Deutschland	0,7	0,6	0,5	74,7	71,5	68,2	-
Estland	0,6	-0,2	-0,1	10,6	10,3	9,8	-
Finnland	-3,2	-3,3	-3,2	59,3	62,6	64,8	-
Frankreich	-4,0	-3,8	-3,5	95,0	96,4	97,0	2017
Griechenland	-3,6	-2,1	-2,2	177,1	180,2	173,5	2016
Irland	-4,1	-2,8	-2,9	109,7	107,1	103,8	2015
Italien	-3,0	-2,6	-2,0	132,1	133,1	130,6	-
Lettland	-1,4	-1,4	-1,6	40,0	37,3	40,4	-
Litauen	-0,7	-1,5	-0,9	40,9	41,7	37,4	-
Luxemburg	0,6	0,0	0,3	23,6	24,9	25,3	-
Malta	-2,1	-1,8	-1,5	68,1	67,2	65,4	2014
Niederlande	-2,3	-1,7	-1,2	68,8	69,9	68,9	-
Österreich	-2,4	-2,0	-2,0	84,5	87,0	85,9	-
Portugal	-4,5	-3,1	-2,8	130,2	124,4	123,0	2015
Slowakei	-2,9	-2,7	-2,5	53,6	53,4	53,5	-
Slowenien	-4,9	-2,9	-2,8	80,9	81,5	81,7	2015
Spanien	-5,8	-4,5	-3,5	97,7	100,4	101,4	2016
Zypern	-8,8	-1,1	-0,2	107,5	106,7	108,4	2016
Euro-Raum	-2,4	-2,0	-1,7	94,2	94,0	92,5	-

Quelle: Europäische Kommission.  
 Deutsche Bundesbank

werden ohne zusätzliche Maßnahmen auch dann noch weiter steigende Quoten erwartet. Die nach Griechenland mit über 130% höchste Schuldenquote wird – trotz eines prognostizierten Rückgangs – im Jahr 2016 für Italien ausgewiesen. Zudem übersteigen die Schulden dann auch in Portugal, Zypern, Belgien, Irland und Spanien noch das BIP. Der Referenzwert von 60% wird im Jahr 2016 nur von Estland, Luxemburg, Litauen, Lettland und der Slowakei eingehalten. Die finnische Schuldenquote soll ab dem Jahr 2015 den Referenzwert überschreiten.

#### Europäische Kommission schwächt Regelbindung der Fiskalregeln weiter

In den nächsten Wochen wird vom Europäischen Rat auf Basis von Kommissionsvorgaben zu beurteilen sein, ob die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts eingehalten wurden. Entscheidungen zu Frankreich, Italien und Belgien wurden entgegen dem üblichen Vorgehen bereits im März getroffen. Für Frankreich war offensichtlich,

dass die zunächst festgelegte Defizitkorrektur 2015 erheblich verfehlt würde. Gleichwohl wurde bestätigt, dass diverse Faktoren zur Entschuldigung der Zielverfehlung vorlägen. So wurde eine abermalige Fristverlängerung begründet, ohne das Verfahren zu verschärfen und Sanktionen in Erwägung zu ziehen. Frankreich muss nun die Defizitquote erst im Jahr 2017 unter 3% senken. Die Verlängerung um zwei Jahre, anstelle des in den Verordnungen „in der Regel“ vorgesehenen eines Jahres, wird unter anderem mit den von der französischen Regierung zugesagten Strukturreformen gerechtfertigt. Insgesamt entsteht hier der Eindruck, dass die Empfehlungen zunehmend an die Regierungsplanungen angepasst werden und nicht umgekehrt. Für Italien und Belgien wurden Verfahrenseröffnungen geprüft, da die vereinbarten quantitativen Vorgaben für die Einhaltung des Schuldenkriteriums (hinreichend rückläufige Schuldenquote) bei Weitem nicht erreicht werden. Auch hier wurden allerdings verschiedene Faktoren zur Entschuldigung herangezogen.

Es wurde insbesondere die Auffassung vertreten, dass die Ziele zu ambitioniert seien und deren Einhaltung mit unerwünschten konjunkturellen Rückwirkungen verbunden wäre. Vor diesem Hintergrund wurde der künftig erwarteten Annäherung an das mittelfristige Haushaltsziel aus dem präventiven Arm (Verbesserung des strukturellen Saldo) die entscheidende Rolle bei der Prüfung der Einhaltung des Schuldenkriteriums zugewiesen. Es wird festgestellt, dass die Verfehlungen bezüglich des präventiven Arms nicht signifikant seien, und daher wird das Schuldenkriterium insgesamt als weitgehend erfüllt angesehen. Für Italien ist dabei ausschlaggebend, dass die Europäische Kommission kurz zuvor gerade die Anforderung bezüglich des präventiven Arms deutlich abgesenkt hatte. Darüber hinaus werden auch für Belgien und Italien unter anderem geplante Strukturreformen als relevanter Faktor herangezogen, um kein Verfahren eröffnen zu müssen. Die Reform des Paktes hatte eigentlich zum Ziel, das Schuldenkriterium zu stärken, um einen zügigen Schuldenabbau zu fördern. Durch die Auslegung der Europäischen Kommission dürfte dies aber weitgehend ausgehebelt worden sein.

Die jüngsten Entscheidungen und Entscheidungsprozesse zeigen einmal mehr, dass das fiskalische Regelwerk an vielen Stellen so dehnbar ausgestaltet und ausgelegt worden ist, dass weder im präventiven noch im korrektiven Arm des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine verlässliche und nachvollziehbare Regelbindung erreicht wird. Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Haushaltsregeln, häufiger Änderungen und zahlreicher, nicht abschließend definierter Ausnahmen ist deren Anwendung kaum noch nachvollziehbar. Die Feststellung, ob Vorgaben verfehlt wurden und Verfahren zu eskalieren sind, und damit potenziell Sanktionen fällig werden, ist häufig nicht mehr im engeren Sinne regelgebunden, sondern

vor allem das Ergebnis von Ad-hoc-Abwägungen und Verhandlungen. Abzuwarten bleibt, ob die jüngst bekannt gewordene Einschätzung des juristischen Dienstes des Rates Wirkung zeigt. Der zufolge sind einige Aspekte der von der Europäischen Kommission vorgelegten „Flexibilisierung“ des Paktes nicht durch die Verordnungstexte gedeckt. Dies könnte die Entscheidungsträger dazu bewegen, zumindest hinsichtlich der mildernden Berücksichtigung von Investitionen und lediglich geplanten Strukturreformen weniger großzügig zu sein. Ungeachtet dessen ist der Spielraum für Ad-hoc-Entscheidungen aber groß, wobei den Einschätzungen der Europäischen Kommission ein hohes Gewicht zukommt. Es zeichnet sich immer stärker ein Übergang von einem regelgebundenen auf einen institutionengebundenen Ansatz ab, in dem nicht das Regelwerk den finanzpolitischen Rahmen absteckt, sondern diskretionär die Europäische Kommission. Mit Blick darauf, solide Staatsfinanzen in der Währungsunion als zentrale Voraussetzung für eine stabilitätsorientierte Geldpolitik verlässlich abzusichern, sind die jüngsten Entwicklungen im Zusammenhang mit den Fiskalregeln bedenklich.

Zeiten Vorsorge getroffen wird, ist ebenfalls positiv zu bewerten. Dazu sollten in guten Zeiten aber nicht bloß ein Haushaltsausgleich, sondern merkliche Überschüsse eingeplant werden. Für die Länder schreiben die nationalen Regeln einen (konjunkturbereinigt) mindestens ausgeglichenen Haushalt zwar erst ab dem Jahr 2020 vor. Es wäre aber ratsam, die Konsolidierung nun möglichst zügig abzuschließen und dabei auch hier gewisse strukturelle Überschüsse einzuplanen.

*Haushaltsregeln keine Investitionsbremse, sondern guter Rahmen für wachstumsfreundliche Politik*

Mit der Reform der nationalen Haushaltsregeln im Krisenjahr 2009 erfolgte ein Regimewechsel in der Finanzpolitik: Ein strukturell ausgeglichener Staatshaushalt soll zum Normalfall werden, und konjunkturelle Schwankungen sollen in aller Regel durch die automatischen Stabilisatoren abgefedert werden. Die Schuldenbremse steht dabei wichtigen Reformen oder Investitionen nicht im Wege, sondern schafft, indem sie tragfähige Staatsfinanzen absichert, eine wesentliche Grundlage. Bei der Konsolidierung der Staatsfinanzen wurden seit dem Jahr 2011 deutliche Fortschritte gemacht. Es wäre ein gravierender Rückschritt, wenn nunmehr versucht würde, die Haushaltsregeln zu umgehen, um neue Verschuldungsspielräume – beispielsweise für staatliche Investitionen – zu schaffen.

*Investitionsbedarf ohne Aufweichung der Haushaltsregeln oder Kurslockerung decken*

Die staatlichen Investitionen in Deutschland werden vielfach als zu niedrig kritisiert. Gleichwohl gilt die öffentliche Infrastruktur in Deutschland in internationalen Vergleichen immer noch als sehr gut.<sup>6)</sup> Inwieweit zusätzliche Ausgaben zu tätigen sind, ist umstritten. Ziel sollte jedenfalls sein, etwaige Defizite und Engpässe in der Infrastrukturausstattung effizient zu beseitigen und nicht, bestimmte Investitionsquoten zu erreichen oder einen Konjunkturstimulus zu setzen, um beispielsweise die Nachfrage in anderen EWU-Ländern zu stützen oder den Leistungsbilanzüberschuss zu vermindern.<sup>7)</sup> Denn die geplanten moderaten strukturellen Überschüsse in Deutschland erscheinen sowohl hinsichtlich der strukturellen als auch der konjunkturellen Rahmenbedingungen durchaus angemessen. Der Einfluss zusätzlicher Investitions-

tionen auf andere Länder dürfte überschaubar ausfallen, und es erscheint nicht erfolgversprechend, die dortige Konjunktur über die deutschen Staatsfinanzen feinsteuern zu wollen. Insofern sollte ein etwaiger zusätzlicher Investitionsbedarf in Deutschland ohne eine Verschlechterung der Finanzposition gedeckt werden. Dies gilt umso mehr, als es sich wohl zum guten Teil ohnehin um einen Bedarf an Ersatzinvestitionen handelt. Zudem kann die staatliche Infrastruktur in dem Maß ohne zusätzliche Ausgaben verbessert werden, in dem insbesondere im Bereich der Staatsinvestitionen noch bestehende Effizienzreserven erschlossen werden. Grundsätzlich erscheint es auch sinnvoll, potenzielle zusätzliche Projekte verteilt über mehrere Jahre anzugehen.

Eine Expertenkommission im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers hat zuletzt einerseits gefordert, die Staatsinvestitionen auszuweiten.<sup>8)</sup> Betont wird dabei aber andererseits auch, dass Projekte besser ausgewählt und durchgeführt werden sollten. So berge die bisher im Bundesfernstraßenbau praktizierte Auftragsverwaltung durch Einrichtungen der Länder Fehlanreize. Vorschläge zur Effizienzverbesserung, beispielsweise durch eine zentrale Bereitstellung von Expertise, sind zu begrüßen. So könnte eine zentrale Anlaufstelle Gemeinden und gegebenenfalls auch Länder etwa bei Planung, Kostenmanagement, vertraglichen Gestaltungen und Finanzierungsfragen beraten. Besser fundierte und hinreichend aktuelle Kosten- und Nutzenkalkulationen könnten die konkrete Projektauswahl verbessern. Auch die vorgeschlagene Bundesfernstraßengesellschaft könnte diesbezüglich einen Fortschritt bewirken. Problematisch wäre aber, wenn damit ein Schattenhaushalt mit Verschuldungsmöglichkeit

*Ansatzpunkte zur Stärkung staatlicher Investitionstätigkeit*

<sup>6</sup> So wird etwa im Global Competitiveness Report 2014/15 des World Economic Forum der 7. Platz erreicht und diesbezüglich ein Standortvorteil attestiert.

<sup>7</sup> Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Leistungsbilanzüberschuss der deutschen Wirtschaft, Geschäftsbericht 2013, S. 43–65, insbesondere S. 61ff.

<sup>8</sup> Expertenkommission, Stärkung von Investitionen in Deutschland, Bericht im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, April 2015.

außerhalb der Schuldenbremse entstände. Die verschiedentlich empfohlene stärkere Beteiligung Privater ist erwägenswert, wenn damit im konkreten Einzelfall klare Kostenvorteile verbunden sind. Allerdings ist dabei zu gewährleisten, dass Risiken tatsächlich auf den privaten Sektor übertragen und nicht auf Kosten des Staates subventionierte Kapitalanlageformen geschaffen werden.

## Haushalte der Gebietskörperschaften

### Steuereinnahmen

*Deutlicher  
Anstieg der  
Steuerein-  
nahmen im  
ersten Quartal*

Die Steuereinnahmen<sup>9)</sup> stiegen im ersten Quartal 2015 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 5% (siehe Schaubild und Tabelle auf S. 80). Dazu hat die weiter günstige Entwicklung bei den für die Steuereinnahmen besonders wichtigen Bruttolöhnen und -gehältern einen bedeutenden Beitrag geleistet. In Kombination mit der Steuerprogression ließ dies das Lohnsteueraufkommen dynamisch wachsen. Auch das – vom Aufkommen abgesetzte – kaum zulegende Kindergeld erhöhte die Zuwachsrate. Steuerrechtsänderungen (v. a. die planmäßig zunehmende steuerliche Freistellung von Altersvorsorgeaufwendungen) senkten das Aufkommen dagegen leicht. Die Einnahmen aus den gewinnabhängigen Steuern stiegen mit + 3% per saldo unterdurchschnittlich. Dieser Zuwachs wurde allein von der veranlagten Einkommensteuer getragen, während die Erträge aus der Körperschaftsteuer sowie aus den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag leicht sanken und die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weiter deutlich zurückgingen. Das recht volatile Umsatzaufkommen wuchs mit 2½% etwas schwächer als im abgelaufenen Jahr. Dagegen stieg das Aufkommen aus den sonstigen Verbrauchsteuern mit 4½% deutlich an. Dies dürfte allerdings im Wesentlichen auf Sondereffekte zurückzuführen sein, etwa die Normalisierung des Aufkommens der Kfz-Steuer, nachdem es im Vorjahresquartal durch die Übertra-

gung der Erhebung auf den Bund vorübergehend gedämpft worden war, sowie eine Nachzahlung bei der Kernbrennstoffsteuer im Januar nach einer BFH-Entscheidung vom Ende des Vorjahres.

Gemäß der neuen offiziellen Steuerschätzung wird für das Gesamtjahr 2015 mit 3½% für das gesamte Steueraufkommen ein solider Zuwachs erwartet (inkl. Gemeindesteuern). Bei den wichtigen Bemessungsgrundlagen steigen die Bruttolöhne und -gehälter demnach grob im Einklang mit dem nominalen BIP (etwa 4%), wohingegen der nominale private Konsum etwas schwächer wächst.<sup>10)</sup> Der Fiscal drag<sup>11)</sup> erhöht das Aufkommen zusätzlich, während erwartete Wirkungen von Gerichtsurteilen zu Steuerausfällen führen. Rechtsänderungen mindern die Steuereinnahmen dagegen per saldo nur leicht.<sup>12)</sup>

Auch für die Folgejahre bis 2019 werden Aufkommenszuwächse zwischen 3½% und 4% erwartet. Im Wesentlichen bestimmen die Wachstumsannahmen sowie der Fiscal drag die Entwicklung. Bereits verabschiedete Rechtsänderungen dämpfen den Anstieg per saldo. Damit steigt die Steuerquote (in finanzstatistischer Ab-

*Für 2015 ins-  
gesamt solider  
Einnahmen-  
anstieg erwartet*

*Für Folgejahre  
werden ähnliche  
Aufkommens-  
zuwächse  
erwartet*

<sup>9</sup> Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die – für das Berichtsquartal noch nicht bekannten – Erträge aus den Gemeindesteuern.

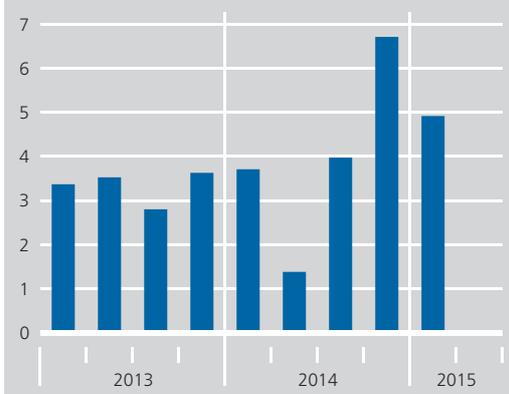
<sup>10</sup> Die Schätzung basiert auf der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Projektion der Bundesregierung. Danach wird für das Jahr 2015 ein Anstieg des BIP um real +1,8% und nominal +3,8% erwartet (Nov.: +1,3% und +3,2%). Für 2016 liegen die entsprechenden Raten bei +1,8% bzw. +3,3% (Nov.: +1,3% bzw. +3,1%). In der mittleren Frist wird wie bisher mit einem nominalen Wachstum von rd. 3% jährlich gerechnet.

<sup>11</sup> Der Begriff umfasst hier (positiv) die gesamte Aufkommenswirkung der Einkommensteuerprogression und (negativ) den Effekt der weitgehenden Preisunabhängigkeit der speziellen Verbrauchsteuern.

<sup>12</sup> Die Schätzung des Arbeitskreises basiert grundsätzlich auf geltendem Steuerrecht. Daher sind insbesondere die geplante Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrags bei der Einkommensteuer sowie die Erhöhung der Kindergeldbeträge ab 2015 bzw. 2016 hier noch nicht einbezogen. Dagegen führt insbesondere der sukzessive Übergang zur nachgelagerten Rentenbesteuerung – weiterhin – zu moderaten Ausfällen. Erwartete Steuerrückzahlungen, v. a. aufgrund von Urteilen des BFH und EuGH zur „Entgeltminderung bei Preisnachlässen von Vermittlern und korrespondierende Vorsteuerkorrektur bei den Leistungsempfängern“ sowie zur Besteuerung von Streubesitzdividenden bremsen den Zuwachs.

### Steueraufkommen \*)

Veränderung gegenüber Vorjahr in %, vierteljährlich



Quelle: Bundesministerium der Finanzen. \* Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern.

Deutsche Bundesbank

### Steueraufkommen

Steuerart	1. Vierteljahr		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Schätzung für 2015 <sup>1) 2)</sup> Veränderung gegenüber Vorjahr in %
	2014	2015		
Steuereinnahmen insgesamt <sup>2)</sup>	140,0	146,9	+ 4,9	+ 3,7
darunter:				
Lohnsteuer	39,0	41,6	+ 6,5	+ 6,1
Gewinnabhängige Steuern <sup>3)</sup>	23,9	24,7	+ 3,2	+ 2,5
davon:				
Veranlagte Einkommensteuer	11,8	13,1	+ 11,2	+ 6,4
Körperschaftsteuer	5,6	5,4	- 3,1	+ 3,8
Kapitalertragsteuer <sup>4)</sup>	6,5	6,1	- 6,0	- 5,8
Steuern vom Umsatz <sup>5)</sup>	50,5	51,9	+ 2,6	+ 2,5
Energiesteuer	4,7	4,7	+ 0,6	+ 1,9
Tabaksteuer	2,5	2,2	- 10,3	- 2,9

Quelle: Bundesministerium der Finanzen und eigene Berechnungen. <sup>1</sup> Laut offizieller Steuerschätzung vom Mai 2015. <sup>2</sup> Einschl. EU-Anteilen am deutschen Steueraufkommen, ohne Erträge aus Gemeindesteuern. <sup>3</sup> Arbeitnehmererstattungen, Eigenheim- und Investitionszulage vom Aufkommen abgesetzt. <sup>4</sup> Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. <sup>5</sup> Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer.

Deutsche Bundesbank

sind die günstigeren gesamtwirtschaftlichen Annahmen für das laufende Jahr, aber auch das besser als noch im November erwartete Jahresergebnis 2014.

## Bundeshaushalt

Im Bundeshaushalt ergab sich im ersten Quartal ein Defizit von 7 Mrd €, nach 10 ½ Mrd € in der gleichen Vorjahreszeit. Die Einnahmen stiegen kräftig um 6 ½% (4 ½ Mrd €). Das Steueraufkommen wuchs um 5% und leistete damit den größten Einzelbeitrag (3 Mrd €). Mehrerträge bei der Vermögensverwertung (1 Mrd €) und bei der im Haushalt vereinnahmten Bundesbankgewinnausschüttung (½ Mrd €) schlugen ebenfalls spürbar zu Buche. Auf der Ausgabe-seite fiel der Anstieg mit insgesamt 1 ½% (1 Mrd €) moderater aus. Er wäre angesichts breit gestreuter Zuwächse über fast alle Ausgabenkategorien indes doppelt so hoch ausgefallen, wenn die Zinsausgaben nicht weiter deutlich um 1 ½ Mrd € zurückgegangen wären.

*Deutlicher Defizitrückgang zum Jahresauftakt bei starkem Einnahmenplus und weiterer Entlastung bei Zinsausgaben*

Nachdem sich bereits in den ersten Monaten abgezeichnet hatte, dass die Zielvorgabe eines ausgeglichenen Haushalts 2015 deutlich übertroffen werden dürfte, verabschiedete das Bundeskabinett Mitte März einen Entwurf für einen Nachtrag zum Bundeshaushalt 2015. Darin geplant sind vor allem Zuführungen von 3 ½ Mrd € an ein Sondervermögen des Bundes zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Gemeinden. Ungeachtet eines etwaigen diesbezüglichen Bedarfs wären hier neben den betroffenen Gemeinden allerdings zunächst die Länder gefordert, gezielte finanzielle Entlastungen zu schaffen. Sofern – wie nun geplant – den Kommunen Bundesmittel zur Verfügung gestellt werden, unterliegen diese relativ strengen Verwendungseinschränkungen, da der Bund nur für Aufgabenbereiche mit eigener Gesetzgebungskompetenz Investitionshilfen leisten darf. Daher könnte es dazu kommen, dass

*Entwurf für Nachtragshaushalt 2015 mit Mehrbelastungen für Kommunalinvestitionsfonds, ...*

grenzung) bis zum Ende des Prognosezeitraums leicht auf 22,4% (2014: 22,2%).

Im Vergleich zur Prognose vom November letzten Jahres wurde der Ansatz für das Jahr 2015 um 6 ½ Mrd € und für die Folgejahre um jeweils etwa 8 Mrd € angehoben. Ausschlaggebend

*Einnahmenerwartungen insgesamt angehoben*

aktuell besonders dringliche Verwendungen hierbei nicht berücksichtigt werden.<sup>13)</sup>

*... jedoch unverändert ohne Nettokreditaufnahme*

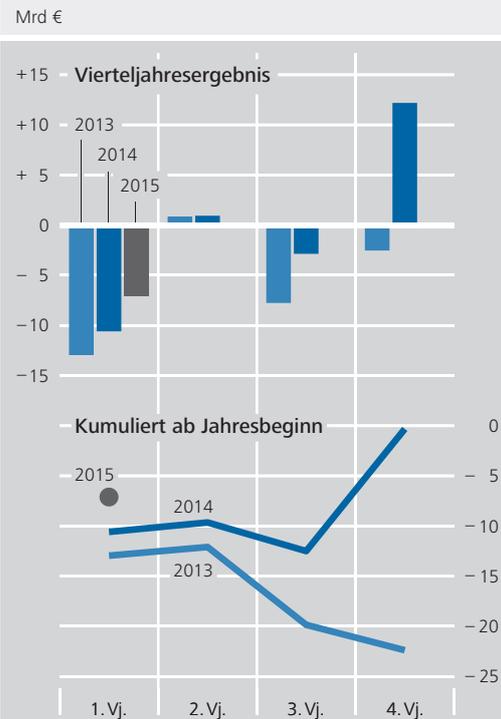
Neben den Fondsmitteln sind im Nachtragshaushaltsentwurf insbesondere noch um 1/2 Mrd € höhere Zahlungen an die Postpensionskasse vorgesehen. Abgetretene Umsatzsteuermittel von 1/2 Mrd €, als Ausgleich für höhere Belastungen von Ländern und Gemeinden durch gestiegene Asylbewerberzahlen, werden durch eine Rückholung aus dem im Sommer 2013 zum Ausgleich von Flutschäden gebildeten Hilfsfonds (Fluthilfefonds) gegenfinanziert. Für das restliche Steueraufkommen sind Mehreinnahmen von 3 Mrd € gegenüber dem bisherigen Haushaltsansatz veranschlagt, da die makroökonomischen Rahmenbedingungen als besser eingeschätzt werden und sich das Aufkommen günstiger entwickelt. Ein weiterer – bereits realisierter – Einnahmewachstum von 1/2 Mrd € soll durch eine einmalige vollständige Vereinnahmung der Gewinnausschüttung der Bundesbank über den regulären gesetzlichen Höchstwert von 2 1/2 Mrd € hinaus erzielt werden. Ausgabenseitig ist überdies noch eine Entlastung um 1/2 Mrd € aus niedrigeren Zinsen geplant. Per saldo ist weiterhin ein Haushaltsausgleich ohne Nettokreditaufnahme vorgesehen. In struktureller Betrachtung auf der Grundlage der aktuellen Potenzialschätzung und bei Einrechnung der erwarteten Salden bestimmter Extrahaushalte bedeutet dies aber eine Verschlechterung der Haushaltsposition gegenüber dem Vorjahresergebnis um immerhin 3 1/2 Mrd €.<sup>14)</sup>

*Allerdings Verschlechterung des strukturellen Saldos im Vergleich zum Vorjahr*

*Ergebnis möglicherweise erneut günstiger als bisher veranschlagt, aber auch Risiken*

Alles in allem scheinen die Ansätze aus heutiger Sicht eher vorsichtig. Zwar müssten nach der jüngsten Steuerschätzung bei Berücksichtigung auch der zusätzlich geplanten einkommensteuerlichen Freibeträge und des Kindergelds zunächst Mindereinnahmen von 1 Mrd € ausgeglichen werden. Umgekehrt könnten nicht zuletzt die arbeitsmarktbedingten Aufwendungen hinter den bisherigen Ansätzen zurückbleiben, und auch bei den Zinsausgaben scheinen angesichts des außerordentlich niedrigen Zinsniveaus noch weitere Entlastungen plausibel.

### Finanzierungssalden des Bundes\*)



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten des Bundesministeriums der Finanzen. \* Kernhaushalt ohne Extrahaushalte. Ohne Bereinigung um finanzielle Transaktionen und Konjunkturreffekte.  
 Deutsche Bundesbank

Schließlich könnte auch die Ende Mai startende Frequenzauktion, bei der sich die Mindest-

**13** So gibt es offenbar bereits von der Länderseite Forderungen, etwa im Schulbereich die Beschränkung auf energetische Sanierungen zu lockern.

**14** Für den strukturellen Saldo im Rahmen der Schuldenbremse ist im Nachtragshaushaltsentwurf ein Ausgleich ausgewiesen, nachdem im ursprünglichen Haushalt ein Überschuss von 0,1% des BIP vorgesehen war. Die Verschlechterung spiegelt wider, dass bei unverändertem unbereinigten Saldo nunmehr angesichts der angehobenen BIP-Prognose von einem weniger negativen Konjunkturlast ausgegangen wird. Im Rahmen der Schuldenbremsen-Regeln wird keine vollständig neue Konjunkturbereinigung durchgeführt, wenn bei laufendem Haushalt eine BIP-Revision erfolgt, sondern diese als komplett konjunkturell klassifiziert. Auf Basis der aktuellen Neuberechnung auch des Produktionspotenzials mit dem Verfahren der Bundesregierung würde sich dagegen weiterhin eine relativ hohe rechnerische Konjunkturlast von 3 1/2 Mrd € ergeben. Beim Entwurf ausgewiesenen strukturellen Saldo für die Schuldenbremse werden außerdem die Nebenhaushalte nicht konsistent berücksichtigt. So bleibt einerseits der (im Kreditfinanzierungsplan aufgeführte) spürbare Fehlbetrag des einzubeziehenden Extrahaushalts Fluthilfefonds unberücksichtigt (während durch Rückholung von Mitteln aus dem Fonds in den Bundeshaushalt der strukturelle Saldo verbessert wird). Andererseits wird aber auch der vorfinanzierungsbedingte hohe Überschuss des neuen Kommunalinvestitionsfonds nicht einbezogen (während die diesbezügliche Belastung des Bundeshaushalts den ausgewiesenen Struktursaldo verschlechtert).

gebote für alle Pakete zusammen bereits auf 1½ Mrd € belaufen, spürbare Zusatzeinnahmen zur Folge haben. Diese sollen zwar grundsätzlich zur Stärkung der Breitbandversorgung ausgegeben werden, doch könnten die Mittel teilweise erst in den Folgejahren abfließen. Risiken für die Haushaltsplanung bestehen weiterhin im Zusammenhang mit der makroökonomischen Entwicklung und mit der europäischen Staatsschuldenkrise.

*Eckwerte für  
Bundeshaushalt  
2016 und für  
Finanzplan bis  
2019 mit Kurs-  
lockerung*

Mit dem Entwurf für den Nachtragshaushalt beschloss das Bundeskabinett auch die Eckwerte für das Budget 2016 und für den Finanzplan bis 2019. An der Leitlinie ausgeglichener Bundeshaushalte („schwarze Null“) wurde festgehalten. Aufgrund der nunmehr günstigeren gesamtwirtschaftlichen Projektion und deutlich niedrigerer Zinserwartungen wurde der Kurs damit aber merklich gelockert. Gegenüber der Planung vom Sommer 2014 wurden vor allem die Ansätze für die jährlichen Zinsausgaben um bis zu 9½ Mrd € gesenkt. Ferner wurde unter anderem bereits im November 2014 ein Investitionsprogramm mit insgesamt 10 Mrd € in den Jahren 2016 bis 2018 angekündigt. Für eine eingehendere Analyse der mittelfristigen Haushaltspolitik des Bundes bleibt der für Anfang Juli geplante Kabinettsbeschluss mit wichtigen Detailangaben abzuwarten. Allerdings erscheint es vor dem Hintergrund der unterstellten sehr günstigen Rahmenbedingungen bis zum Jahr 2019 durchaus angemessen, Überschüsse einzuplanen. Die anstehenden demografischen Belastungen wie auch die allgemeinen Haushaltsrisiken sprechen dafür, Entlastungen gegenüber den bisherigen Ansätzen nicht vollständig zu verplanen. Bei stabilen Überschüssen liegt es auch nach den zuletzt erfolgten Ausgabenerweiterungen allerdings nahe, zusätzliche Haushaltsspielräume verstärkt für Abgabensenkungen zu reservieren. Neben der Kompensation der kalten Progression, die für die Jahre 2014 und 2015 jüngst vom Bundesfinanzminister angekündigt wurde, wäre dabei auch an den Abbau des Solidaritätszuschlags zu denken.

Die Extrahaushalte des Bundes (ohne Bad Banks) wiesen im ersten Quartal einen Überschuss von 2½ Mrd € aus, nach 3 Mrd € vor Jahresfrist. Wie im Vorjahr verzeichneten die Versorgungsrücklagen und die Postbeamtenversorgungskasse jeweils ein moderates Plus. Überdies wurden für das ERP-Sondervermögen wie auch für den Energie- und Klimafonds, der in diesem Jahr bereits vorab einen letztlich zum Defizit ausgleich bestimmten Bundeszuschuss erhalten hat, Überschüsse von jeweils ½ Mrd € gemeldet. Auch beim 2009 zur Überwindung der schweren Wirtschaftskrise gebildeten Investitions- und Tilgungsfonds kam es zu einem Plus von ½ Mrd €, was allerdings gegenüber dem Vorjahr eine Verschlechterung um 1½ Mrd € bedeutet: Während damals der Überschuss aus dem Anteil an der Gewinnausschüttung der Bundesbank resultierte, gründete der positive Saldo nunmehr offenbar aus einer beim Haushaltsabschluss vom Bund vorgenommenen Tilgungszuführung. Die Abflüsse aus dem Fluthilfefonds blieben auch zum Jahresbeginn 2015 weiter verhalten. Allerdings dürfte nicht zuletzt die nun vom Bund geplante Rückholung von ½ Mrd € im Zusammenhang mit dem Asylkompromiss im weiteren Jahresverlauf zu merklicheren Auszahlungen beitragen. Dem steht freilich die ebenfalls neu vorgesehene Dotierung des Kommunalinvestitionsfonds im Umfang von 3½ Mrd € gegenüber. Insgesamt dürften die Extrahaushalte des Bundes das Jahr 2015 aber auch wegen der weiterhin zu erwartenden positiven Salden der Vorsorgerücklagen mit einem spürbaren Überschuss abschließen.

*Spürbarer Überschuss der Extrahaushalte zum Jahresauftakt 2015 und auch im Gesamtjahr positiver Abschluss absehbar*

## Länderhaushalte<sup>15)</sup>

Das Defizit in den Kernhaushalten der Länder lag dank einer kräftigen Einnahmenentwicklung bei moderaterem Ausgabenzuwachs mit nur noch ½ Mrd € um 1½ Mrd € unter dem Vorjahresniveau. Dabei war der Anstieg der Einnah-

*Steuerzuwachs treibt Verbesserung der Länderhaushalte im ersten Quartal 2015*

<sup>15)</sup> Die Entwicklung der Gemeindefinanzen im Jahr 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts April 2015 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

men um 4½% (3½ Mrd €) nahezu ausschließlich auf das weiterhin dynamisch wachsende Steueraufkommen (+ 5½%) zurückzuführen. Der Zuwachs der Ausgaben um 2½% (2 Mrd €) wurde getrieben von den Zuweisungen an öffentliche Verwaltungen (+ 9% bzw. 2 Mrd €). Aber auch der laufende Sachaufwand nahm deutlich zu (+ 5½%). Die Personalausgaben wuchsen – trotz des anhaltenden Auftriebs bei den Versorgungsleistungen – verhalten, während die Investitionsausgaben stagnierten und die Zinsausgaben ihren Abwärtstrend fortsetzten (– 8½%).

*Weiter günstige Entwicklung für die Länder insgesamt, ...*

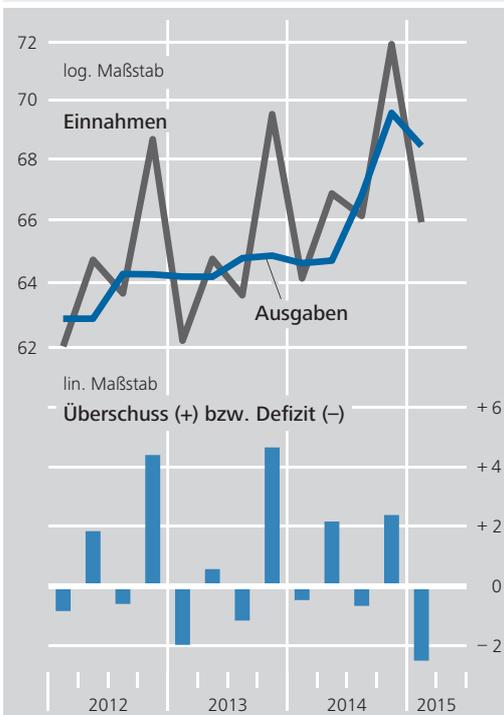
Angesichts einer nun besser eingeschätzten gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bei gleichzeitig äußerst niedrigen Zinsen könnte sich die Lage der Länderhaushalte im laufenden Jahr etwas günstiger darstellen als zuvor erwartet. So rechnet die jüngste Steuerschätzung (bei Ausblendung der Gemeindesteuern der Stadtstaaten) für das Jahr 2015 mit Mehreinnahmen von 3 Mrd € für die Länder im Vergleich zum Stand im Herbst vergangenen Jahres. Insgesamt könnte sich damit der Finanzierungssaldo im laufenden Jahr und auch danach noch verbessern. Am Ende dürfte sich dabei auch die zunehmende Unterstützung durch Finanzmittel des Bundes für Investitionen, Bildung (v. a. Übernahme des Länderanteils beim Bafög), Forschung, Kindertagesbetreuung und Sozialleistungen (etwa für Asylbewerber) auswirken, die auch die Länder entlastet, indem etwa hierdurch der aus eigenen Mitteln zu bestreitende Zuweisungsbedarf für die Gemeinden reduziert wird.

*... aber einzelne Länder weiterhin vor beträchtlichen Konsolidierungsaufgaben*

Während die Länder insgesamt damit gute Aussichten haben, die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse ab dem Jahr 2020 sicher einzuhalten, müssen einzelne Länder dazu immer noch beträchtliche Konsolidierungsaufgaben bewältigen. Zwar dürften alle fünf Konsolidierungshilfeländer die vereinbarten Defizitabbaupfade im Jahr 2014 mit Sicherheitsabständen eingehalten haben. Allerdings scheinen die Konsolidierungsfortschritte, trotz des günstigen Umfelds mit sehr niedrigen

## Finanzen der Deutschen Rentenversicherung

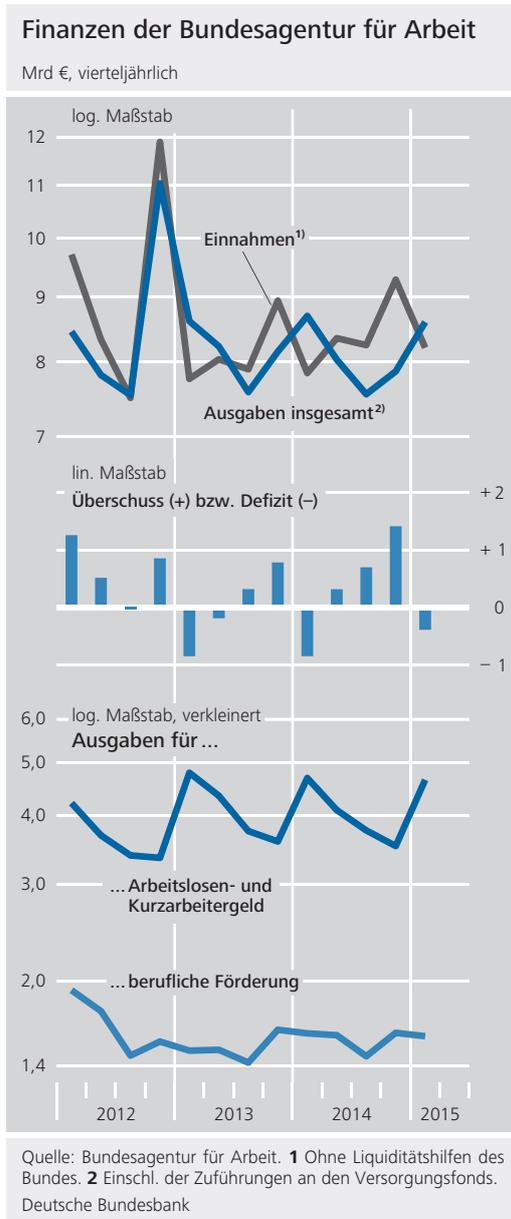
Mrd €, vierteljährlich



Quelle: Deutsche Rentenversicherung Bund.  
 Deutsche Bundesbank

Zinsen, teilweise ins Stocken zu geraten. So ist etwa in Bremen ausweislich des jüngsten Konsolidierungsberichts das hohe strukturelle Defizit wieder spürbar angestiegen.<sup>16)</sup> Für die neuen Länder wiederum gilt es zu berücksichtigen, dass die derzeit noch umfangreichen Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen bis zum Jahr 2020 schrittweise entfallen werden. Insgesamt ist es weiterhin in zahlreichen Ländern wichtig, bei den Konsolidierungsbemühungen nicht nachzulassen. Sofern die strukturelle Haushaltslage einzelner Länder deutlich ungünstiger ist als bei der Mehrzahl, besteht die Gefahr, dass von der Mehrheit gewünschte Steuersenkungen zu Schwierigkeiten bei der Einhaltung der Schuldenregel führen. Gelegentlich geforderte ergänzende Hilfen der bundesstaatlichen Gemeinschaft für Länder mit anhaltenden strukturellen Defiziten im Rahmen einer

<sup>16</sup> Siehe Bericht der Freien Hansestadt Bremen vom April 2015 zur Umsetzung des Sanierungsprogramms 2012/2016 und die Pressemitteilung der Bremer Senatorin für Finanzen vom 28. April 2015.



Föderalismusreform wären nicht naheliegend, solange diese Länder nicht nachweislich ihre eigenen Handlungsmöglichkeiten ausgeschöpft haben. Eine gewisse Ausweitung der Ländersteuerautonomie würde den entsprechenden Handlungsspielraum vergrößern und zugleich die an anderer Stelle vielfach betonte haushaltspolitische Eigenverantwortung der Länder angemessen reflektieren.<sup>17)</sup>

## Sozialversicherungen<sup>18)</sup>

### Rentenversicherung

Im ersten Quartal 2015 verzeichnete die gesetzliche Rentenversicherung ein Defizit von 2 1/2 Mrd €. Gegenüber dem Vorjahr hat sich das Finanzergebnis damit um 2 Mrd € verschlechtert. Die Ausgaben wuchsen vor allem aufgrund der Leistungsausweitungen durch das Rentenpaket (insbesondere „Mütterrente“ und abschlagsfreie Rente ab 63 Jahren) mit fast 6% äußerst kräftig. Die Einnahmen sind mit knapp 3% zwar trotz der Senkung des Beitragssatzes von 18,9% auf 18,7% noch vergleichsweise stark gestiegen.<sup>19)</sup> Der Zuwachs blieb aber doch deutlich hinter dem der Ausgaben zurück.

*Hohes Defizit im ersten Quartal durch Mehrausgaben infolge des Rentenpakets und Beitragssatzsenkung*

Zur Jahresmitte werden die Renten im Westen um 2,1% und im Osten um 2,5% angehoben. Durch die Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen fällt die Anpassung um etwa 1 Prozentpunkt niedriger aus. Insbesondere durch die Einbeziehung von Beschäftigten in Behindertenwerkstätten werden die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nunmehr niedriger ausgewiesen. Bei der Ermittlung des Rentenanpassungssatzes wird jedoch nicht um solche revisionsbedingten „Sprünge“ korrigiert. Im Ergebnis werden dadurch bei der Berechnung des Anpassungssatzes die nunmehr niedrigeren Durchschnittsentgelte im Jahr 2014 in Relation zum nicht verminderten, alten Wert für das Jahr 2013 gesetzt. Da die Renten aber grundsätzlich den – von der Revision unberührten – beitragspflichtigen Einkommen der Rentenversicherten folgen, wird es im Jahr 2016 zu einer Korrektur und damit einer entsprechend stärkeren Rentenanpassung kommen.

*Rentenanpassung zur Jahresmitte durch Umstellung der Statistik vermindert*

<sup>17</sup> Vgl. auch: Deutsche Bundesbank, Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen, Monatsbericht, September 2014, S. 35 ff.

<sup>18</sup> Die Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung im Jahr 2014 wurde in den Kurzberichten des Monatsberichts März 2015 kommentiert. Neuere Daten liegen noch nicht vor.

<sup>19</sup> Die Beitragssatzsenkung lässt die Wachstumsrate für sich genommen um fast 1 Prozentpunkt niedriger ausfallen.

*Nochmalige  
Beitragssatz-  
senkung  
zeichnet sich ab*

Für das Gesamtjahr zeichnen sich nach dem Überschuss von gut 3 Mrd € im Jahr 2014 zwar eine erhebliche Verschlechterung des Finanzierungssaldos und letztlich ein Defizit ab. Dennoch dürften sich die Rücklagen nicht, wie bei der Festsetzung des Beitragssatzes gemäß den gesetzlichen Vorgaben eigentlich angestrebt, auf nicht mehr als eineinhalb Monatsausgaben verringern. Falls die günstige Beschäftigungs- und Entgeltentwicklung weiter anhält, ist nicht auszuschließen, dass bei unverändertem Beitragssatz und trotz der Mehrausgaben aufgrund des Rentenpakets sowie der zu erwartenden kräftigen Rentenanpassung Mitte des kommenden Jahres die Obergrenze für die finanziellen Rücklagen auch Ende 2016 noch überschritten wird. In diesem Fall wäre der Beitragssatz im kommenden Jahr ungeachtet des ohnehin erwarteten Defizits noch einmal zu senken.

## Bundesagentur für Arbeit

*Weitere Verbes-  
serung der BA-  
Finanzen im  
ersten Quartal ...*

Im ersten Quartal des laufenden Jahres hat sich das Defizit der Bundesagentur für Arbeit (BA) gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres auf knapp ½ Mrd € halbiert. Anhaltend kräftigen Beitragszuwächsen von gut 4% und noch etwas stärker wachsenden Verwaltungskosten-erstattungen standen insbesondere Rückgänge bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld I und die allmählich auslaufende Altersteilzeitförderung gegenüber. In der Summe stiegen die Einnahmen um gut 4½%, während die Ausgaben um 1% sanken.

Die äußerst günstige Entwicklung am Arbeitsmarkt führt zu geringeren Ausgaben für Lohnersatzleistungen, wie dem Arbeitslosen-, dem Kurzarbeiter- oder auch dem Insolvenzgeld, und erleichtert Minderausgaben bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Gleichzeitig setzt sich das Wachstum der Beitragseinnahmen auf hohem Niveau fort. Vor diesem Hintergrund zeichnet sich ein deutlich größerer Überschuss als im Vorjahr ab (1½ Mrd €, ohne Versorgungsfonds). Sollte sich die günstige Entwicklung fortsetzen, wird die BA in den kommenden Jahren merkliche Rücklagen als finanzielles Polster für schlechtere Jahre aufbauen. Unter den aktuell guten Arbeitsmarktbedingungen erscheint ein Reserveaufbau durchaus angezeigt. Grundsätzlich sollte die anhaltend gute Arbeitsmarktlage nicht den Blick dafür verstellen, dass der Haushalt der BA von Abschwüngen am Arbeitsmarkt stärker als die Finanzen anderer Sozialversicherungszweige betroffen ist und etwaige Reserven somit schneller aufgezehrt sind. Eine Senkung des Beitragssatzes (von derzeit 3,0%) würde voraussetzen, dass sich die aktuelle Arbeitsmarktsituation und die Zahl der Arbeitslosengeld I-Empfänger als neue strukturelle Normallage erweisen.<sup>20)</sup>

*... und auch im  
Gesamtjahr  
2015 absehbar*

---

<sup>20</sup> Vgl. ausführlicher: Deutsche Bundesbank, Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland, Monatsbericht, April 2015, S. 26 f.



# Statistischer Teil

## **■ Inhalt**

### **■ I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion**

1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze.....	5*
2. Außenwirtschaft.....	5*
3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren.....	6*

### **■ II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion**

1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang.....	8*
2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs).....	10*
3. Liquiditätsposition des Bankensystems.....	14*

### **■ III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems**

1. Aktiva.....	16*
2. Passiva.....	18*

### **■ IV. Banken**

1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Bundesbank) in Deutschland..	20*
2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen..	24*
3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland.....	26*
4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland.....	28*
5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs).....	30*
6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche .....	32*
7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs) .....	34*
8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck .....	36*
9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen .....	36*
10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland .....	38*
11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland .....	38*
12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland.....	39*
13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs).	40*

## ■ V. Mindestreserven

1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion.....	42•
2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland.....	42•

## ■ VI. Zinssätze

1. EZB-Zinssätze.....	43•
2. Basiszinssätze.....	43•
3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren).....	43•
4. Geldmarktsätze nach Monaten.....	43•
5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs).....	44•

## ■ VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

1. Aktiva.....	48•
2. Passiva.....	49•

## ■ VIII. Kapitalmarkt

1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland.....	50•
2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	51•
3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland.....	52•
4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten.....	52•
5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere.....	53•
6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland.....	53•

## ■ IX. Finanzierungsrechnung

1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	54•
2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften.....	55•
3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte.....	56•
4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte.....	57•

## ■ X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in „Maastricht-Abgrenzung“.....	58•
2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.....	58•
3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung.....	59•
4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden.....	59•
5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen.....	60•

6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten .....	60*
7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern.....	61*
8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen .....	61*
9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung.....	62*
10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung .....	62*
11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung .....	63*
12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme .....	63*
13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern .....	63*
14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten.....	64*

## ■ XI. Konjunkturlage in Deutschland

1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens..	65*
2. Produktion im Produzierenden Gewerbe.....	66*
3. Auftragseingang in der Industrie .....	67*
4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe.....	68*
5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen.....	68*
6. Arbeitsmarkt.....	69*
7. Preise .....	70*
8. Einkommen der privaten Haushalte .....	71*
9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft .....	71*
10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen.....	72*
11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen .....	73*

## ■ XII. Außenwirtschaft

1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion .....	74*
2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland.....	75*
3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern.....	76*
4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	77*
7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland .....	78*
8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der EWU .....	79*
9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland .....	80*
10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen.....	81*
11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der EWWU.....	81*
12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft .....	82*

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 1. Monetäre Entwicklung und Zinssätze

Zeit	Geldmenge in verschiedenen Abgrenzungen 1) 2)				Bestimmungsfaktoren der Geldmengenentwicklung 1)			Zinssätze		
	M1	M2	M3 3)		MFI-Kredite insgesamt	MFI-Kredite an Unternehmen und Privatpersonen	Geldkapitalbildung 4)	EONIA 5) 7)	3-Monats-EURIBOR 6) 7)	Umlaufrendite europäischer Staatsanleihen 8)
				gleitender Dreimonatsdurchschnitt						
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %							% p. a. im Monatsdurchschnitt		
2013 Juli	7,1	4,1	2,1	2,3	- 0,4	- 1,1	- 1,0	0,09	0,22	3,0
Aug.	6,7	4,0	2,2	2,1	- 0,3	- 0,9	- 1,2	0,08	0,23	3,0
Sept.	6,6	3,8	2,0	1,9	- 0,7	- 1,0	- 1,3	0,08	0,22	3,1
Okt.	6,5	3,2	1,4	1,6	- 0,9	- 1,3	- 0,9	0,09	0,23	2,9
Nov.	6,5	3,0	1,5	1,3	- 1,1	- 1,3	- 0,9	0,10	0,22	2,8
Dez.	5,7	2,5	1,0	1,2	- 1,8	- 2,0	- 1,2	0,17	0,27	2,9
2014 Jan.	6,1	2,4	1,2	1,2	- 1,8	- 2,3	- 1,2	0,20	0,29	2,8
Febr.	6,1	2,4	1,3	1,2	- 1,9	- 2,4	- 1,3	0,16	0,29	2,6
März	5,6	2,2	1,0	1,1	- 2,1	- 2,5	- 1,0	0,19	0,31	2,5
April	5,2	2,0	0,8	1,0	- 2,3	- 2,6	- 1,0	0,25	0,33	2,3
Mai	5,0	2,1	1,1	1,2	- 2,5	- 2,7	- 1,3	0,25	0,32	2,2
Juni	5,4	2,4	1,6	1,5	- 2,4	- 2,3	- 1,6	0,08	0,24	2,1
Juli	5,6	2,5	1,8	1,8	- 1,8	- 1,8	- 1,3	0,04	0,21	1,9
Aug.	5,8	2,7	2,0	2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,1	0,02	0,19	1,7
Sept.	6,2	3,0	2,5	2,3	- 1,6	- 1,9	- 1,1	0,01	0,10	1,6
Okt.	6,2	2,7	2,5	2,7	- 1,3	- 1,6	- 1,7	0,00	0,08	1,6
Nov.	6,9	3,3	3,1	3,1	- 1,0	- 1,5	- 1,9	- 0,01	0,08	1,5
Dez.	7,9	3,6	3,6	3,5	- 0,1	- 0,7	- 2,3	- 0,03	0,08	1,3
2015 Jan.	8,9	4,0	3,7	3,8	0,2	- 0,4	- 2,5	- 0,05	0,06	1,1
Febr.	9,1	4,1	4,0	4,1	0,2	- 0,2	- 2,6	- 0,04	0,05	1,0
März	10,0	4,6	4,6	...	0,6	0,1	- 3,2	- 0,05	0,03	0,9
April	...	...	...	...	...	...	...	- 0,07	0,00	0,9

1 Quelle: EZB. 2 Saisonbereinigt. 3 Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Geldmarktfondsanteile, Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen mit einer Laufzeit bis zu 2 Jahren. 4 Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs gegenüber im Euro-Währungsgebiet ansässigen

Nicht-MFIs. 5 Euro OverNight Index Average. 6 Euro Interbank Offered Rate. 7 Siehe auch Anmerkungen zu Tab. VI.4, S.43. 8 BIP-gewichtete Rendite zehnjähriger Staatsanleihen. Einbezogene Länder: DE, FR, NL, BE, AT, FI, IE, PT, ES, IT, GR, (nach Umschuldung im März 2012 Neuemission).

### 2. Außenwirtschaft \*)

Zeit	Ausgewählte Posten der Zahlungsbilanz der EWU								Wechselkurse des Euro 1)		
	Leistungsbilanz				Kapitalbilanz				Dollarkurs	effektiver Wechselkurs 3)	
	Saldo	darunter: Warenhandel	Saldo	Direktinvestitionen	Wertpapieranlagen	Finanzderivate 2)	Übriger Kapitalverkehr	Währungsreserven		nominal	real
	Mio €								1 EUR = ... USD	1. Vj. 1999=100	
2013 Juli	+ 20 157	+ 21 484	+ 14 126	- 8 144	+ 12 308	+ 4 033	+ 6 151	- 221	1,3080	101,6	99,3
Aug.	+ 9 303	+ 12 117	+ 40 714	+ 1 296	+ 5 412	- 4 327	+ 36 308	+ 2 025	1,3310	102,3	99,8
Sept.	+ 14 625	+ 15 024	+ 44 171	+ 15 472	+ 2 856	+ 5 866	+ 18 833	+ 1 144	1,3348	102,1	99,4
Okt.	+ 20 279	+ 20 689	+ 44 573	- 10 999	+ 9 053	+ 4 660	+ 42 675	- 816	1,3635	102,9	100,1
Nov.	+ 24 324	+ 22 137	+ 30 485	+ 22 278	- 52 332	+ 4 990	+ 55 713	- 164	1,3493	102,7	99,8
Dez.	+ 34 272	+ 17 165	+ 108 084	+ 29 335	+ 15 260	+ 3 265	+ 58 843	+ 1 381	1,3704	103,9	101,0
2014 Jan.	- 3 559	+ 3 433	- 27 994	- 9 476	- 39 897	- 86	+ 18 773	+ 2 691	1,3610	103,5	100,6
Febr.	+ 5 157	+ 18 780	- 2 100	- 3 129	- 53 050	+ 1 808	+ 52 713	- 442	1,3659	103,6	100,7
März	+ 21 440	+ 21 906	+ 74 844	+ 15 225	+ 43 439	+ 3 179	+ 12 750	+ 253	1,3823	104,7	101,6
April	+ 12 767	+ 19 008	- 3 740	+ 9 222	+ 28 393	+ 5 189	- 46 940	+ 397	1,3813	104,6	101,3
Mai	+ 1 275	+ 20 284	+ 2 430	- 6 153	- 64 840	+ 6 701	+ 66 245	+ 477	1,3732	103,9	100,4
Juni	+ 17 983	+ 20 288	+ 91 164	- 7 464	+ 6 998	+ 5 007	+ 87 073	- 451	1,3592	103,1	99,6
Juli	+ 27 134	+ 25 982	+ 26 890	+ 5 767	+ 26 857	+ 4 505	- 9 546	- 693	1,3539	102,7	99,1
Aug.	+ 10 886	+ 10 536	+ 5 160	- 1 556	+ 9 251	+ 3 851	- 7 663	+ 1 277	1,3316	102,0	98,5
Sept.	+ 27 826	+ 24 876	+ 49 283	+ 18 270	+ 56 107	+ 10 095	- 33 261	- 1 927	1,2901	100,5	97,0
Okt.	+ 29 082	+ 26 688	+ 34 569	+ 1 206	+ 44 357	+ 6 185	- 17 310	+ 131	1,2673	99,6	96,1
Nov.	+ 25 420	+ 22 816	+ 74 566	+ 30 983	+ 16 078	+ 657	+ 26 057	+ 791	1,2472	99,6	96,1
Dez.	+ 35 870	+ 26 704	- 42 313	- 27 125	+ 23 143	+ 2 111	- 41 459	+ 1 017	1,2331	99,7	96,0
2015 Jan.	+ 8 316	+ 10 865	- 20 340	+ 5 967	- 32 024	+ 5 179	- 658	+ 1 196	1,1621	95,9	p) 92,4
Febr.	+ 13 768	+ 25 233	+ 16 862	+ 4 309	+ 8 867	+ 6 430	- 6 944	+ 4 200	1,1350	94,0	p) 90,7
März	...	...	...	...	...	...	...	...	1,0838	91,4	p) 88,2
April	...	...	...	...	...	...	...	...	1,0779	90,5	p) 87,3

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds. 1 Siehe auch Tab.

XII.10 und 12, S. 81\*/ 82\* 2 Einschl. Mitarbeiteraktienoptionen. 3 Gegenüber den Währungen der EWK-19-Gruppe.

## I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

### 3. Allgemeine Wirtschaftsindikatoren

Zeit	EWU	Belgien	Deutschland	Estland	Finnland	Frankreich	Griechenland	Irland	Italien	Lettland
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)3)</sup></b>										
2012	- 0,8	0,1	0,4	4,7	- 1,4	0,3	- 6,6	- 0,3	- 2,8	4,8
2013	- 0,4	0,3	0,1	1,6	- 1,3	0,3	- 3,9	0,2	- 1,7	4,2
2014	0,9	1,1	1,6	2,1	- 0,1	0,4	0,8	4,8	- 0,4	2,4
2013 4.Vj.	0,4	0,6	1,0	1,7	- 0,1	0,6	- 3,1	- 1,1	- 0,9	4,5
2014 1.Vj.	1,1	1,3	2,6	0,5	0,1	0,7	- 0,5	4,0	- 0,1	2,8
2.Vj.	0,8	1,0	1,0	2,3	- 0,4	0,1	0,4	7,3	- 0,5	2,3
3.Vj.	0,8	1,0	1,2	2,4	0,0	0,3	2,0	3,5	- 0,4	2,4
4.Vj.	0,9	1,1	1,6	3,0	- 0,1	0,4	1,2	...	- 0,6	2,1
2015 1.Vj.	1,0	...	1,1	...	...	...	...	...	...	...
<b>Industrieproduktion <sup>1)4)</sup></b>										
2012	- 2,4	- 2,1	- 0,3	1,5	- 1,5	- 2,7	- 2,1	- 1,5	- 6,3	6,2
2013	- 0,7	0,9	0,2	4,2	- 3,2	- 0,6	- 3,2	- 2,2	- 3,2	- 0,4
2014	0,8	1,0	r) 1,3	2,4	- 1,9	- 1,0	- 2,3	19,9	- 0,6	- 0,9
2013 4.Vj.	1,5	4,0	3,0	2,1	- 2,3	0,6	- 4,8	- 1,3	- 0,4	- 0,6
2014 1.Vj.	1,3	3,3	r) 3,0	- 1,4	- 3,4	- 0,8	- 2,5	11,9	0,6	- 2,0
2.Vj.	0,8	2,1	r) 0,9	2,4	- 1,8	- 1,9	- 3,1	21,0	0,0	- 0,2
3.Vj.	0,6	0,0	r) 0,7	3,2	- 1,9	0,0	- 3,2	19,1	- 1,4	- 0,8
4.Vj.	0,3	- 1,5	r) 0,7	5,3	- 0,8	- 1,3	- 0,2	27,8	- 1,4	- 0,7
2015 1.Vj.	s) 1,5	...	p) 0,6	2,6	- 3,7	1,5	p) 2,1	p) 31,3	- 0,2	1,6
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>5)</sup></b>										
2012	79,1	77,7	83,5	70,2	78,8	82,2	64,9	-	71,8	70,8
2013	78,2	76,6	82,1	71,3	78,4	80,9	65,0	-	71,6	72,0
2014	80,1	79,3	83,9	73,0	79,0	81,9	67,7	-	73,7	72,2
2014 1.Vj.	80,3	79,5	83,3	72,3	79,1	81,8	65,9	-	73,6	72,1
2.Vj.	79,8	79,0	83,9	72,6	79,9	81,3	67,7	-	73,5	72,0
3.Vj.	80,0	79,2	84,0	74,0	78,9	82,5	70,4	-	73,6	71,5
4.Vj.	80,3	79,4	84,4	73,2	77,9	82,0	66,7	-	73,9	73,3
2015 1.Vj.	81,0	79,7	84,8	71,2	78,6	81,9	69,2	-	74,6	71,3
2.Vj.	81,2	79,8	84,4	70,7	79,1	82,4	67,7	-	76,1	72,2
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>6)7)</sup></b>										
2012	11,4	7,6	5,4	10,0	7,7	9,8	24,5	14,7	10,7	15,0
2013	12,0	8,4	5,2	8,6	8,2	10,3	27,5	13,1	12,1	11,9
2014	11,6	8,5	5,0	7,4	8,7	10,3	26,5	11,3	12,7	10,8
2014 Okt.	11,5	8,6	5,0	6,8	9,0	10,4	26,1	10,6	13,0	10,4
Nov.	11,5	8,6	5,1	6,4	9,0	10,5	25,9	10,4	13,2	10,4
Dez.	11,4	8,5	4,8	6,3	8,9	10,5	25,9	10,1	12,7	10,4
2015 Jan.	11,3	8,5	4,6	6,2	9,0	10,6	25,6	10,0	12,6	...
Febr.	11,3	8,5	4,8	5,9	9,1	10,6	25,4	9,9	12,7	...
März	11,3	8,5	4,6	...	9,1	10,6	...	9,8	13,0	...
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>										
2012	2,5	2,6	2,1	4,2	3,2	2,2	1,0	1,9	3,3	2,3
2013	1,4	1,2	1,6	3,2	2,2	1,0	- 0,9	0,5	1,3	0,0
2014	8) 0,4	0,5	0,8	0,5	1,2	0,6	- 1,4	0,3	0,2	0,7
2014 Nov.	0,3	0,1	0,5	0,0	1,1	0,4	- 1,2	0,2	0,3	0,9
Dez.	- 0,2	- 0,4	0,1	0,1	0,6	0,1	- 2,5	- 0,3	- 0,1	0,3
2015 Jan.	9) - 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 2,8	- 0,4	- 0,5	- 0,3
Febr.	- 0,3	- 0,4	r) 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,3	- 1,9	- 0,4	0,1	0,0
März	- 0,1	- 0,1	0,2	0,0	0,0	0,0	- 1,9	- 0,3	0,0	0,5
April	s) 0,0	...	0,3	...	...	...	- 1,8	...	s) 0,0	0,6
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>10)</sup></b>										
2012	- 3,6	- 4,1	0,1	- 0,2	- 2,1	- 4,8	- 8,7	- 8,1	- 3,0	- 0,8
2013	- 2,9	- 2,9	0,1	- 0,2	- 2,5	- 4,1	- 12,3	- 5,8	- 2,9	- 0,7
2014	- 2,4	- 3,2	0,7	0,6	- 3,2	- 4,0	- 3,5	- 4,1	- 3,0	- 1,4
<b>Staatliche Verschuldung <sup>10)</sup></b>										
2012	89,1	103,8	79,3	9,7	52,9	89,6	156,9	121,7	123,1	40,9
2013	90,9	104,4	77,1	10,1	55,8	92,3	175,0	123,2	128,5	38,2
2014	91,9	106,5	74,7	10,6	59,3	95,0	177,1	109,7	132,1	40,0

Quellen: Nationale Statistiken, Europäische Kommission, Eurostat, Europäische Zentralbank. Aktuelle Angaben beruhen teilweise auf Pressemeldungen und sind vorläufig.  
 1 Veränderung gegen Vorjahreszeitraum in Prozent. 2 Bruttoinlandsprodukt des

EWU-Aggregats aus saisonbereinigten Werten berechnet. 3 ESVG 2010. 4 Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Energie; arbeitstäglich bereinigt. 5 Verarbeitendes Gewerbe, in Prozent; saisonbereinigt; Vierteljahreswerte jeweils erster Monat

I. Wichtige Wirtschaftsdaten für die Europäische Währungsunion

Litauen	Luxemburg	Malta	Niederlande	Österreich	Portugal	Slowakische Republik	Slowenien	Spanien	Zypern	Zeit
<b>Reales Bruttoinlandsprodukt <sup>1)2)3)</sup></b>										
3,8	- 0,2	2,5	- 1,6	0,9	- 4,0	1,6	- 2,6	- 2,1	- 2,4	2012
3,3	2,0	2,7	- 0,7	0,2	- 1,6	1,4	- 1,0	- 1,2	- 5,4	2013
2,9	...	3,5	0,9	0,3	0,9	2,4	2,6	1,4	- 2,3	2014
3,3	1,0	2,5	1,0	0,9	0,8	2,0	2,1	- 0,1	- 4,9	2013 4.Vj.
3,3	2,5	3,2	0,0	0,5	0,7	2,3	2,1	0,7	- 3,4	2014 1.Vj.
3,4	1,3	3,3	1,1	0,6	0,8	2,6	2,9	1,1	- 1,7	2.Vj.
2,7	4,0	3,7	1,0	0,3	1,6	2,4	3,2	1,7	- 2,1	3.Vj.
2,5	...	4,0	1,4	- 0,1	0,5	2,4	2,4	2,1	- 2,0	4.Vj.
...	...	...	...	0,4	...	...	...	...	...	2015 1.Vj.
<b>Industrieproduktion <sup>1)4)</sup></b>										
3,7	- 6,0	5,4	- 0,5	- 0,3	- 6,1	8,0	- 0,5	- 6,9	- 9,6	2012
3,3	- 4,4	5,3	0,5	0,8	0,5	5,2	- 1,4	- 1,7	- 12,5	2013
0,2	7,0	5,7	- 2,9	0,8	1,8	3,7	1,3	1,3	- 0,8	2014
- 2,4	3,8	- 10,1	0,8	0,6	3,8	10,9	1,3	1,0	- 9,8	2013 4.Vj.
- 6,4	8,2	- 7,7	- 6,9	2,1	3,2	6,8	- 0,3	1,6	- 1,7	2014 1.Vj.
4,7	6,5	- 8,8	- 1,6	0,9	2,6	5,4	1,2	2,3	- 0,4	2.Vj.
- 0,6	7,0	- 5,4	- 0,1	- 0,2	1,8	2,3	2,3	0,8	0,3	3.Vj.
3,5	6,6	- 0,2	- 2,3	0,6	- 0,2	0,7	1,8	0,5	- 1,5	4.Vj.
3,7	p)	3,5	p)	3,4	p)	...	p)	5,2	1,7	2015 1.Vj.
<b>Kapazitätsauslastung in der Industrie <sup>5)</sup></b>										
72,1	76,4	75,2	78,4	84,6	73,8	69,6	79,1	72,1	56,5	2012
73,2	64,5	77,0	76,7	83,6	73,5	60,6	78,3	73,3	49,3	2013
74,9	66,2	78,1	80,2	84,3	75,6	54,6	80,3	75,8	53,9	2014
74,2	67,7	80,2	79,7	84,1	76,3	57,6	79,7	77,0	52,5	2014 1.Vj.
75,1	64,8	76,8	81,0	85,1	74,8	46,8	79,5	74,1	54,1	2.Vj.
75,1	65,4	77,2	79,6	84,2	75,6	56,5	80,8	75,3	54,5	3.Vj.
75,1	66,9	78,1	80,3	83,7	75,5	57,3	81,2	76,9	54,5	4.Vj.
74,4	66,4	80,5	80,6	84,1	78,0	75,0	85,1	78,1	54,9	2015 1.Vj.
74,4	65,6	78,7	82,3	84,2	77,6	79,4	83,4	77,2	60,3	2.Vj.
<b>Standardisierte Arbeitslosenquote <sup>6)7)</sup></b>										
13,4	5,1	6,3	5,8	4,9	15,8	14,0	8,9	24,8	11,9	2012
11,8	5,9	6,4	7,3	5,4	16,4	14,2	10,1	26,1	15,9	2013
10,7	5,9	5,9	7,4	5,6	14,1	13,2	9,7	24,5	16,1	2014
10,3	5,9	6,0	7,1	5,7	13,5	12,7	9,5	23,9	16,3	2014 Okt.
10,1	5,8	6,1	7,1	5,7	13,5	12,6	9,5	23,7	16,5	Nov.
10,0	5,8	6,1	7,2	5,6	13,6	12,4	9,4	23,6	16,3	Dez.
9,9	5,8	6,0	7,2	5,4	13,8	12,4	9,4	23,3	16,1	2015 Jan.
10,0	5,8	5,9	7,1	5,4	13,6	12,3	9,4	23,1	16,1	Febr.
9,5	5,7	5,8	7,0	5,6	13,5	12,2	9,3	23,0	16,0	März
<b>Harmonisierter Verbraucherpreisindex <sup>1)</sup></b>										
3,2	2,9	3,2	2,8	2,6	2,8	3,7	2,8	2,4	3,1	2012
1,2	1,7	1,0	2,6	2,1	0,4	1,5	1,9	1,5	0,4	2013
0,2	0,7	0,8	0,3	1,5	- 0,2	- 0,1	0,4	- 0,2	- 0,3	2014
0,4	0,2	0,6	0,3	1,5	0,1	0,0	0,1	- 0,5	0,0	2014 Nov.
- 0,1	- 0,9	0,4	- 0,1	0,8	- 0,3	- 0,1	- 0,1	- 1,1	- 1,0	Dez.
- 1,4	- 1,1	0,8	- 0,7	0,5	- 0,4	- 0,5	- 0,7	- 1,5	- 0,7	2015 Jan.
- 1,5	- 0,3	0,6	- 0,5	0,5	- 0,1	- 0,6	- 0,5	- 1,2	- 0,8	Febr.
- 1,1	0,1	0,5	- 0,3	p)	0,9	- 0,4	- 0,4	- 0,8	- 1,4	März
- 0,6	0,0	1,4	0,0	...	...	...	- 0,7	...	...	April
<b>Staatlicher Finanzierungssaldo <sup>10)</sup></b>										
- 3,1	0,1	- 3,6	- 4,0	- 2,2	- 5,6	- 4,2	- 4,0	- 10,3	- 5,8	2012
- 2,6	0,9	- 2,6	- 2,3	- 1,3	- 4,8	- 2,6	- 14,9	- 6,8	- 4,9	2013
- 0,7	0,6	- 2,1	- 2,3	- 2,4	- 4,5	- 2,9	- 4,9	- 5,8	- 8,8	2014
<b>Staatliche Verschuldung <sup>10)</sup></b>										
39,8	21,9	67,4	66,5	81,5	125,8	52,1	53,7	84,4	79,5	2012
38,8	24,0	69,2	68,6	80,9	129,7	54,6	70,3	92,1	102,2	2013
40,9	23,6	68,0	68,8	84,5	130,2	53,6	80,9	97,7	107,5	2014

im Quartal. **6** In Prozent der zivilen Erwerbspersonen; saisonbereinigt. **7** Standardisierte Arbeitslosenquote Deutschland: Eigene Berechnung auf Basis von Ursprungswerten des Statistischen Bundesamtes. **8** Ab 2014 einschl. Lettland. **9** Ab 2015

einschl. Litauen. **10** In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (Basis ESVG 2010); EWU-Aggregat: Europäische Zentralbank, Mitgliedstaaten (Maastricht-Definition): Europäische Kommission.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 1. Entwicklung der Geldbestände im Bilanzzusammenhang \*) a) Europäische Währungsunion<sup>1)</sup>

Mrd €

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter Wertpapiere	zusammen	darunter Wertpapiere								
2013 Aug.	- 53,7	- 35,9	- 6,0	- 17,8	- 2,8	34,3	- 15,8	- 50,1	- 8,8	- 6,3	- 0,8	- 13,7	12,0
Sept.	3,2	19,3	- 0,6	- 16,1	- 16,3	23,8	- 31,6	- 55,4	- 8,6	- 4,2	- 1,3	- 2,0	- 1,0
Okt.	- 43,1	- 61,4	- 26,5	18,2	5,8	34,1	65,3	31,3	8,4	2,0	- 0,5	15,3	- 8,4
Nov.	- 18,9	7,6	- 2,5	- 26,5	- 7,8	51,6	5,6	- 46,0	- 2,2	1,7	- 0,3	- 2,3	- 1,4
Dez.	- 182,0	-107,0	- 38,6	- 75,0	- 73,1	78,0	- 85,8	- 163,8	- 11,4	- 8,9	- 0,5	- 9,8	7,7
2014 Jan.	43,5	- 18,9	9,5	62,4	42,6	9,0	125,0	116,0	- 1,1	- 2,7	0,1	- 12,4	13,9
Febr.	- 5,1	- 9,2	- 16,4	4,1	12,3	32,5	16,1	- 16,4	- 11,9	- 5,9	0,1	- 11,3	5,2
März	7,7	6,1	- 3,2	1,6	3,9	12,6	- 23,6	- 36,3	10,4	- 8,6	- 0,2	- 0,1	19,4
April	- 6,1	- 6,2	- 17,1	0,1	- 0,1	- 9,4	64,8	74,2	- 24,9	- 31,1	- 0,3	- 0,9	7,4
Mai	- 25,7	- 36,4	23,8	10,7	9,1	51,6	37,0	- 14,6	- 21,0	- 14,9	- 0,4	3,3	- 9,0
Juni	9,3	23,6	- 12,9	- 14,3	- 6,4	69,3	- 34,0	- 103,4	- 15,4	- 10,6	- 1,4	- 22,3	18,8
Juli	- 25,9	- 15,7	6,4	- 10,2	- 17,8	27,2	61,1	34,0	- 6,8	- 12,4	0,6	- 10,3	15,2
Aug.	- 45,7	- 51,0	- 15,6	5,3	15,9	- 1,3	- 5,8	- 4,5	0,2	- 5,0	1,3	- 5,9	9,8
Sept.	34,8	26,2	- 14,5	8,6	9,2	- 25,0	- 17,7	7,3	- 6,0	- 16,5	0,3	- 12,0	22,1
Okt.	5,0	- 24,0	- 9,0	29,0	23,1	10,4	- 4,0	- 14,4	- 37,0	- 13,9	- 0,2	- 26,5	3,6
Nov.	33,7	25,6	5,5	8,1	5,2	60,2	76,5	16,3	- 13,3	1,1	- 0,4	- 13,1	- 0,9
Dez.	- 47,6	- 9,5	- 6,0	- 38,1	- 46,2	- 2,4	- 111,5	- 109,1	- 39,4	- 1,0	2,3	- 41,9	1,2
2015 Jan.	92,6	16,8	1,2	75,9	54,1	- 20,3	191,5	211,9	- 17,8	- 17,7	0,6	- 9,4	8,7
Febr.	4,8	18,4	0,9	- 13,6	- 3,8	- 26,5	- 18,2	8,3	- 18,7	- 3,8	- 1,5	- 8,5	- 5,0
März	74,1	46,8	2,7	27,3	24,2	- 1,3	- 39,8	- 38,5	- 35,0	- 15,5	- 1,2	- 29,9	11,6

### b) Deutscher Beitrag

Zeit	I. Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet					II. Nettoforderungen gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet			III. Geldkapitalbildung bei Monetären Finanzinstituten (MFIs) im Euro-Währungsgebiet				
	insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen		öffentliche Haushalte		insgesamt	Forderungen an das Nicht-Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet	insgesamt	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren (netto) <sup>2)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>3)</sup>
		zusammen	darunter: Wertpapiere	zusammen	darunter: Wertpapiere								
2013 Aug.	- 13,5	- 9,5	- 2,0	- 4,1	- 1,9	1,2	- 13,4	- 14,6	- 10,1	- 4,3	- 0,9	- 5,1	0,2
Sept.	- 3,7	2,4	1,3	- 6,1	- 5,1	22,3	- 17,6	- 39,9	- 1,1	- 3,9	- 0,8	3,3	0,2
Okt.	9,4	- 0,6	0,3	10,1	2,3	22,3	25,8	3,5	- 4,2	- 3,4	- 0,1	- 0,6	- 0,1
Nov.	5,0	7,9	1,7	- 2,9	1,8	14,6	16,1	1,5	- 1,5	- 0,7	- 0,0	- 1,3	0,5
Dez.	- 17,0	- 8,3	- 6,3	- 8,7	- 2,2	40,7	- 25,6	- 66,3	- 6,5	- 1,5	- 0,2	- 5,7	0,9
2014 Jan.	15,2	9,7	10,4	5,4	- 0,8	- 12,1	32,5	44,7	- 8,6	- 1,4	- 0,5	- 7,2	0,4
Febr.	- 3,1	- 3,9	- 8,7	0,8	4,6	24,4	4,7	- 19,7	- 2,7	- 3,5	0,3	0,2	0,4
März	4,1	7,8	6,0	- 3,7	1,0	15,8	- 3,7	- 19,6	- 5,0	- 2,9	- 0,0	- 2,8	0,7
April	21,3	20,5	13,8	0,9	- 0,1	0,4	8,2	7,8	- 15,7	- 3,6	- 0,3	- 12,0	0,1
Mai	- 2,3	- 4,7	- 9,6	2,4	1,0	7,5	17,7	10,2	12,1	- 2,6	- 0,2	10,8	3,9
Juni	- 7,2	0,5	- 0,9	- 7,8	0,6	34,6	12,3	- 22,3	5,5	- 3,1	- 1,1	- 3,0	12,7
Juli	10,3	3,2	3,3	7,1	4,1	21,8	23,5	1,7	- 1,2	- 4,3	0,7	- 0,7	3,1
Aug.	- 6,4	0,8	- 3,4	- 7,2	- 2,0	- 16,9	- 11,4	5,5	- 2,7	- 1,3	0,9	- 2,8	0,5
Sept.	10,2	6,2	2,1	4,0	4,8	- 16,6	- 14,1	2,5	- 3,2	- 0,7	0,5	- 4,5	1,5
Okt.	5,3	- 4,2	- 4,5	9,5	2,4	16,5	10,9	- 5,6	- 1,7	- 2,8	- 0,2	1,2	0,1
Nov.	14,1	15,3	6,0	- 1,2	1,9	12,8	30,9	18,1	0,1	- 2,7	- 0,4	1,5	1,8
Dez.	- 15,6	1,6	5,4	- 17,2	- 10,2	- 5,5	- 33,2	- 27,7	- 17,5	- 7,3	0,2	- 8,1	- 2,2
2015 Jan.	28,5	12,9	6,9	15,6	6,7	- 57,8	52,3	110,2	- 1,3	- 3,4	0,0	1,2	0,8
Febr.	9,5	4,6	- 1,1	4,8	1,7	- 0,2	- 10,9	- 10,7	2,7	- 1,5	- 1,3	3,2	2,3
März	5,7	9,4	7,8	- 3,7	- 2,1	- 12,8	- 19,0	- 6,2	- 24,0	- 4,5	- 1,3	- 18,3	- 0,0

\* Die Angaben der Übersicht beruhen auf der Konsolidierten Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) (Tab. II.2); statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe dazu auch die „Hinweise zu den Zahlenwerten“ in den methodischen Erläuterungen im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, S. 112\*). **1** Quelle: EZB. **2** Abzüglich Bestand der MFIs. **3** Nach Abzug der Inter-

MFIs-Beteiligungen. **4** Einschl. Gegenposten für monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten. **5** Einschl. monetärer Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter). **6** In Deutschland nur Spareinlagen. **7** Unter Ausschaltung der von Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets gehaltenen Papiere. **8** Abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papiere.

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

a) Europäische Währungsunion

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3 (Saldo I + II - III - IV - V)											Zeit
	insgesamt 4)	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten	insgesamt	Geldmenge M2						Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 2) 7) 8)	Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpap.) (netto) 2) 7)		
				zusammen	Geldmenge M1			Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren 5)	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 5) 6)					
					zusammen	Bargeld-umlauf	täglich fällige Einlagen 5)							
- 55,7	12,4	-	32,8	27,4	25,4	1,4	24,0	0,5	1,5	4,4	9,5	1,1	2013 Aug.	
11,2	58,1	-	33,8	1,3	23,6	0,2	23,8	19,2	5,6	8,0	26,4	6,5	Sept.	
- 28,0	- 5,3	-	15,7	22,0	38,5	3,9	34,6	9,4	7,1	5,5	1,3	12,4	Okt.	
18,4	- 11,9	-	28,4	33,9	47,1	5,4	41,7	15,1	1,9	3,7	1,1	4,0	Nov.	
- 49,3	- 26,3	-	17,0	15,2	13,7	17,9	- 4,2	0,2	1,7	15,5	12,8	12,9	Dez.	
20,4	37,7	-	4,5	39,7	36,5	13,6	23,0	15,6	12,5	6,9	25,3	0,9	2014 Jan.	
36,9	- 13,6	-	16,0	14,4	12,2	1,9	10,2	2,3	0,0	19,1	0,8	4,9	Febr.	
- 5,3	3,0	-	12,3	38,5	33,0	6,3	26,7	0,6	4,9	12,8	17,6	3,2	März	
- 10,7	- 6,8	-	26,8	27,9	38,2	5,3	32,9	7,9	2,4	8,9	5,4	11,9	April	
33,1	- 50,1	-	63,8	57,8	54,9	7,1	47,8	1,0	1,9	13,9	4,1	8,6	Mai	
26,4	51,1	-	16,6	23,1	44,4	6,4	38,0	19,4	1,9	28,1	12,9	2,4	Juni	
- 23,1	2,4	-	28,8	15,0	10,3	9,4	0,9	6,4	1,6	2,7	16,9	7,3	Juli	
- 46,4	- 48,2	-	47,5	40,7	34,9	2,0	32,8	3,5	2,4	2,9	3,7	2,4	Aug.	
- 6,1	22,8	-	0,8	14,7	33,4	0,3	33,1	12,8	5,8	18,3	11,6	6,0	Sept.	
- 6,5	33,8	-	25,2	8,8	38,3	3,5	34,8	20,6	8,9	25,6	14,6	4,3	Okt.	
25,9	- 11,4	-	92,7	90,5	100,6	6,2	94,4	14,5	4,4	2,7	5,6	0,6	Nov.	
- 46,7	15,5	-	20,6	30,7	50,9	23,8	27,1	17,8	2,4	13,8	17,6	21,3	Dez.	
80,2	- 32,9	-	42,8	24,8	52,8	2,7	55,5	36,3	8,3	23,6	20,3	7,7	2015 Jan.	
- 30,7	- 14,2	-	41,8	23,2	26,5	4,1	22,4	6,2	2,9	36,4	9,0	3,2	Febr.	
20,4	53,7	-	33,7	57,1	53,5	7,7	45,8	4,6	8,2	2,0	9,8	6,6	März	

b) Deutscher Beitrag

IV. Einlagen von Zentralstaaten	V. Sonstige Einflüsse		VI. Geldmenge M3, ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf (Saldo I + II - III - IV - V) 10)											Zeit
	insgesamt	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten 9) 11)	insgesamt	Komponenten der Geldmenge								Schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 2 Jahren (einschl. Geldmarktpapiere) (netto) 7)		
				Bargeld-umlauf (bis Dezember 2001 in der Geldmenge M3 enthalten)	täglich fällige Einlagen	Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren	Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten 6)	Repo-geschäfte	Geldmarkt-fondsanteile (netto) 7) 8)					
- 8,9	3,4	3,4	0,4	3,2	13,0	2,4	0,2	9,4	0,0	0,0	3,0	2013 Aug.		
1,1	14,2	3,2	0,2	4,5	12,9	6,5	0,3	0,7	0,5	0,5	1,8	Sept.		
- 3,3	7,0	2,2	0,6	32,2	27,1	0,7	0,0	4,0	0,3	0,3	2,1	Okt.		
0,5	18,8	1,5	1,4	1,9	10,4	1,9	0,0	3,5	0,1	0,1	3,0	Nov.		
2,6	31,0	2,5	3,7	- 3,3	- 13,6	7,1	4,1	2,9	0,0	0,0	3,9	Dez.		
- 3,1	16,2	10,4	- 13,0	- 1,3	5,1	4,9	0,6	1,2	0,1	0,1	2,2	2014 Jan.		
3,7	5,1	2,4	0,2	15,2	8,7	4,4	0,5	0,1	0,0	0,0	1,6	Febr.		
- 1,6	37,3	1,6	1,9	- 10,7	- 7,9	3,7	1,2	2,8	0,2	0,2	2,2	März		
- 2,3	6,1	2,2	1,4	33,6	35,9	3,3	1,6	2,5	0,0	0,0	0,1	April		
1,9	- 24,5	3,0	1,3	15,7	11,2	7,3	0,6	3,0	0,1	0,1	0,7	Mai		
- 0,9	30,9	2,8	1,9	- 8,1	- 8,3	2,5	0,4	0,4	0,1	0,1	2,7	Juni		
1,3	24,4	4,5	2,4	7,6	5,5	0,0	0,9	3,2	0,0	0,0	0,2	Juli		
- 4,8	- 38,5	3,7	- 0,1	22,7	15,8	2,9	0,6	1,7	0,3	0,3	2,1	Aug.		
1,5	- 4,0	3,8	0,3	- 0,7	6,1	4,8	0,1	2,7	0,0	0,0	0,6	Sept.		
- 1,3	6,5	3,2	0,8	18,2	25,6	9,3	0,3	1,8	0,0	0,0	0,4	Okt.		
- 0,3	0,8	2,5	1,2	26,2	26,6	0,3	0,4	0,4	0,0	0,0	0,8	Nov.		
2,3	12,4	3,6	5,0	- 18,2	- 18,1	4,6	2,2	6,2	0,0	0,0	0,8	Dez.		
5,8	- 58,9	2,4	- 0,8	25,0	26,4	4,6	1,1	3,4	0,0	0,0	1,0	2015 Jan.		
- 8,7	- 12,3	2,1	0,8	27,6	23,5	2,8	0,9	1,2	0,0	0,0	0,8	Febr.		
2,9	9,7	2,3	2,2	4,4	5,6	0,0	0,9	0,4	0,1	0,1	0,2	März		

9 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. 10 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des Eurosystems sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 11 Differenz zwischen den tat-

sächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in der Tab. III.2).

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Aktiva										
	Aktiva / Passiva insgesamt	Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet							Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro- Währungs- gebiet	sonstige Aktiv- positionen	
		insgesamt	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte					
			Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 2)	Aktien und sonstige Dividenden- werte		Buch- kredite	Schuld- verschrei- bungen 3)			
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>											
2013 Febr.	26 517,2	16 640,3	13 243,1	11 048,6	1 418,7	775,8	3 397,2	1 135,6	2 261,7	4 826,1	5 050,8
März	26 567,8	16 698,5	13 262,6	11 044,6	1 433,3	784,7	3 435,9	1 141,2	2 294,8	4 844,2	5 025,1
April	26 709,3	16 730,7	13 270,3	11 014,5	1 440,4	815,4	3 460,3	1 151,1	2 309,3	4 818,7	5 159,9
Mai	26 371,6	16 728,1	13 249,1	10 992,1	1 446,8	810,2	3 479,0	1 125,4	2 353,7	4 798,6	4 844,9
Juni	25 926,2	16 691,6	13 200,4	10 975,2	1 432,7	792,6	3 491,1	1 116,9	2 374,3	4 669,1	4 565,6
Juli	25 675,6	16 573,2	13 113,1	10 895,5	1 432,0	785,7	3 460,0	1 120,3	2 339,8	4 636,9	4 465,6
Aug.	25 458,7	16 417,2	12 977,1	10 767,7	1 427,9	781,6	3 440,0	1 105,3	2 334,8	4 661,9	4 379,6
Sept.	25 420,6	16 423,1	12 996,1	10 781,6	1 421,9	792,7	3 426,9	1 105,5	2 321,4	4 587,6	4 409,9
Okt.	25 463,9	16 386,4	12 927,6	10 732,8	1 401,5	793,3	3 458,8	1 118,1	2 340,7	4 625,3	4 452,2
Nov.	25 426,6	16 364,8	12 929,5	10 736,1	1 398,2	795,2	3 435,3	1 099,5	2 335,8	4 616,6	4 445,2
Dez.	24 648,0	16 161,5	12 802,4	10 649,6	1 360,8	792,1	3 359,1	1 097,3	2 261,8	4 487,3	3 999,1
2014 Jan.	25 041,7	16 241,9	12 803,5	10 640,4	1 368,4	794,7	3 438,5	1 118,5	2 320,0	4 680,4	4 119,3
Febr.	24 985,6	16 222,0	12 771,6	10 635,6	1 343,7	792,3	3 450,4	1 110,2	2 340,1	4 671,5	4 092,2
März	24 905,6	16 233,6	12 772,9	10 638,7	1 330,0	804,2	3 460,6	1 108,0	2 352,6	4 638,6	4 033,4
April	25 042,7	16 233,3	12 767,4	10 647,1	1 294,8	825,6	3 465,9	1 107,7	2 358,2	4 697,2	4 112,3
Mai	25 173,8	16 217,0	12 733,6	10 585,5	1 333,1	815,0	3 483,4	1 109,4	2 373,9	4 770,8	4 186,0
Juni	25 131,3	16 209,3	12 730,5	10 606,7	1 318,3	805,5	3 478,8	1 100,9	2 377,9	4 751,1	4 170,9
Juli	25 303,6	16 176,1	12 701,1	10 574,2	1 321,3	805,7	3 475,0	1 110,1	2 364,8	4 853,0	4 274,6
Aug.	25 538,7	16 141,2	12 650,4	10 537,6	1 310,1	802,7	3 490,8	1 099,5	2 391,3	4 877,2	4 520,3
Sept.	25 682,8	16 184,8	12 682,5	10 580,6	1 297,7	804,2	3 502,3	1 099,2	2 403,2	4 988,6	4 509,4
Okt.	25 677,5	16 174,0	12 646,8	10 556,0	1 290,2	800,5	3 527,2	1 106,5	2 420,7	4 969,1	4 534,4
Nov.	26 010,6	16 221,2	12 675,7	10 573,1	1 296,8	805,9	3 545,7	1 109,7	2 435,8	5 040,3	4 749,1
Dez.	25 864,2	16 230,3	12 677,6	10 633,4	1 275,9	768,4	3 552,6	1 132,0	2 420,7	4 978,4	4 655,5
2015 Jan.	26 918,0	16 395,9	12 754,6	10 701,3	1 276,2	777,1	3 641,2	1 158,0	2 483,2	5 399,4	5 122,8
Febr.	26 850,0	16 413,6	12 779,3	10 717,7	1 276,3	785,3	3 634,3	1 143,4	2 490,9	5 396,3	5 040,1
März	27 253,2	16 508,7	12 837,9	10 767,7	1 276,9	793,3	3 670,8	1 147,9	2 522,9	5 462,2	5 282,3
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>											
2013 Febr.	6 062,6	3 765,7	2 998,6	2 614,6	148,2	235,8	767,1	382,0	385,1	1 143,4	1 153,5
März	6 075,5	3 766,8	3 000,8	2 608,8	150,0	242,0	765,9	379,8	386,2	1 154,8	1 154,0
April	6 087,6	3 792,2	3 014,9	2 605,5	148,6	260,7	777,3	390,5	386,9	1 139,0	1 156,4
Mai	5 962,4	3 768,8	3 003,0	2 607,6	146,3	249,0	765,9	379,8	386,1	1 132,8	1 060,8
Juni	5 846,2	3 766,9	3 005,4	2 616,6	148,4	240,3	761,6	376,7	384,9	1 103,7	975,6
Juli	5 814,2	3 762,3	2 990,9	2 601,1	147,7	242,1	771,4	381,7	389,8	1 097,2	954,7
Aug.	5 642,3	3 656,3	2 889,1	2 501,7	145,7	241,7	767,2	375,7	391,5	1 100,0	886,0
Sept.	5 637,5	3 650,6	2 889,5	2 500,3	144,3	244,8	761,2	374,6	386,6	1 070,0	916,9
Okt.	5 668,2	3 659,4	2 887,3	2 497,3	145,4	244,6	772,1	382,6	389,5	1 090,1	918,8
Nov.	5 680,6	3 663,8	2 894,5	2 502,7	146,9	244,9	769,3	377,9	391,4	1 101,1	915,7
Dez.	5 571,3	3 644,0	2 884,1	2 498,8	145,3	240,0	759,9	371,4	388,5	1 065,2	862,1
2014 Jan.	5 651,4	3 659,6	2 893,1	2 498,5	144,8	249,8	766,6	377,8	388,8	1 111,0	880,7
Febr.	5 617,5	3 654,6	2 886,9	2 500,6	143,2	243,1	767,7	373,9	393,7	1 111,8	851,1
März	5 600,4	3 658,2	2 894,0	2 501,7	144,3	247,9	764,3	369,2	395,0	1 105,8	836,3
April	5 631,0	3 679,4	2 914,4	2 508,2	145,2	261,0	765,0	369,8	395,2	1 112,1	839,6
Mai	5 688,2	3 679,0	2 910,7	2 513,9	146,5	250,4	768,2	371,2	397,0	1 136,0	873,2
Juni	5 697,3	3 670,8	2 910,9	2 515,1	145,8	250,0	759,9	362,6	397,3	1 150,9	875,5
Juli	5 765,7	3 681,2	2 914,0	2 515,6	143,9	254,6	767,2	365,7	401,5	1 183,5	900,9
Aug.	5 843,8	3 675,7	2 915,6	2 520,4	142,6	252,7	760,1	360,4	399,7	1 179,0	989,0
Sept.	5 843,6	3 688,5	2 924,1	2 526,7	144,0	253,5	764,4	359,8	404,6	1 182,8	972,4
Okt.	5 864,9	3 695,6	2 922,0	2 528,3	141,7	251,9	773,6	366,9	406,8	1 192,8	976,5
Nov.	5 960,0	3 711,2	2 938,5	2 537,3	145,5	255,7	772,6	363,9	408,7	1 225,3	1 023,5
Dez.	5 964,3	3 696,6	2 931,8	2 527,7	143,8	260,3	764,8	364,1	400,6	1 209,1	1 058,7
2015 Jan.	6 233,0	3 728,6	2 948,2	2 536,5	142,2	269,5	780,4	372,4	408,0	1 313,5	1 190,9
Febr.	6 176,9	3 739,6	2 954,1	2 542,4	142,3	269,4	785,5	375,5	410,0	1 303,4	1 133,9
März	6 265,3	3 748,9	2 967,1	2 546,7	143,7	276,7	781,8	374,0	407,9	1 308,4	1 208,0

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie Europäische Zentralbank und Zentralnotenbanken (Eurosistem). 1 Quelle: EZB. 2 Einschl. Geldmarktpapiere von Unter-

nehmen. 3 Einschl. Schatzwechsel und sonstige Geldmarktpapiere von öffentlichen Haushalten. 4 Euro-Bargeldumlauf (siehe auch Anm. 8, S. 12\*) Ohne Kassenbestände (in Euro) der MFIs. Für deutschen Beitrag: enthält den Euro-Banknotenumlauf der

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Passiva											Stand am Jahres- bzw. Monatsende	
Bargeld- umlauf 4)	Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											
	insgesamt	darunter: auf Euro 5)	Unternehmen und Privatpersonen							von mehr als 2 Jahren		von mehr als 3 Monaten
			zusammen	tätlich fällig	mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist 6)					
					bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren		bis zu 3 Monaten				
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>												
855,8	10 836,5	10 221,3	10 262,6	4 047,8	1 367,3	330,8	2 347,7	2 072,3	96,7	2013 Febr.		
867,5	10 915,5	10 288,3	10 326,1	4 090,3	1 357,1	339,8	2 365,2	2 078,3	95,3	März		
874,7	10 895,0	10 325,1	10 354,6	4 147,6	1 320,3	350,5	2 358,7	2 084,1	93,5	April		
879,7	10 966,5	10 332,1	10 351,2	4 160,2	1 285,3	363,8	2 363,4	2 087,1	91,5	Mai		
885,9	11 010,7	10 339,5	10 356,6	4 191,4	1 256,1	371,3	2 360,2	2 087,3	90,4	Juni		
892,8	10 958,0	10 321,2	10 341,5	4 181,5	1 243,0	383,2	2 354,4	2 090,2	89,3	Juli		
894,2	10 922,7	10 336,4	10 362,1	4 208,3	1 241,3	385,9	2 346,9	2 091,3	88,4	Aug.		
894,0	10 924,4	10 323,2	10 348,0	4 227,6	1 212,3	392,3	2 343,0	2 085,6	87,2	Sept.		
898,0	10 915,2	10 342,4	10 372,6	4 264,1	1 193,0	405,6	2 344,3	2 078,9	86,8	Okt.		
903,4	10 961,8	10 369,7	10 389,6	4 295,5	1 162,4	419,6	2 345,1	2 080,3	86,7	Nov.		
921,2	10 900,4	10 351,8	10 401,3	4 310,6	1 153,6	431,3	2 334,9	2 084,5	86,4	Dez.		
908,3	10 919,1	10 348,6	10 399,4	4 304,6	1 132,1	442,6	2 337,6	2 096,5	86,0	2014 Jan.		
910,2	10 949,2	10 338,5	10 382,8	4 307,7	1 129,1	445,4	2 319,8	2 094,6	86,2	Febr.		
916,5	10 966,6	10 355,6	10 399,0	4 332,6	1 129,0	441,5	2 311,4	2 098,5	86,1	März		
921,8	10 948,1	10 350,7	10 394,3	4 364,8	1 124,3	442,6	2 280,1	2 096,5	86,0	April		
928,9	11 020,7	10 387,2	10 425,8	4 414,7	1 121,4	439,4	2 266,3	2 098,4	85,6	Mai		
935,3	11 050,7	10 387,6	10 424,2	4 447,5	1 104,4	434,9	2 255,8	2 097,2	84,4	Juni		
944,7	11 022,8	10 378,1	10 420,0	4 448,9	1 115,3	430,6	2 244,8	2 095,2	85,0	Juli		
946,8	11 015,1	10 414,4	10 454,5	4 478,1	1 124,0	427,2	2 241,3	2 097,5	86,3	Aug.		
947,0	11 017,4	10 417,6	10 466,0	4 522,5	1 115,0	422,6	2 227,3	2 091,9	86,7	Sept.		
950,6	11 004,8	10 402,5	10 465,5	4 557,8	1 109,4	415,2	2 212,0	2 084,5	86,5	Okt.		
956,8	11 109,7	10 480,5	10 532,6	4 637,2	1 099,7	407,6	2 213,2	2 088,7	86,1	Nov.		
980,6	11 154,6	10 547,5	10 629,3	4 746,2	1 090,1	399,6	2 218,6	2 087,8	87,0	Dez.		
979,1	11 295,4	10 588,4	10 687,5	4 833,3	1 074,7	389,1	2 209,0	2 093,2	88,3	2015 Jan.		
983,2	11 285,4	10 597,6	10 694,0	4 851,5	1 040,3	389,2	2 231,5	2 094,6	86,9	Febr.		
990,9	11 351,3	10 633,3	10 741,7	4 906,2	1 041,5	385,3	2 219,7	2 103,3	85,8	März		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>												
212,1	3 103,6	3 034,1	2 921,3	1 320,1	209,7	38,4	736,0	530,9	86,2	2013 Febr.		
214,7	3 093,1	3 026,7	2 905,9	1 311,8	207,3	37,1	734,8	529,5	85,4	März		
217,1	3 112,2	3 047,8	2 928,5	1 340,3	208,8	36,1	730,7	528,9	83,8	April		
217,9	3 120,7	3 051,1	2 925,7	1 343,8	205,7	35,4	730,0	529,0	81,8	Mai		
219,6	3 113,0	3 041,2	2 911,2	1 340,2	198,5	34,3	728,4	528,8	81,0	Juni		
221,0	3 110,3	3 040,5	2 916,4	1 353,3	198,9	33,3	722,9	528,2	79,9	Juli		
220,7	3 111,9	3 051,4	2 924,9	1 365,3	200,3	32,8	719,1	528,4	79,0	Aug.		
220,9	3 115,2	3 051,4	2 926,9	1 378,4	193,3	32,5	716,4	528,1	78,2	Sept.		
221,5	3 134,5	3 075,3	2 955,7	1 408,4	195,1	32,9	713,0	528,1	78,1	Okt.		
222,9	3 142,9	3 081,9	2 956,1	1 415,6	188,8	33,3	712,2	528,1	78,1	Nov.		
226,6	3 140,9	3 075,9	2 955,8	1 403,8	197,6	33,6	710,9	532,2	77,8	Dez.		
213,5	3 136,4	3 074,8	2 960,6	1 414,2	195,0	32,8	709,6	531,7	77,3	2014 Jan.		
213,7	3 149,6	3 084,0	2 965,9	1 419,3	198,7	32,4	705,8	532,1	77,6	Febr.		
215,6	3 139,6	3 074,6	2 954,0	1 410,5	200,0	32,0	703,1	530,9	77,5	März		
217,0	3 164,3	3 101,6	2 984,7	1 446,5	200,8	31,5	699,3	529,2	77,4	April		
218,3	3 182,1	3 116,5	2 992,7	1 455,0	203,1	32,0	696,8	528,6	77,2	Mai		
220,3	3 165,8	3 101,0	2 972,3	1 446,5	195,6	32,1	693,6	528,3	76,1	Juni		
222,6	3 168,9	3 102,0	2 976,7	1 455,9	195,5	31,5	689,5	527,5	76,8	Juli		
222,5	3 183,4	3 120,4	2 992,8	1 467,7	199,8	31,3	688,2	528,0	77,7	Aug.		
222,8	3 187,6	3 124,3	2 997,3	1 479,1	191,5	32,7	687,6	528,2	78,2	Sept.		
223,6	3 199,5	3 133,6	3 020,0	1 507,0	189,9	32,5	684,8	527,9	78,1	Okt.		
224,8	3 222,7	3 157,5	3 038,6	1 531,2	186,7	33,4	682,2	527,4	77,7	Nov.		
229,7	3 207,5	3 139,1	3 019,1	1 507,1	191,8	32,3	680,7	530,9	76,3	Dez.		
228,9	3 233,6	3 154,6	3 044,9	1 541,7	188,3	31,3	677,5	528,8	77,4	2015 Jan.		
229,7	3 249,6	3 172,0	3 061,9	1 562,6	187,1	31,0	675,4	529,6	76,1	Febr.		
232,0	3 253,1	3 175,9	3 062,6	1 569,1	186,3	31,9	671,9	528,7	74,8	März		

Bundesbank entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe dazu Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). Das von der Bundesbank tatsächlich in Umlauf gebrachte Bargeldvolumen lässt sich durch Addition mit

der Position „Intra-Eurosystem- Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten“ ermitteln (siehe „sonstige Passivpositionen“). 5 Ohne Einlagen von Zentralstaaten. 6 In Deutschland nur Spareinlagen.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### noch: 2. Konsolidierte Bilanz der Monetären Finanzinstitute (MFIs) \*)

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	noch: Passiva														
	noch: Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet											Begebene Schuld-			
	öffentliche Haushalte											Repogeschäfte mit Nichtbanken im Euro-Währungsgebiet			
	Zentral- staaten	sonstige öffentliche Haushalte			mit vereinbarter Laufzeit			mit vereinbarter Kündigungsfrist 2)		insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen	Geldmarkt- fonds- anteile (netto) 3)	insgesamt	darunter: auf Euro	
zusammen	täglich fällig	bis zu 1 Jahr	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren	bis zu 3 Monaten	von mehr als 3 Monaten	insgesamt	darunter: mit Unterneh- men und Privat- personen							
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) 1)</b>															
2013 Febr.	290,5	283,3	129,3	83,6	6,0	43,5	14,6	6,3	417,3	412,0	465,9	2 806,9	2 151,4		
März	301,2	288,2	126,0	91,0	6,6	44,0	14,4	6,2	440,3	434,2	459,6	2 775,5	2 122,0		
April	250,7	289,7	130,1	87,7	6,9	43,7	15,1	6,1	431,3	423,8	459,1	2 747,3	2 102,0		
Mai	313,2	302,1	137,1	91,8	7,3	44,6	15,3	6,0	444,5	437,7	455,7	2 721,4	2 076,4		
Juni	343,5	310,6	142,5	95,5	7,6	44,3	14,9	5,9	466,2	459,7	436,0	2 695,8	2 061,8		
Juli	317,4	299,1	131,9	94,1	7,2	45,1	14,9	5,8	417,1	411,3	434,8	2 656,5	2 031,2		
Aug.	261,7	299,0	130,7	95,3	7,5	44,5	15,1	5,8	339,1	332,9	444,4	2 646,2	2 012,9		
Sept.	272,9	303,5	133,8	96,8	7,5	44,8	15,0	5,8	331,1	325,3	417,9	2 642,7	2 003,7		
Okt.	245,2	297,3	132,3	91,8	7,9	45,0	14,7	5,6	313,9	308,0	419,1	2 638,0	2 006,1		
Nov.	263,6	308,6	140,0	94,8	8,2	45,3	14,7	5,6	310,6	303,4	417,9	2 631,1	1 999,9		
Dez.	214,8	284,4	121,3	92,0	8,5	45,1	12,2	5,2	294,5	287,7	404,8	2 586,5	1 978,6		
2014 Jan.	236,4	283,2	120,9	89,6	8,6	45,1	13,4	5,6	287,8	279,3	422,6	2 581,8	1 969,1		
Febr.	272,5	293,8	127,5	91,0	9,1	45,5	15,2	5,6	306,7	295,2	421,8	2 556,5	1 956,7		
März	267,2	300,4	128,2	95,9	9,1	45,4	16,4	5,5	293,9	285,4	404,1	2 558,8	1 961,5		
April	256,5	297,4	130,2	91,0	9,3	45,4	16,0	5,4	285,0	276,2	409,3	2 544,4	1 948,4		
Mai	289,6	305,3	130,0	99,0	9,4	45,4	16,2	5,3	271,3	262,6	405,2	2 563,1	1 948,7		
Juni	315,9	310,5	133,6	101,3	9,4	45,3	15,6	5,2	299,4	285,1	392,2	2 533,2	1 919,9		
Juli	292,8	310,0	132,6	101,9	9,2	45,0	16,1	5,2	302,3	293,4	409,0	2 524,2	1 898,5		
Aug.	246,4	314,2	138,0	100,3	9,3	45,0	16,4	5,2	305,3	296,2	412,7	2 521,4	1 888,8		
Sept.	240,6	310,8	132,1	102,9	9,1	45,2	16,4	5,1	287,6	272,5	414,4	2 526,9	1 878,0		
Okt.	236,2	303,1	133,1	95,0	9,3	45,1	15,5	5,1	313,2	302,7	428,9	2 489,0	1 839,8		
Nov.	262,2	315,0	142,1	97,0	10,1	44,9	15,8	5,1	310,5	301,4	434,4	2 474,9	1 824,9		
Dez.	217,9	307,4	138,0	96,9	11,5	39,6	16,3	5,1	297,0	290,7	414,7	2 476,3	1 812,4		
2015 Jan.	300,3	307,7	135,0	97,3	11,3	39,9	18,7	5,4	321,5	311,3	439,2	2 500,6	1 792,8		
Febr.	272,0	319,3	142,3	99,8	11,6	40,0	20,2	5,3	358,0	347,9	448,0	2 495,0	1 776,9		
März	292,4	317,1	139,8	100,3	12,7	39,1	20,0	5,3	360,5	354,3	438,2	2 480,3	1 752,9		
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>															
2013 Febr.	27,2	155,1	46,0	63,8	4,4	37,7	2,6	0,6	99,7	98,7	4,6	620,0	346,1		
März	25,4	161,9	44,8	70,8	4,9	38,1	2,6	0,6	97,0	95,8	4,7	610,5	338,4		
April	22,7	161,0	45,7	69,1	5,1	37,8	2,6	0,6	98,9	96,6	5,3	605,6	340,1		
Mai	27,8	167,2	47,2	72,6	5,4	38,5	2,8	0,6	98,0	96,7	5,3	593,2	330,7		
Juni	28,9	172,9	50,1	75,6	5,4	38,3	2,9	0,6	113,3	112,8	4,8	581,3	326,4		
Juli	27,1	166,7	45,7	73,5	5,0	39,0	2,9	0,6	89,8	89,7	4,8	574,5	322,1		
Aug.	18,2	168,9	46,8	74,8	5,1	38,4	3,0	0,7	3,0	2,8	4,8	567,8	316,2		
Sept.	19,2	169,2	46,4	75,4	5,1	38,6	3,0	0,7	3,7	3,2	4,3	566,6	316,5		
Okt.	16,0	162,9	43,2	71,9	5,4	38,8	3,0	0,7	7,7	6,2	4,0	565,3	316,5		
Nov.	16,5	170,4	46,4	76,0	5,4	38,9	2,9	0,7	3,9	3,3	3,9	561,7	314,1		
Dez.	19,0	166,1	44,4	73,8	5,7	38,7	2,9	0,7	6,7	5,1	3,9	550,0	309,5		
2014 Jan.	15,9	159,9	39,7	72,3	5,7	38,7	2,8	0,7	7,9	7,1	4,1	545,0	304,4		
Febr.	18,7	165,0	42,7	73,7	6,1	38,9	2,9	0,7	8,0	6,5	4,0	543,2	303,5		
März	17,1	168,5	43,6	76,5	6,1	38,7	2,8	0,7	5,2	4,5	3,8	538,2	305,3		
April	14,9	164,7	43,4	72,8	6,2	38,8	2,8	0,7	7,7	7,1	3,8	525,9	293,7		
Mai	16,8	172,6	46,7	77,5	6,1	38,8	2,8	0,7	4,8	4,8	3,7	540,8	296,7		
Juni	15,9	177,6	46,8	82,4	6,1	38,9	2,8	0,7	5,2	5,2	3,7	540,3	294,3		
Juli	17,3	174,9	43,6	83,2	5,9	38,7	2,8	0,7	8,4	7,7	3,7	543,2	291,5		
Aug.	12,4	178,2	47,8	82,1	6,0	38,8	2,8	0,6	10,1	9,0	3,4	541,2	289,6		
Sept.	13,9	176,4	43,8	84,6	5,8	38,8	2,7	0,6	7,4	5,8	3,4	546,0	285,7		
Okt.	12,6	166,8	41,6	77,1	5,8	38,9	2,8	0,6	9,1	8,4	3,4	549,3	287,7		
Nov.	12,4	171,7	44,0	79,2	6,4	38,7	2,8	0,6	9,6	9,0	3,4	550,5	285,7		
Dez.	14,9	173,5	50,7	78,7	7,6	32,8	3,0	0,7	3,4	3,1	3,4	547,1	280,7		
2015 Jan.	20,7	168,0	44,7	79,1	7,5	32,9	3,1	0,7	6,8	4,7	3,4	565,5	283,0		
Febr.	12,0	175,7	47,5	82,9	8,1	33,5	3,1	0,7	8,0	5,6	3,3	571,7	287,6		
März	14,7	175,8	47,7	82,3	9,2	32,8	3,1	0,7	7,6	5,2	3,3	561,2	276,1		

\* Zu den Monetären Finanzinstituten (MFIs) zählen die Banken (einschl. Bausparkassen), Geldmarktfonds sowie die Europäische Zentralbank und die Zentralnotenbanken (EurosysteM). 1 Quelle: EZB. 2 In Deutschland nur Spareinlagen. 3 Ohne Bestände der MFIs; für deutschen Beitrag: abzüglich Bestände deutscher MFIs an von MFIs im Euro-Währungsgebiet emittierten Papieren. 4 In Deutschland zählen Bank-schuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu 1 Jahr zu den Geldmarktpapieren. 5 Ohne Verbindlichkeiten aus begebenen Wertpapieren. 6 Nach Abzug der Inter-MFI-Betei-

lungen. 7 Die deutschen Beiträge zu den monetären Aggregaten des EurosysteMs sind keinesfalls als eigene nationale Geldmengenaggregate zu interpretieren und damit auch nicht mit den früheren deutschen Geldbeständen M1, M2 oder M3 vergleichbar. 8 Einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten (siehe auch Anm. 4, S. 10\*). 9 Für deutschen Beitrag: Differenz zwischen den tatsächlich von der Bundesbank emittierten Euro-Banknoten und dem Ausweis des Banknotenumlaufs

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

verschreibungen (netto) <sup>3)</sup>								sonstige Passivpositionen		Nachrichtlich			Monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten (Post, Schatzämter) <sup>14)</sup>	Stand am Jahres- bzw. Monatsende
mit Laufzeit			Verbindlichkeiten gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet <sup>5)</sup>	Kapital und Rücklagen <sup>6)</sup>	Überschuss der Inter-MFI-Verbindlichkeiten	insgesamt <sup>8)</sup>	darunter: Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit/Forderung aus der Begebung von Banknoten <sup>9)</sup>	Geldmengenaggregate <sup>7)</sup> (Für deutschen Beitrag ab Januar 2002 ohne Bargeldumlauf)						
bis zu 1 Jahr <sup>4)</sup>	von über 1 Jahr bis zu 2 Jahren	von mehr als 2 Jahren						M1 <sup>10)</sup>	M2 <sup>11)</sup>	M3 <sup>12)</sup>	Geldkapitalbildung <sup>13)</sup>			
<b>Europäische Währungsunion (Mrd €) <sup>1)</sup></b>														
61,7	88,1	2 657,0	3 812,7	2 378,2	- 38,3	4 982,2	-	5 119,4	9 018,5	9 757,0	7 529,6	111,1	2013 Febr.	
59,2	84,1	2 632,1	3 798,4	2 414,3	- 58,9	4 955,7	-	5 170,4	9 081,9	9 805,9	7 557,1	110,9	März	
62,5	81,6	2 603,3	3 832,7	2 390,1	- 43,1	5 122,2	-	5 239,7	9 128,2	9 855,0	7 495,4	111,2	April	
62,9	74,4	2 584,0	3 755,3	2 377,8	- 54,6	4 825,3	-	5 265,1	9 139,4	9 856,7	7 467,3	111,9	Mai	
66,1	68,4	2 561,4	3 651,9	2 335,9	- 63,2	4 507,1	-	5 309,1	9 165,4	9 850,1	7 398,0	113,0	Juni	
62,1	66,7	2 527,8	3 599,3	2 365,2	- 59,0	4 411,0	-	5 299,1	9 155,4	9 841,6	7 387,5	116,5	Juli	
66,1	63,1	2 517,0	3 572,1	2 391,4	- 61,5	4 310,0	-	5 325,6	9 185,4	9 885,0	7 394,1	115,9	Aug.	
76,0	58,3	2 508,5	3 500,7	2 372,9	- 45,1	4 381,9	-	5 347,6	9 181,4	9 846,9	7 362,1	116,6	Sept.	
63,7	58,1	2 516,1	3 511,7	2 376,8	- 45,1	4 436,5	-	5 384,3	9 200,5	9 859,6	7 374,6	114,3	Okt.	
63,7	53,4	2 514,0	3 474,2	2 357,7	- 51,9	4 421,8	-	5 432,0	9 236,1	9 888,4	7 354,4	117,2	Nov.	
38,5	49,1	2 498,9	3 309,4	2 340,0	- 62,6	3 953,9	-	5 444,5	9 249,4	9 852,3	7 310,4	114,1	Dez.	
42,3	43,9	2 495,6	3 474,4	2 384,6	- 44,8	4 108,0	-	5 418,6	9 224,2	9 854,7	7 354,6	107,7	2014 Jan.	
42,1	39,1	2 475,3	3 428,5	2 405,2	- 31,4	4 039,0	-	5 427,9	9 235,1	9 866,7	7 337,6	105,3	Febr.	
49,1	35,4	2 474,4	3 392,4	2 422,0	- 30,0	3 981,3	-	5 461,0	9 273,8	9 879,1	7 344,7	106,1	März	
37,8	32,6	2 474,0	3 463,5	2 433,5	- 23,1	4 060,2	-	5 498,8	9 301,1	9 903,1	7 324,3	104,5	April	
43,7	35,1	2 484,3	3 477,3	2 426,9	- 35,6	4 116,1	-	5 556,5	9 362,8	9 970,8	7 313,8	105,4	Mai	
44,4	35,9	2 452,8	3 375,2	2 456,9	- 50,4	4 138,9	-	5 600,8	9 386,0	9 986,6	7 300,5	106,7	Juni	
37,6	35,2	2 451,4	3 438,4	2 469,0	- 46,1	4 239,4	-	5 611,4	9 402,4	10 016,6	7 300,4	107,8	Juli	
41,0	34,2	2 446,2	3 451,1	2 493,6	- 59,1	4 451,8	-	5 648,2	9 445,8	10 067,0	7 317,6	108,3	Aug.	
38,7	33,1	2 455,2	3 577,8	2 508,5	- 67,6	4 470,9	-	5 688,1	9 468,9	10 079,0	7 327,9	109,4	Sept.	
30,8	36,9	2 421,3	3 563,2	2 491,2	- 83,4	4 520,1	-	5 726,9	9 478,2	10 104,8	7 261,3	107,8	Okt.	
29,7	38,8	2 406,4	3 573,4	2 504,1	- 68,5	4 715,3	-	5 827,3	9 568,3	10 197,2	7 259,8	113,3	Nov.	
65,2	42,9	2 368,1	3 562,2	2 466,9	- 45,8	4 557,8	-	5 956,4	9 679,3	10 314,6	7 185,2	112,3	Dez.	
59,7	42,1	2 398,9	3 905,9	2 558,6	- 88,5	5 006,2	-	6 037,0	9 742,3	10 401,8	7 300,0	110,6	2015 Jan.	
52,4	43,3	2 399,3	3 937,2	2 548,6	- 111,8	4 906,4	-	6 065,2	9 741,9	10 417,0	7 311,7	109,1	Febr.	
46,5	43,7	2 390,2	3 969,8	2 576,4	- 67,7	5 153,5	-	6 126,3	9 809,7	10 463,0	7 316,4	109,8	März	
<b>Deutscher Beitrag (Mrd €)</b>														
14,1	10,0	595,9	782,3	503,7	- 719,8	1 668,6	201,4	1 366,1	2 215,9	2 344,3	1 960,1	-	2013 Febr.	
13,5	8,9	588,1	768,2	517,6	- 696,6	1 681,0	203,8	1 356,6	2 208,8	2 332,9	1 964,6	-	März	
14,9	9,5	581,1	764,4	508,0	- 696,5	1 689,7	204,1	1 386,1	2 236,6	2 365,2	1 942,0	-	April	
14,6	9,0	569,7	740,9	506,2	- 693,4	1 591,5	207,0	1 391,0	2 242,0	2 368,8	1 926,8	-	Mai	
12,3	8,5	560,5	731,8	495,3	- 696,9	1 503,6	208,2	1 390,3	2 235,9	2 374,8	1 904,0	-	Juni	
15,8	8,8	549,9	722,1	503,6	- 681,6	1 490,7	211,5	1 399,1	2 240,8	2 360,0	1 895,9	-	Juli	
13,9	7,8	546,1	719,8	509,3	- 696,3	1 422,0	214,8	1 412,2	2 256,5	2 286,0	1 892,6	-	Aug.	
12,0	7,8	546,8	676,5	502,4	- 696,5	1 465,4	218,0	1 424,8	2 262,2	2 290,0	1 883,0	-	Sept.	
13,6	8,2	543,6	677,2	501,5	- 694,8	1 472,8	220,2	1 451,6	2 287,9	2 321,4	1 875,6	-	Okt.	
12,5	6,3	542,9	679,5	495,3	- 679,0	1 472,5	221,7	1 462,1	2 296,5	2 323,1	1 868,1	-	Nov.	
8,9	5,9	535,1	610,6	490,2	- 652,9	1 422,0	224,3	1 448,1	2 293,9	2 319,4	1 853,4	-	Dez.	
8,4	4,3	532,3	658,5	498,1	- 638,1	1 439,4	234,7	1 453,9	2 294,3	2 319,0	1 856,7	-	2014 Jan.	
9,1	5,1	528,9	634,6	502,7	- 633,8	1 409,2	237,1	1 462,0	2 307,9	2 334,2	1 854,6	-	Febr.	
8,0	4,0	526,2	615,1	501,1	- 601,5	1 398,8	238,7	1 454,1	2 302,5	2 323,5	1 847,3	-	März	
7,5	4,6	513,8	622,3	500,8	- 594,4	1 400,7	240,8	1 489,9	2 333,2	2 356,9	1 830,8	-	April	
7,3	5,7	527,8	636,4	504,7	- 618,1	1 433,7	243,8	1 501,7	2 351,8	2 373,3	1 846,1	-	Mai	
9,1	6,6	524,6	613,8	521,8	- 591,5	1 438,1	246,7	1 493,3	2 340,6	2 365,2	1 855,7	-	Juni	
9,2	6,4	527,7	619,9	526,1	- 570,3	1 465,8	251,2	1 499,4	2 345,9	2 373,5	1 859,5	-	Juli	
10,3	7,4	523,5	628,4	531,3	- 607,0	1 553,1	254,8	1 515,6	2 365,6	2 396,8	1 860,1	-	Aug.	
11,3	7,4	527,4	641,5	532,3	- 621,5	1 546,9	258,7	1 522,9	2 368,4	2 397,9	1 865,0	-	Sept.	
11,3	7,8	530,2	636,4	529,7	- 620,1	1 557,6	261,8	1 548,6	2 384,5	2 416,2	1 862,2	-	Okt.	
10,4	7,9	532,2	654,2	532,9	- 621,3	1 608,0	264,4	1 575,2	2 411,1	2 442,4	1 864,4	-	Nov.	
10,1	7,6	529,4	633,2	535,7	- 614,6	1 648,6	267,9	1 557,8	2 402,1	2 426,7	1 855,6	-	Dez.	
11,1	8,1	546,3	763,5	553,3	- 673,4	1 780,4	270,3	1 586,4	2 424,4	2 453,9	1 888,0	-	2015 Jan.	
10,5	8,0	553,2	755,5	550,7	- 677,9	1 716,1	272,4	1 610,2	2 451,9	2 481,7	1 889,6	-	Febr.	
11,1	7,9	542,3	760,1	557,2	- 670,2	1 792,9	274,7	1 616,8	2 458,2	2 488,0	1 879,7	-	März	

entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren (siehe auch Anm. 2 zum Banknotenumlauf in Tabelle III.2). **10** Täglich fällige Einlagen (ohne Einlagen von Zentralstaaten) und (für EWU) Bargeldumlauf sowie täglich fällige monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten, die in der Konsolidierten Bilanz nicht enthalten sind. **11** M1 zuzüglich Einlagen mit vereinbarter Laufzeit bis zu 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist bis zu 3 Monaten (ohne Einlagen von Zentralstaaten)

sowie (für EWU) monetäre Verbindlichkeiten der Zentralstaaten mit solcher Befristung. **12** M2 zuzüglich Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und Geldmarktpapiere sowie Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren. **13** Einlagen mit vereinbarter Laufzeit von mehr als 2 Jahren und vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten, Schuldverschreibungen mit Laufzeit von mehr als 2 Jahren, Kapital und Rücklagen. **14** Kommen in Deutschland nicht vor.

## II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

### 3. Liquiditätsposition des Bankensystems \*) Bestände

Mrd €; Periodendurchschnitte errechnet aus Tageswerten

Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)	Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)
	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems					Einlagefazilität	Banknoten-Umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Nettoaktiva in Gold und Devisen	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)					Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)		
<b>Eurosystem 2)</b>												
2012 Okt.	681,5	117,6	1 062,8	1,1	279,6	305,4	209,0	892,7	101,4	96,0	538,1	1 736,2
Nov.	708,5	84,4	1 053,8	1,0	278,9	256,1	209,3	890,0	95,7	146,4	529,2	1 675,3
Dez.	708,0	74,0	1 044,1	1,6	277,3	231,8	208,5	889,3	121,1	144,5	509,9	1 631,0
2013 Jan.	683,9	78,2	1 036,8	3,7	276,8	238,4	206,6	903,5	100,1	141,7	489,0	1 630,9
Febr.	656,5	127,5	960,3	0,3	273,4	184,3	207,8	883,4	90,8	185,6	466,3	1 534,0
März	655,7	130,5	843,2	0,9	269,9	145,3	205,5	880,5	78,8	187,1	403,0	1 428,8
April	656,8	123,7	782,9	0,5	269,1	133,8	205,5	889,2	89,7	168,7	346,0	1 369,0
Mai	657,3	113,0	749,9	0,9	265,7	114,5	204,3	897,1	82,5	166,2	322,2	1 333,8
Juni	656,0	104,7	728,4	0,5	259,9	90,5	199,4	904,1	83,1	172,3	300,3	1 294,9
Juli	615,9	108,8	708,0	1,3	256,4	92,1	195,0	909,3	92,5	115,1	286,5	1 287,9
Aug.	532,3	104,5	698,6	0,2	255,0	82,6	195,5	917,6	97,1	28,2	269,6	1 269,8
Sept.	531,8	97,5	692,3	0,4	251,1	79,2	191,7	920,4	72,6	34,7	274,5	1 274,2
Okt.	538,2	96,2	674,6	0,2	248,2	58,9	189,8	918,3	80,1	41,9	268,4	1 245,6
Nov.	550,9	90,8	652,4	0,1	244,6	52,1	187,2	920,4	70,9	63,4	244,9	1 217,4
Dez.	550,8	91,6	625,3	0,1	241,5	48,3	177,4	925,9	80,2	57,2	220,2	1 194,4
2014 Jan.	532,7	129,3	592,1	0,3	236,8	60,1	149,3	947,9	61,2	24,7	248,1	1 256,0
Febr.	510,3	105,4	576,4	0,3	232,5	42,1	164,4	931,8	83,4	- 12,9	216,0	1 190,0
März	510,4	91,8	570,4	0,3	229,5	29,5	175,5	932,1	81,8	- 17,6	201,1	1 162,8
April	518,9	105,4	534,6	0,7	227,5	29,2	175,5	938,4	73,8	- 25,0	195,2	1 162,8
Mai	536,4	128,1	519,6	0,2	222,6	29,7	152,4	947,9	87,7	- 2,1	191,2	1 168,8
Juni	536,8	148,1	507,8	0,1	215,9	28,3	126,0	951,0	111,6	- 0,5	192,3	1 171,6
Juli	540,0	111,7	460,1	0,1	209,0	23,9	27,2	958,1	110,0	- 12,5	214,3	1 196,3
Aug.	547,6	106,6	414,7	0,3	202,2	24,6	0,0	967,6	92,4	- 23,6	210,2	1 202,5
Sept.	547,8	114,7	387,4	0,2	196,3	25,2	0,0	971,8	66,2	- 27,0	210,1	1 207,1
Okt.	552,0	98,9	398,2	0,2	194,7	24,3	0,0	971,3	78,4	- 22,6	192,6	1 188,2
Nov.	562,0	95,2	412,5	0,3	193,3	31,0	0,0	973,6	76,1	- 5,7	188,3	1 192,8
Dez.	564,3	103,3	396,1	0,2	202,0	27,3	0,0	979,8	71,7	1,8	185,4	1 192,5
2015 Jan.	576,4	119,0	454,4	0,5	217,9	50,2	0,0	1 005,5	66,3	9,8	236,3	1 292,1
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	589,2	142,6	375,0	0,4	230,8	42,4	0,0	1 005,4	62,1	2,7	225,3	1 273,1
April	625,9	118,9	386,1	0,2	290,6	68,6	0,0	1 015,9	70,2	5,1	261,8	1 346,4
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
2012 Okt.	181,8	1,7	74,5	0,2	68,7	108,2	124,0	223,4	6,8	- 325,3	189,9	521,4
Nov.	190,7	1,9	72,9	0,1	68,2	76,7	126,2	222,4	7,1	- 291,0	192,5	491,5
Dez.	190,8	1,8	70,5	0,2	67,5	61,3	124,6	222,0	8,9	- 277,5	191,5	474,8
2013 Jan.	185,1	2,1	69,7	0,1	67,4	56,1	117,2	225,3	10,0	- 242,5	158,2	439,6
Febr.	176,8	0,7	58,9	0,0	66,3	34,2	109,9	219,2	2,5	- 207,3	144,2	397,5
März	176,4	0,7	34,9	0,0	65,3	30,4	107,3	219,7	2,1	- 203,2	121,0	371,1
April	177,1	0,1	21,8	0,0	65,0	24,4	95,7	221,6	1,9	- 189,2	109,7	355,8
Mai	176,7	0,3	16,2	0,0	64,3	26,8	88,2	223,2	1,0	- 182,0	100,3	350,4
Juni	175,4	0,2	13,0	0,0	63,0	23,9	93,0	226,0	0,7	- 189,0	97,0	346,9
Juli	161,3	0,6	11,7	0,0	61,8	26,1	79,2	226,3	0,8	- 194,0	97,0	349,4
Aug.	136,9	0,6	11,3	0,0	61,1	27,5	73,6	228,6	0,7	- 207,5	87,0	343,1
Sept.	136,3	0,2	10,6	0,0	59,7	22,3	72,2	229,2	0,7	- 206,2	88,7	340,3
Okt.	138,3	0,2	10,1	0,1	58,9	15,8	63,4	229,2	1,3	- 195,0	92,9	337,9
Nov.	142,5	0,2	8,8	0,0	57,9	15,1	61,4	229,0	1,6	- 176,2	78,4	322,5
Dez.	142,3	0,3	8,5	0,0	57,0	12,9	66,7	230,0	1,4	- 170,0	67,1	310,0
2014 Jan.	136,4	18,3	13,2	0,1	56,0	11,0	60,2	231,1	1,9	- 155,2	75,1	317,1
Febr.	128,8	13,5	10,7	0,0	54,7	9,5	58,7	219,4	1,3	- 145,3	64,1	293,0
März	128,5	4,5	11,0	0,1	53,8	9,1	52,5	221,0	1,4	- 147,1	61,0	291,1
April	130,9	5,5	11,6	0,1	53,2	8,2	49,0	222,6	1,4	- 138,4	58,6	289,4
Mai	136,2	19,3	13,8	0,1	52,0	7,9	46,8	225,0	1,4	- 115,6	55,8	288,7
Juni	136,2	28,4	18,1	0,0	50,7	7,7	41,9	226,0	1,4	- 99,0	55,5	289,2
Juli	136,9	10,0	16,1	0,1	48,9	8,4	9,0	228,1	1,6	- 99,6	64,6	301,0
Aug.	138,8	6,2	11,3	0,0	47,4	6,8	0,0	230,5	0,9	- 96,7	62,3	299,5
Sept.	138,7	4,1	10,0	0,0	45,9	8,7	0,0	231,1	1,0	- 103,5	61,5	301,2
Okt.	139,4	5,6	12,2	0,0	45,5	9,0	0,0	231,7	1,2	- 102,2	63,1	303,8
Nov.	141,0	8,0	14,9	0,1	45,5	9,0	0,0	231,4	0,9	- 89,5	57,6	298,0
Dez.	140,8	6,6	16,6	0,0	47,3	9,3	0,0	232,4	0,9	- 86,7	55,5	297,2
2015 Jan.	141,9	13,4	30,7	0,0	50,4	14,9	0,0	237,3	1,2	- 92,3	75,3	327,5
Febr.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
März	143,2	6,6	30,9	0,0	52,4	12,4	0,0	237,0	1,5	- 92,6	74,7	324,1
April	151,5	5,6	29,5	0,1	64,8	21,2	0,0	239,9	1,1	- 100,3	89,4	350,5

Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. \* Die Liquiditätsposition des Bankensystems besteht aus den Euro-Guthaben auf den Girokonten der Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets beim Eurosystem. Die Angaben sind dem konsolidierten Ausweis des Eurosystems bzw. dem Ausweis der Bundesbank entnommen. 1 Werte sind Tagesdurchschnitte der in dem jeweiligen Monat endenden Mindestreserve-Erfüllungsperiode. Seit Umstellung auf den neuen, sechswöchigen Zyklus der geldpolitischen EZB-Ratssitzungen endet nicht in jedem Monat eine Mindestreserve-Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher

Erfüllungsperiode. In diesen Fällen gibt es keine Werte. 2 Quelle: EZB. 3 Einschl. der Programme des Eurosystems zum Ankauf gedeckter Schuldverschreibungen sowie für die Wertpapiermärkte. 4 Ab Aug. 2009 einschl. der durch Devisenswapgeschäfte des Eurosystems abgeschöpften Liquidität. 5 Ab 2002 Euro-Banknoten sowie noch im Umlauf befindliche, von den nationalen Zentralbanken des Eurosystems ausgegebene Banknoten. Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher

II. Bankstatistische Gesamtrechnungen in der Europäischen Währungsunion

Veränderungen

Liquiditätszuführende Faktoren					Liquiditätsabschöpfende Faktoren					Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten (einschl. Mindestreserven) 7)	Basisgeld 8)	Ende der Mindestreserve-Erfüllungsperiode 1)
Nettoaktiva in Gold und Devisen	Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems				Einlagefazilität	Sonstige liquiditätsabschöpfende Geschäfte 4)	Banknoten-umlauf 5)	Einlagen von Zentralregierungen	Sonstige Faktoren (netto) 6)			
	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Sonstige liquiditätszuführende Geschäfte 3)								
<b>Eurosystem 2)</b>												
+ 4,7	- 13,0	- 14,0	+ 0,3	- 0,1	- 23,2	- 1,5	- 4,9	- 5,6	+ 15,0	- 1,9	- 30,0	2012 Okt.
+ 27,0	- 33,2	- 9,0	- 0,1	- 0,7	- 49,3	+ 0,3	- 2,7	- 5,7	+ 50,4	- 8,9	- 60,9	Nov.
- 0,5	- 10,4	- 9,7	+ 0,6	- 1,6	- 24,3	- 0,8	- 0,7	+ 25,4	- 1,9	- 19,3	- 44,3	Dez.
- 24,1	+ 4,2	- 7,3	+ 2,1	- 0,5	+ 6,6	- 1,9	+ 14,2	- 21,0	- 2,8	- 20,9	- 0,1	2013 Jan.
- 27,4	+ 49,3	- 76,5	- 3,4	- 3,4	- 54,1	+ 1,2	- 20,1	- 9,3	+ 43,9	- 22,7	- 96,9	Febr.
- 0,8	+ 3,0	- 117,1	+ 0,6	- 3,5	- 39,0	- 2,3	- 2,9	- 12,0	+ 1,5	- 63,3	- 105,2	März
+ 1,1	- 6,8	- 60,3	- 0,4	- 0,8	- 11,5	± 0,0	+ 8,7	+ 10,9	- 18,4	- 57,0	- 59,8	April
+ 0,5	- 10,7	- 33,0	+ 0,4	- 3,4	- 19,3	- 1,2	+ 7,9	- 7,2	- 2,5	- 23,8	- 35,2	Mai
- 1,3	- 8,3	- 21,5	- 0,4	- 5,8	- 24,0	- 4,9	+ 7,0	+ 0,6	+ 6,1	- 21,9	- 38,9	Juni
- 40,1	+ 4,1	- 20,4	+ 0,8	- 3,5	+ 1,6	- 4,4	+ 5,2	+ 9,4	- 57,2	- 13,8	- 7,0	Juli
- 83,6	- 4,3	- 9,4	- 1,1	- 1,4	- 9,5	+ 0,5	+ 8,3	+ 4,6	- 86,9	- 16,9	- 18,1	Aug.
- 0,5	- 7,0	- 6,3	+ 0,2	- 3,9	- 3,4	- 3,8	+ 2,8	- 24,5	+ 6,5	+ 4,9	+ 4,4	Sept.
+ 6,4	- 1,3	- 17,7	- 0,2	- 2,9	- 20,3	- 1,9	- 2,1	+ 7,5	+ 7,2	- 6,1	- 28,6	Oktober
+ 12,7	- 5,4	- 22,2	- 0,1	- 3,6	- 6,8	- 2,6	+ 2,1	- 9,2	+ 21,5	- 23,5	- 28,2	Nov.
- 0,1	+ 0,8	- 27,1	+ 0,0	- 3,1	- 3,8	- 9,8	+ 5,5	+ 9,3	- 6,2	- 24,7	- 23,0	Dez.
- 18,1	+ 37,7	- 33,2	+ 0,2	- 4,7	+ 11,8	- 28,1	+ 22,0	- 19,0	- 32,5	+ 27,9	+ 61,6	2014 Jan.
- 22,4	- 23,9	- 15,7	+ 0,0	- 4,3	- 18,0	+ 15,1	- 16,1	+ 22,2	- 37,6	- 32,1	- 66,0	Febr.
+ 0,1	- 13,6	- 6,0	+ 0,0	- 3,0	- 12,6	+ 11,1	+ 0,3	- 1,6	- 4,7	- 14,9	- 27,2	März
+ 8,5	+ 13,6	- 35,8	+ 0,4	- 2,0	- 0,3	± 0,0	+ 6,3	- 8,0	- 7,4	- 5,9	+ 0,0	April
+ 17,5	+ 22,7	- 15,0	- 0,5	- 4,9	+ 0,5	- 23,1	+ 9,5	+ 13,9	+ 22,9	- 4,0	+ 6,0	Mai
+ 0,4	+ 20,0	- 11,8	- 0,1	- 6,7	- 1,4	- 26,4	+ 3,1	+ 23,9	+ 1,6	+ 1,1	+ 2,8	Juni
+ 3,2	- 36,4	- 47,7	+ 0,0	- 6,9	- 4,4	- 98,8	+ 7,1	- 1,6	- 12,0	+ 22,0	+ 24,7	Juli
+ 7,6	- 5,1	- 45,4	+ 0,2	- 6,8	+ 0,7	- 27,2	+ 9,5	- 17,6	- 11,1	- 4,1	+ 6,2	Aug.
+ 0,2	+ 8,1	- 27,3	- 0,1	- 5,9	+ 0,6	± 0,0	+ 4,2	- 26,2	- 3,4	- 0,1	+ 4,6	Sept.
+ 4,2	- 15,8	+ 10,8	± 0,0	- 1,6	- 0,9	± 0,0	- 0,5	+ 12,2	+ 4,4	- 17,5	- 18,9	Oktober
+ 10,0	- 3,7	+ 14,3	+ 0,1	- 1,4	+ 6,7	± 0,0	+ 2,3	+ 2,3	+ 16,9	- 4,3	+ 4,6	Nov.
+ 2,3	+ 8,1	- 16,4	- 0,1	+ 8,7	- 3,7	± 0,0	+ 6,2	- 4,4	+ 7,5	- 2,9	- 0,3	Dez.
+ 12,1	+ 15,7	+ 58,3	+ 0,3	+ 15,9	+ 22,9	± 0,0	+ 25,7	- 5,4	+ 8,0	+ 50,9	+ 99,6	2015 Jan.
+ 12,8	+ 23,6	- 79,4	- 0,1	+ 12,9	- 7,8	± 0,0	- 0,1	- 4,2	- 7,1	- 11,0	- 19,0	Febr.
+ 36,7	- 23,7	+ 11,1	- 0,2	+ 59,8	+ 26,2	± 0,0	+ 10,5	+ 8,1	+ 2,4	+ 36,5	+ 73,3	März
<b>Deutsche Bundesbank</b>												
+ 4,1	+ 0,1	- 0,9	+ 0,1	+ 0,1	- 3,9	- 10,6	- 1,3	+ 0,8	+ 23,8	- 5,3	- 10,5	2012 Okt.
+ 8,9	+ 0,2	- 1,6	- 0,1	+ 0,5	- 31,5	+ 2,2	- 1,0	+ 0,3	+ 34,4	+ 2,6	- 29,9	Nov.
+ 0,2	- 0,1	- 2,4	+ 0,1	- 0,7	- 15,3	- 1,6	- 0,4	+ 1,8	+ 13,5	- 1,0	- 16,7	Dez.
- 5,8	+ 0,3	- 0,8	- 0,1	- 0,1	- 5,2	- 7,4	+ 3,3	+ 1,1	+ 35,0	- 33,3	- 35,2	2013 Jan.
- 8,3	- 1,3	- 10,8	- 0,1	- 1,0	- 21,9	- 7,3	- 6,1	- 7,5	+ 35,3	- 14,0	- 42,1	Febr.
- 0,3	- 0,1	- 23,9	- 0,0	- 1,0	- 3,8	- 2,6	+ 0,6	- 0,4	+ 4,1	- 23,2	- 26,4	März
+ 0,7	- 0,5	- 13,1	+ 0,0	- 0,3	- 6,0	- 11,6	+ 1,9	- 0,3	+ 14,0	- 11,2	- 15,4	April
- 0,4	+ 0,2	- 5,6	- 0,0	- 0,8	+ 2,5	- 7,6	+ 1,6	- 0,8	+ 7,2	- 9,4	- 5,4	Mai
- 1,3	- 0,2	- 3,2	+ 0,0	- 1,3	- 3,0	+ 4,8	+ 2,8	- 0,3	- 7,0	- 3,3	- 3,5	Juni
- 14,2	+ 0,4	- 1,3	- 0,0	- 1,1	+ 2,3	- 13,8	+ 0,3	+ 0,1	- 5,0	- 0,0	+ 2,5	Juli
- 24,4	+ 0,0	- 0,5	- 0,0	- 0,7	+ 1,4	- 5,6	+ 2,3	- 0,2	- 13,5	- 9,9	- 6,3	Aug.
- 0,5	- 0,4	- 0,7	+ 0,0	- 1,4	- 5,2	- 1,4	+ 0,6	- 0,0	+ 1,3	+ 1,7	- 2,8	Sept.
+ 2,0	+ 0,0	- 0,5	+ 0,0	- 0,8	- 6,6	- 8,8	- 0,0	+ 0,6	+ 11,2	+ 4,2	- 2,4	Oktober
+ 4,2	- 0,0	- 1,3	- 0,0	- 1,0	- 0,7	- 2,0	- 0,2	+ 0,3	+ 18,8	- 14,5	- 15,3	Nov.
- 0,2	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,9	- 2,2	+ 5,3	+ 1,0	- 0,2	+ 6,2	- 11,2	- 12,5	Dez.
- 5,9	+ 17,9	+ 4,7	+ 0,0	- 1,0	- 1,9	- 6,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 14,8	+ 7,9	+ 7,1	2014 Jan.
- 7,6	- 4,7	- 2,5	- 0,0	- 1,3	- 1,5	- 1,4	- 11,6	- 0,5	+ 9,9	- 11,0	- 24,1	Febr.
- 0,3	- 9,1	+ 0,3	+ 0,0	- 0,9	- 0,4	- 6,3	+ 1,6	+ 0,0	- 1,8	- 3,1	- 1,9	März
+ 2,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,6	- 0,9	- 3,5	+ 1,6	+ 0,1	+ 8,7	- 2,4	- 1,7	April
+ 5,3	+ 13,7	+ 2,2	- 0,0	- 1,2	- 0,3	- 2,2	+ 2,4	- 0,0	+ 22,8	- 2,8	- 0,7	Mai
+ 0,0	+ 9,1	+ 4,3	- 0,0	- 1,4	- 0,2	- 5,0	+ 1,0	- 0,0	+ 16,6	- 0,3	+ 0,5	Juni
+ 0,7	- 18,4	- 2,0	+ 0,1	- 1,7	+ 0,7	- 32,9	+ 2,1	+ 0,2	- 0,6	+ 9,1	+ 11,9	Juli
+ 1,9	- 3,8	- 4,8	- 0,1	- 1,5	- 1,6	- 9,0	+ 2,4	- 0,6	+ 2,9	- 2,3	- 1,5	Aug.
- 0,2	- 2,0	- 1,3	+ 0,1	- 1,6	+ 1,9	± 0,0	+ 0,6	+ 0,1	- 6,8	- 0,7	+ 1,7	Sept.
+ 0,8	+ 1,5	+ 2,2	- 0,0	- 0,4	+ 0,4	± 0,0	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,5	Oktober
+ 1,5	+ 2,4	+ 2,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	± 0,0	- 0,3	- 0,3	+ 12,7	- 5,5	- 5,8	Nov.
- 0,1	- 1,4	+ 1,7	- 0,1	+ 1,8	+ 0,3	± 0,0	+ 1,0	- 0,0	+ 2,8	- 2,0	- 0,8	Dez.
+ 1,1	+ 6,7	+ 14,1	- 0,0	+ 3,1	+ 5,6	± 0,0	+ 4,9	+ 0,3	- 5,7	+ 19,8	+ 30,4	2015 Jan.
+ 1,2	- 6,7	+ 0,2	+ 0,0	+ 2,0	- 2,5	± 0,0	- 0,3	+ 0,3	- 0,2	- 0,7	- 3,5	Febr.
+ 8,3	- 1,1	- 1,4	+ 0,0	+ 12,4	+ 8,8	± 0,0	+ 3,0	- 0,4	- 7,8	+ 14,7	+ 26,4	März
												April

Basis ein Anteil von 8% des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Die verbleibenden 92% des Werts an in Umlauf befindlichen Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeordneten Euro-Banknoten und dem Wert der von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-

Banknoten wird ebenfalls unter „Sonstige Faktoren“ ausgewiesen. Ab 2003 nur Euro-Banknoten. 6 Restliche Positionen des konsolidierten Ausweises des Eurosystems bzw. des Ausweises der Bundesbank. 7 Entspricht der Differenz zwischen der Summe der liquiditätszuführenden Faktoren und der Summe der liquiditätsabschöpfenden Faktoren. 8 Berechnet als Summe der Positionen „Einlagefazilität“, „Banknotenumlauf“ und „Guthaben der Kreditinstitute auf Girokonten“.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/Monatsende 1)	Aktiva insgesamt	Gold und Goldforderungen	Forderungen in Fremdwährung an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Forderungen in Fremdwährung an Ansässige im Euro-Währungsgebiet	Forderungen in Euro an Ansässige außerhalb des Euro-Währungsgebiets			
			insgesamt	Forderungen an den IWF	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen, Auslandskredite und sonstige Auslandsaktiva		insgesamt	Guthaben bei Banken, Wertpapieranlagen und Kredite	Forderungen aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II	
<b>Eurosystem 2)</b>										
2014 Aug. 29.	2 038,7	334,4	249,5	80,9	168,7	24,2	20,9	20,9	–	
Sept. 5.	2 012,1	334,4	249,8	81,4	168,4	25,4	21,8	21,8	–	
12.	2 003,8	334,4	250,1	81,4	168,7	25,7	21,1	21,1	–	
19.	1 988,2	334,4	247,3	81,1	166,1	26,9	19,9	19,9	–	
26.	2 038,2	334,4	248,4	81,2	167,2	26,5	20,5	20,5	–	
Okt. 3.	2 053,7	334,5	263,1	84,5	178,6	27,8	20,6	20,6	–	
10.	2 042,7	334,5	263,0	84,3	178,7	28,7	21,1	21,1	–	
17.	2 029,7	334,5	262,4	84,3	178,1	27,2	20,7	20,7	–	
24.	2 032,8	334,5	263,6	84,3	179,3	26,9	21,2	21,2	–	
31.	2 052,1	334,5	262,9	84,3	178,6	27,9	22,3	22,3	–	
Nov. 7.	2 029,7	334,5	261,4	83,9	177,5	28,1	22,1	22,1	–	
14.	2 028,2	334,5	263,2	83,8	179,4	28,0	22,6	22,6	–	
21.	2 033,2	334,5	264,4	83,6	180,8	28,1	19,7	19,7	–	
28.	2 053,9	334,5	264,3	83,6	180,6	28,8	18,7	18,7	–	
Dez. 5.	2 038,1	334,5	267,5	83,7	183,8	27,5	18,2	18,2	–	
12.	2 034,7	334,5	266,3	81,2	185,1	27,1	19,4	19,4	–	
19.	2 134,8	334,5	265,9	80,3	185,6	27,8	19,3	19,3	–	
26.	2 150,2	334,5	266,1	80,3	185,8	28,7	19,4	19,4	–	
2015 Jan. 2.	2 216,0	343,8	273,5	81,5	192,0	28,7	19,7	19,7	–	
9.	2 168,8	343,9	272,6	81,5	191,2	32,6	20,4	20,4	–	
16.	2 158,2	343,9	273,0	81,3	191,7	33,2	19,5	19,5	–	
23.	2 159,8	343,9	274,9	81,3	193,6	32,9	18,5	18,5	–	
30.	2 182,0	343,9	273,7	81,3	192,5	35,5	18,6	18,6	–	
2015 Febr. 6.	2 150,2	343,9	273,1	79,9	193,2	34,2	19,8	19,8	–	
13.	2 153,1	343,9	273,8	79,7	194,1	36,7	19,3	19,3	–	
20.	2 167,8	343,9	275,7	79,7	195,9	35,4	20,7	20,7	–	
27.	2 155,8	343,9	278,5	79,4	199,1	33,0	22,0	22,0	–	
März 6.	2 134,8	343,9	277,4	79,5	197,9	35,1	22,9	22,9	–	
13.	2 142,1	343,8	279,8	80,8	199,0	35,1	24,3	24,3	–	
20.	2 157,8	343,8	279,3	77,4	201,9	33,1	24,9	24,9	–	
27.	2 250,8	343,8	281,4	77,4	204,1	31,2	24,8	24,8	–	
April 2.	2 334,1	384,0	306,2	83,5	222,7	37,4	22,3	22,3	–	
10.	2 349,0	384,0	305,3	83,4	221,9	38,4	22,6	22,6	–	
17.	2 344,1	384,0	303,0	83,4	219,6	39,4	20,8	20,8	–	
24.	2 360,8	384,0	303,6	83,4	220,2	39,1	20,3	20,3	–	
Mai 1.	2 372,6	384,0	304,5	83,4	221,1	38,4	20,7	20,7	–	
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
2013 Juni	839,7	100,3	50,5	21,9	28,6	0,9	–	–	–	
Juli	838,1	100,3	49,9	21,9	28,0	0,7	–	–	–	
Aug.	832,2	100,3	50,3	21,5	28,8	0,2	–	–	–	
Sept.	835,0	107,8	48,6	21,3	27,3	0,4	–	–	–	
Okt.	823,5	107,7	48,4	21,1	27,3	0,1	–	–	–	
Nov.	806,9	107,7	48,8	21,0	27,8	0,1	–	–	–	
Dez.	800,7	94,9	48,9	20,8	28,1	0,1	–	–	–	
2014 Jan.	768,1	94,9	48,5	20,8	27,7	0,1	–	–	–	
Febr.	752,9	94,9	47,6	20,6	27,1	0,1	–	–	–	
März	737,8	102,2	48,4	20,6	27,9	0,1	–	–	–	
April	770,6	102,2	48,6	21,0	27,6	0,1	–	–	–	
Mai	764,9	102,1	48,0	20,9	27,0	0,1	–	–	–	
Juni	725,5	104,6	48,4	20,8	27,6	0,1	–	–	–	
Juli	697,1	104,6	48,8	20,9	27,9	0,1	–	–	–	
Aug.	712,0	104,6	49,0	20,8	28,2	0,1	–	–	–	
Sept.	738,3	104,6	51,7	21,9	29,9	–	–	–	–	
Okt.	736,9	104,6	51,9	21,7	30,2	–	–	–	–	
Nov.	734,0	104,6	52,0	21,6	30,3	–	–	–	–	
Dez.	771,0	107,5	51,3	20,6	30,6	–	–	–	–	
2015 Jan.	805,7	107,5	51,6	20,4	31,2	–	–	–	–	
Febr.	800,2	107,5	51,9	20,3	31,6	–	–	–	–	
März	847,9	120,0	56,9	21,3	35,7	–	–	–	–	
April	856,5	120,0	56,9	21,2	35,6	0,0	–	–	–	

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitglied-

staaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Forderungen aus geldpolitischen Operationen in Euro an Kreditinstitute im Euro-Währungsgebiet							Sonstige Forderungen in Euro an Kreditinstitute des Euro-Währungsgebiets	Wertpapiere in Euro von Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			Forderungen an öffentliche Haushalte/Bund	Sonstige Aktiva	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>	
insgesamt	Hauptrefinanzierungsgeschäfte	Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte	Feinsteuerungsoperationen	Strukturelle befristete Operationen	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Forderungen aus dem Margenausgleich		insgesamt	Wertpapiere für geldpolitische Zwecke	sonstige Wertpapiere				
<b>Eurosystem <sup>2)</sup></b>														
517,6	131,8	384,9	–	–	0,9	–	62,6	559,9	195,4	364,4	26,7	242,9	2014 Aug.	29.
492,7	111,2	381,4	–	–	0,1	0,0	62,4	560,7	195,4	365,3	26,7	238,1	Sept.	5.
483,1	110,7	372,3	–	–	0,2	–	63,5	561,6	195,1	366,5	26,7	237,5		12.
472,3	105,7	366,3	–	–	0,3	–	63,3	561,4	194,5	366,9	26,7	236,0		19.
520,2	90,3	429,6	–	–	0,3	0,0	66,3	561,8	194,5	367,3	26,7	233,3		26.
513,9	89,1	424,7	–	–	0,1	–	67,0	561,9	194,6	367,2	26,7	238,1	Okt.	3.
506,8	84,2	422,4	–	–	0,1	–	65,7	561,1	194,0	367,0	26,7	235,1		10.
499,2	82,5	416,6	–	–	0,1	–	65,6	559,1	191,2	367,9	26,7	234,3		17.
503,9	92,9	410,8	–	–	0,2	0,0	60,8	561,2	192,4	368,8	26,7	234,0		24.
527,6	118,2	408,5	–	–	1,0	–	59,8	557,1	192,9	364,2	26,7	233,1		31.
502,8	98,2	404,6	–	–	0,0	–	57,7	560,5	195,6	365,0	26,7	235,8	Nov.	7.
496,7	98,4	398,2	–	–	0,1	–	56,0	563,0	198,0	365,0	26,7	237,3		14.
499,0	102,6	396,2	–	–	0,0	0,1	61,0	563,4	199,0	364,5	26,7	236,3		21.
513,8	114,3	398,8	–	–	0,7	–	58,1	570,2	204,2	366,1	26,7	238,8		28.
491,1	98,0	392,9	–	–	0,1	–	58,2	574,8	207,5	367,2	26,7	239,7	Dez.	5.
484,2	105,2	378,9	–	–	0,1	–	54,6	579,9	211,5	368,4	26,7	241,9		12.
579,4	99,0	480,4	–	–	0,0	–	58,0	585,9	215,5	370,4	26,7	237,2		19.
592,5	119,2	473,3	–	–	0,0	–	58,7	587,5	216,9	370,6	26,7	236,1		26.
629,7	156,1	473,3	–	–	0,3	0,0	60,4	592,4	217,2	375,2	26,7	241,0	2015 Jan.	2.
585,6	112,3	473,3	–	–	0,0	0,0	58,4	593,2	218,9	374,3	26,7	235,4		9.
573,8	114,0	459,1	–	–	0,7	–	59,0	594,6	220,7	373,9	26,7	234,5		16.
572,1	125,3	445,3	–	–	1,6	–	58,7	599,6	224,7	374,9	26,7	232,5		23.
579,6	163,8	415,6	–	–	0,2	–	62,1	603,4	227,1	376,3	26,7	238,4		30.
557,1	151,8	404,8	–	–	0,5	0,0	64,6	601,0	226,6	374,4	26,7	229,9	2015 Febr.	6.
500,2	104,5	395,4	–	–	0,2	–	116,3	606,5	229,4	377,1	26,7	229,8		13.
502,5	122,1	379,2	–	–	1,2	0,0	121,9	610,1	231,5	378,6	26,7	231,0		20.
488,7	165,4	323,0	–	–	0,3	0,0	124,9	611,6	234,2	377,4	26,7	226,6		27.
470,9	147,9	323,0	–	–	0,0	0,0	121,4	613,9	237,1	376,7	26,7	222,8	März	6.
465,3	141,8	323,0	–	–	0,5	0,0	120,6	624,0	249,4	374,6	26,7	225,4		13.
465,6	142,4	323,0	–	–	0,2	–	117,7	643,4	268,8	374,6	26,7	223,3		20.
538,3	120,5	417,6	–	–	0,2	0,0	121,3	662,6	287,0	375,6	26,7	220,7		27.
521,2	103,6	417,6	–	–	0,1	–	124,1	679,3	300,7	378,6	26,7	232,8	April	2.
525,9	108,3	417,6	–	–	0,1	–	121,0	690,8	312,7	378,1	26,7	234,3		10.
514,1	96,6	417,6	–	–	0,0	–	121,7	701,8	325,0	376,8	26,7	232,5		17.
513,3	95,7	417,6	–	–	0,0	–	123,6	717,5	339,8	377,7	26,7	232,6		24.
517,3	108,5	408,7	–	–	0,0	–	127,1	724,9	350,8	374,1	25,7	229,9	Mai	1.
<b>Deutsche Bundesbank</b>														
12,8	0,9	11,8	–	–	0,0	–	4,8	61,9	61,9	–	4,4	604,1	2013 Juni	
12,2	1,0	11,2	–	–	0,0	–	4,5	61,1	61,1	–	4,4	605,0	Juli	
10,8	0,2	10,6	–	–	0,0	–	4,6	59,5	59,5	–	4,4	602,1	Aug.	
10,8	0,2	9,9	–	–	0,7	–	4,9	58,6	58,6	–	4,4	599,5	Sept.	
9,3	0,2	8,7	–	–	0,4	–	5,0	57,6	57,6	–	4,4	591,0	Okt.	
9,2	0,7	8,4	–	–	0,1	–	5,1	57,0	57,0	–	4,4	574,5	Nov.	
52,1	38,2	13,8	–	–	0,1	–	4,7	55,8	55,8	–	4,4	539,8	Dez.	
31,3	20,3	11,0	–	–	–	–	5,1	54,2	54,2	–	4,4	529,5	2014 Jan.	
18,2	7,1	11,0	–	–	0,1	–	5,7	53,8	53,8	–	4,4	528,2	Febr.	
24,4	10,7	11,0	–	–	2,7	–	5,6	53,6	53,6	–	4,4	499,0	März	
51,4	38,2	12,9	–	–	0,2	–	5,7	51,6	51,6	–	4,4	506,7	April	
60,0	41,5	18,5	–	–	0,0	–	3,8	50,7	50,7	–	4,4	495,8	Mai	
26,1	7,4	16,1	–	–	2,6	–	2,3	49,0	49,0	–	4,4	490,6	Juni	
17,8	7,1	10,5	–	–	0,2	–	1,6	47,4	47,4	–	4,4	472,3	Juli	
14,3	4,0	9,7	–	–	0,6	–	1,1	45,7	45,7	–	4,4	492,7	Aug.	
21,6	6,3	14,9	–	–	0,3	–	1,8	45,5	45,5	–	4,4	508,6	Sept.	
31,3	15,2	15,2	–	–	0,9	–	1,7	45,3	45,3	–	4,4	497,5	Okt.	
27,2	8,5	18,5	–	–	0,2	–	1,5	47,7	47,7	–	4,4	496,6	Nov.	
65,6	32,5	32,9	–	–	0,1	–	2,0	50,2	50,2	–	4,4	490,0	Dez.	
43,1	11,2	31,9	–	–	0,0	–	3,2	52,1	52,1	–	4,4	543,7	2015 Jan.	
37,3	8,6	28,7	–	–	0,0	–	4,6	52,9	52,9	–	4,4	541,5	Febr.	
37,2	7,3	29,7	–	–	0,1	–	3,6	65,7	65,7	–	4,4	560,0	März	
33,7	4,7	29,1	–	–	–	–	4,2	77,1	77,1	–	4,4	560,2	April	

-preisen bewertet. **1** Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank: Ausweis für Monatsultimo. **2** Quelle: EZB.

### III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

#### 2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende 1)	Passiva insgesamt	Banknotenumlauf 2)	Verbindlichkeiten in Euro aus geldpolitischen Operationen gegenüber Kreditinstituten im Euro-Währungsgebiet					Sonstige Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Kreditinstituten des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten aus der Begebung von Schuldverschreibungen	Verbindlichkeiten in Euro gegenüber sonstigen Ansässigen im Euro-Währungsgebiet			
			insgesamt	Einlagen auf Girokonten (einschl. Mindestreserveguthaben)	Einlagefazilität	Termin-einlagen	Verbindlichkeiten aus Geschäften mit Rücknahmevereinbarung			Einlagen aus dem Margenausgleich	insgesamt	Einlagen von öffentlichen Haushalten	Sonstige Verbindlichkeiten
<b>Eurosystem 4)</b>													
2014 Aug. 29.	2 038,7	971,3	253,7	222,8	30,9	–	–	0,0	4,9	–	93,1	63,8	29,3
Sept. 5.	2 012,1	972,6	220,4	193,7	26,7	–	–	0,0	4,9	–	98,5	70,7	27,8
12.	2 003,8	971,9	200,3	179,2	21,1	–	–	0,0	4,8	–	111,4	80,0	31,4
19.	1 988,2	970,4	185,5	162,4	23,1	–	–	0,0	4,9	–	115,8	86,0	29,8
26.	2 038,2	970,0	234,1	209,4	24,7	–	–	0,0	4,8	–	116,6	87,1	29,5
Okt. 3.	2 053,7	975,1	237,1	206,8	30,4	–	–	0,0	4,8	–	100,0	69,5	30,5
10.	2 042,7	974,3	227,8	204,6	23,1	–	–	0,1	4,8	–	103,2	72,6	30,7
17.	2 029,7	972,9	213,9	184,8	29,0	–	–	0,0	4,7	–	108,5	75,6	32,9
24.	2 032,8	971,1	197,2	170,0	27,1	–	–	0,0	4,8	–	134,0	102,2	31,8
31.	2 052,1	975,2	250,0	211,6	38,4	–	–	0,0	4,8	–	93,1	56,8	36,2
Nov. 7.	2 029,7	977,2	225,2	183,1	42,0	–	–	0,0	4,4	–	93,7	58,2	35,5
14.	2 028,2	976,9	212,7	187,0	25,6	–	–	0,0	4,5	–	103,4	67,5	35,9
21.	2 033,2	975,1	197,6	175,5	22,0	–	–	0,0	4,8	–	120,8	84,7	36,1
28.	2 053,9	981,0	244,1	208,3	35,8	–	–	0,0	4,7	–	92,3	56,1	36,2
Dez. 5.	2 038,1	988,9	205,8	177,8	28,0	–	–	0,0	4,8	–	107,7	71,0	36,8
12.	2 034,7	992,6	215,2	188,7	26,5	–	–	0,0	4,8	–	92,3	64,8	27,5
19.	2 134,8	1 003,8	284,0	245,1	38,9	–	–	–	4,9	–	106,8	80,6	26,3
26.	2 150,2	1 017,2	300,0	256,4	43,5	–	–	–	4,9	–	93,0	66,4	26,6
2015 Jan. 2.	2 216,0	1 017,1	364,5	302,8	61,7	–	–	0,0	6,2	–	71,9	43,9	28,0
9.	2 168,8	1 006,9	316,1	242,4	73,7	–	–	0,0	6,3	–	84,9	56,9	28,0
16.	2 158,2	1 001,4	288,9	223,3	65,6	–	–	0,0	6,9	–	94,7	64,9	29,8
23.	2 159,8	1 002,3	243,8	189,3	54,5	–	–	0,0	5,7	–	114,7	81,0	33,7
30.	2 182,0	1 004,2	264,5	227,4	36,6	–	–	0,6	5,6	–	111,4	76,3	35,2
2015 Febr. 6.	2 150,2	1 004,7	269,5	233,7	35,8	–	–	0,0	5,4	–	88,4	55,2	33,2
13.	2 153,1	1 005,6	272,3	226,9	45,4	–	–	0,0	5,4	–	91,8	56,0	35,8
20.	2 167,8	1 005,0	271,4	229,3	42,0	–	–	0,0	5,3	–	110,2	70,5	39,7
27.	2 155,8	1 007,0	272,0	235,0	37,1	–	–	–	5,3	–	97,4	52,4	45,0
März 7.	2 134,8	1 009,7	254,0	206,6	47,5	–	–	–	5,3	–	101,5	56,2	45,3
13.	2 142,1	1 010,8	268,0	222,7	45,2	–	–	–	5,2	–	101,5	55,8	45,7
20.	2 157,8	1 010,9	275,2	229,6	45,7	–	–	0,0	5,2	–	118,1	67,2	51,0
27.	2 250,8	1 012,9	356,6	293,0	63,6	–	–	–	5,4	–	130,0	81,3	48,6
April 2.	2 334,1	1 024,8	349,2	263,3	85,9	–	–	0,0	5,6	–	126,6	68,4	58,2
10.	2 349,0	1 021,0	364,9	276,8	88,0	–	–	0,1	5,6	–	132,1	75,0	57,1
17.	2 344,1	1 018,1	373,6	282,6	90,6	–	–	0,4	5,5	–	126,0	67,3	58,7
24.	2 360,8	1 018,4	355,6	269,4	86,2	–	–	0,0	5,5	–	159,8	101,5	58,3
Mai 1.	2 372,6	1 026,6	407,8	300,2	107,6	–	–	0,0	5,4	–	112,7	50,3	62,4
<b>Deutsche Bundesbank</b>													
2013 Juni	839,7	226,9	195,1	89,6	23,5	82,1	–	–	–	–	8,1	0,5	7,6
Juli	838,1	227,9	187,0	90,2	20,1	76,7	–	–	–	–	12,5	0,5	12,0
Aug.	832,2	228,1	179,2	90,8	15,1	73,4	–	–	–	–	10,6	0,5	10,0
Sept.	835,0	227,9	173,7	97,7	17,5	58,5	–	–	–	–	13,5	1,9	11,6
Okt.	823,5	229,3	139,0	61,5	12,3	65,3	–	–	–	–	33,0	1,4	31,5
Nov.	806,9	230,1	135,5	64,0	13,9	57,6	–	–	–	–	19,1	1,0	18,1
Dez.	800,7	237,3	141,5	83,9	10,7	46,9	–	–	–	–	10,5	2,0	8,5
2014 Jan.	768,1	220,6	123,2	64,1	10,7	48,4	–	–	–	–	9,5	1,0	8,5
Febr.	752,9	220,9	115,0	53,0	9,1	53,0	–	–	–	–	11,8	1,2	10,7
März	737,8	222,2	103,3	50,2	4,7	48,5	–	–	–	–	8,4	1,1	7,3
April	770,6	224,5	112,6	68,4	7,8	36,4	–	–	–	–	26,6	1,4	25,2
Mai	764,9	225,7	103,4	62,2	7,2	34,0	–	–	–	–	24,7	0,9	23,9
Juni	725,5	227,0	65,5	60,0	5,5	–	–	–	–	–	18,9	1,2	17,7
Juli	697,1	229,4	56,5	49,9	6,6	–	–	–	–	–	14,2	0,8	13,4
Aug.	712,0	229,8	68,8	59,9	9,0	–	–	–	–	–	12,8	0,7	12,1
Sept.	738,3	229,8	85,1	81,1	4,0	–	–	–	–	–	15,1	1,1	13,9
Okt.	736,9	230,7	72,3	62,5	9,7	–	–	–	–	–	21,8	0,8	21,0
Nov.	734,0	232,1	63,1	54,1	9,0	–	–	0,0	–	–	24,7	0,7	23,9
Dez.	771,0	240,5	90,2	81,2	9,0	–	–	–	–	–	9,9	1,9	7,9
2015 Jan.	805,7	236,1	76,0	69,0	7,1	–	–	–	–	–	19,1	0,8	18,2
Febr.	800,2	236,8	77,3	71,0	6,2	–	–	–	–	–	28,8	1,1	27,7
März	847,9	239,0	115,5	99,5	16,0	–	–	–	–	–	35,1	1,7	33,4
April	856,5	241,4	120,1	93,5	26,6	–	–	–	–	–	38,6	1,3	37,3

\* Der konsolidierte Ausweis des Eurosystems umfasst den Ausweis der Europäischen Zentralbank (EZB) und die Ausweise der nationalen Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (NZBen) des Euro-Währungsgebiets. Die Ausweispositionen für Devisen, Wertpapiere, Gold und Finanzinstrumente werden am Quartalsende zu Marktkursen und -preisen bewertet. 1 Für Eurosystem: Ausweis für Wochentage; für Bundesbank:

Ausweis für Monatsultimo. 2 Entsprechend dem vom Eurosystem gewählten Rechnungslegungsverfahren für die Ausgabe von Euro-Banknoten wird der EZB auf monatlicher Basis ein Anteil von 8 % des Gesamtwerts des Euro-Banknotenumlaufs zugeteilt. Der Gegenposten dieser Berichtigung wird als „Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten ausgewiesen. Die verbleibenden

III. Konsolidierter Ausweis des Eurosystems

Verbindlichkeiten in Euro gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen im Euro-Währungsgebiet	Verbindlichkeiten in Fremdwährung gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebiets			Ausgleichsposten für zugeteilte Sonderziehungsrechte	Sonstige Passiva <sup>3)</sup>	Intra-Eurosystem-Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten <sup>2)</sup>	Neubewertungskonten	Grundkapital und Rücklage	Stand am Ausweisstichtag/ Monatsende <sup>1)</sup>
		insgesamt	Einlagen, Guthaben und andere Verbindlichkeiten	Verbindlichkeiten aus der Kreditfazilität im Rahmen des WKM II						
<b>Eurosystem <sup>4)</sup></b>										
41,6	1,1	6,1	6,1	–	53,4	217,1	–	301,4	95,3	2014 Aug. 29.
43,2	0,9	7,0	7,0	–	53,4	214,7	–	301,4	95,3	Sept. 5.
40,6	0,9	7,6	7,6	–	53,4	216,2	–	301,4	95,3	12.
40,9	1,0	6,2	6,2	–	53,4	213,4	–	301,4	95,3	19.
40,3	0,8	7,0	7,0	–	53,4	214,5	–	301,4	95,3	26.
41,0	0,9	7,3	7,3	–	55,5	221,1	–	315,5	95,3	Okt. 3.
39,1	1,2	7,5	7,5	–	55,5	218,4	–	315,5	95,3	10.
36,8	1,1	5,7	5,7	–	55,5	219,7	–	315,5	95,3	17.
36,2	1,1	6,4	6,4	–	55,5	215,7	–	315,5	95,3	24.
39,1	1,3	6,3	6,3	–	55,5	215,9	–	315,5	95,3	31.
40,5	1,3	5,3	5,3	–	55,5	215,8	–	315,5	95,3	Nov. 7.
39,7	1,1	6,7	6,7	–	55,5	216,9	–	315,5	95,3	14.
41,1	1,1	6,9	6,9	–	55,5	219,5	–	315,5	95,3	21.
39,9	1,1	6,3	6,3	–	55,5	219,5	–	315,5	94,0	28.
39,7	1,5	6,1	6,1	–	55,5	218,5	–	315,5	94,0	Dez. 5.
40,5	1,1	6,3	6,3	–	55,5	216,9	–	315,5	94,0	12.
46,9	1,3	7,0	7,0	–	55,5	214,9	–	315,5	94,0	19.
47,2	1,3	6,8	6,8	–	55,5	214,8	–	315,5	94,0	26.
46,9	1,3	5,5	5,5	–	56,4	220,9	–	330,9	94,4	2015 Jan. 2.
50,8	2,4	5,0	5,0	–	56,4	214,5	–	330,9	94,7	9.
60,3	1,7	6,5	6,5	–	56,4	215,9	–	330,9	94,7	16.
86,7	1,6	6,4	6,4	–	56,4	216,0	–	330,9	95,2	23.
84,4	1,5	7,3	7,3	–	56,4	220,4	–	330,9	95,2	30.
75,9	1,5	5,7	5,7	–	56,4	216,4	–	330,9	95,5	2015 Febr. 6.
71,5	2,0	7,6	7,6	–	56,4	214,2	–	330,9	95,5	13.
65,4	1,9	7,0	7,0	–	56,4	218,9	–	330,9	95,5	20.
62,5	2,2	6,6	6,6	–	56,4	220,1	–	330,9	95,5	27.
57,5	2,1	6,4	6,4	–	56,4	215,6	–	330,9	95,5	März 6.
54,9	1,8	7,2	7,2	–	56,4	210,0	–	330,9	95,5	13.
47,9	2,1	7,0	7,0	–	56,4	208,6	–	330,9	95,5	20.
45,0	1,9	7,1	7,1	–	56,4	208,7	–	330,9	95,9	27.
38,8	1,8	7,6	7,6	–	60,7	219,8	–	403,3	96,0	April 2.
39,6	1,9	7,7	7,7	–	60,7	216,1	–	403,3	96,0	10.
37,4	1,9	7,6	7,6	–	60,7	214,1	–	403,3	96,0	17.
36,5	1,8	7,7	7,7	–	60,7	215,5	–	403,3	96,1	24.
34,7	2,3	7,1	7,1	–	60,7	216,0	–	403,3	96,1	Mai 1.
<b>Deutsche Bundesbank</b>										
61,5	0,0	0,7	0,7	–	13,9	25,3	208,2	95,0	5,0	2013 Juni
59,7	0,0	0,1	0,1	–	13,9	25,5	211,5	95,0	5,0	Juli
58,9	0,0	0,7	0,7	–	13,9	26,0	214,8	95,0	5,0	Aug.
54,7	0,0	0,2	0,2	–	13,7	26,6	218,0	101,6	5,0	Sept.
54,6	0,0	0,1	0,1	–	13,7	27,0	220,2	101,6	5,0	Okt.
52,1	0,0	0,7	0,7	–	13,7	27,4	221,7	101,6	5,0	Nov.
52,0	1,8	0,0	0,0	–	13,5	26,8	224,3	88,1	5,0	Dez.
45,3	0,4	0,8	0,8	–	13,5	27,2	234,7	88,1	5,0	2014 Jan.
33,1	– 0,0	0,6	0,6	–	13,5	27,8	237,1	88,1	5,0	Febr.
26,4	0,0	1,3	1,3	–	13,5	23,6	238,7	95,4	5,0	März
27,4	0,0	1,0	1,0	–	13,5	23,8	240,8	95,4	5,0	April
28,9	0,0	0,5	0,5	–	13,5	24,0	243,8	95,4	5,0	Mai
25,4	0,0	0,7	0,7	–	13,7	24,4	246,7	98,3	5,0	Juni
3,4	0,0	1,0	1,0	–	13,7	24,5	251,2	98,3	5,0	Juli
2,7	0,0	1,4	1,4	–	13,7	24,6	254,8	98,3	5,0	Aug.
3,6	0,0	1,1	1,1	–	14,2	25,0	258,7	100,8	5,0	Sept.
3,6	0,0	1,4	1,4	–	14,2	25,2	261,8	100,8	5,0	Okt.
2,9	0,0	1,6	1,6	–	14,2	25,2	264,4	100,8	5,0	Nov.
12,3	0,0	0,8	0,8	–	14,4	25,5	267,9	104,5	5,0	Dez.
54,0	0,0	1,3	1,3	–	14,4	25,0	270,3	104,5	5,0	2015 Jan.
33,9	0,0	1,9	1,9	–	14,4	25,2	272,4	104,5	5,0	Febr.
17,1	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,0	274,7	121,0	5,0	März
12,9	0,0	2,1	2,1	–	15,5	23,1	276,9	121,0	5,0	April

92 % des Wertes am in Umlauf befindliche Euro-Banknoten werden ebenfalls auf monatlicher Basis auf die NZBen aufgeteilt, wobei jede NZB in ihrer Bilanz den Anteil am Euro-Banknotenumlauf ausweist, der ihrem eingezahlten Anteil am Kapital der EZB entspricht. Die Differenz zwischen dem Wert der einer NZB zugeteilten Euro-Banknoten gemäß dem oben erwähnten Rechnungslegungsverfahren und dem Wert der

von dieser NZB in Umlauf gegebenen Euro-Banknoten wird ebenfalls als „Intra-Eurosystem-Forderung/Verbindlichkeit aus der Begebung von Euro-Banknoten“ ausgewiesen. <sup>3</sup> Für Deutsche Bundesbank: einschl. noch im Umlauf befindlicher DM-Banknoten. <sup>4</sup> Quelle: EZB.

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Aktiva

Mrd €

Zeit	Bilanz- summe 1)	Kassen- bestand	Kredite an Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs) im					
			insgesamt	an Banken im Inland			an Banken in anderen Mitgliedsländern			insgesamt	an Nichtbanken im Inland			
				zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken	zu- sammen	Buch- kredite	Wert- papiere von Banken		zu- sammen	Unternehmen und personen	zu- sammen	Buch- kredite
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
2006	7 154,4	16,4	2 314,4	1 718,6	1 138,6	580,0	595,8	376,8	219,0	3 462,1	3 085,5	2 536,1	2 241,9	
2007	7 592,4	17,8	2 523,4	1 847,9	1 290,4	557,5	675,4	421,6	253,8	3 487,3	3 061,8	2 556,0	2 288,8	
2008	7 892,7	17,8	2 681,8	1 990,2	1 404,3	585,8	691,6	452,9	238,8	3 638,2	3 163,0	2 686,9	2 357,3	
2009	7 436,1	17,2	2 480,5	1 813,2	1 218,4	594,8	667,3	449,5	217,8	3 638,3	3 187,9	2 692,9	2 357,5	
2010	8 304,8	16,5	2 361,6	1 787,8	1 276,9	510,9	573,9	372,8	201,0	3 724,5	3 303,0	2 669,2	2 354,7	
2011	8 393,3	16,4	2 394,4	1 844,5	1 362,2	482,2	550,0	362,3	187,7	3 673,5	3 270,5	2 709,4	2 415,1	
2012	8 226,6	19,2	2 309,0	1 813,2	1 363,8	449,4	495,9	322,2	173,7	3 688,6	3 289,4	2 695,5	2 435,7	
2013	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014	7 802,3	19,2	2 021,4	1 530,5	1 147,2	383,3	490,8	333,9	156,9	3 654,5	3 239,4	2 661,4	2 384,8	
2013 Juni	7 833,2	15,8	2 189,1	1 676,4	1 243,9	432,5	512,7	344,5	168,2	3 713,6	3 307,8	2 727,1	2 464,1	
Juli	7 752,9	15,1	2 149,0	1 650,0	1 223,2	426,9	499,0	333,5	165,5	3 708,9	3 300,7	2 711,5	2 449,8	
Aug.	7 684,9	16,4	2 256,6	1 752,4	1 327,1	425,3	504,2	336,9	167,2	3 604,4	3 197,1	2 613,8	2 351,7	
Sept.	7 682,1	15,3	2 250,2	1 741,8	1 317,7	424,0	508,4	342,6	165,9	3 599,5	3 197,8	2 615,6	2 352,6	
Okt.	7 670,3	15,9	2 205,2	1 701,8	1 283,3	418,4	503,4	338,9	164,5	3 607,9	3 207,9	2 615,7	2 351,6	
Nov.	7 704,8	15,3	2 221,4	1 713,0	1 294,7	418,3	508,3	342,0	166,3	3 612,6	3 208,8	2 619,5	2 356,1	
Dez.	7 528,9	18,7	2 145,0	1 654,8	1 239,1	415,7	490,2	324,6	165,6	3 594,3	3 202,1	2 616,3	2 354,0	
2014 Jan.	7 610,4	14,9	2 156,0	1 653,3	1 240,7	412,6	502,7	336,9	165,8	3 610,2	3 210,8	2 620,3	2 351,3	
Febr.	7 563,0	15,1	2 145,2	1 653,5	1 244,9	408,6	491,7	328,2	163,5	3 604,7	3 204,2	2 616,6	2 354,6	
März	7 512,4	14,6	2 110,7	1 625,0	1 219,7	405,3	485,7	322,1	163,6	3 608,1	3 206,8	2 623,6	2 356,3	
April	7 543,0	15,5	2 107,4	1 616,2	1 212,2	404,1	491,1	325,6	165,6	3 630,9	3 228,6	2 644,2	2 359,8	
Mai	7 619,9	15,4	2 126,3	1 632,2	1 229,5	402,7	494,1	329,1	165,0	3 630,4	3 225,2	2 637,6	2 364,9	
Juni	7 589,2	14,9	2 089,4	1 595,1	1 196,2	398,9	494,2	330,2	164,0	3 623,8	3 219,0	2 637,4	2 367,1	
Juli	7 657,0	15,0	2 089,5	1 580,6	1 184,2	396,4	508,9	345,9	163,0	3 635,3	3 227,8	2 639,9	2 366,6	
Aug.	7 750,2	15,5	2 103,8	1 596,1	1 201,4	394,8	507,7	345,2	162,5	3 631,4	3 226,7	2 643,3	2 372,4	
Sept.	7 746,4	15,3	2 100,2	1 593,3	1 198,5	394,5	507,1	344,3	162,9	3 644,2	3 237,5	2 653,9	2 380,5	
Okt.	7 755,6	15,4	2 084,1	1 579,2	1 188,8	390,4	505,0	344,4	160,6	3 653,0	3 241,6	2 649,8	2 378,9	
Nov.	7 840,0	15,6	2 074,1	1 563,1	1 174,4	388,8	510,9	351,4	159,6	3 668,7	3 251,5	2 662,4	2 389,2	
Dez.	7 802,3	19,2	2 021,4	1 530,5	1 147,2	383,3	490,8	333,9	156,9	3 654,5	3 239,4	2 661,4	2 384,8	
2015 Jan.	8 125,8	15,4	2 105,7	1 582,4	1 198,1	384,3	523,3	363,3	160,0	3 686,5	3 263,3	2 674,6	2 389,2	
Febr.	8 061,8	15,4	2 094,1	1 578,2	1 195,8	382,4	516,0	362,5	153,5	3 698,5	3 276,0	2 681,1	2 397,4	
März	8 172,9	15,5	2 121,4	1 607,8	1 224,3	383,5	513,5	360,7	152,9	3 708,2	3 283,5	2 690,7	2 400,3	
<b>Veränderungen 3)</b>														
2007	518,3	1,5	218,9	135,5	156,3	20,8	83,4	47,4	36,0	54,1	1,0	38,7	53,2	
2008	313,3	0,1	183,6	164,3	127,5	36,9	19,3	33,7	14,4	140,4	102,6	130,9	65,5	
2009	- 454,5	0,5	- 189,0	- 166,4	- 182,2	15,8	- 22,5	1,8	- 20,7	17,4	38,3	17,0	6,6	
2010	- 136,3	0,7	- 111,6	- 15,6	58,5	- 74,1	- 95,9	- 80,9	- 15,1	- 96,4	126,0	- 13,7	0,7	
2011	54,1	0,1	32,6	58,7	91,7	- 33,0	- 26,0	- 12,1	- 13,9	- 51,8	- 35,3	38,7	56,7	
2012	- 129,2	2,9	- 81,9	- 28,4	3,0	- 31,4	- 53,5	- 39,7	- 13,8	27,5	27,7	17,0	28,8	
2013	- 703,6	0,5	- 257,1	- 249,2	- 216,5	- 32,7	- 7,9	1,6	- 9,5	13,6	16,6	23,6	21,6	
2014	208,1	0,4	- 115,7	- 118,0	- 84,6	- 33,4	2,3	7,1	- 4,8	55,0	40,0	52,3	36,8	
2013 Juli	- 72,5	0,6	- 38,9	- 25,6	- 20,3	- 5,4	- 13,2	- 10,5	- 2,8	- 2,8	- 6,0	- 14,6	- 13,1	
Aug.	- 87,5	1,2	- 7,7	- 5,7	- 7,3	- 1,6	2,0	0,3	1,7	- 12,1	- 11,6	- 5,9	- 6,4	
Sept.	- 14,6	1,0	- 5,4	- 10,1	- 8,9	- 1,2	4,7	6,1	- 1,4	- 2,7	2,3	3,4	2,8	
Okt.	- 5,5	0,6	- 44,2	- 39,4	- 34,0	- 5,4	- 4,8	- 3,2	- 1,6	9,9	11,2	1,2	0,5	
Nov.	32,6	0,6	15,3	11,0	11,2	- 0,2	4,2	2,3	1,9	5,6	1,3	4,0	4,8	
Dez.	- 169,8	3,4	- 75,2	- 57,6	- 55,3	- 2,3	- 17,6	- 16,9	- 0,7	- 15,8	- 4,7	- 1,6	- 0,7	
2014 Jan.	71,1	3,8	9,8	- 2,1	1,0	- 3,1	11,9	11,4	0,5	16,3	- 9,5	4,9	- 2,4	
Febr.	- 37,7	0,2	- 9,3	- 1,0	4,7	- 3,7	- 10,3	- 8,0	- 2,3	- 3,1	- 4,9	- 2,0	5,1	
März	- 50,8	0,6	- 34,5	- 28,5	- 25,2	- 3,3	- 6,0	- 6,1	0,1	4,1	3,4	7,9	2,4	
April	32,0	1,0	- 3,1	- 8,6	- 7,4	- 1,2	5,5	3,6	2,0	23,2	22,1	20,6	3,6	
Mai	67,8	0,1	17,3	15,2	16,8	- 1,6	2,1	2,8	- 0,7	- 1,8	- 4,0	- 7,1	4,7	
Juni	- 30,3	0,5	- 36,5	- 36,7	- 33,2	- 3,5	0,2	1,1	- 0,9	- 6,0	- 5,6	0,2	2,4	
Juli	57,7	0,1	- 1,6	- 15,4	- 12,6	- 2,7	13,8	14,9	- 1,1	11,5	8,9	2,8	- 0,7	
Aug.	86,5	0,5	13,5	15,3	17,1	- 1,8	- 1,8	- 1,2	- 0,6	- 4,7	- 1,4	3,0	5,3	
Sept.	- 27,7	0,2	- 7,5	- 5,0	- 4,1	- 0,9	- 2,4	- 2,7	0,2	10,2	9,6	9,6	7,1	
Okt.	8,0	0,1	- 12,3	- 13,9	- 9,8	- 4,0	1,6	2,6	- 1,0	6,5	5,3	- 3,0	- 0,6	
Nov.	84,4	0,2	- 8,8	- 16,0	- 14,5	- 1,5	7,2	7,2	0,0	14,4	9,7	12,5	10,8	
Dez.	- 52,8	3,6	- 42,8	- 23,3	- 17,4	- 6,0	- 19,5	- 18,5	- 1,0	- 15,6	- 12,7	2,9	- 0,8	
2015 Jan.	277,5	3,8	65,7	36,1	36,3	- 0,2	29,6	26,4	3,3	28,5	22,0	12,1	3,6	
Febr.	- 70,0	0,0	- 12,7	- 4,8	- 2,5	- 2,2	- 7,9	- 1,2	- 6,7	10,7	12,1	5,8	8,3	
März	111,9	0,1	27,6	30,0	28,6	1,5	- 2,4	- 1,7	- 0,6	9,1	6,5	8,8	3,2	

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1. 2 Einschl. Schuldver-

IV. Banken

Euro-Währungsgebiet											Aktiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungsgebiet		Sonstige Aktivpositionen 1)	Zeit
an Nichtbanken in anderen Mitgliedsländern										insgesamt	darunter Buchkredite			
Privat- Haushalte				zusammen	Unternehmen und Privatpersonen			öffentliche Haushalte						
Wertpapiere	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere 2)		zusammen	darunter Buchkredite	zusammen	Buchkredite	Wertpapiere			insgesamt		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>														
294,1	549,5	390,2	159,2	376,6	228,1	85,2	148,5	26,1	122,4	1 172,7	936,2	188,8	2006	
267,3	505,8	360,7	145,0	425,5	294,6	124,9	130,9	26,0	104,9	1 339,5	1 026,9	224,4	2007	
329,6	476,1	342,8	133,4	475,1	348,1	172,1	127,0	27,6	99,4	1 279,2	1 008,6	275,7	2008	
335,4	495,0	335,1	160,0	450,4	322,2	162,9	128,2	23,5	104,7	1 062,6	821,1	237,5	2009	
314,5	633,8	418,4	215,3	421,6	289,2	164,2	132,4	24,8	107,6	1 021,0	792,7	1 181,1	2010	
294,3	561,1	359,8	201,2	403,1	276,9	161,2	126,2	32,6	93,6	995,1	770,9	1 313,8	2011	
259,8	594,0	350,3	243,7	399,2	275,1	158,1	124,1	30,4	93,7	970,3	745,0	1 239,4	2012	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	2013	
276,6	578,0	327,8	250,2	415,1	270,2	142,7	144,9	31,9	113,0	1 051,5	805,0	1 055,8	2014	
262,9	580,8	342,3	238,5	405,7	278,1	152,3	127,6	29,9	97,7	951,9	723,2	962,7	2013 Juni	
261,7	589,2	347,3	241,9	408,2	279,2	151,0	129,0	29,9	99,1	937,8	706,4	942,0	Juli	
262,1	583,3	340,6	242,8	407,2	275,1	149,8	132,1	30,7	101,5	934,2	703,9	873,3	Aug.	
263,0	582,2	340,0	242,2	401,7	273,6	147,5	128,0	30,2	97,8	912,8	681,8	904,2	Sept.	
264,1	592,2	347,2	245,0	400,0	271,3	145,5	128,6	30,9	97,7	935,2	704,6	906,1	Okt.	
263,4	589,3	342,6	246,7	403,8	274,8	146,4	129,0	30,8	98,1	952,7	721,5	902,8	Nov.	
262,3	585,8	339,2	246,6	392,3	267,6	144,6	124,6	27,8	96,9	921,2	690,5	849,7	Dez.	
268,9	590,5	345,4	245,0	399,4	272,6	146,9	126,9	27,9	99,0	960,8	729,9	868,4	2014 Jan.	
262,0	587,6	341,1	246,5	400,6	270,1	145,8	130,4	28,4	102,1	959,2	735,1	838,8	Febr.	
267,4	583,2	336,7	246,5	401,3	270,1	145,2	131,2	28,1	103,1	954,9	723,4	824,1	März	
284,3	584,4	336,7	247,7	402,4	270,0	148,1	132,4	28,7	103,7	961,7	732,7	827,4	April	
272,7	587,6	338,2	249,5	405,2	273,0	148,8	132,2	28,6	103,6	986,8	754,4	861,0	Mai	
270,2	581,7	330,2	251,4	404,8	273,3	147,8	131,4	27,9	103,5	997,6	762,8	863,5	Juni	
273,4	587,8	333,0	254,8	407,5	273,9	148,8	133,6	28,2	105,4	1 028,4	793,4	888,9	Juli	
270,9	583,4	327,4	256,0	404,7	272,1	147,8	132,6	28,6	104,0	1 022,4	786,3	977,2	Aug.	
273,4	583,6	326,9	256,7	406,7	270,0	145,9	136,7	28,4	108,3	1 026,1	784,3	960,6	Sept.	
270,9	591,9	333,3	258,6	411,3	272,0	149,3	139,3	29,2	110,2	1 038,4	799,6	964,8	Okt.	
273,1	589,1	330,8	258,3	417,2	276,0	147,9	141,3	28,7	112,6	1 070,0	827,9	1 011,6	Nov.	
276,6	578,0	327,8	250,2	415,1	270,2	142,7	144,9	31,9	113,0	1 051,5	805,0	1 055,8	Dez.	
285,4	588,6	336,7	251,9	423,3	273,4	147,1	149,9	31,2	118,7	1 138,4	885,6	1 179,7	2015 Jan.	
283,7	594,9	339,8	255,1	422,5	272,8	144,8	149,7	31,3	118,4	1 131,0	880,6	1 122,7	Febr.	
290,5	592,8	339,0	253,7	424,7	276,1	146,2	148,6	30,5	118,1	1 131,2	872,6	1 196,7	März	
<b>Veränderungen 3)</b>														
- 14,6	- 39,6	- 29,3	- 10,3	55,1	73,6	41,5	- 18,6	0,0	- 18,6	222,7	136,5	21,1	2007	
65,4	- 28,4	- 16,9	- 11,5	37,8	42,3	40,4	- 4,5	1,6	- 6,1	- 40,3	- 7,6	29,7	2008	
10,5	21,3	- 5,1	26,4	- 20,9	- 20,9	- 7,1	0,0	- 3,9	3,9	- 182,5	- 162,3	- 99,8	2009	
- 14,3	139,7	83,4	56,3	- 29,6	- 36,4	0,2	6,8	3,1	3,7	- 74,1	- 61,9	- 46,3	2010	
- 18,0	- 74,0	- 59,1	- 14,9	- 16,6	- 13,8	- 5,5	- 2,7	8,0	- 10,7	- 39,5	- 34,9	112,9	2011	
- 11,8	10,7	- 10,5	21,2	- 0,2	- 0,7	- 1,5	0,5	- 2,2	2,7	- 15,5	- 17,7	- 62,2	2012	
2,0	- 7,0	- 10,9	3,9	- 3,0	- 3,4	- 9,3	0,5	- 2,6	3,1	- 38,8	- 47,2	- 420,8	2013	
15,5	- 12,3	- 15,1	2,9	15,0	0,5	- 3,9	14,5	0,9	13,6	83,5	71,9	184,8	2014	
- 1,4	8,5	5,1	3,5	3,3	1,8	- 0,5	1,5	- 0,0	1,5	- 9,2	- 11,8	- 21,0	2013 Juli	
0,5	- 5,7	- 6,7	1,0	- 0,5	- 3,5	- 1,1	3,1	0,8	2,3	- 14,4	- 13,3	- 69,9	Aug.	
0,5	- 1,1	- 0,6	- 0,5	- 5,0	- 0,9	- 1,7	- 4,1	- 0,5	- 3,6	- 16,8	- 17,6	11,4	Sept.	
0,7	10,0	7,1	2,8	- 1,2	- 1,9	- 1,5	0,6	0,7	- 0,1	26,1	26,6	2,1	Okt.	
- 0,8	- 2,7	- 4,6	1,9	4,3	3,9	1,5	0,3	- 0,1	0,4	15,8	15,5	- 3,4	Nov.	
- 0,9	- 3,1	- 3,4	0,3	- 11,0	- 6,7	- 1,3	- 4,4	- 3,1	- 1,3	- 27,1	- 26,8	- 55,2	Dez.	
- 7,4	4,6	6,2	- 1,6	6,8	4,8	1,8	2,0	0,1	2,0	33,4	33,3	15,3	2014 Jan.	
- 7,1	- 2,8	- 4,3	1,5	1,7	- 1,9	- 0,3	3,6	0,5	3,1	5,0	11,5	- 30,5	Febr.	
5,5	- 4,4	- 4,5	0,0	0,7	- 0,1	- 0,6	0,8	- 0,2	1,0	- 4,4	- 12,0	- 15,4	März	
16,9	1,6	0,4	1,2	1,1	- 0,1	3,0	1,2	0,6	0,6	7,9	10,4	3,0	April	
- 11,8	3,1	1,4	1,7	2,3	2,4	0,2	- 0,2	- 0,1	0,1	18,7	15,9	33,7	Mai	
- 2,2	- 5,8	- 7,6	1,9	- 0,4	0,3	- 0,9	- 0,8	- 0,7	- 0,1	12,3	9,1	0,5	Juni	
3,5	6,1	2,7	3,4	2,5	0,4	0,6	2,2	0,3	1,8	23,6	23,9	24,1	Juli	
- 2,3	- 4,5	- 5,5	1,1	- 3,2	- 2,2	- 1,1	- 1,0	0,4	- 1,4	- 11,1	- 11,7	88,4	Aug.	
2,5	- 0,0	- 0,6	0,6	0,6	- 3,4	- 3,0	4,0	- 0,2	4,2	- 12,8	- 17,7	- 17,4	Sept.	
- 2,4	8,3	6,4	1,9	1,2	- 1,3	0,9	2,4	0,7	1,7	10,8	14,3	2,8	Okt.	
1,7	- 2,8	- 2,4	- 0,4	4,6	2,8	- 1,5	1,8	- 0,6	2,4	31,3	28,1	47,4	Nov.	
3,7	- 15,6	- 7,2	- 8,4	- 2,9	- 1,3	- 3,0	- 1,6	0,2	- 1,8	- 31,0	- 33,2	32,9	Dez.	
8,5	9,9	8,2	1,6	6,5	0,8	2,5	5,7	0,6	5,1	53,8	49,5	133,2	2015 Jan.	
- 2,5	6,3	3,0	3,2	- 1,4	- 1,2	- 2,5	- 0,2	0,1	- 0,3	- 11,1	- 7,9	- 56,9	Febr.	
5,6	- 2,3	- 0,8	- 1,5	2,6	3,7	1,4	- 1,1	- 0,7	- 0,4	1,0	- 7,3	74,0	März	

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Stat. Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe auch Anmerkung \* in Tabelle II,1).

#### IV. Banken

##### 1. Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (ohne Deutsche Bundesbank) in Deutschland \*)

###### Passiva

Mrd €

Zeit	Bilanzsumme 1)	Einlagen von Banken (MFIs) im Euro-Währungsgebiet			Einlagen von Nichtbanken (Nicht-MFIs) im Euro-Währungsgebiet								Einlagen von Nicht-		
		insgesamt	von Banken		insgesamt	Einlagen von Nichtbanken im Inland				mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist			
			im Inland	in anderen Mitgliedsländern		zusammen	täglich fällig	zusammen	darunter bis zu 2 Jahren	zusammen	darunter bis zu 3 Monaten	zusammen			täglich fällig
													Stand am Jahres- bzw. Monatsende		
2006	7 154,4	1 637,7	1 348,6	289,0	2 449,2	2 341,6	745,8	1 009,3	310,1	586,5	487,4	62,0	13,9		
2007	7 592,4	1 778,6	1 479,0	299,6	2 633,6	2 518,3	769,6	1 193,3	477,9	555,4	446,0	75,1	19,6		
2008	7 892,7	1 827,7	1 583,0	244,7	2 798,2	2 687,3	809,5	1 342,7	598,7	535,2	424,8	74,2	22,4		
2009	7 436,1	1 589,7	1 355,6	234,0	2 818,0	2 731,3	997,8	1 139,1	356,4	594,4	474,4	63,9	17,7		
2010	8 304,8	1 495,8	1 240,1	255,7	2 925,8	2 817,6	1 089,1	1 110,3	304,6	618,2	512,5	68,4	19,3		
2011	8 393,3	1 444,8	1 210,3	234,5	3 033,4	2 915,1	1 143,3	1 155,8	362,6	616,1	515,3	78,8	25,9		
2012	8 226,6	1 371,0	1 135,9	235,1	3 091,4	2 985,2	1 294,9	1 072,8	320,0	617,6	528,4	77,3	31,2		
2013	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,6	3 103,8	1 514,3	981,9	294,5	607,7	531,2	79,7	34,4		
2013 Juni	7 833,2	1 301,2	1 060,2	241,1	3 104,9	2 997,9	1 345,3	1 043,0	302,4	609,6	528,9	78,2	37,1		
Juli	7 752,9	1 292,8	1 050,1	242,7	3 097,8	2 994,5	1 351,7	1 034,7	298,3	608,1	528,3	76,3	34,9		
Aug.	7 684,9	1 388,6	1 148,9	239,7	3 101,4	3 006,8	1 367,7	1 031,7	298,5	607,4	528,6	76,5	34,0		
Sept.	7 682,1	1 387,4	1 147,4	240,0	3 101,7	3 005,5	1 375,9	1 023,3	293,7	606,3	528,2	78,5	36,9		
Okt.	7 670,3	1 375,2	1 141,5	233,7	3 101,5	3 011,3	1 387,4	1 017,6	291,1	606,3	528,3	75,1	32,0		
Nov.	7 704,8	1 391,9	1 161,9	230,0	3 123,8	3 030,2	1 409,9	1 014,1	289,9	606,3	528,3	77,8	33,8		
Dez.	7 528,9	1 345,4	1 140,3	205,1	3 130,5	3 031,5	1 405,3	1 016,2	293,7	610,1	532,4	81,3	33,8		
2014 Jan.	7 610,4	1 363,2	1 138,4	224,9	3 126,9	3 034,2	1 411,3	1 013,8	292,6	609,1	531,8	77,7	33,9		
Febr.	7 563,0	1 357,9	1 148,8	209,2	3 137,8	3 042,7	1 416,9	1 016,0	297,4	609,8	532,3	77,2	34,1		
März	7 512,4	1 347,5	1 132,2	215,3	3 131,3	3 035,5	1 412,2	1 014,8	298,8	608,5	531,0	79,3	34,2		
April	7 543,0	1 376,0	1 153,3	222,7	3 137,7	3 043,0	1 427,3	1 009,0	296,3	606,6	529,3	80,7	36,9		
Mai	7 619,9	1 378,3	1 163,9	214,5	3 157,4	3 061,4	1 442,9	1 012,5	302,7	605,9	528,8	79,9	34,7		
Juni	7 589,2	1 370,1	1 143,3	226,8	3 146,9	3 053,8	1 438,8	1 010,4	303,4	604,5	528,4	78,1	36,5		
Juli	7 657,0	1 376,8	1 134,7	242,1	3 154,6	3 061,7	1 450,4	1 006,9	303,9	604,3	527,6	76,3	35,5		
Aug.	7 750,2	1 361,0	1 124,7	236,3	3 170,6	3 079,8	1 468,1	1 005,9	304,8	605,8	528,1	78,9	35,3		
Sept.	7 746,4	1 349,9	1 117,3	232,6	3 172,6	3 079,6	1 470,2	1 002,9	300,5	606,5	528,2	80,1	38,6		
Okt.	7 755,6	1 353,0	1 123,0	230,0	3 177,6	3 085,6	1 490,7	988,8	290,9	606,0	528,0	80,1	36,6		
Nov.	7 840,0	1 348,2	1 116,1	232,1	3 198,0	3 105,3	1 514,5	985,5	290,7	605,3	527,6	81,0	36,6		
Dez.	7 802,3	1 324,0	1 112,3	211,7	3 197,6	3 103,8	1 514,3	981,9	294,5	607,7	531,2	79,7	34,4		
2015 Jan.	8 125,8	1 383,4	1 138,5	244,9	3 214,5	3 112,0	1 530,7	974,7	290,7	606,6	529,1	82,4	37,2		
Febr.	8 061,8	1 368,7	1 134,4	234,4	3 220,7	3 126,4	1 543,3	977,0	294,6	606,1	530,0	83,3	38,9		
März	8 172,9	1 382,3	1 134,8	247,5	3 218,1	3 120,2	1 542,4	973,8	295,0	603,9	529,0	84,8	40,8		
<b>Veränderungen 4)</b>															
2007	518,3	148,4	134,8	13,6	185,1	177,3	24,5	183,9	167,8	- 31,1	- 41,4	13,6	5,6		
2008	313,3	65,8	121,7	- 55,8	162,3	173,1	38,7	154,6	123,5	- 20,2	- 21,2	- 7,5	- 0,1		
2009	- 454,5	- 235,4	- 224,6	- 10,8	31,9	43,9	205,0	- 220,4	- 259,3	59,3	50,3	- 9,6	4,1		
2010	- 136,3	- 75,2	- 99,4	24,2	72,3	59,7	88,7	- 53,0	- 52,2	24,0	38,3	- 4,4	2,2		
2011	54,1	- 48,4	- 28,8	- 19,6	102,1	97,4	52,4	- 47,6	- 58,8	- 2,6	1,3	- 4,8	6,5		
2012	- 129,2	- 68,7	- 70,0	1,3	57,8	67,1	156,1	- 90,4	- 50,2	1,5	14,1	- 1,4	5,4		
2013	- 703,6	- 106,2	- 73,9	- 32,3	39,1	47,8	111,5	- 56,3	- 26,6	- 7,3	4,0	2,6	3,3		
2014	208,1	- 26,6	- 30,9	4,2	62,7	68,0	106,1	- 35,7	- 0,5	- 2,4	- 2,4	- 2,4	0,0		
2013 Juli	- 72,5	- 7,7	- 9,6	2,0	- 6,6	- 3,0	6,8	- 8,2	- 4,0	- 1,5	- 0,6	- 1,8	- 2,1		
Aug.	- 87,5	12,9	18,5	- 5,7	3,5	12,2	15,9	- 3,0	0,2	- 0,7	0,2	0,1	- 1,0		
Sept.	- 14,6	- 0,5	- 1,1	0,6	- 0,5	- 0,9	8,4	- 8,2	- 4,6	- 1,1	- 0,3	0,9	3,0		
Okt.	- 5,5	- 11,5	- 5,5	- 6,1	0,3	6,2	11,8	- 5,6	- 2,3	- 0,0	0,0	- 3,4	- 4,9		
Nov.	32,6	16,2	20,3	- 4,1	22,1	18,8	22,4	- 3,5	- 1,2	- 0,0	- 0,0	2,7	1,8		
Dez.	- 169,8	- 45,9	- 21,3	- 24,6	7,1	1,7	- 4,3	2,1	3,8	3,9	4,1	3,6	0,1		
2014 Jan.	71,1	16,0	- 2,5	18,5	- 4,4	2,0	5,5	- 2,5	- 1,2	- 1,0	- 0,6	- 3,8	- 0,0		
Febr.	- 37,7	- 4,4	11,0	- 15,3	11,6	8,4	6,2	1,5	4,0	0,7	0,5	- 0,4	0,2		
März	- 50,8	- 10,4	- 16,6	6,2	- 6,6	- 7,2	- 4,7	- 1,2	1,4	- 1,2	- 1,2	2,1	0,2		
April	32,0	28,6	21,3	7,4	6,6	7,6	15,2	- 5,7	- 2,4	- 1,9	- 1,6	1,4	2,7		
Mai	67,8	1,5	10,0	- 8,5	19,0	17,8	15,1	- 3,4	6,3	- 0,7	- 0,5	- 0,9	- 2,2		
Juni	- 30,3	- 8,1	- 20,5	12,4	- 10,5	- 7,6	- 4,1	- 2,1	0,7	- 1,4	- 0,4	- 1,8	1,8		
Juli	57,7	5,6	- 9,2	14,9	7,1	7,4	11,0	- 3,5	0,6	- 0,2	- 0,8	- 1,9	- 1,1		
Aug.	86,5	- 16,6	- 10,4	- 6,2	15,5	17,7	17,4	- 1,1	0,9	1,5	0,6	2,5	- 0,2		
Sept.	- 27,7	- 13,1	- 8,4	- 4,7	0,4	- 1,7	1,0	- 3,3	- 4,5	0,6	0,1	0,9	3,2		
Okt.	8,0	2,9	5,6	- 2,7	5,0	5,9	20,5	- 14,1	- 9,7	- 0,4	- 0,3	- 0,0	- 2,0		
Nov.	84,4	- 4,9	- 7,0	2,1	20,4	19,8	23,8	- 3,3	- 0,2	- 0,7	- 0,4	0,9	- 0,0		
Dez.	- 52,8	- 23,8	- 4,0	- 19,8	- 1,3	- 2,1	- 0,9	- 3,6	3,8	2,4	2,2	- 1,4	- 2,3		
2015 Jan.	277,5	53,2	21,8	31,4	13,9	5,9	14,7	- 7,6	- 4,2	- 1,1	- 1,1	2,1	2,4		
Febr.	- 70,0	- 15,0	- 4,3	- 10,6	5,9	14,1	12,4	2,2	3,8	- 0,5	0,8	0,8	1,7		
März	111,9	13,5	0,4	13,1	- 2,7	- 6,4	- 0,6	- 3,6	0,1	- 2,2	- 0,9	1,5	1,9		

\* Diese Übersicht dient als Ergänzung zu den Bankstatistischen Gesamtrechnungen im Abschnitt II. Abweichend von den anderen Tabellen im Abschnitt IV sind hier

neben den Meldedaten der Banken (einschl. Bausparkassen) auch Angaben der Geldmarktfonds enthalten. 1 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1. 2 Ohne Einlagen von

IV. Banken

banken in anderen Mitgliedsländern 2)				Einlagen von Zentralstaaten		Verbindlichkeiten aus Repo-geschäften mit Nicht-banken im Euro-Währungsgebiet	Geldmarkt-fonds-anteile 3)	Begebene Schuld-verschreibungen 3)		Passiva gegenüber dem Nicht-Euro-Währungs-gebiet	Kapital und Rücklagen	Sonstige Passiv-positionen 1)	Zeit			
mit vereinbarter Laufzeit		mit vereinbarter Kündigungsfrist		ins-gesamt	darunter inländische Zentral-staaten			ins-gesamt	darunter mit Laufzeit bis zu 2 Jahren 3)							
zu-sammen	darunter bis zu 2 Jahren	zu-sammen	darunter bis zu 3 Monaten													
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende</b>																
45,9	9,3	2,3	1,9	45,5	41,9	17,1	32,0	1 636,7	136,4	638,5	389,6	353,7	2006			
53,2	22,0	2,3	1,8	40,1	38,3	26,6	28,6	1 637,6	182,3	661,0	428,2	398,2	2007			
49,5	24,9	2,4	1,8	36,6	34,8	61,1	16,4	1 609,9	233,3	666,3	461,7	451,5	2008			
43,7	17,0	2,5	2,0	22,8	22,2	80,5	11,4	1 500,5	146,3	565,6	454,8	415,6	2009			
46,4	16,1	2,8	2,2	39,8	38,7	86,7	9,8	1 407,8	82,3	636,0	452,6	1 290,2	2010			
49,6	18,4	3,3	2,5	39,5	37,9	97,1	6,2	1 345,7	75,7	561,5	468,1	1 436,6	2011			
42,3	14,7	3,8	2,8	28,9	25,9	80,4	7,3	1 233,1	56,9	611,4	487,3	1 344,7	2012			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	2013			
42,0	15,9	3,3	2,7	14,2	14,1	3,4	3,6	1 077,3	39,3	535,2	535,5	1 125,6	2014			
37,5	11,5	3,6	2,8	28,8	21,9	113,3	5,7	1 166,0	45,5	574,3	517,2	1 050,5	2013 Juni			
37,8	12,4	3,6	2,8	27,0	23,5	89,8	5,7	1 149,8	49,5	565,9	518,3	1 032,7	Juli			
39,0	14,5	3,5	2,8	18,1	16,7	3,0	5,7	1 142,8	46,2	560,2	522,6	960,6	Aug.			
38,1	12,7	3,5	2,8	17,6	15,4	3,7	5,3	1 139,7	43,9	523,1	521,3	999,8	Sept.			
39,5	14,2	3,5	2,7	15,2	13,9	7,7	4,7	1 131,1	44,0	525,3	520,5	1 004,2	Okt.			
40,5	13,6	3,5	2,7	15,8	14,3	3,9	4,6	1 129,7	42,4	535,2	515,2	1 000,6	Nov.			
44,0	16,9	3,5	2,7	17,6	16,0	6,7	4,1	1 115,2	39,0	479,5	503,0	944,5	Dez.			
40,3	13,2	3,5	2,7	15,1	11,7	7,9	4,3	1 107,6	35,8	518,9	517,5	964,1	2014 Jan.			
39,6	13,5	3,5	2,7	17,9	12,0	8,0	4,2	1 098,5	37,4	511,3	514,6	930,7	Febr.			
41,6	15,8	3,4	2,7	16,4	11,7	5,2	4,0	1 090,4	35,1	501,5	511,5	921,0	März			
40,4	14,9	3,4	2,7	14,0	13,2	7,7	4,0	1 078,9	35,4	511,2	508,3	919,0	April			
41,8	16,0	3,4	2,7	16,1	10,9	4,8	4,0	1 091,2	36,7	519,8	516,8	947,6	Mai			
38,3	12,8	3,4	2,7	15,0	12,8	5,2	3,9	1 085,5	39,7	498,9	531,8	946,9	Juni			
37,5	12,3	3,4	2,7	16,6	11,8	8,4	3,9	1 084,0	39,0	524,2	537,7	967,4	Juli			
40,3	14,4	3,3	2,7	11,8	10,6	10,1	3,7	1 079,7	41,0	523,9	550,3	1 051,1	Aug.			
38,1	14,1	3,3	2,7	12,9	11,5	7,4	3,7	1 084,7	42,1	537,3	550,2	1 040,6	Sept.			
40,2	14,5	3,3	2,6	12,0	11,2	9,1	3,6	1 083,0	41,9	536,9	545,3	1 047,1	Okt.			
41,1	15,0	3,3	2,6	11,7	10,6	9,6	3,6	1 084,8	41,3	562,0	540,1	1 093,7	Nov.			
42,0	15,9	3,3	2,7	14,2	14,1	3,4	3,6	1 077,3	39,3	535,2	535,5	1 125,6	Dez.			
41,8	15,5	3,4	2,7	20,1	14,7	6,8	3,6	1 103,0	43,5	614,3	543,8	1 256,4	2015 Jan.			
41,0	14,5	3,4	2,7	11,0	8,9	8,0	3,5	1 100,6	40,9	610,1	561,2	1 189,0	Febr.			
40,5	14,7	3,4	2,7	13,1	9,2	7,6	3,5	1 103,8	42,0	624,5	569,7	1 263,5	März			
<b>Veränderungen 4)</b>																
8,0	12,9	0,0	- 0,1	- 5,8	- 4,3	8,1	- 3,4	20,9	49,3	- 48,7	42,3	68,3	2007			
- 7,5	0,6	0,1	- 0,0	- 3,3	- 3,2	36,1	- 12,2	- 33,9	50,2	- 0,1	39,3	56,1	2008			
- 5,7	- 7,7	0,1	0,2	- 2,4	- 0,8	19,4	- 5,0	- 104,6	- 87,1	- 95,3	- 0,3	- 65,0	2009			
- 6,8	- 5,8	0,3	0,3	17,0	16,5	6,2	- 1,6	- 106,7	- 63,2	- 54,4	- 7,1	- 78,6	2010			
- 2,2	1,7	0,5	0,3	- 0,1	- 0,7	10,0	- 3,7	- 76,9	- 6,6	- 80,5	13,7	137,8	2011			
- 7,2	- 3,6	0,5	0,3	- 7,9	- 9,2	- 19,6	1,2	- 107,0	- 18,6	- 54,2	21,0	- 68,5	2012			
- 0,5	2,2	- 0,3	- 0,1	- 11,3	- 10,0	4,1	- 3,2	- 104,9	- 17,6	- 134,1	18,9	- 417,1	2013			
- 2,3	- 1,2	- 0,2	- 0,1	- 2,8	- 1,3	- 3,4	- 0,5	- 63,9	- 0,4	35,6	26,2	178,1	2014			
0,3	0,9	- 0,0	- 0,0	- 1,8	1,5	- 23,5	- 0,0	- 12,7	4,0	- 5,7	2,0	- 18,3	2013 Juli			
1,2	2,2	- 0,0	- 0,0	- 8,9	- 6,8	- 9,4	0,0	- 8,4	- 3,4	- 17,6	3,6	- 72,1	Aug.			
- 2,2	- 1,8	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 1,3	0,7	- 0,5	- 0,2	- 2,2	- 34,5	- 0,5	21,4	Sept.			
1,5	1,6	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 1,5	4,0	- 0,5	- 5,9	0,1	4,2	- 0,1	4,2	Okt.			
1,0	- 0,7	- 0,0	- 0,0	0,6	0,4	- 3,5	- 0,1	- 2,1	- 1,6	9,3	- 5,5	- 3,8	Nov.			
3,5	3,3	- 0,0	0,0	1,8	1,7	2,9	- 0,5	- 11,7	- 3,3	- 53,7	- 11,5	- 56,5	Dez.			
- 3,8	- 3,7	- 0,0	- 0,0	- 2,5	- 4,2	1,2	0,1	- 12,2	- 3,3	37,2	13,5	19,8	2014 Jan.			
- 0,6	0,3	- 0,0	0,0	3,6	1,1	0,1	- 0,0	- 5,1	1,7	- 4,5	- 2,2	- 33,2	Febr.			
2,0	2,3	- 0,0	- 0,0	- 1,5	- 0,3	- 2,8	- 0,2	- 8,1	- 2,3	- 9,9	- 3,1	- 9,7	März			
- 1,2	- 0,9	- 0,0	- 0,0	- 2,4	1,5	2,5	0,0	- 11,0	0,3	10,2	- 3,0	- 1,9	April			
1,3	1,0	- 0,0	- 0,0	2,2	- 2,3	- 3,0	- 0,0	8,6	1,2	5,7	7,6	28,4	Mai			
- 3,5	- 3,2	- 0,0	- 0,0	- 1,1	1,9	0,4	- 0,1	- 5,6	3,0	- 20,7	15,1	- 0,8	Juni			
- 0,8	- 0,5	- 0,0	- 0,0	1,6	- 1,0	3,2	- 0,0	- 5,5	- 0,8	22,1	5,0	20,3	Juli			
2,8	2,1	- 0,0	- 0,0	- 4,8	- 1,1	1,7	- 0,2	- 6,8	1,9	- 2,5	12,1	83,4	Aug.			
- 2,2	- 0,3	- 0,0	- 0,0	1,1	0,8	- 2,7	0,0	- 4,4	0,8	5,7	- 2,6	- 10,9	Sept.			
2,0	0,4	- 0,0	- 0,0	- 0,9	- 0,3	1,8	- 0,1	- 2,1	- 0,2	- 0,9	- 4,9	6,3	Okt.			
0,9	0,5	- 0,0	- 0,0	- 0,3	- 0,6	0,4	- 0,0	2,2	- 0,6	25,3	- 5,1	46,1	Nov.			
0,9	0,8	0,0	0,0	2,2	3,3	- 6,2	0,0	- 13,7	- 2,2	- 32,1	- 6,0	30,4	Dez.			
- 0,4	- 0,4	0,1	0,0	5,9	0,7	3,4	0,0	7,8	3,5	63,4	4,4	131,3	2015 Jan.			
- 0,9	- 1,1	0,0	- 0,0	- 9,0	- 5,8	1,2	- 0,0	- 4,7	- 2,6	- 5,6	16,7	- 68,6	Febr.			
- 0,4	0,2	- 0,0	- 0,0	2,2	0,4	- 0,4	0,0	5,8	3,7	15,1	5,9	74,6	März			

Zentralregierungen. 3 In Deutschland zählen Bankschuldverschreibungen mit Laufzeit bis zu einem Jahr zu den Geldmarktpapieren; diese wurden bis Monatsbericht Januar

2002 zusammen mit den Geldmarktfondsanteilen veröffentlicht. 4 Statistische Brüche sind in den Veränderungswerten ausgeschaltet (siehe a. Anm. \* in Tabelle II, 1).

#### IV. Banken

#### 2. Wichtige Aktiva und Passiva der Banken (MFIs) in Deutschland nach Bankengruppen \*)

Mrd €

Stand am Monatsende	Anzahl der berichtenden Institute	Bilanzsumme 1)	Kassenbestand und Guthaben bei Zentralnotenbanken	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Beteiligungen	Sonstige Aktivpositionen 1)	
				insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:		Wechsel			Wertpapiere von Nichtbanken
					Guthaben und Buchkredite	Wertpapiere von Banken		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr				
<b>Alle Bankengruppen</b>													
2014 Okt.	1 812	7 807,4	91,3	2 613,3	2 004,9	597,3	3 907,4	374,2	2 767,3	0,5	756,5	133,0	1 062,5
Nov.	1 807	7 891,9	82,5	2 637,8	2 029,0	597,8	3 928,8	377,9	2 775,5	0,5	765,7	132,7	1 110,1
Dez.	1 807	7 853,4	113,9	2 551,1	1 950,4	590,7	3 902,4	350,5	2 776,6	0,6	767,4	130,1	1 155,9
2015 Jan.	1 805	8 176,3	100,0	2 703,8	2 095,0	595,2	3 962,2	383,7	2 786,9	0,6	782,9	129,1	1 281,2
Febr.	1 805	8 112,3	103,1	2 684,1	2 082,2	589,4	3 971,7	389,7	2 791,5	0,6	782,1	128,2	1 225,1
März	1 804	8 223,7	131,2	2 675,6	2 071,4	590,0	3 989,0	389,2	2 796,6	0,5	793,9	128,7	1 299,3
<b>Kreditbanken 6)</b>													
2015 Febr.	274	3 209,2	49,7	1 074,5	980,0	91,2	1 129,9	202,4	684,8	0,3	237,9	64,6	890,6
März	273	3 292,5	72,5	1 065,7	968,6	93,0	1 135,5	198,1	686,0	0,3	245,8	65,1	953,6
<b>Großbanken 7)</b>													
2015 Febr.	4	2 094,1	11,9	680,9	630,9	47,2	494,4	109,0	256,1	0,2	126,9	56,5	850,5
März	4	2 140,6	22,6	657,6	606,4	48,4	489,4	101,6	255,9	0,1	129,1	57,1	913,9
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>													
2015 Febr.	162	860,4	17,0	236,6	194,3	41,8	566,5	71,2	393,5	0,1	101,2	6,5	33,8
März	162	881,5	25,0	242,5	199,5	42,4	574,1	73,9	394,5	0,1	105,0	6,4	33,6
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>													
2015 Febr.	108	254,7	20,7	157,0	154,8	2,2	68,9	22,3	35,1	0,0	9,8	1,6	6,4
März	107	270,3	24,8	165,7	162,7	2,2	72,0	22,6	35,5	0,0	11,8	1,6	6,2
<b>Landesbanken</b>													
2015 Febr.	9	1 088,9	2,5	364,9	260,2	102,5	555,3	62,5	381,3	0,1	109,9	11,6	154,7
März	9	1 100,6	2,3	369,8	264,8	102,7	559,2	63,0	382,4	0,1	112,3	11,6	157,8
<b>Sparkassen</b>													
2015 Febr.	416	1 122,1	14,9	211,9	81,1	130,3	863,9	53,8	670,6	0,1	139,2	14,6	16,9
März	416	1 120,4	15,4	208,3	77,7	130,1	865,6	54,5	670,8	0,1	140,1	14,5	16,6
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>													
2015 Febr.	2	293,3	1,0	159,6	127,3	32,3	66,6	12,7	22,6	0,0	31,1	14,3	51,7
März	2	296,9	0,2	160,7	127,6	33,0	67,1	12,7	22,7	0,0	31,5	14,4	54,6
<b>Kreditgenossenschaften</b>													
2015 Febr.	1 047	786,1	10,3	169,5	55,3	113,9	572,7	32,8	451,3	0,1	88,5	14,5	19,1
März	1 047	785,6	10,8	166,1	52,0	113,9	575,3	33,4	452,2	0,1	89,5	14,5	18,8
<b>Realkreditinstitute</b>													
2015 Febr.	17	396,2	0,2	93,6	62,3	30,8	287,1	4,9	211,9	-	70,3	0,6	14,6
März	17	392,5	1,8	91,0	61,8	28,9	284,7	5,0	210,8	-	69,0	0,6	14,3
<b>Bausparkassen</b>													
2015 Febr.	21	213,1	0,0	63,0	45,3	17,7	144,3	1,5	121,7	.	21,1	0,3	5,4
März	21	213,2	0,2	63,0	45,1	17,9	144,8	1,5	122,2	.	21,1	0,3	5,1
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>													
2015 Febr.	19	1 003,4	24,4	547,0	470,8	70,6	352,0	19,1	247,3	-	84,1	7,8	72,2
März	19	1 022,0	27,9	551,0	473,8	70,5	356,8	21,0	249,6	-	84,6	7,8	78,5
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>													
2015 Febr.	143	928,8	34,4	347,7	304,0	40,8	428,9	71,7	241,8	0,1	111,6	5,6	112,2
März	141	967,2	41,5	366,2	320,8	41,6	435,8	72,7	242,6	0,1	116,2	5,6	118,1
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>													
2015 Febr.	35	674,1	13,7	190,7	149,1	38,6	360,0	49,4	206,7	0,1	101,7	4,0	105,8
März	34	696,8	16,7	200,5	158,1	39,4	363,8	50,1	207,1	0,1	104,4	4,0	111,8

\* Aktiva und Passiva der Monetären Finanzinstitute (MFIs) in Deutschland. Nicht enthalten sind Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen sowie der – ebenfalls zu den MFIs zählenden – Geldmarktfonds und der Bundesbank. Für die Abgrenzung der Positionen siehe Anm. zur Tabelle IV.3. 1 Aufgrund des Gesetzes zur Modernisierung des Bilanzrechts vom 25. Mai 2009 enthalten die "sonstigen Aktiv- bzw. Passivpositionen" ab dem Meldetermin Dezember 2010 derivative Finanzinstrumente des

Handelsbestands (Handelsbestandsderivate) i.S. des § 340e Abs. 3 Satz 1 HGB i.V.m. § 35 Abs. 1 Nr.1a RechKredV. Eine separate Darstellung der Handelsbestandsderivate finden Sie im Statistischen Beiheft zum Monatsbericht 1, Bankenstatistik, in den Tabellen I.1 bis I.3. 2 Für „Bausparkassen“: Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3 In den Termineinlagen enthalten. 4 Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 2. 5 Einschl. börsenfähiger nachrangig begebener Inhaberschuldverschrei-

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs)			Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)									Inhaberschuldverschreibungen im Umlauf 5)	Kapital einschl. offener Rücklagen, Genussrechtskapital, Fonds für allgemeine Bankrisiken	Sonstige Passivpositionen 1)	Stand am Monatsende
insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:					insgesamt	Sparbriefe	Spareinlagen 4)				
	Sichteinlagen	Termin-einlagen		Sichteinlagen	Termineinlagen mit Befristung 2)		Nachrichtlich: Verbindlichkeiten aus Repos 3)	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist							
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr 2)										
<b>Alle Bankengruppen</b>															
1 720,2	438,0	1 282,2	3 357,3	1 632,0	307,2	720,3	83,1	615,3	535,4	82,4	1 162,0	465,0	1 102,9	2014 Okt.	
1 743,6	457,1	1 286,5	3 375,0	1 650,0	308,8	721,4	76,4	614,6	535,1	80,2	1 157,0	466,6	1 149,7	Nov.	
1 721,1	404,9	1 316,1	3 339,2	1 630,8	297,3	714,3	43,3	617,0	538,7	79,8	1 147,9	464,6	1 180,6	Dez.	
1 829,3	513,6	1 315,7	3 389,5	1 679,2	304,7	711,8	74,2	615,9	536,6	77,9	1 182,1	464,4	1 311,0	2015 Jan.	
1 806,0	480,1	1 325,9	3 401,4	1 692,5	308,5	709,0	83,9	615,4	537,5	76,0	1 194,6	466,7	1 243,5	Febr.	
1 847,0	547,6	1 299,3	3 385,3	1 680,0	311,2	707,2	65,7	613,2	536,6	73,7	1 204,4	468,6	1 318,3	März	
<b>Kreditbanken 6)</b>															
769,1	284,3	484,7	1 277,4	761,9	174,7	202,4	61,7	113,9	99,0	24,4	146,5	159,0	857,3	2015 Febr.	
800,4	333,8	466,5	1 262,1	748,1	174,8	203,2	41,9	112,9	98,7	23,1	150,1	159,2	920,6	März	
<b>Großbanken 7)</b>															
533,3	212,6	320,7	559,8	314,9	93,6	73,4	61,5	70,1	67,7	7,8	107,2	95,8	798,0	2015 Febr.	
536,5	236,5	300,0	537,0	294,0	93,5	73,3	40,8	69,7	67,4	6,4	109,7	95,8	861,7	März	
<b>Regionalbanken und sonstige Kreditbanken</b>															
136,4	39,7	96,8	578,8	359,0	59,5	101,5	0,3	43,5	31,0	15,4	38,8	54,6	51,7	2015 Febr.	
148,8	49,1	99,8	586,2	366,4	59,1	102,3	1,1	42,8	31,1	15,5	39,9	54,8	51,9	März	
<b>Zweigstellen ausländischer Banken</b>															
99,3	32,0	67,3	138,8	88,1	21,6	27,5	-	0,3	0,2	1,2	0,5	8,6	7,5	2015 Febr.	
115,1	48,3	66,8	139,0	87,7	22,1	27,6	-	0,3	0,2	1,2	0,6	8,7	7,0	März	
<b>Landesbanken</b>															
317,3	66,5	250,7	300,1	118,1	53,7	113,7	19,1	14,5	10,9	0,1	250,8	58,0	162,7	2015 Febr.	
321,1	70,0	251,1	302,5	120,5	54,3	113,4	20,4	14,2	10,7	0,1	250,3	58,5	168,3	März	
<b>Sparkassen</b>															
148,3	15,8	132,5	826,2	451,7	24,2	14,8	-	297,9	258,1	37,7	14,4	90,0	43,2	2015 Febr.	
148,9	18,4	130,5	822,1	448,9	24,2	14,7	-	297,3	257,7	37,0	14,9	90,1	44,4	März	
<b>Genossenschaftliche Zentralbanken</b>															
140,8	37,8	103,0	31,9	10,5	9,1	10,0	2,4	-	-	2,2	54,2	15,6	50,8	2015 Febr.	
141,2	39,0	102,2	31,4	10,1	9,1	10,0	2,1	-	-	2,2	54,8	15,6	53,9	März	
<b>Kreditgenossenschaften</b>															
101,3	4,2	97,1	582,7	329,5	34,0	20,0	-	188,7	169,0	10,6	8,9	60,2	33,1	2015 Febr.	
101,7	6,2	95,5	580,8	329,5	33,0	19,7	-	188,4	168,9	10,2	8,6	60,3	34,1	März	
<b>Realkreditinstitute</b>															
95,9	9,1	86,9	147,3	8,8	8,5	129,7	-	0,1	0,1	-	116,7	16,3	20,0	2015 Febr.	
93,0	9,2	83,8	145,8	8,8	8,8	127,9	-	0,1	0,1	-	117,3	16,6	19,8	März	
<b>Bausparkassen</b>															
23,7	2,6	21,1	162,9	0,5	0,6	160,5	-	0,3	0,3	1,0	2,8	9,4	14,4	2015 Febr.	
23,6	3,0	20,6	163,1	0,5	0,6	160,6	-	0,3	0,3	0,9	2,7	9,5	14,4	März	
<b>Banken mit Sonderaufgaben</b>															
209,7	59,8	149,9	73,1	11,5	3,6	57,9	0,6	-	-	-	600,4	58,2	62,0	2015 Febr.	
217,1	68,1	149,0	77,6	13,6	6,3	57,7	1,3	-	-	-	605,7	58,8	62,9	März	
<b>Nachrichtlich: Auslandsbanken 8)</b>															
240,7	79,8	161,0	499,5	329,9	60,0	77,5	9,9	21,7	21,3	10,4	22,8	48,4	117,4	2015 Febr.	
271,4	107,3	164,1	500,6	332,2	59,2	77,1	8,5	21,7	21,3	10,3	23,3	48,5	123,4	März	
<b>darunter: Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken 9)</b>															
141,5	47,8	93,7	360,7	241,8	38,3	49,9	9,9	21,4	21,1	9,2	22,2	39,8	109,9	2015 Febr.	
156,3	59,0	97,3	361,6	244,5	37,1	49,5	8,5	21,4	21,1	9,1	22,7	39,8	116,5	März	

bungen; ohne nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen. 6 Die Kreditbanken umfassen die Untergruppen „Großbanken“, „Regionalbanken und sonstige Kreditbanken“ und „Zweigstellen ausländischer Banken“. 7 Deutsche Bank AG, Dresdner Bank AG (bis Nov. 2009), Commerzbank AG, UniCredit Bank AG (vormals Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG) und Deutsche Postbank AG. 8 Summe der in anderen

Bankengruppen enthaltenen Banken im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken sowie der Gruppe (rechtlich unselbständiger) „Zweigstellen ausländischer Banken“. 9 Ausgliederung der in anderen Bankengruppen enthaltenen rechtlich selbständigen Banken (MFIs) im Mehrheitsbesitz ausländischer Banken.

IV. Banken

3. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Inland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Eurowährungen	Guthaben bei der Deutschen Bundesbank	Kredite an inländische Banken (MFIs)						Kredite an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)				
			insgesamt	Guthaben und Buchkredite	Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite	Wechsel	Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken 1)
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2005	15,1	47,9	1 684,5	1 096,8	0,0	6,7	580,9	2,1	2 995,1	2 632,7	2,4	2,4	357,6
2006	16,0	49,4	1 637,8	1 086,3	-	9,3	542,2	1,9	3 000,7	2 630,3	1,9	2,0	366,5
2007	17,5	64,6	1 751,8	1 222,5	0,0	25,3	504,0	2,3	2 975,7	2 647,9	1,6	1,5	324,7
2008	17,4	102,6	1 861,7	1 298,1	0,0	55,7	507,8	2,0	3 071,1	2 698,9	1,2	3,1	367,9
2009	16,9	78,9	1 711,5	1 138,0	-	31,6	541,9	2,2	3 100,1	2 691,8	0,8	4,0	403,5
2010	16,0	79,6	1 686,3	1 195,4	-	7,5	483,5	1,8	3 220,9	2 770,4	0,8	27,9	421,8
2011	15,8	93,8	1 725,6	1 267,9	-	7,1	450,7	2,1	3 197,8	2 774,6	0,8	6,4	415,9
2012	18,5	134,3	1 655,0	1 229,1	-	2,4	423,5	2,4	3 220,4	2 785,5	0,6	2,2	432,1
2013	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2013 Okt.	15,6	60,7	1 617,5	1 222,3	-	1,5	393,6	2,2	3 138,2	2 698,4	0,4	1,6	437,7
Nov.	15,0	62,5	1 627,0	1 231,9	0,0	1,4	393,8	2,2	3 139,2	2 698,3	0,4	1,8	438,6
Dez.	18,5	85,6	1 545,6	1 153,1	0,0	1,7	390,8	2,2	3 131,6	2 692,6	0,5	1,2	437,2
2014 Jan.	14,7	63,3	1 566,3	1 177,0	0,0	1,7	387,6	2,2	3 140,7	2 696,3	0,4	1,2	442,7
Febr.	14,9	51,6	1 578,3	1 192,8	0,0	1,7	383,8	1,6	3 134,5	2 695,3	0,4	1,4	437,4
März	14,4	50,5	1 551,1	1 168,8	0,0	1,5	380,8	1,6	3 136,4	2 692,5	0,4	1,4	442,1
April	15,3	65,2	1 527,8	1 146,6	0,0	1,3	379,8	1,6	3 158,0	2 696,1	0,4	1,7	459,8
Mai	15,2	58,4	1 550,5	1 170,8	0,0	1,2	378,5	1,6	3 154,3	2 702,7	0,4	1,4	449,9
Juni	14,7	59,9	1 511,7	1 136,0	0,0	2,6	373,0	1,6	3 147,3	2 697,0	0,3	1,8	448,1
Juli	14,7	48,6	1 508,3	1 135,2	0,0	2,4	370,8	1,6	3 155,7	2 699,2	0,3	1,9	454,3
Aug.	15,3	60,2	1 512,3	1 140,9	0,0	2,3	369,1	1,6	3 155,0	2 699,5	0,3	1,4	453,8
Sept.	15,0	80,8	1 488,5	1 117,3	0,0	2,2	369,0	1,6	3 165,0	2 707,1	0,3	0,9	456,7
Okt.	15,2	61,8	1 493,6	1 126,5	0,0	2,3	364,8	1,6	3 169,0	2 711,8	0,3	1,2	455,7
Nov.	15,4	52,8	1 486,8	1 121,2	0,0	2,3	363,3	1,6	3 178,9	2 719,7	0,3	0,9	458,1
Dez.	18,9	81,3	1 425,9	1 065,6	0,0	2,1	358,2	1,7	3 167,3	2 712,2	0,4	0,7	454,0
2015 Jan.	15,2	69,3	1 490,7	1 128,5	0,0	2,7	359,4	1,7	3 191,5	2 725,6	0,4	1,1	464,5
Febr.	15,2	69,7	1 486,0	1 125,7	0,0	3,1	357,2	1,6	3 205,1	2 736,8	0,4	1,3	466,6
März	15,2	97,5	1 488,9	1 127,1	0,0	3,2	358,6	1,6	3 212,0	2 738,7	0,3	1,5	471,5
<b>Veränderungen *)</b>													
2006	+ 0,9	+ 1,5	- 3,6	+ 24,5	- 0,0	+ 2,6	- 30,6	- 0,2	- 12,4	- 20,3	- 0,5	- 0,4	+ 8,8
2007	+ 1,5	+ 15,2	+ 114,8	+ 137,6	+ 0,0	+ 17,0	- 39,8	+ 0,4	- 15,9	+ 12,1	- 0,3	- 0,5	- 27,2
2008	- 0,1	+ 39,4	+ 125,9	+ 90,1	± 0,0	+ 30,6	+ 5,2	- 0,8	+ 92,0	+ 47,3	- 0,4	+ 1,8	+ 43,3
2009	- 0,5	- 23,6	- 147,2	- 157,3	- 0,0	- 24,1	+ 34,3	+ 0,2	+ 25,7	- 11,2	- 0,4	+ 1,4	+ 35,9
2010	- 0,9	+ 0,6	- 19,3	+ 61,5	± 0,0	- 24,0	- 56,8	- 0,3	+ 130,5	+ 78,7	+ 0,0	+ 23,8	+ 28,0
2011	- 0,2	+ 14,2	+ 47,3	+ 80,5	-	- 0,4	- 32,8	- 0,1	- 30,6	- 3,2	+ 0,0	- 21,5	- 5,9
2012	+ 2,7	+ 40,5	- 68,6	- 37,5	-	- 4,6	- 26,5	+ 0,1	+ 21,0	+ 9,8	- 0,2	- 4,3	+ 15,7
2013	+ 0,0	- 48,8	- 204,1	- 170,6	+ 0,0	- 0,7	- 32,7	- 0,2	+ 4,4	+ 0,3	- 0,1	- 0,6	+ 4,8
2014	+ 0,4	- 4,3	- 119,3	- 87,1	+ 0,0	+ 0,4	- 32,6	+ 0,1	+ 36,7	+ 20,6	- 0,1	- 0,6	+ 16,8
2013 Okt.	+ 0,9	- 37,0	- 2,9	+ 2,7	-	- 0,2	- 5,4	- 0,0	+ 10,8	+ 6,6	+ 0,0	- 0,5	+ 4,6
Nov.	- 0,6	+ 1,8	+ 9,5	+ 9,5	+ 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 0,0	+ 1,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,2	+ 0,8
Dez.	+ 3,5	+ 23,1	- 81,4	- 78,8	+ 0,0	+ 0,4	- 3,0	+ 0,0	- 7,5	- 5,6	+ 0,1	- 0,6	- 1,3
2014 Jan.	- 3,8	- 22,3	+ 20,8	+ 23,9	- 0,0	- 0,0	- 3,2	- 0,0	+ 9,1	+ 3,7	- 0,1	- 0,1	+ 5,6
Febr.	+ 0,2	- 11,7	+ 12,0	+ 15,9	-	- 0,1	- 3,8	- 0,0	- 6,2	- 1,0	- 0,0	+ 0,2	- 5,3
März	- 0,6	- 1,0	- 27,2	- 24,0	-	- 0,1	- 3,0	- 0,0	+ 2,1	- 2,7	- 0,0	+ 0,0	+ 4,7
April	+ 0,9	+ 14,7	- 23,3	- 22,2	-	- 0,2	- 0,9	- 0,0	+ 21,5	+ 3,6	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,7
Mai	- 0,1	- 6,8	+ 22,7	+ 24,1	-	- 0,1	- 1,3	- 0,0	- 3,7	+ 6,6	- 0,0	- 0,3	- 9,9
Juni	- 0,6	+ 1,5	- 38,9	- 34,8	+ 0,0	+ 1,4	- 5,5	+ 0,1	- 6,0	- 4,7	- 0,0	+ 0,5	- 1,7
Juli	+ 0,1	- 11,3	- 3,4	- 0,9	-	- 0,3	- 2,2	- 0,1	+ 8,4	+ 2,2	- 0,0	+ 0,0	+ 6,1
Aug.	+ 0,5	+ 11,6	+ 4,3	+ 6,0	-	- 0,1	- 1,7	- 0,0	+ 0,8	+ 0,2	- 0,0	- 0,5	- 0,5
Sept.	- 0,2	+ 20,6	- 23,7	- 23,5	-	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 10,0	+ 7,7	- 0,0	- 0,5	+ 2,9
Okt.	+ 0,1	- 19,0	+ 5,1	+ 9,2	-	+ 0,1	- 4,2	+ 0,0	+ 4,1	+ 4,7	- 0,0	+ 0,4	- 1,0
Nov.	+ 0,2	- 9,0	- 6,9	- 5,3	+ 0,0	- 0,0	- 1,6	- 0,0	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,0	- 0,4	+ 2,4
Dez.	+ 3,6	+ 28,5	- 60,8	- 55,6	+ 0,0	- 0,1	- 5,1	+ 0,1	- 11,7	- 7,6	+ 0,1	- 0,1	- 4,1
2015 Jan.	- 3,8	- 12,0	+ 63,8	+ 62,0	- 0,0	+ 0,6	+ 1,3	- 0,1	+ 26,4	+ 15,6	- 0,1	+ 0,4	+ 10,5
Febr.	- 0,0	+ 0,4	- 4,7	- 2,8	+ 0,0	+ 0,4	- 2,2	- 0,0	+ 13,5	+ 11,2	- 0,0	+ 0,2	+ 2,1
März	+ 0,1	+ 27,8	+ 3,0	+ 1,4	-	+ 0,2	+ 1,4	- 0,0	+ 7,0	+ 1,9	- 0,0	+ 0,2	+ 4,9

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerk. 1 Ohne Schuldver-

schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldverschreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen, Namensgeldmarktpapieren, nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen; einschl. nach-

IV. Banken

Ausgleichs-forderungen 2)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an inländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Banken (MFIs) 3)					Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
			insgesamt	Sichteinlagen 4)	Termin-ein-lagen 4)	weiter-gegebene Wechsel 5)	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichtein-lagen	Termin-ein-lagen 6)	Spar-ein-lagen 7)	Spar-briefe 8)		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
-	56,6	108,5	1 300,0	120,5	1 179,4	0,1	26,5	2 276,6	717,0	864,4	603,4	91,9	42,4	2005
-	53,0	106,3	1 348,2	125,4	1 222,7	0,0	22,3	2 394,6	747,7	962,8	586,5	97,5	37,8	2006
-	51,1	109,4	1 478,6	122,1	1 356,5	0,0	20,0	2 579,1	779,9	1 125,4	555,4	118,4	36,4	2007
-	47,2	111,2	1 582,5	138,5	1 444,0	0,0	41,6	2 781,4	834,6	1 276,1	535,2	135,4	32,3	2008
-	43,9	106,1	1 355,1	128,9	1 226,2	0,0	35,7	2 829,7	1 029,5	1 102,6	594,5	103,2	43,4	2009
-	33,7	96,8	1 238,3	135,3	1 102,6	0,0	13,8	2 935,2	1 104,4	1 117,1	618,2	95,4	37,5	2010
-	36,3	94,6	1 210,5	114,8	1 095,3	0,0	36,1	3 045,5	1 168,3	1 156,2	616,1	104,8	36,5	2011
-	34,8	90,0	1 135,5	132,9	1 002,6	0,0	36,3	3 090,2	1 306,5	1 072,5	617,6	93,6	34,9	2012
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	2013
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	2014
-	31,6	91,1	1 141,4	150,1	991,2	0,0	33,4	3 027,2	1 392,9	950,6	606,4	77,3	33,4	2013 Okt.
-	31,6	91,0	1 161,7	162,1	999,7	0,0	33,7	3 044,4	1 413,4	947,8	606,3	76,9	33,3	Nov.
-	31,6	92,3	1 140,3	125,6	1 014,7	0,0	33,2	3 048,7	1 409,9	952,0	610,1	76,6	32,9	Dez.
-	31,2	92,0	1 138,1	143,5	994,6	0,0	33,1	3 047,2	1 416,0	946,7	609,1	75,4	32,9	2014 Jan.
-	28,0	91,6	1 148,8	153,5	995,3	0,0	12,1	3 056,6	1 422,6	949,8	609,8	74,4	32,7	Febr.
-	27,8	92,3	1 131,6	149,1	982,5	0,0	12,0	3 048,0	1 416,9	948,8	608,6	73,7	32,5	März
-	27,6	92,5	1 153,3	148,1	1 005,2	0,0	11,8	3 057,2	1 431,5	947,0	606,7	72,0	32,4	April
-	27,6	92,9	1 163,8	152,4	1 011,4	0,0	11,9	3 072,1	1 446,2	949,0	606,0	70,9	31,9	Mai
-	27,5	94,0	1 144,5	166,2	978,3	0,0	12,0	3 066,2	1 442,8	948,4	604,5	70,5	31,4	Juni
-	27,1	94,5	1 134,6	167,5	967,1	0,0	11,8	3 073,9	1 455,0	945,4	604,4	69,2	31,3	Juli
-	27,1	94,4	1 124,5	144,1	980,4	0,0	11,8	3 091,6	1 472,1	945,3	605,9	68,4	31,3	Aug.
-	26,9	95,2	1 117,2	155,7	961,5	0,0	11,8	3 092,6	1 474,8	941,9	606,5	69,4	31,2	Sept.
-	26,5	95,2	1 122,7	149,1	973,6	0,0	11,5	3 097,3	1 494,5	928,1	606,1	68,6	31,1	Okt.
-	26,5	95,1	1 116,1	155,8	960,2	0,0	11,5	3 116,4	1 517,9	926,7	605,3	66,5	31,1	Nov.
-	26,5	94,3	1 111,9	127,8	984,0	0,0	11,7	3 118,2	1 517,8	926,7	607,8	66,0	30,9	Dez.
-	26,1	93,1	1 137,9	174,9	963,1	0,0	11,3	3 128,6	1 537,9	919,5	606,6	64,7	30,8	2015 Jan.
-	26,2	92,3	1 133,5	169,2	964,3	0,0	11,3	3 137,7	1 549,4	918,3	606,1	63,8	30,8	Febr.
-	25,9	92,3	1 134,4	178,0	956,4	0,0	11,2	3 131,7	1 548,8	916,0	603,9	63,0	30,7	März
<b>Veränderungen *)</b>														
-	3,7	- 2,2	+ 79,0	+ 8,6	+ 70,5	- 0,1	- 4,5	+ 118,0	+ 30,0	+ 97,7	- 16,8	+ 7,2	- 4,1	2006
-	2,3	+ 3,1	+ 132,0	- 3,3	+ 135,3	- 0,0	- 2,3	+ 181,1	+ 31,6	+ 160,5	- 31,1	+ 20,1	- 2,0	2007
-	5,4	+ 7,8	+ 124,3	+ 23,0	+ 101,3	- 0,0	- 3,6	+ 207,6	+ 54,3	+ 156,6	- 20,2	+ 17,0	- 1,3	2008
-	4,2	+ 0,7	- 225,4	- 9,7	- 215,7	- 0,0	- 5,7	+ 59,7	+ 211,4	- 179,3	+ 59,3	- 31,6	- 0,9	2009
-	2,1	- 9,2	- 96,5	+ 22,3	- 119,1	- 0,0	- 0,2	+ 77,8	+ 76,0	- 18,9	+ 24,0	- 3,3	- 1,7	2010
-	1,1	- 2,2	- 25,0	- 20,0	- 5,1	- 0,0	+ 0,1	+ 111,2	+ 63,7	+ 40,9	- 2,6	+ 9,3	- 1,1	2011
-	1,3	- 4,1	- 70,8	+ 21,5	- 91,9	- 0,0	+ 0,2	+ 42,2	+ 138,7	- 86,7	+ 1,5	- 11,2	- 1,6	2012
-	3,3	+ 2,4	- 79,4	- 24,1	- 55,3	+ 0,0	- 3,4	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 7,4	- 17,0	- 1,7	2013
-	1,9	+ 2,0	- 29,0	+ 2,2	- 31,2	- 0,0	- 0,6	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	2014
-	0,4	- 0,0	- 5,8	+ 3,9	- 9,7	- 0,0	- 0,5	+ 6,6	+ 13,5	- 6,3	- 0,0	- 0,6	- 0,1	2013 Okt.
-	+ 0,0	- 0,1	+ 20,3	+ 11,9	+ 8,4	+ 0,0	+ 0,3	+ 17,3	+ 20,6	- 2,8	- 0,0	- 0,5	- 0,0	Nov.
-	- 0,0	+ 1,3	- 21,5	- 36,5	+ 15,0	+ 0,0	- 0,4	+ 4,3	- 3,5	+ 4,1	+ 3,9	- 0,2	- 0,4	Dez.
-	- 0,3	- 0,3	- 2,2	+ 17,9	- 20,1	+ 0,0	- 0,1	- 1,5	+ 6,1	- 5,4	- 1,0	- 1,2	- 0,1	2014 Jan.
-	- 0,1	- 0,3	+ 10,7	+ 10,0	+ 0,7	+ 0,0	- 0,1	+ 9,5	+ 6,7	+ 3,1	+ 0,7	- 1,0	- 0,1	Febr.
-	- 0,2	+ 0,7	- 17,1	- 4,4	- 12,8	- 0,0	- 0,1	- 8,7	- 5,8	- 0,9	- 1,2	- 0,7	- 0,2	März
-	- 0,2	+ 0,2	+ 21,7	- 1,0	+ 22,7	- 0,0	- 0,2	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,1	April
-	+ 0,0	+ 0,4	+ 10,4	+ 4,3	+ 6,2	- 0,0	+ 0,1	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	- 0,7	- 1,1	- 0,6	Mai
-	- 0,1	+ 1,1	- 19,2	+ 13,8	- 33,1	- 0,0	+ 0,1	- 5,9	- 3,4	- 0,6	- 1,4	- 0,4	- 0,5	Juni
-	- 0,4	+ 0,5	- 10,0	+ 1,2	- 11,2	-	- 0,2	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	- 0,2	- 1,3	- 0,0	Juli
-	- 0,1	- 0,1	- 10,0	+ 23,4	+ 13,3	-	+ 0,0	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	Aug.
-	- 0,2	+ 0,7	- 7,1	+ 11,6	- 18,7	-	- 0,1	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	Sept.
-	- 0,4	+ 0,0	+ 5,5	- 6,7	+ 12,1	-	- 0,3	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 0,4	- 0,7	- 0,1	Okt.
-	- 0,1	- 0,1	- 6,6	+ 6,8	- 13,4	-	- 0,0	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	Nov.
-	+ 0,1	- 0,8	- 5,0	- 28,0	+ 23,0	-	+ 0,3	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 2,4	- 0,5	- 0,2	Dez.
-	- 0,4	- 1,2	+ 26,1	+ 47,1	- 21,0	- 0,0	- 0,4	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 1,1	- 1,3	- 0,1	2015 Jan.
-	+ 0,1	- 0,9	- 4,4	- 5,6	+ 1,2	-	+ 0,0	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	Febr.
-	- 0,2	+ 0,1	+ 0,9	+ 8,8	- 7,9	+ 0,0	- 0,1	- 6,0	- 0,3	- 2,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	März

rangiger Verbindlichkeiten. 4 Einschl. Verbindlichkeiten aus geldpolitischen Geschäften mit der Bundesbank. 5 Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf. 6 Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 7 Ohne Bauspareinlagen;

siehe auch Anm. 8. 8 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

IV. Banken

4. Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland \*)

Mrd €

Zeit	Kassenbestand an Noten und Münzen in Nicht-Eurowährungen	Kredite an ausländische Banken (MFIs)							Kredite an ausländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)					
		insgesamt	Guthaben und Buchkredite, Wechsel			börsenfähige Geldmarktpapiere von Banken	Wertpapiere von Banken	Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Buchkredite, Wechsel			Schatzwechsel und börsenfähige Geldmarktpapiere von Nichtbanken	Wertpapiere von Nichtbanken
			zusammen	kurzfristig	mittellangfristig					zusammen	kurzfristig	mittellangfristig		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2005	0,2	1 038,8	860,0	648,5	211,5	5,8	173,0	1,5	712,0	387,9	132,8	255,1	9,3	314,8
2006	0,4	1 266,9	1 003,2	744,5	258,7	13,3	250,4	0,8	777,0	421,0	156,0	264,9	7,2	348,9
2007	0,3	1 433,5	1 105,9	803,6	302,4	13,4	314,2	0,5	908,3	492,9	197,5	295,4	27,5	387,9
2008	0,3	1 446,6	1 131,6	767,2	364,3	15,6	299,5	1,9	908,4	528,9	151,4	377,5	12,9	366,6
2009	0,3	1 277,4	986,1	643,5	342,6	6,2	285,0	2,9	815,7	469,6	116,9	352,7	9,8	336,3
2010	0,5	1 154,1	892,7	607,7	285,1	2,1	259,3	1,8	773,8	461,4	112,6	348,8	10,1	302,3
2011	0,6	1 117,6	871,0	566,3	304,8	4,6	241,9	2,6	744,4	455,8	102,0	353,8	8,5	280,1
2012	0,8	1 046,0	813,5	545,5	268,1	5,4	227,0	2,6	729,0	442,2	105,1	337,1	9,0	277,8
2013	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2013 Okt.	0,4	1 040,7	806,7	564,2	242,5	5,6	228,5	2,5	709,1	413,0	102,8	310,2	10,6	285,5
Nov.	0,3	1 060,2	822,5	579,9	242,6	6,8	230,8	2,5	718,5	418,1	109,1	309,0	10,0	290,4
Dez.	0,2	1 019,7	782,4	546,6	235,8	7,2	230,1	2,5	701,0	404,9	100,3	304,6	8,2	287,8
2014 Jan.	0,2	1 051,7	813,1	577,8	235,3	6,9	231,7	2,5	715,2	417,7	110,5	307,2	8,0	289,6
Febr.	0,2	1 043,7	805,9	572,5	233,5	7,2	230,6	1,7	711,1	418,1	113,4	304,7	8,4	284,6
März	0,2	1 030,9	792,4	554,2	238,2	7,4	231,1	1,7	715,6	413,9	108,9	305,1	9,9	291,8
April	0,2	1 037,1	796,9	560,9	235,9	8,2	232,0	1,7	719,9	423,0	118,6	304,4	10,7	286,2
Mai	0,2	1 064,1	823,0	580,9	242,1	8,4	232,6	1,2	723,0	422,8	116,3	306,5	9,9	290,3
Juni	0,2	1 072,0	830,7	595,3	235,4	8,4	232,8	1,1	726,9	422,7	116,9	305,9	9,9	294,3
Juli	0,2	1 109,1	868,6	634,1	234,5	8,1	232,3	1,1	737,9	432,1	122,7	309,4	9,5	296,4
Aug.	0,2	1 103,8	862,7	624,0	238,6	8,9	232,2	1,1	733,8	430,4	118,2	312,3	9,1	294,2
Sept.	0,2	1 098,9	855,7	607,3	248,4	8,9	234,3	1,1	741,0	429,9	111,3	318,6	7,4	303,7
Okt.	0,2	1 119,6	878,5	628,7	249,8	8,6	232,5	1,1	738,3	429,8	110,3	319,5	7,7	300,8
Nov.	0,2	1 151,0	907,8	658,2	249,7	8,7	234,5	1,1	749,8	433,9	113,5	320,4	8,3	307,6
Dez.	0,2	1 125,2	884,8	618,7	266,1	7,9	232,5	1,1	735,1	415,2	94,4	320,8	6,5	313,5
2015 Jan.	0,2	1 213,2	966,6	684,2	282,4	10,9	235,7	1,1	770,7	445,3	117,5	327,8	7,0	318,4
Febr.	0,2	1 198,1	956,6	687,3	269,3	9,3	232,2	1,1	766,7	444,5	115,7	328,9	6,6	315,5
März	0,3	1 186,6	944,4	654,9	289,5	10,9	231,4	1,1	777,0	447,4	113,2	334,2	7,2	322,4
<b>Veränderungen *)</b>														
2006	+ 0,1	+ 238,3	+ 153,5	+ 109,7	+ 43,8	+ 7,5	+ 77,2	- 0,7	+ 81,4	+ 51,6	+ 25,9	+ 25,8	- 1,8	+ 31,5
2007	- 0,0	+ 190,3	+ 123,7	+ 72,9	+ 50,8	+ 7,5	+ 59,1	- 0,4	+ 167,7	+ 94,3	+ 50,1	+ 44,2	+ 20,1	+ 53,3
2008	+ 0,0	+ 8,5	+ 20,2	- 43,0	+ 63,2	+ 2,1	- 13,7	- 0,0	+ 4,3	+ 45,1	- 31,9	+ 77,0	- 14,5	- 26,3
2009	- 0,0	- 170,0	- 141,3	- 122,5	- 18,8	- 10,3	- 18,4	- 0,2	- 72,8	- 43,8	- 31,7	- 12,1	- 3,3	- 25,7
2010	+ 0,1	- 141,5	- 116,2	- 47,3	- 68,9	- 4,8	- 20,4	- 0,2	- 62,0	- 24,5	- 12,6	- 11,9	+ 0,4	- 38,0
2011	+ 0,1	- 48,4	- 32,6	- 45,3	+ 12,7	+ 2,5	- 18,4	+ 0,0	- 38,9	- 13,6	- 12,8	- 0,9	- 1,6	- 23,6
2012	+ 0,1	- 70,1	- 56,8	- 23,1	- 33,7	+ 0,9	- 14,1	- 0,1	- 9,4	- 7,5	+ 8,3	- 15,9	+ 0,6	- 2,5
2013	- 0,5	- 22,7	- 26,9	- 1,3	- 25,6	+ 1,8	+ 2,4	- 0,0	- 21,2	- 33,1	- 5,8	- 27,2	- 0,7	+ 12,6
2014	- 0,0	+ 86,1	+ 80,1	+ 63,2	+ 16,8	+ 0,7	+ 5,3	- 0,6	+ 5,7	- 10,2	- 12,8	+ 2,7	- 1,8	+ 17,7
2013 Okt.	- 0,2	+ 23,5	+ 24,4	+ 25,3	- 1,0	- 0,3	- 0,6	- 0,0	- 2,4	- 2,0	- 0,8	- 1,2	+ 1,2	- 1,6
Nov.	- 0,1	+ 19,4	+ 15,9	+ 15,6	+ 0,3	+ 1,2	+ 2,3	+ 0,0	+ 7,8	+ 3,7	+ 6,1	- 2,5	- 0,6	+ 4,8
Dez.	- 0,1	- 37,5	- 37,3	- 31,7	- 5,6	+ 0,4	- 0,6	+ 0,0	- 15,3	- 11,5	- 8,5	- 3,0	- 1,8	- 2,0
2014 Jan.	- 0,0	+ 35,5	+ 34,4	+ 36,9	- 2,4	- 0,4	+ 1,5	- 0,0	+ 10,7	+ 10,0	+ 9,7	+ 0,4	- 0,2	+ 0,9
Febr.	- 0,0	- 3,2	- 2,6	- 2,5	- 0,0	+ 0,4	- 1,0	-	- 0,8	+ 3,1	+ 3,5	- 0,3	+ 0,4	- 4,3
März	- 0,0	- 13,0	- 14,0	- 18,4	+ 4,4	+ 0,2	+ 0,7	- 0,1	+ 4,4	- 4,0	- 4,6	+ 0,6	+ 1,5	+ 6,9
April	+ 0,0	+ 7,7	+ 5,3	+ 7,2	- 2,0	+ 0,8	+ 1,6	+ 0,0	+ 4,1	+ 9,5	+ 9,8	- 0,3	+ 0,8	- 6,2
Mai	- 0,0	+ 22,7	+ 22,0	+ 17,5	+ 4,5	+ 0,2	+ 0,5	- 0,5	+ 0,0	- 2,7	- 2,9	+ 0,2	- 0,8	+ 3,5
Juni	+ 0,0	+ 8,1	+ 8,0	+ 14,6	- 6,6	- 0,0	+ 0,2	- 0,1	+ 4,0	+ 0,1	+ 0,6	- 0,5	- 0,0	+ 4,0
Juli	- 0,0	+ 32,1	+ 33,0	+ 35,7	- 2,8	- 0,3	- 0,6	- 0,0	+ 7,7	+ 6,6	+ 5,2	+ 1,5	- 0,4	+ 1,4
Aug.	- 0,0	- 9,3	- 9,9	- 12,6	+ 2,8	+ 0,8	- 0,2	+ 0,0	- 6,4	- 3,5	- 4,9	+ 1,4	- 0,3	- 2,6
Sept.	+ 0,0	- 17,7	- 19,4	- 24,7	+ 5,3	+ 0,0	+ 1,8	+ 0,0	- 0,8	- 7,1	- 8,4	+ 1,3	- 1,8	+ 8,0
Okt.	- 0,0	+ 23,9	+ 24,7	+ 23,5	+ 1,2	- 0,2	- 0,6	+ 0,0	- 6,8	- 2,9	- 3,4	+ 0,5	+ 0,3	- 4,2
Nov.	+ 0,0	+ 32,4	+ 29,3	+ 30,4	- 1,1	+ 0,0	+ 3,0	+ 0,0	+ 10,4	+ 3,8	+ 3,0	+ 0,8	+ 0,6	+ 6,0
Dez.	- 0,0	- 33,1	- 30,7	- 44,4	+ 13,6	- 0,8	- 1,6	- 0,0	- 20,8	- 23,1	- 20,2	- 2,9	- 1,9	+ 4,1
2015 Jan.	+ 0,0	+ 62,4	+ 57,8	+ 50,3	+ 7,5	+ 3,0	+ 1,6	- 0,0	+ 21,4	+ 18,3	+ 20,6	- 2,3	+ 0,6	+ 2,5
Febr.	+ 0,0	- 17,1	- 12,0	+ 2,2	- 14,2	- 1,5	- 3,6	-	- 5,8	- 2,1	- 2,2	+ 0,1	- 0,4	- 3,2
März	+ 0,0	- 24,0	- 24,5	- 39,9	+ 15,4	+ 1,5	- 1,1	+ 0,0	+ 1,9	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu be-

trachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt.

IV. Banken

Nachrichtlich: Treuhandkredite	Beteiligungen an ausländischen Banken und Unternehmen	Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Banken (MFIs)						Einlagen und aufgenommene Kredite von ausländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)						Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite	insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen (einschl. Sparbriefe)			Nachrichtlich: Treuhandkredite		
				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig				zusammen	kurzfristig	mittel- und langfristig			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>															
10,6	37,2	651,7	102,9	548,8	420,4	128,4	0,6	316,4	62,0	254,4	119,4	135,0	1,2	2005	
5,8	50,4	689,7	168,1	521,6	397,3	124,3	0,4	310,1	82,1	228,0	111,5	116,5	1,5	2006	
5,7	48,3	738,9	164,7	574,1	461,2	113,0	0,2	303,1	76,0	227,1	122,3	104,8	3,1	2007	
25,5	45,1	703,3	218,1	485,1	362,3	122,9	0,3	286,1	92,2	193,9	95,1	98,8	2,5	2008	
32,1	45,4	652,6	213,6	439,0	307,4	131,6	0,2	216,3	78,1	138,2	73,7	64,5	1,9	2009	
15,6	48,8	741,7	258,7	483,0	349,3	133,6	0,1	227,6	84,8	142,7	76,7	66,0	1,5	2010	
32,9	45,0	655,7	242,6	413,1	289,4	123,7	0,1	225,9	92,3	133,6	66,9	66,6	1,3	2011	
32,6	46,4	691,1	289,4	401,7	284,6	117,0	0,1	237,6	107,2	130,3	69,1	61,2	1,2	2012	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	2013	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	2014	
31,5	46,1	594,9	258,7	336,2	235,7	100,5	0,1	246,8	124,2	122,6	62,3	60,3	1,1	2013 Okt.	
31,8	44,1	591,4	274,9	316,4	216,2	100,2	0,1	257,7	126,6	131,1	68,7	62,4	1,1	Nov.	
30,8	39,0	515,7	222,6	293,2	196,0	97,2	0,1	257,8	118,1	139,7	76,8	62,9	1,0	Dez.	
31,0	41,6	574,8	274,6	300,2	206,7	93,5	0,1	257,4	127,1	130,3	67,1	63,2	1,0	2014 Jan.	
14,4	40,0	554,1	256,2	297,9	205,6	92,3	0,1	256,1	128,6	127,5	66,2	61,3	1,0	Febr.	
14,4	39,7	554,2	257,3	297,0	200,1	96,9	0,1	251,9	129,4	122,5	62,8	59,7	1,0	März	
14,4	39,7	567,4	254,6	312,8	215,7	97,0	0,1	255,4	134,1	121,3	61,6	59,7	1,0	April	
14,4	39,7	564,4	256,4	308,0	212,7	95,3	0,1	260,8	140,6	120,2	59,7	60,6	1,0	Mai	
14,2	38,6	556,0	272,6	283,5	190,5	92,9	0,1	256,5	144,2	112,2	53,0	59,3	1,1	Juni	
14,3	37,7	587,4	287,2	300,2	209,6	90,5	0,1	269,1	147,3	121,8	62,8	59,0	0,9	Juli	
14,7	37,7	592,2	274,2	317,9	230,3	87,6	0,1	258,3	127,7	130,5	70,5	60,1	1,3	Aug.	
14,7	37,7	598,2	292,6	305,6	216,9	88,8	0,1	260,2	135,1	125,2	64,9	60,2	1,3	Sept.	
14,6	37,8	597,5	289,0	308,5	220,4	88,2	0,1	260,0	137,5	122,5	62,6	59,9	1,3	Okt.	
14,7	37,6	627,5	301,3	326,3	238,4	87,8	0,1	258,6	132,1	126,5	65,7	60,8	1,3	Nov.	
14,0	35,6	609,2	277,1	332,1	242,7	89,4	0,1	221,0	113,0	107,9	47,8	60,1	0,7	Dez.	
14,0	35,8	691,4	338,7	352,6	260,2	92,5	0,1	260,9	141,4	119,5	59,2	60,3	0,7	2015 Jan.	
14,0	35,7	672,5	310,8	361,7	269,4	92,3	0,1	263,7	143,1	120,7	61,8	58,9	0,8	Febr.	
14,1	36,1	712,5	369,6	342,9	256,1	86,9	0,1	253,6	131,2	122,4	64,7	57,7	0,9	März	
<b>Veränderungen *)</b>															
- 5,1	+ 13,8	+ 56,2	+ 68,3	- 12,1	- 13,7	+ 1,6	- 0,2	- 0,8	+ 21,2	- 22,0	- 5,1	- 17,0	- 0,2	2006	
- 0,1	- 0,8	+ 67,3	+ 1,5	+ 65,8	+ 74,0	- 8,3	- 0,1	+ 4,6	- 5,5	+ 10,2	+ 16,6	- 6,4	+ 1,6	2007	
+ 0,7	- 3,1	- 50,1	+ 52,2	- 102,3	- 120,7	+ 18,5	+ 0,1	- 12,4	+ 16,1	- 28,5	- 19,4	- 9,1	- 0,6	2008	
- 3,2	+ 0,1	- 81,4	- 2,1	- 79,3	- 57,5	- 21,7	- 0,2	- 33,5	- 13,3	- 20,1	- 17,0	- 3,1	- 0,6	2009	
+ 0,2	+ 1,4	+ 895,4	+ 42,0	+ 542,4	+ 38,1	+ 136,8	- 0,1	- 1,6	+ 6,0	- 7,6	- 3,3	- 4,4	- 0,4	2010	
- 0,1	- 3,9	- 88,8	- 13,8	- 75,0	- 61,8	- 13,1	- 0,0	- 9,3	+ 6,4	- 15,7	- 10,4	- 5,3	- 0,2	2011	
- 0,3	+ 1,5	+ 38,2	+ 51,7	- 13,5	- 7,5	- 6,0	- 0,0	+ 12,6	+ 15,2	- 2,6	+ 2,5	- 5,1	- 0,1	2012	
- 1,8	- 7,2	- 174,0	- 75,6	- 98,4	- 83,1	- 15,4	- 0,0	+ 13,5	+ 9,6	+ 3,9	+ 6,9	- 3,0	- 0,2	2013	
+ 0,1	- 3,8	+ 76,3	+ 47,8	+ 28,5	+ 39,0	- 10,5	- 0,0	- 43,6	- 8,3	- 35,3	- 30,7	- 4,6	+ 0,2	2014	
- 0,2	+ 0,0	- 4,8	- 13,7	+ 8,9	+ 10,8	- 1,9	-	+ 0,6	+ 1,3	- 0,7	- 1,2	+ 0,5	+ 0,0	2013 Okt.	
+ 0,2	- 1,9	- 2,8	+ 15,7	- 18,5	- 18,1	- 0,4	-	+ 9,5	+ 2,6	+ 6,9	+ 4,8	+ 2,0	- 0,0	Nov.	
- 0,9	- 5,1	- 73,9	- 51,7	- 22,2	- 19,5	- 2,7	- 0,0	+ 0,9	- 8,2	+ 9,1	+ 8,3	+ 0,8	- 0,1	Dez.	
+ 0,2	+ 2,5	+ 56,6	+ 51,1	+ 5,5	+ 9,7	- 4,2	-	- 1,5	+ 8,6	- 10,1	- 10,0	- 0,1	- 0,1	2014 Jan.	
- 0,1	- 1,6	- 18,0	- 17,2	- 0,9	- 0,1	- 0,8	-	- 0,3	+ 1,9	- 2,2	- 0,6	- 1,6	- 0,0	Febr.	
+ 0,0	- 0,2	+ 0,0	+ 0,9	- 0,9	- 5,5	+ 4,6	- 0,0	- 4,3	+ 0,7	- 5,0	- 3,4	- 1,5	+ 0,0	März	
- 0,1	- 0,0	+ 13,6	- 2,4	+ 16,0	+ 15,8	+ 0,2	-	+ 3,7	+ 4,9	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,0	April	
+ 0,0	- 0,1	- 5,4	+ 0,9	- 6,3	- 4,1	- 2,2	-	+ 4,4	+ 6,0	- 1,6	- 2,1	+ 0,6	+ 0,0	Mai	
- 0,2	- 1,0	- 8,2	+ 16,2	- 24,4	- 22,1	- 2,3	- 0,0	- 4,3	+ 3,7	- 8,0	- 6,7	- 1,3	+ 0,0	Juni	
+ 0,1	- 1,0	+ 28,6	+ 13,5	+ 15,1	+ 18,0	- 2,8	-	+ 11,6	+ 2,6	+ 9,0	+ 9,6	- 0,5	- 0,1	Juli	
+ 0,4	- 0,0	+ 2,7	- 14,0	+ 16,7	+ 19,8	- 3,1	-	- 11,5	- 20,0	+ 8,4	+ 7,6	+ 0,8	+ 0,3	Aug.	
+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 16,1	- 16,7	- 16,9	+ 0,2	- 0,0	- 0,4	+ 6,2	- 6,6	- 6,1	- 0,5	+ 0,1	Sept.	
- 0,1	+ 0,1	- 1,1	- 3,7	+ 2,7	+ 3,3	- 0,7	-	- 0,3	+ 2,4	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 0,0	Okt.	
+ 0,0	- 0,2	+ 30,0	+ 12,2	+ 17,8	+ 18,1	- 0,3	-	- 1,4	- 5,4	+ 4,1	+ 3,2	+ 0,9	- 0,1	Nov.	
- 0,2	- 2,1	- 22,0	- 25,9	+ 3,9	+ 3,0	+ 0,9	- 0,0	- 39,3	- 19,8	- 19,5	- 18,4	- 1,1	- 0,1	Dez.	
+ 0,0	- 0,1	+ 68,7	+ 56,0	+ 12,8	+ 11,5	+ 1,3	-	+ 35,9	+ 26,3	+ 9,6	+ 10,6	- 1,0	- 0,0	2015 Jan.	
- 0,0	- 0,1	- 20,1	- 28,2	+ 8,1	+ 8,6	- 0,5	-	+ 2,3	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,3	- 1,5	+ 0,1	Febr.	
+ 0,1	+ 0,3	+ 32,7	+ 56,4	- 23,8	- 17,3	- 6,4	- 0,0	- 12,6	- 13,0	+ 0,4	+ 2,4	- 2,0	+ 0,0	März	

IV. Banken

5. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Kredite an inländische Nichtbanken insgesamt  mit börsenfähige(n) Geldmarktpapieren(n), Wertpapieren(n), Ausleihforderungen		Kurzfristige Kredite							Mittel- und langfristige	
			insgesamt	an Unternehmen und Privatpersonen			an öffentliche Haushalte			insgesamt	an Unter-
				zu-	Buchkredite und Wechsel	börsenfähige Geldmarktpapiere	zu-	Buchkredite	Schatzwechsel		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>											
2005	2 995,1	2 635,1	309,7	273,5	272,9	0,6	36,2	34,4	1,8	2 685,4	2 141,3
2006	3 000,7	2 632,2	303,1	269,8	269,3	0,6	33,3	31,9	1,4	2 697,6	2 181,8
2007	2 975,7	2 649,5	331,2	301,8	301,5	0,3	29,4	28,2	1,2	2 644,6	2 168,3
2008	3 071,1	2 700,1	373,0	337,5	335,3	2,2	35,5	34,5	1,0	2 698,1	2 257,8
2009	3 100,1	2 692,6	347,3	306,3	306,2	0,1	41,0	37,1	3,9	2 752,8	2 299,7
2010	3 220,9	2 771,3	428,0	283,0	282,8	0,2	145,0	117,2	27,7	2 793,0	2 305,6
2011	3 197,8	2 775,4	383,3	316,5	316,1	0,4	66,8	60,7	6,0	2 814,5	2 321,9
2012	3 220,4	2 786,1	376,1	316,8	316,3	0,5	59,3	57,6	1,7	2 844,3	2 310,9
2013	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2013 Okt.	3 138,2	2 698,8	279,4	220,9	220,3	0,6	58,5	57,5	1,0	2 858,7	2 326,0
Nov.	3 139,2	2 698,7	270,3	216,8	216,2	0,6	53,5	52,3	1,2	2 868,8	2 334,0
Dez.	3 131,6	2 693,2	269,1	217,7	217,0	0,6	51,4	50,8	0,6	2 862,6	2 328,6
2014 Jan.	3 140,7	2 696,8	272,9	214,7	213,9	0,8	58,2	57,8	0,4	2 867,8	2 335,9
Febr.	3 134,5	2 695,7	271,7	216,6	215,9	0,7	55,1	54,5	0,6	2 862,7	2 330,7
März	3 136,4	2 692,9	271,7	220,6	219,8	0,7	51,2	50,5	0,7	2 864,7	2 333,1
April	3 158,0	2 696,5	269,9	217,2	216,6	0,7	52,6	51,6	1,0	2 888,1	2 356,7
Mai	3 154,3	2 703,1	271,1	216,5	215,7	0,9	54,5	54,0	0,5	2 883,2	2 350,5
Juni	3 147,3	2 697,3	273,3	223,4	222,6	0,8	49,9	48,8	1,0	2 874,1	2 342,6
Juli	3 155,7	2 699,5	268,1	215,3	214,6	0,7	52,8	51,6	1,2	2 887,6	2 352,9
Aug.	3 155,0	2 699,8	260,5	212,2	211,6	0,5	48,4	47,5	0,9	2 894,4	2 359,6
Sept.	3 165,0	2 707,4	270,3	220,9	220,3	0,6	49,4	49,1	0,3	2 894,7	2 360,7
Okt.	3 169,0	2 712,1	265,6	212,6	211,8	0,8	53,0	52,5	0,5	2 903,4	2 364,9
Nov.	3 178,9	2 720,0	265,7	214,6	214,1	0,4	51,1	50,7	0,4	2 913,3	2 375,5
Dez.	3 167,3	2 712,6	257,5	212,7	212,1	0,6	44,8	44,7	0,1	2 909,8	2 376,8
2015 Jan.	3 191,5	2 726,0	267,9	214,7	214,0	0,7	53,1	52,8	0,4	2 923,7	2 388,4
Febr.	3 205,1	2 737,1	275,8	218,9	217,8	1,0	57,0	56,7	0,2	2 929,2	2 391,5
März	3 212,0	2 739,0	278,1	220,4	219,4	1,0	57,7	57,1	0,6	2 933,9	2 399,1
<b>Veränderungen *)</b>											
2006	- 12,4	- 20,8	- 7,1	- 4,5	- 4,4	- 0,0	- 2,7	- 2,3	- 0,4	- 5,2	+ 23,6
2007	- 15,9	+ 11,8	+ 27,6	+ 31,5	+ 31,7	- 0,2	- 3,9	- 3,7	- 0,3	- 43,5	- 7,1
2008	+ 92,0	+ 46,9	+ 43,1	+ 36,8	+ 34,9	+ 1,8	+ 6,3	+ 6,3	+ 0,0	+ 48,9	+ 83,4
2009	+ 25,7	- 11,6	- 26,1	- 31,5	- 30,0	- 1,5	+ 5,5	+ 2,5	+ 2,9	+ 51,8	+ 36,6
2010	+ 130,5	+ 78,7	+ 80,4	- 23,4	- 23,5	+ 0,1	+ 103,8	+ 80,1	+ 23,7	+ 50,1	+ 14,9
2011	- 30,6	- 3,2	- 45,2	+ 33,6	+ 33,3	+ 0,2	- 78,7	- 57,0	- 21,7	+ 14,6	+ 9,4
2012	+ 21,0	+ 9,6	- 9,7	- 1,6	- 1,7	+ 0,1	- 8,2	- 3,8	- 4,3	+ 30,7	+ 10,9
2013	+ 4,4	+ 0,1	- 13,8	- 5,8	- 6,3	+ 0,5	- 8,0	- 7,0	- 1,1	+ 18,2	+ 17,6
2014	+ 36,7	+ 20,5	- 11,6	- 4,5	- 4,5	- 0,0	- 7,1	- 6,5	- 0,6	+ 48,3	+ 52,5
2013 Okt.	+ 10,8	+ 6,7	+ 2,9	- 4,8	- 4,6	- 0,2	+ 7,7	+ 8,0	- 0,3	+ 7,9	+ 5,5
Nov.	+ 1,0	- 0,1	- 7,3	- 2,4	- 2,3	- 0,0	- 4,9	- 5,2	+ 0,3	+ 8,3	+ 6,2
Dez.	- 7,5	- 5,5	- 1,3	+ 0,9	+ 0,9	+ 0,0	- 2,2	- 1,5	- 0,6	- 6,2	- 5,4
2014 Jan.	+ 9,1	+ 3,6	+ 3,5	- 3,3	- 3,4	+ 0,2	+ 6,8	+ 7,1	- 0,3	+ 5,6	+ 7,7
Febr.	- 6,2	- 1,1	- 1,2	+ 1,9	+ 2,0	- 0,1	- 3,1	- 3,4	+ 0,3	- 5,0	- 5,3
März	+ 2,1	- 2,7	+ 0,1	+ 4,0	+ 4,1	- 0,0	- 3,9	- 4,0	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,5
April	+ 21,5	+ 3,6	- 1,9	- 3,3	- 3,3	- 0,0	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,3	+ 23,4	+ 23,2
Mai	- 3,7	+ 6,6	+ 1,2	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	+ 1,9	+ 2,4	- 0,5	- 4,9	- 6,2
Juni	- 6,0	- 4,7	+ 2,2	+ 6,8	+ 6,9	- 0,1	- 4,6	- 5,2	+ 0,5	- 8,2	- 7,1
Juli	+ 8,4	+ 2,2	- 5,2	- 8,1	- 8,0	- 0,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 0,1	+ 13,5	+ 10,2
Aug.	- 0,8	+ 0,2	- 7,4	- 3,0	- 2,8	- 0,2	- 4,4	- 4,1	- 0,3	+ 6,6	+ 6,4
Sept.	+ 10,0	+ 7,7	+ 9,7	+ 8,7	+ 8,6	+ 0,1	+ 1,0	+ 1,6	- 0,6	+ 0,3	+ 1,3
Okt.	+ 4,1	+ 4,7	- 4,7	- 8,3	- 8,5	+ 0,2	+ 3,6	+ 3,4	+ 0,2	+ 8,7	+ 4,1
Nov.	+ 9,9	+ 7,9	+ 0,1	+ 2,0	+ 2,3	- 0,3	- 1,9	- 1,8	- 0,1	+ 9,8	+ 10,7
Dez.	- 11,7	- 7,4	- 8,1	- 1,3	- 1,5	+ 0,2	- 6,8	- 6,5	- 0,3	- 3,6	+ 5,1
2015 Jan.	+ 26,4	+ 15,5	+ 10,7	+ 2,4	+ 2,3	+ 0,1	+ 8,3	+ 8,0	+ 0,3	+ 15,7	+ 13,9
Febr.	+ 13,5	+ 11,2	+ 8,0	+ 4,1	+ 3,8	+ 0,3	+ 3,8	+ 4,0	- 0,1	+ 5,6	+ 3,1
März	+ 7,0	+ 1,9	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,3	+ 4,7	+ 7,6

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Schuldverschreibungen aus

IV. Banken

Kredite												Zeit
nehmen und Privatpersonen					an öffentliche Haushalte							
Buchkredite			Wert- papiere	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	zu- sammen	Buchkredite			Wert- papiere 1)	Aus- gleichs- forde- rungen 2)	Nach- richtlich: Treuhand- kredite	
zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				zu- sammen	mittel- fristig	lang- fristig				
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
1 953,4	194,7	1 758,8	187,9	52,1	544,1	374,4	32,9	341,4	169,7	–	4,5	2005
1 972,7	194,5	1 778,1	209,1	48,2	515,8	358,4	31,7	326,6	157,4	–	4,8	2006
1 987,3	207,7	1 779,6	181,1	46,5	476,2	332,5	31,9	300,6	143,7	–	4,7	2007
2 022,0	222,0	1 800,0	235,8	42,8	440,3	308,2	29,7	278,5	132,1	–	4,5	2008
2 051,3	242,7	1 808,6	248,4	39,6	453,1	298,0	32,2	265,8	155,1	–	4,3	2009
2 070,0	238,1	1 831,8	235,7	30,7	487,3	301,2	36,1	265,1	186,1	–	3,1	2010
2 099,5	247,9	1 851,7	222,4	32,7	492,6	299,1	41,1	258,0	193,5	–	3,6	2011
2 119,5	249,7	1 869,8	191,4	31,4	533,4	292,7	39,4	253,3	240,7	–	3,5	2012
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	2013
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	2014
2 131,3	248,0	1 883,4	194,7	29,0	532,8	289,7	39,3	250,4	243,1	–	2,6	2013 Okt.
2 139,9	249,5	1 890,5	194,1	29,0	534,8	290,3	39,1	251,3	244,5	–	2,6	Nov.
2 136,9	248,0	1 888,9	191,7	28,9	534,0	288,4	38,8	249,7	245,6	–	2,7	Dez.
2 137,4	248,6	1 888,8	198,5	28,6	531,8	287,6	38,4	249,2	244,2	–	2,7	2014 Jan.
2 138,7	248,5	1 890,2	192,0	25,8	532,1	286,6	38,0	248,6	245,4	–	2,3	Febr.
2 136,4	249,1	1 887,3	196,7	25,5	531,6	286,2	37,4	248,8	245,4	–	2,3	März
2 143,2	251,0	1 892,3	213,4	25,4	531,4	285,1	36,7	248,4	246,3	–	2,2	April
2 149,2	250,1	1 899,1	201,3	25,4	532,8	284,2	36,8	247,4	248,6	–	2,2	Mai
2 144,5	248,9	1 895,6	198,1	25,3	531,5	281,4	36,1	245,4	250,0	–	2,2	Juni
2 151,9	249,5	1 902,4	200,9	25,0	534,7	281,4	36,0	245,4	253,4	–	2,1	Juli
2 160,8	250,6	1 910,2	198,8	24,9	534,8	279,9	32,9	247,0	255,0	–	2,1	Aug.
2 160,3	250,3	1 910,0	200,5	24,8	534,0	277,8	32,3	245,5	256,2	–	2,1	Sept.
2 167,0	251,8	1 915,3	197,8	24,4	538,6	280,7	34,5	246,3	257,9	–	2,1	Okt.
2 175,1	252,6	1 922,5	200,5	24,3	537,7	280,1	33,8	246,3	257,6	–	2,1	Nov.
2 172,7	251,7	1 921,0	204,2	24,4	532,9	283,1	33,5	249,6	249,8	–	2,1	Dez.
2 175,2	252,5	1 922,7	213,2	24,0	535,3	284,0	32,7	251,3	251,3	–	2,1	2015 Jan.
2 179,6	251,4	1 928,1	212,0	24,1	537,7	283,1	32,7	250,4	254,6	–	2,1	Febr.
2 180,6	251,7	1 928,9	218,6	23,8	534,8	281,9	32,3	249,5	252,9	–	2,1	März
<b>Veränderungen *)</b>												
+ 2,3	+ 0,2	+ 2,2	+ 21,2	– 3,9	– 28,8	– 16,4	– 1,4	– 15,0	– 12,4	–	+ 0,3	2006
+ 9,6	+ 10,1	– 0,6	– 16,7	– 2,2	– 36,3	– 25,8	+ 0,1	– 26,0	– 10,5	–	– 0,1	2007
+ 28,8	+ 12,0	+ 16,8	+ 54,7	– 5,3	– 34,5	– 23,2	– 2,3	– 20,8	– 11,4	–	– 0,1	2008
+ 23,5	+ 17,3	+ 6,3	+ 13,1	– 3,9	+ 15,2	– 7,6	+ 2,5	– 10,2	+ 22,8	–	– 0,2	2009
+ 18,6	– 4,0	+ 22,6	– 3,8	– 1,7	+ 35,2	+ 3,5	+ 3,5	– 0,0	+ 31,7	–	– 0,3	2010
+ 22,6	+ 2,2	+ 20,4	– 13,2	– 1,0	+ 5,2	– 2,1	+ 4,9	– 7,0	+ 7,3	–	– 0,2	2011
+ 21,6	+ 1,5	+ 20,1	– 10,7	– 1,1	+ 19,8	– 6,6	– 1,9	– 4,7	+ 26,4	–	– 0,2	2012
+ 17,7	– 0,1	+ 17,8	– 0,1	– 2,5	+ 0,6	– 4,3	– 0,7	– 3,6	+ 4,9	–	– 0,8	2013
+ 39,9	+ 5,6	+ 34,3	+ 12,5	– 1,8	– 4,1	– 8,5	– 5,1	– 3,4	+ 4,3	–	– 0,2	2014
+ 4,2	+ 0,4	+ 3,7	+ 1,3	– 0,3	+ 2,5	– 0,9	– 1,4	+ 0,6	+ 3,4	–	– 0,0	2013 Okt.
+ 6,8	+ 1,2	+ 5,7	– 0,6	+ 0,0	+ 2,1	+ 0,6	– 0,2	+ 0,8	+ 1,4	–	+ 0,0	Nov.
– 3,0	– 1,5	– 1,5	– 2,4	– 0,1	– 0,8	– 1,9	– 0,3	– 1,6	+ 1,1	–	+ 0,1	Dez.
+ 0,8	+ 0,8	– 0,0	+ 6,9	– 0,3	– 2,1	– 0,8	– 0,4	– 0,5	– 1,3	–	– 0,0	2014 Jan.
+ 1,3	– 0,1	+ 1,4	– 6,5	– 0,1	+ 0,2	– 1,0	– 0,4	– 0,6	+ 1,2	–	– 0,0	Febr.
– 2,3	+ 0,6	– 2,9	+ 4,7	– 0,2	– 0,5	– 0,5	– 0,7	+ 0,2	+ 0,0	–	– 0,0	März
+ 6,4	+ 3,4	+ 3,1	+ 16,7	– 0,1	+ 0,2	– 0,7	– 0,6	– 0,1	+ 0,9	–	– 0,0	April
+ 6,0	– 0,9	+ 6,9	– 12,2	+ 0,0	+ 1,3	– 0,9	+ 0,1	– 1,0	+ 2,3	–	– 0,0	Mai
– 4,0	– 1,2	– 2,8	– 3,1	– 0,1	– 1,0	– 2,5	– 0,7	– 1,7	+ 1,4	–	– 0,0	Juni
+ 7,4	+ 0,6	+ 6,8	+ 2,8	– 0,4	+ 3,3	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	+ 3,3	–	– 0,0	Juli
+ 8,5	+ 1,0	+ 7,5	– 2,1	– 0,1	+ 0,3	– 1,3	– 0,7	– 0,7	+ 1,6	–	– 0,0	Aug.
– 0,4	– 0,3	– 0,1	+ 1,7	– 0,2	– 0,9	– 2,2	– 0,5	– 1,6	+ 1,2	–	– 0,0	Sept.
+ 6,8	+ 1,5	+ 5,3	– 2,7	– 0,4	+ 4,6	+ 2,9	– 0,0	+ 3,0	+ 1,7	–	– 0,0	Okt.
+ 8,1	+ 0,8	+ 7,2	+ 2,6	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,7	+ 0,1	– 0,2	–	+ 0,0	Nov.
+ 1,4	– 0,7	+ 2,1	+ 3,7	+ 0,1	– 8,7	– 0,9	– 0,4	– 0,5	– 7,8	–	– 0,0	Dez.
+ 4,8	+ 1,6	+ 3,2	+ 9,1	– 0,4	+ 1,8	+ 0,4	– 0,9	+ 1,2	+ 1,5	–	– 0,0	2015 Jan.
+ 4,4	– 1,1	+ 5,4	– 1,2	+ 0,1	+ 2,4	– 0,9	– 0,0	– 0,9	+ 3,4	–	–	Febr.
+ 1,0	+ 0,2	+ 0,8	+ 6,6	– 0,2	– 2,9	– 1,2	– 0,3	– 0,9	– 1,7	–	– 0,0	März

dem Umtausch von Ausgleichsforderungen; siehe auch Anm. 2. 2 Einschl. Schuldver-  
schreibungen aus dem Umtausch von Ausgleichsforderungen.

#### IV. Banken

#### 6. Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland an inländische Unternehmen und Privatpersonen, Wohnungsbaukredite, Wirtschaftsbereiche \*)

Mrd €

Kredite an inländische Unternehmen und Privatpersonen (ohne Bestände an börsenfähigen Geldmarktpapieren und ohne Wertpapierbestände) 1)														
Zeit	insgesamt		Kredite für den Wohnungsbau			Kredite an Unternehmen und Selbständige								
	Hypothekarkredite insgesamt	zusammen	Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke	sonstige Kredite für den Wohnungsbau	zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau	Verarbeitendes Gewerbe	Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Baugewerbe	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	Finanzierungsinstitutionen (ohne MFIs) und Versicherungsunternehmen	
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														
2013	2 354,0	1 179,5	1 159,3	935,4	223,9	1 281,1	319,2	127,7	97,3	58,9	124,2	45,7	70,0	104,9
2014 März	2 356,3	1 179,3	1 160,3	936,4	223,8	1 283,4	320,0	129,1	97,0	59,5	124,2	46,0	68,9	107,1
Juni	2 367,1	1 181,3	1 166,6	940,0	226,7	1 288,3	320,9	129,1	98,1	59,9	124,3	47,0	68,7	104,7
Sept.	2 380,6	1 187,9	1 177,1	945,6	231,5	1 293,2	322,9	127,1	98,7	60,3	125,9	47,8	69,4	110,2
Dez.	2 384,8	1 225,7	1 188,7	984,3	204,4	1 291,6	328,3	122,9	100,1	59,8	123,7	47,8	68,4	124,8
2015 März	2 400,3	1 230,0	1 191,6	987,3	204,3	1 305,9	329,6	127,4	99,6	60,9	125,1	48,2	70,0	129,2
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2013	217,1	–	8,3	–	8,3	180,2	4,1	33,9	6,4	12,0	40,9	3,4	6,4	22,8
2014 März	219,9	–	8,6	–	8,6	183,5	4,4	35,4	5,9	12,7	41,5	3,6	6,4	23,8
Juni	222,6	–	8,6	–	8,6	186,1	4,3	36,3	6,2	12,8	41,5	4,0	6,6	22,3
Sept.	220,3	–	8,5	–	8,5	184,2	4,3	34,5	5,6	12,7	42,9	4,0	6,3	25,6
Dez.	212,1	–	7,6	–	7,6	177,2	3,9	32,5	6,0	11,8	41,2	3,6	5,9	23,2
2015 März	219,6	–	7,8	–	7,8	184,5	4,0	34,7	6,0	13,0	42,4	3,9	6,3	25,6
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2013	248,0	–	35,6	–	35,6	173,6	12,5	24,7	6,0	9,4	16,9	3,9	11,5	35,3
2014 März	249,1	–	35,0	–	35,0	175,0	12,3	25,3	5,9	9,3	16,5	4,0	11,4	35,8
Juni	248,9	–	35,3	–	35,3	176,2	12,8	24,7	5,4	9,3	16,9	4,1	11,5	35,5
Sept.	250,3	–	35,3	–	35,3	176,7	12,7	24,5	5,6	9,7	16,9	4,2	11,7	35,9
Dez.	251,7	–	35,8	–	35,8	178,4	13,4	23,5	5,4	9,9	16,6	4,2	11,4	39,2
2015 März	251,6	–	35,3	–	35,3	179,0	13,2	24,6	5,3	10,0	16,4	4,2	11,7	39,4
<b>Langfristige Kredite</b>														
2013	1 888,9	1 179,5	1 115,4	935,4	180,0	927,2	302,5	69,1	84,9	37,5	66,3	38,4	52,1	46,8
2014 März	1 887,3	1 179,3	1 116,7	936,4	180,3	924,9	303,3	68,4	85,2	37,5	66,1	38,5	51,1	47,5
Juni	1 895,6	1 181,3	1 122,8	940,0	182,9	926,1	303,8	68,1	86,5	37,8	66,0	38,9	50,7	46,9
Sept.	1 910,0	1 187,9	1 133,4	945,6	187,8	932,4	305,8	68,2	87,5	38,0	66,0	39,6	51,4	48,8
Dez.	1 921,0	1 225,7	1 145,2	984,3	160,9	936,1	310,9	66,9	88,8	38,1	65,8	39,9	51,2	62,3
2015 März	1 929,1	1 230,0	1 148,6	987,3	161,2	942,5	312,4	68,1	88,4	38,0	66,3	40,1	52,1	64,2
<b>Kredite insgesamt</b>														
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														
2014 1.Vj.	+ 2,3	– 0,2	+ 0,9	+ 1,0	– 0,1	+ 2,2	+ 0,6	+ 1,2	– 0,2	+ 0,6	+ 0,2	+ 0,3	– 1,1	+ 2,3
2.Vj.	+ 11,2	+ 1,3	+ 6,3	+ 2,5	+ 3,8	+ 5,7	+ 1,0	+ 0,0	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	+ 1,0	– 0,2	– 1,4
3.Vj.	+ 13,3	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 4,6	+ 2,0	– 2,0	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 3,7
4.Vj.	+ 8,6	+ 8,5	+ 10,0	+ 8,3	+ 1,7	+ 4,0	+ 3,4	– 4,3	+ 1,4	– 0,4	– 2,2	– 0,1	– 1,0	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 18,2	+ 4,3	+ 3,0	+ 3,0	– 0,1	+ 15,8	+ 1,3	+ 4,5	+ 0,0	+ 1,1	+ 1,5	+ 0,4	+ 1,6	+ 4,1
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
2014 1.Vj.	+ 2,6	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 3,0	+ 0,2	+ 1,5	– 0,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	– 0,0	+ 1,1
2.Vj.	+ 2,7	–	– 0,0	–	– 0,0	+ 2,6	– 0,1	+ 0,8	+ 0,3	+ 0,1	– 0,1	+ 0,4	+ 0,2	– 1,6
3.Vj.	– 2,2	–	– 0,1	–	– 0,1	– 1,8	+ 0,0	– 1,8	– 0,6	– 0,1	+ 1,5	+ 0,0	– 0,1	+ 3,3
4.Vj.	– 7,6	–	– 0,3	–	– 0,3	– 6,4	– 0,4	– 2,0	+ 0,3	– 0,9	+ 1,7	– 0,4	– 0,4	– 2,6
2015 1.Vj.	+ 7,8	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 7,6	+ 0,1	+ 2,2	– 0,0	+ 1,2	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,4	+ 2,3
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
2014 1.Vj.	+ 1,3	–	– 0,7	–	– 0,7	+ 1,7	– 0,2	+ 0,5	– 0,1	– 0,0	– 0,1	+ 0,0	– 0,1	+ 0,5
2.Vj.	+ 1,3	–	+ 0,3	–	+ 0,3	+ 1,6	+ 0,4	– 0,6	– 0,5	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,1	– 0,3
3.Vj.	+ 1,3	–	+ 0,1	–	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	– 0,2	+ 0,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	– 0,3
4.Vj.	+ 1,6	–	+ 0,4	–	+ 0,4	+ 1,8	+ 0,5	– 0,9	– 0,2	+ 0,2	– 0,3	– 0,0	– 0,3	+ 2,0
2015 1.Vj.	+ 0,7	–	– 0,5	–	– 0,5	+ 1,2	– 0,2	+ 1,1	– 0,1	+ 0,1	– 0,2	– 0,0	+ 0,3	+ 0,1
<b>Langfristige Kredite</b>														
2014 1.Vj.	– 1,6	– 0,2	+ 1,3	+ 1,0	+ 0,3	– 2,5	+ 0,6	– 0,8	+ 0,3	– 0,1	– 0,2	+ 0,1	– 1,0	+ 0,7
2.Vj.	+ 7,1	+ 1,3	+ 6,0	+ 2,5	+ 3,6	+ 1,5	+ 0,6	– 0,2	+ 0,7	+ 0,3	– 0,1	+ 0,4	– 0,4	+ 0,4
3.Vj.	+ 14,2	+ 6,6	+ 9,9	+ 5,6	+ 4,3	+ 5,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 1,0	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,7
4.Vj.	+ 14,5	+ 8,5	+ 9,9	+ 8,3	+ 1,6	+ 8,6	+ 3,3	– 1,3	+ 1,3	+ 0,2	– 0,1	+ 0,4	– 0,2	+ 2,6
2015 1.Vj.	+ 9,7	+ 4,3	+ 3,4	+ 3,0	+ 0,3	+ 7,0	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,1	– 0,1	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,9	+ 1,6

\* Ohne Kredite der Auslandsfilialen. Aufgliederung der Kredite der Bausparkassen nach Bereichen und Branchen geschätzt. Statistische Brüche sind in den Verände-

runge ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im

IV. Banken

Dienstleistungsgewerbe (einschl. freier Berufe)				nachrichtlich:		Kredite an wirtschaftlich unselbständige und sonstige Privatpersonen					Kredite an Organisationen ohne Erwerbszweck		Zeit	
zusammen	darunter:			Kredite an Selbstständige 2)	Kredite an das Handwerk	zusammen	Kredite für den Wohnungsbau	sonstige Kredite			zusammen	darunter Kredite für den Wohnungsbau		
	Wohnungsunternehmen	Beteiligungsgesellschaften	Sonstiges Grundstücks-wesen					Ratenkredite 3)	darunter:	Debitsalden auf Lohn-, Gehalts-, Renten- und Pensionskonten				
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
652,4	191,4	37,3	175,2	388,0	49,7	1 059,4	836,6	222,8	147,3	11,9	13,6	3,5	2013	
651,5	192,1	37,1	175,9	387,5	49,4	1 059,4	836,8	222,6	148,0	12,0	13,5	3,5	2014 März	
656,5	192,8	39,1	176,4	388,0	49,6	1 065,5	842,3	223,2	148,7	11,8	13,3	3,5	Juni	
653,8	192,3	38,0	175,4	389,3	49,1	1 074,2	850,7	223,5	149,3	11,9	13,2	3,5	Sept.	
644,1	188,1	33,9	173,8	389,8	47,9	1 078,6	856,6	222,0	150,0	10,7	14,5	3,8	Dez.	
645,5	188,8	33,8	173,6	390,9	48,3	1 080,0	858,1	221,9	150,0	11,3	14,4	3,9	2015 März	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
54,5	9,3	6,8	12,1	28,1	6,8	35,8	4,2	31,6	1,8	11,9	1,1	0,0	2013	
54,0	8,9	6,6	12,4	27,8	7,0	35,4	4,2	31,2	1,8	12,0	1,0	0,0	2014 März	
56,5	8,8	7,8	12,6	28,0	7,2	35,7	4,2	31,5	1,7	11,8	0,9	0,0	Juni	
52,6	8,5	6,3	12,2	27,3	6,9	35,3	4,1	31,2	1,6	11,9	0,8	0,0	Sept.	
52,9	8,5	6,1	11,8	26,6	6,2	34,2	3,7	30,5	1,9	10,7	0,7	0,0	Dez.	
52,6	8,4	5,9	11,1	27,2	6,6	34,4	3,8	30,6	2,1	11,3	0,7	0,0	2015 März	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
65,8	9,6	6,8	18,9	32,2	3,6	73,9	23,1	50,8	45,6	-	0,5	0,0	2013	
66,8	9,9	6,7	20,1	32,1	3,5	73,6	22,6	51,0	45,8	-	0,4	0,0	2014 März	
68,8	10,4	7,2	20,5	31,7	3,6	72,2	22,5	49,7	44,6	-	0,5	0,0	Juni	
68,2	9,9	7,2	20,0	32,0	3,6	73,1	22,5	50,6	45,4	-	0,5	0,0	Sept.	
68,2	9,4	7,0	19,8	32,0	3,5	72,8	22,4	50,4	45,2	-	0,5	0,0	Dez.	
67,5	9,7	7,2	19,1	31,9	3,5	72,1	22,1	50,1	45,0	-	0,5	0,0	2015 März	
<b>Langfristige Kredite</b>														
532,0	172,4	23,7	144,3	327,7	39,3	949,7	809,4	140,3	99,9	-	12,0	3,5	2013	
530,6	173,3	23,9	143,4	327,6	38,9	950,4	810,0	140,4	100,4	-	12,0	3,5	2014 März	
531,2	173,6	24,2	143,3	328,3	38,8	957,6	815,6	142,0	102,3	-	12,0	3,5	Juni	
533,0	173,8	24,5	143,2	330,0	38,6	965,8	824,1	141,7	102,2	-	11,8	3,5	Sept.	
523,0	170,2	20,9	142,2	331,2	38,2	971,6	830,5	141,1	102,8	-	13,4	3,7	Dez.	
525,3	170,7	20,7	143,4	331,8	38,2	973,5	832,3	141,2	102,9	-	13,2	3,9	2015 März	
<b>Veränderungen im Vierteljahr *)</b>														<b>Kredite insgesamt</b>
- 1,1	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	- 0,7	- 0,2	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 0,7	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 5,2	+ 0,6	+ 2,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,2	+ 5,6	+ 5,3	+ 0,3	+ 0,8	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 1,3	+ 0,9	- 1,1	- 0,9	+ 1,2	- 0,4	+ 8,8	+ 7,9	+ 0,9	+ 1,3	+ 0,0	- 0,0	-	3.Vj.	
+ 8,4	+ 2,5	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,4	- 1,2	+ 4,2	+ 6,4	- 2,1	- 0,3	- 1,1	+ 0,4	+ 0,2	4.Vj.	
+ 2,7	+ 0,6	+ 0,1	- 0,1	+ 1,2	+ 0,4	+ 2,5	+ 1,6	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,5	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	
<b>Kurzfristige Kredite</b>														
- 0,5	- 0,4	- 0,2	+ 0,4	- 0,3	+ 0,2	- 0,4	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,5	- 0,1	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,0	+ 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
- 4,0	- 0,3	- 1,5	- 0,4	- 0,7	- 0,3	- 0,4	- 0,1	- 0,3	- 0,1	+ 0,0	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 1,4	+ 0,2	+ 0,1	- 0,2	- 0,7	- 0,7	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	+ 0,4	- 1,1	+ 0,1	+ 0,0	4.Vj.	
+ 0,0	- 0,2	- 0,1	- 0,8	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
<b>Mittelfristige Kredite</b>														
+ 1,0	+ 0,3	- 0,1	+ 1,2	- 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,4	+ 0,2	+ 0,2	-	- 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 2,3	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4	- 0,1	+ 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,1	-	+ 0,1	+ 0,0	2.Vj.	
+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,4	+ 0,3	- 0,0	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,9	+ 0,8	-	+ 0,0	+ 0,0	3.Vj.	
+ 1,4	- 0,3	- 0,0	+ 0,6	+ 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,1	-	+ 0,0	- 0,0	4.Vj.	
- 0,0	+ 0,3	+ 0,2	- 0,7	- 0,0	- 0,0	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,1	-	- 0,0	+ 0,0	2015 1.Vj.	
<b>Langfristige Kredite</b>														
- 1,6	+ 0,8	+ 0,2	- 0,9	- 0,3	- 0,4	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,1	+ 0,5	-	+ 0,1	+ 0,0	2014 1.Vj.	
+ 0,5	+ 0,3	+ 0,3	- 0,0	+ 0,8	- 0,1	+ 5,7	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,9	-	- 0,1	- 0,0	2.Vj.	
+ 2,7	+ 1,1	+ 0,4	- 0,0	+ 1,6	- 0,2	+ 8,3	+ 7,9	+ 0,4	+ 0,6	-	- 0,0	- 0,0	3.Vj.	
+ 5,7	+ 2,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1	- 0,4	+ 5,7	+ 6,4	- 0,7	- 0,6	-	+ 0,3	+ 0,3	4.Vj.	
+ 2,6	+ 0,5	- 0,0	+ 1,3	+ 0,6	- 0,0	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,0	+ 1,1	-	- 0,2	+ 0,1	2015 1.Vj.	

folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Treuhandkredite. 2 Einschl. Einzelkaufleute. 3 Ohne Hypothekarkredite und ohne

Kredite für den Wohnungsbau, auch wenn sie in Form von Ratenkrediten gewährt worden sind.

IV. Banken

7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Nichtbanken insgesamt</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	3 090,2	1 306,5	1 072,5	341,3	731,2	32,0	699,2	617,6	93,6	34,9	31,7	82,9		
2013	3 048,7	1 409,9	952,0	254,8	697,2	29,7	667,5	610,1	76,6	32,9	29,0	5,4		
2014	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7		
2014 April	3 057,2	1 431,5	947,0	258,2	688,8	28,4	660,4	606,7	72,0	32,4	28,7	4,3		
Mai	3 072,1	1 446,2	949,0	262,0	687,0	28,4	658,6	606,0	70,9	31,9	28,6	0,9		
Juni	3 066,2	1 442,8	948,4	263,7	684,7	28,4	656,3	604,5	70,5	31,4	28,2	1,7		
Juli	3 073,9	1 455,0	945,4	264,3	681,1	28,0	653,1	604,4	69,2	31,3	27,9	2,7		
Aug.	3 091,6	1 472,1	945,3	265,6	679,7	28,2	651,5	605,9	68,4	31,3	27,6	2,3		
Sept.	3 092,6	1 474,8	941,9	262,0	679,9	28,2	651,7	606,5	69,4	31,2	27,4	2,8		
Okt.	3 097,3	1 494,5	928,1	252,2	676,0	28,1	647,8	606,1	68,6	31,1	27,2	1,9		
Nov.	3 116,4	1 517,9	926,7	250,6	676,1	29,2	646,9	605,3	66,5	31,1	26,6	1,7		
Dez.	3 118,2	1 517,8	926,7	257,0	669,7	29,4	640,3	607,8	66,0	30,9	26,2	1,7		
2015 Jan.	3 128,6	1 537,9	919,5	253,1	666,4	28,6	637,8	606,6	64,7	30,8	25,8	3,2		
Febr.	3 137,7	1 549,4	918,3	254,3	664,0	29,3	634,7	606,1	63,8	30,8	23,7	3,6		
März	3 131,7	1 548,8	916,0	254,0	662,0	30,8	631,1	603,9	63,0	30,7	23,4	3,6		
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	+ 40,2	+ 118,4	- 53,9	- 22,8	- 31,1	- 0,2	- 30,8	- 7,4	- 17,0	- 1,7	- 2,7	+ 3,6		
2014	+ 69,7	+ 107,9	- 25,3	+ 2,5	- 27,8	- 0,5	- 27,3	- 2,4	- 10,6	- 2,0	- 2,8	- 3,7		
2014 April	+ 9,2	+ 14,6	- 1,8	+ 0,9	- 2,7	- 0,4	- 2,3	- 1,9	- 1,7	- 0,1	- 0,2	+ 2,4		
Mai	+ 15,0	+ 14,7	+ 2,0	+ 3,8	- 1,8	+ 0,0	- 1,8	- 0,7	- 1,1	- 0,6	- 0,1	- 3,4		
Juni	- 5,9	- 3,4	- 0,6	+ 1,7	- 2,3	- 0,0	- 2,3	- 1,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	+ 0,8		
Juli	+ 7,8	+ 12,2	- 2,9	+ 0,6	- 3,5	- 0,3	- 3,2	- 0,2	- 1,3	- 0,0	- 0,3	+ 1,0		
Aug.	+ 17,7	+ 17,1	- 0,1	+ 1,3	- 1,4	+ 0,2	- 1,6	+ 1,5	- 0,8	- 0,0	- 0,3	- 0,4		
Sept.	+ 0,9	+ 2,7	- 3,4	+ 3,6	+ 0,2	- 0,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	- 0,3	+ 0,4		
Okt.	+ 4,7	+ 19,7	- 13,8	- 9,8	- 3,9	- 0,1	- 3,9	- 0,4	- 0,7	- 0,1	- 0,2	- 0,8		
Nov.	+ 19,2	+ 23,4	- 1,4	- 1,6	+ 0,1	+ 1,1	- 1,0	- 0,7	- 2,1	+ 0,0	- 0,6	- 0,2		
Dez.	+ 1,7	- 0,1	- 0,0	+ 6,7	- 6,7	- 0,1	- 6,6	+ 2,4	- 0,5	+ 0,2	- 0,4	- 0,1		
2015 Jan.	+ 10,5	+ 20,1	- 7,2	- 3,9	- 3,3	- 0,7	- 2,5	- 1,1	- 1,3	- 0,1	- 0,4	+ 1,6		
Febr.	+ 9,1	+ 11,6	- 1,1	+ 1,3	- 2,4	+ 0,7	- 3,1	- 0,5	- 0,9	- 0,0	- 2,1	+ 0,3		
März	- 6,0	- 0,3	- 2,6	- 0,6	- 2,0	+ 1,5	- 3,6	- 2,2	- 0,8	- 0,1	- 0,3	+ 0,1		
<b>Inländische öffentliche Haushalte</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	186,2	50,8	130,7	73,0	57,7	4,5	53,1	3,1	1,6	32,7	5,9	3,1		
2013	183,0	48,2	129,6	81,1	48,5	5,7	42,8	3,6	1,6	30,7	4,8	4,7		
2014	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2014 April	178,1	46,4	126,7	78,1	48,6	6,1	42,5	3,5	1,5	30,4	4,7	2,9		
Mai	183,4	49,2	129,0	80,5	48,4	6,1	42,4	3,6	1,6	29,9	4,7	0,0		
Juni	190,1	50,0	135,0	86,6	48,4	6,0	42,4	3,5	1,6	29,5	4,7	0,9		
Juli	187,1	47,4	134,6	86,5	48,0	5,9	42,2	3,5	1,7	29,5	4,7	1,7		
Aug.	189,7	51,1	133,4	85,3	48,1	5,9	42,1	3,4	1,8	29,5	4,7	1,1		
Sept.	189,2	47,8	136,1	88,3	47,8	5,7	42,1	3,4	1,9	29,4	4,6	1,6		
Okt.	178,4	44,6	128,4	80,6	47,9	5,8	42,1	3,4	1,9	29,3	4,6	0,8		
Nov.	182,6	46,6	130,7	82,3	48,3	6,4	42,0	3,5	1,9	29,3	4,6	0,5		
Dez.	186,7	52,4	128,2	84,5	43,7	7,5	36,2	3,8	2,3	29,1	4,8	0,5		
2015 Jan.	184,5	50,7	127,6	84,0	43,6	7,4	36,1	3,8	2,4	29,1	4,8	2,2		
Febr.	186,8	52,4	128,0	85,4	42,7	8,0	34,7	3,8	2,6	29,0	2,9	2,4		
März	187,3	52,9	127,8	84,9	42,9	9,1	33,8	3,8	2,7	28,9	2,8	2,4		
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	- 3,8	- 2,9	- 1,4	+ 7,6	- 9,0	+ 0,8	- 9,8	+ 0,5	+ 0,1	- 1,6	- 1,1	+ 1,6		
2014	- 1,2	+ 1,9	- 3,9	+ 2,5	- 6,4	+ 1,0	- 7,4	+ 0,1	+ 0,7	- 1,6	- 0,1	- 4,2		
2014 April	- 2,6	- 0,9	- 1,7	+ 1,4	- 0,4	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 2,2		
Mai	+ 5,3	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,5	- 0,0	- 2,9		
Juni	+ 7,0	+ 0,8	+ 6,3	+ 6,2	+ 0,1	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	+ 0,9		
Juli	- 2,8	- 2,6	- 0,3	- 0,0	- 0,3	- 0,1	- 0,2	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,8		
Aug.	+ 2,6	+ 3,7	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	- 0,6		
Sept.	- 0,6	- 3,4	+ 2,7	+ 2,9	- 0,2	- 0,2	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	+ 0,5		
Okt.	- 10,7	- 3,1	- 7,7	+ 7,7	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,0	- 0,8		
Nov.	+ 4,1	+ 2,0	+ 2,2	+ 1,7	+ 0,4	+ 0,6	- 0,1	+ 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,0	- 0,3		
Dez.	- 0,3	+ 4,1	- 5,1	+ 1,2	- 6,3	+ 0,3	- 6,5	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,1	- 0,0		
2015 Jan.	- 2,2	- 1,7	- 0,6	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 1,7		
Febr.	+ 2,4	+ 1,7	+ 0,5	+ 1,4	- 0,9	+ 0,6	- 1,5	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0	- 1,9	+ 0,2		
März	+ 0,5	+ 0,6	- 0,2	- 0,4	+ 0,2	+ 1,1	- 0,9	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	+ 0,1		

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Verbind-

IV. Banken

noch: 7. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Nichtbanken (Nicht-MFIs)\*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite insgesamt	Sichteinlagen	Termineinlagen 1) 2)					Spareinlagen 3)	Sparbriefe 4)	Nachrichtlich:				
			insgesamt	mit Befristung bis 1 Jahr einschl.	mit Befristung von über 1 Jahr 2)					Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen)	Verbindlichkeiten aus Repos		
					zusammen	bis 2 Jahre einschl.	über 2 Jahre							
<b>Inländische Unternehmen und Privatpersonen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	2 904,0	1 255,7	941,7	268,3	673,5	27,5	646,0	614,5	92,0	2,2	25,8	79,8		
2013	2 865,7	1 361,7	822,4	173,7	648,7	24,0	624,7	606,5	75,0	2,2	24,2	0,7		
2014	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2014 April	2 879,1	1 385,1	820,3	180,1	640,2	22,2	618,0	603,2	70,5	2,0	24,0	1,4		
Mai	2 888,8	1 397,0	820,0	181,5	638,6	22,4	616,2	602,4	69,3	2,0	23,8	0,9		
Juni	2 876,1	1 392,8	813,4	177,1	636,2	22,4	613,9	601,1	68,9	1,9	23,5	0,8		
Juli	2 886,8	1 407,6	810,9	177,8	633,1	22,1	610,9	600,9	67,5	1,9	23,2	1,0		
Aug.	2 901,9	1 421,0	811,9	180,3	631,6	22,3	609,4	602,4	66,6	1,8	22,9	1,3		
Sept.	2 903,4	1 427,1	805,8	173,7	632,1	22,4	609,6	603,1	67,5	1,8	22,7	1,2		
Okt.	2 918,9	1 449,9	799,7	171,6	628,1	22,3	605,8	602,6	66,7	1,8	22,6	1,1		
Nov.	2 933,8	1 471,3	796,0	168,3	627,7	22,8	604,9	601,8	64,6	1,8	22,0	1,2		
Dez.	2 931,5	1 465,4	798,4	172,5	625,9	21,8	604,1	604,0	63,7	1,8	21,5	1,2		
2015 Jan.	2 944,1	1 487,2	791,9	169,0	622,8	21,2	601,6	602,8	62,3	1,8	21,0	1,1		
Febr.	2 950,9	1 497,1	790,3	169,0	621,3	21,3	600,0	602,3	61,2	1,8	20,9	1,2		
März	2 944,4	1 495,9	788,2	169,1	619,1	21,7	597,4	600,1	60,2	1,8	20,6	1,2		
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	+ 43,9	+ 121,3	- 52,5	- 30,4	- 22,1	- 1,1	- 21,0	- 7,9	- 17,1	- 0,1	- 1,6	+ 2,0		
2014	+ 70,8	+ 106,0	- 21,4	- 0,0	- 21,4	- 1,5	- 19,9	- 2,5	- 11,2	- 0,4	- 2,7	+ 0,5		
2014 April	+ 11,8	+ 15,5	- 0,1	+ 2,2	- 2,3	- 0,5	- 1,8	- 1,9	- 1,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,2		
Mai	+ 9,7	+ 11,9	- 0,3	+ 1,3	- 1,6	+ 0,1	- 1,7	- 0,7	- 1,1	- 0,1	- 0,1	- 0,5		
Juni	- 12,9	- 4,1	- 6,9	- 4,5	- 2,4	+ 0,0	- 2,4	- 1,4	- 0,5	- 0,1	- 0,4	- 0,1		
Juli	+ 10,6	+ 14,8	- 2,6	+ 0,7	- 3,2	- 0,2	- 3,0	- 0,2	- 1,4	- 0,0	- 0,3	+ 0,2		
Aug.	+ 15,1	+ 13,4	+ 1,0	+ 2,5	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	+ 1,5	- 0,9	- 0,0	- 0,2	+ 0,3		
Sept.	+ 1,6	+ 6,1	- 6,1	- 6,6	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,9	- 0,0	- 0,2	- 0,1		
Okt.	+ 15,5	+ 22,8	- 6,1	- 2,1	- 4,0	- 0,1	- 3,9	- 0,5	- 0,8	- 0,0	- 0,1	- 0,1		
Nov.	+ 15,0	+ 21,5	- 3,6	- 3,3	- 0,3	+ 0,5	- 0,8	- 0,8	- 2,1	- 0,0	- 0,6	+ 0,1		
Dez.	+ 2,0	- 4,3	+ 5,0	+ 5,5	- 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 2,2	- 0,9	+ 0,0	- 0,5	- 0,0		
2015 Jan.	+ 12,6	+ 21,8	- 6,6	- 3,5	- 3,1	- 0,6	- 2,5	- 1,2	- 1,4	- 0,0	- 0,4	- 0,1		
Febr.	+ 6,6	+ 9,8	- 1,6	- 0,1	- 1,5	+ 0,1	- 1,6	- 0,5	- 1,1	- 0,0	- 0,2	+ 0,1		
März	- 6,5	- 0,9	- 2,4	- 0,2	- 2,2	+ 0,4	- 2,6	- 2,2	- 1,0	+ 0,0	- 0,2	+ 0,0		
<b>darunter: inländische Unternehmen</b>													<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	1 105,3	414,2	668,5	185,9	482,5	10,4	472,2	6,5	16,1	2,2	18,2	79,8		
2013	1 011,3	429,1	559,7	105,6	454,0	10,1	444,0	7,2	15,3	2,2	17,2	0,7		
2014	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2014 April	1 008,4	430,5	555,8	112,1	443,6	9,4	434,3	7,5	14,7	2,0	17,5	1,4		
Mai	1 008,7	432,0	554,7	113,3	441,3	9,6	431,7	7,4	14,6	2,0	17,5	0,9		
Juni	996,5	427,9	546,4	108,1	438,3	9,5	428,9	7,5	14,7	1,8	17,2	0,8		
Juli	1 000,1	434,5	543,7	108,7	435,0	9,3	425,6	7,5	14,5	1,8	17,2	1,0		
Aug.	1 004,8	438,0	544,5	111,5	433,0	9,5	423,5	7,5	14,8	1,8	17,1	1,3		
Sept.	1 011,6	449,5	538,4	105,8	432,6	9,3	423,3	7,5	16,2	1,8	17,1	1,2		
Okt.	1 014,9	458,3	532,8	104,2	428,6	9,5	419,1	7,6	16,2	1,8	17,1	1,1		
Nov.	1 008,1	456,6	529,2	100,9	428,2	10,6	417,7	7,4	14,9	1,8	16,7	1,2		
Dez.	1 007,9	457,1	529,1	104,1	425,0	10,4	414,6	6,9	14,9	1,8	16,4	1,2		
2015 Jan.	1 013,7	467,2	524,8	102,7	422,1	10,3	411,9	6,8	14,8	1,8	16,2	1,1		
Febr.	1 008,7	464,6	522,4	102,3	420,2	10,3	409,9	6,8	14,7	1,8	16,2	1,2		
März	1 008,0	465,9	520,4	102,7	417,7	10,4	407,2	7,0	14,7	1,8	16,0	1,2		
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	- 12,0	+ 30,3	- 42,3	- 16,4	- 25,9	+ 1,9	- 27,8	+ 0,8	- 0,8	- 0,1	- 1,0	+ 2,0		
2014	- 1,4	+ 28,8	- 29,5	- 1,0	- 28,5	+ 0,4	- 28,9	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,8	+ 0,5		
2014 April	+ 4,2	+ 4,4	+ 0,2	+ 2,4	- 2,2	- 0,2	- 2,0	+ 0,0	- 0,4	- 0,0	- 0,0	+ 0,2		
Mai	+ 0,3	+ 1,5	- 1,1	+ 1,2	- 2,3	+ 0,3	- 2,6	- 0,0	- 0,1	- 0,0	+ 0,0	- 0,5		
Juni	- 12,5	- 4,0	- 8,6	- 5,4	- 3,2	- 0,1	- 3,0	+ 0,0	+ 0,1	- 0,1	- 0,3	- 0,1		
Juli	+ 3,6	+ 6,5	- 2,8	+ 0,6	- 3,4	- 0,1	- 3,3	- 0,0	- 0,2	- 0,0	- 0,1	+ 0,2		
Aug.	+ 4,7	+ 3,5	+ 0,9	+ 2,8	- 1,9	+ 0,1	- 2,1	+ 0,0	+ 0,3	- 0,0	- 0,1	+ 0,3		
Sept.	+ 6,8	+ 11,5	- 6,1	- 5,7	- 0,4	- 0,2	- 0,2	+ 0,0	+ 1,4	- 0,0	- 0,0	- 0,1		
Okt.	+ 3,3	+ 8,9	- 5,6	- 1,6	- 4,0	+ 0,2	- 4,1	+ 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1	- 0,1		
Nov.	- 6,8	- 1,7	- 3,7	- 3,3	- 0,3	+ 1,1	- 1,4	- 0,1	- 1,3	+ 0,0	- 0,4	+ 0,1		
Dez.	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0	+ 3,9	- 2,8	- 0,1	- 2,8	- 0,6	+ 0,0	+ 0,0	- 0,3	- 0,0		
2015 Jan.	+ 5,7	+ 10,1	- 4,3	- 1,5	- 2,9	- 0,2	- 2,7	- 0,0	- 0,0	- 0,1	- 0,2	- 0,1		
Febr.	- 5,2	- 2,7	- 2,4	- 0,4	- 2,0	+ 0,0	- 2,0	+ 0,0	- 0,1	- 0,0	- 0,0	+ 0,1		
März	- 0,7	+ 1,6	- 2,4	+ 0,1	- 2,5	+ 0,1	- 2,6	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	+ 0,0		

lichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. 2. Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. 3. Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. 2. 4. Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

#### IV. Banken

### 8. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen Privatpersonen und Organisationen ohne Erwerbszweck \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite von inländischen Privatpersonen und Organisationen insgesamt	Sichteinlagen					Termineinlagen 1) 2)					
		insgesamt	nach Gläubigergruppen				insgesamt	nach Gläubigergruppen				
			inländische Privatpersonen					inländische Privatpersonen				
			zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen		zusammen	Selbstständige	wirtschaftlich Unselbstständige	sonstige Privatpersonen	
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>												
2012	1 798,7	841,5	816,5	147,1	548,6	120,8	25,0	273,3	256,6	18,8	219,3	18,6
2013	1 854,4	932,5	906,3	161,3	613,0	132,0	26,2	262,8	247,2	16,5	215,1	15,6
2014	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8
2014 Okt.	1 904,0	991,5	958,8	172,9	652,7	133,2	32,8	266,9	251,1	17,0	219,5	14,7
Nov.	1 925,8	1 014,8	983,0	174,0	673,1	135,9	31,8	266,9	251,1	16,8	219,5	14,8
Dez.	1 923,6	1 008,3	980,1	173,3	673,0	133,8	28,2	269,3	254,7	27,8	185,0	41,8
2015 Jan.	1 930,4	1 020,0	990,3	176,0	678,7	135,6	29,7	267,1	252,9	26,4	184,6	41,9
Febr.	1 942,3	1 032,5	1 002,7	176,8	689,2	136,7	29,8	267,9	253,2	26,6	184,7	41,9
März	1 936,4	1 030,0	999,4	172,2	690,1	137,0	30,6	267,8	253,4	27,0	184,5	41,9
<b>Veränderungen *)</b>												
2013	+ 56,0	+ 91,0	+ 89,7	+ 14,2	+ 62,1	+ 13,5	+ 1,3	- 10,1	- 9,4	- 2,4	- 4,5	- 2,6
2014	+ 72,3	+ 77,2	+ 74,0	+ 11,7	+ 57,1	+ 5,3	+ 3,2	+ 8,1	+ 7,6	+ 1,9	+ 6,4	- 0,6
2014 Okt.	+ 12,1	+ 14,0	+ 12,3	+ 5,9	+ 5,4	+ 1,0	+ 1,6	- 0,5	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,0
Nov.	+ 21,8	+ 23,2	+ 24,2	+ 1,0	+ 20,4	+ 2,8	- 1,0	+ 0,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,1
Dez.	+ 0,7	- 5,1	- 2,8	- 1,1	- 1,7	- 0,1	- 2,3	+ 4,0	+ 3,6	+ 1,6	+ 2,2	- 0,2
2015 Jan.	+ 6,9	+ 11,7	+ 10,2	+ 2,6	+ 5,7	+ 1,9	+ 1,5	- 2,3	- 1,8	- 1,4	- 0,5	+ 0,1
Febr.	+ 11,8	+ 12,5	+ 12,4	+ 0,8	+ 10,5	+ 1,1	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1
März	- 5,8	- 2,5	- 3,3	- 4,6	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,8	- 0,1	+ 0,1	+ 0,5	- 0,3	- 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. nachrangiger Ver-

### 9. Einlagen und aufgenommene Kredite der Banken (MFIs) in Deutschland von inländischen öffentlichen Haushalten nach Gläubigergruppen \*)

Mrd €

Zeit	Einlagen und aufgenommene Kredite												
	inländische öffentliche Haushalte insgesamt	Bund und seine Sondervermögen 1)						Länder					
		zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spar-einlagen und Spar-briefe 2)	Nach-richtlich: Treuhand-kredite
				bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													
2012	186,2	25,9	3,7	6,0	16,2	0,1	16,4	47,2	9,1	13,7	24,2	0,2	15,9
2013	183,0	16,0	2,9	7,7	5,3	0,1	15,7	43,6	10,2	10,1	23,0	0,2	14,6
2014	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2014 Okt.	178,4	11,2	2,6	3,6	4,9	0,1	14,8	48,7	11,2	14,8	22,5	0,2	14,1
Nov.	182,6	10,6	2,3	3,3	5,0	0,1	14,8	44,0	10,8	10,3	22,7	0,2	14,1
Dez.	186,7	10,5	2,6	2,4	5,5	0,1	14,6	40,2	13,4	10,4	15,8	0,7	14,1
2015 Jan.	184,5	12,7	4,1	3,0	5,5	0,1	14,6	42,4	13,0	12,9	15,8	0,7	14,0
Febr.	186,8	8,9	2,7	2,7	3,5	0,1	14,6	46,7	12,7	17,0	16,3	0,7	14,0
März	187,3	9,2	2,9	2,8	3,4	0,1	14,6	49,9	14,3	18,6	16,3	0,7	13,9
<b>Veränderungen *)</b>													
2013	- 3,8	- 9,8	- 0,8	+ 1,8	- 10,8	- 0,0	- 0,7	- 4,2	+ 0,8	- 3,8	- 1,1	+ 0,0	- 0,9
2014	- 1,2	- 3,3	- 0,3	- 2,9	- 0,1	+ 0,0	- 1,0	- 3,7	+ 2,8	+ 0,4	- 7,2	+ 0,4	- 0,5
2014 Okt.	- 10,7	- 0,3	- 0,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,0	- 0,1	- 5,7	- 0,5	- 5,2	- 0,0	+ 0,0	- 0,0
Nov.	+ 4,1	- 0,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	- 4,7	- 0,4	- 4,5	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0
Dez.	- 0,3	+ 1,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,3	- 0,0	- 0,2	- 4,1	+ 2,3	+ 0,0	- 6,8	+ 0,4	- 0,0
2015 Jan.	- 2,2	+ 1,2	+ 1,5	- 0,4	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,0	+ 2,2	- 0,4	+ 2,6	- 0,1	- 0,0	- 0,1
Febr.	+ 2,4	- 3,8	- 1,4	- 0,4	- 2,0	- 0,0	- 0,0	+ 4,5	- 0,3	+ 4,1	+ 0,7	+ 0,0	- 0,0
März	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,0	- 0,0	+ 3,2	+ 1,6	+ 1,6	- 0,0	+ 0,0	- 0,1

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm. \*; ohne Einlagen und aufgenommene Kredite der Treuhandanstalt und ihrer Nachfolgeorganisationen sowie von Bundesbahn, Reichsbahn und Bundespost bzw. ab 1995 Deutsche Bahn AG, Deutsche Post AG und Deutsche Telekom

AG sowie Eigen- und Regiebetriebe der öffentlichen Haushalte, die unter Unternehmen erfasst sind. Statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten.

IV. Banken

					Spareinlagen <sup>3)</sup>			Nachrichtlich:				
nach Befristung					insgesamt	inländische Privatpersonen	inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	Sparbriefe <sup>4)</sup>	Treuhandkredite	Nachrangige Verbindlichkeiten (ohne börsenfähige Schuldverschreibungen) <sup>5)</sup>	Verbindlichkeiten aus Repos	Zeit
inländische Organisationen ohne Erwerbszweck	bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr <sup>2)</sup>		darunter:								
		zusammen	bis 2 Jahre einschl.									
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
16,7	82,3	190,9	17,1	173,8	608,0	597,8	10,2	76,0	0,0	7,6	–	2012
15,6	68,1	194,7	14,0	180,7	599,3	589,6	9,7	59,8	0,0	7,0	–	2013
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	2014
15,7	67,4	199,5	12,8	186,6	595,0	585,6	9,5	50,5	0,0	5,4	–	2014 Okt.
15,8	67,4	199,5	12,3	187,2	594,4	585,1	9,3	49,7	0,0	5,3	–	Nov.
14,6	68,4	200,9	11,4	189,5	597,2	587,7	9,4	48,8	0,0	5,0	–	Dez.
14,2	66,4	200,7	11,0	189,7	596,0	586,5	9,5	47,4	0,0	4,8	–	2015 Jan.
14,6	66,7	201,2	11,1	190,1	595,5	586,0	9,5	46,5	0,0	4,7	–	Febr.
14,4	66,4	201,4	11,3	190,1	593,1	583,6	9,5	45,5	0,0	4,6	–	März
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
– 0,7	– 14,0	+ 3,9	– 3,0	+ 6,8	– 8,7	– 8,3	– 0,4	– 16,2	– 0,0	– 0,6	–	2013
+ 0,5	+ 1,0	+ 7,1	– 2,0	+ 9,0	– 2,1	– 1,9	– 0,3	– 10,9	+ 0,0	– 1,9	–	2014
– 0,3	– 0,5	– 0,0	– 0,3	+ 0,3	– 0,5	– 0,6	+ 0,0	– 0,8	–	– 0,2	–	2014 Okt.
+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1	– 0,5	+ 0,6	– 0,6	– 0,4	– 0,2	– 0,8	– 0,0	– 0,2	–	Nov.
+ 0,4	+ 1,6	+ 2,4	– 0,3	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,6	+ 0,2	– 0,9	– 0,0	– 0,2	–	Dez.
– 0,4	– 2,0	– 0,2	– 0,5	+ 0,2	– 1,2	– 1,2	+ 0,0	– 1,4	+ 0,0	– 0,2	–	2015 Jan.
+ 0,4	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,4	– 0,5	– 0,5	+ 0,0	– 1,0	–	– 0,1	–	Febr.
– 0,2	– 0,3	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,0	– 2,3	– 2,4	+ 0,1	– 1,0	+ 0,0	– 0,1	–	März

bindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus Namensschuldverschreibungen. **2** Einschl. Bauspareinlagen; siehe dazu Tab. IV.12. **3** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch

Anm. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **5** In den Termineinlagen enthalten.

Gemeinden und Gemeindeverbände (einschl. kommunaler Zweckverbände)						Sozialversicherung						
zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen <sup>3)</sup>		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2) 4)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	zusammen	Sichteinlagen	Termineinlagen		Spareinlagen und Sparbriefe <sup>2)</sup>	Nachrichtlich: Treuhandkredite	Zeit
		bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr					bis 1 Jahr einschl.	über 1 Jahr			
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende <sup>*)</sup></b>												
43,8	23,0	11,3	5,9	3,6	0,4	69,3	15,0	42,0	11,4	0,8	0,0	2012
44,9	23,5	10,7	6,6	4,1	0,4	78,7	11,6	52,7	13,5	0,9	0,0	2013
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	2014
41,9	19,7	11,2	6,7	4,3	0,4	76,7	11,1	51,0	13,7	0,8	0,0	2014 Okt.
44,2	21,8	11,4	6,7	4,3	0,4	83,8	11,7	57,2	14,1	0,8	–	Nov.
48,0	25,3	11,2	7,0	4,5	0,4	88,0	11,1	60,6	15,4	0,9	–	Dez.
41,6	20,1	10,1	6,9	4,6	0,4	87,8	13,4	58,0	15,5	0,9	–	2015 Jan.
44,6	22,6	10,1	7,1	4,7	0,4	86,5	14,3	55,5	15,8	0,9	–	Febr.
44,1	21,9	10,0	7,3	4,8	0,4	84,1	13,8	53,5	15,9	0,9	–	März
<b>Veränderungen <sup>*)</sup></b>												
+ 1,1	+ 0,5	– 0,6	+ 0,7	+ 0,5	– 0,0	+ 9,1	– 3,4	+ 10,1	+ 2,3	+ 0,1	– 0,0	2013
+ 2,9	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	– 0,0	+ 2,9	– 2,4	+ 4,6	+ 0,6	– 0,0	– 0,0	2014
– 1,6	– 1,0	– 0,7	+ 0,1	+ 0,0	–	– 3,1	– 1,5	– 1,6	– 0,0	+ 0,1	–	2014 Okt.
+ 2,4	+ 2,1	+ 0,3	– 0,0	– 0,0	–	+ 7,0	+ 0,5	+ 6,2	+ 0,3	+ 0,0	– 0,0	Nov.
+ 3,5	+ 3,5	– 0,4	+ 0,2	+ 0,2	–	– 0,9	– 1,9	+ 0,9	+ 0,0	+ 0,0	–	Dez.
– 6,4	– 5,3	– 1,1	– 0,1	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,9	+ 2,4	– 1,5	+ 0,0	+ 0,1	–	2015 Jan.
+ 3,0	+ 2,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2	–	– 1,3	+ 1,0	– 2,4	+ 0,2	+ 0,0	–	Febr.
– 0,6	– 0,7	– 0,1	+ 0,1	+ 0,1	– 0,0	– 2,4	– 0,5	– 2,0	+ 0,1	+ 0,0	–	März

Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. **1** Bundeseisenbahnvermögen, Entschädigungsfonds, Erblastentilgungsfonds, ERP-Sondervermögen, Fonds „Deutsche

Einheit“, Lastenausgleichsfonds. **2** Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen. **3** Einschl. Bauspareinlagen. **4** Ohne Bauspareinlagen; siehe auch Anm. 3.

#### IV. Banken

##### 10. Spareinlagen und an Nichtbanken (Nicht-MFIs) abgegebene Sparbriefe der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €														
Spareinlagen 1)										Sparbriefe 3), abgegeben an				
Zeit	von Inländern						von Ausländern			Nachrichtlich: Zinsgutschriften auf Spareinlagen	Nichtbanken insgesamt	inländische Nichtbanken		ausländische Nichtbanken
	insgesamt	zusammen	mit dreimonatiger Kündigungsfrist		mit Kündigungsfrist von über 3 Monaten		zusammen	darunter mit dreimonatiger Kündigungsfrist	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren			zusammen	darunter mit Laufzeit von über 2 Jahren	
			zusammen	darunter Sonderformen 2)	zusammen	darunter Sonderformen 2)								
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2012	628,2	617,6	528,4	418,1	89,2	77,7	10,6	8,1	9,8	110,5	93,6	68,6	16,9	
2013	620,0	610,1	532,4	413,5	77,8	65,2	9,9	7,9	7,5	92,2	76,6	59,3	15,6	
2014	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	6,1	79,8	66,0	51,4	13,8	
2014 Nov.	614,6	605,3	527,7	399,6	77,7	64,5	9,2	7,4	0,3	80,2	66,5	51,8	13,7	
2014 Dez.	617,0	607,8	531,3	401,4	76,4	63,3	9,2	7,4	3,4	79,8	66,0	51,4	13,8	
2015 Jan.	615,9	606,6	529,2	397,3	77,5	64,3	9,3	7,4	0,3	77,9	64,7	50,6	13,2	
2015 Febr.	615,4	606,1	530,0	396,6	76,1	62,8	9,3	7,5	0,2	76,0	63,8	50,1	12,2	
2015 März	613,2	603,9	529,1	394,2	74,8	61,4	9,3	7,4	0,2	73,7	63,0	49,7	10,7	
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	- 8,0	- 7,4	+ 4,0	- 4,4	- 11,3	- 12,4	- 0,7	- 0,2	.	- 18,4	- 17,0	- 9,3	- 1,4	
2014	- 3,0	- 2,4	+ 2,4	- 13,0	+ 0,0	- 1,0	- 0,6	- 0,5	.	- 12,3	- 10,6	- 7,8	- 1,8	
2014 Nov.	- 0,8	- 0,7	- 0,4	- 1,0	- 0,4	- 0,5	- 0,0	- 0,0	.	- 2,1	- 2,1	- 2,1	- 0,0	
2014 Dez.	+ 2,4	+ 2,4	+ 2,2	+ 0,8	+ 0,2	- 0,2	- 0,0	+ 0,0	.	- 0,4	- 0,5	- 0,5	+ 0,1	
2015 Jan.	- 1,1	- 1,1	+ 1,1	- 3,1	- 0,0	- 0,1	+ 0,0	+ 0,0	.	- 1,9	- 1,3	- 0,8	- 0,6	
2015 Febr.	- 0,5	- 0,5	+ 0,8	- 0,7	- 1,3	- 1,5	+ 0,0	+ 0,0	.	- 1,9	- 0,9	- 0,5	- 1,0	
2015 März	- 2,2	- 2,2	- 0,9	- 2,4	- 1,3	- 1,4	- 0,0	- 0,0	.	- 2,3	- 0,8	- 0,5	- 1,4	

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Ohne Bauspareinlagen, die

den Termineinlagen zugeordnet werden. 2 Spareinlagen mit einer über die Mindest-/Grundverzinsung hinausgehenden Verzinsung. 3 Einschl. Verbindlichkeiten aus nicht börsenfähigen Inhaberschuldverschreibungen.

##### 11. Begebene Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere der Banken (MFIs) in Deutschland \*)

Mrd €														
Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere										Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen und Geldmarktpapiere 6)		Nachrangig begebene		
Zeit	insgesamt	darunter:								insgesamt	darunter: mit Laufzeit über 2 Jahre	börsenfähige Schuldverschreibungen	nicht börsenfähige Schuldverschreibungen	
		variabel verzinsliche Anleihen 1)	Null-Kupon-Anleihen 1) 2)	Fremdwährungsanleihen 3) 4)	Certificates of Deposit	mit Laufzeit								
						zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)	zusammen	darunter ohne Nominalbetragsgarantie 5)					über 2 Jahre
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>														
2012	1 265,1	346,8	31,6	362,3	58,9	76,4	3,0	51,3	4,4	1 137,4	0,3	0,3	38,6	1,1
2013	1 142,7	315,9	26,3	321,2	54,8	69,0	2,5	34,7	4,4	1 039,0	0,6	0,2	37,0	1,1
2014	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2014 Nov.	1 123,8	290,1	25,9	355,2	73,3	86,5	2,3	27,1	5,2	1 010,2	1,1	0,2	33,2	1,1
2014 Dez.	1 114,2	286,4	26,3	354,0	69,2	83,6	1,8	26,3	5,0	1 004,3	1,0	0,2	33,7	1,2
2015 Jan.	1 147,9	286,0	26,4	381,2	80,6	95,0	1,9	27,5	5,2	1 025,4	0,8	0,2	34,2	1,2
2015 Febr.	1 159,2	279,2	28,4	394,9	91,9	107,7	1,9	27,3	5,4	1 024,2	0,8	0,2	35,4	1,2
2015 März	1 168,8	268,5	28,7	403,2	95,7	113,0	2,1	29,6	5,2	1 026,1	0,9	0,2	35,7	1,2
<b>Veränderungen *)</b>														
2013	- 122,4	- 30,9	- 5,3	- 41,2	- 4,1	- 7,4	- 0,4	- 16,6	+ 0,1	- 98,4	+ 0,3	- 0,0	- 1,6	- 0,0
2014	- 28,7	- 29,5	+ 0,0	+ 32,7	+ 14,4	+ 14,6	- 0,7	- 8,4	+ 0,6	- 35,0	+ 0,4	- 0,0	+ 0,2	+ 0,2
2014 Nov.	- 5,2	- 2,7	- 2,1	- 3,4	- 4,1	- 5,6	- 0,2	- 1,8	+ 0,0	+ 2,2	+ 0,0	+ 0,0	+ 0,2	- 0,0
2014 Dez.	- 9,7	- 3,7	+ 0,4	- 1,2	- 4,1	- 3,0	- 0,5	- 0,8	- 0,2	- 5,9	- 0,1	- 0,0	+ 0,6	+ 0,1
2015 Jan.	+ 33,7	- 0,4	+ 0,1	+ 27,2	+ 11,4	+ 11,5	+ 0,1	+ 1,1	+ 0,2	+ 21,1	- 0,2	+ 0,0	+ 0,4	-
2015 Febr.	+ 11,3	- 6,8	+ 2,0	+ 13,7	+ 11,4	+ 12,7	- 0,0	- 0,2	+ 0,1	- 1,2	- 0,1	+ 0,0	+ 1,3	-
2015 März	+ 9,6	- 10,7	+ 0,2	+ 8,4	+ 3,7	+ 5,3	+ 0,2	+ 2,3	- 0,1	+ 1,9	+ 0,2	+ 0,0	+ 0,2	-

\* Siehe Tab. IV. 2, Anm.\*; statistische Brüche sind in den Veränderungen ausgeschaltet. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten. Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. auf Fremdwährung lautender Anleihen. 2 Emissionswert bei Auflegung. 3 Einschl. auf Fremdwährung

lautender variabel verzinslicher Anleihen und Null-Kupon-Anleihen. 4 Anleihen auf Nicht-Eurowährungen. 5 Börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen bzw. Geldmarktpapiere mit einer Nominalbetragsgarantie von unter 100 Prozent. 6 Nicht börsenfähige Inhaberschuldverschreibungen werden den Sparbriefen zugeordnet siehe auch Tab. IV. 10, Anm. 2.

IV. Banken

12. Bausparkassen (MFIs) in Deutschland \*)  
 Zwischenbilanzen

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Monats-ende	Anzahl der Institute	Bilanzsumme 13)	Kredite an Banken (MFIs)			Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)				Einlagen und aufgenommene Kredite von Banken (MFIs) 5)		Einlagen und aufgenommene Kredite von Nichtbanken (Nicht-MFIs)		Inhaberschuldverreibungen im Umlauf	Kapital (einschl. offener Rücklagen) 7)	Nachrichtlich: Im Jahr bzw. Monat neu abgeschlossene Verträge 8)
			Guthaben und Darlehen (ohne Baudarlehen) 1)	Baudarlehen 2)	Bank-schuldver-schrei-bungen 3)	Baudarlehen		Wert-papiere (einschl. Schatz-wechsel und U-Schät-ze) 4)	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder	Bauspar-einlagen	Sicht- und Termin-gelder 6)				
						Bauspar-darlehen	Vor- und Zwi-schen-finan-zie-rungs-kredite						sonstige Baudar-lehen			
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2013	22	205,2	43,6	0,0	16,9	21,0	82,5	17,0	17,6	1,6	21,1	149,0	5,7	4,0	9,0	105,4
2014	21	211,6	45,6	0,0	16,6	18,7	87,2	17,3	20,6	1,9	21,3	156,8	5,2	2,8	9,2	94,6
2015 Jan.	21	212,9	45,6	0,0	17,3	18,5	87,5	17,2	21,0	1,9	22,1	157,5	5,0	2,8	9,4	7,4
Febr.	21	213,1	45,3	0,0	17,7	18,2	87,7	17,3	21,1	1,9	21,7	157,9	5,0	2,8	9,4	7,2
März	21	213,2	45,3	0,0	17,9	17,9	88,5	17,3	21,1	2,0	21,6	158,2	4,8	2,7	9,5	8,0
<b>Private Bausparkassen</b>																
2015 Jan.	12	148,6	28,2	-	10,1	13,2	68,5	14,7	9,1	1,3	18,6	103,7	4,8	2,8	6,4	4,7
Febr.	12	148,7	28,2	-	10,4	13,0	68,7	14,7	9,1	1,3	18,5	104,1	4,7	2,8	6,4	4,6
März	12	148,5	28,1	-	10,3	12,8	69,3	14,7	9,0	1,3	18,1	104,3	4,7	2,7	6,4	5,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2015 Jan.	9	64,4	17,3	0,0	7,2	5,4	19,0	2,6	11,9	0,6	3,5	53,8	0,2	-	3,0	2,6
Febr.	9	64,4	17,2	0,0	7,3	5,2	19,1	2,6	12,0	0,7	3,2	53,8	0,3	-	3,0	2,6
März	9	64,6	17,2	0,0	7,5	5,1	19,2	2,6	12,1	0,7	3,5	53,9	0,2	-	3,0	3,0

Entwicklung des Bauspargeschäfts

Mrd €

Zeit	Umsätze im Sparverkehr			Kapitalzusagen		Kapitalauszahlungen					Noch bestehende Auszahlungsverpflichtungen am Ende des Zeitraumes		Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen 10)		Nachrichtlich: Eingegangene Wohnungsbauprämien 12)	
	eingezahlte Bausparbeiträge 9)	Zinsgutschriften auf Bauspäreinlagen	Rückzahlungen von Bauspäreinlagen aus nicht zuge- teilten Ver- trägen	ins- gesamt	darunter Netto-Zutei- lungen 11)	Zuteilungen		neu ge- währte Vor- und Zwi- schen- finan- zierungs- kredite und sonstige Bau- darlehen	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	dar- unter aus Zutei- lungen	ins- gesamt	darunter Til- gungen im Quartal			
						Bauspäreinlagen	Bauspardarlehen 9)									
<b>Alle Bausparkassen</b>																
2013	29,7	2,6	6,7	47,9	30,3	41,3	18,0	4,3	6,5	3,7	16,8	13,9	8,0	11,6	9,4	0,4
2014	29,5	2,5	6,5	45,7	27,9	39,9	16,7	4,2	6,1	3,6	17,1	14,5	8,0	10,1	8,4	0,4
2015 Jan.	2,6	0,0	0,5	3,8	2,4	3,2	1,4	0,3	0,4	0,3	1,4	14,7	8,1	0,8		0,0
Febr.	2,4	0,0	0,6	3,9	2,4	3,1	1,4	0,3	0,4	0,3	1,3	15,0	8,3	0,8		0,0
März	2,6	0,0	0,7	4,5	2,6	3,7	1,6	0,3	0,4	0,3	1,7	15,3	8,4	0,9	...	0,1
<b>Private Bausparkassen</b>																
2015 Jan.	1,6	0,0	0,3	2,7	1,7	2,4	1,0	0,3	0,3	0,2	1,1	10,3	4,9	0,6		0,0
Febr.	1,6	0,0	0,3	2,6	1,4	2,3	1,0	0,3	0,3	0,2	1,0	10,4	4,8	0,6		0,0
März	1,7	0,0	0,3	3,2	1,7	2,8	1,2	0,3	0,3	0,2	1,3	10,6	4,8	0,6	...	0,0
<b>Öffentliche Bausparkassen</b>																
2015 Jan.	1,0	0,0	0,2	1,0	0,7	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,3	3,3	0,2		0,0
Febr.	0,9	0,0	0,4	1,3	0,9	0,8	0,4	0,1	0,1	0,1	0,3	4,6	3,4	0,2		0,0
März	0,9	0,0	0,4	1,3	0,9	0,9	0,4	0,1	0,1	0,1	0,4	4,7	3,6	0,3	...	0,0

\* Ohne Aktiva und Passiva bzw. Geschäfte der Auslandsfilialen. Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Einschl. Forderungen an Bausparkassen, Forderungen aus Namensschuldverschreibungen und Guthaben bei Zentralnotenbanken. 2 Bauspardarlehen sowie Vor- und Zwischenfinanzierungskredite. 3 Einschl. Geldmarktpapiere sowie geringer Beträge anderer Wertpapiere von Banken. 4 Einschl. Ausgleichsforderungen. 5 Einschl. Verbindlichkeiten gegenüber Bausparkassen. 6 Einschl. geringer Beträge von Spareinlagen. 7 Einschl. Genussrechtskapital und Fonds für allgemeine

Bankrisiken. 8 Bausparsumme; nur Neuabschlüsse, bei denen die Abschlussgebühr voll eingezahlt ist. Vertragserhöhungen gelten als Neuabschlüsse. 9 Auszahlungen von Bauspäreinlagen aus zugeordneten Verträgen s. unter Kapitalauszahlungen. 10 Einschl. gutgeschriebener Wohnungsbauprämien. 11 Nur die von den Berechtigten angenommenen Zuteilungen; einschl. Zuteilungen zur Ablösung von Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten. 12 Soweit den Konten der Bausparer oder Darlehensnehmer bereits gutgeschrieben, auch in „Eingezahlte Bausparbeiträge“ und „Zins- und Tilgungseingänge auf Bauspardarlehen“ enthalten. 13 Siehe Tabelle IV. 2, Fußnote 1.

IV. Banken

13. Aktiva und Passiva der Auslandsfilialen und Auslandstöchter deutscher Banken (MFIs) \*)

Mrd €

Zeit	Anzahl der		Kredite an Banken (MFIs)						Kredite an Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Sonstige Aktivpositionen *)		
	deutschen Banken (MFIs) mit Auslandsfilialen bzw. -töchtern	Auslandsfilialen 1) bzw. Auslands-töchter	Bilanzsumme 7)	Guthaben und Buchkredite				Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2) 3)	Buchkredite			Geldmarktpapiere, Wertpapiere 2)	insgesamt	darunter: Derivative Finanzinstrumente des Handelsbestands		
				insgesamt	zusammen	deutsche Banken	ausländische Banken		insgesamt	zusammen	an deutsche Nichtbanken				an ausländische Nichtbanken	
<b>Auslandsfilialen</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	55	210	2 042,7	552,1	537,9	179,5	358,4	14,2	550,2	427,1	16,9	410,2	123,1	940,4	671,8	
2013	56	209	1 726,4	435,6	421,9	141,6	280,3	13,7	519,6	411,3	11,0	400,3	108,3	771,1	485,6	
2014	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2014 Mai	56	207	1 766,9	478,5	465,8	154,9	310,9	12,7	570,9	454,3	9,3	445,0	116,6	717,6	443,0	
Juni	56	206	1 741,9	483,2	469,0	148,3	320,7	14,3	584,6	469,5	9,0	460,5	115,1	674,1	430,4	
Juli	56	206	1 828,9	511,1	496,3	137,7	358,6	14,8	603,0	484,9	13,0	471,9	118,1	714,8	428,6	
Aug.	56	206	1 876,9	539,9	525,2	170,6	354,5	14,7	564,0	454,2	14,1	440,1	109,8	773,0	468,6	
Sept.	56	206	1 826,4	503,6	488,5	154,1	334,4	15,2	615,9	500,5	13,7	486,8	115,4	706,9	487,0	
Okt.	56	205	1 910,0	525,1	509,5	154,7	354,9	15,6	609,9	494,0	13,5	480,5	115,9	775,0	509,7	
Nov.	56	205	1 982,6	540,6	525,7	173,6	352,1	14,9	616,5	499,1	14,0	485,1	117,3	825,5	549,8	
Dez.	56	205	1 926,2	548,8	532,2	201,2	331,0	16,5	593,5	473,1	14,0	459,1	120,5	783,8	551,9	
2015 Jan.	54	202	2 269,7	609,8	593,0	222,4	370,7	16,8	656,5	532,1	14,6	517,5	124,4	1 003,3	714,1	
Febr.	53	202	2 152,9	589,9	573,2	208,7	364,5	16,7	666,9	539,4	14,7	524,7	127,5	896,1	626,0	
<b>Veränderungen *)</b>																
2013	+ 1	- 1	- 279,1	- 98,0	- 97,7	- 37,9	- 59,8	- 0,3	- 13,7	- 2,1	- 5,9	+ 3,8	- 11,7	- 167,4	- 186,2	
2014	-	- 4	+ 119,6	+ 74,4	+ 72,2	+ 59,6	+ 12,6	+ 2,2	+ 38,0	+ 31,4	+ 3,0	+ 28,4	+ 6,6	+ 7,5	+ 66,4	
2014 Juni	-	- 1	- 24,4	+ 5,5	+ 3,9	- 6,6	+ 10,5	+ 1,6	+ 13,5	+ 15,0	- 0,3	+ 15,3	- 1,5	- 43,4	- 12,6	
Juli	-	-	+ 74,4	+ 21,9	+ 21,5	- 10,6	+ 32,0	+ 0,4	+ 12,5	+ 10,3	+ 4,0	+ 6,4	+ 2,1	+ 40,1	- 1,8	
Aug.	-	-	+ 38,9	+ 23,9	+ 24,0	+ 32,9	- 8,9	- 0,1	- 42,7	- 33,7	+ 1,1	- 34,8	- 8,9	+ 57,6	+ 40,0	
Sept.	-	-	- 80,5	- 51,9	- 52,1	- 16,5	- 35,5	+ 0,2	+ 39,6	+ 35,9	- 0,4	+ 36,2	+ 3,7	- 68,2	+ 18,4	
Okt.	-	- 1	+ 82,2	+ 20,6	+ 20,1	+ 0,6	+ 19,6	+ 0,4	- 6,3	- 6,7	- 0,2	- 6,6	+ 0,4	+ 67,9	+ 22,7	
Nov.	-	-	+ 73,4	+ 15,4	+ 16,0	+ 19,0	- 3,0	- 0,6	+ 7,6	+ 5,9	+ 0,5	+ 5,4	+ 1,7	+ 50,5	+ 40,1	
Dez.	-	-	- 75,7	- 0,6	- 2,0	+ 27,6	- 29,6	+ 1,4	- 32,1	- 33,9	- 0,1	- 33,8	+ 1,8	- 42,8	+ 2,2	
2015 Jan.	- 2	- 3	+ 294,7	+ 38,7	+ 39,0	+ 21,1	+ 17,9	- 0,4	+ 39,0	+ 38,9	+ 0,7	+ 38,2	+ 0,1	+ 217,1	+ 162,1	
Febr.	- 1	-	- 122,8	- 21,9	- 21,7	- 13,6	- 8,0	- 0,2	+ 6,5	+ 4,0	+ 0,0	+ 3,9	+ 2,5	- 107,4	- 88,0	
<b>Auslandstöchter</b>															<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>	
2012	35	83	458,7	199,5	166,3	94,5	71,8	33,2	204,7	162,1	30,6	131,5	42,5	54,6	-	
2013	33	75	425,2	187,9	158,7	91,4	67,3	29,2	185,4	148,3	26,1	122,3	37,1	52,0	-	
2014	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2014 Mai	32	72	404,9	166,4	141,9	77,5	64,4	24,5	177,2	140,9	24,7	116,1	36,3	61,3	-	
Juni	32	71	410,4	169,0	145,5	84,8	60,7	23,5	181,7	145,9	24,7	121,2	35,8	59,7	-	
Juli	31	70	403,1	167,3	146,0	86,6	59,4	21,2	172,2	137,5	21,4	116,1	34,7	63,7	-	
Aug.	31	70	407,3	169,4	148,8	89,7	59,1	20,5	170,8	136,6	21,5	115,1	34,2	67,1	-	
Sept.	30	66	399,3	166,3	146,7	90,3	56,4	19,6	169,1	136,1	21,5	114,6	33,1	63,9	-	
Okt.	29	64	393,2	160,0	143,0	88,7	54,3	17,0	173,6	139,5	21,5	118,0	34,0	59,6	-	
Nov.	29	64	395,0	155,5	138,1	84,7	53,4	17,4	174,5	140,1	21,4	118,7	34,3	65,1	-	
Dez.	28	63	389,4	154,5	137,9	83,4	54,5	16,7	172,7	141,2	21,6	119,5	31,5	62,2	-	
2015 Jan.	28	63	410,8	164,8	147,7	86,7	61,0	17,1	181,3	148,0	22,5	125,5	33,4	64,7	-	
Febr.	28	63	405,8	161,7	146,7	85,2	61,5	15,0	183,5	150,7	22,4	128,3	32,8	60,6	-	
<b>Veränderungen *)</b>																
2013	- 2	- 8	- 28,7	- 9,0	- 5,7	- 3,1	- 2,7	- 3,3	- 17,2	- 11,5	- 4,6	- 7,0	- 5,7	- 2,5	-	
2014	- 5	- 12	- 46,7	- 39,9	- 26,3	- 8,0	- 18,2	- 13,6	- 17,0	- 11,4	- 4,4	- 7,0	- 5,6	+ 10,1	-	
2014 Juni	-	- 1	+ 5,7	+ 2,7	+ 3,7	+ 7,3	- 3,7	- 1,0	+ 4,5	+ 5,0	- 0,0	+ 5,0	- 0,5	- 1,5	-	
Juli	- 1	- 1	- 9,1	- 2,8	- 0,4	+ 1,8	- 2,2	- 2,4	- 10,2	- 9,1	- 3,3	- 5,8	- 1,1	+ 3,9	-	
Aug.	-	-	+ 2,9	+ 1,4	+ 2,1	+ 3,1	+ 1,0	- 0,8	- 1,8	- 1,3	+ 0,1	- 1,4	- 0,5	+ 3,4	-	
Sept.	- 1	- 4	- 11,8	- 5,5	- 4,2	+ 0,6	- 4,8	- 1,3	- 3,0	- 1,9	+ 0,0	- 1,9	- 1,2	- 3,2	-	
Okt.	- 1	- 2	- 6,4	- 6,5	- 3,8	- 1,6	- 2,2	- 2,7	+ 4,3	+ 3,3	+ 0,0	+ 3,3	+ 1,0	- 4,3	-	
Nov.	-	-	+ 1,8	- 4,6	- 5,0	- 4,0	- 0,9	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,6	- 0,1	+ 0,7	+ 0,3	+ 5,4	-	
Dez.	- 1	- 1	- 8,2	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 0,1	- 1,0	- 2,9	- 0,1	+ 0,2	- 0,3	- 2,8	- 2,9	-	
2015 Jan.	-	-	+ 13,8	+ 6,5	+ 6,6	+ 3,3	+ 3,4	- 0,1	+ 4,9	+ 3,0	+ 0,8	+ 2,1	+ 1,9	+ 2,5	-	
Febr.	-	-	+ 5,6	+ 3,4	+ 3,4	+ 1,5	+ 0,3	- 2,1	+ 1,9	+ 2,5	+ 0,1	+ 2,5	+ 0,6	- 4,1	-	

\* „Ausland“ umfasst auch das Sitzland der Auslandsfilialen bzw. der Auslandstöchter. Statistisch bedingte Veränderungen sind bei den Veränderungen ausgeschaltet. (Brüche auf Grund von Veränderungen des Berichtskreises werden bei den Auslands-töchtern grundsätzlich nicht in den Veränderungswerten ausgeschaltet). Die

Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. 1 Mehrere Filialen in einem Sitzland

IV. Banken

Einlagen und aufgenommene Kredite												Sonstige Passivpositionen 6) 7)			
insgesamt	von Banken (MFIs)			von Nichtbanken (Nicht-MFIs)					Geldmarkt-papiere und Schuld-verschrei-bungen im Um-lauf 5)	Betriebs-kapital bzw. Eigen-kapital	ins-gesamt	darunter: Derivative Finanz-instrumente des Handels-bestands	Zeit		
	zu-sammen	deutsche Banken	aus-ländische Banken	ins-gesamt	deutsche Nichtbanken 4)			auslän-dische Nicht-banken							
					zu-sammen	kurz-fristig	mittel-und lang-fristig								
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													<b>Auslandsfilialen</b>		
1 054,8	727,7	371,2	356,5	327,1	34,7	26,9	7,8	292,4	127,0	39,9	821,1	670,8	2012		
890,9	596,4	327,0	269,4	294,5	24,2	19,1	5,1	270,3	125,4	41,2	668,9	484,1	2013		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	2014		
1 011,4	663,0	349,1	313,9	348,4	25,8	20,9	4,9	322,6	134,1	40,3	581,2	452,3	2014 Mai		
1 003,6	668,2	351,1	317,1	335,4	23,1	18,7	4,5	312,3	134,3	41,0	563,1	436,7	Juni		
1 103,3	732,0	371,2	360,8	371,4	22,8	18,3	4,5	348,6	133,6	41,6	550,4	434,8	Juli		
1 093,1	727,8	370,2	357,6	365,3	23,7	19,3	4,4	341,6	139,0	41,7	603,0	473,2	Aug.		
1 027,4	691,8	364,7	327,1	335,6	22,5	18,1	4,4	313,1	139,3	42,1	617,7	493,4	Sept.		
1 077,6	733,8	390,9	342,8	343,9	22,1	17,7	4,5	321,7	133,3	41,9	657,2	517,3	Okt.		
1 099,5	753,2	411,7	341,5	346,3	21,8	17,3	4,4	324,5	132,7	42,9	707,6	555,5	Nov.		
1 046,7	739,9	416,2	323,7	306,8	20,6	16,1	4,4	286,2	128,4	45,2	705,8	557,5	Dez.		
1 172,6	800,9	443,0	357,9	371,8	23,5	18,4	5,2	348,3	133,2	46,4	917,4	718,3	2015 Jan.		
1 161,1	786,5	436,9	349,6	374,6	24,1	18,9	5,2	350,5	139,4	47,8	804,6	625,6	Febr.		
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>		
- 142,1	- 118,2	- 44,3	- 74,0	- 23,9	- 10,4	- 7,7	- 2,7	- 13,4	- 1,5	+ 1,2	- 136,7	- 186,7	2013		
+ 101,5	+ 112,9	+ 89,2	+ 23,6	- 11,4	- 3,7	- 3,0	- 0,7	- 7,7	+ 3,0	+ 4,0	+ 11,1	+ 73,4	2014		
- 7,3	+ 5,6	+ 2,0	+ 3,6	- 12,9	- 2,7	- 2,2	- 0,5	- 10,2	+ 0,3	+ 0,7	- 18,1	- 15,6	2014 Juni		
+ 91,5	+ 59,2	+ 20,1	+ 39,0	+ 32,4	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 32,8	- 0,8	+ 0,7	- 17,0	- 1,9	Juli		
- 16,4	- 7,7	- 1,0	- 6,7	- 8,7	+ 0,9	+ 1,0	- 0,0	- 9,6	+ 5,5	+ 0,1	+ 49,7	+ 38,4	Aug.		
- 87,0	- 48,1	- 5,6	- 42,5	- 39,0	- 1,2	- 1,2	+ 0,0	- 37,8	+ 0,2	+ 0,5	+ 5,9	+ 20,2	Sept.		
+ 49,4	+ 41,4	+ 26,2	+ 15,1	+ 8,0	- 0,4	- 0,4	+ 0,0	+ 8,4	- 5,9	- 0,3	+ 39,0	+ 23,9	Okt.		
+ 22,2	+ 19,3	+ 20,8	+ 1,4	+ 2,9	- 0,4	- 0,3	- 0,0	+ 3,2	- 0,7	+ 1,0	+ 50,9	+ 38,2	Nov.		
- 65,6	- 20,5	+ 4,6	- 25,1	- 45,1	- 1,2	- 1,2	- 0,0	- 43,9	- 4,2	+ 2,4	- 8,2	+ 2,0	Dez.		
+ 94,4	+ 42,7	+ 26,7	+ 16,0	+ 51,7	+ 2,9	+ 2,2	+ 0,7	+ 48,8	+ 4,8	+ 1,2	+ 194,2	+ 160,7	2015 Jan.		
- 15,5	- 16,2	- 6,1	- 10,2	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,1	+ 0,2	+ 6,2	+ 1,4	- 114,8	- 92,7	Febr.		
<b>Stand am Jahres- bzw. Monatsende *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>		
356,8	207,7	120,4	87,2	149,2	22,0	17,8	4,2	127,1	24,9	32,1	44,9	-	2012		
334,2	201,1	113,4	87,7	133,0	18,5	16,4	2,0	114,6	21,3	30,0	39,8	-	2013		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	2014		
316,4	186,7	95,6	91,1	129,7	18,8	16,7	2,1	110,9	20,5	28,5	39,4	-	2014 Mai		
322,8	189,7	106,4	83,2	133,1	18,6	15,2	3,4	114,5	20,4	27,3	39,9	-	Juni		
315,1	184,0	97,8	86,3	131,1	20,4	15,4	5,0	110,7	20,4	26,8	40,9	-	Juli		
311,3	178,6	98,5	80,1	132,7	19,9	14,8	5,1	112,8	20,3	28,2	47,5	-	Aug.		
304,5	173,6	99,1	74,6	130,9	20,5	15,2	5,3	110,4	19,4	27,6	47,8	-	Sept.		
302,4	175,5	99,4	76,1	126,9	19,7	14,3	5,5	107,2	16,1	26,4	48,2	-	Okt.		
304,2	179,1	100,6	78,5	125,2	20,6	14,5	6,1	104,6	16,1	26,3	48,4	-	Nov.		
297,1	173,6	101,1	72,5	123,5	20,3	14,5	5,8	103,2	18,4	25,9	48,0	-	Dez.		
311,9	183,0	104,6	78,4	128,9	19,7	14,4	5,4	109,2	19,4	26,5	53,0	-	2015 Jan.		
310,6	183,8	105,1	78,7	126,8	18,1	12,9	5,3	108,7	17,8	26,7	50,8	-	Febr.		
<b>Veränderungen *)</b>													<b>Auslandstöchter</b>		
- 18,9	- 4,6	- 7,0	+ 2,4	- 14,3	- 3,6	- 1,4	- 2,2	- 10,7	- 3,6	- 2,1	- 4,1	-	2013		
- 45,5	- 32,4	- 12,3	- 20,1	- 13,1	+ 1,8	- 1,9	+ 3,8	- 14,9	- 3,0	- 4,0	+ 5,8	-	2014		
+ 6,5	+ 3,1	+ 10,8	- 7,7	+ 3,4	- 0,2	- 1,5	+ 1,3	+ 3,6	- 0,1	- 1,2	+ 0,5	-	2014 Juni		
- 9,1	- 6,5	- 8,7	+ 2,2	- 2,6	+ 1,8	+ 0,2	+ 1,6	- 4,4	- 0,0	- 0,6	+ 0,6	-	Juli		
- 4,8	- 6,0	+ 0,7	- 6,7	+ 1,2	- 0,5	- 0,6	+ 0,1	+ 1,7	- 0,1	+ 1,4	+ 6,4	-	Aug.		
- 9,7	- 6,7	+ 0,6	- 7,3	- 3,1	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,2	- 3,6	- 0,9	- 0,6	- 0,5	-	Sept.		
- 2,3	+ 1,7	+ 0,3	+ 1,4	- 4,0	- 0,7	- 0,9	+ 0,2	- 3,3	- 3,3	- 1,2	+ 0,4	-	Okt.		
+ 1,7	+ 3,5	+ 1,2	+ 2,3	- 1,8	+ 0,8	+ 0,2	+ 0,6	- 2,6	+ 0,0	- 0,1	+ 0,2	-	Nov.		
- 9,1	- 6,7	+ 0,5	- 7,2	- 2,4	- 0,3	+ 0,0	- 0,3	- 2,2	+ 2,3	- 0,3	- 1,0	-	Dez.		
+ 9,7	+ 6,6	+ 3,5	+ 3,1	+ 3,1	- 0,6	- 0,1	- 0,4	+ 3,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 2,5	-	2015 Jan.		
- 1,9	+ 0,5	+ 0,5	- 0,1	- 2,3	- 1,6	- 1,5	- 0,1	- 0,7	- 1,6	+ 0,2	- 2,3	-	Febr.		

zählen als eine Filiale. 2 Schatzwechsel, U-Schätze und sonstige Geldmarktpapiere, Anleihen und Schuldverschreibungen. 3 Einschl. eigener Schuldverschreibungen. 4 Ohne nachrangige Verbindlichkeiten und nicht börsenfähige Schuld-

verschreibungen. 5 Begebene börsenfähige und nicht börsenfähige Schuldverschreibungen und Geldmarktpapiere. 6 Einschl. nachrangiger Verbindlichkeiten. 7 Siehe Tabelle IV.2, Fußnote 1.

## V. Mindestreserven

### 1. Mindestreservebasis und -erfüllung in der Europäischen Währungsunion

Mrd €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	10 530,2	210,6	210,1	211,3	1,2	0,0
2010	10 559,5	211,2	210,7	212,4	1,7	0,0
2011	10 376,3	207,5	207,0	212,3	5,3	0,0
2012 8)	10 648,6	106,5	106,0	489,0	383,0	0,0
2013	10 385,9	103,9	103,4	248,1	144,8	0,0
2014 9)	10 677,3	106,8	106,3	236,3	130,1	0,0
2015 Jan.	10 800,3	108,0	107,5	225,3	117,8	0,0
Febr.	.	.	.	.	.	.
März	11 103,4	111,0	110,6	261,8	151,3	0,0
April 10)	11 079,8	110,8	110,3	...	...	...

### 2. Mindestreservebasis und -erfüllung in Deutschland

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Reservebasis 2)	Anteil Deutschlands an der Reservebasis des Eurosystems in %	Reserve-Soll vor Abzug des Freibetrages 3)	Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages 4)	Zentralbankguthaben der Kreditinstitute auf Girokonten 5)	Überschussreserven 6)	Summe aller Unterschreitungen des Reserve-Solls 7)
2009	2 507 906	23,8	50 158	49 971	50 297	326	0
2010	2 530 997	24,0	50 620	50 435	51 336	901	0
2011	2 666 422	25,7	53 328	53 145	54 460	1 315	1
2012 8)	2 874 716	27,0	28 747	28 567	158 174	129 607	1
2013	2 743 933	26,4	27 439	27 262	75 062	47 800	2
2014	2 876 931	26,9	28 769	28 595	75 339	46 744	4
2015 Jan.	2 921 579	27,1	29 216	29 041	74 678	45 637	1
Febr.	.	.	.	.	.	.	.
März	3 012 093	27,1	30 121	29 947	89 373	59 426	6
April 10)	3 017 869	27,2	30 179	30 004	...	...	...

### a) Reserve-Soll einzelner Bankengruppen

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Großbanken	Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	Zweigstellen ausländischer Banken	Landesbanken und Sparkassen	Genossenschaftliche Zentralbanken und Kreditgenossenschaften	Realkreditinstitute	Banken mit Sonderaufgaben und Bausparkassen
2009	11 165	7 885	1 461	18 040	9 400	652	1 368
2010	10 633	7 949	1 845	18 128	9 914	556	1 409
2011	10 459	8 992	3 078	18 253	10 230	601	1 531
2012 8)	5 388	4 696	2 477	9 626	5 262	248	871
2013	5 189	4 705	1 437	9 306	5 479	239	906
2014	5 593	4 966	1 507	9 626	5 753	216	934
2015 Jan.	5 907	4 940	1 519	9 741	5 819	212	905
Febr.	.	.	.	.	.	.	.
März	6 128	5 095	1 622	9 891	5 922	212	1 076
April 10)	6 182	5 039	1 608	9 926	5 917	220	1 112

### b) Zusammensetzung der Reservebasis nach Verbindlichkeiten

Mio €

Reserveperiode beginnend im Monat 1)	Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen, Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Nicht-MFIs mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber nicht der Mindestreserve unterliegenden MFIs in der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten (ohne Bauspareinlagen und Repos) gegenüber Banken im anderen Ausland außerhalb der EWU mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl.	Spareinlagen mit Kündigungsfrist bis zu 2 Jahren einschl.	Verbindlichkeiten aus ausgegebenen Inhaberschuldverschreibungen mit Ursprungslaufzeit bis zu 2 Jahren einschl. nach Pauschalabzug bzw. Abzug der Beträge im Besitz selbst reservspflichtiger MFIs
2009	1 473 296	6 814	309 908	572 127	145 759
2010	1 484 334	2 376	344 440	594 119	105 728
2011	1 609 904	3 298	354 235	596 833	102 153
2012 8)	1 734 716	2 451	440 306	602 834	94 453
2013	1 795 844	2 213	255 006	600 702	90 159
2014	1 904 200	1 795	282 843	601 390	86 740
2015 Jan.	1 932 264	1 264	305 854	600 771	81 428
Febr.	.	.	.	.	.
März	1 958 611	1 719	361 779	602 551	87 427
April 10)	1 965 955	2 498	351 053	602 245	96 119

1 Die Erfüllungsperiode beginnt am Abwicklungstag des Hauptrefinanzierungsgeschäfts, das auf die Sitzung des EZB-Rats folgt, in der die Erörterung der Geldpolitik vorgesehen ist. 2 Art. 3 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreservepflicht (ohne die Verbindlichkeiten, für die gemäß Art. 4 Abs. 1 ein Reservesatz von 0 % gilt). 3 Betrag nach Anwendung der Reservesätze auf die Reservebasis. Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren beträgt 1 %. 4 Art. 5 Abs. 2 der Verordnung der Europäischen Zentralbank über die Auferlegung einer Mindestreserve 5 Durch-

schnittliche Guthaben der Kreditinstitute bei den nationalen Zentralbanken. 6 Durchschnittliche Guthaben abzüglich Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 7 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages. 8 Der Reservesatz für Verbindlichkeiten mit einer Ursprungslaufzeit von bis zu 2 Jahren einschl. betrug vom 1. Januar 1999 bis 17. Januar 2012 2 %. Ab dem 18. Januar 2012 liegt er bei 1 %. 9 Reserve-Soll nach Abzug des Freibetrages inklusive des Reserve-Solls von Litauen in Höhe von 0,154 Mrd €. Das Reserve-Soll in der Europäischen Währungsunion bis zum 31. Dezember 2014 betrug 106,2 Mrd €.

## VI. Zinssätze

### 1. EZB-Zinssätze

% p.a.

Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität	Gültig ab	Einlagefazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäfte		Spitzenrefinanzierungsfazilität
		Festsatz	Mindestbietungssatz				Festsatz	Mindestbietungssatz	
2005 6. Dez.	1,25	–	2,25	3,25	2011 13. April	0,50	1,25	–	2,00
2006 8. März	1,50	–	2,50	3,50	13. Juli	0,75	1,50	–	2,25
15. Juni	1,75	–	2,75	3,75	9. Nov.	0,50	1,25	–	2,00
9. Aug.	2,00	–	3,00	4,00	14. Dez.	0,25	1,00	–	1,75
11. Okt.	2,25	–	3,25	4,25	2012 11. Juli	0,00	0,75	–	1,50
13. Dez.	2,50	–	3,50	4,50	2013 8. Mai	0,00	0,50	–	1,00
2007 14. März	2,75	–	3,75	4,75	13. Nov.	0,00	0,25	–	0,75
13. Juni	3,00	–	4,00	5,00	2014 11. Juni	–0,10	0,15	–	0,40
2008 9. Juli	3,25	–	4,25	5,25	10. Sept.	–0,20	0,05	–	0,30
8. Okt.	2,75	–	3,75	4,75					
9. Okt.	3,25	3,75	–	4,25					
12. Nov.	2,75	3,25	–	3,75					
10. Dez.	2,00	2,50	–	3,00					
2009 21. Jan.	1,00	2,00	–	3,00					
11. März	0,50	1,50	–	2,50					
8. April	0,25	1,25	–	2,25					
13. Mai	0,25	1,00	–	1,75					

1 Gemäß § 247 BGB.

### 2. Basiszinssätze

% p.a.

Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)	Gültig ab	Basiszinsatz gemäß BGB 1)
2002 1. Jan.	2,57	2009 1. Jan.	1,62
1. Juli	2,47	1. Juli	0,12
2003 1. Jan.	1,97	2011 1. Juli	0,37
1. Juli	1,22	2012 1. Jan.	0,12
2004 1. Jan.	1,14	2013 1. Jan.	–0,13
1. Juli	1,13	1. Juli	–0,38
2005 1. Jan.	1,21	2014 1. Jan.	–0,63
1. Juli	1,17	1. Juli	–0,73
2006 1. Jan.	1,37	2015 1. Jan.	–0,83
1. Juli	1,95		
2007 1. Jan.	2,70		
1. Juli	3,19		
2008 1. Jan.	3,32		
1. Juli	3,19		

### 3. Geldpolitische Geschäfte des Eurosystems (Tenderverfahren \*)

Gebote Betrag	Zuteilung Betrag	Mengtender		Zinstender			Laufzeit
		Festsatz	Mindestbietungssatz	marginaler Satz 1)	gewichteter Durchschnittssatz	Tage	
Gutschriftstag	Mio €	% p.a.					Tage
<b>Hauptrefinanzierungsgeschäfte</b>							
2015 1. April	103 587	103 587	0,05	–	–	–	7
8. April	108 258	108 258	0,05	–	–	–	7
15. April	96 559	96 559	0,05	–	–	–	7
22. April	95 737	95 737	0,05	–	–	–	7
29. April	108 485	108 485	0,05	–	–	–	7
6. Mai	95 233	95 233	0,05	–	–	–	7
<b>Längerfristige Refinanzierungsgeschäfte</b>							
2015 26. Febr.	54 037	54 037	2) ...	–	–	–	91
25. März	97 848	97 848	0,05	–	–	–	1 281
26. März	19 330	19 330	2) ...	–	–	–	91
30. April	25 322	25 322	2) ...	–	–	–	91

\* Quelle: EZB. 1 Niedrigster bzw. höchster Zinssatz, zu dem Mittel noch zugeteilt bzw. hereingenommen werden. 2 Berechnung am Ende der Laufzeit; Zuteilung zu

dem durchschnittlichen Mindestbietungssatz aller Hauptrefinanzierungsgeschäfte während der Laufzeit.

### 4. Geldmarktsätze nach Monaten \*)

% p.a.

Durchschnitt im Monat	EONIA 1)	EURIBOR 2)					
		Wochengeld	Monatsgeld	Dreimonatsgeld	Sechsmonatsgeld	Neunmonatsgeld	Zwölfmonatsgeld
2014 Okt.	0,00	–0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,34
Nov.	–0,01	–0,01	0,01	0,08	0,18	0,26	0,33
Dez.	–0,03	–0,01	0,02	0,08	0,18	0,25	0,33
2015 Jan.	–0,05	–0,04	0,01	0,06	0,15	0,22	0,30
Febr.	–0,04	–0,03	0,00	0,05	0,13	0,19	0,26
März	–0,05	–0,04	–0,01	0,03	0,10	0,15	0,21
April	–0,07	–0,08	–0,03	0,00	0,07	0,12	0,18

\* Monatsdurchschnitte sind eigene Berechnungen. Weder die Deutsche Bundesbank noch eine andere Stelle kann bei Umstimmigkeiten des EONIA Satzes und der EURIBOR Sätze haftbar gemacht werden. 1 Euro OverNight Index Average: Seit 4. Januar 1999 von der Europäischen Zentralbank auf der Basis effektiver Umsätze

nach der Zinsmethode act/360 berechneter gewichteter Durchschnittssatz für Tagesgelder im Interbankengeschäft, der von Reuters veröffentlicht wird. 2 Euro Interbank Offered Rate: Seit 30. Dezember 1998 von Reuters nach der Zinsmethode act/360 berechneter ungewichteter Durchschnittssatz.

## VI. Zinssätze

### 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)

#### a) Bestände <sup>o)</sup>

Stand am Monatsende	Einlagen privater Haushalte				Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften			
	mit vereinbarter Laufzeit							
	bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 2 Jahre		von über 2 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 März	0,97	95 257	1,92	227 604	0,45	85 751	3,01	20 226
April	0,95	94 627	1,91	226 848	0,45	86 699	2,98	19 598
Mai	0,92	94 570	1,89	226 619	0,46	87 856	2,95	19 903
Juni	0,91	95 671	1,87	226 527	0,44	84 165	2,92	19 989
Juli	0,87	95 197	1,85	225 989	0,41	85 704	2,87	19 674
Aug.	0,84	94 384	1,84	225 881	0,39	86 373	2,83	19 536
Sept.	0,81	93 703	1,82	225 992	0,39	83 870	2,81	19 601
Okt.	0,79	92 778	1,81	225 657	0,37	83 587	2,78	19 663
Nov.	0,76	92 016	1,80	225 585	0,37	83 312	2,73	19 554
Dez.	0,70	92 021	1,77	227 145	0,36	81 096	2,74	19 152
2015 Jan.	0,69	89 436	1,75	226 468	0,34	79 508	2,67	18 930
Febr.	0,67	89 570	1,73	226 183	0,32	79 398	2,60	18 974
März	0,65	89 298	1,72	225 564	0,32	78 649	2,54	19 496

Stand am Monatsende	Wohnungsbaukredite an private Haushalte <sup>3)</sup>						Konsumentenkredite und sonstige Kredite an private Haushalte <sup>4) 5)</sup>					
	mit Ursprungslaufzeit											
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 März	3,22	5 707	3,06	28 267	3,92	980 208	7,75	58 723	4,97	77 679	4,97	307 181
April	3,17	5 744	3,03	28 198	3,90	981 947	7,53	57 688	4,91	76 672	4,99	309 107
Mai	3,17	5 764	3,01	28 197	3,88	984 889	7,51	56 479	4,94	75 911	4,98	309 887
Juni	3,17	5 762	2,99	28 112	3,86	986 700	7,59	59 098	4,92	76 099	4,96	308 827
Juli	3,08	5 812	2,96	28 148	3,83	989 997	7,51	56 579	4,89	76 766	4,94	309 761
Aug.	3,09	5 667	2,94	28 220	3,82	994 510	7,36	55 731	4,86	77 128	4,91	309 772
Sept.	3,09	5 630	2,91	28 295	3,80	997 116	7,54	58 107	4,83	77 166	4,89	308 303
Okt.	3,05	5 766	2,87	28 278	3,77	1 000 934	7,36	56 716	4,79	77 707	4,87	308 423
Nov.	2,98	5 631	2,84	28 396	3,75	1 004 378	7,25	54 676	4,77	77 140	4,84	308 879
Dez.	3,04	5 175	2,82	28 209	3,72	1 010 155	7,14	56 678	4,78	76 938	4,84	304 381
2015 Jan.	3,02	5 257	2,79	28 086	3,69	1 008 805	7,21	55 838	4,75	76 660	4,79	303 663
Febr.	2,95	5 114	2,76	27 985	3,67	1 011 133	7,23	55 248	4,74	76 165	4,77	304 217
März	2,96	5 186	2,74	27 861	3,64	1 012 358	7,27	57 466	4,71	76 459	4,75	303 955

Stand am Monatsende	Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften mit Ursprungslaufzeit					
	bis 1 Jahr <sup>6)</sup>		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 März	3,23	133 290	2,84	126 844	3,22	582 771
April	3,17	132 664	2,83	130 113	3,21	583 996
Mai	3,14	133 191	2,81	130 069	3,20	586 337
Juni	3,11	138 116	2,76	129 524	3,18	582 780
Juli	2,97	133 446	2,72	129 959	3,15	583 339
Aug.	2,96	131 893	2,71	130 271	3,14	585 897
Sept.	2,98	132 902	2,65	129 887	3,11	584 473
Okt.	2,90	130 017	2,60	131 515	3,07	586 281
Nov.	2,88	132 058	2,57	131 532	3,05	588 938
Dez.	2,80	128 984	2,52	128 693	3,02	574 766
2015 Jan.	2,78	129 832	2,51	129 360	2,98	575 197
Febr.	2,76	132 518	2,49	128 329	2,96	577 596
März	2,79	131 998	2,46	127 655	2,93	577 173

\* Gegenstand der MFI-Zinsstatistik sind die von monetären Finanzinstituten (MFIs) angewandten Zinssätze sowie die dazugehörigen Volumina für auf Euro lautende Einlagen und Kredite gegenüber in den Mitgliedsstaaten der EWU gebietsansässigen privaten Haushalten und nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften. Der Sektor private Haushalte umfasst Privatpersonen (einschl. Einzelkaufleute) sowie private Organisationen ohne Erwerbszweck. Zu den nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften zählen sämtliche Unternehmen (einschl. Personengesellschaften) außer Versicherungen, Banken und sonstigen Finanzierungsinstitutionen. Die auf harmonisierter Basis im Euro-Währungsgebiet ab Januar 2003 erhobene Zinsstatistik wird in Deutschland als Stichprobenerhebung durchgeführt. Die Ergebnisse für den jeweils aktuellen Termin sind stets als vorläufig zu betrachten; Änderungen durch nachträgliche Korrekturen, die im folgenden Monatsbericht erscheinen, werden nicht besonders angemerkt. Weitere Informationen zur MFI-Zinsstatistik lassen sich der Bundesbank-Homepage (Rubrik: Statistik / Meldewesen / Bankenstatistik / MFI-Zinsstatistik) entnehmen. <sup>o)</sup> Die Bestände werden zeitpunktbezogen zum Monatsultimo erhoben. <sup>1)</sup> Die Effektivzinssätze werden

entweder als annualisierte vereinbarte Jahreszinssätze (AVJ) oder als eng definierte Effektivzinssätze ermittelt. Beide Berechnungsmethoden umfassen sämtliche Zinszahlungen auf Einlagen und Kredite, jedoch keine eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen. <sup>2)</sup> Angaben basieren auf der monatlichen Bilanzstatistik. <sup>3)</sup> Besicherte und unbesicherte Kredite, die für die Beschaffung von Wohnraum, einschl. Wohnungsbau und -modernisierung gewährt werden; einschl. Bauspardarlehen und Bauzwischenfinanzierungen sowie Weiterleitungskredite, die die Meldepflichtigen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ausgereicht haben. <sup>4)</sup> Konsumentenkredite sind Kredite, die zum Zwecke der persönlichen Nutzung für den Konsum von Gütern und Dienstleistungen gewährt werden. <sup>5)</sup> Sonstige Kredite im Sinne der Statistik sind Kredite, die für sonstige Zwecke, z.B. Geschäftszwecke, Schuldenkonsolidierung, Ausbildung usw. gewährt werden. <sup>6)</sup> Einschl. Überziehungskredite (s.a. Anm. 13 bis 15 S. 47\*).

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Einlagen privater Haushalte												
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						mit vereinbarter Kündigungsfrist 8)				
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		bis 3 Monate		von über 3 Monaten		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €
2014 März	0,37	942 554	0,69	7 426	0,98	583	1,33	1 496	0,72	530 731	0,92	77 451
April	0,36	953 725	0,68	8 300	1,03	808	1,29	1 523	0,73	529 024	0,91	77 285
Mai	0,36	964 096	0,66	7 869	0,92	690	1,33	1 895	0,72	528 416	0,88	77 128
Juni	0,35	963 948	0,65	7 904	1,02	595	1,36	1 420	0,70	528 104	0,84	76 049
Juli	0,30	972 397	0,53	8 497	0,87	691	1,26	1 493	0,66	527 278	0,82	76 712
Aug.	0,30	982 182	0,54	6 962	0,96	600	1,11	1 293	0,61	527 851	0,83	77 648
Sept.	0,29	976 579	0,52	7 217	0,87	611	1,16	1 224	0,60	527 990	0,81	78 170
Okt.	0,27	990 310	0,51	7 406	0,98	560	1,04	1 104	0,56	527 680	0,79	77 990
Nov.	0,26	1 013 535	0,52	7 410	0,90	616	1,18	1 098	0,54	527 234	0,77	77 625
Dez.	0,26	1 007 245	0,35	8 589	0,81	570	1,14	1 168	0,52	530 301	0,75	76 202
2015 Jan.	0,25	1 017 775	0,56	7 241	0,87	817	1,09	1 129	0,51	528 559	0,73	77 361
Febr.	0,24	1 030 216	0,56	5 901	0,77	665	1,10	1 035	0,46	529 391	0,69	76 071
März	0,21	1 027 380	0,40	7 247	0,79	676	1,02	978	0,43	528 482	0,64	74 767

Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften								
täglich fällig		mit vereinbarter Laufzeit						
		bis 1 Jahr		von über 1 Jahr bis 2 Jahre		von über 2 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektivzinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2014 März	0,17	313 232	0,22	22 601	0,67	525	1,03	389
April	0,17	315 372	0,26	26 114	0,68	576	1,04	345
Mai	0,16	318 469	0,25	27 178	0,60	432	0,91	390
Juni	0,14	314 270	0,18	24 006	0,54	313	1,02	615
Juli	0,12	320 536	0,18	17 300	0,53	335	1,06	436
Aug.	0,12	326 545	0,16	15 252	0,48	188	0,82	186
Sept.	0,11	336 903	0,16	12 441	0,34	279	1,13	281
Okt.	0,10	345 504	0,17	13 388	0,48	608	0,74	292
Nov.	0,09	343 396	0,14	12 311	0,52	1 448	0,52	486
Dez.	0,09	344 691	0,16	14 634	0,47	731	1,55	725
2015 Jan.	0,09	337 455	0,16	12 106	0,42	377	0,56	349
Febr.	0,08	333 728	0,17	11 357	0,78	387	0,57	399
März	0,07	337 420	0,17	13 580	0,36	561	0,49	467

Kredite an private Haushalte												
Sonstige Kredite an private Haushalte mit anfänglicher Zinsbindung 5)												
variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		darunter: Kredite an wirtschaftlich selbständige Privatpersonen 10)						
						variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		
Erhebungs- zeitraum	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
2014 März	2,06	4 627	3,50	1 162	2,89	2 841	2,32	2 832	3,68	694	2,86	1 427
April	2,02	4 931	3,47	1 092	2,91	2 814	2,23	2 924	3,64	778	2,88	1 368
Mai	1,96	4 047	3,52	1 023	2,84	2 136	2,26	2 277	3,74	789	2,75	1 213
Juni	2,04	4 245	3,46	947	2,77	2 325	2,29	2 615	3,62	712	2,72	1 346
Juli	1,88	4 952	3,33	1 196	2,71	2 713	2,15	3 073	3,50	888	2,66	1 470
Aug.	2,14	3 449	3,51	799	2,59	1 996	2,24	2 089	3,66	622	2,57	1 314
Sept.	1,93	4 709	3,48	859	2,51	2 586	2,02	2 858	3,61	632	2,42	1 400
Okt.	1,80	4 726	3,26	972	2,58	2 521	1,94	2 869	3,50	694	2,47	1 437
Nov.	1,98	3 301	3,21	847	2,46	2 215	1,99	2 175	3,42	619	2,35	1 221
Dez.	1,68	5 108	2,95	1 178	2,36	3 050	1,87	3 235	3,11	870	2,34	1 696
2015 Jan.	1,89	4 266	3,07	1 055	2,45	2 383	2,07	2 734	3,28	778	2,32	1 329
Febr.	1,59	3 425	3,07	828	2,24	1 982	1,84	1 916	3,31	567	2,08	1 213
März	1,72	4 380	3,07	1 169	2,25	3 238	1,88	2 735	3,24	870	2,16	1 717

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*. + Für Einlagen mit vereinbarter Laufzeit und sämtliche Kredite außer revolvingierenden Krediten und Überziehungskrediten, Kreditkartenkrediten gilt: Das Neugeschäft umfasst alle zwischen privaten Haushalten oder nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften und dem berichtspflichtigen MFI neu getroffenen Vereinbarungen. Die Zinssätze werden als volumengewichtete Durchschnittssätze über alle im Laufe des Berichtsmonats abgeschlossenen Neuvereinbarungen berechnet. Für täglich fällige Einlagen, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist sowie revolvingierende Kredite und Überziehungskredite, Kreditkartenkredite gilt: Das Neugeschäft

wird aus Vereinfachungsgründen wie die Bestände zeitpunktbezogen erfasst. Das bedeutet, dass sämtliche Einlagen- und Kreditgeschäfte, die am letzten Tag des Meldemonats bestehen, in die Berechnung der Durchschnittszinsen einbezogen werden. 7 Geschätzt. Das von den Berichtspflichtigen gemeldete Neugeschäftsvolumen wird mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. 8 Einschl. Einlagen nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften; einschl. Treue- und Wachstumsprämien. 9 Ohne Überziehungskredite. 10 Ab Juni 2010 erhoben.

VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
 b) Neugeschäft +)

noch: Kredite an private Haushalte									
Konsumentenkredite mit anfänglicher Zinsbindung 4)									
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €						
<b>Kredite insgesamt</b>									
2014 März	6,19	6,12	5 954	5,72	832	4,99	2 702	7,51	2 420
April	6,26	6,20	5 613	5,44	395	4,92	2 606	7,59	2 612
Mai	6,34	6,25	5 665	5,33	497	5,02	2 520	7,59	2 648
Juni	6,26	6,24	5 571	5,17	406	5,00	2 438	7,51	2 727
Juli	6,31	6,23	5 983	5,28	414	4,96	2 704	7,57	2 865
Aug.	6,21	6,14	6 277	5,21	486	4,86	2 782	7,47	3 009
Sept.	6,08	5,98	6 207	5,02	543	4,77	2 836	7,37	2 828
Okt.	6,07	6,03	6 460	5,03	392	4,71	2 962	7,41	3 106
Nov.	5,97	5,88	5 730	5,02	472	4,71	2 657	7,23	2 601
Dez.	5,67	5,62	4 969	4,49	515	4,67	2 328	6,94	2 126
2015 Jan.	6,11	6,06	5 774	5,19	375	4,71	2 534	7,36	2 865
Febr.	5,94	5,90	5 536	5,14	256	4,63	2 459	7,08	2 821
März	5,62	5,61	6 656	5,16	312	4,41	3 115	6,81	3 229
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>									
2014 März	.	4,23	261	3,41	53	4,75	138	3,84	70
April	.	3,99	248	2,15	52	4,63	133	4,14	63
Mai	.	4,32	220	3,57	22	4,64	129	3,97	69
Juni	.	4,21	215	3,43	28	4,64	121	3,76	66
Juli	.	3,85	299	2,68	102	4,79	128	3,82	69
Aug.	.	4,42	193	3,33	20	4,74	120	4,11	53
Sept.	.	4,12	203	2,79	27	4,66	116	3,65	60
Okt.	.	3,96	1 018	2,72	86	4,52	454	3,66	478
Nov.	.	4,07	791	3,23	26	4,57	381	3,62	384
Dez.	.	3,83	635	3,13	25	4,52	302	3,20	308
2015 Jan.	.	3,75	682	2,76	102	4,37	276	3,51	304
Febr.	.	3,49	528	3,14	28	4,30	230	2,84	270
März	.	3,48	472	2,90	29	3,99	229	3,01	214

noch: Kredite an private Haushalte											
Wohnungsbaukredite mit anfänglicher Zinsbindung 3)											
Erhebungs- zeitraum	insgesamt (einschl. Kosten)			variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren bis 10 Jahre		von über 10 Jahren	
	effektiver Jahreszinssatz 11) % p.a.	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €								
<b>Kredite insgesamt</b>											
2014 März	2,82	2,75	16 442	2,75	2 449	2,36	2 266	2,73	6 455	2,94	5 272
April	2,85	2,75	17 947	2,69	2 754	2,40	2 574	2,71	7 202	3,02	5 417
Mai	2,73	2,66	16 015	2,70	2 259	2,33	2 229	2,63	6 506	2,84	5 021
Juni	2,65	2,58	15 767	2,49	2 436	2,31	2 091	2,55	6 359	2,79	4 881
Juli	2,55	2,50	19 296	2,50	2 866	2,21	2 638	2,48	7 957	2,65	5 835
Aug.	2,52	2,45	16 207	2,59	2 398	2,17	2 018	2,40	6 422	2,55	5 369
Sept.	2,39	2,34	16 831	2,44	2 127	2,08	2 063	2,31	6 907	2,44	5 734
Okt.	2,34	2,29	18 118	2,38	2 543	2,07	2 197	2,22	7 383	2,40	5 995
Nov.	2,29	2,23	16 479	2,42	2 176	1,99	2 185	2,15	6 376	2,33	5 742
Dez.	2,22	2,17	18 743	2,26	2 640	1,98	2 095	2,12	7 778	2,24	6 230
2015 Jan.	2,22	1,96	19 896	2,29	2 537	1,95	2 076	2,05	7 114	1,78	8 169
Febr.	2,05	1,99	17 048	2,33	2 128	1,89	1 810	1,88	6 616	2,03	6 494
März	1,95	1,91	21 520	2,26	2 644	1,91	2 253	1,79	8 073	1,91	8 550
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>											
2014 März	.	2,69	7 808	2,69	954	2,31	1 152	2,66	3 125	2,90	2 577
April	.	2,73	8 786	2,61	1 159	2,35	1 336	2,65	3 499	3,07	2 792
Mai	.	2,60	7 592	2,61	923	2,24	1 110	2,58	3 109	2,80	2 450
Juni	.	2,53	7 151	2,41	901	2,20	1 017	2,50	2 955	2,76	2 278
Juli	.	2,44	9 007	2,45	1 163	2,14	1 371	2,42	3 718	2,61	2 755
Aug.	.	2,39	7 432	2,54	900	2,08	992	2,33	3 015	2,52	2 625
Sept.	.	2,28	7 574	2,44	810	1,97	1 014	2,21	3 065	2,41	2 585
Okt.	.	2,23	8 249	2,41	987	1,95	1 107	2,15	3 358	2,38	2 797
Nov.	.	2,13	7 782	2,32	889	1,81	1 310	2,06	2 959	2,29	2 624
Dez.	.	2,10	8 525	2,28	998	1,82	1 059	2,04	3 493	2,21	2 975
2015 Jan.	.	1,78	10 249	2,23	1 002	1,81	1 080	1,97	3 527	1,54	4 640
Febr.	.	1,91	8 049	2,28	842	1,68	951	1,78	3 247	2,02	3 009
März	.	1,81	9 926	2,20	1 103	1,65	1 099	1,69	3 805	1,85	3 919

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 12 s. S. 47\*. 11 Effektivzinssatz, der die eventuell anfallenden sonstigen Kosten, wie

z.B. für Anfragen, Verwaltung, Erstellung der Dokumente, Garantien und Kreditversicherungen, beinhaltet.

## VI. Zinssätze

noch: 5. Zinssätze und Volumina für die Bestände und das Neugeschäft der deutschen Banken (MFIs) \*)  
b) Neugeschäft +)

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an private Haushalte						Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften					
	Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14) Kreditkartenkredite 15)		darunter			
			Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Echte Kreditkartenkredite				Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)		Revolvierende Kredite 13) und Überziehungskredite 14)	
	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 2) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 16) Mio €		
2014 März	9,33	45 617	9,34	38 706	14,58	4 313	4,39	68 638	4,41	68 379		
April	9,20	43 618	9,27	37 048	15,35	3 587	4,38	66 730	4,39	66 493		
Mai	9,21	42 626	9,22	36 563	15,42	3 566	4,39	66 148	4,41	65 901		
Juni	9,26	44 696	9,30	38 374	15,43	3 657	4,35	69 615	4,37	69 358		
Juli	9,20	42 604	9,21	36 390	15,36	3 630	4,17	65 960	4,19	65 707		
Aug.	9,08	41 864	9,14	35 283	15,34	3 721	4,13	65 743	4,14	65 562		
Sept.	9,16	44 311	9,23	37 656	15,31	3 783	4,17	66 516	4,18	66 287		
Okt.	9,06	42 611	9,09	36 051	15,32	3 770	4,14	62 839	4,16	62 600		
Nov.	9,00	40 795	8,92	34 390	15,32	3 788	4,03	64 435	4,05	64 185		
Dez.	8,98	42 863	9,01	36 198	15,30	3 816	3,95	63 192	3,97	62 988		
2015 Jan.	9,01	41 798	8,95	35 383	15,32	3 800	3,93	63 695	3,94	63 497		
Febr.	9,03	41 290	8,93	34 874	15,30	3 788	3,84	66 274	3,86	66 045		
März	8,99	43 132	8,98	36 571	15,27	3 818	3,82	66 465	3,84	66 233		

Erhebungs- zeitraum	noch: Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften											
	Kredite bis 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)						Kredite von über 1 Mio € mit anfänglicher Zinsbindung 17)					
	variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren		variabel oder bis 1 Jahr 9)		von über 1 Jahr bis 5 Jahre		von über 5 Jahren	
			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €			Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €	Effektiv- zinssatz 1) % p.a.	Volumen 7) Mio €
<b>Kredite insgesamt</b>												
2014 März	3,01	8 295	3,54	1 018	2,80	1 121	1,91	37 918	2,53	1 289	2,77	4 529
April	2,95	8 017	3,54	1 087	2,73	1 156	1,83	44 756	2,34	1 752	2,87	4 473
Mai	3,06	7 005	3,64	919	2,63	1 102	1,74	36 580	2,19	1 457	2,66	3 829
Juni	2,97	7 708	3,62	897	2,59	1 098	1,65	43 000	2,31	2 259	2,42	5 386
Juli	2,82	8 292	3,36	1 336	2,55	1 355	1,61	48 992	2,56	2 124	2,58	5 078
Aug.	2,77	6 172	3,26	1 080	2,47	1 156	1,46	36 472	2,22	1 864	2,40	4 379
Sept.	2,77	7 503	3,24	1 178	2,35	1 248	1,57	44 139	2,37	1 608	2,22	5 639
Okt.	2,70	8 199	3,21	1 286	2,29	1 260	1,53	45 100	2,59	2 975	2,18	6 336
Nov.	2,82	7 996	3,14	1 057	2,16	1 117	1,52	33 405	2,42	1 520	2,02	5 095
Dez.	2,78	7 949	2,97	1 584	2,12	1 709	1,61	48 843	1,99	2 990	2,01	10 718
2015 Jan.	2,64	7 596	3,10	1 203	1,39	3 038	1,41	45 358	1,87	2 212	1,82	7 077
Febr.	2,77	7 328	3,06	1 044	1,98	1 258	1,26	36 166	1,68	1 322	1,95	5 401
März	2,70	8 424	2,97	1 568	1,95	1 648	1,49	39 856	1,61	2 122	1,71	8 534
<b>darunter: besicherte Kredite 12)</b>												
2014 März	2,81	1 000	2,72	145	2,70	320	2,27	5 618	2,74	408	2,66	994
April	2,66	1 161	2,73	152	2,60	340	2,09	9 522	2,31	658	2,98	1 495
Mai	2,86	862	2,71	118	2,48	358	2,23	5 063	2,60	477	2,64	984
Juni	2,87	952	2,67	109	2,46	344	2,07	4 950	2,33	1 055	2,22	1 518
Juli	2,61	1 318	2,55	196	2,44	461	2,05	8 769	2,64	786	2,85	1 477
Aug.	2,79	776	2,46	127	2,32	326	1,90	4 212	2,61	854	2,41	815
Sept.	2,68	920	2,52	129	2,23	361	1,97	6 190	3,13	488	2,09	1 535
Okt.	2,52	1 188	2,42	139	2,22	369	1,81	9 300	3,58	803	2,38	1 697
Nov.	2,64	794	2,36	93	2,00	341	1,69	4 649	2,24	618	2,12	1 049
Dez.	2,55	1 050	2,17	196	1,96	493	1,72	8 019	1,93	1 194	1,85	3 329
2015 Jan.	2,43	1 150	2,37	147	1,13	2 235	1,71	8 834	1,76	764	1,45	2 758
Febr.	2,65	794	2,28	98	1,74	473	1,68	4 579	2,11	164	1,68	1 166
März	2,47	980	2,57	142	1,68	536	1,80	6 664	1,73	643	1,53	2 835

Anmerkungen \* und 1 bis 6 s. S. 44\*; Anmerkungen +, 7 bis 10 s. S. 45\*; Anmerkung 11 s. S. 46\*. 12 Ab Juni 2010 erhoben. Für die Zwecke der Zinsstatistik gilt ein Kredit als besichert, wenn für den Kreditbetrag eine Besicherung (u.a. Finanzwerte, Immobiliensicherheiten, Schuldverschreibungen) in mindestens gleicher Höhe bestellt, verpfändet oder abgetreten wurde. 13 Ab Juni 2010 einschl. revolvingender Kredite, die alle folgenden Eigenschaften besitzen: a) der Kreditnehmer kann die Mittel bis zu einem im Voraus genehmigten Kreditlimit nutzen oder abheben, ohne den Kreditgeber davon im Voraus in Kenntnis zu setzen; b) der verfügbare Kreditbetrag kann sich mit Aufnahme und Rückzahlung von Krediten erhöhen bzw. verringern; c) der Kredit kann wiederholt genutzt werden; d) es besteht keine Pflicht zu regelmäßiger Rückzahlung der Mittel. 14 Überziehungskredite sind als Sollsalden auf laufenden Konten definiert.

Zu den Überziehungskrediten zählen eingeräumte und nicht eingeräumte Dispositionskredite sowie Kontokorrentkredite. 15 Ab Juni 2010 einschl. echter und unechter Kreditkartenkredite. Unter einem unechten Kreditkartenkredit ist die Stundung von Kreditkartenforderungen, die während der Abrechnungsperiode zusammenkommen, zu verstehen. Da in dieser Phase üblicherweise keine Sollzinsen in Rechnung gestellt werden, ist der Zinssatz für unechte Kreditkartenkredite definitionsgemäß 0 %. 16 Von Januar 2003 bis Mai 2010 geschätzt. Der von den Berichtspflichtigen gemeldete Gesamtbestand zum Monatsende wurde mittels des Horvitz-Thompson-Schätzers auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Ab Juni 2010 basieren die Angaben auf der monatlichen Bilanzstatistik. 17 Der Betrag bezieht sich jeweils auf die einzelne, als Neugeschäft geltende Kreditaufnahme.

## VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

### 1. Aktiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Aktiva									
	insgesamt	Finanzielle Aktiva							Nichtfinanzielle Aktiva	
	insgesamt	Bargeld und Einlagen bei Banken (MFIs) 1)	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 2)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 3)	Investment- fondsanteile	Anteile der Rück- versicherer an den ver- sicherungs- technischen Bruttorück- stellungen	Sonstige finanzielle Aktiva	Nichtfinanzielle Aktiva	
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2005	1 696,0	1 633,7	486,8	153,0	240,8	240,3	356,4	79,6	76,9	62,4
2006	1 771,5	1 709,2	524,1	149,9	244,8	261,5	385,6	74,5	68,7	62,3
2007	1 838,3	1 779,8	558,3	155,1	248,2	275,3	409,6	70,2	63,1	58,5
2008	1 770,6	1 714,8	574,5	159,4	243,3	228,9	379,7	65,8	63,4	55,8
2009	1 836,8	1 779,6	588,9	173,9	259,8	210,5	426,9	58,6	61,2	57,1
2010	1 961,9	1 900,5	570,9	210,4	267,2	223,5	501,4	59,9	67,2	61,4
2011	2 011,2	1 947,8	576,3	226,2	271,9	221,9	522,1	62,2	67,1	63,4
2012	2 162,8	2 095,7	560,1	287,2	277,9	223,8	619,5	63,1	64,2	67,1
2013	2 236,3	2 164,2	540,7	318,4	283,8	224,6	670,4	63,6	62,7	72,1
2014	2 427,0	2 350,3	522,3	392,4	293,1	230,4	781,5	66,1	64,5	76,7
2013 1.Vj.	2 196,6	2 128,7	560,3	300,2	279,4	225,3	637,3	61,7	64,4	67,9
2.Vj.	2 195,8	2 127,1	554,5	302,8	279,8	224,8	638,8	62,1	64,2	68,7
3.Vj.	2 214,6	2 144,2	547,3	308,4	283,1	224,5	654,7	62,8	63,4	70,4
4.Vj.	2 236,3	2 164,2	540,7	318,4	283,8	224,6	670,4	63,6	62,7	72,1
2014 1.Vj.	2 296,8	2 223,5	542,3	336,3	286,8	226,0	703,1	65,5	63,4	73,3
2.Vj.	2 340,9	2 267,0	538,6	353,5	288,1	226,9	731,3	65,5	63,3	73,9
3.Vj.	2 378,3	2 303,2	530,3	373,5	289,0	227,7	753,1	65,7	64,0	75,1
4.Vj.	2 427,0	2 350,3	522,3	392,4	293,1	230,4	781,5	66,1	64,5	76,7
<b>Versicherungen</b>										
2005	1 436,7	1 391,4	384,7	130,4	221,3	234,2	272,0	78,6	70,2	45,3
2006	1 489,2	1 444,6	410,4	127,6	224,7	254,2	292,7	73,1	62,0	44,6
2007	1 526,2	1 485,5	432,5	130,7	226,4	267,1	304,0	68,2	56,6	40,7
2008	1 454,7	1 416,5	436,7	133,7	221,7	221,4	284,3	63,4	55,2	38,2
2009	1 490,3	1 452,2	440,4	146,2	236,4	202,7	317,6	55,6	53,2	38,1
2010	1 553,3	1 513,1	420,0	170,9	243,2	210,7	356,5	56,5	55,4	40,3
2011	1 584,6	1 542,9	419,8	191,3	246,0	210,4	361,4	58,4	55,5	41,7
2012	1 694,4	1 651,1	405,1	246,2	251,7	211,4	425,1	59,0	52,7	43,3
2013	1 741,0	1 694,6	382,9	271,4	256,9	211,1	462,4	59,2	50,9	46,4
2014	1 884,2	1 835,3	363,9	334,3	265,3	215,8	542,7	61,4	52,0	48,9
2013 1.Vj.	1 720,0	1 676,4	403,5	259,1	253,2	212,5	437,7	57,5	52,9	43,6
2.Vj.	1 716,4	1 672,3	397,9	259,9	253,6	211,9	438,5	57,9	52,7	44,1
3.Vj.	1 727,7	1 682,3	390,1	264,3	256,2	211,3	450,1	58,5	51,7	45,4
4.Vj.	1 741,0	1 694,6	382,9	271,4	256,9	211,1	462,4	59,2	50,9	46,4
2014 1.Vj.	1 790,4	1 743,4	382,0	288,8	259,6	212,2	488,3	61,1	51,4	47,0
2.Vj.	1 823,4	1 776,1	378,0	303,1	260,9	212,9	509,0	61,0	51,2	47,4
3.Vj.	1 853,3	1 805,0	371,7	319,3	262,0	213,4	525,7	61,1	51,7	48,3
4.Vj.	1 884,2	1 835,3	363,9	334,3	265,3	215,8	542,7	61,4	52,0	48,9
<b>Pensionseinrichtungen 4)</b>										
2005	259,3	242,3	102,0	22,6	19,5	6,1	84,4	1,0	6,6	17,0
2006	282,3	264,6	113,8	22,4	20,1	7,3	92,8	1,5	6,7	17,7
2007	312,1	294,3	125,8	24,4	21,9	8,2	105,6	1,9	6,6	17,8
2008	315,9	298,3	137,8	25,6	21,6	7,4	95,3	2,4	8,2	17,5
2009	346,5	327,4	148,4	27,7	23,3	7,7	109,3	3,0	8,0	19,1
2010	408,5	387,4	150,9	39,5	24,0	12,8	144,9	3,5	11,8	21,1
2011	426,6	404,9	156,5	34,9	25,9	11,5	160,8	3,8	11,6	21,7
2012	468,4	444,6	155,1	40,9	26,2	12,4	194,4	4,1	11,5	23,8
2013	495,3	469,5	157,8	47,0	27,0	13,5	208,1	4,4	11,8	25,7
2014	542,8	515,0	158,5	58,1	27,8	14,7	238,8	4,6	12,5	27,8
2013 1.Vj.	476,6	452,3	156,9	41,1	26,2	12,8	199,6	4,2	11,6	24,3
2.Vj.	479,4	454,8	156,6	43,0	26,2	13,0	200,2	4,2	11,6	24,6
3.Vj.	486,9	461,9	157,2	44,1	26,8	13,2	204,6	4,3	11,7	25,0
4.Vj.	495,3	469,5	157,8	47,0	27,0	13,5	208,1	4,4	11,8	25,7
2014 1.Vj.	506,4	480,1	160,3	47,5	27,2	13,8	214,8	4,5	12,0	26,3
2.Vj.	517,5	491,0	160,6	50,4	27,2	14,0	222,3	4,5	12,1	26,5
3.Vj.	525,0	498,2	158,6	54,2	27,1	14,2	227,4	4,5	12,2	26,8
4.Vj.	542,8	515,0	158,5	58,1	27,8	14,7	238,8	4,6	12,5	27,8

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. 1 Einschl. Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und Pfandbriefe von Kreditinstituten. 2 Einschl. Depotforderungen. 3 Einschl. Genuss-Scheine. 4 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensions-

kassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

VII. Versicherungen und Pensionseinrichtungen

2. Passiva \*)

Mrd €

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende	Passiva				Versicherungstechnische Rückstellungen			Sonstige Ver- bindlichkeiten	Reinvermögen 4)
	insgesamt	Schuld- verschreibungen (einschl. Finanzderivate)	Kredite 1)	Aktien und sonstige Anteilsrechte 2)	insgesamt	Ansprüche pri- vater Haushalte aus Rückstel- lungen bei Le- bensversiche- rungen und Pen- sionseinrich- tungen 3)	Beitragsüber- träge und Rück- stellungen für eingetretene Versicherungsfälle		
<b>Versicherungen und Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2005	1 696,0	6,7	89,8	186,0	1 263,8	989,0	274,8	83,9	65,8
2006	1 771,5	8,4	91,6	210,0	1 318,8	1 049,1	269,6	81,3	61,5
2007	1 838,3	11,7	88,9	214,8	1 377,9	1 119,2	258,7	78,2	66,9
2008	1 770,6	14,7	77,0	136,0	1 396,3	1 141,5	254,8	74,7	71,8
2009	1 836,8	16,2	71,6	136,2	1 460,5	1 211,6	249,0	73,1	79,2
2010	1 961,9	17,8	72,3	137,6	1 573,3	1 318,9	254,4	71,5	89,3
2011	2 011,2	17,0	72,1	111,8	1 625,0	1 360,3	264,7	71,5	113,8
2012	2 162,8	22,4	77,1	158,9	1 708,3	1 437,1	271,2	71,3	124,8
2013	2 236,3	16,9	81,7	197,7	1 792,9	1 516,1	276,8	70,5	76,6
2014	2 427,0	17,3	85,6	202,7	1 886,7	1 597,9	288,8	73,3	161,4
2013 1.Vj.	2 196,6	21,4	77,1	169,7	1 740,7	1 463,3	277,4	71,8	115,9
2.Vj.	2 195,8	17,8	80,3	172,1	1 757,4	1 480,6	276,8	71,3	96,8
3.Vj.	2 214,6	16,5	81,7	177,0	1 771,9	1 495,8	276,1	70,8	96,7
4.Vj.	2 236,3	16,9	81,7	197,7	1 792,9	1 516,1	276,8	70,5	76,6
2014 1.Vj.	2 296,8	16,3	83,3	191,3	1 826,3	1 540,1	286,2	72,0	107,5
2.Vj.	2 340,9	16,2	83,8	184,1	1 843,6	1 557,5	286,1	72,3	141,0
3.Vj.	2 378,3	17,6	84,3	188,0	1 857,4	1 570,7	286,7	72,6	158,4
4.Vj.	2 427,0	17,3	85,6	202,7	1 886,7	1 597,9	288,8	73,3	161,4
<b>Versicherungen</b>									
2005	1 436,7	6,7	88,4	178,9	1 025,7	751,3	274,4	81,9	55,1
2006	1 489,2	8,4	89,8	202,0	1 061,3	792,0	269,2	79,1	48,6
2007	1 526,2	11,7	86,4	206,7	1 090,1	831,7	258,3	75,7	55,6
2008	1 454,7	14,7	74,2	130,6	1 095,7	841,3	254,4	72,3	67,2
2009	1 490,3	16,2	68,3	130,8	1 136,4	887,8	248,5	71,1	67,5
2010	1 553,3	17,8	68,7	131,8	1 191,3	937,3	254,0	69,4	74,4
2011	1 584,6	17,0	68,3	107,0	1 224,3	960,1	264,2	69,6	98,3
2012	1 694,4	22,4	73,1	152,0	1 280,0	1 009,2	270,8	69,5	97,4
2013	1 741,0	16,9	77,5	188,7	1 337,8	1 061,4	276,4	68,7	51,3
2014	1 884,2	17,3	81,2	193,4	1 400,1	1 111,7	288,4	71,4	120,8
2013 1.Vj.	1 720,0	21,4	73,0	162,3	1 305,9	1 029,0	276,9	70,0	87,3
2.Vj.	1 716,4	17,8	76,2	164,5	1 317,4	1 041,0	276,4	69,5	70,9
3.Vj.	1 727,7	16,5	77,6	169,1	1 326,3	1 050,6	275,7	69,0	69,1
4.Vj.	1 741,0	16,9	77,5	188,7	1 337,8	1 061,4	276,4	68,7	51,3
2014 1.Vj.	1 790,4	16,3	79,0	182,8	1 365,2	1 079,4	285,8	70,2	76,9
2.Vj.	1 823,4	16,2	79,5	175,8	1 376,7	1 091,1	285,6	70,4	104,8
3.Vj.	1 853,3	17,6	80,0	179,5	1 386,1	1 099,9	286,2	70,7	119,3
4.Vj.	1 884,2	17,3	81,2	193,4	1 400,1	1 111,7	288,4	71,4	120,8
<b>Pensionseinrichtungen 5)</b>									
2005	259,3	-	1,3	7,2	238,1	237,7	0,4	2,0	10,7
2006	282,3	-	1,8	8,0	257,5	257,1	0,4	2,1	12,9
2007	312,1	-	2,4	8,1	287,8	287,5	0,3	2,5	11,2
2008	315,9	-	2,8	5,4	300,6	300,2	0,4	2,4	4,7
2009	346,5	-	3,2	5,4	324,2	323,7	0,4	1,9	11,7
2010	408,5	-	3,6	5,8	382,1	381,7	0,4	2,1	15,0
2011	426,6	-	3,8	4,8	400,6	400,2	0,5	1,9	15,5
2012	468,4	-	4,1	6,9	428,3	427,9	0,4	1,8	27,3
2013	495,3	-	4,2	8,9	455,1	454,6	0,5	1,8	25,3
2014	542,8	-	4,4	9,3	486,6	486,1	0,5	2,0	40,6
2013 1.Vj.	476,6	-	4,0	7,4	434,8	434,3	0,4	1,8	28,6
2.Vj.	479,4	-	4,1	7,6	440,1	439,6	0,4	1,8	25,9
3.Vj.	486,9	-	4,1	7,9	445,6	445,1	0,4	1,8	27,5
4.Vj.	495,3	-	4,2	8,9	455,1	454,6	0,5	1,8	25,3
2014 1.Vj.	506,4	-	4,2	8,5	461,1	460,6	0,5	1,9	30,6
2.Vj.	517,5	-	4,3	8,3	466,9	466,4	0,5	1,9	36,2
3.Vj.	525,0	-	4,3	8,5	471,2	470,8	0,5	1,9	39,1
4.Vj.	542,8	-	4,4	9,3	486,6	486,1	0,5	2,0	40,6

Quelle: Eigene Berechnungen unter Verwendung von Aufsichtsdaten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. \* Bewertung der Wertpapierpositionen zu Zeitwerten, der übrigen Positionen zu Buchwerten. Unterjährige Werte sowie Werte ab 2013 sind teilweise geschätzt. 1 Einschl. Depotverbindlichkeiten. 2 Einschl. Genuss-Scheine. 3 Einschl. Altersrückstellungen der Krankenversicherungen und Deckungsrückstellungen der Unfallversicherungen mit Beitragsrückgewähr. 4 Nach der Definition des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) berechnet sich das Reinvermögen als Summe der Aktiva abzüglich Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen. Das Eigenkapital setzt sich danach aus der Sum-

me aus Reinvermögen und der Passivposition „Aktien und sonstige Anteilsrechte“ zusammen. 5 Der Begriff „Pensionseinrichtungen“ bezieht sich auf den institutionellen Sektor „Versicherungsgesellschaften und Pensionskassen“ („insurance corporations and pension funds“) des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen. Die Pensionseinrichtungen umfassen demnach Einrichtungen der betrieblichen Altersvorsorge (Pensionskassen, Pensionsfonds, Pensionstreuhand (CTAs; ab 2010 enthalten) und öffentliche, kirchliche und kommunale Zusatzversorgungseinrichtungen) sowie die Versorgungswerke der freien Berufe, nicht jedoch Einrichtungen der Sozialversicherung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 1. Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien in Deutschland

Mio €

Zeit	Festverzinsliche Wertpapiere										
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz					Erwerb				
		inländische Schuldverschreibungen 1)	Bank-schuld-ver-schrei-bungen	Anleihen von Unter-nehmen 2) (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffent-lichen Hand 3)	aus-ländische Schuldver-schrei-bungen 4)	Inländer				Aus-länder 8)
zu-sammen	zu-sammen 5)	Kredit-institute einschließlich Bauspar-kassen 6)					Deutsche Bundesbank	übrige Sektoren 7)			
2003	184 679	134 455	31 404	30 262	72 788	50 224	105 557	35 748	.	69 809	79 122
2004	233 890	133 711	64 231	10 778	58 703	100 179	108 119	121 841	.	13 723	125 772
2005	252 658	110 542	39 898	2 682	67 965	142 116	94 718	61 740	.	32 978	157 940
2006	242 006	102 379	40 995	8 943	52 446	139 627	125 423	68 893	.	56 530	116 583
2007	217 798	90 270	42 034	20 123	28 111	127 528	- 26 762	96 476	.	123 238	244 560
2008	76 490	66 139	- 45 712	86 527	25 322	10 351	18 236	68 049	.	49 813	58 254
2009	70 208	- 538	- 114 902	22 709	91 655	70 747	90 154	12 973	8 645	77 181	- 19 945
2010	146 620	- 1 212	- 7 621	24 044	- 17 635	147 831	92 682	- 103 271	22 967	172 986	53 938
2011	33 649	13 575	- 46 796	850	59 521	20 075	- 23 876	- 94 793	36 805	34 112	57 525
2012	54 952	- 21 419	- 98 820	- 8 701	86 103	76 370	- 1 139	- 42 017	- 3 573	44 450	56 092
2013	- 9 340	- 101 616	- 117 187	153	15 415	92 275	23 033	- 25 778	- 12 708	61 521	- 32 374
2014	68 533	- 31 962	- 47 404	- 1 330	16 776	100 493	49 539	- 12 128	- 11 951	73 618	18 994
2014 Mai	32 168	- 28 566	- 11 336	- 1 127	18 357	3 602	2 591	- 1 764	- 966	1 793	29 576
Juni	1 652	- 5 765	- 9 400	- 4 686	8 321	7 417	2 811	- 2 240	- 1 632	6 683	- 1 159
Juli	3 087	- 2 955	- 2 229	5 062	- 5 788	6 042	9 896	32	- 1 640	11 504	- 6 809
Aug.	10 406	- 14 890	- 4 695	- 1 327	11 523	- 4 485	- 5 222	- 2 744	- 1 666	812	15 628
Sept.	7 891	- 7 661	- 4 017	- 218	3 426	15 551	15 169	7 579	- 373	7 963	- 7 279
Okt.	5 342	- 2 321	- 6 304	- 1 626	5 609	7 663	6 756	- 5 699	- 981	13 436	- 1 414
Nov.	20 323	- 2 177	- 4 561	- 305	7 044	18 145	10 445	8 392	- 660	2 713	9 877
Dez.	- 23 629	- 23 897	- 7 257	227	- 16 867	268	- 4 942	- 15 489	27	10 520	- 18 687
2015 Jan.	23 198	12 020	9 062	2 258	700	11 178	1 533	11 589	- 736	- 9 320	21 665
Febr.	18 624	8 157	4 938	5 576	- 2 357	10 467	25 502	- 4 119	681	28 940	- 6 879
März	10 347	- 5 223	- 3 851	2 007	- 3 379	15 570	25 138	1 999	12 589	10 550	- 14 791

Mio €

Zeit	Aktien							
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz		Erwerb			Ausländer 13)	
		inländische Aktien 9)	ausländische Aktien 10)	zu-sammen 11)	Kredit-institute 6)	übrige Sektoren 12)		
2003	-	11 896	16 838	- 4 946	15 121	7 056	22 177	27 016
2004	-	3 317	10 157	- 13 474	7 432	5 045	2 387	10 748
2005	-	32 364	13 766	18 597	1 036	10 208	9 172	31 329
2006	-	26 276	9 061	17 214	7 528	11 323	3 795	18 748
2007	-	5 009	10 053	- 15 062	62 308	6 702	55 606	57 299
2008	-	29 452	11 326	40 778	2 743	23 079	25 822	32 194
2009	-	35 980	23 962	12 018	30 496	8 335	38 831	5 484
2010	-	37 767	20 049	17 719	36 406	7 340	29 066	1 361
2011	-	25 833	21 713	4 120	40 804	670	40 134	14 971
2012	-	17 426	5 120	12 306	16 126	10 259	5 867	1 300
2013	-	29 243	10 106	19 137	24 322	11 991	12 331	4 921
2014	-	45 491	18 778	26 713	33 307	17 078	16 229	12 184
2014 Mai	-	11 714	868	10 846	4 994	- 7 328	12 322	6 720
Juni	-	11 563	9 015	2 548	430	168	262	11 133
Juli	-	3 399	1 770	1 629	6 776	3 182	3 594	3 377
Aug.	-	1 413	291	1 704	2 860	- 2 003	857	1 447
Sept.	-	4 140	4 218	78	3 667	1 111	4 778	7 807
Okt.	-	1 951	1 221	3 172	8 030	- 4 565	3 465	6 079
Nov.	-	270	245	515	2 412	2 047	365	2 682
Dez.	-	11 881	189	11 692	12 527	7 310	5 217	646
2015 Jan.	-	735	78	657	6 696	7 111	415	5 961
Febr.	-	3 393	117	3 276	3 057	5 160	2 103	6 450
März	-	589	49	638	6 349	8 522	14 871	5 760

1 Netto-Absatz zu Kurswerten plus/minus Eigenbestandsveränderungen bei den Emittenten. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundeseseisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Schuldverschreibungen durch Inländer; Transaktionswerte. 5 In- und ausländische Schuldverschreibungen. 6 Buchwerte; statistisch bereinigt. 7 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. Bis Ende 2008 einschließlich Deutsche Bundesbank. 8 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Schuldverschreibungen durch Ausländer; Transaktions-

werte. 9 Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften; zu Emissionskursen. 10 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Aktien (einschließlich Direktinvestitionen) durch Inländer; Transaktionswerte. 11 In- und ausländische Aktien. 12 Als Rest errechnet; enthält auch den Erwerb in- und ausländischer Wertpapiere durch inländische Investmentfonds. 13 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) inländischer Aktien (einschl. Direktinvestitionen) durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig; Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## VIII. Kapitalmarkt

### 2. Absatz festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Insgesamt	Bankschuldverschreibungen 1)					Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs) 2)	Anleihen der öffentlichen Hand 3)	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
		zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Darlehen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
<b>Brutto-Absatz 4)</b>									
2003	958 917	668 002	47 828	107 918	140 398	371 858	22 510	268 406	2 850
2004	990 399	688 844	33 774	90 815	162 353	401 904	31 517	270 040	12 344
2005	988 911	692 182	28 217	103 984	160 010	399 969	24 352	272 380	600
2006	925 863	622 055	24 483	99 628	139 193	358 750	29 975	273 834	69
2007	1 021 533	743 616	19 211	82 720	195 722	445 963	15 043	262 872	–
2008	1 337 337	961 271	51 259	70 520	382 814	456 676	95 093	280 974	–
2009	1 533 616	1 058 815	40 421	37 615	331 566	649 215	76 379	398 423	–
2010	1 375 138	757 754	36 226	33 539	363 828	324 160	53 654	563 731	–
2011	1 337 772	658 781	31 431	24 295	376 876	226 180	86 615	592 376	–
2012	1 340 568	702 781	36 593	11 413	446 153	208 623	63 259	574 529	–
2013	1 433 628	908 107	25 775	12 963	692 611	176 758	66 630	458 891	–
2014	1 362 056	829 864	24 202	13 016	620 409	172 236	79 873	452 321	–
2014 Aug.	109 326	75 365	932	940	54 900	18 594	2 172	31 789	–
Sept.	101 795	60 749	4 805	1 218	37 935	16 792	8 843	32 204	–
Okt.	123 390	69 634	2 072	1 771	54 826	10 965	6 850	46 907	–
Nov.	105 190	67 032	2 191	315	50 578	13 948	6 956	31 202	–
Dez.	98 708	66 890	731	928	50 249	14 981	6 515	25 303	–
2015 Jan.	139 925	90 524	3 485	795	63 247	22 996	6 550	42 851	–
Febr.	129 489	87 976	3 401	1 493	64 175	18 907	7 601	33 912	–
März	128 867	81 088	3 531	1 598	56 183	19 775	11 000	36 779	–
<b>darunter: Schuldverschreibungen mit Laufzeit von über 4 Jahren 5)</b>									
2003	369 336	220 103	23 210	55 165	49 518	92 209	10 977	138 256	2 850
2004	424 769	275 808	20 060	48 249	54 075	153 423	20 286	128 676	4 320
2005	425 523	277 686	20 862	63 851	49 842	143 129	16 360	131 479	400
2006	337 969	190 836	17 267	47 814	47 000	78 756	14 422	132 711	69
2007	315 418	183 660	10 183	31 331	50 563	91 586	13 100	118 659	–
2008	387 516	190 698	13 186	31 393	54 834	91 289	84 410	112 407	–
2009	361 999	185 575	20 235	20 490	59 809	85 043	55 240	121 185	–
2010	381 687	169 174	15 469	15 139	72 796	65 769	34 649	177 863	–
2011	368 039	153 309	13 142	8 500	72 985	58 684	41 299	173 431	–
2012	421 018	177 086	23 374	6 482	74 386	72 845	44 042	199 888	–
2013	372 805	151 797	16 482	10 007	60 662	64 646	45 244	175 765	–
2014	420 006	157 720	17 678	8 904	61 674	69 462	56 249	206 037	–
2014 Aug.	21 235	8 481	717	410	1 715	5 639	463	12 291	–
Sept.	39 315	16 184	2 937	952	3 856	8 439	7 704	15 427	–
Okt.	35 987	9 295	1 419	609	4 042	3 225	4 826	21 865	–
Nov.	32 395	15 177	1 117	212	8 119	5 728	3 878	13 340	–
Dez.	27 575	11 748	731	858	2 963	7 195	3 729	12 098	–
2015 Jan.	44 986	19 854	3 185	400	9 064	7 205	2 400	22 733	–
Febr.	34 715	15 495	2 581	887	4 767	7 260	3 704	15 516	–
März	31 221	12 771	2 374	1 548	1 548	7 301	6 717	11 733	–
<b>Netto-Absatz 6)</b>									
2003	124 556	40 873	2 700	–	42 521	44 173	18 431	65 253	–
2004	167 233	81 860	1 039	–	52 615	50 142	18 768	66 605	–
2005	141 715	65 798	–	2 151	–	37 242	10 099	65 819	–
2006	129 423	58 336	–	12 811	–	44 890	15 605	55 482	–
2007	86 579	58 168	–	10 896	–	46 629	–	32 093	–
2008	119 472	8 517	–	15 052	–	25 165	–	28 302	–
2009	76 441	–	75 554	858	–	25 579	–	103 482	–
2010	21 566	–	87 646	–	3 754	–	–	85 464	–
2011	22 518	–	54 582	–	1 657	–	–	80 289	–
2012	–	85 298	–	100 198	–	–	–	21 298	–
2013	–	140 017	–	125 932	–	–	–	15 479	–
2014	–	34 020	–	56 899	–	–	–	12 383	–
2014 Aug.	16 022	–	4 579	–	1 287	–	–	12 552	–
Sept.	–	3 467	–	2 745	493	–	–	1 888	–
Okt.	–	4 570	–	7 639	–	–	–	4 724	–
Nov.	5 589	–	3 094	–	1 248	–	–	8 372	–
Dez.	–	27 860	–	12 169	–	–	–	16 214	–
2015 Jan.	10 747	–	17 476	–	1 453	–	–	8 277	–
Febr.	11 007	–	8 697	–	601	–	–	2 669	–
März	–	5 487	–	3 480	–	–	–	3 965	–

\* Begriffsabgrenzungen s. Erläuterungen im Statistischen Beihet 2 Kapitalmarktstatistik, S. 63 ff. 1 Ohne Bank-Namenschuldverschreibungen. 2 Ab Januar 2011 inklusive grenzüberschreitender konzerninterner Verrechnungen. 3 Einschl. Bundes-

eisenbahnvermögen, Bundespost und Treuhandanstalt. 4 Brutto-Absatz ist nur der Erstabsatz neu aufgelegter Wertpapiere. 5 Längste Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen. 6 Brutto-Absatz minus Tilgung.

## VIII. Kapitalmarkt

### 3. Umlauf festverzinslicher Wertpapiere von Emittenten mit Sitz in Deutschland \*)

Mio € Nominalwert

Stand am Jahres- bzw. Monatsende/ Laufzeit in Jahren	Bankschuldverschreibungen 1)						Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen			
2003	2 605 775	1 603 906	158 321	606 541	266 602	572 442	55 076	946 793	192 666
2004	2 773 007	1 685 766	159 360	553 927	316 745	655 734	73 844	1 013 397	170 543
2005	2 914 723	1 751 563	157 209	519 674	323 587	751 093	83 942	1 079 218	134 580
2006	3 044 145	1 809 899	144 397	499 525	368 476	797 502	99 545	1 134 701	115 373
2007	3 130 723	1 868 066	133 501	452 896	411 041	870 629	95 863	1 166 794	85 623
2008	3 250 195	1 876 583	150 302	377 091	490 641	858 550	178 515	1 195 097	54 015
2009	3 326 635	1 801 029	151 160	296 445	516 221	837 203	227 024	1 298 581	32 978
2010	3 348 201 2)	1 570 490	147 529	232 954	544 517 2)	645 491	250 774 2)	1 526 937	22 074
2011	3 370 721	1 515 911	149 185	188 663	577 423	600 640	247 585	1 607 226	16 085
2012	3 285 422 2)	1 414 349	145 007	147 070	574 163 2)	548 109 2)	220 456 2)	1 650 617	13 481
2013	3 145 329	1 288 340	127 641	109 290	570 136	481 273	221 851	1 635 138	10 422
2014	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2014 Sept.	3 138 149	1 254 343	121 095	91 204	573 834	468 209	233 168	1 650 639	7 919
Okt.	3 133 579	1 246 703	120 815	90 135	573 869	461 885	231 513	1 655 363	7 919
Nov.	3 139 168	1 243 609	122 062	87 057	573 424	461 066	231 825	1 663 734	7 919
Dez.	3 111 308	1 231 445	121 328	85 434	569 409	455 274	232 342	1 647 520	7 797
2015 Jan.	3 122 055	1 248 922	122 781	85 150	579 295	461 695	233 890	1 639 243	7 797
Febr.	3 133 061	1 257 618	122 180	84 442	591 265	459 731	238 838	1 636 605	6 547
März	3 127 575	1 254 139	124 498	84 741	588 041	456 859	240 796	1 632 640	6 547

#### Aufgliederung nach Restlaufzeiten 3)

Stand Ende: März 2015

Restlaufzeit	Insgesamt	zusammen	Hypothekendarlehen	Öffentliche Pfandbriefe	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Sonstige Bankschuldverschreibungen	Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Anleihen der öffentlichen Hand	Nachrichtlich: DM-/Euro-Auslandsanleihen unter inländ. Konsortialführung begeben
bis unter 2	1 162 945	579 203	44 233	40 237	263 600	231 133	46 938	536 804	1 954
2 bis unter 4	634 650	273 940	35 052	21 465	138 646	78 774	39 564	321 146	1 292
4 bis unter 6	464 272	181 265	24 576	11 487	96 263	48 938	41 138	241 869	146
6 bis unter 8	276 195	86 906	10 646	4 928	40 624	30 709	23 140	166 149	266
8 bis unter 10	234 359	52 046	7 359	4 353	21 641	18 692	12 479	169 836	1 362
10 bis unter 15	94 249	27 593	2 390	2 003	10 474	12 726	9 965	56 691	549
15 bis unter 20	62 955	10 942	30	156	5 095	5 661	7 317	44 697	10
20 und darüber	197 949	42 246	213	110	11 697	30 225	60 256	95 449	967

\* Einschl. der zeitweilig im Bestand der Emittenten befindlichen Schuldverschreibungen. 1 Ohne dem Treuhänder zur zeitweiligen Verwahrung übergebene Stücke. 2 Änderung in der sektoralen Zuordnung von Schuldverschreibungen. 3 Gerechnet

vom Berichtsmonat bis zur Endfälligkeit bei gesamt-fälligen Schuldverschreibungen, bis zur mittleren Fälligkeit des restlichen Umlaufbetrages bei nicht gesamt-fälligen Schuldverschreibungen.

### 4. Umlauf von Aktien in Deutschland ansässiger Emittenten \*)

Mio € Nominalwert

Zeit	Aktienkapital = Umlauf Stand am Ende des Berichtszeitraums	Nettozugang bzw. Nettoabgang (-) im Berichtszeitraum	Veränderung des Kapitals inländischer Aktiengesellschaften aufgrund von								Nachrichtlich: Umlauf zu Kurswerten (Marktkapitalisierung) Stand am Ende des Berichtszeitraums 2)
			Bareinzahlung und Umtausch von Wandelschuldverschreibungen 1)	Ausgabe von Kapitalberichtsaktien	Einbringung von Forderungen und sonstigen Sachwerten	Einbringung von Aktien, Kuxen, GmbH-Anteilen u.Ä.	Verschmelzung und Vermögensübertragung	Umwandlung in eine oder aus einer anderen Rechtsform	Kapitalherabsetzung und Auflösung		
2003	162 131	- 6 585	4 482	923	211	513	- 322	- 10 806	- 1 584	851 001	
2004	164 802	2 669	3 960	1 566	276	696	220	- 1 760	- 2 286	887 217	
2005	163 071	- 1 733	2 470	1 040	694	268	- 1 443	- 3 060	- 1 703	1 058 532	
2006	163 764	695	2 670	3 347	604	954	- 1 868	- 1 256	- 3 761	1 279 638	
2007	164 560	799	3 164	1 322	200	269	- 682	- 1 847	- 1 636	1 481 930	
2008	168 701	4 142	5 006	1 319	152	0	- 428	- 608	- 1 306	830 622	
2009	175 691	6 989	12 476	398	97	-	- 3 741	- 1 269	- 974	927 256	
2010	174 596	- 1 096	3 265	497	178	10	- 486	- 993	- 3 569	1 091 220	
2011	177 167	2 570	6 390	552	462	9	- 552	- 762	- 3 532	924 214	
2012	178 617	1 449	3 046	129	570	-	- 478	594	- 2 411	1 150 188	
2013	171 741	- 6 879	2 971	718	476	-	- 1 432	- 619	- 8 992	1 432 658	
2014	177 097	5 356	5 332	1 265	1 714	-	- 465	- 1 044	- 1 446	1 478 063	
2014 Sept.	175 138	1 488	1 621	125	23	-	- 29	- 125	- 127	1 401 240	
Okt.	176 375	1 237	563	-	780	-	- 15	- 27	- 63	1 389 691	
Nov.	176 551	176	235	-	-	-	35	17	- 111	1 483 086	
Dez.	177 097	546	178	1	625	-	11	13	- 260	1 478 063	
2015 Jan.	177 103	6	73	11	13	-	0	30	- 61	1 595 237	
Febr.	177 200	97	87	1	64	-	0	20	- 35	1 690 516	
März	177 159	- 41	43	-	78	-	- 47	- 16	- 99	1 773 480	

\* Ohne Aktien der Investmentaktiengesellschaften. 1 Einschl. der Ausgabe von Aktien aus Gesellschaftsgewinn. 2 Einbezogen sind Gesellschaften, deren Aktien zum Regulierten Markt (mit dessen Einführung wurde am 1. November 2007 die Unterteilung der organisierten Zulassungssegmente in den Amtlichen und Regierten Markt aufge-

haben) oder zum Neuen Markt (Börsensegment wurde am 24. März 2003 eingestellt) zugelassen sind; ferner auch Gesellschaften, deren Aktien im Open Market (Freiverkehr) gehandelt werden. Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben der Herausgebergemeinschaft Wertpapier-Mitteilungen und der Deutsche Börse AG.

## VIII. Kapitalmarkt

### 5. Renditen und Indizes deutscher Wertpapiere

Zeit	Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten 1)								Indizes 2) 3)				
	insgesamt	Anleihen der öffentlichen Hand			Bank-schuldverschreibungen		Anleihen von Unternehmen (Nicht-MFIs)	Renten		Aktien			
		zusammen	börsennotierte Bundeswertpapiere		zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)		zusammen	mit Restlaufzeit über 9 bis 10 Jahre	Deutscher Renten-index (REX)	iBoxx-€-Deutschland-Kursindex	CDAX-Kursindex	Deutscher Aktien-index (DAX)
			zusammen	mit Restlaufzeit von 9 bis 10 Jahren 4)									
% p.a.								Tagesdurchschnittskurs	Ende 1998=100	Ende 1987=100	Ende 1987=1000		
2003	3,7	3,8	3,8	4,1	3,7	4,3	5,0	117,36	97,09	252,48	3 965,16		
2004	3,7	3,7	3,7	4,0	3,6	4,2	4,0	120,19	99,89	268,32	4 256,08		
2005	3,1	3,2	3,2	3,4	3,1	3,5	3,7	120,92	101,09	335,59	5 408,26		
2006	3,8	3,7	3,7	3,8	3,8	4,0	4,2	116,78	96,69	407,16	6 596,92		
2007	4,3	4,3	4,2	4,2	4,4	4,5	5,0	114,85	94,62	478,65	8 067,32		
2008	4,2	4,0	4,0	4,0	4,5	4,7	6,3	121,68	102,06	266,33	4 810,20		
2009	3,2	3,1	3,0	3,2	3,5	4,0	5,5	123,62	100,12	320,32	5 957,43		
2010	2,5	2,4	2,4	2,7	2,7	3,3	4,0	124,96	102,95	368,72	6 914,19		
2011	2,6	2,4	2,4	2,6	2,9	3,5	4,3	131,48	109,53	304,60	5 898,35		
2012	1,4	1,3	1,3	1,5	1,6	2,1	3,7	135,11	111,18	380,03	7 612,39		
2013	1,4	1,3	1,3	1,6	1,3	2,1	3,4	132,11	105,92	466,53	9 552,16		
2014	1,0	1,0	1,0	1,2	0,9	1,7	3,0	139,68	114,37	468,39	9 805,55		
2014 Nov.	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	1,1	2,5	138,40	113,23	474,80	9 980,85		
2014 Dez.	0,6	0,6	0,6	0,6	0,5	1,0	2,4	139,68	114,37	468,39	9 805,55		
2015 Jan.	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,8	2,3	140,04	116,78	509,65	10 694,32		
2015 Febr.	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,7	2,2	140,18	116,47	543,06	11 401,66		
2015 März	0,3	0,2	0,2	0,2	0,3	0,6	2,1	140,52	118,05	567,47	11 966,17		
2015 April	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,7	2,0	139,85	116,16	543,36	11 454,38		

1 Inhaberschuldverschreibungen mit einer längsten Laufzeit gemäß Emissionsbedingungen von über 4 Jahren, soweit ihre mittlere Restlaufzeit mehr als 3 Jahre beträgt. Außer Betracht bleiben Wandelschuldverschreibungen u.Ä., Schuldverschreibungen mit unplanmäßiger Tilgung, Null-Kupon-Anleihen, variabel verzinsliche Anleihen und Anleihen, die nicht in Euro denominated sind. Die Gruppenrenditen für die Wertpapier-

arten sind gewogen mit den Umlaufbeträgen der in die Berechnung einbezogenen Schuldverschreibungen. Die Monatszahlen werden aus den Renditen aller Geschäftstage eines Monats errechnet. Die Jahreszahlen sind ungewogene Mittel der Monatszahlen. 2 Stand am Jahres- bzw. Monatsende. 3 Quelle: Deutsche Börse AG. 4 Einbezogen sind nur futurefähige Anleihen; als ungewogener Durchschnitt ermittelt.

### 6. Absatz und Erwerb von Anteilen an Investmentfonds in Deutschland

Zeit	Mio €													
	Absatz = Erwerb insgesamt	Absatz							Erwerb					
		Offene inländische Fonds 1) (Mittelaufkommen)							Inländer					
		zu-sammen	Publikumsfonds		Geldmarkt-fonds	Wertpapier-fonds	Immobili-fonds	Spezial-fonds	aus-ländische Fonds 4)	zu-sammen	Kreditinstitute 2) einschl. Bausparkassen		übrige Sektoren 3)	
zu-sammen	darunter		zu-sammen	darunter ausländische Anteile							zu-sammen	darunter ausländische Anteile	Aus-länder 5)	
2003	47 754	43 943	20 079	924	7 408	14 166	23 864	3 811	49 547	2 658	734	52 205	3 077	1 793
2004	14 435	1 453	3 978	6 160	1 246	3 245	5 431	12 982	10 267	8 446	3 796	1 821	9 186	4 168
2005	85 268	41 718	6 400	124	7 001	3 186	35 317	43 550	79 252	21 290	7 761	57 962	35 789	6 016
2006	47 264	19 535	14 257	490	9 362	8 814	33 791	27 729	39 006	14 676	5 221	24 330	22 508	8 258
2007	55 778	13 436	7 872	4 839	12 848	6 840	21 307	42 342	51 309	229	4 240	51 538	38 102	4 469
2008	2 598	7 911	14 409	12 171	11 149	799	6 498	10 509	11 315	16 625	9 252	27 940	19 761	8 717
2009	49 929	43 747	10 966	5 047	11 749	2 686	32 780	6 182	38 132	14 995	8 178	53 127	14 361	11 796
2010	106 190	84 906	13 381	148	8 683	1 897	71 345	21 284	102 591	3 873	6 290	98 718	14 994	3 598
2011	46 511	45 221	1 340	379	2 037	1 562	46 561	1 291	39 474	7 576	694	47 050	1 984	7 036
2012	111 609	89 942	2 084	1 036	97	3 450	87 859	21 667	115 031	3 062	1 562	118 093	23 229	3 422
2013	123 276	91 337	9 184	574	5 596	3 376	82 153	31 939	117 189	771	100	116 418	31 838	6 086
2014	127 129	88 804	4 177	471	1 431	944	84 627	38 324	132 773	969	1 753	131 804	40 077	5 642
2014 Sept.	9 253	3 068	3 343	22	3 578	156	6 411	6 186	12 194	1 450	1 110	10 744	5 076	2 940
2014 Okt.	9 558	7 187	1 264	76	71	1 403	8 452	2 371	11 288	861	200	10 427	2 171	1 729
2014 Nov.	17 509	12 854	290	40	826	287	13 145	4 654	18 301	357	1 202	18 658	5 856	792
2014 Dez.	8 926	9 846	100	20	36	316	9 746	920	9 862	1 329	1 696	11 191	776	936
2015 Jan.	23 837	21 924	3 817	69	3 058	433	18 106	1 913	22 381	2 405	1 434	19 976	479	1 456
2015 Febr.	25 786	19 185	4 085	20	3 661	386	15 100	6 601	23 346	1 001	355	22 345	6 246	2 440
2015 März	23 611	14 363	1 673	43	669	433	12 690	9 248	23 144	1 969	1 450	21 175	7 798	467

1 Einschl. Investmentaktiengesellschaften. 2 Buchwerte. 3 Als Rest errechnet. 4 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-) ausländischer Investmentfondsanteile durch Inländer; Transaktionswerte. 5 Netto-Erwerb bzw. Netto-Veräußerung (-)

inländischer Investmentfondsanteile durch Ausländer; Transaktionswerte. — Die Ergebnisse für den jeweils neuesten Termin sind vorläufig, Korrekturen werden nicht besonders angemerkt.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 1. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014				
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	
<b>Geldvermögensbildung</b>										
Bargeld und Einlagen	- 1,51	0,61	-14,95	39,31	15,19	- 13,00	- 7,22	14,39	- 9,13	
Schuldverschreibungen insgesamt	- 2,65	0,18	- 1,63	1,76	- 0,58	1,52	0,29	0,10	- 3,53	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 2,61	1,56	1,62	0,78	- 0,38	1,79	- 0,13	- 0,44	0,40	
langfristige Schuldverschreibungen	- 0,03	- 1,39	- 3,24	0,98	- 0,20	- 0,27	0,42	0,54	- 3,93	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	- 4,87	- 1,27	- 1,88	0,70	- 1,10	- 0,26	1,05	0,06	- 2,74	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 2,14	- 1,26	- 0,09	- 0,25	- 0,37	0,05	- 0,43	- 0,52	
Staat	.	0,07	- 0,57	0,38	- 0,31	0,08	0,66	0,80	- 2,12	
Schuldverschreibungen des Auslands	2,22	1,44	0,26	1,06	0,53	1,78	- 0,76	0,04	- 0,80	
Kredite insgesamt	20,32	39,05	45,69	10,37	- 7,51	17,01	2,57	15,84	10,27	
kurzfristige Kredite	9,78	55,02	39,94	9,81	7,55	14,34	6,28	16,19	3,14	
langfristige Kredite	10,54	-15,96	5,75	0,56	- 15,06	2,68	- 3,71	- 0,35	7,13	
nachrichtlich:										
Kredite an inländische Sektoren	19,11	31,97	42,21	9,07	0,33	14,54	6,08	7,58	14,02	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	28,03	7,75	0,41	8,47	1,89	5,05	12,62	
finanzielle Kapitalgesellschaften	9,73	1,92	14,36	1,27	- 0,13	6,12	4,23	2,57	1,45	
Staat	0,50	0,21	- 0,18	0,05	0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	- 0,05	
Kredite an das Ausland	1,21	7,09	3,47	1,30	- 7,83	2,47	- 3,51	8,26	- 3,75	
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	36,58	20,85	3,90	7,92	6,97	8,56	- 2,78	9,04	- 10,93	
Anteilsrechte insgesamt	36,77	13,20	14,28	6,47	4,62	7,39	- 0,60	7,92	- 0,44	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	8,70	- 1,62	2,99	1,05	- 0,93	- 0,69	2,77	- 2,76	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 0,95	3,78	- 0,04	- 0,06	0,02	0,10	0,47	3,19	
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	13,73	9,07	2,95	2,83	2,46	7,96	- 1,54	0,18	
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	38,27	- 9,23	6,83	0,52	0,74	5,86	- 7,87	6,69	2,14	
Anteile an Investmentfonds	- 0,20	7,65	-10,38	1,45	2,35	1,17	- 2,18	1,13	- 10,50	
Geldmarktfonds	0,03	- 0,15	0,23	0,22	- 0,27	0,48	- 0,16	- 0,01	- 0,08	
Sonstige Investmentfonds	- 0,22	7,80	-10,61	1,23	2,62	0,68	- 2,02	1,14	- 10,41	
Versicherungstechnische Rückstellungen	1,34	2,82	2,95	0,70	0,76	0,72	0,72	0,77	0,75	
Finanzderivate	0,72	6,49	6,01	1,56	0,62	- 2,80	- 0,38	- 0,25	9,44	
Sonstige Forderungen	87,14	174,79	-66,76	76,27	26,46	- 3,91	- 22,83	- 15,08	- 24,94	
<b>Insgesamt</b>	<b>141,93</b>	<b>244,79</b>	<b>-24,79</b>	<b>137,87</b>	<b>41,93</b>	<b>8,11</b>	<b>- 29,64</b>	<b>24,81</b>	<b>- 28,08</b>	
<b>Außenfinanzierung</b>										
Schuldverschreibungen insgesamt	18,72	12,78	1,26	- 0,49	0,94	1,18	- 6,30	2,05	4,32	
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 1,58	- 1,12	-11,63	- 1,24	- 4,13	- 2,75	- 6,35	- 1,65	- 0,88	
langfristige Schuldverschreibungen	20,30	13,90	12,89	0,75	5,07	3,93	0,05	3,70	5,20	
nachrichtlich:										
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	5,29	5,26	1,24	0,21	2,47	1,78	- 0,14	1,15	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	0,81	- 0,05	0,41	- 0,55	0,03	0,34	- 0,32	- 0,10	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	3,04	5,12	0,06	0,75	2,34	1,12	0,25	1,41	
Staat	.	- 0,05	0,00	- 0,04	0,00	- 0,01	0,00	0,00	0,00	
Private Haushalte	.	1,50	0,20	0,81	0,01	0,11	0,32	- 0,07	0,16	
Schuldverschreibungen des Auslands	.	7,48	- 4,00	- 1,73	0,73	- 1,29	- 8,08	2,19	3,17	
Kredite insgesamt	6,09	49,36	38,16	- 12,32	4,94	25,72	27,66	- 17,93	2,71	
kurzfristige Kredite	7,80	42,81	1,34	3,46	- 4,02	20,57	14,18	- 12,54	- 20,87	
langfristige Kredite	- 1,71	6,55	36,82	- 15,78	8,96	5,16	13,48	- 5,39	23,58	
nachrichtlich:										
Kredite von inländischen Sektoren	-15,68	17,57	57,77	- 9,16	- 9,48	29,24	20,90	- 7,76	15,39	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	8,87	29,84	28,03	7,75	0,41	8,47	1,89	5,05	12,62	
finanzielle Kapitalgesellschaften	- 8,18	9,35	19,22	1,24	- 9,61	20,36	8,84	- 4,04	- 5,95	
Staat	-16,37	-21,62	10,52	- 18,16	- 0,27	0,41	10,17	- 8,78	8,72	
Kredite aus dem Ausland	21,77	31,74	-19,61	- 3,16	14,42	- 3,52	6,76	- 10,17	- 12,68	
Anteilsrechte insgesamt	12,74	15,94	23,88	3,79	7,73	2,31	2,57	5,05	13,95	
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	- 4,57	- 1,62	2,09	- 7,00	3,33	- 0,32	0,72	- 5,35	
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	9,65	- 5,39	3,03	1,11	- 0,94	- 0,79	2,29	- 5,95	
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	- 5,02	0,92	2,03	- 3,98	4,41	- 0,01	- 2,49	- 0,98	
Staat	.	- 0,98	0,05	- 0,07	0,01	0,01	0,01	0,01	0,01	
Private Haushalte	.	- 8,21	2,80	- 2,90	- 4,13	- 0,15	0,47	0,90	1,57	
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	7,90	10,37	- 2,27	8,38	- 2,71	2,18	3,58	7,32	
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	9,44	12,60	15,13	3,96	6,35	1,69	0,70	0,75	11,99	
Versicherungstechnische Rückstellungen	7,69	6,00	6,00	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	1,50	
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	8,09	3,72	16,75	1,68	- 4,03	2,28	2,46	2,47	9,55	
Sonstige Verbindlichkeiten	18,75	31,21	3,99	28,07	- 0,35	- 2,08	- 1,28	17,35	- 10,00	
<b>Insgesamt</b>	<b>72,07</b>	<b>119,00</b>	<b>90,04</b>	<b>22,22</b>	<b>10,73</b>	<b>30,91</b>	<b>26,61</b>	<b>10,49</b>	<b>22,04</b>	

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 2. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	413,7	411,8	406,4	394,6	411,8	372,5	359,0	389,9	406,4
Schuldverschreibungen insgesamt	51,9	48,6	47,5	49,4	48,6	50,4	50,9	51,1	47,5
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,6	5,1	6,8	5,5	5,1	6,9	6,8	6,4	6,8
langfristige Schuldverschreibungen	48,3	43,5	40,8	43,9	43,5	43,4	44,1	44,7	40,8
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	24,6	22,9	25,8	24,6	24,4	25,5	25,6	22,9
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7	4,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	13,8	12,7	14,1	13,8	13,5	13,6	13,2	12,7
Staat	.	6,1	5,7	6,5	6,1	6,2	6,9	7,7	5,7
Schuldverschreibungen des Auslands	.	24,0	24,6	23,6	24,0	26,0	25,4	25,5	24,6
Kredite insgesamt	411,5	456,6	506,7	462,4	456,6	472,0	478,8	496,6	506,7
kurzfristige Kredite	291,4	351,7	392,5	342,7	351,7	364,7	372,2	389,5	392,5
langfristige Kredite	120,1	104,9	114,2	119,7	104,9	107,4	106,5	107,1	114,2
nachrichtlich:									
Kredite an inländische Sektoren	284,8	316,7	359,0	316,4	316,7	331,3	337,4	344,9	359,0
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	255,4	227,0	227,4	235,9	237,8	242,8	255,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	80,9	82,9	97,2	83,0	82,9	89,0	93,2	95,8	97,2
Staat	6,3	6,5	6,3	6,5	6,5	6,5	6,4	6,4	6,3
Kredite an das Ausland	126,7	139,8	147,7	146,0	139,8	140,8	141,4	151,7	147,7
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	1 627,2	1 786,9	1 881,1	1 702,0	1 786,9	1 788,5	1 811,8	1 849,1	1 881,1
Anteilsrechte insgesamt	1 498,2	1 648,8	1 745,6	1 566,4	1 648,8	1 647,6	1 669,9	1 703,9	1 745,6
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	275,4	262,2	251,9	275,4	266,3	266,0	254,6	262,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9	252,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	5,7	10,0	5,2	5,7	5,7	5,5	5,7	10,0
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	64,5	74,3	61,4	64,5	67,6	75,7	74,2	74,3
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 229,3	1 308,9	1 409,1	1 253,1	1 308,9	1 313,8	1 328,1	1 375,1	1 409,1
Anteile an Investmentfonds	129,0	138,1	135,5	135,6	138,1	140,9	141,9	145,2	135,5
Geldmarktfonds	.	1,1	1,2	1,4	1,1	1,6	1,5	1,4	1,2
Sonstige Investmentfonds	129,0	137,0	134,4	134,2	137,0	139,3	140,4	143,9	134,4
Versicherungstechnische Rückstellungen	43,3	46,1	49,2	45,4	46,1	46,9	47,6	48,4	49,2
Finanzderivate	18,0	16,8	22,8	17,6	16,8	14,0	13,6	13,3	22,8
Sonstige Forderungen	824,2	893,2	873,4	874,5	893,2	874,2	859,8	866,4	873,4
<b>Insgesamt</b>	<b>3 389,7</b>	<b>3 660,0</b>	<b>3 786,9</b>	<b>3 545,8</b>	<b>3 660,0</b>	<b>3 618,5</b>	<b>3 621,5</b>	<b>3 714,9</b>	<b>3 786,9</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Schuldverschreibungen insgesamt	130,9	138,9	150,9	137,5	138,9	142,5	138,0	143,1	150,9
kurzfristige Schuldverschreibungen	14,6	13,4	1,8	17,6	13,4	10,7	4,4	2,7	1,8
langfristige Schuldverschreibungen	116,3	125,4	149,1	119,9	125,4	131,8	133,6	140,4	149,1
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren	.	51,6	60,7	51,4	51,6	55,3	58,0	59,2	60,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	4,7	4,6	5,2	4,7	4,7	5,0	4,7	4,6
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	31,3	40,3	30,4	31,3	34,9	36,7	38,4	40,3
Staat	.	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Private Haushalte	.	15,6	15,8	15,7	15,6	15,7	16,2	16,0	15,8
Schuldverschreibungen des Auslands	.	87,3	90,2	86,1	87,3	87,2	80,0	83,9	90,2
Kredite insgesamt	1 342,0	1 429,9	1 447,1	1 415,1	1 429,9	1 447,8	1 476,9	1 460,7	1 447,1
kurzfristige Kredite	429,0	486,9	487,6	491,2	486,9	506,8	519,8	509,4	487,6
langfristige Kredite	913,0	943,0	959,6	923,9	943,0	941,0	957,1	951,2	959,6
nachrichtlich:									
Kredite von inländischen Sektoren	1 065,3	1 115,6	1 149,3	1 119,7	1 115,6	1 141,6	1 159,5	1 150,5	1 149,3
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	197,6	227,4	255,4	227,0	227,4	235,9	237,8	242,8	255,4
finanzielle Kapitalgesellschaften	821,7	826,2	827,5	836,2	826,2	844,2	853,7	848,5	827,5
Staat	46,1	62,0	66,4	56,6	62,0	61,5	68,0	59,2	66,4
Kredite aus dem Ausland	276,7	314,3	297,9	295,3	314,3	306,2	317,5	310,1	297,9
Anteilsrechte insgesamt	2 127,9	2 433,5	2 535,1	2 265,7	2 433,5	2 443,3	2 464,9	2 425,1	2 535,1
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren	.	567,9	554,2	525,0	567,9	565,0	569,4	538,5	554,2
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften	.	269,8	252,2	246,7	269,8	260,5	260,5	248,9	252,2
finanzielle Kapitalgesellschaften	.	120,3	121,2	113,0	120,3	124,4	125,6	116,7	121,2
Staat	.	31,2	32,2	28,0	31,2	30,5	32,0	30,5	32,2
Private Haushalte	.	146,6	148,7	137,3	146,6	149,6	151,2	142,4	148,7
Börsennotierte Aktien des Auslands	.	674,8	735,7	594,2	674,8	684,2	696,5	678,5	735,7
Übrige Anteilsrechte <sup>1)</sup>	1 132,8	1 190,9	1 245,2	1 146,5	1 190,9	1 194,2	1 198,9	1 208,1	1 245,2
Versicherungstechnische Rückstellungen	237,5	243,5	249,5	242,0	243,5	245,0	246,5	248,0	249,5
Finanzderivate und Mitarbeiteraktienoptionen	40,2	37,3	54,0	45,1	37,3	39,5	42,0	44,4	54,0
Sonstige Verbindlichkeiten	957,5	980,5	1 015,1	967,7	980,5	960,2	957,4	993,5	1 015,1
<b>Insgesamt</b>	<b>4 835,9</b>	<b>5 263,5</b>	<b>5 451,7</b>	<b>5 073,1</b>	<b>5 263,5</b>	<b>5 278,4</b>	<b>5 325,7</b>	<b>5 314,7</b>	<b>5 451,7</b>

<sup>1</sup> Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 3. Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögensbildung</b>									
Bargeld und Einlagen	74,42	66,59	83,80	10,20	29,08	13,04	19,19	17,01	34,57
Bargeld	- 0,05	10,80	13,58	3,81	0,07	5,27	3,52	3,99	0,80
Einlagen insgesamt	74,47	55,79	70,22	6,39	29,01	7,77	15,67	13,01	33,77
Sichteinlagen	90,08	89,41	73,84	16,37	28,95	8,42	19,91	11,88	33,62
Termineinlagen	- 5,21	- 9,78	8,83	- 4,94	1,47	2,37	1,31	0,94	4,20
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	-10,39	-23,85	-12,45	- 5,04	- 1,40	- 3,03	- 5,56	0,19	- 4,05
Schuldverschreibungen insgesamt	-17,39	-17,81	-18,00	- 2,39	- 2,47	- 2,12	- 2,52	- 7,47	- 5,89
kurzfristige Schuldverschreibungen	- 0,26	- 0,36	- 0,67	- 0,28	- 0,20	0,11	- 0,08	- 0,39	- 0,32
langfristige Schuldverschreibungen	-17,13	-17,45	-17,33	- 2,11	- 2,28	- 2,24	- 2,44	- 7,09	- 5,57
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		-14,86	-15,08	- 2,61	- 2,53	- 2,27	- 2,64	- 5,92	- 4,25
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		1,24	0,02	0,75	- 0,07	0,09	0,27	- 0,11	- 0,23
finanzielle Kapitalgesellschaften		-12,46	-12,52	- 2,31	- 1,79	- 1,77	- 2,25	- 4,92	- 3,58
Staat		- 3,64	- 2,58	- 1,05	- 0,67	- 0,60	- 0,65	- 0,89	- 0,44
Schuldverschreibungen des Auslands		- 2,94	- 2,93	0,22	0,06	0,15	0,12	- 1,56	- 1,64
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	- 3,51	9,63	36,87	- 2,15	- 3,89	8,19	10,69	7,55	10,43
Anteilsrechte insgesamt	- 0,08	- 0,41	12,17	- 3,05	- 4,36	3,44	3,79	1,00	3,94
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		- 5,63	4,61	- 3,49	- 4,89	0,51	2,07	0,25	1,79
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		- 5,29	2,69	- 2,88	- 4,13	- 0,15	0,44	0,85	1,55
finanzielle Kapitalgesellschaften		- 0,35	1,93	- 2,61	- 2,53	0,66	1,63	- 0,60	0,23
Börsennotierte Aktien des Auslands		2,99	3,70	0,18	0,50	1,91	0,65	0,08	1,06
Übrige Anteilsrechte 1)	2,58	2,24	3,86	0,26	0,03	1,02	1,06	0,68	1,10
Anteile an Investmentfonds	- 3,42	10,04	24,70	0,90	0,47	4,75	6,91	6,55	6,49
Geldmarktfonds	0,46	- 0,30	- 0,34	- 0,02	0,14	- 0,20	- 0,16	- 0,10	0,12
Sonstige Investmentfonds	- 3,88	10,34	25,04	0,92	0,33	4,95	7,07	6,65	6,37
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	22,62	26,02	14,79	5,87	6,42	3,69	3,70	3,66	3,74
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	26,68	29,45	30,68	7,92	7,50	15,71	6,56	4,31	4,10
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	27,37	19,07	30,26	0,08	3,39	7,05	6,68	5,35	11,17
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Forderungen 2)	17,22	13,09	-21,11	11,80	- 7,51	0,27	- 8,09	4,15	- 17,44
<b>Insgesamt</b>	<b>147,41</b>	<b>146,05</b>	<b>157,28</b>	<b>31,33</b>	<b>32,51</b>	<b>45,83</b>	<b>36,22</b>	<b>34,56</b>	<b>40,67</b>
<b>Außenfinanzierung</b>									
Kredite insgesamt	15,65	11,26	19,89	8,75	0,50	0,37	5,93	9,39	4,21
kurzfristige Kredite	- 1,16	- 3,31	- 1,98	0,04	- 1,44	0,83	0,50	- 1,26	- 2,04
langfristige Kredite	16,81	14,57	21,87	8,70	1,94	- 0,46	5,43	10,65	6,25
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	18,59	18,19	24,16	8,34	3,64	0,75	5,75	9,31	8,35
Konsumentenkredite	- 0,99	- 0,30	1,03	1,69	- 1,19	1,46	0,13	1,33	- 1,90
Gewerbliche Kredite	- 1,95	- 6,64	- 5,29	- 1,28	- 1,95	- 1,84	0,04	- 1,25	- 2,24
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	15,17	12,60	18,87	8,31	2,07	- 0,99	6,10	9,60	4,17
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	0,48	- 1,30	1,02	0,43	- 1,57	1,35	- 0,17	- 0,21	0,05
Kredite vom Staat und Ausland	0,00	- 0,05	0,00	0,00	- 0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Finanzderivate	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige Verbindlichkeiten	1,36	- 0,22	0,38	0,02	- 0,47	0,19	- 0,02	0,30	- 0,09
<b>Insgesamt</b>	<b>17,01</b>	<b>11,03</b>	<b>20,27</b>	<b>8,76</b>	<b>0,03</b>	<b>0,56</b>	<b>5,91</b>	<b>9,69</b>	<b>4,12</b>

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## IX. Finanzierungsrechnung

### 4. Geldvermögen und Verbindlichkeiten der privaten Haushalte (unkonsolidiert)

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende; Mrd €

Positionen	2012	2013	2014	2013		2014			
				3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.
<b>Geldvermögen</b>									
Bargeld und Einlagen	1 847,6	1 914,0	1 997,6	1 884,9	1 914,0	1 926,8	1 945,9	1 963,0	1 997,6
Bargeld	104,4	115,2	128,8	115,2	115,2	120,5	124,0	128,0	128,8
Einlagen insgesamt	1 743,2	1 798,8	1 868,8	1 769,8	1 798,8	1 806,3	1 821,9	1 835,0	1 868,8
Sichteinlagen	818,3	907,8	981,4	878,8	907,8	916,0	935,9	947,8	981,4
Termineinlagen	255,9	245,9	254,7	244,4	245,9	248,2	249,5	250,5	254,7
Spareinlagen einschl. Sparbriefe	669,0	645,1	632,6	646,5	645,1	642,1	636,5	636,7	632,6
Schuldverschreibungen insgesamt	200,1	179,0	162,2	182,0	179,0	177,7	176,4	168,9	162,2
kurzfristige Schuldverschreibungen	3,1	2,7	2,1	2,8	2,7	2,8	2,8	2,4	2,1
langfristige Schuldverschreibungen	197,0	176,3	160,1	179,2	176,3	174,9	173,6	166,5	160,1
nachrichtlich:									
Schuldverschreibungen inländischer Sektoren		116,9	102,4	119,8	116,9	115,1	112,9	107,1	102,4
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		14,2	14,1	14,4	14,2	14,2	14,7	14,5	14,1
finanzielle Kapitalgesellschaften		90,7	78,7	92,5	90,7	89,4	87,4	82,6	78,7
Staat		12,0	9,6	12,9	12,0	11,5	10,9	10,0	9,6
Schuldverschreibungen des Auslands		62,0	59,8	62,2	62,0	62,7	63,4	61,8	59,8
Anteilsrechte und Anteile an Investmentfonds	820,2	885,9	951,4	857,2	885,9	901,6	923,4	928,9	951,4
Anteilsrechte insgesamt	446,8	487,6	508,9	467,8	487,6	496,3	502,8	497,2	508,9
Börsennotierte Aktien inländischer Sektoren		167,4	169,7	156,5	167,4	170,5	171,5	163,0	169,7
nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften		140,4	142,1	131,7	140,4	143,3	144,9	136,2	142,1
finanzielle Kapitalgesellschaften		26,9	27,6	24,8	26,9	27,1	26,6	26,9	27,6
Börsennotierte Aktien des Auslands		55,8	64,0	52,7	55,8	57,9	60,6	63,2	64,0
Übrige Anteilsrechte 1)	255,7	264,4	275,3	258,7	264,4	267,9	270,7	271,0	275,3
Anteile an Investmentfonds	373,4	398,3	442,5	389,4	398,3	405,3	420,6	431,7	442,5
Geldmarktfonds	23,7	4,4	4,0	4,3	4,4	4,2	4,1	4,0	4,0
Sonstige Investmentfonds	349,7	393,8	438,5	385,1	393,8	401,0	416,5	427,7	438,5
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Nichtlebensversicherungen sowie aus Forderungen im Rahmen standardisierter Garantien	273,3	291,3	306,1	286,8	291,3	295,0	298,7	302,4	306,1
Ansprüche privater Haushalte aus Rückstellungen bei Lebensversicherungen	809,1	847,3	879,7	837,8	847,3	863,9	871,1	875,6	879,7
Ansprüche aus Rückstellungen bei Alterssicherungssystemen, Ansprüche von Alterssicherungssystemen an die Träger von Alterssicherungssystemen und auf andere Leistungen als Alterssicherungsleistungen	677,0	708,8	739,0	696,2	708,8	715,8	722,5	727,8	739,0
Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Forderungen 2)	37,1	36,7	36,3	36,8	36,7	36,7	36,7	36,5	36,3
<b>Insgesamt</b>	<b>4 664,5</b>	<b>4 863,0</b>	<b>5 072,4</b>	<b>4 781,7</b>	<b>4 863,0</b>	<b>4 917,5</b>	<b>4 974,7</b>	<b>5 003,1</b>	<b>5 072,4</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>									
Kredite insgesamt	1 538,5	1 548,9	1 569,1	1 548,5	1 548,9	1 549,3	1 555,2	1 564,6	1 569,1
kurzfristige Kredite	71,5	66,4	64,6	68,7	66,4	67,2	67,7	66,5	64,6
langfristige Kredite	1 467,0	1 482,5	1 504,5	1 479,9	1 482,5	1 482,0	1 487,5	1 498,1	1 504,5
nachrichtlich:									
Wohnungsbaukredite	1 072,7	1 092,2	1 116,6	1 088,4	1 092,2	1 093,0	1 098,8	1 108,7	1 116,6
Konsumentenkredite	194,3	188,7	188,7	190,2	188,7	190,1	189,9	190,6	188,7
Gewerbliche Kredite	271,4	268,0	263,8	270,0	268,0	266,2	266,5	265,2	263,8
nachrichtlich:									
Kredite von Monetären Finanzinstituten	1 446,6	1 458,4	1 477,6	1 456,4	1 458,4	1 457,4	1 463,5	1 473,1	1 477,6
Kredite von sonstigen Finanzinstituten	91,8	90,5	91,5	92,1	90,5	91,9	91,7	91,5	91,5
Kredite vom Staat und Ausland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Finanzderivate	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Verbindlichkeiten	14,9	15,0	15,3	16,2	15,0	16,0	15,8	16,7	15,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 553,4</b>	<b>1 563,9</b>	<b>1 584,4</b>	<b>1 564,8</b>	<b>1 563,9</b>	<b>1 565,3</b>	<b>1 571,0</b>	<b>1 581,2</b>	<b>1 584,4</b>

1 Einschl. nichtbörsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. 2 Einschl. verzinslich angesammelte Überschussanteile bei Versicherungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 1. Gesamtstaat: Defizit und Schuldenstand in Maastricht-Abgrenzung

Zeit	Mrd €					in % des BIP				
	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen	Gesamtstaat	Bund	Länder	Gemeinden	Sozialver- sicherungen
<b>Finanzierungssaldo <sup>1)</sup></b>										
2008	- 0,5	- 14,7	- 1,5	+ 9,3	+ 6,4	- 0,0	- 0,6	- 0,1	+ 0,4	+ 0,3
2009	- 74,5	- 38,0	- 19,3	- 2,7	- 14,4	- 3,0	- 1,5	- 0,8	- 0,1	- 0,6
2010 <sup>2)</sup>	- 104,8	- 82,2	- 20,4	- 6,2	+ 3,9	- 4,1	- 3,2	- 0,8	- 0,2	+ 0,2
2011 <b>p)</b>	- 23,3	- 27,1	- 13,0	+ 1,4	+ 15,4	- 0,9	- 1,0	- 0,5	+ 0,1	+ 0,6
2012 <b>p)</b>	+ 2,6	- 14,7	- 5,7	+ 4,7	+ 18,3	+ 0,1	- 0,5	- 0,2	+ 0,2	+ 0,7
2013 <b>p)</b>	+ 4,2	- 4,5	- 2,8	+ 5,3	+ 6,1	+ 0,1	- 0,2	- 0,1	+ 0,2	+ 0,2
2014 <b>ts)</b>	+ 19,4	+ 12,8	+ 1,9	+ 1,3	+ 3,4	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,0	+ 0,1
2013 1.Hj. <b>p)</b>	+ 7,8	- 2,3	- 0,1	+ 6,2	+ 3,9	+ 0,6	- 0,2	- 0,0	+ 0,4	+ 0,3
2.Hj. <b>p)</b>	- 3,6	- 2,2	- 2,7	- 0,9	+ 2,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	+ 0,2
2014 1.Hj. <b>ts)</b>	+ 13,2	+ 1,2	- 0,0	+ 5,4	+ 6,6	+ 0,9	+ 0,1	- 0,0	+ 0,4	+ 0,5
2.Hj. <b>ts)</b>	+ 6,3	+ 11,6	+ 1,9	- 4,1	- 3,1	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,1	- 0,3	- 0,2
<b>Schuldenstand <sup>3)</sup></b>										
<b>Stand am Jahres- bzw. Quartalsende</b>										
2008	1 666,4	1 010,8	543,1	127,8	1,5	65,1	39,5	21,2	5,0	0,1
2009	1 784,1	1 079,7	585,3	133,7	1,3	72,6	43,9	23,8	5,4	0,1
2010	2 073,7	1 318,9	632,1	139,2	1,3	80,5	51,2	24,5	5,4	0,1
2011 <b>p)</b>	2 101,8	1 327,9	646,9	143,4	1,3	77,9	49,2	24,0	5,3	0,0
2012 <b>p)</b>	2 179,8	1 372,8	675,9	147,5	1,2	79,3	49,9	24,6	5,4	0,0
2013 <b>p)</b>	2 166,0	1 376,6	656,7	150,0	1,3	77,1	49,0	23,4	5,3	0,0
2014 <b>ts)</b>	2 170,0	1 383,6	653,0	151,1	1,4	74,7	47,6	22,5	5,2	0,0
2013 1.Vj. <b>p)</b>	2 168,8	1 373,0	668,1	149,3	1,2	78,8	49,9	24,3	5,4	0,0
2.Vj. <b>p)</b>	2 169,3	1 380,8	657,4	149,0	1,1	78,3	49,8	23,7	5,4	0,0
3.Vj. <b>p)</b>	2 150,6	1 366,3	650,1	149,6	1,1	77,1	49,0	23,3	5,4	0,0
4.Vj. <b>p)</b>	2 166,0	1 376,6	656,7	150,0	1,3	77,1	49,0	23,4	5,3	0,0
2014 1.Vj. <b>ts)</b>	2 154,4	1 373,9	648,2	149,8	1,2	75,8	48,4	22,8	5,3	0,0
2.Vj. <b>ts)</b>	2 162,0	1 382,5	646,6	150,5	1,1	75,6	48,3	22,6	5,3	0,0
3.Vj. <b>ts)</b>	2 162,7	1 378,7	649,0	150,8	1,1	75,1	47,9	22,5	5,2	0,0
4.Vj. <b>ts)</b>	2 170,0	1 383,6	653,0	151,1	1,4	74,7	47,6	22,5	5,2	0,0

Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen. **1** Der Finanzierungssaldo gemäß ESVG 2010 entspricht der Maastricht-Abgrenzung. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in Höhe von 4,4 Mrd €. **3** Vierteljahresangaben in

% des BIP sind auf die Wirtschaftsleistung der vier vorangegangenen Quartale bezogen.

### 2. Gesamtstaat: Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>\*</sup>)

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Finanzierungs- saldo	Nach- richtlich: Fiskalische Belastung insgesamt <sup>1)</sup>
	insgesamt	davon: Steuern	Sozial- beiträge	sonstige	insgesamt	davon: Sozial- leistungen	Arbeit- nehmer- entgelte	Zinsen	Brutto- investi- tionen	sonstige		
<b>Mrd €</b>												
2008	1 111,8	585,9	412,4	113,4	1 112,3	592,5	189,1	68,5	51,4	210,8	- 0,5	1 003,1
2009	1 090,8	554,5	415,6	120,6	1 165,3	625,2	197,8	64,8	56,2	221,2	- 74,5	974,1
2010	1 110,4	556,2	426,2	128,1	<sup>2)</sup> 1 215,3	634,7	203,5	63,3	58,9	<sup>2)</sup> 254,8	<sup>2)</sup> - 104,8	986,5
2011 <b>p)</b>	1 179,5	598,9	442,2	138,3	1 202,7	634,6	208,2	67,1	61,2	231,7	- 23,3	1 045,8
2012 <b>p)</b>	1 217,8	624,1	454,3	139,5	1 215,2	645,6	212,7	63,2	62,1	231,7	+ 2,6	1 082,9
2013 <b>p)</b>	1 249,4	642,5	465,4	141,6	1 245,3	666,8	217,6	56,3	62,8	241,8	+ 4,2	1 112,2
2014 <b>ts)</b>	1 293,8	665,9	481,6	146,3	1 274,4	691,6	223,9	50,6	63,1	245,2	+ 19,4	1 152,0
<b>in % des BIP</b>												
2008	43,5	22,9	16,1	4,4	43,5	23,2	7,4	2,7	2,0	8,2	- 0,0	39,2
2009	44,4	22,6	16,9	4,9	47,4	25,4	8,1	2,6	2,3	9,0	- 3,0	39,7
2010	43,1	21,6	16,5	5,0	<sup>2)</sup> 47,2	24,6	7,9	2,5	2,3	<sup>2)</sup> 9,9	<sup>2)</sup> - 4,1	38,3
2011 <b>p)</b>	43,7	22,2	16,4	5,1	44,6	23,5	7,7	2,5	2,3	8,6	- 0,9	38,7
2012 <b>p)</b>	44,3	22,7	16,5	5,1	44,2	23,5	7,7	2,3	2,3	8,4	+ 0,1	39,4
2013 <b>p)</b>	44,5	22,9	16,6	5,0	44,3	23,7	7,7	2,0	2,2	8,6	+ 0,1	39,6
2014 <b>ts)</b>	44,6	22,9	16,6	5,0	43,9	23,8	7,7	1,7	2,2	8,4	+ 0,7	39,7
<b>Zuwachsraten in %</b>												
2008	+ 2,9	+ 3,3	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,7	+ 1,8	+ 2,7	+ 2,0	+ 7,9	+ 9,8	.	+ 2,8
2009	- 1,9	- 5,4	+ 0,8	+ 6,4	+ 4,8	+ 5,5	+ 4,6	- 5,4	+ 9,3	+ 5,0	.	- 2,9
2010	+ 1,8	+ 0,3	+ 2,5	+ 6,2	+ 4,3	+ 1,5	+ 2,9	- 2,4	+ 4,8	+ 15,1	.	+ 1,3
2011 <b>p)</b>	+ 6,2	+ 7,7	+ 3,8	+ 8,0	- 1,0	- 0,0	+ 2,3	+ 6,0	+ 3,8	- 9,1	.	+ 6,0
2012 <b>p)</b>	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,7	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,1	- 5,9	+ 1,6	+ 0,0	.	+ 3,5
2013 <b>p)</b>	+ 2,6	+ 3,0	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,5	+ 3,3	+ 2,3	- 10,8	+ 1,0	+ 4,3	.	+ 2,7
2014 <b>ts)</b>	+ 3,6	+ 3,6	+ 3,5	+ 3,3	+ 2,3	+ 3,7	+ 2,9	- 10,2	+ 0,5	+ 1,4	.	+ 3,6

Quelle: Statistisches Bundesamt. \* Ergebnisse gemäß ESVG 2010. **1** Steuern und Sozialbeiträge zzgl. Zöllen. **2** Einschl. der Erlöse aus der Frequenzversteigerung 2010 in

Höhe von 4,4 Mrd €, die in den VGR von den sonstigen Ausgaben abgesetzt werden.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 3. Gesamtstaat: Haushaltsentwicklung (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Gebietskörperschaften 1)									Sozialversicherungen 2)			Öffentliche Haushalte insgesamt			
	Einnahmen			Ausgaben						Saldo	Einnahmen 6)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
	insgesamt 4)	darunter:		insgesamt 4)	darunter: 3)											
		Steuern	Finanzielle Transaktionen 5)		Personal-ausgaben	Laufende Zuschüsse	Zinsausgaben	Sachinvestitionen	Finanzielle Transaktionen 5)							
2008	665,7	561,2	13,9	674,9	180,2	272,8	67,2	35,0	18,5	- 9,2	485,5	479,0	+ 6,5	1 055,1	1 057,7	- 2,7
2009	623,0	524,0	7,1	713,1	187,1	286,6	63,4	38,6	34,8	- 90,1	492,1	506,0	- 14,0	1 013,4	1 117,5	- 104,0
2010	634,7	530,6	7,9	713,6	190,7	308,5	57,7	39,7	11,4	- 78,9	516,5	512,9	+ 3,7	1 033,7	1 108,9	- 75,2
2011 p)	689,6	573,4	22,8	711,6	194,3	301,3	56,8	38,5	13,7	- 22,0	526,3	511,3	+ 15,0	1 104,2	1 111,2	- 7,0
2012 p)	745,0	600,0	14,7	770,2	218,8	285,2	69,9	42,6	25,5	- 25,2	536,2	518,9	+ 17,3	1 171,1	1 179,0	- 7,9
2013 p)	761,8	619,7	14,7	773,6	225,3	286,9	65,7	42,8	23,5	- 11,8	536,7	532,0	+ 4,7	1 198,1	1 205,2	- 7,0
2012 1.Vj. p)	174,2	142,9	2,5	193,1	51,9	75,6	28,0	7,0	3,4	- 18,9	129,1	128,5	+ 0,7	274,9	293,1	- 18,2
2.Vj. p)	190,7	150,4	2,7	180,6	53,0	68,1	17,2	8,2	3,2	+ 10,1	132,2	128,0	+ 4,2	296,5	282,2	+ 14,3
3.Vj. p)	178,3	147,5	4,3	183,0	53,9	66,6	17,7	10,4	3,9	- 4,7	130,2	128,9	+ 1,3	282,8	286,2	- 3,4
4.Vj. p)	199,4	159,4	5,0	212,2	59,0	73,5	6,8	15,7	14,8	- 12,8	143,4	133,3	+ 10,1	313,6	316,3	- 2,7
2013 1.Vj. p)	178,0	148,6	2,6	187,8	53,7	74,9	22,5	6,0	2,9	- 9,8	128,5	132,3	- 3,8	281,3	294,9	- 13,6
2.Vj. p)	193,8	155,3	4,8	185,0	54,7	68,7	14,2	8,5	8,0	+ 8,8	133,1	132,6	+ 0,5	302,0	292,7	+ 9,4
3.Vj. p)	183,8	151,8	2,4	192,3	55,2	70,9	20,1	11,6	3,2	- 8,5	131,6	132,6	- 1,0	290,4	299,9	- 9,5
4.Vj. p)	204,7	164,2	4,6	207,5	60,8	71,0	10,0	15,4	8,3	- 2,8	142,7	134,2	+ 8,5	321,9	316,2	+ 5,7
2014 1.Vj. p)	188,1	153,6	2,0	193,8	56,7	77,8	20,1	7,8	2,3	- 5,7	132,8	136,1	- 3,3	295,9	304,9	- 8,9
2.Vj. p)	193,2	157,4	2,2	188,3	56,9	71,9	9,8	9,8	8,2	+ 4,9	136,4	135,8	+ 0,6	304,6	299,1	+ 5,5
3.Vj. p)	186,3	157,5	3,4	188,0	57,0	70,8	12,2	11,3	4,0	- 1,7	136,3	137,4	- 1,1	297,2	300,0	- 2,7

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Jahresangaben gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes. Eigene Zuschätzungen für die noch nicht vorliegenden Berichtsjahre nach 2011. Die Vierteljahresangaben enthalten zwar nicht die in den Rechnungsergebnissen einbezogenen Zweckverbände, dafür aber zahlreiche weitere Extrahaushalte, die dem Staatssektor in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zuzurechnen sind. Ab 2012 auch einschl. Bad Bank FMSW. 2 Die Jahresergebnisse weichen darüber hinaus von der Summe der Vierteljahreszahlen ab, da es sich bei Letzte-

ren stets um vorläufige Angaben handelt. Vierteljahresangaben bei einzelnen Versicherungszweigen geschätzt. 3 Die Entwicklungen bei den ausgewiesenen Ausgabenarten werden teilweise durch statistische Umstellungen beeinflusst. 4 Einschl. Differenzen im Verrechnungsverkehr zwischen den Gebietskörperschaften. 5 Auf der Einnahmenseite beinhaltet dies als Beteiligungsveräußerungen und als Darlehensrückflüsse verbuchte Erlöse, auf der Ausgabenseite Beteiligungsveräußerungen und Darlehensvergaben. 6 Einschl. der Liquiditätshilfen des Bundes an die Bundesagentur für Arbeit.

### 4. Gebietskörperschaften: Haushaltsentwicklung von Bund, Ländern und Gemeinden (Finanzstatistik)

Mrd €

Zeit	Bund			Länder 2) 3)			Gemeinden 3)		
	Einnahmen 1)	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo	Einnahmen	Ausgaben	Saldo
2008	292,8	304,6	- 11,8	276,2	275,7	+ 0,5	176,4	168,0	+ 8,4
2009	282,6	317,1	- 34,5	260,1	287,1	- 26,9	170,8	178,3	- 7,5
2010	288,7	333,1	- 44,4	266,8	287,3	- 20,5	175,4	182,3	- 6,9
2011 p)	307,1	324,9	- 17,7	286,5	295,9	- 9,4	183,9	184,9	- 1,0
2012 p)	312,5	335,3	- 22,8	311,0	316,1	- 5,1	200,0	198,5	+ 1,5
2013 p)	313,2	335,6	- 22,4	324,3	323,9	+ 0,4	207,6	206,3	+ 1,3
2014 p)	322,9	323,2	- 0,3	338,1	335,9	+ 2,2	218,8	219,0	- 0,2
2012 1.Vj. p)	65,4	83,1	- 17,7	74,6	76,2	- 1,7	39,6	44,6	- 4,9
2.Vj. p)	78,0	72,2	+ 5,8	75,8	74,4	+ 1,4	48,8	47,0	+ 1,8
3.Vj. p)	77,1	85,1	- 8,0	77,5	78,7	- 1,2	50,7	48,9	+ 1,8
4.Vj. p)	91,9	94,8	- 2,9	82,1	86,4	- 4,3	58,9	56,5	+ 2,4
2013 1.Vj. p)	66,9	79,9	- 13,0	77,4	77,9	- 0,5	42,1	46,4	- 4,3
2.Vj. p)	78,7	77,8	+ 0,9	81,5	78,1	+ 3,3	51,7	48,4	+ 3,4
3.Vj. p)	77,4	85,2	- 7,8	78,7	78,9	- 0,2	51,5	52,1	- 0,5
4.Vj. p)	90,2	92,7	- 2,5	85,8	88,6	- 2,9	60,3	57,9	+ 2,4
2014 1.Vj. p)	69,8	80,4	- 10,6	80,3	81,0	- 0,7	45,1	49,9	- 4,8
2.Vj. p)	77,7	76,7	+ 0,9	82,3	80,4	+ 1,9	54,9	52,2	+ 2,7
3.Vj. p)	82,5	85,3	- 2,9	82,7	80,4	+ 2,3	53,9	54,5	- 0,6
4.Vj. p)	92,9	80,8	+ 12,2	92,2	94,1	- 1,9	63,2	61,2	+ 2,0

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. 1 Soweit die Gewinnabführung der Bundesbank nach Überschreiten eines Schwellenwerts bei Sondervermögen des Bundes zur Schuldentilgung eingesetzt wird, bleibt sie hier unberücksichtigt. 2 Einschl. der Kommunalebene der Stadtstaaten. 3 Für Länder ab 2011, für Gemeinden ab 2012 Quartalsdaten der Kern- und der

zum Staatssektor zählenden Extrahaushalte, bis einschl. 2013 ohne Zweckverbände. Jahresangaben bis einschl. 2011 ohne Extrahaushalte, aber mit Zweckverbänden und Sonderrechnungen gemäß den Rechnungsergebnissen des Statistischen Bundesamtes, für die Folgejahre eigene Zuschätzungen.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 5. Gebietskörperschaften: Steuereinnahmen

Mio €

Zeit	Insgesamt	Bund, Länder und Europäische Union				Gemeinden 3)	Saldo nicht verrechneter Steueranteile 4)		Nachrichtlich: Im Bundeshaushalt abgesetzte Beträge 5)
		zusammen	Bund 1)	Länder 1)	Europäische Union 2)				
2008	561 182	484 182	260 690	200 411	23 081	77 190	- 190	21 510	
2009	524 000	455 615	252 842	182 273	20 501	68 419	- 34	24 846	
2010	530 587	460 230	254 537	181 326	24 367	70 385	- 28	28 726	
2011	573 352	496 738	276 598	195 676	24 464	76 570	+ 43	28 615	
2012	600 046	518 963	284 801	207 846	26 316	81 184	- 101	28 498	
2013	619 708	535 173	287 641	216 430	31 101	84 274	+ 262	27 775	
2014	643 624	556 008	298 518	226 504	30 986	87 418	+ 198	27 772	
2013 1.Vj.	148 936	126 532	63 351	52 078	11 103	15 051	+ 7 353	6 494	
2.Vj.	155 507	133 820	72 708	54 570	6 542	21 934	- 246	6 914	
3.Vj.	151 383	130 589	71 238	52 601	6 750	20 948	- 155	7 554	
4.Vj.	163 882	144 230	80 343	57 181	6 706	26 341	- 6 690	6 813	
2014 1.Vj.	153 971	130 986	64 962	54 529	11 495	15 287	+ 7 698	6 638	
2.Vj.	158 118	135 358	72 082	56 178	7 098	23 160	- 400	6 803	
3.Vj.	156 886	135 698	75 711	55 194	4 794	21 380	- 192	7 577	
4.Vj.	174 650	153 966	85 763	60 603	7 599	27 592	- 6 908	6 754	
2015 1.Vj.	...	137 183	68 215	57 237	11 731	...	...	6 433	
2014 März	.	51 512	27 439	21 628	2 445	.	.	2 213	
2015 März	.	53 793	28 387	22 756	2 651	.	.	2 144	

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. **1** Vor Abzug bzw. Zusetzung der vom Bund an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen (BEZ), Anteile am Energiesteueraufkommen, Kompensation für die Übertragung der Kraftfahrzeugsteuer auf den Bund und Konsolidierungshilfen. Zum Umfang dieser im Bundeshaushalt von den Steuereinnahmen abgesetzten Beträge siehe letzte Spalte. **2** Zölle sowie die zulasten der Steuereinnahmen des Bun-

des verbuchten Mehrwertsteuer- und Bruttonationaleinkommen-Eigenmittel. **3** Einschl. Gemeindesteuern der Stadtstaaten. Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks. **4** Differenz zwischen dem in der betreffenden Periode bei den Länderkassen eingegangenen Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern (s. hierzu Tabelle X. 6) und den im gleichen Zeitraum an die Gemeinden weitergeleiteten Beträgen. **5** Umfang der in Fußnote 1 genannten Positionen.

### 6. Bund, Länder und EU: Steuereinnahmen nach Arten

Mio €

Zeit	Insgesamt 1)	Gemeinschaftliche Steuern								Gewerbesteuerumlagen 6)	Bundessteuern 7)	Ländersteuern 7)	EU-Zölle	Nachrichtlich: Gemeindeanteil an den gemeinschaftlichen Steuern
		Einkommensteuern 2)				Steuern vom Umsatz 5)								
		zusammen	Lohnsteuer 3)	Veranlagte Einkommensteuer	Körperschaftsteuer	Kapitalertragsteuer 4)	zusammen	Umsatzsteuer	Einfuhrumsatzsteuer					
2008	515 498	220 483	141 895	32 685	15 868	30 035	175 989	130 789	45 200	6 784	86 302	21 937	4 002	31 316
2009	484 880	193 684	135 165	26 430	7 173	24 916	176 991	141 907	35 084	4 908	89 318	16 375	3 604	29 265
2010	488 731	192 816	127 904	31 179	12 041	21 691	180 042	136 459	43 582	5 925	93 426	12 146	4 378	28 501
2011	527 255	213 534	139 749	31 996	15 634	26 155	190 033	138 957	51 076	6 888	99 133	13 095	4 571	30 517
2012	551 785	231 555	149 065	37 262	16 934	28 294	194 635	142 439	52 196	7 137	99 794	14 201	4 462	32 822
2013	570 213	245 909	158 198	42 280	19 508	25 923	196 843	148 315	48 528	7 053	100 454	15 723	4 231	35 040
2014	593 039	258 875	167 983	45 613	20 044	25 236	203 110	154 228	48 883	7 142	101 804	17 556	4 552	37 031
2013 1.Vj.	135 026	59 835	36 468	10 750	6 014	6 603	49 167	37 466	11 701	125	20 971	3 889	1 039	8 493
2.Vj.	142 450	64 448	38 827	11 084	5 427	9 110	47 136	35 052	12 083	1 799	24 355	3 762	950	8 630
3.Vj.	138 958	56 791	38 008	9 815	3 309	5 659	50 033	37 661	12 372	1 875	25 011	4 111	1 137	8 369
4.Vj.	153 779	64 834	44 896	10 631	4 757	4 551	50 507	38 136	12 372	3 254	30 116	3 961	1 106	9 548
2014 1.Vj.	140 035	62 941	39 035	11 808	5 610	6 487	50 533	38 904	11 629	134	20 893	4 481	1 053	9 049
2.Vj.	144 418	65 233	40 767	11 963	5 068	7 435	49 166	37 194	11 972	1 785	22 874	4 318	1 042	9 059
3.Vj.	144 482	60 838	40 538	10 022	4 314	5 965	51 148	38 733	12 415	1 911	24 945	4 395	1 244	8 783
4.Vj.	164 104	69 863	47 642	11 820	5 052	5 349	52 264	39 397	12 867	3 312	33 091	4 361	1 214	10 139
2015 1.Vj.	146 924	66 225	41 557	13 134	5 438	6 097	51 852	40 050	11 803	143	22 268	5 207	1 228	9 741
2014 März	55 358	30 269	12 165	11 028	5 436	1 640	14 797	10 889	3 908	6	8 255	1 673	357	3 846
2015 März	57 970	32 505	12 987	12 148	5 858	1 512	14 684	10 744	3 940	11	8 470	1 875	426	4 177

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, eigene Berechnungen. **1** Im Gegensatz zur Summe in Tabelle X. 5 sind hier die Einnahmen aus der Gewerbesteuer (abzüglich der Umlagen), aus den Grundsteuern und aus sonstigen Gemeindesteuern sowie der Saldo nicht verrechneter Steueranteile nicht enthalten. **2** Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %): Lohn- und veranlagte Einkommensteuer 42,5/42,5/15, Körperschaftsteuer und nicht veranlagte Steuern vom Ertrag 50/50/-, Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge 44/44/12. **3** Nach Abzug von Kin-

dergeld und Altersvorsorgezulage. **4** Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag. **5** Die häufiger angepasste Verteilung des Aufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ist in § 1 FAG geregelt. Aufkommensanteile von Bund/Ländern/Gemeinden (in %) für 2014: 53,5/44,5/2,0. Der EU-Anteil geht vom Bundesanteil ab. **6** Anteile von Bund/Ländern (in %) für 2014: 22,4/77,6. **7** Aufgliederung s. Tabelle X. 7.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 7. Bund, Länder und Gemeinden: Einzelsteuern

Mio €

Zeit	Bundessteuern 1)								Ländersteuern 1)				Gemeindesteuern		
	Energie- steuer	Tabak- steuer	Soli- daritäts- zuschlag	Versi- cherung- steuer	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Strom- steuer	Brannt- wein- abgaben	sonstige	Kraft- fahr- zeug- steuer 2)	Grund- erwerb- steuer	Erb- schaft- steuer	sonstige 3)	ins- gesamt	darunter:	
														Gewerbe- steuer 4)	Grund- steuern
2008	39 248	13 574	13 146	10 478	.	6 261	2 126	1 470	8 842	5 728	4 771	2 596	52 468	41 037	10 807
2009	39 822	13 366	11 927	10 548	3 803	6 278	2 101	1 473	4 398	4 857	4 550	2 571	44 028	32 421	10 936
2010	39 838	13 492	11 713	10 284	8 488	6 171	1 990	1 449	.	5 290	4 404	2 452	47 780	35 712	11 315
2011	40 036	14 414	12 781	10 755	8 422	7 247	2 149	3 329	.	6 366	4 246	2 484	52 984	40 424	11 674
2012	39 305	14 143	13 624	11 138	8 443	6 973	2 121	4 047	.	7 389	4 305	2 508	55 398	42 345	12 017
2013	39 364	13 820	14 378	11 553	8 490	7 009	2 102	3 737	.	8 394	4 633	2 696	56 549	43 027	12 377
2014	39 758	14 612	15 047	12 046	8 501	6 638	2 060	3 143	.	9 339	5 452	2 764	57 728	43 763	12 691
2013 1.Vj.	4 672	2 141	3 473	5 429	2 304	1 797	580	575	.	2 144	1 007	738	14 035	10 912	2 803
2.Vj.	9 472	3 504	3 843	2 050	2 284	2 009	471	721	.	1 942	1 137	683	14 858	11 377	3 205
3.Vj.	10 101	3 858	3 314	2 255	2 053	1 602	507	1 320	.	2 203	1 261	647	14 299	10 339	3 659
4.Vj.	15 119	4 316	3 748	1 818	1 849	1 600	545	1 121	.	2 106	1 227	628	13 357	10 400	2 710
2014 1.Vj.	4 675	2 477	3 577	5 642	1 861	1 550	556	555	.	2 385	1 314	782	14 070	10 829	2 880
2.Vj.	9 868	3 708	3 955	2 096	2 517	1 718	470	-1 458	.	2 149	1 501	668	15 485	11 684	3 495
3.Vj.	10 029	3 735	3 498	2 423	2 265	1 716	499	779	.	2 387	1 331	677	14 316	10 458	3 529
4.Vj.	15 185	4 691	4 016	1 886	1 859	1 653	535	3 266	.	2 418	1 306	638	13 858	10 792	2 786
2015 1.Vj.	4 704	2 223	3 783	5 825	2 454	1 806	570	904	.	2 760	1 668	779	...	...	...
2014 März	3 061	962	1 667	1 157	536	571	135	166	.	845	510	318	.	.	.
2015 März	3 019	1 155	1 803	720	831	642	139	161	.	953	575	347	.	.	.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen. 1 Für die Summe siehe Tabelle X. 6. 2 Ab dem 1. Juli 2009 steht das Aufkommen aus der Kraftfahrzeugsteuer dem Bund zu. Buchungen bei den Ländern in der

Zeit danach sind kassentechnisch bedingt. 3 Insbesondere Rennwett- und Lotteriesteuer sowie Biersteuer. 4 Inklusive Einnahmen aus Offshore-Windparks.

### 8. Deutsche Rentenversicherung: Haushaltsentwicklung sowie Vermögen \*)

Mio €

Zeit	Einnahmen 1) 2)			Ausgaben 1) 2)			Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Vermögen 1) 5)					Nachrichtlich: Verwaltungs- vermögen
	ins- gesamt	darunter:		ins- gesamt	darunter:			insgesamt	Ein- lagen 6)	Wertpa- piere	Beteili- gungen, Darlehen und Hypo- theken 7)	Grund- stücke	
		Beiträge 3)	Zahlun- gen des Bundes		Renten	Kranken- versiche- rung der Rentner 4)							
2008	242 770	167 611	73 381	238 995	204 071	14 051	+ 3 775	16 531	16 313	36	56	126	4 645
2009	244 689	169 183	74 313	244 478	208 475	14 431	+ 211	16 821	16 614	23	64	120	4 525
2010	250 133	172 767	76 173	248 076	211 852	14 343	+ 2 057	19 375	18 077	1 120	73	105	4 464
2011	254 968	177 424	76 200	250 241	212 602	15 015	+ 4 727	24 965	22 241	2 519	88	117	4 379
2012	259 700	181 262	77 193	254 604	216 450	15 283	+ 5 096	30 481	28 519	1 756	104	102	4 315
2013	260 166	181 991	77 067	258 268	219 560	15 528	+ 1 898	33 114	29 193	3 701	119	100	4 250
2014 p)	269 050	189 069	78 947	265 661	226 485	15 971	+ 3 389	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2012 1.Vj.	62 038	42 411	19 318	62 883	53 747	3 779	- 845	24 261	21 839	2 219	88	116	4 366
2.Vj.	64 721	45 318	19 086	62 885	53 532	3 772	+ 1 836	26 026	23 950	1 869	92	115	4 356
3.Vj.	63 669	44 188	19 193	64 275	54 788	3 866	- 606	25 968	23 265	2 509	94	100	4 328
4.Vj.	68 656	49 337	19 059	64 262	54 683	3 858	+ 4 394	30 935	28 483	2 256	95	101	4 336
2013 1.Vj.	62 211	42 779	19 173	64 193	54 940	3 871	- 1 982	28 616	26 044	2 356	106	110	4 292
2.Vj.	64 751	45 399	19 090	64 188	54 660	3 858	+ 563	29 380	26 938	2 221	111	110	4 294
3.Vj.	63 610	44 194	19 154	64 775	55 169	3 898	- 1 165	28 647	25 262	3 161	113	110	4 291
4.Vj.	69 503	49 609	19 626	64 855	55 108	3 894	+ 4 648	33 667	29 201	4 251	114	101	4 290
2014 1.Vj.	64 138	44 355	19 534	64 615	55 266	3 897	- 477	32 669	28 668	3 781	121	99	4 251
2.Vj.	66 857	47 145	19 453	64 697	55 085	3 891	+ 2 160	35 181	31 167	3 791	126	97	4 260
3.Vj.	66 129	45 992	19 865	66 801	56 909	3 991	- 672	33 678	30 264	3 191	129	94	4 256
4.Vj.	71 927	51 577	20 096	69 548	59 225	4 192	+ 2 379	36 442	32 901	3 317	129	94	4 275
2015 1.Vj.	65 923	45 653	20 025	68 435	58 671	4 125	- 2 512	34 084	31 583	2 262	148	92	4 255

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Deutsche Rentenversicherung. \* Ohne „Deutsche Rentenversicherung Knappschaft-Bahn/See“ 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von den Vierteljahresergebnissen ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. 2 Einschl. Finanzausgleichsleistungen. Ohne Ergebnisse der Kapitalrechnung. 3 Einschl. Beiträge für Empfänger öffentlicher

Geldleistungen. 4 Bis 1.Vj. 2004 einschl. Pflegeversicherung der Rentner. 5 Entspricht im Wesentlichen der Nachhaltigkeitsrücklage. Stand am Jahres- bzw. Vierteljahrende. 6 Einschl. Barmittel. 7 Ohne Darlehen an andere Sozialversicherungsträger.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 9. Bundesagentur für Arbeit: Haushaltsentwicklung <sup>\*)</sup>

Mio €

Zeit	Einnahmen				Ausgaben						Saldo der Einnahmen und Ausgaben	Zuschuss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes	
	insgesamt 1)	darunter:			insgesamt	darunter:							
		Beiträge	Insolvenzgeldumlage	Bundesbeteiligung		Arbeitslosen-geld 2)	Kurz-arbeiter-geld 3)	berufliche Förderung 4)	Ein-gliederungs-beitrag 5)	Insolvenz-geld			Ver-waltungs-ausgaben 6)
2008	38 289	26 452	673	7 583	39 407	13 864	544	8 586	5 000	654	4 495	- 1 118	-
2009	34 254	22 046	711	7 777	48 057	17 291	5 322	9 849	4 866	1 617	5 398	- 13 804	-
2010	37 070	22 614	2 929	7 927	45 213	16 602	4 125	9 297	5 256	740	5 322	- 8 143	5 207
2011	37 563	25 433	37	8 046	37 524	13 776	1 324	8 369	4 510	683	5 090	+ 40	-
2012	37 429	26 570	314	7 238	34 842	13 823	828	6 699	3 822	982	5 117	+ 2 587	-
2013	32 636	27 594	1 224	245	32 574	15 411	1 082	6 040	.	912	5 349	+ 61	-
2014	33 725	28 714	1 296	-	32 147	15 368	710	6 264	.	694	5 493	+ 1 578	-
2012 1.Vj.	9 709	6 175	69	2 693	8 452	3 773	449	1 924	- 0	211	1 185	+ 1 257	-
2.Vj.	8 331	6 620	78	872	7 816	3 457	229	1 762	0	329	1 191	+ 515	-
3.Vj.	7 501	6 508	80	70	7 539	3 307	82	1 462	368	218	1 249	- 37	-
4.Vj.	11 888	7 267	86	3 603	11 035	3 286	68	1 551	3 454	223	1 493	+ 853	-
2013 1.Vj.	7 762	6 429	276	245	8 612	4 301	494	1 493	.	194	1 193	- 850	-
2.Vj.	8 041	6 870	310	-	8 230	3 969	384	1 498	.	204	1 266	- 189	-
3.Vj.	7 898	6 708	303	-	7 580	3 644	109	1 420	.	228	1 284	+ 318	-
4.Vj.	8 935	7 587	335	-	8 153	3 497	96	1 630	.	287	1 606	+ 782	-
2014 1.Vj.	7 844	6 696	299	-	8 693	4 379	311	1 605	.	199	1 239	- 849	-
2.Vj.	8 352	7 143	331	-	8 036	3 902	197	1 593	.	211	1 259	+ 316	-
3.Vj.	8 249	6 991	318	-	7 551	3 641	123	1 458	.	163	1 313	+ 698	-
4.Vj.	9 280	7 884	347	-	7 868	3 446	79	1 609	.	122	1 682	+ 1 412	-
2015 1.Vj.	8 209	6 969	310	-	8 599	4 267	387	1 586	.	165	1 287	- 390	-

Quelle: Bundesagentur für Arbeit. \* Ohne Versorgungsfonds. 1 Ohne Zuschuss zum Defizitgleichgewicht bzw. Darlehen des Bundes. 2 Arbeitslosengeld bei Arbeitslosigkeit. 3 Einschl. Saison- und Transferkurzarbeitergeld, Transfermaßnahmen und Erstattungen von Sozialbeiträgen. 4 Berufliche Bildung, Förderung der Arbeitsaufnahme, Re-

habilitation, Entgeltsicherung und Förderung von Existenzgründungen. 5 Bis einschl. 2012. Von 2005 bis 2007: Aussteuerungsbetrag. 6 Einschl. Einzugskostenvergütung an andere Sozialversicherungsträger, ohne Verwaltungskosten im Rahmen der Grund-sicherung für Arbeitsuchende.

### 10. Gesetzliche Krankenversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)			Ausgaben 1)							Saldo der Einnahmen und Ausgaben	
	insgesamt	darunter:		insgesamt	Krankenhaus-behandlung	Arznei-mittel	Ärztliche Behand-lung	Zahn-ärztliche Behand-lung 4)	Heil- und Hilfsmittel	Kranken-geld		Ver-waltungs-ausgaben 5)
		Beiträge 2)	Bundes-mittel 3)									
2008	162 516	155 883	2 500	161 334	52 623	29 145	25 887	10 926	9 095	6 583	8 680	+ 1 182
2009	169 837	158 662	7 200	170 825	55 977	30 696	27 635	11 219	9 578	7 258	8 949	- 988
2010 6)	179 529	160 797	15 700	175 804	56 697	30 147	28 432	11 419	10 609	7 797	9 554	+ 3 725
2011	189 049	170 875	15 300	179 599	58 501	28 939	29 056	11 651	11 193	8 529	9 488	+ 9 450
2012	193 314	176 388	14 000	184 289	60 157	29 156	29 682	11 749	11 477	9 171	9 711	+ 9 025
2013	196 405	182 179	11 500	194 537	62 886	30 052	32 799	12 619	12 087	9 758	9 979	+ 1 867
2014 6)	203 050	189 100	10 500	205 374	65 662	33 094	34 217	13 065	13 068	10 617	10 015	- 2 325
2012 1.Vj.	46 433	42 249	3 500	45 971	15 579	7 424	7 502	2 971	2 664	2 336	2 195	+ 462
2.Vj.	47 942	43 739	3 500	46 178	15 115	7 419	7 515	3 015	2 874	2 281	2 244	+ 1 764
3.Vj.	47 653	43 648	3 499	45 842	15 049	7 221	7 342	2 843	2 872	2 220	2 283	+ 1 811
4.Vj.	51 162	46 727	3 501	46 576	14 548	7 305	7 465	2 989	3 065	2 333	2 936	+ 4 586
2013 1.Vj.	47 115	43 645	2 875	48 030	15 955	7 445	8 258	3 139	2 786	2 518	2 256	- 915
2.Vj.	48 604	45 199	2 875	48 577	15 815	7 486	8 227	3 142	3 007	2 465	2 336	+ 26
3.Vj.	48 337	44 917	2 875	48 435	15 839	7 456	8 149	3 070	3 043	2 356	2 378	- 98
4.Vj.	52 127	48 392	2 875	49 451	15 295	7 759	8 200	3 218	3 264	2 409	2 958	+ 2 676
2014 1.Vj.	49 164	45 113	3 500	50 990	16 868	8 097	8 582	3 262	3 029	2 693	2 313	- 1 827
2.Vj.	49 290	46 757	1 769	51 332	16 463	8 234	8 600	3 304	3 282	2 651	2 404	- 2 042
3.Vj.	49 992	46 634	2 634	51 035	16 335	8 266	8 392	3 152	3 313	2 607	2 391	- 1 043
4.Vj.	54 604	50 593	2 597	52 017	15 997	8 496	8 642	3 347	3 444	2 665	2 907	+ 2 588

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige Angaben handelt. Ohne Einnahmen und Ausgaben im Rahmen des Risikostruktur-ausgleichs. 2 Einschl. Beiträge aus geringfügigen Beschäftigten. 3 Bundeszuschuss und Liquiditätshilfen. 4 Einschl. Zahnersatz. 5 Netto, d. h. nach Abzug der Kostener-

stattungen für den Beitragseinzug durch andere Sozialversicherungsträger. Einschl. Verwaltungsausgaben für Disease-Management-Programme. 6 Angaben zu einzel-nen Ausgabenkategorien für 2010 wegen geänderter statistischer Abgrenzung nur be-grenzt mit Vorjahresangaben vergleichbar.

## X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

### 11. Soziale Pflegeversicherung: Haushaltsentwicklung

Mio €

Zeit	Einnahmen 1)		Ausgaben 1)					Saldo der Einnahmen und Ausgaben		
	insgesamt	darunter: Beiträge 2)	insgesamt	darunter:						
				Pflegesachleistung	Vollstationäre Pflege	Pflegegeld	Beiträge zur Rentenversicherung 3)		Verwaltungsausgaben	
2008	19 785	19 608	19 163	2 605	9 054	4 225	868	941	+	622
2009	21 300	21 137	20 314	2 742	9 274	4 443	878	984	+	986
2010	21 864	21 659	21 539	2 933	9 567	4 673	869	1 028	+	325
2011	22 294	22 145	21 962	3 002	9 700	4 735	881	1 034	+	331
2012	23 082	22 953	22 988	3 135	9 961	5 073	881	1 083	+	95
2013	24 972	24 891	24 405	3 389	10 058	5 674	896	1 155	+	567
2014 p)	25 910	25 831	25 455	3 558	10 264	5 938	939	1 212	+	456
2012 1.Vj.	5 493	5 450	5 700	774	2 469	1 248	223	283	-	207
2.Vj.	5 713	5 686	5 656	758	2 478	1 254	217	276	+	57
3.Vj.	5 726	5 694	5 774	783	2 507	1 269	219	262	-	49
4.Vj.	6 113	6 087	5 811	791	2 511	1 310	225	265	+	302
2013 1.Vj.	5 907	5 871	5 916	805	2 489	1 359	212	294	-	9
2.Vj.	6 229	6 207	6 037	827	2 498	1 436	217	289	+	192
3.Vj.	6 183	6 166	6 205	868	2 534	1 441	223	290	-	21
4.Vj.	6 635	6 619	6 171	865	2 537	1 451	221	278	+	464
2014 1.Vj.	6 168	6 141	6 290	871	2 542	1 463	229	315	-	123
2.Vj.	6 404	6 386	6 260	848	2 554	1 466	236	309	+	144
3.Vj.	6 405	6 386	6 442	932	2 577	1 481	237	299	-	37
4.Vj.	6 933	6 918	6 462	907	2 590	1 529	238	288	+	471

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit. 1 Die endgültigen Jahresergebnisse weichen von der Summe der Vierteljahreswerte ab, da es sich bei diesen stets um vorläufige

Angaben handelt. 2 Seit 2005: Einschl. Sonderbeitrag Kinderloser (0,25 % des beitragspflichtigen Einkommens). 3 Für nicht erwerbsmäßige Pflegepersonen.

### 12. Bund: marktmäßige Kreditaufnahme

Mio €

Zeit	Neuverschuldung, gesamt 1)		darunter: Veränderung der Geldmarktkredite	Veränderung der Geldmarkteinlagen
	brutto 2)	netto		
2008	+ 233 356	+ 26 208	+ 6 888	+ 9 036
2009	+ 312 729	+ 66 821	- 8 184	+ 106
2010	+ 302 694	+ 42 397	- 5 041	+ 1 607
2011	+ 264 572	+ 5 890	- 4 876	- 9 036
2012	+ 263 334	+ 31 728	+ 6 183	+ 13 375
2013	+ 246 781	+ 19 473	+ 7 292	- 4 601
2014	+ 192 540	- 2 378	- 3 190	+ 891
2012 1.Vj.	+ 72 603	+ 12 524	+ 8 251	- 2 380
2.Vj.	+ 68 851	+ 13 623	+ 2 836	+ 19 969
3.Vj.	+ 60 504	- 8 627	- 8 281	- 14 911
4.Vj.	+ 61 376	+ 14 208	+ 3 376	+ 10 697
2013 1.Vj.	+ 62 030	+ 9 538	+ 1 303	- 11 879
2.Vj.	+ 73 126	+ 8 483	+ 11 024	+ 9 979
3.Vj.	+ 48 764	- 11 984	- 13 555	- 18 090
4.Vj.	+ 62 862	+ 13 436	+ 8 521	+ 15 389
2014 1.Vj.	+ 43 862	- 3 551	- 9 267	- 9 556
2.Vj.	+ 58 444	+ 9 500	+ 6 281	+ 10 589
3.Vj.	+ 47 215	- 8 035	- 2 111	- 10 817
4.Vj.	+ 43 018	- 292	+ 1 907	+ 10 675

Quelle: Bundesrepublik Deutschland – Finanzagentur GmbH. 1 Einschl. „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“ sowie der Sondervermögen „Investitions- und Tilgungsfonds“ und „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 2 Nach Abzug der Rückkäufe.

### 13. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Gläubigern \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	insgesamt	Bankensystem		Inländische Nichtbanken		Ausland ts)
		Bundesbank	Kreditinstitute ts)	Sozialversicherungen	sonstige 1)	
2009	1 657 842	4 440	438 700	59	317 743	896 900
2010	1 732 851	4 440	400 200	21	382 690	945 500
2011	1 752 605	4 440	356 800	102	408 863	982 400
2012	1 791 241	4 440	426 700	70	284 331	1 075 700
2013	1 816 536	4 440	439 600	46	266 051	1 106 400
2014 p)	1 826 587	4 440	430 300	16	263 431	1 128 400
2012 1.Vj.	1 766 737	4 440	399 000	91	348 206	1 015 000
2.Vj.	1 780 759	4 440	410 900	92	317 827	1 047 500
3.Vj.	1 772 862	4 440	430 400	92	277 630	1 060 300
4.Vj.	1 791 241	4 440	426 700	70	284 331	1 075 700
2013 1.Vj.	1 802 340	4 440	430 600	20	258 880	1 108 400
2.Vj.	1 806 613	4 440	425 500	23	284 950	1 091 700
3.Vj.	1 794 764	4 440	424 100	28	273 896	1 092 300
4.Vj.	1 816 536	4 440	439 600	46	266 051	1 106 400
2014 1.Vj. p)	1 809 545	4 440	437 900	21	240 884	1 126 300
2.Vj. p)	1 821 827	4 440	439 700	16	253 971	1 123 700
3.Vj. p)	1 818 189	4 440	429 900	16	272 033	1 111 800
4.Vj. p)	1 826 587	4 440	430 300	16	263 431	1 128 400

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Als Differenz ermittelt.

X. Öffentliche Finanzen in Deutschland

14. Gebietskörperschaften: Verschuldung nach Arten \*)

Mio €

Zeit (Stand am Jahres- bzw. Quartalsende)	Ins- gesamt	Unver- zinsliche Schatz- anwei- sungen 1)	Obliga- tionen/ Schatz- anwei- sungen 2) 3)	Bundes- obliga- tionen 2)	Bundes- schatz- briefe	Anleihen 2)	Tages- anleihe	Direkt- auslei- hungen der Kredit- institute 4)	Darlehen von Nichtbanken		Altschulden	
									Sozial- versiche- rungen	sonstige 4)	Aus- gleichs- forde- rungen 5)	sonstige 5) 6)
<b>Gebietskörperschaften</b>												
2008	1 564 590	44 620	337 511	172 037	9 649	584 144	3 174	325 648	62	83 229	4 443	73
2009	1 657 842	105 970	361 727	174 219	9 471	594 999	2 495	300 927	59	103 462	4 442	71
2010	1 732 851	87 042	391 851	195 534	8 704	628 957	1 975	302 716	21	111 609	4 440	2
2011	1 752 605	60 272	414 250	214 211	8 208	644 894	2 154	292 307	102	111 765	4 440	2
2012	1 791 241	57 172	417 469	234 355	6 818	667 198	1 725	288 793	70	113 198	4 440	2
2013 1.Vj.	1 802 340	56 911	416 586	248 589	6 354	666 922	1 580	289 587	20	111 350	4 440	2
2.Vj.	1 806 613	57 919	415 548	234 612	5 890	679 494	1 516	295 700	23	111 469	4 440	2
3.Vj.	1 794 764	54 808	417 120	247 942	4 970	672 215	1 464	280 055	28	111 721	4 440	2
4.Vj.	1 816 536	50 128	423 441	245 372	4 488	684 951	1 397	291 948	46	110 323	4 440	2
2014 1.Vj. p)	1 809 545	41 870	417 260	259 344	4 130	688 047	1 314	282 641	21	110 476	4 440	2
2.Vj. p)	1 821 827	39 049	419 662	253 524	3 773	703 513	1 262	285 727	16	110 859	4 440	2
3.Vj. p)	1 818 189	34 149	427 125	265 789	3 068	691 607	1 219	280 628	16	110 147	4 440	2
4.Vj. p)	1 826 587	27 951	429 632	259 186	2 375	703 811	1 187	287 443	16	110 546	4 440	2
<b>Bund 7) 8) 9) 10)</b>												
2008	966 197	40 795	105 684	172 037	9 649	583 930	3 174	35 291	-	11 122	4 443	72
2009	1 033 017	104 409	113 637	174 219	9 471	594 780	2 495	18 347	-	11 148	4 442	70
2010	1 075 415	85 867	126 220	195 534	8 704	628 582	1 975	13 349	-	10 743	4 440	2
2011	1 081 304	58 297	130 648	214 211	8 208	644 513	2 154	9 382	-	9 450	4 440	2
2012	1 113 032	56 222	117 719	234 355	6 818	666 775	1 725	16 193	-	8 784	4 440	2
2013 1.Vj.	1 122 570	54 962	113 866	248 589	6 354	666 499	1 580	17 469	-	8 811	4 440	2
2.Vj.	1 131 053	56 494	111 826	234 612	5 890	678 971	1 516	28 735	-	8 568	4 440	2
3.Vj.	1 119 069	54 539	110 074	247 942	4 970	671 692	1 464	15 246	-	8 702	4 440	2
4.Vj.	1 132 505	50 004	110 029	245 372	4 488	684 305	1 397	23 817	-	8 652	4 440	2
2014 1.Vj.	1 128 954	41 608	107 914	259 344	4 130	687 001	1 314	14 551	-	8 651	4 440	2
2.Vj.	1 138 455	37 951	105 639	253 524	3 773	702 467	1 262	20 781	-	8 616	4 440	2
3.Vj.	1 130 420	33 293	104 763	265 789	3 068	690 561	1 219	18 745	-	8 541	4 440	2
4.Vj.	1 130 128	27 951	103 445	259 186	2 375	702 515	1 187	20 509	-	8 518	4 440	2
<b>Länder</b>												
2008	483 875	3 825	231 827	.	.	.	.	179 978	3	68 241	.	1
2009	505 359	1 561	248 091	.	.	.	.	167 310	8	88 389	.	1
2010	528 696	1 176	265 631	.	.	.	.	167 429	1	94 459	.	1
2011	537 571	1 975	283 601	.	.	.	.	154 545	62	97 387	.	1
2012	540 822	950	299 750	.	.	.	.	138 684	52	101 386	.	1
2013 1.Vj.	541 400	1 949	302 720	.	.	.	.	137 220	2	99 510	.	1
2.Vj.	538 458	1 425	303 722	.	.	.	.	133 435	5	99 871	.	1
3.Vj.	538 070	270	307 046	.	.	.	.	130 755	10	99 989	.	1
4.Vj.	546 334	125	313 412	.	.	.	.	134 418	35	98 343	.	1
2014 1.Vj. p)	540 545	261	309 346	.	.	.	.	132 432	10	98 495	.	1
2.Vj. p)	542 959	1 098	314 024	.	.	.	.	128 920	5	98 913	.	1
3.Vj. p)	546 951	856	322 362	.	.	.	.	125 452	5	98 276	.	1
4.Vj. p)	555 182	0	326 186	.	.	.	.	130 293	5	98 697	.	1
<b>Gemeinden 11)</b>												
2008	114 518	.	-	.	.	214	.	110 379	60	3 866	.	.
2009	119 466	.	-	.	.	219	.	115 270	52	3 925	.	.
2010	128 740	.	-	.	.	375	.	121 938	20	6 407	.	.
2011	133 730	.	-	.	.	381	.	128 380	40	4 929	.	.
2012	137 386	.	-	.	.	423	.	133 916	18	3 029	.	.
2013 1.Vj.	138 370	.	-	.	.	423	.	134 898	18	3 030	.	.
2.Vj.	137 102	.	-	.	.	523	.	133 530	18	3 030	.	.
3.Vj.	137 625	.	-	.	.	523	.	134 053	18	3 030	.	.
4.Vj.	137 697	.	-	.	.	646	.	133 713	11	3 328	.	.
2014 1.Vj. p)	140 046	.	-	.	.	1 046	.	135 659	11	3 330	.	.
2.Vj. p)	140 414	.	-	.	.	1 046	.	136 027	11	3 330	.	.
3.Vj. p)	140 817	.	-	.	.	1 046	.	136 430	11	3 330	.	.
4.Vj. p)	141 278	.	-	.	.	1 296	.	136 641	11	3 330	.	.

Quelle: Eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamtes. \* Ohne direkte Verschuldung der Haushalte untereinander. 1 Einschl. Finanzierungsschätze. 2 Ohne den Eigenbestand der Emittenten. 3 Die Länderschuldenanweisungen decken auch den langfristigen Laufzeitbereich ab. 4 Im Wesentlichen Schuldscheindarlehen und Kassenkredite. Einschl. der bei ausländischen Stellen aufgenommenen Darlehen. Sonstige Darlehen von Nichtbanken einschl. Darlehen von öffentlichen Zusatzversorgungskassen und der Verbindlichkeiten aus der Investitionshilfeabgabe. 5 Ohne Gegenrechnung offener Forderungen. 6 Hauptsächlich auf fremde Währung lautende Altschulden gemäß Londoner Schuldenabkommen, Wohnungsbau-Altverbindlichkeiten sowie NVA- und WGS-Wohnungsbauverbindlichkeiten; ohne im eige-

nen Bestand befindliche Stücke. 7 Die durch die gemeinsame Emission von Bundeswertpapieren aufgenommenen Schulden sind hier – im Gegensatz zur Kapitalmarktstatistik – entsprechend dem vereinbarten Aufteilungsverhältnis beim Bund und den Sondervermögen nachgewiesen. 8 Ab Dezember 2008 einschl. Verschuldung des „Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung“. 9 Ab März 2009 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Investitions- und Tilgungsfonds“. 10 Ab Januar 2011 einschl. Verschuldung des Sondervermögens „Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute“. 11 Einschl. Verschuldung der kommunalen Zweckverbände, Angaben für andere Termine als Jahresende geschätzt.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 1. Entstehung und Verwendung des Inlandsprodukts, Verteilung des Volkseinkommens

Position	2012			2013			2014			2013				2014			
	2012	2013	2014	2012	2013	2014	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.				
	Index 2010 = 100			Veränderung gegen Vorjahr in %													
<b>Preisbereinigt, verkettet</b>																	
<b>I. Entstehung des Inlandsprodukts</b>																	
Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	107,3	107,5	109,0	1,4	0,2	1,4	0,9	1,1	2,5	3,3	0,1	1,2	0,8				
Baugewerbe	104,1	103,8	107,6	0,1	- 0,3	3,7	- 0,4	1,8	2,7	11,8	2,1	0,6	2,5				
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	101,6	101,6	103,0	- 2,3	0,0	1,4	0,3	1,3	0,8	2,4	1,0	1,2	1,3				
Information und Kommunikation	116,8	118,2	120,7	5,3	1,2	2,2	1,2	1,1	1,2	2,3	2,2	2,6	1,7				
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	102,8	101,3	100,7	2,0	- 1,5	- 0,6	- 2,8	- 2,4	- 2,0	0,1	- 0,4	- 1,4	- 0,6				
Grundstücks- und Wohnungswesen	101,3	101,9	103,0	- 2,0	0,5	1,1	0,3	0,4	0,7	1,1	1,2	1,4	0,7				
Unternehmensdienstleister <sup>1)</sup>	102,8	103,8	106,2	0,6	0,9	2,4	1,4	1,5	1,8	2,9	1,7	2,4	2,5				
Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit	102,2	102,1	103,3	1,0	- 0,1	1,2	- 0,0	- 0,0	0,3	1,7	1,0	0,8	1,3				
Sonstige Dienstleister	100,7	99,1	99,7	0,1	- 1,6	0,6	- 1,2	- 1,1	- 1,3	0,8	- 0,3	0,6	1,1				
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>104,0</b>	<b>104,1</b>	<b>105,7</b>	<b>0,5</b>	<b>0,1</b>	<b>1,5</b>	<b>0,3</b>	<b>0,7</b>	<b>1,2</b>	<b>2,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>				
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>104,0</b>	<b>104,1</b>	<b>105,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>1,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>2,6</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>				
<b>II. Verwendung des Inlandsprodukts</b>																	
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	103,0	103,8	105,0	0,7	0,8	1,2	1,0	2,0	0,7	1,0	0,8	1,1	1,7				
Konsumausgaben des Staates	101,9	102,7	103,8	1,2	0,7	1,1	0,3	1,0	0,4	0,6	1,2	1,3	1,5				
Ausrüstungen	102,9	100,5	104,8	- 3,0	- 2,4	4,3	- 0,2	0,1	0,1	7,9	3,6	4,1	2,4				
Bauten	109,1	109,0	112,9	0,6	- 0,1	3,6	0,7	2,6	2,2	13,2	1,5	- 0,1	1,8				
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	106,9	108,2	109,5	0,1	1,3	1,2	1,3	0,7	1,1	1,2	1,2	1,2	1,2				
Vorratsveränderungen <sup>5) 6)</sup>	.	.	.	- 1,4	0,2	- 0,4	0,1	0,5	0,2	0,1	0,1	- 0,8	- 0,8				
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>102,1</b>	<b>102,7</b>	<b>104,0</b>	<b>- 0,9</b>	<b>0,7</b>	<b>1,3</b>	<b>0,9</b>	<b>2,3</b>	<b>1,0</b>	<b>2,4</b>	<b>1,2</b>	<b>0,4</b>	<b>1,0</b>				
<b>Außenbeitrag <sup>6)</sup></b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>1,3</b>	<b>- 0,5</b>	<b>0,4</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 1,4</b>	<b>0,0</b>	<b>0,3</b>	<b>- 0,1</b>	<b>0,8</b>	<b>0,7</b>				
Exporte	111,1	112,8	117,2	2,8	1,6	3,9	1,9	1,6	4,3	3,9	2,2	4,6	4,7				
Importe	107,1	110,5	114,2	- 0,0	3,1	3,4	3,1	5,2	4,9	3,6	3,0	3,1	3,7				
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>104,0</b>	<b>104,1</b>	<b>105,8</b>	<b>0,4</b>	<b>0,1</b>	<b>1,6</b>	<b>0,5</b>	<b>0,8</b>	<b>1,0</b>	<b>2,6</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>				
<b>In jeweiligen Preisen (Mrd €)</b>																	
<b>III. Verwendung des Inlandsprodukts</b>																	
Private Konsumausgaben <sup>3)</sup>	1 539,5	1 571,5	1 604,7	2,2	2,1	2,1	2,4	3,3	1,8	2,1	1,8	2,1	2,4				
Konsumausgaben des Staates	521,3	541,2	561,5	3,1	3,8	3,7	3,3	4,6	3,2	3,5	4,0	3,8	3,6				
Ausrüstungen	181,7	177,9	185,6	- 2,2	- 2,1	4,3	0,1	0,2	0,3	7,9	3,6	4,1	2,4				
Bauten	273,9	279,2	293,4	3,4	1,9	5,1	2,7	4,6	4,2	15,1	3,0	1,4	3,2				
Sonstige Anlagen <sup>4)</sup>	95,6	98,8	102,1	2,1	3,3	3,3	3,2	2,7	3,3	3,0	3,3	3,3	3,5				
Vorratsveränderungen <sup>5)</sup>	- 23,9	- 22,3	- 32,8	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.				
<b>Inländische Verwendung</b>	<b>2 588,2</b>	<b>2 646,2</b>	<b>2 714,4</b>	<b>0,8</b>	<b>2,2</b>	<b>2,6</b>	<b>2,6</b>	<b>3,7</b>	<b>2,3</b>	<b>3,9</b>	<b>2,7</b>	<b>1,7</b>	<b>2,1</b>				
<b>Außenbeitrag</b>	<b>161,7</b>	<b>163,3</b>	<b>189,4</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>	<b>.</b>				
Exporte	1 262,9	1 280,1	1 326,2	4,4	1,4	3,6	1,9	1,0	3,8	3,3	1,6	4,4	4,9				
Importe	1 101,1	1 116,9	1 136,7	2,1	1,4	1,8	1,3	3,1	2,6	1,7	1,1	1,7	2,6				
<b>Bruttoinlandsprodukt <sup>2)</sup></b>	<b>2 749,9</b>	<b>2 809,5</b>	<b>2 903,8</b>	<b>1,9</b>	<b>2,2</b>	<b>3,4</b>	<b>2,8</b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>	<b>4,5</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>3,2</b>				
<b>IV. Preise (2010 = 100)</b>																	
Privater Konsum	103,4	104,7	105,7	1,5	1,2	0,9	1,3	1,3	1,1	1,1	1,0	1,0	0,7				
Bruttoinlandsprodukt	102,7	104,8	106,6	1,5	2,1	1,7	2,3	1,9	1,9	1,9	1,8	1,7	1,6				
Terms of Trade	97,1	98,5	99,8	- 0,5	1,5	1,3	1,8	1,5	1,7	1,4	1,3	1,2	1,3				
<b>V. Verteilung des Volkseinkommens</b>																	
Arbeitnehmerentgelt	1 389,7	1 428,3	1 481,1	3,8	2,8	3,7	2,6	2,8	2,8	3,8	3,7	3,7	3,6				
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	665,7	671,6	691,9	- 3,3	0,9	3,0	4,7	1,3	4,5	7,3	- 0,3	3,6	0,9				
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2 055,3</b>	<b>2 099,9</b>	<b>2 172,9</b>	<b>1,4</b>	<b>2,2</b>	<b>3,5</b>	<b>3,2</b>	<b>2,3</b>	<b>3,3</b>	<b>5,0</b>	<b>2,5</b>	<b>3,6</b>	<b>2,8</b>				
Nachr.: Bruttonationaleinkommen	2 822,2	2 881,9	2 972,2	1,9	2,1	3,1	3,0	2,3	2,8	4,3	2,3	3,1	2,8				

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015. <sup>1</sup> Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. <sup>2</sup> Bruttowertschöpfung zuzüglich Gütersteuern (saldiert mit Gütersubven-

tionen). <sup>3</sup> Einschl. Private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>4</sup> Geistiges Eigentum (u. a. EDV-Software, Urheberrechte) sowie Nutztiere und -pflanzen. <sup>5</sup> Einschl. Nettozugang an Wertsachen. <sup>6</sup> Wachstumsbeitrag zum BIP.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 2. Produktion im Produzierenden Gewerbe <sup>1)</sup>

Arbeitstäglich bereinigt <sup>2)</sup>

	davon:											
	Produzierendes Gewerbe	Baugewerbe	Energie	Industrie					darunter: ausgewählte Wirtschaftszweige			
				zusammen	Vorleistungsgüterproduzenten	Investitionsgüterproduzenten	Gebrauchsgüterproduzenten	Verbrauchsgüterproduzenten	Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallenerzeugnissen	Herstellung von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen sowie von elektrischen Ausrüstungen	Maschinenbau	Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen
<b>2010=100</b>												
Gewicht in % <sup>1)</sup>	100.00	11.24	10.14	78.62	31.02	33.31	2.49	11.80	10.41	10.37	12.17	11.62
Zeit												
2011	106,7	107,0	95,6	108,1	107,0	111,9	104,2	101,3	109,2	110,2	113,2	112,6
2012	106,2	105,9	97,3	107,5	104,6	113,3	100,5	99,8	107,3	107,8	115,2	112,8
2013	106,4	105,6	96,4	107,8	104,4	114,0	100,1	100,6	108,3	106,0	113,7	114,8
2014 <sup>r)</sup>	107,9	108,5	92,7	109,8	106,3	116,6	100,5	102,2	111,3	108,7	115,1	119,5
2014 1.Vj. <sup>r)</sup>	105,2	88,0	99,0	108,4	106,8	113,3	102,4	99,9	111,0	106,2	108,0	122,5
2.Vj. <sup>r)</sup>	107,1	110,5	85,8	109,4	107,4	115,5	98,1	100,1	112,4	106,7	112,1	121,9
3.Vj. <sup>r)</sup>	107,9	116,4	86,6	109,4	107,2	114,8	97,0	102,8	111,1	110,6	115,1	114,6
4.Vj. <sup>r)</sup>	111,6	118,9	99,6	112,1	103,6	122,8	104,7	106,1	110,7	111,2	125,3	119,0
2015 1.Vj. <sup>x)p)</sup>	105,4	86,1	103,3	108,4	106,7	113,7	103,6	99,2	110,6	108,7	108,0	121,6
2014 März <sup>r)</sup>	115,2	105,2	98,6	118,8	114,8	127,6	112,5	105,8	120,4	115,8	123,7	136,7
April <sup>r)</sup>	106,7	108,6	88,5	108,8	107,6	113,4	98,2	101,3	112,1	105,2	108,2	122,5
Mai <sup>r)</sup>	105,0	107,6	85,7	107,2	105,7	112,8	94,6	98,2	110,2	103,5	108,9	120,3
Juni <sup>r)</sup>	109,6	115,3	83,2	112,2	108,8	120,2	101,6	100,8	115,0	111,5	119,3	123,0
Juli <sup>r)2)</sup>	110,9	119,2	84,9	113,1	110,4	120,4	97,0	102,7	114,7	111,3	114,6	129,8
Aug. <sup>r)2)</sup>	99,7	111,8	85,0	99,9	101,9	99,1	83,5	100,5	103,9	105,3	106,3	83,8
Sept. <sup>r)</sup>	113,1	118,2	89,9	115,3	109,3	124,9	110,5	105,2	114,8	115,2	124,3	130,2
Okt. <sup>r)</sup>	113,7	120,0	98,4	114,8	111,0	120,6	108,2	109,8	116,8	114,5	116,3	125,9
Nov. <sup>r)</sup>	115,7	120,7	98,4	117,3	109,5	128,1	111,9	108,5	119,0	116,3	123,4	134,4
Dez. <sup>r)</sup>	105,3	116,0	101,9	104,3	90,3	119,7	93,9	100,0	96,3	102,7	136,1	96,6
2015 Jan. <sup>x)</sup>	98,4	72,3	105,3	101,2	102,4	101,8	95,5	97,4	105,6	101,4	96,8	106,9
Febr. <sup>x)</sup>	102,6	79,9	100,6	106,1	103,7	112,7	103,0	94,6	108,1	106,8	105,0	124,1
März <sup>x)p)</sup>	115,3 <sup>3)</sup>	106,2 <sup>3)</sup>	104,0	118,0	114,0	126,5	112,3	105,5	118,2	117,8	122,2	133,9
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>												
2011	+ 7,2	+ 7,9	- 4,5	+ 8,8	+ 7,5	+ 12,7	+ 4,8	+ 1,7	+ 9,9	+ 11,0	+ 14,0	+ 13,5
2012	- 0,5	- 1,0	+ 1,8	- 0,6	- 2,2	+ 1,3	- 3,6	- 1,5	- 1,7	- 2,2	+ 1,8	+ 0,2
2013	+ 0,2	- 0,3	- 0,9	+ 0,3	- 0,2	+ 0,6	- 0,4	+ 0,8	+ 0,9	- 1,7	- 1,3	+ 1,8
2014 <sup>r)</sup>	+ 1,4	+ 2,7	- 3,8	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,3	+ 0,4	+ 1,6	+ 2,8	+ 2,5	+ 1,2	+ 4,1
2014 1.Vj. <sup>r)</sup>	+ 4,0	+ 14,4	- 5,7	+ 4,1	+ 4,1	+ 4,6	+ 1,7	+ 2,6	+ 5,4	+ 1,5	+ 2,0	+ 9,0
2.Vj. <sup>r)</sup>	+ 1,0	+ 1,6	- 4,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 1,5	± 0,0	+ 2,1	+ 3,0	+ 1,7	- 1,4	+ 5,2
3.Vj. <sup>r)</sup>	+ 0,5	- 0,9	- 4,9	+ 1,3	+ 1,1	+ 1,7	- 1,9	+ 1,5	+ 1,6	+ 4,2	+ 2,6	+ 0,5
4.Vj. <sup>r)</sup>	+ 0,5	- 0,4	- 0,1	+ 0,8	± 0,0	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,8
2015 1.Vj. <sup>x)p)</sup>	+ 0,3	- 2,1	+ 4,4	± 0,0	- 0,1	+ 0,3	+ 1,2	- 0,8	- 0,4	+ 2,4	± 0,0	- 0,7
2014 März <sup>r)</sup>	+ 2,9	+ 13,2	- 9,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,6	+ 2,0	+ 2,8	+ 5,2	- 1,6	+ 1,3	+ 6,7
April <sup>r)</sup>	+ 1,6	+ 3,5	- 6,2	+ 2,3	+ 4,0	+ 0,4	+ 0,5	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,0	- 3,0	+ 3,7
Mai <sup>r)</sup>	+ 1,4	+ 0,7	- 2,6	+ 2,1	+ 0,6	+ 4,2	+ 3,1	- 0,3	+ 3,0	+ 0,7	+ 2,0	+ 8,8
Juni <sup>r)</sup>	+ 0,1	+ 0,8	- 5,1	+ 0,5	+ 0,8	± 0,0	- 3,1	+ 2,5	+ 1,7	+ 0,5	- 2,9	+ 3,4
Juli <sup>r)2)</sup>	+ 3,0	- 0,6	- 6,8	+ 4,6	+ 2,2	+ 7,8	± 0,0	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,8	+ 1,3	+ 19,0
Aug. <sup>r)2)</sup>	- 2,0	- 1,1	- 4,8	- 1,8	+ 0,7	- 4,9	- 2,1	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,4	+ 3,5	- 20,0
Sept. <sup>r)</sup>	+ 0,4	- 0,8	- 3,1	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,8	- 3,2	+ 0,8	- 0,1	+ 3,5	+ 3,0	+ 1,6
Okt. <sup>r)</sup>	+ 1,2	± 0,0	- 0,7	+ 1,7	+ 0,1	+ 3,2	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,1	+ 3,7	+ 3,0	+ 4,6
Nov. <sup>r)</sup>	- 0,3	- 0,4	- 1,0	- 0,3	- 0,5	± 0,0	+ 0,2	- 0,5	+ 1,3	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,2
Dez. <sup>r)</sup>	+ 0,8	- 0,7	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,7	+ 1,5	+ 4,7	- 0,1	+ 1,9	+ 3,6	+ 1,8	+ 0,5
2015 Jan. <sup>x)</sup>	+ 0,5	- 1,5	+ 1,3	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,8	+ 2,1	- 0,7	+ 0,8	+ 3,0	+ 0,5	- 0,7
Febr. <sup>x)</sup>	+ 0,2	- 6,4	+ 6,6	+ 0,3	- 0,2	+ 1,2	+ 1,9	- 1,4	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,0	+ 0,7
März <sup>x)p)</sup>	+ 0,1 <sup>3)</sup>	+ 1,0 <sup>3)</sup>	+ 5,5	- 0,7	- 0,7	- 0,9	- 0,2	- 0,3	- 1,8	+ 1,7	- 1,2	- 2,0

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Erläuterungen siehe Statistisches Beihft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.10 bis II.12. <sup>1)</sup> Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. <sup>2)</sup> Anteil an der Bruttowertschöpfung zu Faktorkosten des Produzierenden Gewerbes im Basisjahr 2010. <sup>3)</sup> Beeinflusst durch Verschiebung der Ferientermine. <sup>4)</sup> Vom Statis-

tischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der jährlichen Totalerhebung im Bauhauptgewerbe (durchschnittlich + 4%). <sup>5)</sup> Vorläufig; vom Statistischen Bundesamt schätzungsweise vorab angepasst an die Ergebnisse der Vierteljährlichen Produktionserhebung bzw. der Vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 3. Auftragseingang in der Industrie \*)

Arbeitstäglich bereinigt ◊

Zeit	Industrie		davon:									
			Vorleistungsgüter- produzenten		Investitionsgüter- produzenten		Konsumgüter- produzenten		davon:			
	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	2010=100	Verände- rung gegen Vorjahr %	Gebrauchsgüter- produzenten		Verbrauchsgüter- produzenten	
<b>insgesamt</b>												
2010	99,5	+ 24,7	99,5	+ 27,9	99,5	+ 25,3	99,6	+ 5,3	99,5	+ 14,6	99,6	+ 2,5
2011	109,9	+ 10,5	109,1	+ 9,6	111,2	+ 11,8	103,8	+ 4,2	105,3	+ 5,8	103,3	+ 3,7
2012	106,9	- 2,7	104,2	- 4,5	109,2	- 1,8	103,8	± 0,0	99,4	- 5,6	105,3	+ 1,9
2013	109,4	+ 2,3	103,2	- 1,0	114,3	+ 4,7	105,9	+ 2,0	101,8	+ 2,4	107,4	+ 2,0
2014	112,4	+ 2,7	103,9	+ 0,7	118,6	+ 3,8	110,8	+ 4,6	102,4	+ 0,6	113,7	+ 5,9
2014 März	120,5	+ 0,6	113,1	- 2,0	126,8	+ 2,0	112,6	+ 2,8	112,7	+ 1,4	112,6	+ 3,4
April	112,4	+ 5,9	105,6	+ 2,5	118,1	+ 8,5	107,0	+ 4,7	108,1	+ 7,1	106,6	+ 3,8
Mai	107,2	+ 1,8	102,2	- 0,7	111,0	+ 3,3	105,7	+ 4,5	98,1	- 0,4	108,5	+ 6,4
Juni	113,1	- 2,4	105,7	+ 1,2	118,9	- 5,6	108,5	+ 6,1	104,9	- 3,1	109,7	+ 9,5
Juli	116,6	+ 7,1	106,4	+ 2,1	124,0	+ 11,0	114,7	+ 2,8	97,9	- 1,2	120,5	+ 4,0
Aug.	100,3	+ 0,5	94,5	- 1,3	102,9	+ 0,7	110,5	+ 6,6	94,2	+ 2,8	116,3	+ 7,8
Sept.	111,9	- 0,4	101,8	- 0,2	118,9	- 0,6	112,4	+ 0,4	109,0	- 2,2	113,6	+ 1,2
Okt.	115,0	+ 3,4	107,1	- 0,5	120,5	+ 6,1	114,6	+ 2,3	108,4	- 1,5	116,7	+ 3,5
Nov.	114,7	+ 0,1	104,2	- 1,7	122,4	+ 1,2	113,3	+ 0,4	104,9	- 2,4	116,3	+ 1,4
Dez.	112,7	+ 4,5	92,6	+ 2,7	128,9	+ 5,7	97,7	+ 3,1	92,9	+ 5,1	99,4	+ 2,4
2015 Jan.	112,8	+ 0,5	107,3	- 1,4	116,8	+ 2,4	111,6	- 2,9	104,8	+ 3,6	114,0	- 4,8
Febr.	111,9	- 0,4	101,7	- 2,4	118,0	+ 0,7	119,8	+ 2,0	101,4	+ 4,8	126,2	+ 1,3
März p)	124,9	+ 3,7	113,0	- 0,1	134,1	+ 5,8	118,4	+ 5,2	112,6	- 0,1	120,5	+ 7,0
<b>aus dem Inland</b>												
2010	99,5	+ 18,7	99,5	+ 28,9	99,5	+ 13,1	99,6	+ 1,4	99,5	+ 4,6	99,6	+ 0,4
2011	109,8	+ 10,4	109,7	+ 10,3	110,8	+ 11,4	103,5	+ 3,9	110,2	+ 10,8	101,1	+ 1,5
2012	104,0	- 5,3	103,3	- 5,8	105,4	- 4,9	99,2	- 4,2	101,9	- 7,5	98,2	- 2,9
2013	104,4	+ 0,4	101,9	- 1,4	107,6	+ 2,1	100,4	+ 1,2	102,9	+ 1,0	99,5	+ 1,3
2014	105,6	+ 1,1	100,8	- 1,1	110,9	+ 3,1	102,4	+ 2,0	102,9	± 0,0	102,2	+ 2,7
2014 März	116,8	+ 1,0	108,2	- 4,4	126,8	+ 6,2	107,9	+ 1,3	113,0	- 1,1	106,1	+ 2,2
April	107,7	+ 5,1	104,1	+ 2,6	112,8	+ 7,7	99,0	+ 3,7	107,6	+ 5,2	96,0	+ 3,1
Mai	103,9	+ 3,8	101,3	+ 0,1	107,9	+ 8,2	95,4	+ 0,2	93,0	- 2,7	96,3	+ 1,3
Juni	105,2	- 1,2	101,9	- 0,6	109,3	- 2,6	99,9	+ 3,1	106,6	+ 3,5	97,6	+ 3,1
Juli	108,5	+ 1,8	104,0	± 0,0	113,1	+ 3,3	108,3	+ 3,4	101,6	+ 2,6	110,7	+ 3,7
Aug.	97,9	- 2,3	94,0	- 2,6	100,9	- 2,7	103,0	+ 1,6	95,8	+ 3,2	105,5	+ 1,1
Sept.	102,2	- 3,6	96,8	- 4,1	107,1	- 3,7	105,3	+ 0,2	112,3	- 1,1	102,8	+ 0,7
Okt.	109,0	+ 3,4	102,0	- 1,5	116,3	+ 8,6	106,7	+ 1,1	110,7	- 5,6	105,3	+ 3,8
Nov.	105,9	- 3,4	100,2	- 4,9	112,1	- 2,3	102,6	- 1,8	106,3	- 2,1	101,3	- 1,7
Dez.	97,2	+ 3,4	87,8	- 0,1	108,0	+ 6,2	88,4	+ 4,6	84,8	+ 4,2	89,7	+ 4,8
2015 Jan.	105,6	- 1,1	103,0	- 3,6	108,5	+ 1,0	104,2	+ 0,9	103,2	+ 0,8	104,5	+ 0,9
Febr.	104,9	- 1,2	96,7	- 5,8	112,2	+ 2,7	110,5	+ 1,7	100,6	+ 0,4	114,0	+ 2,1
März p)	121,1	+ 3,7	108,0	- 0,2	136,1	+ 7,3	110,2	+ 2,1	107,9	- 4,5	111,0	+ 4,6
<b>aus dem Ausland</b>												
2010	99,6	+ 29,9	99,6	+ 26,9	99,6	+ 34,4	99,6	+ 8,9	99,6	+ 25,3	99,6	+ 4,2
2011	109,9	+ 10,3	108,4	+ 8,8	111,4	+ 11,8	104,1	+ 4,5	101,0	+ 1,4	105,2	+ 5,6
2012	109,3	- 0,5	105,2	- 3,0	111,6	+ 0,2	107,8	+ 3,6	97,4	- 3,6	111,3	+ 5,8
2013	113,5	+ 3,8	104,7	- 0,5	118,5	+ 6,2	110,7	+ 2,7	100,9	+ 3,6	114,1	+ 2,5
2014	117,9	+ 3,9	107,4	+ 2,6	123,4	+ 4,1	118,0	+ 6,6	102,1	+ 1,2	123,5	+ 8,2
2014 März	123,5	+ 0,2	118,9	+ 0,8	126,8	- 0,5	116,7	+ 4,1	112,4	+ 3,7	118,2	+ 4,3
April	116,3	+ 6,7	107,3	+ 2,5	121,3	+ 8,9	113,8	+ 5,5	108,6	+ 8,9	115,6	+ 4,3
Mai	109,9	+ 0,4	103,2	- 1,5	112,9	+ 0,5	114,6	+ 7,9	102,5	+ 1,5	118,8	+ 10,1
Juni	119,5	- 3,3	110,1	+ 3,2	124,9	- 7,1	115,8	+ 8,3	103,5	- 8,3	120,0	+ 14,5
Juli	123,1	+ 11,2	109,3	+ 4,6	130,8	+ 15,8	120,2	+ 2,3	94,7	- 4,5	128,9	+ 4,1
Aug.	102,2	+ 2,7	95,1	+ 0,3	104,1	+ 2,9	117,0	+ 10,7	92,8	+ 2,4	125,4	+ 13,1
Sept.	119,7	+ 1,9	107,7	+ 4,2	126,1	+ 1,0	118,5	+ 0,6	106,2	- 3,1	122,7	+ 1,7
Okt.	119,8	+ 3,3	113,1	+ 0,6	123,1	+ 4,7	121,3	+ 3,1	106,4	+ 2,7	126,4	+ 3,2
Nov.	121,9	+ 2,8	108,9	+ 2,0	128,7	+ 3,2	122,5	+ 2,2	103,7	- 2,6	129,0	+ 3,6
Dez.	125,3	+ 5,3	98,3	+ 5,7	141,8	+ 5,4	105,7	+ 1,9	100,0	+ 5,8	107,6	+ 0,7
2015 Jan.	118,7	+ 1,9	112,3	+ 1,1	122,0	+ 3,1	118,0	- 5,5	106,2	+ 6,1	122,0	- 8,6
Febr.	117,6	+ 0,3	107,6	+ 1,6	121,5	- 0,6	127,8	+ 2,3	102,1	+ 8,7	136,6	+ 0,7
März p)	127,9	+ 3,6	118,8	- 0,1	132,9	+ 4,8	125,5	+ 7,5	116,7	+ 3,8	128,5	+ 8,7

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabellen II.14

bis II.16. ◊ Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 4. Auftragseingang im Bauhauptgewerbe \*)

Arbeitsstäglich bereinigt o)

Zeit	Gliederung nach Bauarten										Gliederung nach Bauherren 1)					
	Hochbau										Tiefbau					
	Insgesamt		zusammen		Wohnungsbau		gewerblicher Hochbau		öffentlicher Hochbau		gewerbliche Auftraggeber		öffentliche Auftraggeber 2)			
2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2010	99,7	+ 1,4	99,7	+ 5,8	99,6	+ 9,6	99,7	+ 4,6	99,8	+ 2,9	99,7	- 2,7	99,7	+ 5,7	99,8	- 5,3
2011	107,2	+ 7,5	112,2	+ 12,5	120,5	+ 21,0	113,6	+ 13,9	91,8	- 8,0	102,2	+ 2,5	112,9	+ 13,2	96,1	- 3,7
2012	114,5	+ 6,8	121,4	+ 8,2	132,4	+ 9,9	124,2	+ 9,3	91,5	- 0,3	107,7	+ 5,4	118,5	+ 5,0	103,3	+ 7,5
2013	119,1	+ 4,0	126,5	+ 4,2	140,7	+ 6,3	128,1	+ 3,1	93,7	+ 2,4	111,7	+ 3,7	121,8	+ 2,8	107,6	+ 4,2
2014	118,5	- 0,5	127,2	+ 0,6	146,6	+ 4,2	126,8	- 1,0	90,5	- 3,4	109,9	- 1,6	121,8	± 0,0	104,0	- 3,3
2014 Febr.	102,2	+ 4,1	112,8	+ 11,9	134,0	+ 23,6	114,3	+ 9,6	66,9	- 11,5	91,7	- 4,2	106,4	+ 2,0	85,3	- 3,0
März	138,8	+ 5,9	146,4	+ 9,8	165,2	+ 9,1	147,9	+ 12,6	105,2	+ 1,6	131,2	+ 1,9	141,1	+ 8,7	125,9	+ 1,4
April	134,0	+ 8,5	133,3	+ 2,5	170,1	+ 17,3	121,6	- 3,0	95,9	- 16,1	134,7	+ 15,1	125,4	+ 6,5	128,3	+ 6,2
Mai	127,7	+ 1,8	130,9	- 3,3	157,1	+ 10,5	122,9	- 12,5	103,0	- 3,5	124,5	+ 7,6	120,3	- 5,4	123,5	+ 5,6
Juni	132,1	- 9,5	140,0	- 11,2	163,1	- 10,4	133,1	- 15,9	114,8	+ 6,3	124,3	- 7,4	131,7	- 13,0	120,1	- 4,6
Juli	136,5	- 4,1	139,8	- 1,5	143,9	- 9,0	147,3	+ 3,5	109,4	+ 0,6	133,2	- 6,9	139,6	+ 4,9	130,4	- 10,5
Aug.	121,5	- 1,9	122,5	- 1,3	127,0	- 12,3	130,7	+ 7,9	89,5	- 3,1	120,5	- 2,4	124,9	+ 4,7	115,8	- 3,4
Sept.	121,8	- 3,3	130,0	- 4,3	149,0	- 2,6	128,9	- 2,9	96,2	- 13,3	113,5	- 2,2	123,3	- 5,5	109,3	- 1,1
Okt.	113,6	- 3,3	129,3	+ 0,5	152,0	+ 7,5	129,4	- 3,9	84,6	- 1,2	98,0	- 7,9	119,1	- 4,9	92,6	- 7,3
Nov.	99,4	- 6,8	113,0	- 5,5	130,2	+ 5,9	116,7	- 11,9	68,2	- 9,1	85,8	- 8,4	109,0	- 11,5	77,2	- 7,3
Dez.	101,7	- 4,3	122,1	+ 1,8	154,4	+ 12,8	115,2	- 5,0	78,9	- 4,8	81,4	- 12,0	109,5	- 3,6	72,6	- 16,1
2015 Jan.	95,4	+ 2,5	102,0	- 4,2	122,7	+ 8,7	100,6	- 11,2	65,7	- 10,9	88,8	+ 11,4	104,3	- 5,8	75,4	+ 12,4
Febr.	104,9	+ 2,6	113,5	+ 0,6	136,7	+ 2,0	105,7	- 7,5	90,9	+ 35,9	96,3	+ 5,0	103,6	- 2,6	93,4	+ 9,5

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* In jeweiligen Preisen; Angaben ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.21. o) Mithilfe des Verfahrens

Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 Ohne Wohnungsbauaufträge. 2 Einschl. Straßenbau.

### 5. Umsätze des Einzelhandels und des Handels mit Kraftfahrzeugen \*)

Kalenderbereinigt o)

Zeit	Einzelhandel													Handel mit Kraftfahrzeugen; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen		
	darunter nach dem Sortimentsschwerpunkt der Unternehmen: 1)															
	insgesamt		Lebensmittel, Getränke, Tabakwaren 2)		Textilien, Bekleidung, Schuhe, Lederwaren		Geräte der Informations- und Kommunikationstechnik		Baubedarf, Fußbodenbeläge, Haushaltsgeräte, Möbel		Apotheken, Facheinzelhandel mit medizinischen und kosmetischen Artikeln					
in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in Preisen von 2010	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	in jeweiligen Preisen	Veränderung gegen Vorjahr %	2010 = 100	Veränderung gegen Vorjahr %	
2011	102,6	+ 2,5	101,0	+ 1,0	102,5	+ 2,3	101,6	+ 1,8	99,4	- 0,5	103,7	+ 3,7	100,5	+ 0,3	107,0	+ 7,8
2012	104,5	+ 1,9	100,9	- 0,1	105,1	+ 2,5	102,2	+ 0,6	99,0	- 0,4	104,6	+ 0,9	100,4	- 0,1	105,8	- 1,1
2013	106,2	+ 1,6	101,3	+ 0,4	109,0	+ 3,7	103,1	+ 0,9	95,4	- 3,6	102,3	- 2,2	103,1	+ 2,7	104,5	- 1,2
2014 3)	108,6	+ 2,3	103,1	+ 1,8	111,7	+ 2,5	105,1	+ 1,9	95,0	- 0,4	102,7	+ 0,4	110,8	+ 7,5	107,2	+ 2,6
2014 März	111,2	+ 2,9	104,9	+ 1,9	115,8	+ 3,6	110,0	+ 11,9	86,2	- 9,9	111,7	+ 3,5	109,2	+ 4,0	119,1	+ 4,8
April	108,5	+ 1,6	102,4	+ 1,0	113,6	+ 4,8	104,6	- 4,3	82,6	- 2,9	108,6	+ 0,5	109,6	+ 8,0	113,4	+ 2,0
Mai	107,7	+ 0,2	101,9	± 0,0	111,7	+ 1,4	106,7	+ 2,8	83,9	+ 1,1	104,0	- 3,5	106,7	+ 5,9	110,1	+ 0,3
Juni	107,1	+ 2,7	101,4	+ 2,4	113,9	+ 3,5	102,0	+ 1,4	83,0	- 1,8	99,8	- 1,3	109,3	+ 10,5	111,5	+ 1,5
Juli	107,8	+ 1,5	102,6	+ 1,2	112,3	+ 0,4	102,8	+ 0,3	89,6	+ 4,9	100,3	- 2,7	114,2	+ 7,5	109,0	+ 2,7
Aug.	105,9	+ 2,5	100,8	+ 2,0	108,8	+ 0,8	106,0	+ 9,2	84,1	- 3,9	100,0	+ 2,0	106,5	+ 7,6	100,1	+ 2,6
Sept.	104,9	+ 0,3	99,3	- 0,2	106,2	+ 2,6	106,9	- 6,7	91,2	- 2,7	99,7	- 2,1	108,2	+ 6,6	106,4	+ 1,1
Okt.	112,2	+ 2,7	106,4	+ 2,5	113,7	+ 2,6	114,9	- 2,0	98,9	+ 2,6	109,1	+ 0,3	114,5	+ 7,9	115,6	- 0,1
Nov.	113,6	+ 1,4	108,3	+ 1,7	113,0	+ 0,8	109,2	- 1,0	110,2	+ 4,0	111,8	+ 1,5	116,2	+ 9,4	112,2	- 0,1
Dez.	128,5	+ 4,9	123,3	+ 5,4	129,2	+ 4,0	125,6	+ 5,1	149,3	+ 5,8	108,6	+ 5,0	127,6	+ 9,7	101,1	+ 3,4
2015 Jan.	102,2	+ 2,9	98,7	+ 4,0	105,0	+ 3,6	91,5	+ 1,9	103,8	+ 5,3	91,8	+ 4,2	111,8	+ 6,4	95,4	+ 3,7
Febr.	98,4	+ 2,3	94,3	+ 3,2	102,1	+ 1,4	84,6	+ 2,7	85,8	+ 4,1	91,7	+ 1,4	109,1	+ 6,3	101,5	+ 5,6
März	112,5	+ 1,2	106,6	+ 1,6	115,3	- 0,4	108,2	- 1,6	89,6	+ 3,9	114,7	+ 2,7	118,3	+ 8,3	...	...

Quelle der Ursprungswerte: Statistisches Bundesamt. \* Ohne Mehrwertsteuer; Erläuterungen siehe Statistisches Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Tabelle II.24. o) Mithilfe des Verfahrens Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8. 1 In Verkaufs-

räumen. 2 Auch an Verkaufsständen und auf Märkten. 3 Ergebnisse ab Januar 2014 vorläufig, teilweise revidiert und in den jüngsten Monaten aufgrund von Schätzungen für fehlende Meldungen besonders unsicher.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

6. Arbeitsmarkt \*)

Zeit	Erwerbstätige 1)		Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2) 3)						Ausschl. geringfügig entlohnte Beschäftigte 2)	Kurzarbeiter 4)		Arbeitslose 5)		Arbeitslosenquote 5) 6) in %	Offene Stellen 5) 7) in Tsd
	Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	insgesamt		darunter:			insgesamt		konjunkturell bedingt	insgesamt	darunter:			
			Tsd	Veränderung gegen Vorjahr in %	Produzierendes Gewerbe	Dienstleistungsbe- reich ohne Arbeit- nehmer- überlas- sung	Arbeit- nehmer- überlas- sung						Empfänger von Arbeits- losengeld nach dem SGB III		
2010	41 020	+ 0,3	28 008	+ 1,0	8 421	18 693	675	5 025	503	429	3 239	1 076	7,7	359	
2011	41 571	+ 1,3	28 687	+ 2,4	8 579	19 091	794	5 014	148	100	2 976	893	7,1	466	
2012	42 033	+ 1,1	29 341	+ 2,3	8 738	19 600	773	4 981	112	67	2 897	902	6,8	478	
2013	42 281	+ 0,6	29 713	+ 1,3	8 782	19 954	743	5 017	124	77	2 950	970	6,9	457	
2014	42 638	+ 0,8	30 205	+ 1,7	8 859	20 336	770	5 030	...	8)	2 989	933	6,7	490	
2012 1.Vj.	41 564	+ 1,3	28 967	+ 2,7	8 630	19 367	758	4 943	201	82	3 075	999	7,3	472	
2.Vj.	41 948	+ 1,1	29 223	+ 2,5	8 706	19 510	771	4 983	77	65	2 876	847	6,8	499	
3.Vj.	42 226	+ 1,1	29 416	+ 2,1	8 776	19 604	798	5 006	56	43	2 856	885	6,7	493	
4.Vj.	42 394	+ 1,0	29 757	+ 1,8	8 840	19 919	766	4 990	113	76	2 782	878	6,6	446	
2013 1.Vj.	41 834	+ 0,7	29 385	+ 1,4	8 697	19 771	701	4 972	234	102	3 131	1 109	7,4	444	
2.Vj.	42 198	+ 0,6	29 573	+ 1,2	8 746	19 864	725	5 016	99	87	2 941	945	6,8	459	
3.Vj.	42 482	+ 0,6	29 776	+ 1,2	8 809	19 952	772	5 050	70	57	2 903	934	6,7	471	
4.Vj.	42 611	+ 0,5	30 118	+ 1,2	8 877	20 230	774	5 028	92	61	2 827	891	6,6	455	
2014 1.Vj.	42 140	+ 0,7	29 809	+ 1,4	8 759	20 099	730	4 991	178	58	3 109	1 078	7,2	452	
2.Vj.	42 582	+ 0,9	30 080	+ 1,7	8 828	20 251	753	5 043	72	56	2 886	900	6,6	487	
3.Vj.	42 834	+ 0,8	30 284	+ 1,7	8 895	20 341	799	5 065	50	37	2 860	909	6,6	512	
4.Vj.	42 994	+ 0,9	30 646	+ 1,8	8 956	20 652	797	5 021	...	8)	2 738	846	6,3	510	
2015 1.Vj.	42 415	+ 0,7	...	...	...	...	...	...	...	...	2 993	1 011	6,9	515	
2011 Dez.	41 888	+ 1,3	29 046	+ 2,7	8 656	19 402	782	5 021	140	72	2 781	814	6,6	467	
2012 Jan.	41 538	+ 1,4	28 916	+ 2,9	8 620	19 330	755	4 944	206	82	3 085	1 011	7,3	452	
Febr.	41 513	+ 1,3	28 922	+ 2,7	8 610	19 352	749	4 909	230	87	3 110	1 029	7,4	473	
März	41 640	+ 1,2	29 082	+ 2,7	8 663	19 437	756	4 935	167	78	3 028	956	7,2	491	
April	41 802	+ 1,1	29 199	+ 2,6	8 698	19 505	763	4 964	83	71	2 964	893	7,0	499	
Mai	41 973	+ 1,1	29 289	+ 2,4	8 724	19 548	778	5 002	77	65	2 855	831	6,7	499	
Juni	42 069	+ 1,0	29 280	+ 2,2	8 733	19 519	790	5 032	71	58	2 809	817	6,6	499	
Juli	42 103	+ 1,1	29 255	+ 2,3	8 737	19 478	804	5 038	54	42	2 876	885	6,8	500	
Aug.	42 208	+ 1,1	29 477	+ 2,0	8 793	19 645	801	4 986	47	34	2 905	910	6,8	493	
Sept.	42 367	+ 1,0	29 754	+ 1,8	8 865	19 858	787	4 958	66	54	2 788	862	6,5	485	
Okt.	42 463	+ 1,1	29 823	+ 1,9	8 866	19 936	780	4 972	85	70	2 753	846	6,5	468	
Nov.	42 483	+ 1,0	29 809	+ 1,8	8 848	19 965	766	5 010	98	85	2 751	864	6,5	451	
Dez.	42 237	+ 0,8	29 528	+ 1,7	8 747	19 856	714	5 018	156	72	2 840	924	6,7	421	
2013 Jan.	41 808	+ 0,7	29 334	+ 1,4	8 685	19 737	697	4 961	234	104	3 138	1 121	7,4	420	
Febr.	41 809	+ 0,7	29 345	+ 1,5	8 682	19 749	698	4 962	245	104	3 156	1 132	7,4	448	
März	41 885	+ 0,6	29 423	+ 1,2	8 701	19 798	698	4 969	222	98	3 098	1 072	7,3	463	
April	42 044	+ 0,6	29 562	+ 1,2	8 744	19 863	718	4 994	113	100	3 020	1 001	7,1	460	
Mai	42 230	+ 0,6	29 637	+ 1,2	8 762	19 899	734	5 036	86	74	2 937	935	6,8	457	
Juni	42 321	+ 0,6	29 616	+ 1,1	8 763	19 863	747	5 066	99	86	2 865	897	6,6	459	
Juli	42 375	+ 0,6	29 596	+ 1,2	8 768	19 814	773	5 086	81	68	2 914	943	6,8	469	
Aug.	42 460	+ 0,6	29 843	+ 1,2	8 825	19 998	776	5 031	60	47	2 946	956	6,8	471	
Sept.	42 611	+ 0,6	30 165	+ 1,4	8 905	20 224	786	5 003	70	56	2 849	904	6,6	473	
Okt.	42 680	+ 0,5	30 181	+ 1,2	8 899	20 252	785	5 011	83	70	2 801	870	6,5	466	
Nov.	42 690	+ 0,5	30 149	+ 1,1	8 888	20 249	779	5 048	80	67	2 806	881	6,5	458	
Dez.	42 463	+ 0,5	29 884	+ 1,2	8 781	20 158	731	5 048	114	45	2 874	923	6,7	440	
2014 Jan.	42 070	+ 0,6	29 736	+ 1,4	8 738	20 054	726	4 977	189	63	3 136	1 104	7,3	425	
Febr.	42 112	+ 0,7	29 784	+ 1,5	8 749	20 085	728	4 976	193	57	3 138	1 105	7,3	456	
März	42 239	+ 0,8	29 932	+ 1,7	8 796	20 158	742	4 990	152	55	3 055	1 026	7,1	476	
April	42 445	+ 1,0	30 060	+ 1,7	8 825	20 240	749	5 030	77	60	2 943	938	6,8	485	
Mai	42 590	+ 0,9	30 125	+ 1,6	8 835	20 289	750	5 060	72	56	2 882	893	6,6	481	
Juni	42 711	+ 0,9	30 175	+ 1,9	8 853	20 292	779	5 087	66	52	2 833	869	6,5	495	
Juli	42 756	+ 0,9	30 121	+ 1,8	8 859	20 217	800	5 100	54	40	2 871	909	6,6	502	
Aug.	42 785	+ 0,8	30 312	+ 1,6	8 903	20 358	802	5 046	44	32	2 902	934	6,7	515	
Sept.	42 961	+ 0,8	30 663	+ 1,7	8 991	20 603	812	5 013	51	39	2 808	885	6,5	518	
Okt.	43 056	+ 0,9	30 676	+ 1,6	8 979	20 641	808	5 021	61	49	2 733	836	6,3	517	
Nov.	43 073	+ 0,9	30 708	+ 1,9	8 964	20 709	800	5 031	...	51	2 717	834	6,3	515	
Dez.	42 853	+ 0,9	30 444	+ 1,9	8 863	20 608	755	5 012	...	36	2 764	867	6,4	498	
2015 Jan.	42 389	+ 0,8	30 258	+ 1,8	8 806	20 483	748	4 857	...	45	3 032	1 043	7,0	485	
Febr.	42 382	+ 0,6	30 317	+ 1,8	8 811	20 527	756	4 839	...	43	3 017	1 034	6,9	519	
März	42 474	+ 0,6	...	...	...	...	...	...	...	...	2 932	955	6,8	542	
April	...	...	...	...	...	...	...	...	...	...	2 843	868	6,5	552	

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit. \* Jahres- und Quartalswerte: Durchschnitt; eigene Berechnung, die Abweichungen zu den amtlichen Werten sind rundungsbedingt. 1 Inlandskonzept; Durchschnitt. 2 Monatswerte: Endstände. 3 Ab Januar 2012 ohne Personen, die den Bundesfreiwilligendienst oder ein freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr ableisten. 4 Anzahl innerhalb eines Monats. 5 Stand zur Monatsmitte. 6 Gemessen an allen zivilen Erwerbspersonen. 7 Gemeldete Arbeitsstellen ohne geförderte Stellen und ohne Saisonstellen, einschl. Stel-

len mit Arbeitsort im Ausland. 8 Ursprungswerte von der Bundesagentur für Arbeit geschätzt. Die Schätzwerte für Deutschland wichen im Betrag in den Jahren 2012 und 2013 bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um maximal 0,4 %, bei den ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäftigten um maximal 0,9 % sowie bei den konjunkturell bedingten Kurzarbeitern um maximal 30,8 % von den endgültigen Angaben ab. 9 Ab Mai 2014 berechnet auf Basis neuer Erwerbspersonenzahlen. 10 Erste vorläufige Schätzung des Statistischen Bundesamts.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 7. Preise

Zeit	Verbraucherpreisindex						Baupreisindex	Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte im Inlandsabsatz 3)	Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 3)	Indizes der Preise im Außenhandel		Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe 4)	
	insgesamt	darunter:								Ausfuhr	Einfuhr	Energie 5)	sonstige Rohstoffe 6)
		Nahrungsmittel	andere Ver- u. Gebrauchsgüter ohne Energie 1)	Energie 1)	Dienstleistungen ohne Wohnungsmieten 2)	Wohnungsmieten 2)							
2010 = 100													
<b>Indexstand</b>													
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2011	102,1	102,2	100,8	110,1	101,0	101,3	102,9	105,3	113,4	103,3	106,4	132,2	113,5
2012	104,1	105,7	102,0	116,4	102,4	102,5	105,7	107,0	119,4	104,9	108,7	141,9	110,4
2013	105,7	110,4	103,0	118,0	103,8	103,8	107,9	106,9	120,7	104,3	105,9	133,1	101,0
2014	106,6	111,5	103,9	115,5	105,5	105,4	109,7	105,8	111,8	104,0	103,6	120,8	96,8
2013 Juni	105,6	111,5	102,9	117,6	103,7	103,7		106,7	122,2	104,1	105,3	127,1	100,7
Juli	106,1	111,2	102,4	118,8	105,1	103,9		106,6	119,4	104,2	105,4	133,7	99,9
Aug.	106,1	110,3	102,4	118,6	105,3	104,0	108,2	106,5	119,2	104,2	105,5	135,3	98,1
Sept.	106,1	109,9	103,4	119,1	104,3	104,1		106,8	120,8	104,2	105,5	135,7	97,3
Okt.	105,9	110,1	103,9	117,5	103,6	104,1		106,6	121,3	103,9	104,8	130,1	95,3
Nov.	106,1	110,4	103,9	116,4	104,3	104,4	108,4	106,5	122,3	103,9	104,9	130,3	96,3
Dez.	106,5	112,1	103,3	116,8	105,5	104,5		106,6	122,4	103,8	104,9	131,5	96,6
2014 Jan.	105,9	112,9	102,8	116,0	104,1	104,7		106,5	119,5	104,0	104,8	129,4	96,0
Febr.	106,4	112,7	103,2	116,3	105,1	104,8	109,2	106,5	119,4	104,0	104,7	129,3	97,2
März	106,7	112,3	104,2	115,9	105,4	104,9		106,2	120,4	103,8	104,1	126,0	96,9
April	106,5	112,0	104,2	116,7	104,7	105,1		106,1	121,1	103,9	103,8	126,2	99,3
Mai	106,4	111,6	103,9	116,7	104,3	105,2	109,5	105,9	118,8	103,9	103,8	129,2	98,9
Juni	106,7	111,5	103,5	117,3	105,4	105,3		105,9	117,7	104,0	104,0	133,0	97,4
Juli	107,0	111,3	103,2	117,0	106,7	105,4		105,8	113,9	104,1	103,6	127,7	95,6
Aug.	107,0	110,6	103,5	116,4	106,9	105,6	110,0	105,7	111,5	104,1	103,5	123,6	96,3
Sept.	107,0	110,9	104,5	116,5	105,8	105,6		105,7	108,6	104,3	103,8	122,2	95,0
Okt.	106,7	110,9	104,5	114,8	105,4	105,8		105,5	104,5	104,2	103,5	111,9	95,5
Nov.	106,7	110,4	104,7	113,5	105,7	105,9	110,1	105,5	104,2	104,2	102,7	103,1	97,5
Dez.	106,7	110,8	104,4	109,1	107,0	106,0		104,8	103,4	103,9	101,0	84,3	96,0
2015 Jan.	105,6	111,4	103,6	105,6	105,3	106,1		104,2	103,1	104,4	100,2	71,4	97,7
Febr.	106,5	112,3	104,0	107,8	106,9	106,2	110,8	104,3	105,5	104,7	101,6	86,2	97,2
März	107,0	112,2	105,1	109,3	106,8	106,3		104,4	105,8	105,3	102,6	86,9	98,9
April	107,0	113,2	105,3	109,8	106,0	106,5		...	...	...	...	94,0	98,3
<b>Veränderung gegenüber Vorjahr in %</b>													
2010	+ 1,1	+ 1,4	+ 0,6	+ 4,0	+ 0,5	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,5	+ 13,5	+ 3,1	+ 7,1	+ 37,4	+ 34,2
2011	+ 2,1	+ 2,2	+ 0,8	+ 10,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,9	+ 5,3	+ 13,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 32,2	+ 13,5
2012	+ 2,0	+ 3,4	+ 1,2	+ 5,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,6	+ 5,3	+ 1,5	+ 2,2	+ 7,3	+ 2,7
2013	+ 1,5	+ 4,4	+ 1,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 2,1	- 0,1	+ 1,1	- 0,6	- 2,6	- 6,2	- 8,5
2014	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,9	- 2,1	+ 1,6	+ 1,5	+ 1,7	- 1,0	- 7,4	- 0,3	- 2,2	- 9,2	- 4,2
2013 Juni	+ 1,8	+ 5,4	+ 1,0	+ 3,0	+ 1,7	+ 1,3		+ 0,1	+ 7,5	- 0,7	- 2,2	+ 2,1	- 7,5
Juli	+ 1,9	+ 5,7	+ 1,2	+ 2,9	+ 1,4	+ 1,4		± 0,0	+ 4,0	- 0,8	- 2,6	- 2,1	- 14,5
Aug.	+ 1,5	+ 4,9	+ 0,8	+ 0,5	+ 1,7	+ 1,4	+ 2,1	- 0,5	+ 0,8	- 1,0	- 3,4	- 9,3	- 14,1
Sept.	+ 1,4	+ 4,7	+ 0,9	- 0,2	+ 1,7	+ 1,4		- 0,5	- 0,8	- 1,0	- 2,8	- 5,2	- 13,0
Okt.	+ 1,2	+ 4,2	+ 0,9	- 0,5	+ 1,2	+ 1,3		- 0,7	- 1,5	- 1,0	- 3,0	- 7,0	- 12,3
Nov.	+ 1,3	+ 3,2	+ 1,1	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5	+ 2,0	- 0,8	- 2,6	- 1,1	- 2,9	- 5,9	- 10,0
Dez.	+ 1,4	+ 3,8	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,6		- 0,5	- 1,9	- 1,0	- 2,3	- 3,5	- 9,3
2014 Jan.	+ 1,3	+ 3,6	+ 1,1	- 1,8	+ 2,2	+ 1,5		- 1,1	- 3,8	- 0,8	- 2,3	- 6,6	- 9,6
Febr.	+ 1,2	+ 3,5	+ 1,0	- 2,7	+ 2,0	+ 1,5	+ 2,0	- 0,9	- 4,2	- 0,7	- 2,7	- 8,8	- 9,1
März	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,0	- 1,6	+ 1,6	+ 1,5		- 0,9	- 3,1	- 1,0	- 3,3	- 7,6	- 10,0
April	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	- 1,3	+ 2,8	+ 1,5		- 0,9	- 3,0	- 0,8	- 2,4	- 1,3	- 4,5
Mai	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	- 0,8	+ 1,1	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 4,6	- 0,6	- 2,1	+ 0,2	- 4,3
Juni	+ 1,0	± 0,0	+ 0,6	- 0,3	+ 1,6	+ 1,5		- 0,7	- 3,7	- 0,1	- 1,2	+ 4,6	- 3,3
Juli	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,8	- 1,5	+ 1,5	+ 1,4		- 0,8	- 4,6	- 0,1	- 1,7	- 4,5	- 4,3
Aug.	+ 0,8	+ 0,3	+ 1,1	- 1,9	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,7	- 0,8	- 6,5	- 0,1	- 1,9	- 8,6	- 1,8
Sept.	+ 0,8	+ 0,9	+ 1,1	- 2,2	+ 1,4	+ 1,4		- 1,0	- 10,1	+ 0,1	- 1,6	- 9,9	- 2,4
Okt.	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6	- 2,3	+ 1,7	+ 1,6		- 1,0	- 13,8	+ 0,3	- 1,2	- 14,0	+ 0,2
Nov.	+ 0,6	± 0,0	+ 0,8	- 2,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,6	- 0,9	- 14,8	+ 0,3	- 2,1	- 20,9	+ 1,2
Dez.	+ 0,2	- 1,2	+ 1,1	- 6,6	+ 1,4	+ 1,4		- 1,7	- 15,5	+ 0,1	- 3,7	- 35,9	- 0,6
2015 Jan.	- 0,3	- 1,3	+ 0,8	- 9,0	1,2	+ 1,3		- 2,2	- 13,7	+ 0,4	- 4,4	- 44,8	+ 1,8
Febr.	+ 0,1	- 0,4	+ 0,8	- 7,3	1,7	+ 1,3	+ 1,5	- 2,1	- 11,6	+ 0,7	- 3,0	- 33,3	± 0,0
März	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	- 5,7	1,3	+ 1,3		- 1,7	- 12,1	+ 1,4	- 1,4	- 31,0	+ 2,1
April	+ 0,5	+ 1,1	+ 1,1	- 5,9	+ 1,2	+ 1,3		...	...	...	...	- 25,5	- 1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt bzw. eigene Berechnung unter Verwendung von Angaben des Statistischen Bundesamts; für den Index der Weltmarktpreise für Rohstoffe: HWWI. 1 Strom, Gas und andere Brennstoffe sowie Kraftstoffe. 2 Nettomieten. 3 Ohne Mehrwertsteuer. 4 HWWI-Rohstoffpreisindex „Euroland“ auf

Euro-Basis. 5 Kohle und Rohöl (Brent). 6 Nahrungs- und Genussmittel sowie Industriehilfsstoffe. 7 Ab Mai 2011 sowie ab Januar 2012 Erhöhung der Tabaksteuer. 8 Ab Januar 2014 vorläufig.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 8. Einkommen der privaten Haushalte <sup>\*)</sup>

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter <sup>1)</sup>		Nettolöhne und -gehälter <sup>2)</sup>		Empfangene monetäre Sozialleistungen <sup>3)</sup>		Masseneinkommen <sup>4)</sup>		Verfügbares Einkommen <sup>5)</sup>		Sparen <sup>6)</sup>		Sparquote <sup>7)</sup>
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr %	%
2007	969,3	3,3	648,9	2,9	356,4	- 0,7	1 005,3	1,6	1 540,7	1,8	157,1	3,6	10,2
2008	1 008,1	4,0	670,8	3,4	358,4	0,6	1 029,2	2,4	1 579,0	2,5	165,1	5,1	10,5
2009	1 009,5	0,1	672,6	0,3	383,5	7,0	1 056,1	2,6	1 564,2	- 0,9	155,7	- 5,7	10,0
2010	1 039,0	2,9	702,2	4,4	388,0	1,2	1 090,1	3,2	1 605,0	2,6	159,3	2,3	9,9
2011	1 087,7	4,7	728,5	3,7	383,2	- 1,2	1 111,6	2,0	1 666,0	3,8	159,2	- 0,1	9,6
2012	1 131,7	4,0	756,4	3,8	389,4	1,6	1 145,7	3,1	1 699,0	2,0	159,5	0,2	9,4
2013	1 165,5	3,0	777,2	2,8	398,3	2,3	1 175,6	2,6	1 728,5	1,7	157,0	- 1,6	9,1
2014	1 210,2	3,8	804,6	3,5	409,5	2,8	1 214,1	3,3	1 770,4	2,4	165,6	5,5	9,4
2013 3.Vj.	288,1	3,1	196,4	3,1	99,9	2,3	296,3	2,8	436,5	3,1	34,3	1,2	7,8
4.Vj.	321,9	3,0	214,0	2,6	98,0	1,8	311,9	2,3	434,4	1,7	32,2	0,5	7,4
2014 1.Vj.	281,7	3,9	187,6	3,5	103,8	2,3	291,4	3,1	437,2	2,2	54,9	3,1	12,6
2.Vj.	295,5	3,9	192,5	3,7	100,2	1,3	292,8	2,9	438,6	2,1	39,0	4,8	8,9
3.Vj.	299,1	3,8	203,3	3,5	102,4	2,5	305,7	3,2	446,4	2,3	35,5	3,6	8,0
4.Vj.	333,9	3,7	221,1	3,3	103,1	5,3	324,2	3,9	448,1	3,2	36,2	12,5	8,1

Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015. \* Private Haushalte einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck. **1** Inländerkonzept. **2** Nach Abzug der von den Bruttolöhnen und -gehältern zu entrichtenden Lohnsteuer sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitnehmer. **3** Geldleistungen der Sozialversicherungen, Gebietskörperschaften und des Auslands, Pensionen (netto), Sozialleistungen aus privaten Sicherungssystemen, abzüglich Sozialabgaben auf Sozialleistungen, verbrauchsnahe Steuern und staatliche Gebühren. **4** Nettolöhne und -gehälter zuzüglich empfangene mo-

netäre Sozialleistungen. **5** Masseneinkommen zuzüglich Betriebsüberschuss, Selbständigeneinkommen, Vermögenseinkommen (netto), übrige empfangene laufende Transfers, Einkommen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck, abzüglich Steuern (ohne Lohnsteuer und verbrauchsnahe Steuern) und übriger geleisteter laufender Transfers. Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **6** Einschl. der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche. **7** Sparen in % des verfügbaren Einkommens.

### 9. Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft

Zeit	Tariflohnindex <sup>1)</sup>								nachrichtlich: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer <sup>3)</sup>	
	auf Stundenbasis		auf Monatsbasis							
			insgesamt		insgesamt ohne Einmalzahlungen		Grundvergütungen <sup>2)</sup>			
2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	2010 = 100	% gegen Vorjahr	
2007	93,9	1,3	93,7	1,5	93,4	1,5	92,9	1,5	95,3	1,4
2008	96,5	2,7	96,4	2,8	96,2	3,0	95,9	3,2	97,6	2,4
2009	98,4	2,0	98,3	2,0	98,4	2,3	98,3	2,4	97,6	- 0,1
2010	100,0	1,6	100,0	1,7	100,0	1,7	100,0	1,8	100,0	2,5
2011	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	101,8	1,8	103,3	3,3
2012	104,5	2,7	104,5	2,6	104,8	2,9	104,7	2,9	106,1	2,7
2013	107,1	2,4	107,0	2,4	107,3	2,5	107,3	2,4	108,4	2,1
2014	110,3	3,0	110,2	2,9	110,3	2,8	110,4	2,9	111,2	2,7
2013 4.Vj.	119,6	2,4	119,6	2,4	120,0	2,4	108,1	2,3	118,5	2,2
2014 1.Vj.	102,2	3,1	102,1	3,0	101,9	2,5	109,1	2,5	104,8	3,0
2.Vj.	103,5	3,2	103,4	3,1	103,6	3,1	110,2	3,3	108,9	2,7
3.Vj.	112,3	2,8	112,2	2,8	112,6	2,8	110,9	2,8	109,6	2,6
4.Vj.	123,1	2,9	123,0	2,8	123,3	2,8	111,2	2,9	121,4	2,5
2015 1.Vj.	104,4	2,1	104,3	2,1	104,2	2,3	111,6	2,3	.	.
2014 Sept.	103,4	2,9	103,3	2,8	103,7	2,8	111,1	2,8	.	.
Okt.	103,6	2,9	103,5	2,9	103,8	2,9	111,2	2,9	.	.
Nov.	159,9	2,8	159,7	2,8	160,2	2,8	111,2	2,9	.	.
Dez.	105,9	2,9	105,7	2,9	106,0	2,8	111,2	2,9	.	.
2015 Jan.	104,0	0,9	103,9	0,9	104,0	2,3	111,4	2,3	.	.
Febr.	104,0	2,5	103,9	2,5	104,0	2,3	111,4	2,3	.	.
März	105,2	3,0	105,1	3,0	104,6	2,3	112,1	2,4	.	.

**1** Aktuelle Angaben werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen korrigiert. **2** Ohne Einmalzahlungen sowie ohne Nebenvereinbarungen (VermL, Sonder-

zahlungen z.B Jahresgratifikation, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld (13.ME) und Altersvorsorgeleistungen). **3** Quelle: Statistisches Bundesamt; Rechenstand: Februar 2015.

## XI. Konjunkturlage in Deutschland

### 10. Aktiva und Passiva börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen <sup>\*)</sup>

Stand am Jahres- bzw. Quartalsende

Zeit	Aktiva									Passiva								
	Bilanzsumme	darunter:					darunter:				Eigenkapital	Schulden			darunter:			
		langfristige Vermögenswerte	immaterielle Vermögenswerte	Sachanlagen	finanzielle Vermögenswerte	kurzfristige Vermögenswerte	Vorräte	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	Zahlungsmittel <sup>1)</sup>	insgesamt		langfristig		kurzfristig		Finanzschulden	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	
												zu-	da-	zu-	Finanz-			
zusammen	runter	schulden	zusammen	schulden	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen	zusammen				
<b>Insgesamt (Mrd €)</b>																		
2010	1 748,4	1 077,5	334,5	459,6	213,2	670,9	169,5	170,2	132,6	514,7	1 233,7	657,9	354,8	575,8	147,1	151,4		
2011	1 838,5	1 116,0	340,0	477,4	232,9	722,5	190,6	180,4	119,3	537,8	1 300,7	663,6	347,3	637,2	176,8	161,1		
2012	1 904,5	1 178,1	380,2	490,5	240,8	726,4	189,8	179,1	126,0	561,5	1 343,0	719,5	380,8	623,5	179,5	160,6		
2013	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,1	635,9	191,5	166,8		
2013 4.Vj.	1 938,4	1 196,1	387,1	499,5	241,0	742,3	189,0	179,8	139,0	576,1	1 362,3	726,4	383,1	635,9	191,5	166,8		
2014 1.Vj.	1 973,5	1 203,9	388,5	502,5	252,6	769,6	197,1	193,6	142,8	578,2	1 395,3	741,0	384,0	654,3	194,4	164,3		
2.Vj.	1 982,5	1 224,8	394,0	505,9	261,9	757,6	200,9	189,9	123,3	568,7	1 413,8	763,3	395,0	650,5	199,7	162,6		
3.Vj. <sup>p)</sup>	2 043,4	1 263,4	403,1	522,2	267,8	780,0	206,8	190,0	136,0	586,1	1 457,3	793,2	407,0	664,0	200,7	172,0		
<b>in % der Bilanzsumme</b>																		
2010	100,0	61,6	19,1	26,3	12,2	38,4	9,7	9,7	7,6	29,4	70,6	37,6	20,3	32,9	8,4	8,7		
2011	100,0	60,7	18,5	26,0	12,7	39,3	10,4	9,8	6,5	29,3	70,8	36,1	18,9	34,7	9,6	8,8		
2012	100,0	61,9	20,0	25,8	12,6	38,1	10,0	9,4	6,6	29,5	70,5	37,8	20,0	32,7	9,4	8,4		
2013	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6		
2013 4.Vj.	100,0	61,7	20,0	25,8	12,4	38,3	9,8	9,3	7,2	29,7	70,3	37,5	19,8	32,8	9,9	8,6		
2014 1.Vj.	100,0	61,0	19,7	25,5	12,8	39,0	10,0	9,8	7,2	29,3	70,7	37,6	19,5	33,2	9,9	8,3		
2.Vj.	100,0	61,8	19,9	25,5	13,2	38,2	10,1	9,6	6,2	28,7	71,3	38,5	19,9	32,8	10,1	8,2		
3.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	61,8	19,7	25,6	13,1	38,2	10,1	9,3	6,7	28,7	71,3	38,8	19,9	32,5	9,8	8,4		
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe (Mrd €) <sup>2)</sup></b>																		
2010	1 383,0	814,2	213,9	355,8	189,5	568,8	152,2	135,1	105,4	400,6	982,4	515,3	258,3	467,1	125,4	108,1		
2011	1 474,2	860,6	221,7	373,8	214,9	613,6	172,3	143,6	92,7	421,6	1 052,6	530,5	260,8	522,2	151,2	116,7		
2012	1 540,6	921,2	258,9	387,9	222,1	619,5	172,5	140,4	98,1	443,8	1 096,8	581,7	286,6	515,1	161,0	116,5		
2013	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,7	118,6		
2013 4.Vj.	1 559,6	933,2	259,1	398,7	224,1	626,4	172,7	140,0	106,6	457,3	1 102,3	580,9	285,9	521,4	170,7	118,6		
2014 1.Vj.	1 596,1	941,8	260,1	401,1	236,3	654,3	181,1	152,5	110,4	457,3	1 138,8	597,3	290,0	541,5	173,9	121,6		
2.Vj.	1 604,2	956,5	260,9	403,7	245,0	647,7	184,7	147,7	97,0	451,5	1 152,7	617,5	301,8	535,2	177,9	118,2		
3.Vj. <sup>p)</sup>	1 647,8	986,3	265,4	418,1	249,8	661,5	190,7	146,2	102,1	461,3	1 186,5	640,3	310,4	546,2	176,5	125,4		
<b>in % der Bilanzsumme</b>																		
2010	100,0	58,9	15,5	25,7	13,7	41,1	11,0	9,8	7,6	29,0	71,0	37,3	18,7	33,8	9,1	7,8		
2011	100,0	58,4	15,0	25,4	14,6	41,6	11,7	9,7	6,3	28,6	71,4	36,0	17,7	35,4	10,3	7,9		
2012	100,0	59,8	16,8	25,2	14,4	40,2	11,2	9,1	6,4	28,8	71,2	37,8	18,6	33,4	10,5	7,6		
2013	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6		
2013 4.Vj.	100,0	59,8	16,6	25,6	14,4	40,2	11,1	9,0	6,8	29,3	70,7	37,3	18,3	33,4	10,9	7,6		
2014 1.Vj.	100,0	59,0	16,3	25,1	14,8	41,0	11,3	9,6	6,9	28,7	71,4	37,4	18,2	33,9	10,9	7,6		
2.Vj.	100,0	59,6	16,3	25,2	15,3	40,4	11,5	9,2	6,1	28,1	71,9	38,5	18,8	33,4	11,1	7,4		
3.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	59,9	16,1	25,4	15,2	40,1	11,6	8,9	6,2	28,0	72,0	38,9	18,8	33,2	10,7	7,6		
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor (Mrd €)</b>																		
2010	365,4	263,3	120,6	103,8	23,7	102,1	17,4	35,1	27,2	114,0	251,4	142,6	96,5	108,8	21,7	43,3		
2011	364,3	255,4	118,3	103,6	17,9	108,9	18,3	36,8	26,6	116,2	248,1	133,1	86,5	115,0	25,6	44,4		
2012	363,8	256,9	121,3	102,6	18,7	106,9	17,4	38,7	27,9	117,7	246,1	137,7	94,2	108,4	18,4	44,2		
2013	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2		
2013 4.Vj.	378,8	262,9	128,0	100,8	16,8	115,9	16,3	39,8	32,4	118,8	260,0	145,4	97,1	114,5	20,9	48,2		
2014 1.Vj.	377,4	262,1	128,4	101,4	16,4	115,3	16,0	41,1	32,4	120,9	256,5	143,7	94,0	112,8	20,5	42,7		
2.Vj.	378,3	268,4	133,1	102,2	16,9	109,9	16,2	42,1	26,2	117,2	261,1	145,8	93,2	115,3	21,8	44,4		
3.Vj. <sup>p)</sup>	395,6	277,1	137,7	104,2	18,1	118,5	16,1	43,8	33,9	124,8	270,8	152,9	96,6	117,9	24,2	46,5		
<b>in % der Bilanzsumme</b>																		
2010	100,0	72,1	33,0	28,4	6,5	27,9	4,8	9,6	7,4	31,2	68,8	39,0	26,4	29,8	5,9	11,9		
2011	100,0	70,1	32,5	28,5	4,9	29,9	5,0	10,1	7,3	31,9	68,1	36,5	23,8	31,6	7,0	12,2		
2012	100,0	70,6	33,4	28,2	5,1	29,4	4,8	10,6	7,7	32,4	67,7	37,9	25,9	29,8	5,1	12,1		
2013	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7		
2013 4.Vj.	100,0	69,4	33,8	26,6	4,4	30,6	4,3	10,5	8,6	31,4	68,6	38,4	25,6	30,2	5,5	12,7		
2014 1.Vj.	100,0	69,5	34,0	26,9	4,3	30,6	4,2	10,9	8,6	32,0	68,0	38,1	24,9	29,9	5,4	11,3		
2.Vj.	100,0	70,9	35,2	27,0	4,5	29,1	4,3	11,1	6,9	31,0	69,0	38,5	24,7	30,5	5,8	11,7		
3.Vj. <sup>p)</sup>	100,0	70,0	34,8	26,3	4,6	30,0	4,1	11,1	8,6	31,6	68,4	38,7	24,4	29,8	6,1	11,8		

\* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungs-

wesen. **1** Einschl. Zahlungsmitteläquivalente. **2** Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

XI. Konjunkturlage in Deutschland

11. Umsatz und operatives Ergebnis börsennotierter nichtfinanzieller Unternehmensgruppen \*)

Zeit	Umsatz		Operatives Ergebnis vor Abschreibungen (EBITDA 1)) in % des Umsatzes		Verteilung 2)			Operatives Ergebnis (EBIT)		Operatives Ergebnis (EBIT) in % des Umsatzes		Verteilung 2)				
	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	1.Quartil	Median	3.Quartil	Mrd €	Veränderung gegen Vorjahr in % 3)	Gewogener Durchschnitt	Veränderung gegen Vorjahr in %-Punkten 3)	1.Quartil	Median	3.Quartil
<b>Insgesamt</b>																
2005	1 077,4	.	150,6	.	14,0	.	6,4	12,0	17,7	72,7	.	6,8	.	3,1	6,9	11,7
2006	1 209,4	10,6	155,0	3,4	12,8	-0,9	7,1	11,5	17,5	75,7	3,4	6,3	-0,4	3,8	7,6	11,4
2007	1 234,0	4,4	173,8	15,0	14,1	1,3	7,8	12,7	18,4	95,5	27,5	7,7	1,4	4,2	8,4	13,1
2008	1 307,5	6,4	164,5	-5,6	12,6	-1,6	5,8	11,6	17,6	80,9	-16,6	6,2	-1,7	2,5	6,6	12,1
2009	1 175,4	-10,5	138,4	-16,4	11,8	-0,8	4,0	9,5	15,8	57,9	-28,0	4,9	-1,2	0,3	5,1	9,3
2010	1 340,0	13,2	184,7	30,4	13,8	1,8	6,0	11,2	18,6	100,4	64,9	7,5	2,3	3,1	6,5	12,1
2011	1 434,5	8,4	180,1	-0,3	12,6	-1,1	5,5	10,7	17,4	94,6	-5,4	6,6	-1,0	2,7	6,6	11,9
2012	1 552,2	6,6	192,6	3,4	12,4	-0,4	5,1	10,1	17,5	97,0	-7,1	6,3	-0,9	1,8	6,1	11,0
2013	1 557,4	-0,5	189,2	-2,5	12,2	-0,3	5,0	10,2	18,4	99,9	6,2	6,4	0,4	1,8	5,8	10,8
2012 1.Vj.	379,9	9,0	47,6	-0,3	12,5	-1,2	3,9	9,2	16,4	29,0	-3,8	7,6	-1,0	0,2	5,0	11,0
2.Vj.	382,4	7,2	47,1	9,3	12,3	0,2	4,8	9,9	17,0	27,7	10,6	7,2	0,2	1,2	6,5	11,4
3.Vj.	384,3	7,1	48,7	4,3	12,7	-0,3	4,8	10,3	17,2	16,6	-49,8	4,3	-3,9	1,7	6,2	11,9
4.Vj.	406,6	3,3	49,1	0,7	12,1	-0,3	4,0	10,8	18,5	23,6	24,1	5,8	1,0	0,1	6,4	12,4
2013 1.Vj.	376,2	-1,2	45,4	-5,9	12,1	-0,6	2,4	8,3	15,7	26,4	-10,9	7,0	-0,8	-1,4	4,5	10,0
2.Vj.	393,6	1,1	48,3	-1,4	12,3	-0,3	4,1	9,2	16,7	27,3	-4,8	6,9	-0,4	0,9	4,9	10,2
3.Vj.	384,3	-1,6	47,9	-1,0	12,5	0,1	5,2	10,4	16,5	25,6	99,8	6,7	3,5	1,3	5,8	11,8
4.Vj.	406,7	-0,3	47,6	-1,6	11,7	-0,2	5,2	11,1	19,5	20,5	-12,4	5,0	-0,7	0,9	6,7	12,6
2014 1.Vj.	381,7	0,2	50,2	9,1	13,2	1,1	3,8	8,8	16,1	30,6	15,4	8,0	1,1	0,0	5,1	10,1
2.Vj.	386,7	-1,7	47,9	0,1	12,4	0,2	4,6	9,7	16,9	26,4	-1,9	6,8	-0,0	1,3	5,7	11,1
3.Vj. p)	394,7	3,0	49,8	3,9	12,6	0,1	5,4	11,3	18,3	28,6	8,6	7,2	0,4	1,8	6,8	12,7
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Produzierenden Gewerbe 4)</b>																
2005	807,7	.	109,5	.	13,6	.	6,5	12,0	17,7	52,3	.	6,5	.	2,9	7,8	11,5
2006	898,7	9,8	114,9	6,4	12,8	-0,4	7,7	12,2	17,6	55,8	7,2	6,2	-0,2	4,1	8,1	11,4
2007	900,5	3,8	129,6	16,8	14,4	1,6	7,8	12,7	17,6	73,8	33,0	8,2	1,8	5,0	8,6	12,5
2008	966,1	7,2	122,6	-6,1	12,7	-1,8	5,8	11,3	15,6	62,0	-17,1	6,4	-1,9	2,4	6,7	11,4
2009	854,1	-11,5	97,7	-19,9	11,4	-1,2	2,9	9,2	14,0	41,9	-31,0	4,9	-1,4	-1,3	4,7	8,8
2010	999,2	15,7	139,0	38,1	13,9	2,3	6,3	11,2	16,2	77,7	70,0	7,8	2,5	2,9	7,0	11,9
2011	1 098,9	10,6	131,9	-2,6	12,0	-1,6	5,3	10,7	16,2	74,8	-6,5	6,8	-1,3	2,1	6,8	11,2
2012	1 194,0	7,6	144,1	5,5	12,1	-0,2	5,2	10,2	15,9	83,0	2,9	7,0	-0,3	1,8	6,2	9,8
2013	1 195,9	-0,6	140,9	-2,2	11,8	-0,2	4,3	10,2	15,5	75,1	-5,1	6,3	-0,3	1,2	5,6	9,8
2012 1.Vj.	297,1	10,6	38,9	2,7	13,1	-1,0	4,8	9,7	15,5	25,8	-0,9	8,7	-1,0	0,8	5,8	11,0
2.Vj.	294,0	8,2	35,8	9,8	12,2	0,2	5,4	10,2	15,8	22,0	12,5	7,5	0,3	1,6	6,6	10,2
3.Vj.	292,4	8,3	35,0	4,7	12,0	-0,4	5,3	10,3	15,0	19,2	-11,0	6,6	-1,2	1,7	5,7	10,7
4.Vj.	311,4	3,7	34,3	5,3	11,0	0,2	3,4	10,5	16,6	16,0	14,5	5,1	0,5	-1,2	5,3	11,0
2013 1.Vj.	292,2	-1,4	36,2	-7,5	12,4	-0,8	2,4	8,4	14,3	22,6	-13,6	7,7	-1,1	-1,4	4,7	9,4
2.Vj.	303,3	1,4	36,0	-2,1	11,9	-0,4	3,6	9,1	15,2	20,6	-8,4	6,8	-0,7	0,4	5,0	9,4
3.Vj.	290,7	-2,2	34,1	-0,4	11,7	0,2	4,9	10,3	15,1	17,5	15,3	6,0	1,0	0,8	5,7	10,1
4.Vj.	311,6	-0,4	34,6	1,9	11,1	0,3	4,5	10,7	15,5	14,3	-7,6	4,6	-0,4	0,0	6,0	10,4
2014 1.Vj.	298,0	0,3	39,1	6,6	13,1	0,8	3,8	8,8	14,3	25,0	10,5	8,4	0,8	0,2	5,2	8,8
2.Vj.	297,2	-2,1	36,1	0,7	12,1	0,3	4,0	9,4	15,3	20,5	0,3	6,9	0,2	1,1	5,3	10,6
3.Vj. p)	300,0	3,6	36,3	6,4	12,1	0,3	4,2	10,3	16,0	20,9	13,1	7,0	0,6	1,2	6,3	10,3
<b>Unternehmensgruppen mit Schwerpunkt im Dienstleistungssektor</b>																
2005	269,7	.	41,0	.	15,2	.	6,3	12,0	17,7	20,4	.	7,6	.	3,1	5,3	12,1
2006	310,7	12,9	40,0	-5,0	12,9	-2,4	6,8	11,2	16,7	19,9	-7,0	6,4	-1,3	3,2	6,4	11,2
2007	333,5	6,4	44,2	9,3	13,3	0,4	7,0	12,7	20,6	21,8	9,6	6,5	0,2	3,3	7,8	14,2
2008	341,4	4,0	41,9	-3,7	12,3	-1,0	5,9	12,5	19,7	19,0	-14,6	5,6	-1,2	2,8	6,6	12,7
2009	321,3	-7,4	40,8	-4,9	12,7	0,3	4,7	10,7	20,3	16,0	-16,3	5,0	-0,5	1,7	5,7	12,7
2010	340,8	5,8	45,7	8,7	13,4	0,3	5,9	10,8	19,9	22,7	46,7	6,7	1,7	3,3	5,9	12,4
2011	335,6	1,5	48,2	7,6	14,4	0,8	5,7	10,6	20,9	19,8	-0,8	5,9	-0,1	3,2	6,4	13,8
2012	358,2	3,0	48,5	-3,3	13,5	-0,9	5,1	10,0	23,2	13,9	-47,1	3,9	-3,0	2,1	5,7	14,0
2013	361,5	-0,1	48,2	-3,5	13,3	-0,5	5,3	9,9	21,1	24,8	91,7	6,9	3,0	2,7	5,9	12,2
2012 1.Vj.	82,8	3,1	8,7	-13,4	10,6	-1,9	2,9	7,7	20,3	3,2	-27,2	3,8	-1,3	-0,7	4,0	11,9
2.Vj.	88,4	3,8	11,3	7,8	12,8	0,5	4,1	9,7	20,9	5,7	2,6	6,5	-0,1	0,7	5,2	14,6
3.Vj.	91,9	3,1	13,7	3,3	14,9	0,0	4,4	11,1	20,6	-2,6	-147,5	-2,9	-13,2	1,6	7,5	13,5
4.Vj.	95,2	1,9	14,8	-10,1	15,5	-2,0	5,2	11,4	25,4	7,7	55,9	8,0	2,7	1,9	7,8	15,9
2013 1.Vj.	84,0	-0,6	9,2	1,4	10,9	0,2	2,4	7,8	20,0	3,8	14,9	4,5	0,6	-1,6	4,4	12,3
2.Vj.	90,3	-0,3	12,2	1,0	13,5	0,2	4,9	9,4	19,2	6,7	12,0	7,4	0,8	1,2	4,8	13,9
3.Vj.	93,5	0,5	13,8	-2,8	14,8	-0,5	5,7	10,7	21,0	8,1	307,7	8,6	12,5	2,0	6,2	13,1
4.Vj.	95,1	0,1	13,0	-11,1	13,6	-1,7	6,4	13,2	24,0	6,2	-24,2	6,6	-1,9	2,0	8,1	16,1
2014 1.Vj.	83,7	-0,4	11,1	20,2	13,3	2,3	3,8	8,9	21,2	5,6	50,2	6,7	2,2	-0,4	4,6	13,1
2.Vj.	89,5	-0,4	11,9	-1,7	13,3	-0,2	4,8	10,4	18,7	6,0	-9,8	6,7	-0,7	1,4	6,0	13,0
3.Vj. p)	94,7	1,1	13,5	-2,9	14,2	-0,6	7,1	13,1	24,6	7,7	-3,4	8,1	-0,4	3,1	7,8	13,8

\* In Deutschland börsennotierte nichtfinanzielle Unternehmensgruppen, die vierteljährlich IFRS-Konzernabschlüsse publizieren und einen nennenswerten Wertschöpfungsbeitrag in Deutschland erbringen. Ohne Grundstücks- und Wohnungswesen. 1 Earnings before interest, taxes, depreciation and amortisation. 2 Quantilsangaben basieren auf den ungewogenen Umsatzrenditen der Unternehmensgruppen. 3 Bereinigt

um erhebliche Veränderungen im Konsolidierungskreis großer Unternehmensgruppen sowie im Berichtskreis. Siehe Erläuterungen im Statistischen Beiheft Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. 4 Einschl. Unternehmensgruppen der Land- und Forstwirtschaft.

## XII. Außenwirtschaft

### 1. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz für die Europäische Währungsunion \*)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2014				2015	
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	Dez.	Jan.	Febr. p)
A. Leistungsbilanz	+ 119 854	+ 185 103	+ 211 281	+ 32 025	+ 65 846	+ 90 372	+ 35 870	+ 8 316	+ 13 768
1. Warenhandel									
Ausfuhr	1 897 939	1 923 852	1 951 014	485 923	490 794	504 861	162 124	148 384	157 730
Einfuhr	1 763 667	1 710 211	1 709 715	426 344	429 400	428 653	135 420	137 519	132 497
Saldo	+ 134 274	+ 213 641	+ 241 301	+ 59 580	+ 61 394	+ 76 208	+ 26 704	+ 10 865	+ 25 233
2. Dienstleistungen									
Einnahmen	610 769	644 400	687 362	171 205	184 224	177 454	63 588	54 508	51 262
Ausgaben	555 341	578 871	618 208	151 396	164 260	160 819	56 732	51 698	49 438
Saldo	+ 55 432	+ 65 529	+ 69 154	+ 19 809	+ 19 965	+ 16 634	+ 6 856	+ 2 810	+ 1 824
3. Primäreinkommen									
Einnahmen	602 214	609 462	590 146	158 511	138 186	143 458	58 771	46 375	46 924
Ausgaben	539 284	560 479	550 621	172 610	128 976	115 708	43 329	36 970	36 611
Saldo	+ 62 929	+ 48 985	+ 39 525	- 14 099	+ 9 211	+ 27 749	+ 15 442	+ 9 405	+ 10 313
4. Sekundäreinkommen									
Einnahmen	81 270	89 431	93 675	24 902	22 359	25 368	9 507	7 786	7 990
Ausgaben	214 047	232 483	232 379	58 166	47 084	55 590	22 640	22 550	31 592
Saldo	- 132 779	- 143 054	- 138 702	- 33 264	- 24 725	- 30 221	- 13 133	- 14 764	- 23 603
B. Vermögensänderungsbilanz	+ 11 927	+ 22 947	+ 22 297	+ 4 329	+ 4 331	+ 7 354	+ 2 972	+ 407	+ 351
C. Kapitalbilanz (Zunahme: +)	+ 224 137	+ 435 297	+ 282 759	+ 89 854	+ 81 333	+ 66 822	- 42 313	- 20 340	+ 16 862
1. Direktinvestitionen	+ 6 517	+ 23 836	+ 25 770	- 4 395	+ 22 481	+ 5 064	- 27 125	+ 5 967	+ 4 309
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 486 089	+ 643 825	+ 141 033	- 4 037	+ 65 396	+ 67 237	- 13 480	+ 13 625	+ 34 302
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 479 573	+ 619 988	+ 115 264	+ 359	+ 42 915	+ 62 173	+ 13 645	+ 7 659	+ 29 993
2. Wertpapieranlagen	- 40 128	- 9 033	+ 96 836	- 29 449	+ 92 215	+ 83 578	+ 23 143	- 32 024	+ 8 867
Anlagen außerhalb des Euro-Währungsgebiets	+ 208 823	+ 270 935	+ 425 990	+ 160 718	+ 114 792	+ 78 664	+ 23 078	+ 8 294	+ 44 846
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 64 743	+ 173 253	+ 117 511	+ 69 010	+ 26 695	+ 1 522	+ 3 380	- 5 913	+ 377
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 147 132	+ 90 213	+ 230 554	+ 73 596	+ 63 060	+ 54 315	- 5 247	+ 39 220	+ 44 315
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 3 052	+ 7 467	+ 77 926	+ 18 111	+ 25 038	+ 22 827	+ 24 945	- 25 013	+ 155
Ausländische Anlagen im Euro-Währungsgebiet	+ 248 951	+ 279 971	+ 329 154	+ 190 166	+ 22 578	- 4 915	- 65	+ 40 318	+ 35 979
Aktien und Investmentfondsanteile	+ 142 996	+ 173 820	+ 271 468	+ 112 410	+ 59 986	+ 38 655	+ 15 909	+ 41 701	+ 33 018
Langfristige Schuldverschreibungen	+ 125 068	+ 93 500	+ 76 355	+ 55 395	- 45 569	+ 3 335	+ 6 436	+ 5 001	+ 6 256
Kurzfristige Schuldverschreibungen	- 19 113	+ 12 648	- 18 670	+ 22 361	+ 8 160	- 46 905	- 22 410	- 6 383	- 3 295
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen	+ 33 775	+ 35 717	+ 49 202	+ 16 897	+ 18 451	+ 8 953	+ 2 111	+ 5 179	+ 6 430
4. Übriger Kapitalverkehr	+ 208 232	+ 380 048	+ 107 432	+ 106 378	- 50 470	- 32 712	- 41 459	- 658	- 6 944
Eurosysteem	- 9 061	+ 67 172	+ 63 654	+ 18 703	+ 19 002	- 1 333	- 3 163	- 47 323	+ 22 985
Staat	+ 3 682	- 13 076	+ 10 724	- 4 782	+ 331	+ 18 071	+ 13 964	+ 1 827	- 2 084
Monetäre Finanzinstitute (Ohne Eurosysteem)	+ 96 511	+ 256 400	+ 106 094	+ 75 903	- 37 586	- 4 594	- 33 169	+ 63 201	- 41 626
Unternehmen und Privatpersonen	+ 117 105	+ 69 552	- 73 037	+ 16 557	- 32 218	- 44 856	- 19 091	- 18 363	+ 13 781
5. Währungsreserven des Eurowährungssystems	+ 15 742	+ 4 730	+ 3 521	+ 423	- 1 343	+ 1 939	+ 1 017	+ 1 196	+ 4 200
D. Saldo der statistisch nicht aufgliederbaren Transaktionen	+ 92 357	+ 227 248	+ 49 179	+ 53 500	+ 11 156	- 30 905	- 81 155	- 29 063	+ 2 743

\* Quelle: EZB, gemäß den internationalen Standards des Balance of Payments Manual in der 6. Auflage des Internationalen Währungsfonds.

XII. Außenwirtschaft

2. Wichtige Posten der Zahlungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Leistungsbilanz						Vermögens- änderungs- bilanz 4)	Kapitalbilanz (Zunahme an Nettoauslands- vermögen: + / Abnahme: -)		Statistisch nicht auf- gliederbare Trans- aktionen 5)
	Insgesamt	Warenhandel (fob/fob) 1)	darunter: Ergänzungen zum Außen- handel, Saldo 2)	Dienst- leistungen (fob/fob) 3)	Primär- einkommen	Sekundär- einkommen		Insgesamt	darunter: Währungs- reserven	
2000	- 36 962	+ 64 061	+ 1 645	- 58 370	- 12 722	- 29 931	+ 5 091	- 42 531	- 5 844	- 10 660
2001	- 7 912	+ 101 273	+ 3 321	- 62 833	- 17 195	- 29 156	- 3 258	+ 947	- 6 032	+ 12 117
2002	+ 41 701	+ 142 103	+ 6 008	- 45 440	- 25 596	- 29 367	- 4 010	+ 8 029	- 2 065	- 29 661
2003	+ 31 215	+ 130 021	- 2 105	- 48 694	- 18 933	- 31 179	+ 5 920	+ 47 555	- 445	+ 10 420
2004	+ 100 835	+ 153 166	- 6 859	- 38 748	+ 16 895	- 30 479	- 119	+ 112 832	- 1 470	+ 12 116
2005	+ 106 140	+ 157 010	- 6 068	- 40 660	+ 20 965	- 31 175	- 2 334	+ 96 432	- 2 182	- 7 374
2006	+ 135 939	+ 161 447	- 4 205	- 34 759	+ 41 571	- 32 320	- 1 328	+ 157 134	- 2 934	+ 22 523
2007	+ 169 595	+ 201 989	- 922	- 35 032	+ 36 483	- 33 845	- 1 597	+ 183 158	+ 953	+ 15 160
2008	+ 143 317	+ 184 521	- 3 586	- 31 608	+ 24 865	- 34 462	- 893	+ 121 326	+ 2 008	- 21 097
2009	+ 141 117	+ 141 167	- 6 064	- 19 909	+ 55 018	- 35 159	- 1 858	+ 117 837	- 3 200	- 21 423
2010	+ 145 101	+ 161 146	- 5 892	- 27 477	+ 51 101	- 39 669	+ 1 219	+ 92 759	+ 1 613	- 53 560
2011	+ 164 552	+ 163 426	- 8 900	- 32 471	+ 69 102	- 35 505	+ 1 642	+ 120 849	+ 2 836	- 45 345
2012	+ 187 345	+ 196 579	- 10 694	- 35 905	+ 66 811	- 40 139	+ 1 427	+ 157 461	+ 1 297	- 31 312
2013	+ 182 017	+ 207 597	- 5 236	- 44 755	+ 60 244	- 41 069	+ 1 142	+ 207 920	+ 838	+ 24 761
2014	+ 219 688	+ 229 301	- 6 351	- 39 112	+ 66 919	- 37 421	+ 2 826	+ 243 827	- 2 564	+ 21 314
2012 2.Vj.	+ 42 538	+ 49 797	- 3 096	- 8 079	+ 6 359	- 5 538	+ 525	+ 30 817	+ 769	- 12 245
3.Vj.	+ 45 856	+ 52 191	- 2 392	- 15 516	+ 17 714	- 8 533	+ 1 342	+ 40 448	+ 59	- 6 750
4.Vj.	+ 54 761	+ 45 332	- 3 422	- 4 435	+ 24 962	- 11 099	- 120	+ 62 900	- 494	+ 8 260
2013 1.Vj.	+ 41 192	+ 51 585	- 1 335	- 10 480	+ 14 868	- 14 781	+ 420	+ 36 822	+ 86	- 4 791
2.Vj.	+ 43 005	+ 54 180	+ 1 595	- 10 657	+ 6 433	- 6 951	+ 760	+ 58 926	+ 72	+ 15 160
3.Vj.	+ 37 651	+ 49 141	- 4 067	- 16 907	+ 14 402	- 8 985	+ 438	+ 48 587	- 785	+ 10 499
4.Vj.	+ 60 168	+ 52 691	- 1 429	- 6 712	+ 24 540	- 10 352	- 476	+ 63 585	+ 1 464	+ 3 893
2014 1.Vj.	+ 49 521	+ 53 324	+ 1 177	- 7 203	+ 17 538	- 14 138	+ 2 182	+ 60 008	- 565	+ 8 305
2.Vj.	+ 46 692	+ 54 760	- 1 105	- 8 031	+ 5 806	- 5 843	+ 542	+ 57 204	- 610	+ 9 970
3.Vj.	+ 56 215	+ 61 097	- 2 693	- 16 591	+ 18 790	- 7 082	+ 783	+ 68 150	+ 332	+ 11 153
4.Vj.	+ 67 260	+ 60 120	- 3 729	- 7 287	+ 24 785	- 10 358	- 681	+ 58 464	- 1 722	- 8 115
2015 1.Vj.	+ 60 366	+ 59 643	- 2 272	- 6 487	+ 22 431	- 15 222	+ 264	+ 52 983	- 21	- 7 647
2012 Okt.	+ 15 330	+ 16 276	- 1 123	- 4 360	+ 6 637	- 3 224	+ 212	+ 15 412	+ 176	- 130
Nov.	+ 18 954	+ 17 519	- 787	- 1 960	+ 6 428	- 3 033	+ 343	+ 21 658	- 308	+ 2 360
Dez.	+ 20 477	+ 11 537	- 1 512	+ 1 885	+ 11 896	- 4 842	- 675	+ 25 831	- 361	+ 6 029
2013 Jan.	+ 9 623	+ 14 421	- 427	- 3 871	+ 4 363	- 5 290	+ 173	- 10 275	+ 493	- 20 070
Febr.	+ 11 015	+ 16 197	- 1 411	- 3 425	+ 4 907	- 6 664	- 113	+ 12 821	+ 321	+ 1 918
März	+ 20 554	+ 20 966	+ 502	- 3 183	+ 5 598	- 2 826	+ 360	+ 34 275	- 86	+ 13 361
April	+ 15 512	+ 19 987	+ 498	- 2 425	+ 194	- 2 244	+ 188	+ 20 636	+ 56	+ 4 937
Mai	+ 11 969	+ 16 471	+ 1 917	- 4 221	+ 1 842	- 2 124	+ 268	+ 9 952	- 22	- 2 285
Juni	+ 15 525	+ 17 722	- 820	- 4 010	+ 4 398	- 2 584	+ 304	+ 28 338	+ 38	+ 12 508
Juli	+ 11 539	+ 16 143	- 1 005	- 6 491	+ 5 061	- 3 174	+ 126	+ 4 633	- 654	- 7 032
Aug.	+ 7 446	+ 12 722	- 1 776	- 6 786	+ 5 032	- 3 522	+ 184	+ 24 787	+ 425	+ 17 157
Sept.	+ 18 666	+ 20 276	- 1 285	- 3 629	+ 4 309	- 2 289	+ 128	+ 19 168	- 556	+ 374
Okt.	+ 15 940	+ 18 903	- 362	- 5 875	+ 5 563	- 2 651	+ 514	+ 16 097	- 212	- 357
Nov.	+ 21 585	+ 19 822	+ 192	- 2 141	+ 6 010	- 2 107	+ 176	+ 21 190	+ 407	- 571
Dez.	+ 22 644	+ 13 966	- 1 258	+ 1 305	+ 12 967	- 5 594	- 1 166	+ 26 299	+ 1 269	+ 4 821
2014 Jan.	+ 14 164	+ 15 962	- 748	- 2 809	+ 5 243	- 4 233	+ 1 500	+ 1 295	- 375	- 14 369
Febr.	+ 13 309	+ 17 277	- 9	- 2 773	+ 5 843	- 7 038	+ 433	+ 23 490	- 898	+ 9 748
März	+ 22 048	+ 20 085	+ 1 933	- 1 621	+ 6 451	- 2 867	+ 249	+ 35 224	+ 708	+ 12 927
April	+ 16 872	+ 18 601	- 329	- 1 811	+ 3 250	- 3 168	+ 194	+ 29 427	+ 151	+ 12 361
Mai	+ 12 252	+ 17 921	- 1 532	- 2 343	- 2 333	- 993	- 54	+ 12 165	- 631	- 32
Juni	+ 17 569	+ 18 238	+ 756	- 3 877	+ 4 890	- 1 682	+ 402	+ 15 611	- 130	- 2 359
Juli	+ 20 648	+ 22 871	- 1 837	- 5 526	+ 6 061	- 2 759	- 8	+ 18 353	+ 431	- 2 287
Aug.	+ 11 333	+ 14 557	- 675	- 6 909	+ 5 884	- 2 200	+ 439	+ 14 135	+ 166	+ 2 363
Sept.	+ 24 234	+ 23 669	- 182	- 4 156	+ 6 844	- 2 123	+ 352	+ 35 662	- 265	+ 11 076
Okt.	+ 22 245	+ 23 474	- 1 539	- 5 587	+ 6 604	- 2 246	- 109	+ 12 335	+ 203	- 9 802
Nov.	+ 19 001	+ 18 357	- 480	- 2 536	+ 6 608	- 3 427	+ 134	+ 21 758	+ 30	+ 2 624
Dez.	+ 26 014	+ 18 290	- 1 710	+ 836	+ 11 573	- 4 685	- 706	+ 24 371	- 1 955	- 937
2015 Jan.	+ 15 870	+ 15 521	- 1 190	- 2 372	+ 6 979	- 4 258	+ 27	- 3 722	+ 372	- 19 618
Febr.	+ 16 569	+ 19 678	- 872	- 2 372	+ 6 838	- 7 575	+ 37	+ 34 463	+ 266	+ 17 857
März p)	+ 27 927	+ 24 445	- 210	- 1 743	+ 8 614	- 3 388	+ 200	+ 22 242	- 660	- 5 885

1 Ohne Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 2 Unter anderem Lagerverkehr auf inländische Rechnung und Absetzungen der Rückwaren. Absetzungen der Aus- bzw. Einfuhren in Verbindung mit Lohnveredelung sowie einschl. der Fracht- und Versicherungskosten des Außenhandels. 3 Einschl. Fracht- und Versicherungs-

kosten des Außenhandels. 4 Einschl. Nettoerwerb/veräußerung von nichtproduzierten Sachvermögen. 5 Statistischer Restposten, der die Differenz zwischen dem Saldo der Kapitalbilanz und den Salden der Leistungs- sowie der Vermögensänderungs-bilanz abbildet.

## XII. Außenwirtschaft

### 3. Außenhandel (Spezialhandel) der Bundesrepublik Deutschland nach Ländergruppen und Ländern <sup>1)</sup>

Mio €

Ländergruppe/Land		2012	2013	2014	2014			2015		
					Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März <sup>2)</sup>
Alle Länder <sup>1)</sup>	Ausfuhr	1 095 766	1 093 115	1 133 541	103 925	95 970	90 096	89 938	95 693	107 541
	Einfuhr	905 925	898 164	916 636	81 861	78 086	71 152	74 077	76 178	84 510
	Saldo	+ 189 841	+ 194 950	+ 216 905	+ 22 063	+ 17 884	+ 18 944	+ 15 860	+ 19 515	+ 23 031
I. Europäische Länder	Ausfuhr	751 071	748 156	770 935	69 975	65 793	59 133	62 271	65 284	...
	Einfuhr	629 305	633 706	650 218	57 787	56 030	49 949	50 560	53 009	...
	Saldo	+ 121 766	+ 114 451	+ 120 718	+ 12 188	+ 9 763	+ 9 184	+ 11 711	+ 12 274	...
1. EU-Länder (28)	Ausfuhr	622 674	623 472	657 163	59 714	56 182	50 787	54 131	56 501	...
	Einfuhr	504 494	513 463	533 190	47 819	45 796	40 975	41 477	44 191	...
	Saldo	+ 118 180	+ 110 009	+ 123 973	+ 11 895	+ 10 386	+ 9 811	+ 12 654	+ 12 310	...
EWU-Länder (19)	Ausfuhr	410 039	406 064	417 208	37 725	35 355	32 198	34 245	35 814	...
	Einfuhr	340 845	344 143	352 575	31 256	30 173	27 023	27 104	29 251	...
	Saldo	+ 69 194	+ 61 921	+ 64 633	+ 6 469	+ 5 181	+ 5 175	+ 7 141	+ 6 563	...
darunter:										
Belgien und Luxemburg	Ausfuhr	49 424	47 980	47 676	4 271	3 878	3 794	3 750	3 831	...
	Einfuhr	40 528	42 033	42 978	3 874	3 664	3 031	3 169	3 438	...
	Saldo	+ 8 896	+ 5 947	+ 4 698	+ 398	+ 214	+ 763	+ 581	+ 393	...
Frankreich	Ausfuhr	102 911	99 980	101 915	9 233	8 577	7 917	8 600	9 229	...
	Einfuhr	64 035	64 018	67 475	5 851	5 818	5 133	5 218	5 717	...
	Saldo	+ 38 875	+ 35 962	+ 34 441	+ 3 382	+ 2 759	+ 2 784	+ 3 382	+ 3 513	...
Italien	Ausfuhr	55 529	53 247	54 488	4 933	4 640	3 884	4 440	4 727	...
	Einfuhr	47 957	46 930	48 545	4 395	3 973	3 641	3 521	3 945	...
	Saldo	+ 7 572	+ 6 317	+ 5 942	+ 538	+ 667	+ 243	+ 919	+ 782	...
Niederlande	Ausfuhr	70 381	70 970	73 180	6 303	6 374	5 825	6 091	6 064	...
	Einfuhr	85 738	88 680	88 128	7 567	7 614	6 992	6 774	7 057	...
	Saldo	- 15 357	- 17 709	- 14 948	- 1 264	- 1 240	- 1 167	- 683	- 993	...
Österreich	Ausfuhr	56 591	56 276	56 147	5 173	4 721	4 102	4 315	4 641	...
	Einfuhr	36 419	36 793	36 392	3 266	3 035	2 815	2 772	3 000	...
	Saldo	+ 20 172	+ 19 484	+ 19 755	+ 1 906	+ 1 686	+ 1 288	+ 1 542	+ 1 641	...
Spanien	Ausfuhr	31 047	31 349	34 942	3 300	3 025	2 850	3 073	3 203	...
	Einfuhr	23 206	23 639	24 958	2 216	2 161	1 987	2 000	2 140	...
	Saldo	+ 7 841	+ 7 709	+ 9 984	+ 1 084	+ 864	+ 863	+ 1 072	+ 1 063	...
Andere EU-Länder	Ausfuhr	212 635	217 408	239 955	21 989	20 827	18 589	19 886	20 687	...
	Einfuhr	163 649	169 320	180 615	16 563	15 622	13 952	14 373	14 940	...
	Saldo	+ 48 986	+ 48 088	+ 59 340	+ 5 426	+ 5 205	+ 4 637	+ 5 513	+ 5 747	...
darunter:										
Vereinigtes Königreich	Ausfuhr	73 283	75 488	84 140	7 427	7 291	6 594	7 184	7 462	...
	Einfuhr	42 820	42 513	42 302	3 644	3 575	3 247	3 461	3 053	...
	Saldo	+ 30 462	+ 32 975	+ 41 838	+ 3 784	+ 3 716	+ 3 347	+ 3 723	+ 4 409	...
2. Andere europäische Länder	Ausfuhr	128 398	124 684	113 772	10 261	9 611	8 346	8 140	8 782	...
	Einfuhr	124 811	120 242	117 028	9 968	10 234	8 974	9 083	8 818	...
	Saldo	+ 3 586	+ 4 442	- 3 256	+ 293	- 623	- 627	- 943	- 36	...
darunter:										
Schweiz	Ausfuhr	48 933	46 924	46 270	4 322	3 905	3 376	3 881	4 036	...
	Einfuhr	37 775	38 321	39 339	3 603	3 582	2 965	3 200	3 620	...
	Saldo	+ 11 158	+ 8 603	+ 6 932	+ 719	+ 322	+ 411	+ 682	+ 416	...
II. Außereuropäische Länder	Ausfuhr	340 980	341 213	359 131	33 685	29 977	30 774	27 487	30 229	...
	Einfuhr	276 620	264 459	266 418	24 074	22 055	21 203	23 518	23 168	...
	Saldo	+ 64 360	+ 76 754	+ 92 713	+ 9 611	+ 7 922	+ 9 572	+ 3 969	+ 7 061	...
1. Afrika	Ausfuhr	21 920	21 803	22 602	2 085	1 852	2 023	1 754	1 893	...
	Einfuhr	24 145	23 108	20 190	1 758	1 591	1 601	1 619	1 394	...
	Saldo	- 2 224	- 1 305	+ 2 412	+ 327	+ 261	+ 422	+ 135	+ 499	...
2. Amerika	Ausfuhr	128 703	130 427	135 530	12 576	11 495	11 371	10 756	12 110	...
	Einfuhr	80 549	75 023	73 699	6 614	5 799	5 830	6 082	6 564	...
	Saldo	+ 48 154	+ 55 404	+ 61 831	+ 5 962	+ 5 696	+ 5 541	+ 4 674	+ 5 546	...
darunter:										
Vereinigte Staaten	Ausfuhr	86 971	89 348	96 077	9 077	8 339	8 019	7 742	8 836	...
	Einfuhr	51 070	48 582	48 580	4 285	3 757	3 904	4 204	4 784	...
	Saldo	+ 35 901	+ 40 766	+ 47 497	+ 4 791	+ 4 582	+ 4 116	+ 3 538	+ 4 052	...
3. Asien	Ausfuhr	179 630	179 038	191 421	18 113	15 826	16 665	14 220	15 474	...
	Einfuhr	167 873	162 960	169 614	15 492	14 356	13 604	15 616	14 971	...
	Saldo	+ 11 757	+ 16 077	+ 21 807	+ 2 622	+ 1 471	+ 3 061	- 1 396	+ 504	...
darunter:										
Länder des nahen und mittleren Ostens	Ausfuhr	32 503	32 754	35 611	3 623	2 839	3 494	2 502	3 046	...
	Einfuhr	8 134	8 921	7 840	682	784	644	617	603	...
	Saldo	+ 24 369	+ 23 833	+ 27 771	+ 2 940	+ 2 055	+ 2 849	+ 1 885	+ 2 443	...
Japan	Ausfuhr	17 138	17 076	16 919	1 584	1 350	1 312	1 390	1 394	...
	Einfuhr	21 910	19 492	19 043	1 722	1 449	1 404	1 519	1 598	...
	Saldo	- 4 772	- 2 416	- 2 125	- 138	- 100	- 92	- 129	- 204	...
Volksrepublik China <sup>2)</sup>	Ausfuhr	66 746	66 912	74 504	6 873	6 135	6 274	5 512	5 702	...
	Einfuhr	78 529	74 544	79 538	7 450	7 059	6 741	7 768	7 269	...
	Saldo	- 11 783	- 7 633	- 5 035	- 577	- 925	- 466	- 2 256	- 1 567	...
Neue Industriestaaten und Schwellenländer Asiens <sup>3)</sup>	Ausfuhr	45 651	45 894	48 563	4 605	4 056	4 216	3 696	3 981	...
	Einfuhr	37 428	36 672	38 684	3 550	3 228	3 078	3 374	3 244	...
	Saldo	+ 8 223	+ 9 222	+ 9 879	+ 1 055	+ 828	+ 1 138	+ 322	+ 737	...
4. Ozeanien und Polarregionen	Ausfuhr	10 727	9 946	9 578	910	804	715	758	752	...
	Einfuhr	4 054	3 368	2 915	210	309	168	201	240	...
	Saldo	+ 6 672	+ 6 578	+ 6 662	+ 700	+ 494	+ 548	+ 557	+ 512	...

\* Quelle: Statistisches Bundesamt. Ausfuhr (fob) nach Bestimmungsländern, Einfuhr (cif) aus Ursprungsländern. Ausweis der Länder und Ländergruppen nach dem neuesten Stand. EWU einschl. Litauen. <sup>1</sup> Einschl. Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf

sowie anderer regional nicht zuordenbarer Angaben. <sup>2</sup> Ohne Hongkong. <sup>3</sup> Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Republik Korea, Singapur, Taiwan und Thailand.

XII. Außenwirtschaft

4. Dienstleistungen sowie Primäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Dienstleistungen									Primäreinkommen	
	Insgesamt	darunter:								Arbeitnehmerentgelt	Vermögens-einkommen
		Fertigungs-dienst-leistungen 1)	Transport-dienst-leistungen	Reise-verkehr 2)	Finanz-dienst-leistungen	Gebühren für die Nutzung von geistigem Eigentum	Telekommuni-kations-, EDV- und Infor-mationsdienst-leistungen	Sonstige unternehmens-bezogene Dienst-leistungen	Regierungs-leistungen 3)		
2010	- 27 477	+ 1 070	- 8 381	- 32 775	+ 8 762	+ 871	+ 670	- 3 912	+ 2 863	+ 1 557	+ 47 948
2011	- 32 471	+ 567	- 8 533	- 33 755	+ 7 823	+ 2 389	+ 857	- 6 787	+ 2 939	+ 3 314	+ 64 707
2012	- 35 905	+ 178	- 10 199	- 35 422	+ 8 784	+ 3 020	+ 1 404	- 9 547	+ 3 103	+ 3 616	+ 62 193
2013	- 44 755	+ 0	- 12 063	- 37 713	+ 8 181	+ 3 522	- 858	- 6 358	+ 3 076	+ 1 069	+ 57 979
2014	- 39 112	- 26	- 13 079	- 36 793	+ 6 333	+ 4 284	+ 2 472	- 2 859	+ 2 930	+ 1 036	+ 65 034
2013 3.Vj.	- 16 907	- 65	- 2 507	- 16 855	+ 2 669	+ 796	+ 295	- 1 092	+ 736	- 304	+ 15 627
4.Vj.	- 6 712	+ 92	- 3 527	- 7 004	+ 2 570	+ 1 204	+ 1 008	- 1 446	+ 717	+ 486	+ 20 118
2014 1.Vj.	- 7 203	+ 111	- 3 566	- 5 708	+ 1 294	+ 1 114	+ 124	- 388	+ 753	+ 873	+ 17 665
2.Vj.	- 8 031	+ 69	- 3 080	- 8 399	+ 1 721	+ 1 063	+ 619	- 351	+ 782	+ 50	+ 6 597
3.Vj.	- 16 591	- 39	- 3 216	- 15 411	+ 1 757	+ 807	+ 171	- 882	+ 719	- 275	+ 20 061
4.Vj.	- 7 287	- 168	- 3 217	- 7 276	+ 1 561	+ 1 300	+ 1 557	- 1 238	+ 677	+ 388	+ 20 711
2015 1.Vj.	- 6 487	+ 51	- 2 816	- 5 798	+ 1 713	+ 1 316	+ 181	- 994	+ 868	+ 798	+ 22 712
2014 Mai	- 2 343	+ 11	- 1 019	- 2 370	+ 686	+ 456	- 29	- 399	+ 247	+ 36	- 2 113
Juni	- 3 877	+ 60	- 975	- 4 422	+ 437	+ 163	+ 695	+ 353	+ 252	- 8	+ 5 225
Juli	- 5 526	- 46	- 1 155	- 4 377	+ 860	+ 246	- 389	- 702	+ 237	- 106	+ 6 413
Aug.	- 6 909	- 1	- 960	- 6 498	+ 496	+ 332	+ 106	- 445	+ 250	- 79	+ 6 315
Sept.	- 4 156	+ 7	- 1 101	- 4 536	+ 402	+ 229	+ 453	+ 265	+ 231	- 91	+ 7 332
Okt.	- 5 587	- 46	- 1 275	- 4 604	+ 414	+ 334	+ 143	- 629	+ 259	+ 160	+ 6 856
Nov.	- 2 536	- 21	- 1 082	- 1 913	+ 503	+ 381	+ 159	- 502	+ 238	+ 126	+ 6 894
Dez.	+ 836	- 101	- 860	- 759	+ 644	+ 584	+ 1 255	- 106	+ 180	+ 103	+ 6 961
2015 Jan.	- 2 372	+ 10	- 1 151	- 1 404	+ 907	+ 172	- 75	- 682	+ 283	+ 274	+ 7 081
Febr.	- 2 372	+ 35	- 816	- 1 825	+ 221	+ 381	- 88	- 385	+ 280	+ 283	+ 6 838
März	- 1 743	+ 6	- 850	- 2 569	+ 585	+ 763	+ 344	+ 73	+ 305	+ 242	+ 8 793

1 Enthält Entgelte für die Be- und Verarbeitung von Waren, die sich nicht im Eigentum des Bearbeiters befinden. 2 Seit 2001 werden auf der Ausgabenseite die Stichprobenergebnisse einer Haushaltsbefragung genutzt. 3 Einnahmen und Aus-

gaben öffentlicher Stellen für Dienstleistungen, soweit sie nicht unter anderen Positionen ausgewiesen sind; einschl. den Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen.

5. Sekundäreinkommen der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Staat				Alle Sektoren ohne Staat 2)					
	Insgesamt	Insgesamt	darunter:		Insgesamt	Insgesamt	darunter:			
			Übertragungen im Rahmen von internationaler Zusammenarbeit 1)	Laufende Steuern auf Einkommen, Vermögen u.a.			Persönliche Übertragungen 3)	darunter: Heimatüberweisungen		
2010	- 39 669	- 24 953	- 4 720	+ 4 156	- 14 717	- 3 035	- 3 035	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	- 35 505	- 21 001	- 4 475	+ 6 718	- 14 504	- 2 977	- 2 977	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	- 40 139	- 25 752	- 5 451	+ 5 206	- 14 387	- 2 952	- 2 952	+ 1 427	+ 1 743	- 316
2013	- 41 069	- 26 176	- 4 106	+ 8 199	- 14 893	- 3 250	- 3 229	+ 1 142	+ 1 111	+ 31
2014	- 37 421	- 24 305	- 5 143	+ 11 090	- 13 116	- 3 476	- 3 451	+ 2 826	+ 2 736	+ 90
2013 3.Vj.	- 8 985	- 5 624	- 802	+ 1 459	- 3 361	- 820	- 807	+ 438	+ 692	- 255
4.Vj.	- 10 352	- 5 842	- 922	+ 1 501	- 4 510	- 815	- 807	- 476	- 430	- 46
2014 1.Vj.	- 14 138	- 11 117	- 1 678	+ 2 054	- 3 021	- 870	- 863	+ 2 182	+ 934	+ 1 248
2.Vj.	- 5 843	- 1 671	- 764	+ 5 989	- 4 172	- 869	- 863	+ 542	+ 811	- 269
3.Vj.	- 7 082	- 3 781	- 1 049	+ 1 651	- 3 301	- 870	- 863	+ 783	+ 725	+ 58
4.Vj.	- 10 358	- 7 735	- 1 652	+ 1 396	- 2 623	- 866	- 863	- 681	+ 266	- 947
2015 1.Vj.	- 15 222	- 12 342	- 2 169	+ 1 532	- 2 880	- 886	- 881	+ 264	+ 11	+ 253
2014 Mai	- 993	+ 270	- 331	+ 2 948	- 1 263	- 290	- 288	- 54	+ 353	- 407
Juni	- 1 682	- 439	- 176	+ 1 912	- 1 243	- 289	- 288	+ 402	+ 291	+ 110
Juli	- 2 759	- 1 775	- 452	+ 379	- 984	- 289	- 288	- 8	+ 233	- 241
Aug.	- 2 200	- 1 383	- 326	+ 471	- 817	- 291	- 288	+ 439	+ 272	+ 167
Sept.	- 2 123	- 623	- 271	+ 801	- 1 500	- 290	- 288	+ 352	+ 220	+ 132
Okt.	- 2 246	- 1 521	- 371	+ 271	- 725	- 289	- 288	- 109	+ 130	- 238
Nov.	- 3 427	- 2 610	- 491	+ 143	- 817	- 289	- 288	+ 134	+ 388	- 255
Dez.	- 4 685	- 3 604	- 790	+ 981	- 1 081	- 288	- 288	- 706	- 252	- 454
2015 Jan.	- 4 258	- 3 337	- 1 462	+ 752	- 922	- 295	- 294	+ 27	- 20	+ 47
Febr.	- 7 575	- 6 680	- 470	+ 234	- 895	- 296	- 294	+ 37	+ 91	- 54
März	- 3 388	- 2 325	- 237	+ 546	- 1 063	- 295	- 294	+ 200	- 60	+ 260

1 Ohne Vermögensübertragungen, soweit erkennbar. Enthält unentgeltliche Leistungen im Rahmen internationaler Kooperationen und sonstiger laufender Übertragungen. 2 Enthält Prämien und Leistungen von Versicherungen (ohne Lebens-

versicherungen). 3 Übertragungen zwischen inländischen und ausländischen Haushalten.

6. Vermögensänderungsbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Zeit	Insgesamt	Nicht produzierte Sachvermögen	Vermögensübertragungen
2010	+ 1 219	+ 2 304	- 1 085
2011	+ 1 642	+ 1 148	+ 494
2012	+ 1 427	+ 1 743	- 316
2013	+ 1 142	+ 1 111	+ 31
2014	+ 2 826	+ 2 736	+ 90
2013 3.Vj.	+ 438	+ 692	- 255
4.Vj.	- 476	- 430	- 46
2014 1.Vj.	+ 2 182	+ 934	+ 1 248
2.Vj.	+ 542	+ 811	- 269
3.Vj.	+ 783	+ 725	+ 58
4.Vj.	- 681	+ 266	- 947
2015 1.Vj.	+ 264	+ 11	+ 253
2014 Mai	- 54	+ 353	- 407
Juni	+ 402	+ 291	+ 110
Juli	- 8	+ 233	- 241
Aug.	+ 439	+ 272	+ 167
Sept.	+ 352	+ 220	+ 132
Okt.	- 109	+ 130	- 238
Nov.	+ 134	+ 388	- 255
Dez.	- 706	- 252	- 454
2015 Jan.	+ 27	- 20	+ 47
Febr.	+ 37	+ 91	- 54
März	+ 200	- 60	+ 260

## XII. Außenwirtschaft

### 7. Kapitalbilanz der Bundesrepublik Deutschland (Salden)

Mio €

Position	2012	2013	2014	2014			2015			
				2.Vj.	3.Vj.	4.Vj.	1.Vj.	Jan.	Febr.	März
<b>I. Inländische Nettokapitalanlagen im Ausland (Zunahme: +)</b>	+ 376 169	+ 36 997	+ 293 211	+ 114 705	+ 78 048	+ 8 964	+ 243 826	+ 186 774	+ 19 781	+ 37 272
1. Direktinvestitionen	+ 77 735	+ 53 360	+ 88 717	+ 28 577	+ 19 891	+ 16 458	+ 38 160	+ 7 243	+ 16 325	+ 14 592
Beteiligungskapital	+ 61 084	+ 34 189	+ 70 251	+ 22 853	+ 11 398	+ 17 373	+ 23 327	+ 8 279	+ 10 871	+ 4 178
darunter:										
Reinvestierte Gewinne <b>1)</b>	+ 21 052	+ 14 523	+ 22 241	+ 5 714	+ 6 452	+ 1 579	+ 10 759	+ 4 811	+ 4 112	+ 1 836
Direktinvestitionskredite	+ 16 651	+ 19 172	+ 18 465	+ 5 725	+ 8 492	- 915	+ 14 833	- 1 036	+ 5 455	+ 10 414
2. Wertpapieranlagen	+ 109 712	+ 143 233	+ 149 427	+ 41 279	+ 29 438	+ 35 510	+ 55 289	+ 12 233	+ 19 133	+ 23 923
Aktien <b>2)</b>	+ 11 675	+ 19 019	+ 10 610	+ 4 761	- 563	+ 3 328	+ 313	- 858	+ 2 066	- 895
Investmentsfondanteile <b>3)</b>	+ 21 667	+ 31 939	+ 38 324	+ 8 644	+ 12 892	+ 6 105	+ 17 762	+ 1 913	+ 6 601	+ 9 248
Langfristige										
Schuldverschreibungen <b>4)</b>	+ 75 913	+ 87 772	+ 99 068	+ 26 837	+ 19 462	+ 28 763	+ 30 981	+ 6 939	+ 11 815	+ 12 227
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen <b>5)</b>	+ 456	+ 4 503	+ 1 425	+ 1 038	- 2 353	- 2 686	+ 6 233	+ 4 238	- 1 348	+ 3 343
3. Finanzderivate und Mitarbeiteraktioptionen <b>6)</b>	+ 24 386	+ 24 286	+ 31 783	+ 10 056	+ 9 521	+ 6 996	+ 11 620	+ 4 939	+ 4 941	+ 1 741
4. Übriger Kapitalverkehr <b>7)</b>	+ 163 040	- 184 720	+ 25 848	+ 35 403	+ 18 867	- 48 277	+ 138 779	+ 161 986	- 20 884	- 2 324
Monetäre Finanzinstitute <b>8)</b>										
langfristig	- 66 080	- 56 647	+ 76 332	+ 45 184	+ 1 780	- 2 366	+ 39 134	+ 78 930	- 11 549	- 28 246
kurzfristig	- 47 912	- 50 495	+ 21 176	- 4 485	+ 9 844	+ 12 562	+ 7 417	+ 5 763	- 14 066	+ 15 720
Unternehmen und Privatpersonen <b>9)</b>										
langfristig	- 13 394	+ 10 049	- 14 629	- 3 314	- 6 408	- 31 615	+ 29 066	+ 23 515	+ 2 678	+ 2 873
kurzfristig	+ 337	+ 910	+ 852	+ 881	+ 773	+ 1 738	+ 1 132	+ 148	+ 461	+ 523
Staat										
langfristig	+ 49 836	+ 7 397	+ 14 024	+ 1 790	+ 5 392	+ 4 777	- 278	+ 5 118	- 10 110	+ 4 714
kurzfristig	+ 49 846	+ 15 078	- 2 372	+ 3 361	+ 16	- 1 305	- 3 689	+ 268	- 3 503	- 454
Bundesbank										
kurzfristig	- 18 169	- 6 152	+ 55 156	+ 49 669	- 8 064	- 14 928	+ 31 718	+ 73 167	+ 2 517	- 43 966
5. Währungsreserven	+ 1 297	+ 838	- 2 564	- 610	+ 332	- 1 722	- 21	+ 372	+ 266	- 660
<b>II. Ausländische Nettokapitalanlagen im Inland (Zunahme: +)</b>	+ 218 708	- 170 922	+ 49 384	+ 57 501	+ 9 897	- 49 499	+ 190 843	+ 190 495	- 14 681	+ 15 029
1. Direktinvestitionen	+ 42 110	+ 44 385	+ 5 508	+ 5 859	- 2 625	- 5 968	+ 13 915	- 1 686	+ 6 064	+ 9 537
Beteiligungskapital	+ 9 959	+ 7 499	+ 22 527	- 1 363	+ 7 927	+ 10 841	+ 5 822	+ 2 179	+ 2 129	+ 1 514
darunter:										
Reinvestierte Gewinne <b>1)</b>	+ 2 552	+ 585	+ 5 427	- 712	+ 2 166	+ 968	+ 4 089	+ 1 366	+ 1 621	+ 1 102
Direktinvestitionskredite	+ 32 150	+ 36 886	- 17 020	+ 7 222	- 10 551	- 16 809	+ 8 093	- 3 865	+ 3 934	+ 8 024
2. Wertpapieranlagen	+ 54 951	- 21 263	+ 21 680	+ 22 808	+ 1 328	- 10 735	+ 6 251	+ 17 156	+ 1 954	- 12 859
Aktien <b>2)</b>	+ 2 281	+ 5 024	+ 8 328	+ 8 250	+ 2 743	+ 2 946	+ 1 893	- 5 965	+ 6 393	+ 1 465
Investmentsfondanteile <b>3)</b>	- 3 422	+ 6 086	- 5 642	+ 848	- 2 955	- 3 457	+ 4 363	+ 1 456	+ 2 440	+ 467
Langfristige										
Schuldverschreibungen <b>4)</b>	+ 56 198	- 9 467	+ 21 410	+ 13 637	- 5 550	+ 6 441	- 13 624	+ 5 125	+ 897	- 19 646
Kurzfristige										
Schuldverschreibungen <b>5)</b>	- 107	- 22 907	- 2 417	+ 73	+ 7 090	- 16 665	+ 13 619	+ 16 540	- 7 776	+ 4 855
3. Übriger Kapitalverkehr <b>7)</b>	+ 121 648	- 194 044	+ 22 196	+ 28 834	+ 11 194	- 32 796	+ 170 677	+ 175 025	- 22 699	+ 18 350
Monetäre Finanzinstitute <b>8)</b>										
langfristig	+ 51 508	- 158 237	+ 32 495	+ 3 422	+ 29 893	- 33 557	+ 105 534	+ 103 408	- 17 899	+ 20 025
kurzfristig	- 10 250	- 16 733	- 14 555	- 5 115	- 5 748	- 675	- 9 937	+ 420	- 1 673	- 8 684
Unternehmen und Privatpersonen <b>9)</b>										
langfristig	+ 8 668	- 8 583	+ 4 141	+ 2 098	- 631	- 6 789	+ 20 800	+ 16 092	+ 2 714	+ 1 994
kurzfristig	- 56	- 13 790	- 5 331	- 684	- 1 579	- 936	+ 506	+ 2 010	+ 683	- 2 188
Staat										
langfristig	+ 8 724	+ 5 207	+ 9 473	+ 2 782	+ 948	- 5 853	+ 20 294	+ 14 081	+ 2 031	+ 4 182
kurzfristig	- 31 011	- 1 577	- 5 594	+ 5 402	- 3 123	- 3 916	+ 6 143	+ 408	+ 473	+ 5 262
Bundesbank										
langfristig	+ 35 994	+ 9 302	- 914	+ 1 572	+ 203	- 892	- 4 088	- 740	- 3 226	- 122
kurzfristig	- 67 005	- 10 878	- 4 680	+ 3 829	- 3 326	- 3 023	+ 10 231	+ 1 149	+ 3 698	+ 5 383
Bundesbank										
kurzfristig	+ 92 482	- 25 647	- 8 846	+ 17 913	- 14 945	+ 11 466	+ 38 200	+ 55 117	- 7 986	- 8 930
<b>III. Saldo der Kapitalbilanz (Zunahme: +)</b>	+ 157 461	+ 207 920	+ 243 827	+ 57 204	+ 68 150	+ 58 464	+ 52 983	- 3 722	+ 34 463	+ 22 242

**1** Geschätzt auf der Grundlage der Angaben über den Stand der Direktinvestitionen im Ausland und in der Bundesrepublik Deutschland (siehe Statistische Sonderveröffentlichung 10). **2** Einschl. Genussscheine. **3** Einschl. reinvestierter Erträge. **4** Bis einschl. 2012 bereinigt um Stückzinsen. Langfristig: ursprüngliche Laufzeit von mehr als einem Jahr oder keine Laufzeitbegrenzung. **5** Kurzfristig: ursprüngliche Laufzeit

bis zu einem Jahr. **6** Saldo der Transaktionen aus Optionen und Finanztermingeschäften. **7** Enthält insbesondere Finanz- und Handelskredite sowie Bargeld und Einlagen. **8** Ohne Bundesbank. **9** Enthält finanzielle Kapitalgesellschaften (ohne die Monetären Finanzinstitute) sowie nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck.

XII. Außenwirtschaft

8. Auslandsposition der Deutschen Bundesbank seit Beginn der Europäischen Währungsunion <sup>o)</sup>

Mio €

Ende des Berichtszeitraums	Auslandsaktiva									Auslands-passiva <sup>3) 4)</sup>	Netto-Auslandsposition (Spalte 1 abzüglich Spalte 10)
	Währungsreserven					Übrige Kapitalanlagen					
	insgesamt	insgesamt	Gold und Goldforderungen	Sonderziehungsrechte	Reserveposition im IWF	Bargeld, Einlagen und Wertpapiereanlagen	insgesamt	darunter: Verrechnungskonten innerhalb des ESZB <sup>1)</sup>	Wertpapieranlagen <sup>2)</sup>		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	
1999 Jan. <sup>5)</sup>	95 316	93 940	29 312	1 598	6 863	56 167	1 376	–	–	9 628	85 688
1999	141 958	93 039	32 287	1 948	6 383	52 420	48 919	26 275	–	7 830	134 128
2000	100 762	93 815	32 676	1 894	5 868	53 377	6 947	– 6 851	–	8 287	92 475
2001	76 147	93 215	35 005	2 032	6 689	49 489	– 17 068	– 30 857	–	10 477	65 670
2002	103 948	85 002	36 208	1 888	6 384	40 522	18 780	4 995	166	10 576	93 372
2003	95 394	76 680	36 533	1 540	6 069	32 538	18 259	4 474	454	11 869	83 525
2004	93 110	71 335	35 495	1 512	5 036	29 292	21 110	7 851	665	9 315	83 795
2005	130 268	86 181	47 924	1 601	2 948	33 708	43 184	29 886	902	7 750	122 518
2006	104 389	84 765	53 114	1 525	1 486	28 640	18 696	5 399	928	6 201	98 188
2007	179 492	92 545	62 433	1 469	949	27 694	84 420	71 046	2 527	17 304	162 188
2008	230 775	99 185	68 194	1 576	1 709	27 705	129 020	115 650	2 570	31 507	199 268
2009	323 286	125 541	83 939	13 263	2 705	25 634	190 288	177 935	7 458	22 253	301 033
2010	524 695	162 100	115 403	14 104	4 636	27 957	337 921	325 553	24 674	28 575	496 120
2011	714 662	184 603	132 874	14 118	8 178	29 433	475 994	463 311	54 065	60 867	653 795
2012	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	426 026	494 976
2013	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	399 799	321 942
2014	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 837	281 967
2012 Aug.	1 023 617	197 776	143 507	14 028	9 492	30 749	764 133	751 449	61 709	116 048	907 569
Sept.	974 478	203 337	150 373	13 868	9 427	29 669	708 142	695 458	62 999	110 145	864 333
Okt.	991 439	196 910	144 172	13 814	9 339	29 585	732 036	719 352	62 494	138 085	853 354
Nov.	988 534	197 486	145 110	13 772	8 999	29 606	727 807	715 124	63 240	126 443	862 091
Dez.	921 002	188 630	137 513	13 583	8 760	28 774	668 672	655 670	63 700	426 026	494 976
2013 Jan.	878 587	184 947	134 745	13 251	8 701	28 249	629 935	616 937	63 705	420 968	457 619
Febr.	871 508	183 222	132 131	13 375	8 637	29 079	625 570	612 572	62 715	414 303	457 205
März	852 611	188 447	136 454	13 526	8 877	29 590	601 719	588 722	62 445	399 626	452 985
April	857 433	173 980	122 844	13 336	8 760	29 040	620 862	607 866	62 590	414 310	443 123
Mai	832 746	169 105	118 228	13 272	8 712	28 893	602 185	589 189	61 455	405 918	426 828
Juni	798 888	150 825	100 280	13 236	8 690	28 618	588 473	575 477	59 589	393 961	404 927
Juli	807 165	158 611	109 338	12 960	8 690	27 623	589 421	576 469	59 133	398 251	408 914
Aug.	808 649	164 477	114 714	13 018	8 416	28 330	586 580	573 628	57 590	398 868	409 781
Sept.	796 646	156 452	107 819	12 920	8 375	27 337	583 320	570 368	56 873	398 035	398 611
Okt.	785 449	154 486	106 477	12 941	7 981	27 086	574 449	561 497	56 514	421 360	364 089
Nov.	761 730	148 010	99 631	12 962	7 945	27 473	557 441	544 488	56 278	409 079	352 651
Dez.	721 741	143 753	94 876	12 837	7 961	28 080	523 153	510 201	54 834	399 799	321 942
2014 Jan.	716 868	149 930	100 432	13 030	8 080	28 388	512 785	500 357	54 153	402 189	314 679
Febr.	718 317	152 432	104 678	12 862	7 728	27 165	511 660	499 232	54 225	389 297	329 020
März	687 557	150 615	102 179	12 866	7 720	27 850	482 503	470 075	54 440	376 533	311 024
April	692 956	150 048	101 564	13 057	7 893	27 534	490 117	477 688	52 792	397 660	295 296
Mai	680 888	148 949	100 274	13 213	7 912	27 550	479 290	466 862	52 649	400 885	280 003
Juni	678 136	153 017	104 600	13 213	7 582	27 622	474 245	461 817	50 874	394 597	283 539
Juli	660 521	154 885	105 317	13 497	7 665	28 406	455 977	443 548	49 659	372 693	287 828
Aug.	681 324	156 411	106 079	13 794	7 339	29 199	476 732	464 303	48 181	374 337	306 987
Sept.	696 802	156 367	104 629	14 113	7 751	29 873	492 348	479 920	48 087	380 316	316 486
Okt.	681 790	154 133	101 929	14 125	7 628	30 450	481 136	468 708	46 521	392 583	289 207
Nov.	682 969	155 424	103 245	14 045	7 520	30 615	480 294	467 866	47 250	399 026	283 943
Dez.	678 804	158 745	107 475	14 261	6 364	30 646	473 274	460 846	46 784	396 837	281 967
2015 Jan.	751 062	176 741	121 607	14 895	6 488	33 751	527 698	515 266	46 623	452 699	298 363
Febr.	744 552	172 120	116 647	14 956	6 361	34 157	525 795	513 365	46 637	444 794	299 758
März	767 856	176 922	119 988	15 311	5 944	35 679	544 130	531 701	46 804	436 347	331 509
April	762 437	171 758	116 812	14 967	5 796	34 184	544 620	532 192	46 058	437 825	324 612

<sup>o)</sup> Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber allen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Währungsunion. Bis Dezember 2000 sind die Bestände zu jedem Quartalsende aufgrund der Neubewertung zu Marktpreisen ausgewiesen; innerhalb eines Quartals erfolgte die Ermittlung des Bestandes jedoch auf der Grundlage kumulierter Transaktionswerte. Ab Januar 2001 werden alle Monatsendstände zu Marktpreisen bewertet. **1** Enthält vor allem die Netto-Forderungen aus dem

Target-System (in der jeweiligen Länderabgrenzung), seit November 2000 auch die Salden gegenüber den Nicht-EWU-Zentralbanken innerhalb des ESZB. **2** In der Hauptsache langfristige Schuldverschreibungen von Emittenten innerhalb des Euro-Währungsgebiets. **3** Einschli. Schätzungen zum Bargeldumlauf im Ausland. **4** Vgl. Deutsche Bundesbank, Monatsbericht Oktober 2014, Seite 24. **5** Euro-Eröffnungsbilanz der Bundesbank zum 1. Januar 1999.

## XII. Außenwirtschaft

### 9. Forderungen und Verbindlichkeiten von Unternehmen in Deutschland (ohne Banken) gegenüber dem Ausland <sup>1)</sup>

Mio €

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Forderungen an das Ausland						Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland							
	insgesamt	Guthaben bei aus- ländischen Banken	Forderungen an ausländische Nichtbanken				insgesamt	Kredite von aus- ländischen Banken	Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Nichtbanken					
			zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten				zusammen	aus Finanz- bezie- hungen	aus Handelskrediten			
					zusammen	gewährte Zahlungs- ziele					geleistete An- zahlungen	zusammen	in An- spruch ge- nommene Zahlungs- ziele	empfan- gene An- zahlungen
<b>Alle Länder</b>														
2011	698 599	242 387	456 212	285 123	171 089	155 392	15 697	871 795	172 099	699 696	538 839	160 857	95 131	65 726
2012	740 809	271 964	468 845	294 248	174 597	158 825	15 772	910 837	170 262	740 575	578 391	162 184	94 292	67 892
2013	779 109	280 526	498 583	319 761	178 822	163 734	15 088	920 620	142 676	777 944	616 341	161 603	94 646	66 957
2014	812 778	276 370	536 408	351 186	185 222	170 423	14 799	922 628	148 746	773 882	609 827	164 055	97 641	66 413
2014 Okt.	833 063	301 799	531 264	344 021	187 243	172 163	15 080	936 683	147 885	788 798	624 896	163 902	96 542	67 360
Nov.	835 661	306 643	529 018	339 568	189 450	174 558	14 892	943 386	148 893	794 492	628 957	165 536	98 315	67 221
Dez.	812 778	276 370	536 408	351 186	185 222	170 423	14 799	922 628	148 746	773 882	609 827	164 055	97 641	66 413
2015 Jan.	848 260	305 497	542 763	358 288	184 475	169 656	14 819	943 403	165 356	778 047	618 144	159 903	91 849	68 054
Febr. <sup>r)</sup>	860 326	308 542	551 784	362 998	188 786	173 821	14 965	954 324	161 784	792 540	626 223	166 316	97 748	68 568
März	879 842	311 525	568 317	369 316	199 001	184 184	14 817	971 346	164 380	806 966	634 062	172 903	104 731	68 172
<b>Industrieländer <sup>1)</sup></b>														
2011	615 925	240 265	375 660	258 453	117 207	104 915	12 292	785 925	169 535	616 390	502 139	114 251	80 491	33 760
2012	653 244	269 560	383 684	265 387	118 297	104 957	13 339	824 118	167 853	656 265	542 976	113 289	79 107	34 181
2013	689 637	277 223	412 414	291 000	121 414	108 082	13 332	833 922	141 307	692 615	579 018	113 597	78 921	34 676
2014	713 600	271 498	442 103	317 132	124 971	111 871	13 100	835 644	147 572	688 072	572 267	115 805	80 626	35 178
2014 Okt.	733 979	296 958	437 021	311 458	125 563	112 246	13 317	850 605	146 719	703 887	587 725	116 162	80 665	35 497
Nov.	736 260	301 731	434 529	306 582	127 947	114 805	13 142	856 754	147 724	709 030	591 697	117 333	81 980	35 353
Dez.	713 600	271 498	442 103	317 132	124 971	111 871	13 100	835 644	147 572	688 072	572 267	115 805	80 626	35 178
2015 Jan.	748 114	301 076	447 038	322 864	124 174	110 921	13 253	856 554	164 117	692 436	580 710	111 726	75 556	36 170
Febr. <sup>r)</sup>	757 567	303 965	453 602	325 408	128 284	114 901	13 383	863 192	157 877	705 314	588 839	116 475	80 474	36 001
März	774 133	307 200	466 933	330 482	136 451	123 237	13 215	874 938	155 132	719 807	597 127	122 680	87 143	35 537
<b>EU-Länder <sup>1)</sup></b>														
2011	508 071	225 583	282 488	196 132	86 356	76 472	9 884	660 137	157 465	502 672	421 679	80 993	54 370	26 623
2012	541 602	247 534	294 068	209 426	84 642	74 167	10 474	695 152	156 550	538 602	458 488	80 114	53 607	26 507
2013	582 038	262 788	319 249	232 788	86 461	75 934	10 527	699 765	127 084	572 681	493 383	79 298	52 975	26 323
2014	600 437	256 437	344 001	255 518	88 483	77 872	10 611	700 737	133 331	567 406	486 649	80 757	53 878	26 879
2014 Okt.	621 010	280 968	340 042	250 053	89 989	79 233	10 756	713 440	136 711	576 730	494 821	81 909	54 787	27 123
Nov.	622 332	286 158	336 174	243 882	92 292	81 755	10 537	722 564	137 831	584 733	501 297	83 436	56 257	27 179
Dez.	600 437	256 437	344 001	255 518	88 483	77 872	10 611	700 737	133 331	567 406	486 649	80 757	53 878	26 879
2015 Jan.	633 615	285 501	348 115	259 651	88 464	77 756	10 708	722 420	153 817	568 603	490 049	78 554	50 837	27 717
Febr. <sup>r)</sup>	640 095	287 264	352 831	261 188	91 643	80 840	10 803	729 804	148 731	581 073	498 450	82 623	55 133	27 490
März	652 046	290 081	361 965	264 638	97 328	86 591	10 737	735 515	144 980	590 536	504 171	86 365	59 491	26 873
<b>darunter: EWU-Mitgliedsländer <sup>2)</sup></b>														
2011	372 493	171 907	200 586	142 530	58 056	52 125	5 931	529 244	103 827	425 417	370 898	54 519	37 188	17 331
2012	392 642	188 317	204 325	149 452	54 873	48 975	5 898	572 475	110 053	462 423	408 485	53 937	36 741	17 196
2013	422 440	196 101	226 339	170 696	55 643	49 469	6 175	593 680	100 922	492 758	439 537	53 221	36 389	16 832
2014	444 124	201 453	242 671	186 318	56 353	50 132	6 220	591 186	105 388	485 798	433 325	52 472	35 555	16 918
2014 Okt.	451 050	213 120	237 930	181 249	56 681	50 383	6 298	603 879	106 135	497 745	443 418	54 326	37 041	17 285
Nov.	456 701	220 732	235 969	177 609	58 359	52 231	6 128	613 245	109 135	504 110	448 973	55 137	37 810	17 327
Dez.	444 124	201 453	242 671	186 318	56 353	50 132	6 220	591 186	105 388	485 798	433 325	52 472	35 555	16 918
2015 Jan.	472 002	224 409	247 593	190 290	57 303	51 017	6 286	611 918	123 093	488 825	436 734	52 091	34 508	17 582
Febr. <sup>r)</sup>	475 004	224 638	250 366	191 822	58 544	52 165	6 380	606 794	111 603	495 192	440 932	54 260	37 061	17 199
März	480 981	225 938	255 043	193 640	61 403	55 056	6 347	614 817	110 641	504 176	448 266	55 910	39 162	16 748
<b>Schwellen- und Entwicklungsländer <sup>3)</sup></b>														
2011	82 674	2 122	80 552	26 670	53 882	50 477	3 405	85 870	2 564	83 306	36 700	46 606	14 640	31 966
2012	87 552	2 404	85 147	28 858	56 289	53 856	2 432	86 688	2 409	84 279	35 415	48 864	15 181	33 683
2013	89 466	3 303	86 163	28 759	57 403	55 647	1 756	86 694	1 368	85 325	37 323	48 002	15 723	32 280
2014	99 174	4 872	94 302	34 051	60 251	58 552	1 699	86 982	1 174	85 808	37 560	48 248	17 014	31 234
2014 Okt.	99 079	4 840	94 238	32 562	61 676	59 914	1 763	86 075	1 166	84 909	37 171	47 737	15 875	31 862
Nov.	99 396	4 912	94 484	32 985	61 499	59 749	1 750	86 629	1 169	85 460	37 260	48 200	16 333	31 868
Dez.	99 174	4 872	94 302	34 051	60 251	58 552	1 699	86 982	1 174	85 808	37 560	48 248	17 014	31 234
2015 Jan.	100 146	4 421	95 725	35 424	60 301	58 735	1 566	86 849	1 239	85 610	37 433	48 177	16 293	31 884
Febr. <sup>r)</sup>	101 946	3 999	97 946	37 590	60 356	58 774	1 582	88 223	1 198	87 025	37 184	49 841	17 274	32 567
März	104 895	3 659	101 236	38 834	62 403	60 801	1 602	88 185	1 227	86 959	36 735	50 223	17 588	32 635

\* Forderungen und Verbindlichkeiten der Banken (MFIs) in Deutschland gegenüber dem Ausland werden im Abschnitt IV Banken in der Tabelle 4 ausgewiesen. Statistisch bedingte Zu- und Abgänge sind nicht ausgeschaltet; die Bestandsveränderungen sind insoweit mit den in der Tabelle XI. 7 ausgewiesenen Zahlen nicht vergleichbar. Ab Berichtsmontat Dezember 2012 basieren die Ergebnisse auf einer erweiterten

Erhebung und einem neuen Berechnungsverfahren. **1** Ab Juli 2013 einschl. Kroatien. **2** Ab Januar 2011 einschl. Estland; ab Januar 2014 einschl. Lettland; ab Januar 2015 einschl. Litauen. **3** Alle Länder, die nicht als Industrieländer gelten. Ab Januar 2011 einschl. Bonaire, St.Eustatius, Saba und Curacao und St.Martin (niederl. Teil); bis Juni 2013 einschl. Kroatien. **r** Berichtigt.

## XII. Außenwirtschaft

### 10. Euro-Referenzkurse der Europäischen Zentralbank für ausgewählte Währungen \*)

1 EUR = ... Währungseinheiten

Durchschnitt im Jahr bzw. im Monat	Australien AUD	China CNY 1)	Dänemark DKK	Japan JPY	Kanada CAD	Norwegen NOK	Schweden SEK	Schweiz CHF	Vereinigte Staaten USD	Vereinigtes Königreich GBP
1999	1,6523	.	7,4355	121,32	1,5840	8,3104	8,8075	1,6003	1,0658	0,65874
2000	1,5889	2) 7,6168	7,4538	99,47	1,3706	8,1129	8,4452	1,5579	0,9236	0,60948
2001	1,7319	7,4131	7,4521	108,68	1,3864	8,0484	9,2551	1,5105	0,8956	0,62187
2002	1,7376	7,8265	7,4305	118,06	1,4838	7,5086	9,1611	1,4670	0,9456	0,62883
2003	1,7379	9,3626	7,4307	130,97	1,5817	8,0033	9,1242	1,5212	1,1312	0,69199
2004	1,6905	10,2967	7,4399	134,44	1,6167	8,3697	9,1243	1,5438	1,2439	0,67866
2005	1,6320	10,1955	7,4518	136,85	1,5087	8,0092	9,2822	1,5483	1,2441	0,68380
2006	1,6668	10,0096	7,4591	146,02	1,4237	8,0472	9,2544	1,5729	1,2556	0,68173
2007	1,6348	10,4178	7,4506	161,25	1,4678	8,0165	9,2501	1,6427	1,3705	0,68434
2008	1,7416	10,2236	7,4560	152,45	1,5594	8,2237	9,6152	1,5874	1,4708	0,79628
2009	1,7727	9,5277	7,4462	130,34	1,5850	8,7278	10,6191	1,5100	1,3948	0,89094
2010	1,4423	8,9712	7,4473	116,24	1,3651	8,0043	9,5373	1,3803	1,3257	0,85784
2011	1,3484	8,9960	7,4506	110,96	1,3761	7,7934	9,0298	1,2326	1,3920	0,86788
2012	1,2407	8,1052	7,4437	102,49	1,2842	7,4751	8,7041	1,2053	1,2848	0,81087
2013	1,3777	8,1646	7,4579	129,66	1,3684	7,8067	8,6515	1,2311	1,3281	0,84926
2014	1,4719	8,1857	7,4548	140,31	1,4661	8,3544	9,0985	1,2146	1,3285	0,80612
2014 April	1,4831	8,5984	7,4656	141,62	1,5181	8,2506	9,0329	1,2189	1,3813	0,82520
Mai	1,4755	8,5658	7,4641	139,74	1,4951	8,1513	9,0298	1,2204	1,3732	0,81535
Juni	1,4517	8,4698	7,4588	138,72	1,4728	8,2149	9,0914	1,2181	1,3592	0,80409
Juli	1,4420	8,3940	7,4564	137,72	1,4524	8,3880	9,2327	1,2150	1,3539	0,79310
Aug.	1,4306	8,1965	7,4551	137,11	1,4548	8,2522	9,1878	1,2118	1,3316	0,79730
Sept.	1,4246	7,9207	7,4449	138,39	1,4196	8,1798	9,1929	1,2076	1,2901	0,79113
Okt.	1,4436	7,7635	7,4448	136,85	1,4214	8,3136	9,1797	1,2078	1,2673	0,78861
Nov.	1,4432	7,6411	7,4415	145,03	1,4136	8,4912	9,2384	1,2027	1,2472	0,79054
Dez.	1,4928	7,6330	7,4402	147,06	1,4216	8,9802	9,4043	1,2026	1,2331	0,78830
2015 Jan.	1,4390	7,2269	7,4406	137,47	1,4039	8,9320	9,4167	3) 1,0940	1,1621	0,76680
Febr.	1,4568	7,0960	7,4501	134,69	1,4199	8,6188	9,4901	1,0618	1,1350	0,74051
März	1,4008	6,7623	7,4593	130,41	1,3661	8,6434	9,2449	1,0608	1,0838	0,72358
April	1,3939	6,6863	7,4655	128,94	1,3313	8,5057	9,3254	1,0379	1,0779	0,72116

\* Eigene Berechnungen der Durchschnitte auf Basis der täglichen Euro-Referenzkurse der EZB; weitere Euro-Referenzkurse siehe: Statistisches Beiheft 5 Devisenkursstatistik. 1 Bis März 2005 Indikativkurse der EZB. 2 Durchschnitt vom 13. Januar bis

29. Dezember 2000. 3 Aufhebung des Mindestkurses von 1 EUR = 1,20 CHF am 15. Januar 2015.

### 11. Euro-Mitgliedsländer und die unwiderruflichen Euro-Umrechnungskurse ihrer Währungen in der dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion

Ab	Land	Währung	ISO-Währungscode	1 EUR = ... Währungseinheiten
1999 1. Januar	Belgien	Belgischer Franc	BEF	40,3399
	Deutschland	Deutsche Mark	DEM	1,95583
	Finnland	Finnmark	FIM	5,94573
	Frankreich	Französischer Franc	FRF	6,55957
	Irland	Irishes Pfund	IEP	0,787564
	Italien	Italienische Lira	ITL	1 936,27
	Luxemburg	Luxemburgischer Franc	LUF	40,3399
	Niederlande	Holländischer Gulden	NLG	2,20371
	Österreich	Schilling	ATS	13,7603
	Portugal	Escudo	PTE	200,482
	Spanien	Peseta	ESP	166,386
2001 1. Januar	Griechenland	Drachme	GRD	340,750
2007 1. Januar	Slowenien	Tolar	SIT	239,640
2008 1. Januar	Malta	Maltesische Lira	MTL	0,429300
	Zypern	Zypern-Pfund	CYP	0,585274
2009 1. Januar	Slowakei	Slowakische Krone	SKK	30,1260
2011 1. Januar	Estland	Estnische Krone	EEK	15,6466
2014 1. Januar	Lettland	Lats	LVL	0,702804
2015 1. Januar	Litauen	Litas	LTL	3,45280

XII. Außenwirtschaft

12. Effektive Wechselkurse des Euro und Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft \*)

1. Vj. 1999 = 100

Zeit	Effektiver Wechselkurs des Euro				Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft									
	EWK-19 1)		EWK-38 2)		auf Basis der Deflatoren des Gesamtabsatzes 3)					auf Basis der Verbraucherpreisindizes				
	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	real, auf Basis der Deflatoren des Bruttoinlandsprodukts 3)	real, auf Basis der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft 3)	nominal	real, auf Basis der Verbraucherpreisindizes	26 ausgewählte Industrieländer 4)			37 Länder 5)	26 ausgewählte Industrieländer 4)	37 Länder 5)	56 Länder 6)	
							insgesamt	EWU-Länder	Länder außerhalb der EWU					
1999	96,3	96,0	96,1	96,1	96,5	95,8	97,8	99,5	95,7	97,5	98,2	98,0	97,7	
2000	87,1	86,6	85,9	85,3	87,9	85,8	91,6	97,2	84,9	90,7	92,9	91,9	90,9	
2001	87,7	87,2	86,6	84,3	90,5	87,0	91,3	96,1	85,7	90,0	92,9	91,4	90,8	
2002	90,1	90,4	89,6	87,5	95,0	90,7	92,0	95,2	88,2	90,5	93,5	92,0	91,8	
2003	100,7	101,5	100,6	98,7	106,9	101,6	95,4	94,3	97,4	94,7	97,1	96,6	96,8	
2004	104,5	105,3	103,4	102,2	111,5	105,4	95,7	93,1	99,8	95,0	98,5	98,0	98,4	
2005	102,9	103,8	101,3	100,2	109,5	102,8	94,5	91,7	98,8	92,8	98,5	96,9	96,7	
2006	102,8	103,8	100,7	99,4	109,4	102,2	93,3	90,1	98,3	91,1	98,7	96,5	95,9	
2007	106,3	106,5	102,7	101,1	112,9	104,2	94,2	89,3	102,2	91,5	100,9	97,9	97,1	
2008	109,4	108,7	104,1	104,0	117,1	106,2	94,4	87,9	105,4	90,5	102,3	97,9	97,2	
2009	110,7	109,4	104,9	106,9	119,9	107,2	94,5	88,6	104,5	90,9	101,9	98,0	97,6	
2010	103,6	101,8	96,7	99,4	111,6	98,4	92,0	88,2	97,9	87,5	98,9	94,0	92,4	
2011	103,4	101,0	94,8	97,4	112,3	97,9	91,7	88,0	97,4	86,8	98,4	93,2	91,8	
2012	97,9	95,8	89,5	92,0	107,2	93,2	89,8	88,0	92,4	84,3	96,1	90,4	89,0	
2013	101,7	99,2	92,8	94,6	112,2	96,5	92,2	88,4	98,1	86,2	98,5	92,3	91,0	
2014	102,3	98,9	93,0	96,4	114,8	97,0	92,8	89,2	98,5	86,8	98,6	92,5	91,7	
2012 Jan.	99,0	96,6			108,2	94,0					96,3	91,0	89,6	
Febr.	99,7	97,5	91,0	94,3	108,5	94,5	90,2	87,8	93,5	84,8	96,9	91,4	89,9	
März	99,9	97,6			108,8	94,6					97,1	91,4	89,9	
April	99,5	97,4			108,6	94,5					96,8	91,2	89,7	
Mai	98,1	95,9	89,7	93,2	107,4	93,3	89,9	88,0	92,5	84,5	96,1	90,5	89,1	
Juni	97,3	95,2			106,7	92,8					95,8	90,2	88,8	
Juli	95,4	93,5			104,4	91,0					95,0	89,2	87,7	
Aug.	95,3	93,4	87,6	90,5	104,5	90,9	89,1	88,0	90,5	83,5	95,1	89,2	87,7	
Sept.	97,3	95,3			106,7	92,8					95,9	90,1	88,7	
Okt.	97,8	95,9			107,4	93,2					96,0	90,2	88,8	
Nov.	97,3	95,2	89,5	90,3	106,8	92,6	90,2	88,1	93,1	84,5	96,0	90,1	88,6	
Dez.	98,7	96,6			108,4	93,9					96,6	90,6	89,2	
2013 Jan.	100,4	98,3			110,0	95,1					97,7	91,7	90,2	
Febr.	101,7	99,3	92,1	95,4	111,3	96,0	91,5	88,2	96,6	85,8	98,2	92,2	90,6	
März	100,3	98,1			109,6	94,7					97,7	91,5	89,8	
April	100,5	98,1			109,9	94,6					98,1	91,8	90,0	
Mai	100,6	98,3	92,4	95,1	110,1	94,9	92,1	88,5	97,7	86,1	98,3	91,9	90,2	
Juni	101,6	99,3			112,1	96,5					98,5	92,4	91,1	
Juli	101,6	99,3			112,1	96,5					98,7	92,4	91,1	
Aug.	102,3	99,8	92,9	96,1	113,5	97,6	92,3	88,4	98,4	86,2	98,7	92,5	91,6	
Sept.	102,1	99,4			113,4	97,3					98,7	92,5	91,5	
Okt.	102,9	100,1			114,3	97,8					99,0	92,8	91,7	
Nov.	102,7	99,8	93,8	92,0	114,3	97,6	93,0	88,7	99,7	86,9	99,0	92,8	91,8	
Dez.	103,9	101,0			115,9	99,0					99,4	93,4	92,5	
2014 Jan.	103,5	100,6			116,0	98,9					99,3	93,2	92,5	
Febr.	103,6	100,7	94,8	98,0	116,4	99,1	93,3	88,9	100,3	87,4	99,1	93,2	92,6	
März	104,7	101,6			117,6	99,9					99,4	93,7	93,0	
April	104,6	101,3			117,1	99,2					99,3	93,6	92,7	
Mai	103,9	100,4	94,4	98,0	116,2	98,1	93,2	89,2	99,6	87,6	99,0	93,2	92,2	
Juni	103,1	99,6			115,2	97,3					98,7	92,9	91,8	
Juli	102,7	99,1			114,7	96,8					98,7	92,8	91,6	
Aug.	102,0	98,5	92,3	95,7	114,1	96,2	92,4	89,0	97,6	86,4	98,5	92,4	91,3	
Sept.	100,5	97,0			112,5	94,8					98,2	91,8	90,7	
Okt.	99,6	96,1			112,0	94,2					97,7	91,3	90,4	
Nov.	99,6	96,1	90,5	93,8	112,3	94,3	92,4	89,6	96,6	86,0	97,8	91,2	90,4	
Dez.	99,7	96,0			113,4	94,9					97,7	91,1	90,7	
2015 Jan.	95,9	92,4			109,3	91,3					95,9	89,2	88,6	
Febr.	94,0	90,7	...	...	107,4	89,7	90,3	89,9	90,3	83,6	95,4	88,5	87,9	
März	91,4	88,2			104,2	87,0					94,4	87,2	86,3	
April	90,5	87,3			102,8	85,7					94,1	86,7	85,6	

\* Der effektive Wechselkurs entspricht dem gewogenen Außenwert der betreffenden Währung. Die Berechnung der Indikatoren der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist methodisch konsistent mit dem Verfahren der EZB zur Ermittlung des effektiven Wechselkurses des Euro (siehe Monatsbericht, November 2001, S. 54 ff., Mai 2007, S. 32 ff. und Februar 2012, S. 36 f.). Zur Erläuterung der Methode siehe Occasional Paper Nr. 134 der EZB (www.ecb.int). Ein Rückgang der Werte bedeutet eine Zunahme der Wettbewerbsfähigkeit. 1 Berechnungen der EZB anhand der gewogenen Durchschnitte der Veränderungen der Euro-Wechselkurse gegenüber den Währungen folgender Länder: Australien, Bulgarien, China, Dänemark, Hongkong, Japan, Kanada, Kroatien, Norwegen, Polen, Rumänien, Schweden, Schweiz, Singapur, Südkorea, Tschechische Republik, Ungarn, Vereinigtes Königreich

und Vereinigte Staaten. Soweit die Preis- bzw. Lohnindizes noch nicht vorliegen, sind Schätzungen berücksichtigt. 2 Berechnungen der EZB. Umfasst die EWK-19-Gruppe (siehe Fußnote 1) zzgl. folgender Länder: Algerien, Argentinien, Brasilien, Chile, Indien, Indonesien, Island, Israel, Malaysia, Marokko, Mexiko, Neuseeland, Philippinen, Russische Föderation, Südafrika, Taiwan, Thailand, Türkei und Venezuela. 3 Jahres- bzw. Vierteljahresdurchschnitte. 4 EWU-Länder (ab 2001 einschl. Griechenland, ab 2007 einschl. Slowenien, ab 2008 einschl. Malta und Zypern, ab 2009 einschl. Slowakei, ab 2011 einschl. Estland, ab 2014 einschl. Lettland, ab 2015 einschl. Litauen) sowie Dänemark, Japan, Kanada, Norwegen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich und Vereinigte Staaten. 5 EWU-Länder sowie EWK-19-Länder. 6 EWU-Länder sowie EWK-38-Länder (siehe Fußnote 2).

## Übersicht über Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank

Diese Übersicht informiert über ausgewählte volkswirtschaftliche und statistische Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank aus neuerer Zeit. Soweit nicht anders vermerkt, stehen die Veröffentlichungen in deutscher und in englischer Sprache sowie im Internet zur Verfügung.

Die Veröffentlichungen werden an Interessenten kostenlos abgegeben und sind über die Abteilung Externe Kommunikation zu beziehen. Außerdem kann gegen Kostenerstattung eine monatlich aktualisierte Datei mit circa 40 000 veröffentlichten Zeitreihen der Bundesbank auf CD-ROM oder zum Herunterladen im Bundesbank-ExtraNet über die Abteilung Statistisches Informationsmanagement, mathematische Methoden bezogen werden. Bestellungen werden schriftlich unter den im Impressum angegebenen Anschriften erbeten. Eine Auswahl von Zeitreihen steht auch im Internet zum Herunterladen bereit.

### ■ Geschäftsbericht

- Bargeldabhebungen am Point-of-Sale: Nutzungsmotive und Konsequenzen für die Geldhaltung

### ■ Finanzstabilitätsbericht

#### Juli 2014

- Wechselkurse und Finanzstress
- Entwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung und Herausforderungen für die Zukunft
- Die Konzernabschlussstatistik als Beitrag zur erweiterten Unternehmensanalyse: Konzeption und erste Ergebnisse
- Untersuchungen zur Bedeutung der Versicherungswirtschaft für die Finanzstabilität

### ■ Monatsbericht

Über die von 2000 bis 2014 veröffentlichten Aufsätze informiert das dem Monatsbericht Januar 2015 beigefügte Verzeichnis.

### Aufsätze im Monatsbericht

#### Juni 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2014 und 2015 mit einem Ausblick auf das Jahr 2016
- Die neuen europäischen Regeln zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten
- Änderungen in der Methodik und Systematik der Zahlungsbilanz und des Auslandsvermögensstatus

#### August 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Sommer 2014

#### September 2014

- Eigentümerstruktur am deutschen Aktienmarkt: allgemeine Tendenzen und Veränderungen in der Finanzkrise
- Zur Reform der föderalen Finanzbeziehungen
- Die Ertragslage der deutschen Kreditinstitute im Jahr 2013

#### Oktober 2014

- Methodische Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung – Motivation, Konzeption und ausgewählte Ergebnisse
- Die deutsche Wirtschaft in der internationalen Arbeitsteilung: ein Blick auf die Wertschöpfungsströme
- Der Start in die Bankenunion – Der einheitliche Aufsichtsmechanismus in Europa

#### November 2014

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Herbst 2014

#### Dezember 2014

- Perspektiven der deutschen Wirtschaft – Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen für die Jahre 2015 und 2016
- Ertragslage und Finanzierungsverhältnisse deutscher Unternehmen im Jahr 2013

#### Januar 2015

- Zur Rolle des Warenhandels in der Entwicklung der globalen Ungleichgewichte
- Das Common Credit Assessment System zur Prüfung der Notenbankfähigkeit von Wirtschaftsunternehmen

#### Februar 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland um die Jahreswende 2014/2015

#### März 2015

- Ansatzpunkte zur Stärkung des Ordnungsrahmens der Europäischen Währungsunion
- Die Bedeutung der makroprudenziellen Politik für die Geldpolitik
- Die deutsche Zahlungsbilanz für das Jahr 2014
- Wertpapierhalterstatistiken zur Analyse des Wertpapierbesitzes in Deutschland und Europa: Methodik und Ergebnisse

#### April 2015

- Zur Entwicklung der arbeitsmarktbedingten Staatsausgaben in Deutschland

- Strukturelle Entwicklungen im deutschen Bankensektor
- Transaktionskassenhaltung von Euro-Münzen in Deutschland

#### Mai 2015

- Die Wirtschaftslage in Deutschland im Frühjahr 2015

### Statistische Beihefte zum Monatsbericht

- 1 Bankenstatistik <sup>1)</sup>
- 2 Kapitalmarktstatistik <sup>1)</sup>
- 3 Zahlungsbilanzstatistik <sup>1)</sup>
- 4 Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen <sup>1)</sup>
- 5 Devisenkursstatistik

### Sonderveröffentlichungen

Makro-ökonometrisches Mehr-Länder-Modell, November 1996 <sup>2)</sup>

Europäische Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, Mai 1997 <sup>2)</sup>

Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989, August 1999 <sup>2)</sup>

Der Markt für deutsche Bundeswertpapiere, Mai 2000

Macro-Econometric Multi-Country Model: MEMMOD, Juni 2000

Gesetz über die Deutsche Bundesbank, September 2002

Weltweite Organisationen und Gremien im Bereich von Währung und Wirtschaft, März 2013 <sup>2)</sup>

Die Europäische Union: Grundlagen und Politikbereiche außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion, April 2005<sup>2)</sup>

Die Deutsche Bundesbank – Aufgabenfelder, rechtlicher Rahmen, Geschichte, April 2006<sup>2)</sup>

Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion, April 2008

11 Zahlungsbilanz nach Regionen, Juli 2013

12 Technologische Dienstleistungen in der Zahlungsbilanz, Juni 2011<sup>2)</sup>

## ■ Statistische Sonderveröffentlichungen

1 Statistik der Banken und sonstigen Finanzinstitute, Richtlinien, Januar 2014<sup>3)</sup>

2 Bankenstatistik Kundensystematik, Januar 2015<sup>2)3)</sup>

3 Aufbau der bankstatistischen Tabellen, Juli 2013<sup>2)3)</sup>

4 Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 2008 bis 2013, Juni 2014<sup>3)</sup>

5 Hochgerechnete Angaben aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2006 bis 2012, Dezember 2013<sup>3)</sup>

6 Verhältniszahlen aus Jahresabschlüssen deutscher Unternehmen von 2010 bis 2011, Mai 2014<sup>2)3)</sup>

7 Erläuterungen zum Leistungsverzeichnis für die Zahlungsbilanz, September 2013

8 Die Zahlungsbilanzstatistik der Bundesrepublik Deutschland, 2. Auflage, Mai 1990<sup>9)</sup>

9 Wertpapierdepots, August 2005

10 Bestandserhebung über Direktinvestitionen, April 2015<sup>5)</sup>

## ■ Diskussionspapiere<sup>\*)</sup>

45/2014

Cross-border liquidity, relationships and monetary policy: evidence from the Euro area interbank crisis

46/2014

Banking market structure and macroeconomic stability: are low-income countries special?

01/2015

Employment, hours and optimal monetary policy

02/2015

The term structure of interest rates and the macroeconomy: learning about economic dynamics from a FAVAR

03/2015

Centrality-based capital allocations

04/2015

Financial frictions and global spillovers

05/2015

German and the rest of euro area fiscal policy during the crisis

06/2015

Fiscal austerity, unemployment and family firms

07/2015

Imperfect information about financial frictions and consequences for the business cycle

○ Diese Veröffentlichung ist nicht im Internet verfügbar.  
 \* Diskussionspapiere ab dem Veröffentlichungsjahr 2000 sind im Internet verfügbar. Seit Anfang 2012 keine Unterteilung mehr in „Reihe 1“ und „Reihe 2“.  
 Weitere Anmerkungen siehe S. 86\*.

## ■ Bankrechtliche Regelungen

- 1 Gesetz über die Deutsche Bundesbank und Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der Europäischen Zentralbank, Juni 1998
- 2 Gesetz über das Kreditwesen, Januar 2008 <sup>2)</sup>

2a Solvabilitäts- und Liquiditätsverordnung, Februar 2008 <sup>2)</sup>

---

**1** Nur die Tabellenköpfe und die Erläuterungen sind in englischer Sprache erhältlich.

**2** Diese Veröffentlichung ist nur in deutscher Sprache erschienen.

**3** Nur im Internet verfügbar.